

200 000 Sudetendeutsche zuviel!

Der tschechische Vernichtungskampf gegen 3,5 Millionen Sudetendeutsche und seine volkspolitischen Auswirkungen.

Kurt Vorbach

Deutscher Volksverlag GmbH München © 1936.

Diese digitalisierte Version © 2011 by [The Scriptorium](#).

Druckversion 2016 gesetzt vom Hilfsbibliothekar.

Alle externen Verweise im Text führen zu den Quellen im Netz.

Außer der **Zueignung** stammen alle **Illustrationen** aus dem Original: "Das Bildmaterial wurde durch unseren Mitarbeiter K.H.B. bearbeitet. Soweit Personen dargestellt werden, stehen diese in keinem Zusammenhang mit dem Verfasser und dem Verlag dieses Buches. Die Karten auf den **Seiten 61, 62** und **63** wurden mit der freundlichen Erlaubnis des Verlages "Volk und Reich", Berlin in diesem Buche veröffentlicht."

*Dem Gedächtnis der Vernichteten,
zur Verpflichtung der Verantwortlichen der Welt !*

Inhalt:

[Zueignung](#)

[Vorwort](#)

[Zur Einführung](#)

I. Das österreichisch-ungarische Erbe

1. Der tschechoslowakische Anteil an Bodenfläche und Bevölkerung

a) Allgemeine Übersicht

b) Der nationale Besitzstand und die Bevölkerungsstruktur in den Sudetenländern

1. Der Böhmerwald

2. Das Egerland

3. Erzgebirge und Vorland

4. Nordböhmen

5. Ostböhmen

6. Nordmähren und Schlesien

7. Südmähren und das inseldeutsche Sprachgebiet in Mittelmähren

8. Das Karpathendeutschtum

c) Die soziale Berufsschichtung

2. Die Land- und Forstwirtschaft

a) Anbau, Ernte und Viehstand

b) Zahlen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

3. Industrie, Handel und Gewerbe

a) Allgemeine Übersicht

b) Die nationalen Besitzverhältnisse

4. Verkehr

a) Straßen

b) Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Radiowesen

c) Eisenbahnen

d) Flugwesen

e) Wasserstraßen

II. Die nationalpolitische Tendenz der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik

1. Allgemeine Übersicht
2. Die "legalen" Maßnahmen gegen das Sudetendeutschtum
3. Eine Verlustbilanz

III. Die Verdrängung von Arbeitsplatz und Scholle

1. Die Tschechisierung des deutschen Arbeitsplatzes
2. Die deutschen Bodenverluste durch die tschechoslowakische Bodenreform
 - a) Bodenverteilung in den Sudeten- und Karpathenländern vor der Bodenreform
 - b) Die Durchführung der Bodenreform
 - c) Die Auswirkung der Bodenreform

IV. Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung

1. Wirtschaftlicher Lagebericht
 - a) Die Industrieproduktion
 1. Kohlenförderung
 2. Porzellanindustrie
 3. Textilindustrie
 4. Glasindustrie
 5. Holzindustrie
 - b) Bautätigkeit
 - c) Eröffnete Konkurse und eingeleitete Ausgleichsmaßnahmen 1930 - 1935
 - d) Die Außenhandelsbilanz
 - e) Gewerbe und Kleinhandel
 - f) Der Verfall der Landwirtschaft
 - g) Staats-, Finanz- und Gemeindegewirtschaft
2. Sozialpolitischer Lagebericht
 - a) Die Arbeitslosigkeit
 - b) Arbeitslosenfürsorge
 - c) Lohnverfall und Preissteigerung

V. Die volkspolitischen Auswirkungen im Sudetendeutschtum

1. Allgemeine Übersicht
 - a) Verarmung
 - b) Wohnungselend und Volksgesundheit
 - c) Rückläufige Bevölkerungsbewegung
2. Sudetendeutsche Elendsbilder
 - a) Brot ist Feiertagsgericht
 - b) Ausgehungert zu Skeletten
 - c) Gemeindehäuser als Massenquartiere
 - d) Notstandswohnung im Gemeindegewinn
 - e) Verklungene Geigen
 - f) Im Schatten der Weltstadt
 - g) Der Hundeschlächter von Rothau
 - h) Dokumente der Not
 - i) 12 Menschen auf 22 Quadratmetern
 - j) Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Rumburger Bezirkes
 - k) 19 Gemeinden luden ein
 - l) 0,8 Pfennige Stundenlohn
 - m) 10.000 Menschen ohne Brot
 - n) Zum Hungerdruck Mißhandlungen und Folterungen
 - o) Kleine Meldungen von großer Not



Zueignung



Marie Knobl, geb. Matzig
* 8. 9. 1897 in Grottau,
Kreis Reichenberg, Österreich-Ungarn,
† 11. 7. 1971 in Deutschland.

Karl Knobl
* 5. 11. 1890 in Altwasser,
Kreis Marienbad, Österreich-Ungarn,
† 3. 10. 1972 in Deutschland.

*75 Jahre nach Erscheinen dieses Buches,
knapp ein Jahrhundert nach den hier geschilderten Ereignissen,
widme ich unseren online-Nachdruck meinen Großeltern mütterlicherseits,
die diesen Zeitabschnitt der sudetendeutschen Geschichte
von Anfang bis Ende durchlebten und durchlitten.
H. C. S. / Scriptorium - Kanada, im April 2011.*

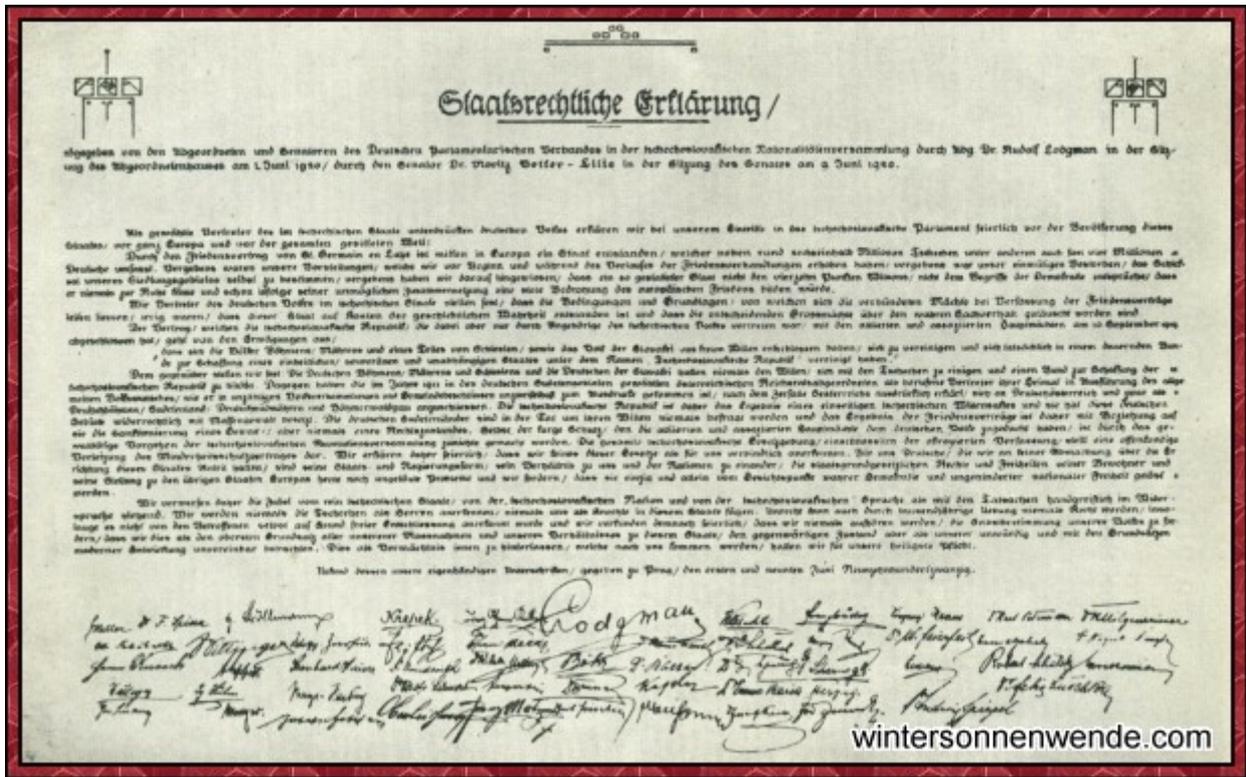


Vorwort

Als in Versailles und St. Germain der Krieg der Waffen der Ententemächte gegen Deutschland und Österreich beendet wurde, konstruierte man aus den großen mittel- und osteuropäischen Mächten eine Vielzahl kleiner Staatengebilde.

Für die Freiheit der kleinen Völker, im Namen der westlichen Demokratie, im Glauben an Menschenrechte und Menschenwürde, so hat die Ententepropaganda im Kriege verbreitet, kämpften

die Heere des Westens gegen den Absolutismus, gegen die Unterdrückung und die Nationalitätenstaaten der Mitte. Um die kleinen Völker zu befreien, zerschlug man den für Wilson mittelalterlich anmutenden Vielvölkerstaat Österreich. Um jedem Volke seinen eigenen Staat zu geben, ging man über das Selbstbestimmungsrecht der Völker hinweg und schuf ohne jegliche Volksbefragung u. a. den neuen Nationalitätenstaat Tschechoslowakei. Selbst in Versailles hat man gezögert, dieses Staatsgebilde entstehen zu lassen, und tat es widerstrebend erst dann, nachdem führende tschechische Politiker versichert hatten, die Rechte der einzelnen Völker der jungen Republik nicht anzutasten.



Am 1. und 9. Juni 1920 gaben die Abgeordneten und Senatoren des Deutschen Parlamentarischen Verbandes (Deutschbürgerliche Parteien und Deutsche Nationalsoz. Arbeiterpartei) durch die Abg. Dr. Lodgman (D. N. P.) und Ing. Jung (NSDAP.) und durch Senator Vetter-Lilie (Christl. soz.) ihren Willen kund, niemals die durch das Friedensdiktat von St. Germain ausgesprochene Zwangseinverleibung von 3½ Millionen Sudetendeutschen in den tschechoslowakischen Staat als Rechtszustand anzuerkennen..

[\[Vergrößern\]](#)

Heute will die Tschechoslowakei ein Nationalstaat sein. Die westliche Ideologie, die, entsprechend ihrem allein bestimmenden Vorbild Frankreich, nur Einvölkerstaaten kennt, soll nicht nur Vorbild sein, sondern sie gilt schlechterdings für die Mehrheit des tschechischen Volkes als die moderne, einzig lebensberechtigte Staatsform.

Unter dem Vorwand, dem Staat wirtschaftlich die notwendigen Mittel an die Hand zu geben, um seine Existenz zu sichern, begannen die tschechischen Behörden mit dem Aufbau eines Staatskapitalismus, eines Etatismus krasserster Form. Aber nicht die wirtschaftliche Sicherung und Verselbständigung der Republik, sondern die Ausrottung der nichttschechischen, besonders der deutschen Volksgruppe, war das einzige Ziel. Da es für die Tschechen nur ein Staatsvolk in einem Staate geben kann, müssen alle anderen zu Staatsfeinden gestempelt werden, also illoyal sein. Es war verhältnismäßig leicht, der hochentwickelten, auf Export eingestellten sudetendeutschen Industrie, die durch den Krieg und seine Folgen, durch die Zerstückelung ehemals einheitlicher Ansatzräume, schwer darniederlag, den Todesstoß zu versetzen oder sie in die Hand der *Zivnostenska Banka* zu bringen. Durch die Bodenreform schloß man das sudetendeutsche Volk vom Neuerwerb von Land aus. Bei der Vergebung von staatlichen Beamtenstellen wurde das Deutschtum

weitestgehend ausgeschaltet und so zu einem Volkstum minderen Rechtes herabgedrückt.

In diesem Staat der notorischen Rechtsungleichheit der Völker greift man sowohl die kulturellen Belange des verhaßten deutschen Volkes an, wie man auch seine Existenzgrundlagen zerstört. Die Methode ist jedenfalls raffiniert. Greift dieses gequälte und hungernde Volk zur Selbsthilfe und organisiert sich eine eigene Winterhilfe, so erschwert oder verbietet man diese und tritt damit nicht nur die Menschenrechte und Menschenwürde mit Füßen, sondern leugnet auch ganz allgemein sämtliche Grundlagen der Kultur unserer Zeit.

Die Tschechoslowakei steht aber weder in ihrer Theologie, noch in ihren Maßnahmen allein da in Europa, sondern es gibt viele Staaten, die Nationalstaaten sein wollen und Nationalstaaten sind. Wohl sind je nach der kulturellen Höhe der Völker die Maßnahmen verschieden; das Ziel der Staatsvölker ist in allen Ländern dasselbe, die Ausrottung der anderen Volksgruppen.

Damit sind die Vorgänge in der Tschechoslowakei nur ein Ausschnitt aus der Qual der Völker, die unterdrückt in solchen Staaten leben müssen. Die Not der Sudetendeutschen erhebt mit für alle diese Völker die Anklage gegen die liberale Idee des westlichen, demokratischen Nationalstaates.

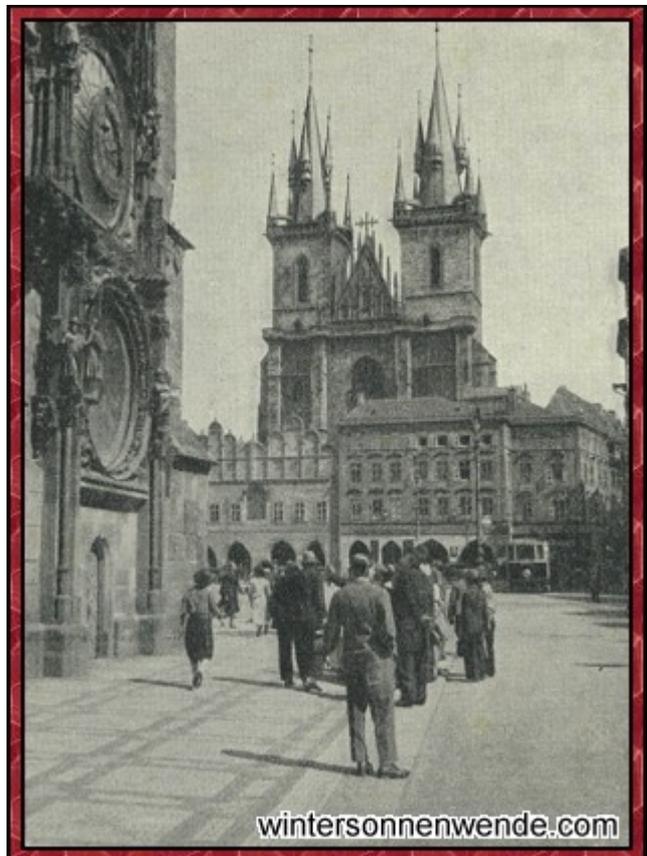
Königsberg i. Pr., Ende 1936.

Dr. Th. Oberländer.

Zur Einführung

Fünfzehnhundertfünfzig Kilometer deutscher Reichsgrenze vom Laufe der Oder über die waldreichen und zerklüfteten Höhen und Kämme der Sudeten, des Erzgebirges und des Böhmerwaldes bis zum sogenannten Dreimarkenstein am Dreisesselberg trennen deutsches Staatsgebiet von dem der Tschechoslowakei. Sie trennen aber nicht nur den Bodenraum zweier Staaten, sondern sie sind durch uraltes deutsches Siedlungs- und Kulturland und mitten durch das lebendige Fleisch eines Volkes gezogen und machen Brüder und Schwestern gleichen Blutes, gleichen Stammes und gleicher Sprache zu Bürgern zweier Staaten. Grenzlandschicksal!

Jenseits dieses Abschnittes der deutschen Reichsgrenze also verläuft ein deutscher Siedlungsgürtel, der stellenweise 100 Kilometer breit landeinwärts sich ausdehnt und in der Elbe-Moldau-Niederung bis 30 Kilometer an das Herz Böhmens - an Prag - heranreicht: der Lebensraum der dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen. In einem mächtigen Boden umklammert er das Siedlungsgebiet des tschechischen Volkes innerhalb der Grenzen seines Staates.



*[Frontispiz] Im alten deutschen Prag.
Theynkirche und astronomische Rathausuhr.*

Dieses deutsche Grenzland ist nicht nur ausgezeichnet durch seine landschaftliche Schönheit und hochstehende kulturelle Entwicklung, sondern vor allem durch seinen natürlichen Reichtum. Von den Höhen und Hängen der Grenzgebirge grüßen dichte Laub- und Nadelholzwälder weit hinein in das fruchtbare Wiesen- und Ackerland. Die Gewässer, die von den Gebirgskämmen zu Tale eilen und zu Flüssen werden, sind natürliche Kraftquellen und Verkehrswege. Das Vorland der Gebirge aber birgt Kohle, Erze und Mineralquellen in unerschöpflichen Ausmaßen. **Kurz, es ist ein gottgesegnetes, fruchtbares Land, das alle Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Entwicklung zum Wohlstand seiner Bewohner und weit darüber hinaus in sich einschließt.**

In jahrhundertelanger mühevoller und unbeirrbarer Kulturarbeit haben die deutschen Siedler den natürlichen Reichtum des Landes erschlossen und verwertet.

Deutsche Bauern, von den böhmischen Königen ins Land gerufen, befruchteten und erweiterten die Kulturleistung des bodenständigen Deutschtums im Lande, trockneten Sümpfe und rodeten den Urwald. Sie legten Musterhöfe an und wurden dem primitiven tschechischen Bauer zum Vorbild. Und mit den deutschen Bauern waren Handwerker und Kaufleute ins Land gekommen. Nach den Hussitenstürmen, die die deutsche Wirtschaftsblüte im Sudetenraum brach, wurden deutsche Bergknappen nach Kuttenberg zurückgerufen, um den Bergbau wieder in Gang zu bringen. Aus dem Sächsischen und Meißnischen kamen Bergknappen über den Kamm des Erzgebirges und erschlossen die Schätze des Bodens. 1518 entstand St. Joachimthal, von hier nahmen die "Thaler" ihren Ausgang, ihm folgten weitere Bergstädte wie Gottesgab, Kupferberg, Weipert, Sebastiansberg, Sonnenberg, Zinnwald, Klostergrab usw.; Schmelzwerke, Pechhütten, Drahtzüge boten reichen Verdienst.



Das Wahrzeichen Prags, der alten Königsstadt an der Moldau, ist der Hradscin mit dem Veitsdom, der Burg und den Adelspalästen mit ihren prächtigen Gärten. Deutsche Baumeister schufen hier, machten Prag zur hunderttürmigen Stadt; schon 1255 erhielten die deutschen Bürger deutsches Stadtrecht. 1348 gründete Karl IV. in Prag die erste deutsche Reichsuniversität. Heute ist Prag das Symbol tschechischer Unterdrückungspolitik geworden.

In Nordböhmen entwickelte sich die Leinenwarenerzeugung, die meißnische Familie der Schürer von Waldheim begründete die nordböhmische Glasmacherkunst. Der deutsche Kaspar Lehmann erfand die Kristallschleiferei, der Brüxer Bürger Hans Weidlich heizte bereits 1605 sein Alaun- und Vitriolwerk mit Braunkohle. Und die Haus- und Fabriksgewerbe, besonders die Textilgewerbe, pflanzten sich nach Nordmähren und Schlesien fort. Langsam, aber trotz aller Rückschläge unaufhaltsam, entwickelte sich diese sudetendeutsche Wirtschaft zu jenem Hochstand der sudetendeutschen Großindustrie, die um die Jahrhundertwende bis zum Kriegsausbruch die hauptsächliche Industrie der alten Donaumonarchie bildete und für die Industrialisierung des tschechischen Siedlungsraumes vorbildlich wurde. Georg Weidlich bahnte den Steinschöner Gläsern den Weg in die weite Welt, die Reichenberger und Ascher Tuche kamen oft als "Englischer Loden" in den Handel, die Graslitzer Musikinstrumente und die Thunschen Porzellane wurden weltbekannt.

Fabrik reihte sich an Fabrik. Aus den Werkshallen tönte das Lied der Arbeit, die Eisenhämmer pochten im Rhythmus, die Spindeln surrten und die Räder der Förderstühle drehten sich flink und munter und förderten unermüdlich die Kohle aus den Tiefen.

Und zwischen den Industriestädten und Kohlenbergwerken und in den fruchtbaren Getreidelandschaften an der Eger, Elbe und im mährisch-schlesischen Lande zogen die Bauern ihren Pflug durch fruchtbares, deutsches Land. Die netten, sauberen Dörfer verrieten Wohlstand und Zufriedenheit.

Die Gebirgler auf den Höhen der Berge, wo der erste Schnee oft schon in der Erntezeit fällt und der letzte schmilzt, wenn im Tale und im Lande das erste Gras gemäht wird, und die Bewohner in den schattigen Gebirgstälern klöppelten und drechselten, schufen sich in unermüdlicher Arbeit das Lebensnotwendige zu den kärglichen Erträgen des Gebirgsackerbodens.

Solange sich das sudetendeutsche Wirtschafts- und Industrieleben frei und ungehindert entwickeln und entfalten konnte, herrschten unbeeinflusst von den natürlichen Konjunkturschwankungen, der jede Wirtschaftsentwicklung unterworfen ist, Wohlstand und ausreichende Lebensmöglichkeiten im sudetendeutschen Grenzgebiet. Die unermesslichen Bodenschätze und die Fruchtbarkeit des Ackerbodens bildeten eine sichere Grundlage, auf der die arbeitsfreudige und regsame Bevölkerung ihre Wirtschaft aufbaute. Die sudetendeutschen Unternehmer und Industriebesitzer waren in ihrer Mehrheit in ihrem Wirtschaftsaufbau wohl überlegend und berechnend, aber nicht spekulativ, so daß eine gleichmäßige Aufwärtsentwicklung gesichert war. Der Wohlstand des Sudetendeutschtums in der Vorkriegszeit, der, wie immer wieder festzuhalten ist, durch den natürlichen Reichtum seines Siedlungsgebietes und den Fleiß und die Regsamkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit aller seiner Berufsstände bedingt war, spiegelte sich z. B. recht deutlich in den Zahlen der Erwerbssteuer, die von Deutschen und Tschechen gezahlt wurde: von den 6,7 Millionen Einwohnern Böhmens zahlten im Jahre 1911:

2,5 Millionen Deutsche
und 4,2 Millionen Tschechen

5,7 Millionen Kronen
3,1 Millionen Kronen.*

Auf dieses fruchtbare deutsche Grenzland, das eine größere Fläche einnimmt als Sachsen und Thüringen zusammen, und das durch eine jahrhundertelange Kulturarbeit wirtschaftlich erschlossen worden ist, richtete sich der tschechische Angriff. Es ist nicht mehr ein Kampf um die Vorherrschaft in den Sudetenländern, der sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Sudetendeutschen und Tschechen zieht, sondern ein Kampf **um den sudetendeutschen Lebensraum** schlechthin. Die Tschechen haben Ziel und Zweck ihres Kampfes offen kundgetan: **das sudetendeutsche Gebiet mit all seinen Reichtümern und Einrichtungen in tschechischen Volksbesitz überzuführen.** Und



In den verarmten deutschen Gebirgsorten verwaht die deutsche Schule. Die Gemeindeangehörigen sind nicht mehr imstande, die Gemeindeumlagen aufzubringen, der Staat bewilligt keine Mittel. In überfüllten nassen Räumen erhält die Jugend der eingesessenen deutschen Bevölkerung den Unterricht.

sie verfolgen dieses Ziel durch mehr als ein halbes Jahrhundert mit aller Folgerichtigkeit und Planmäßigkeit. Die Abwanderung tschechischer Arbeiter in die sudetendeutsche Industriegebiete, die durch die industrielle Entwicklung angelockt oder von nationalpflichtvergessenen Unternehmern als billige Arbeitskräfte angeworben wurden, wurde gefördert und unterstützt, tschechische Gewerbetreibende und Kaufleute, die ihnen folgten, erhielten finanzielle Beihilfen, und wo es in einem Ort eine größere Anzahl von tschechischen Kindern gab, errichteten die tschechischen



Die Masarykschule im deutschen Winterberg.

Für wenige tschechische Kinder errichtet der Staat modene große Schulbauten. Tschechische kinderreiche Beamte werden ins deutsche Sprachgebiet versetzt, um mit ihren Kindern die tschechischen Trutzschulen aufzufüllen.

Kampfverbände aus eigenen Mitteln Schulen und Kindergärten. An der Sprachgrenze, die nach den Stürmen der Hussitenzeit und des Dreißigjährigen Krieges seit Beginn des 18. Jahrhunderts ungefähr in der gleichen Weise verläuft wie heute, spielte sich ein erbitterter Kampf um jeden Baum und Stein ab. **Kurz, das Streben der Tschechen, den deutschen Kultur- und Siedlungsraum mit tschechischem Volkstum zu durchsetzen und das Sudetendeutschtum zu verdrängen, um allmählich das ganze Gebiet zu tschechischem Volksbesitz zu machen, war schon damals ganz offenkundig.**

Dieser Kampf ist mit Ausgang des Weltkrieges in ein neues, entscheidendes Stadium getreten. War es bisher ein Volkstumskampf im wahrsten Sinne des Wortes, in dem keinem Teil, weder den Deutschen noch den Tschechen, staatliche Hilfe zuteil wurde, so stehen heute den Tschechen die Machtmittel ihres Staates im Kampf gegen die wehr- und rechtlos gemachte sudetendeutsche Volksgruppe zur Verfügung. **Der Volkstumskampf von gestern ist heute zum Vernichtungsfeldzug des Staates gegen das Deutschtum geworden, das innerhalb seiner Grenzen zu leben gezwungen wurde.** Es ist also ein Kampf mit ungleichen Waffen. Das ungleiche Kräfteverhältnis allein erklärt die Erfolge, die die Tschechen bisher erringen konnten. Es ist daher nur ein Beweis für die ungeheuren Lebensenergien und die Zähigkeit des Sudetendeutschtums, daß seine nationale Lebenskraft und seine Wirtschaftspositionen trotz aller staatlichen Machtmittel und Gewaltakte noch nicht gebrochen und vernichtet sind. Diese Tatsache allein, die zu den Hoffnungen berechtigt, daß das Sudetendeutschtum den Stürmen trotzen wird, die es aus seinem uralten, mit dem Pflug und durch seine Kulturleistungen eroberten Heimatboden entwurzeln sollen, darf aber über den **Ernst der Lage des Sudetendeutschtums nicht hinwegtäuschen, das hart an den Rand einer völkischen Katastrophe gelangt ist.**

Heute ist aus dem einst blühenden Industriegebiet ein großer Industriefriedhof geworden. Die Fabriken stehen still, verfallen, der Wind streicht heulend durch die Arbeitssäle, die Maschinen verrostet. Vor den geschlossenen Toren der Fabriken stehen hungernd und krank hunderttausende Erwerbslose ohne jede Hoffnung, daß sie sich ihnen jemals wieder öffnen werden. Und die Bauern ziehen mit sorgenvoller Stirn den Pflug durch ihren Acker, und wie eine Zentnerlast drückt sie die bange Frage: "Werde ich den Hof erhalten können?" Die Gebirgsdörfer, in denen schon stets Schmalhans Küchenmeister war, sind zu Stätten des Grauens geworden! Die Armut schwingt das

Szepter. Und wo Armut herrscht, finden Krankheiten leicht Zugang. Sie aber schwächen die natürliche Lebenskraft eines Volkes, für das es bedenkliche Zeichen für seine Entwicklung sind, wenn es mehr Särge als Wiegen zimmert!

Man ist heute tschechischerseits bemüht, die katastrophalen Verfallserscheinungen im sudetendeutschen Wirtschaftsleben mit seinen unausbleiblichen sozialen und volksbiologischen Auswirkungen einerseits als eine Folge der staats- und wirtschaftspolitischen Strukturveränderung seit 1918 in Europa und andererseits als eine Folge der Fehlspekulationen in Neubauten und Investitionen der sudetendeutschen Unternehmer hinzustellen.

Gewiß, die Tschechoslowakei hatte bei ihrem Entstehen rund 80 Prozent der industriellen Produktion der alten österreichisch-ungarischen Monarchie übernommen. In den Sudetenländern hatte sich, gefördert durch den Reichtum der Länder an Kohle, Erz, Kaolin u. a. Bodenschätzen und Bodenprodukten organisch aus der Notwendigkeit des Bedarfes an Industrieprodukten im österreichisch-ungarischen Wirtschaftsraum eine blühende Textil-, Glas-, Holz-, Leder-, Papier- und Porzellanindustrie entwickelt.

Sie beherrschte nicht nur den alten österreichisch-ungarischen Binnenmarkt, sondern hatte sich auch auf dem Weltmarkt einen sicheren Platz erobert. Die Auftriebskraft der sudetendeutschen Wirtschaft beruhte daher nicht "auf Meinen und Wollen", sondern auf dem elementaren Kulturaufstieg des Südostens Europas. Hier lag ihr natürliches Aufnahmegebiet - zu einem Großteil innerhalb der eigenen Staatsgrenzen. Diese Auftriebskraft hat durch den Zusammenbruch der alten Donaumonarchie und die Aufteilung dieses innerlich ausgeglichenen Wirtschaftsraumes in neue Staats- und Zollgebiete eine natürliche Schwächung erhalten.

Die sudetendeutsche Wirtschaft hat - man kann sagen über Nacht - drei Viertel ihres binnenländischen Absatzmarktes verloren. Das zum Auslandsmarkt gewordene Absatzgebiet riegelt sich durch hohe Zollmauern ab oder durfte aus politischen Gründen nicht beliefert werden, der neue Binnenmarkt aber war zu klein, die Produktion seiner Industrie aufzunehmen. Dazu kommt noch die Neugründung von Industrien in den österreichischen Nachfolgestaaten und die Errichtung doppelseitiger Zollmauern. Das politische Streben der Tschechoslowakei, Ungarn und Österreich wirtschaftlich niederzuhalten und das politische Bündnis mit den ehemaligen Ententestaaten wirtschaftlich auszubauen, mußte die Schwungkraft der sudetendeutschen Industrie lähmen.

Ausschlaggebend aber für die rückläufige sudetendeutsche Wirtschaftsentwicklung war die tschechische Regierungspolitik dem Sudetendeutschtum gegenüber. Auf allen Lebensgebieten des Sudetendeutschtums setzte seit 1918 mit den Machtmitteln des Staates der tschechische Angriff ein. Der alte Kampfgeist hussitischer Zerstörung war erwacht. Deutsche Schulen wurden gesperrt, deutsche Arbeiter und Beamte von den staatlichen Arbeitsplätzen vertrieben, der Gebrauch der



Ein Blick in die sudetendeutsche und tschechische Presse! [\[Vergrößern\]](#)

deutschen Sprache eingeengt, deutsche Eisenbahnen enteignet und deutscher Wald- und Ackerboden tschechischen Siedlern oder dem Staatsbesitz überantwortet. Rücksichtslos wurde an der Schwächung und Zerstörung des wichtigsten Lebensnerves einer jeden Volksgruppe gearbeitet - an der sudetendeutschen Wirtschaft. "Das (tschechische) Grenzlerproblem", so schreibt einmal die tschechische Zeitschrift *Obrana narodna*, "ist die Rückgewinnung mehr als eines Drittels unseres Vaterlandes in die Hände und den Besitz des eigenen (tschechischen) Volkes. Das Grenzlerproblem ist die Besiedlung dieses Drittels aus unserem Volke, **ist die Hinausschiebung der heutigen Sprachgrenze bis an die tatsächlichen Landesgrenzen**, ist die Erbauung eines vollkommen starken, unüberwindlichen und verlässlichen Grenzgebietes, **einer Festungslinie aus Menschen unseres Geschlechtes und unseres Blutes.**"

Es ist das offen zugegebene Ziel der Prager Regierung, die tschechoslowakische Volkswirtschaft von der sudetendeutschen Privatwirtschaft unabhängig zu machen, was man ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten dadurch anstrebt, daß man

- a) innerhalb des tschechischen Siedlungsraumes eine eigene tschechische Industrie aufzieht, ihren Absatz im In- und Ausland staatlich fördert und die gleichgeartete sudetendeutsche Industrie zum Abbruch zwingt;
- b) in der sudetendeutschen Industrie unter staatlichem Druck tschechisches Kapital investiert.

Es versteht sich von selbst, daß eine derartige Revolutionierung im Wirtschaftsleben auf die gesamte Wirtschaftslage des Staates und damit auf die sozialen Verhältnisse besonders des Sudetendeutschtums, das vornehmlich industrialisiert ist, von entscheidendem und nachhaltigem Einfluß sein mußte, der sich mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise zur sozialen Katastrophe verschärfte.

Diese national- und wirtschaftspolitische Zielsetzung der Tschechen erklärt die Tatsache, daß zur gleichen Zeit, in der im sudetendeutschen Grenzland das große Industriesterben einsetzte, im tschechischen Siedlungsgebiete neue Fabriken entstanden und bereits bestehende vergrößert und erweitert wurden. Die Wirtschaftskrise hat wohl auch da und dort zu Produktionseinschränkungen geführt, aber Fabrikschlote sind hier keine niedergelegt worden, es sei denn, man benötigte noch höhere!

Die Arbeitslosigkeit hat in keinem tschechischen Bezirke die Stärke erreicht, wie in den grenzdeutschen, die Not und das Elend haben in keinem tschechischen Orte solche Formen angenommen, wie in den grenzdeutschen, wo die Menschen Hunde und Katzen schlachteten und Rinde von den Bäumen und Wurzeln kochen, um ihren Hunger zu stillen.

Diese Gegensätzlichkeit der Wirtschaftslage zweier Völker eines Staates, der Regierenden und Regierten, läßt sich mit Strukturunterschieden in der Berufsschichtung der beiden Völker nicht mehr rechtfertigen, sie läßt sich auch nicht mit dem Hinweis auf die staats- und wirtschaftspolitischen Veränderungen des Jahres 1918 hinreichend erklären oder als Folge der "Fehlspekulationen" der deutschen Industrieführer hinstellen. Sie ist der sichere und unwiderlegbare Ausdruck eines staatlichen Vernichtungswillens!

"200 000 Erwerbslose werden auf ihren Arbeitsplatz, den sie verlassen mußten, nicht mehr zurückkehren können", stellte bereits im Jahre 1934 die Prager Staatsführung kalt und nüchtern fest. **Und es werden Sudetendeutsche sein!** Dieser furchtbaren Eröffnung dürfen wir uns nicht verschließen. Sie bedeutet nicht allein das Schicksal von zweihunderttausend Menschen mit seinen grauenhaften Begleitern Hunger, Not, Elend, Krankheit, Verzweiflung, sie bedeutet das Schicksal der dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen überhaupt, die an 1550 km deutscher Reichsgrenze einen lebendigen Wall gegen ein expansionslüsternes, imperialistisches Volk bilden.



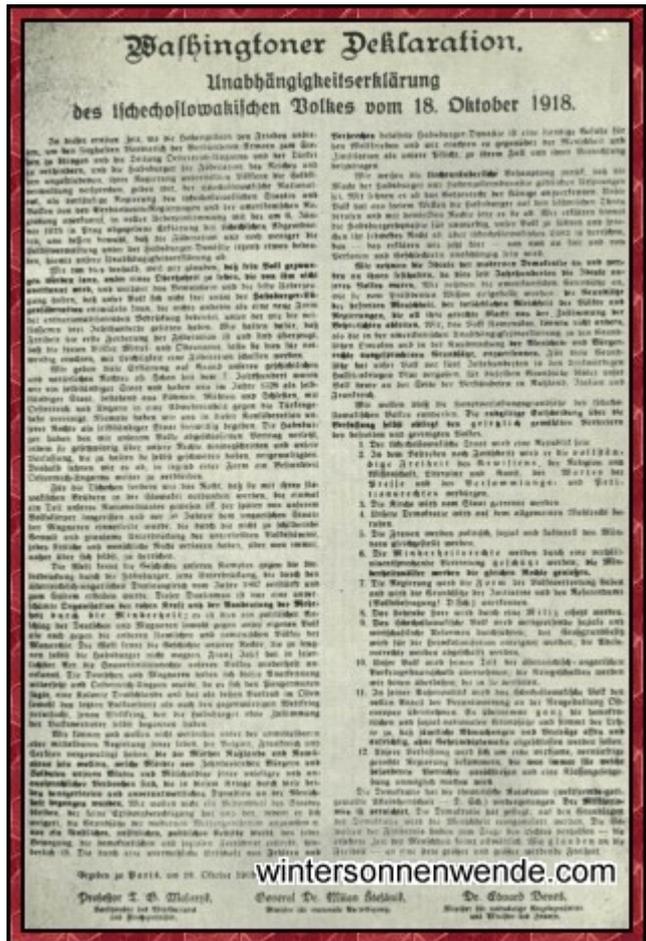
Als auf der Diktatkonferenz in Versailles auch über das Schicksal der sudetendeutschen Gebiete gesprochen und von den Tschechen ihre Einverleibung in die junge tschechoslowakische Republik verlangt wurde, erhoben sich gegen die tschechischen Wünsche ernsthafte Bedenken. Da legte die tschechische Delegation das berüchtigte Memoire III. vor, in dem sie darstellte, daß es überhaupt kein geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet in den Sudetenländern gäbe, die österreichische Statistik über den Bevölkerungsstand gefälscht und die Angliederung der "sogenannten deutschen Gebiete" eine wirtschaftliche und strategische Notwendigkeit für den neuen Staat sei.¹ Zum Schlusse aber hieß es:

"Es ist absolut notwendig, genau zu wissen, wie die Deutschen in dem tschechoslowakischen Staat werden behandelt werden. Die tschechoslowakische Republik ist, eintretenden Falles, nicht nur bereit, das gesamte, durch die Friedenskonferenz zugunsten der Minderheiten eingeführte internationale Recht anzunehmen, sondern sie ist auch noch bereit, über ein solches Recht hinauszugehen (*à devancer une telle loi*) und den Deutschen alle Rechte zu geben, die ihnen zukommen.

Die tschechoslowakische Republik wird ein absolut demokratischer Staat sein: alle Wahlen werden nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht vor sich gehen; alle Ämter werden allen Staatsbürgern zugänglich sein; die Sprache der Minderheiten wird überall zugelassen sein (*la langue des minorités y sera admise partout*); das Recht, ihre eigenen Schulen, ihre Richter und ihre Gerichtshöfe zu haben, wird niemals irgendeiner Minderheit bestritten werden (*le droit d'avoir ses propres écoles, ses juges et ses tribonaux ne sera jamais contesté à n'importe quelle minorité*).

Um zusammenzufassen: **Die Deutschen würden in Böhmen dieselben Rechte haben wie die Tschechoslowaken. Die deutsche Sprache würde die zweite Landessprache werden (*la langue allemande serait la seconde langue du pays*), und man würde sich niemals irgendeiner vexatorischen Maßnahme gegen den deutschen Bevölkerungsteil bedienen (*et on ne servirait jamais d'aucune mesure vexative contre la partie allemande de la population*).** Das Regime würde ähnlich sein wie in der Schweiz (*le régime serait semblable à celui de la Suisse*).

Dieses Regime wird in Böhmen nicht nur deshalb eingeführt werden, weil die



(In genauer deutscher Übersetzung des französischen Untertextes - nach einer Veröffentlichung des "Montagsblattes"): Der gemeinsame tschechoslowakische Nationalausschuß zu Paris, der sich bereits 1917, ohne die Macht in Böhmen, Mähren, Schlesien und der Slowakei zu besitzen, als "Tschechoslowakische Regierung" bezeichnete, veröffentlichte am 18. Oktober 1918 die auf Seite 15 [Scriptorium merkt an: obenstehendes Faksimile] wiedergegebene Erklärung, in welcher den millionenstarken "Minderheiten" im künftigen Staate die gleichen Rechte verbürgt wurden. S. Punkte 2, 6, 7, u. 12. Der erste Präsident Masaryk setzte 1919 nach der Machtübernahme in Verleugnung der Erklärung mit der brutalsten Unterdrückung der deutschen und ungarischen Volksgruppe ein..

[Vergrößern]

Tschechen immer ein tiefes Empfinden für Demokratie, Recht und Gerechtigkeit hatten, und diese Rechte selbst ihren Gegnern loyal zuerkennen, sondern auch weil die Tschechen der Ansicht sind, daß diese den Deutschen günstige Lösung auch den politischen Interessen ihres eigenen Landes und ihres eigenen Volkes günstig ist (... *que cette solution favorable aux Allemands est favorable aux intérêts politiques de leur propre pays et de leur propre nation*)."

Als der Inhalt des Memoire III durch die Veröffentlichung der Prager Zeitung Bohemia² bekannt wurde, brachten die deutschen Abgeordneten im Prager Senat eine Interpellation³ an den damaligen Außenminister Dr. Eduard Benesch ein, in der sie Auskunft über die Echtheit dieses Dokumentes erbat. In seiner Antwort vom 13. Mai 1921 gab Dr. Benesch bekannt, daß das Dokument echt und richtig wiedergegeben sei.

Die im Memoire III niedergelegten und ähnlichen Versprechen wurden von tschechischer Seite seit Bestand des Staates bei vielen Gelegenheiten wiederholt. Vor internationalem Forum in Genf erklärte der tschechische Außenminister, "daß in der Tschechoslowakei das Nationalitätenproblem mustergültig gelöst worden sei". Im Zeichen der humanitären Demokratie gäbe es keine Unterdrückung, sondern nur Gleichberechtigung.

Die rauhe Wirklichkeit im Staate spricht eine andere Sprache!

Von den gemachten Versprechungen ist keine erfüllt und gehalten worden. Die in den Friedensverträgen garantierten Minderheitenrechte werden täglich verletzt und vergewaltigt, die in Aussicht gestellten demokratischen "Freiheiten" erfahren nur eine einseitige Anwendung und die vielgepriesene tschechische Humanität entpuppt sich als das System eines rücksichtslosen Vernichtungswillens. Die Hilferufe aus den sudetendeutschen Notstandsgebieten, die sich im Auslande nicht mehr unterdrücken lassen, haben die Aufmerksamkeit auf die inneren Verhältnisse in der Tschechoslowakei gelenkt, die von den tschechischen Stellen im Auslande stets im Lichte strahlender demokratischer Ordnung geschildert wurden. Eine Fahrt durch die sudetendeutschen Grenzgebiete entrollt ein schreckliches Bild der Zerstörung und zeigt zugleich die tschechoslowakische Demokratie ohne Maske in ihrer ganzen Brutalität.



Im vorliegenden Buch soll nun aufgezeigt werden, über welchen wirtschaftlichen Besitzstand das Sudetendeutschtum bei seiner Einverleibung in den tschechoslowakischen Staatsverband verfügte, wie planmäßig die Tschechen an seiner Zerstörung arbeiteten und wie sich der tschechische Wirtschaftskrieg im Sudetendeutschtum auswirkt. **Es soll gezeigt werden, daß die wirtschaftliche Not des Sudetendeutschtums einzig und allein eine Folge seiner unverschuldeten nationalen Not ist.** Bei der Fülle und Vielgestaltigkeit des behandelten Stoffes ergibt es sich von selbst, daß das Buch keinen Anspruch auf Vollständigkeit in der Darstellung erheben kann. Die Unterlagen hierfür bilden, sofern es nicht notwendig war, wissenschaftliche Abhandlungen heranzuziehen und zu verwerten, Veröffentlichungen des Statistischen Staatsamtes in Prag, Reden deutscher und tschechischer Regierungsmitglieder und Regierungsabgeordneter, Eingaben und Situationsberichte wirtschaftlicher Körperschaften und die Tagespresse aller Parteischattierungen, wobei noch ausdrücklich bemerkt ist, daß die strenge tschechoslowakische Pressezensur **unrichtige oder übertriebene Angaben nicht duldet**, wodurch also vollste Objektivität in der Darstellung gewährleistet ist!

Berlin, Ende 1936.

Kurt Vorbach.



Anmerkungen:

* 1 Friedensmark hatte die Kaufkraft von 1,10 österreichischen Friedenskronen. [...zurück...](#)

1 Hassinger: *Die Tschechoslowakei*, Wien 1925, S. 596. [...zurück...](#)

2 Folgen vom 10. -19. Oktober 1920. [...zurück...](#)

3 Senatsprotokoll I. Session Nr. 31, II. Session Nr. 211. [...zurück...](#)



I. Das österreichisch-ungarische Erbe

1. Der tschechoslowakische Anteil an Bodenfläche und Bevölkerung

a) Allgemeine Übersicht

Aus dem territorialen Erbe der alten österreichisch-ungarischen Monarchie, die eine Fläche von 676.000 qkm umfaßte, fielen dem neugegründeten tschechoslowakischen Staate die sogenannten historischen Länder Böhmen, Mähren und Schlesien (die Sudetenländer) und die Slowakei und Karpathenrußland (Karpathenländer) zu. Durch das Friedensdiktat von St. Germain mußte an Böhmen von Niederösterreich ein Teil des Weitraer Gebietes im Ausmaße von 118 qkm und an Mähren ein Teil des Feldsberger Gebietes im Ausmaße von 93 qkm abgetreten werden. In Versailles wurde der Tschechoslowakei das **Hultschiner Ländchen** mit einem Flächeninhalt von 285 qkm zugesprochen, dagegen mußte sie von Schlesien einen Teil des Teschener Gebietes (1009 qkm) an Polen abtreten. Insgesamt umfaßt die Tschechoslowakei nach den im Laufe der vergangenen 16 Jahre vorgenommenen kleinen Grenzbereinigungen ein Gebiet von 140.493 qkm. Davon entfallen auf

Böhmen	52.062 qkm,	d. s.	37,08%	der Gesamtfläche	
Mähren-Schlesien	26.808 "	"	19,04%	" "	
Slowakei	49.006 "	"	34,86%	" "	
Karpathenrußland	12.617 "	"	9,02%	" "	4

Sie übernahm also aus dem österreichisch-ungarischen Ländererbe ungefähr 21 v. H.

Das neue mitteleuropäische Staatsgebilde ist durch eine Grenze von 4.125 Kilometern von seinen staatlichen Nachbarn (Deutsches Reich, Polen, Rumänien, Ungarn und Österreich) getrennt.

Land	Länge der Staatsgrenze (in km) gegen					im ganzen ⁵
	Deutschland	Polen	Rumänien	Ungarn	Österreich	
Böhmen	1.212	---	---	---	260	1.472
Mähren-Schlesien	338	119	---	---	199	656
Slowakei	---	577	---	695	99	1.371
Karpathenrußland	---	288	201	137	---	626
Tschechoslowakei	1.550	984	201	832	558	4.125

Entfernungen in der Luftlinie: West-Ost: Eger - Marmaros 930 km, Nord-Süd: Tetschen - Oberhaid

250 km, Oderberg - Feldsberg 160 km, Oderberg - Preßburg 200 km, Bartfeld - Kaschau 95 km.
Bahnfahrt Prag - Ungvar 20, Eger - Huszt 27 Schnellzugstunden.

Auf dem Boden des tschechoslowakischen Staates gibt es nach den anlässlich der amtlichen Volkszählung am 1. Dezember 1930 durchgeführten Erhebungen 15 734 Gemeinden.⁶

Von den 37,3 Millionen Einwohnern der österreichischen Reichshälfte wohnten auf den zur tschechoslowakischen Republik zusammengeschlossenen Gebieten rund 13,6 Millionen Menschen, d. s. 37. v. H. Der Bevölkerungsstand nach den Ergebnissen⁷ der beiden Volkszählungen vom 15. Februar 1921 und 1. Dezember 1930 zeigt folgendes Bild:

<i>Land</i> (Gebiet nach dem Stande vom 1. 1. 1934)	<i>Flächenaus- maß in qkm</i>	<i>Zahl der anwesenden Bevölkerung</i>	
		<i>1. 12. 1930</i>	<i>15. 2. 1921</i>
Böhmen	52.062	7.109.376	6.670.610
Mähren-Schlesien	26.808	3.565.010	3.338.977
Slowakei	49.006	3.329.793	2.998.244
Karpathenrußland	12.617	725.357	604.593
Tschechoslowakei	140.493	14.729.536	13.612.424

Damit fiel der Tschechoslowakei der wirtschaftlich reichste und entwickeltste Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie zu, denn hier liegen die ausgedehnten Wälder des Böhmerwaldes, Erzgebirges, der Sudeten und Karpathen, die fruchtbaren Niederungen des Moldau-, Eger-, Elbe-, March- und Theißbeckens, ferner die weltberühmten Thermalquellen und Sauerlinge Westböhmens (Karlsbad, Franzensbad, Marienbad, Gießhübel, Krondorf, Klösterle usw.), die ergiebigen Braunkohlenlager Nordwestböhmens, die Erz- und Steinkohlenlager in Mittelböhmen, Schlesien und in der Slowakei, kurz ein Gebiet, **das ebenso durch seine Fruchtbarkeit und Bodenschätze reich, als durch sein Landschaftsbild schön ist.**



Anmerkungen:

4 Statistisches Jahrbuch der tschechoslowakischen Republik, Prag 1935. [...zurück...](#)

5 Die Länge der inneren Landesgrenze beträgt laut Mitteilung des Militärgeographischen Institutes: zwischen Böhmen und Mähren-Schlesien 345 km, zwischen Mähren-Schlesien und der Slowakei 243 km und zwischen der Slowakei und Karpathenrußland 150 km. [...zurück...](#)

6 Statistisches Jahrbuch der tschechoslowakischen Republik. [...zurück...](#)

7 Ebenda. [...zurück...](#)



b) Der nationale Besitzstand und die Bevölkerung in den Sudetenländern

Der Sudetenraum war schon frühzeitig besiedelt. Diese Tatsache erklärt sich einerseits aus den klimatischen und pflanzengeographischen Verhältnissen, andererseits aus seiner geographischen Lage als Durchzugsland. Die zahlreichen Gräber- und Urnenfunde zeigen, daß Böhmen vorwiegend durch die über das Elbe- und Odergebiet ausstrahlende **nordische Kultur**, Mähren dagegen durch

die **Donaukultur** beeinflusst wurde. Da sich in ganz Nordwestböhmen, im Egerland mit seinen Randgebirgen, im Böhmerwald und in einem breiten, zu deren südlichen böhmisch-mährischen Grenzhöhen ansteigenden Gürtel im Luv der Regenwinde, wie überhaupt im ganzen südlichen Moldauland, ferner in den Sudeten mit Ausnahme der Paßzone des Glatzer Kessels bis zur mährischen Pforte und jenseits derselben im Waldgebirgsrand der Weißen Karpathen und Beskiden keine Funde aus dieser Zeitepoche ergeben, waren diese Gebiete offenbar von geschlossenem Wald bedeckt und daher siedlungsleer.

Eine beträchtliche Erweiterung der Besiedlung erfuhr der Sudetenraum in der Bronzezeit. Abermals von zwei Seiten drangen Kulturwellen ein, von Nordwesten aus dem nordischen Kulturkreis an der Nord- und Ostsee und von Südosten aus Ungarn, woraus die Doppelstellung Böhmens zwischen den deutschen Meeren und dem Pontus bereits in vorgeschichtlicher Zeit sichtbar wird. Mähren verbleibt auch weiterhin im Donaukulturkreis, wenn es auch durch die mährische Pforte vom Norden her von dem nordischen Kulturkreis beeinflusst wird. In dieser Zeit bestand, wie Siedlungsstätten im Adler- und Zwitteratal beweisen, bereits zwischen Böhmen und Mähren Verbindung.

Diese Siedlungs- und Kulturschicht wird in der jüngeren Bronzezeit abgelöst von zwei neuen, in Böhmen räumlich getrennten Kulturelementen. Während sich in West- und Südböhmen auch in den bisher nicht besiedelten Gebieten Hügelgräber finden, werden in Nordost- und Ostböhmen, in ganz Mähren und in der Slowakei, in Schlesien und in der Lausitz Urnenfriedhöfe aufgedeckt. Die verschiedene Bestattungsform zeigt also, daß die Träger dieser Kulturen zwei verschiedene Völker waren, die voneinander räumlich getrennt siedelten.⁸

Man nennt die Kultur der Brandgräber die **lausitzische Kultur** und sieht heute als ihre Träger allgemein die **Illyrier** an. Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß die indogermanischen Stämme, seitdem ihre Wanderzüge historisch verfolgt werden können, mit Vorliebe in südlicher Richtung zogen. Noch um 100 n. Chr. werden in der Slowakei die Osen genannt und als pannonisch bezeichnet,⁹ d. h. im weiteren Sinne als illyrisch, die als die letzten Reste der Illyrier gelten, deren Hauptmasse sich schon Jahrhunderte vorher in Nordostitalien, im östlichen Alpengebiet und auf dem Balkan niedergelassen hatte. Die Richtigkeit der Auffassung, daß die Träger der lausitzischen Kultur Illyrier waren, wird durch die Feststellung illyrischer Fluß- und Ortsnamen erhärtet.

In der tschechischen wissenschaftlichen und politischen Literatur begegnet man öfters den Behauptungen, daß all' die prähistorischen Funde in den Sudetenländern und die für dieses Gebiet bezeugten Orts- und Flußnamen slawischen, d. h. tschechischen Ursprunges seien und somit auf eine autochthone slawische Bevölkerung schließen lassen. So hat z. B. der Professor der tschechischen Universität in Prag J. Matiegka in einer angeblich "wissenschaftlichen" Information¹⁰ der *Smithsonian Report* in Washington behauptet, daß während der Dauer der *La Tène*-Kultur neben keltischen auch slawische Stämme in Böhmen siedelten, aus denen die Tschechen hervorgegangen sind. Die germanischen Markomannen, die fast ein halbes Jahrtausend geschlossen in Böhmen siedelten, verschwinden bei Matiegka vollkommen. Die nicht wegzuleugnenden Germanengräber werden als Begräbnisstätten durchreisender Kaufleute bezeichnet. Und so ließen sich hunderte Fälschungen anführen, mit denen bewiesen werden soll, daß die Tschechen schon 900 Jahre vor Christus in Böhmen und Mähren siedelten.

Ähnliche Versuche, "dem Geburtsschein des tschechischen Volkes in Böhmen ein möglichst hohes Alter zu geben", um dessen politisches Erstgeburtsrecht zu unterstreichen und in den Köpfen ausländischer Gelehrter das Bild von der uralten Kultur des "tschechoslowakischen Volkes" zu erzeugen, wiederholen sich, wie gesagt, in der tschechischen Literatur immer wieder.¹¹ Sie sind durch die wissenschaftlichen Forschungen widerlegt und werden selbst von ernstesten tschechischen Wissenschaftlern abgelehnt.¹² Mögen über die rassische und volkliche Zugehörigkeit der Träger der

prähistorischen Kulturen, die sich im Sudetenraum durch Gräberfunde und Namensforschungen nachweisen lassen, wissenschaftliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, das eine ist sicher, daß es keine Slawen und erst recht nicht Tschechen waren. Die erste geschichtlich einwandfrei nachweisbare Bevölkerung in Böhmen bildeten die Kelten.

Die Einwanderung der Kelten in die Sudetenländer wird in das 4. Jahrhundert v. Chr. verlegt. Sie stießen dabei auf die Reste einer illyrischen Bevölkerung, wie das Fortleben illyrischer Orts- und Flußnamen zur Keltenzeit beweist. In Böhmen wohnten die Bojer, aber auch in Mähren und in der Slowakei siedelten keltische Stämme. Die Ausgrabungen von Stradonitz an der Beraun und an anderen Orten Böhmens und Mährens beweisen, daß die ptolomäischen Städte keltische Burgwallanlagen und Handelsplätze waren, an denen auch Bronze-, Eisen- und Glasgegenstände in Werkstätten hergestellt wurden.¹³

Überall an der Nordgrenze des Sudetenraumes von der Elbe bis zur Weichsel siedelten im ersten vorchristlichen Jahrhundert Germanen, die sich allmählich in Böhmen einschoben und hier neben den Kelten im Raume wohnten, was u. a. die Funde keltischer Körper- und nordischer Brandgräber bezeugen. Sie haben die Kelten immer mehr zur Aufgabe ihrer Wohnsitze gedrängt. Daß sie vernichtet wurden, ist unwahrscheinlich, es ist vielmehr anzunehmen, daß Reste im Lande verblieben sind und von den germanischen Stämmen aufgenommen wurden.

Die eigentliche germanische Bevölkerung des Sudetenraumes erfolgte mit der Landnahme durch den kriegerischen Stamm der suevischen Markomannen, **die mit den anderen germanischen Stämmen zugleich den Grund der deutschen Bevölkerung im Sudetenraum bildeten.**

Bereits 58 v. Chr. hatten die Markomannen die keltischen Bojer aus dem Lande vertrieben.¹⁴ Die eigentliche Landnahme aber erfolgte erst knapp vor Beginn unserer Zeitrechnung, als sie immer mehr von den Römern bedrängt wurden. Da sie aus dem Westen kamen, ist die Annahme naheliegend, daß die Markomannen zwischen Böhmerwald und Fichtelgebirge in das obere Egertal einbrachen und hier das bisher unbewohnte Gebiet zu besiedeln begannen. Allerdings waren die Hauptsiedlungsgebiete der Markomannen und der ihnen stammverwandten Quaden, die gleichzeitig in den Sudetenraum gekommen waren, die fruchtbaren Gebiete der nördlichen Hälfte Böhmens, in Mittel- und Südmähren und die Täler und das Tiefland der Slowakei, also die Gebiete, die vor ihnen schon von den Bojern besiedelt waren.

Zu Beginn der Völkerwanderung besetzten die Markomannen und Quaden die nördlichen Teile Pannoniens und bereiteten hier der römischen Herrschaft für immer ein Ende.¹⁵ Nach dem Zusammenbruch des Markomannenreiches nahmen die Hermunduren, deren Reich in Thüringen lag, auf Böhmen entscheidenden Einfluß. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch die Verbindung mit den Hermunduren oder Thuringi ein Teil der Markomannen in die alte Mainheimat zurückwanderte. Die Abwanderung der Markomannen aus Böhmen wird mit dem Heereszuge Attilas im Anfang des Jahres 451 in Verbindung gebracht, der sich von Ungarn bis Belgien hinein erstreckte.¹⁶ Als sicher gilt, daß mit dem Beginn des 6. Jahrhunderts die Markomannen Böhmen verlassen und als Bajuvarii Baiern, das Donauland zwischen Lech und Enns, besiedelten.

Nach den Forschungsergebnissen der Archäologen steht fest, daß die Longobarden auf ihrem Zuge nach Rugiland auch nach Böhmen gekommen sind, und Reste von ihnen zurückgeblieben waren. Um die Wende des 6. und 7. Jahrhunderts findet in den böhmischen Ländern die germanische Kolonisation ihren Abschluß.

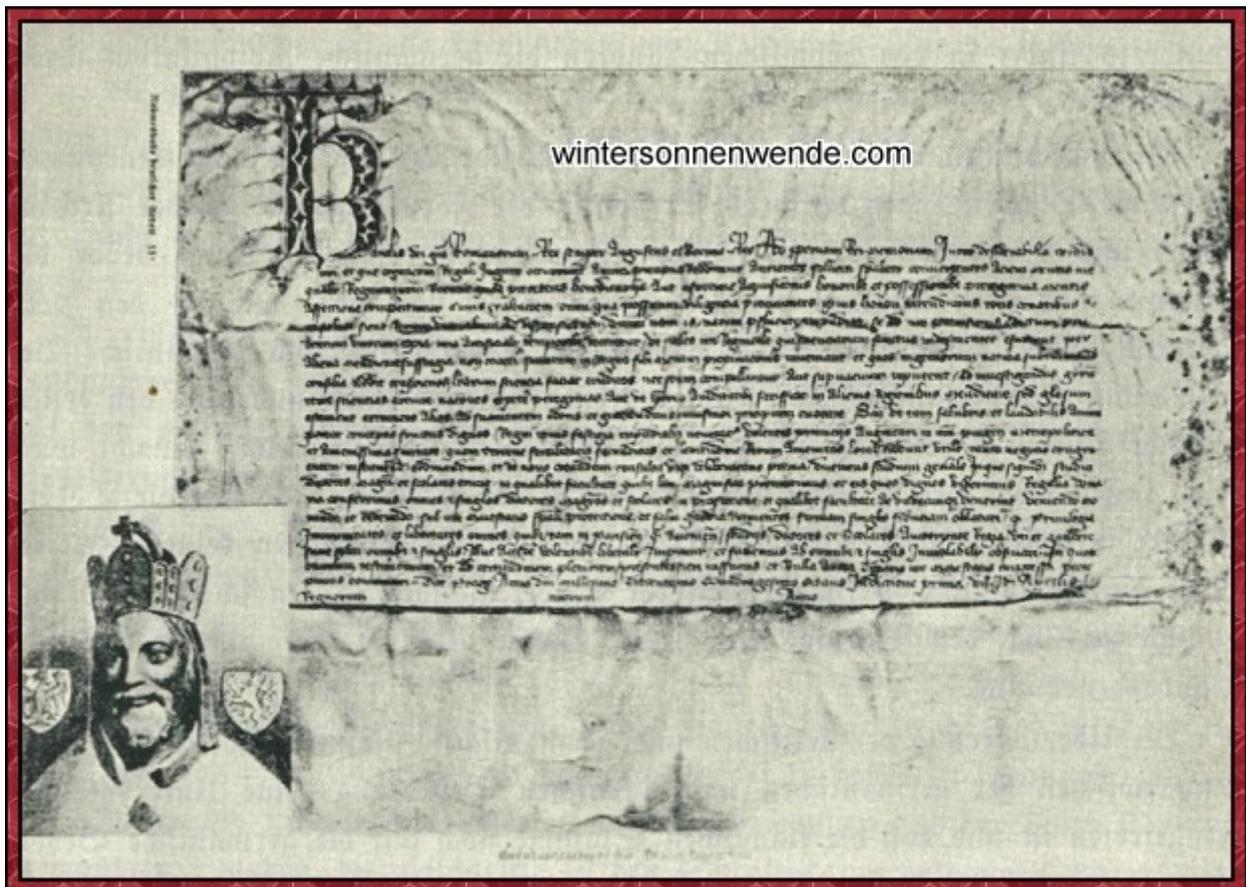
Die tschechischen Behauptungen von der Erstbesiedelung des Sudetenraumes durch die Slawen haben durch die Ergebnisse der Forschungsarbeiten der Archäologen und Sprachwissenschaftler ihre Widerlegung erfahren. Lange bevor die Slawen den Sudetenraum

betreten hatten, hatte sich hier, wie in den vorhergegangenen Abschnitten gezeigt worden ist, eine keltische und germanische Bevölkerung niedergelassen. Die Gräber-, Urnen- und Schmuckfunde aus den ersten nachchristlichen Jahrhunderten, die fast im ganzen Sudetenraum gemacht wurden, lassen über ihre germanische Herkunft keinen Zweifel. Und wie die Bodenfunde, so lassen die überlieferten Orts- und Flurbezeichnungen keinen Zweifel über die germanische Vergangenheit der Sudetenländer. Allein schon der Name "Böhmen" hat den Vorzug, rund 1000 Jahre älter zu sein, als die slawische Landesbenennung.

Die Überlieferung der keltischen und germanischen Namen beweist aber auch, daß zwischen der germanischen und slawischen Besiedlung keine Unterbrechung eingetreten ist und daß die slawischen Stämme noch auf die germanische Bevölkerung des Landes gestoßen sind. Sie besetzten also das Land, als die Germanen in ihre neuen Siedlungsgebiete abwanderten.

Durch die Aufzeichnungen des *Vibilus Sequester* in seiner Schrift "*De fluminibus*" sind für das 6. Jahrhundert n. Chr. die Slawen an der mittleren Elbe zwischen Magdeburg und der Lausitz bezeugt. Es ist daher wahrscheinlich, daß sie bereits vor diesem Zeitpunkte nach Böhmen gekommen waren. Ihre Urheimat lag nördlich von den Karpathen, von wo sie in der Zeit, in der die germanischen Stämme den östlichen Teil ihres Siedlungsraumes allmählich verließen, aus dem Weichselland über die Oder nach Mähren und Böhmen vordrangen.

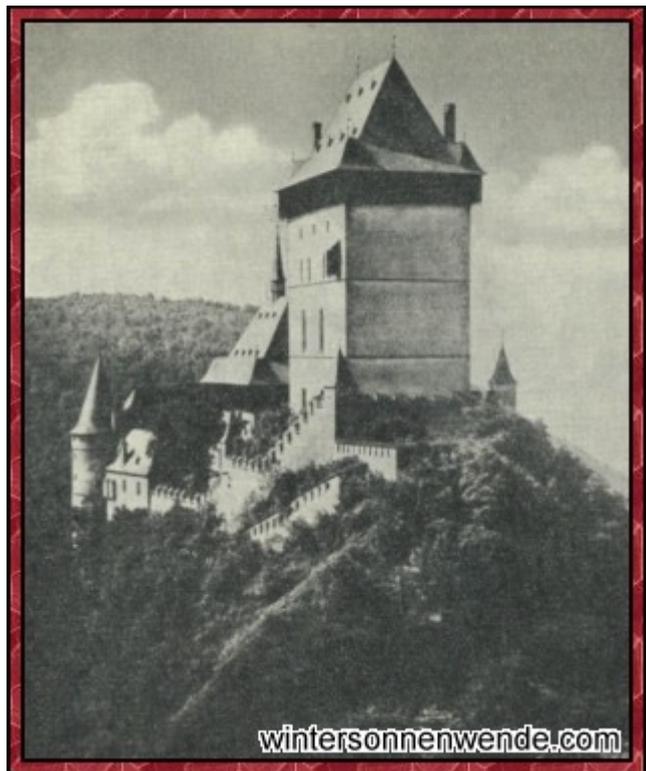
Der Bestand des Deutschtums in den Sudetenländern zwischen dem 7. und 11. Jahrhundert ist heute nicht mehr zu bestreiten. Mit dem Zuzug, den es von diesem Zeitpunkt an im Zuge der großen ostdeutschen Kolonisation erhielt, erwachten jene völkischen Kräfte, die das Deutschtum zu



Die Gründungsurkunde der ersten deutschen Universität 1348.

Karl IV. der Luxemburger, Kurfürst von Böhmen, gewählter Deutscher Kaiser von 1346-1378, rief 1348 in Prag die erste deutsche Reichsuniversität ins Leben. Kunst und Wissenschaft förderte er ebenso wie das wirtschaftliche Aufblühen Böhmens, das er zum Mittelpunkt des Hl. Röm. Reiches Deutscher Nation zu machen gedachte. Das Sudetendeutschtum nahm damals einen ungeheueren wirtschaftlichen Aufschwung.

jener Blüte kommen ließen, die es im 13. und 14. Jahrhundert entfaltete. Aus der eigenen Kraft des bodenständigen Deutschtums, verstärkt durch das allmähliche Zufließen von deutschen Kolonisten, die im Lande gerne gesehen waren und von dem böhmischen König gerufen wurden, entstand nicht nur jener deutsche Siedlungsgürtel, der sich weit hinein in das Innere des Sudetenraumes zog, sondern auch jener Kranz von Städten, die wie aufgeblühte Rosen über das Siedlungsgebiet verbreitet waren. Aber auch jene Städte, die vorwiegend von Tschechen besiedelt waren, trugen deutschen Charakter, in ihnen wurde nach deutschem Recht gelebt, und sie waren an die rechtlichen Entscheidungen deutscher Oberhöfe gebunden. Es war kein Zufall, daß Kaiser Karl IV. in Prag als der Hauptstadt der vorwiegend deutschen Sudetenländer seine Residenz aufgeschlagen hat und hier im Jahre 1348 die erste deutsche Universität gründete.



Burg Karlstein, südwestlich von Prag an der Beraun, wurde von Karl IV. zum Schatzhaus der Kleinodien des Römischen Reiches deutscher Nation bestimmt. Matthias von Arras und Peter Parler erbauten die Burg zwischen 1348 - 1357.

Die Tschechen haben in der Nachkriegszeit versucht, die Bodenständigkeit der Sudetendeutschen zu bestreiten und ihnen als "Emigranten und Kolonisten"¹⁷ die

Gleichberechtigung der Sudetenländer abgestritten. **Selbst wenn das Sudetendeutschtum eine Bodenständigkeit nicht nachweisen könnte, ist einzig und allein seine Kulturleistung für sein Heimatrecht in dem Sudetenraum entscheidend. Sie ist es, die dem Sudetendeutschtum für alle Zeit Heimatrecht auf dem Boden verliehen hat, den es seit Jahrhunderten besiedelt.**

Durch die Stürme der Hussitenkriege haben viel Deutsche Haus und Hof, Hab und Gut verloren, das Deutschtum in den Städten Innerböhmens wurde vernichtet. Aber auch viele Bauernsiedlungen wurden in Nordböhmen dem Erdboden gleichgemacht, so daß der deutsche Siedlungsraum in den Sudetenländern eine gewaltige Einschrumpfung erfuhr. Die Verluste konnten im 16. und 17. Jahrhundert nur zu einem geringen Teile wieder wettgemacht werden. Im 17. Jahrhundert erscheint das heutige Bild der Sprachgrenze im großen und ganzen erreicht.¹⁸

Mit Recht verweist der Prager Universitätsprofessor Dr. Rauchberg in seiner Abhandlung über den nationalen Besitzstand in den Sudetenländern darauf,¹⁹ daß die deutsche Sprachgrenze den tschechischen Kern des Landes scharf umzieht und in der Regel rein tschechisches Gebiet an rein deutsches Gebiet stößt, ohne daß ein Streifen von gemischtsprachigen Siedlungen den Übergang bildete. Im großen gesehen bildet die Sprachgrenze eine zumeist ungebrochene Linie und nur ausnahmsweise greifen deutsche und tschechische Gebiete durch Sprachzungen ineinander. Die Zahl der Sprachinseln ist gering. Diese Grenzverhältnisse zeigen, daß sich die Tschechen dadurch im Vorteil befinden, daß ihr Sprachgebiet in sich vollkommen abgerundet ist, so daß sie von allen Seiten einen starken Druck auf das deutsche Gebiet ausüben können.

In der folgenden Übersicht über die sudetendeutschen Landschaftsgebiete folgen wir im wesentlichen der Einteilung und den Angaben Dr. Oberschalls. Danach zerfällt das sudetendeutsche Sprachgebiet in folgende Teile:

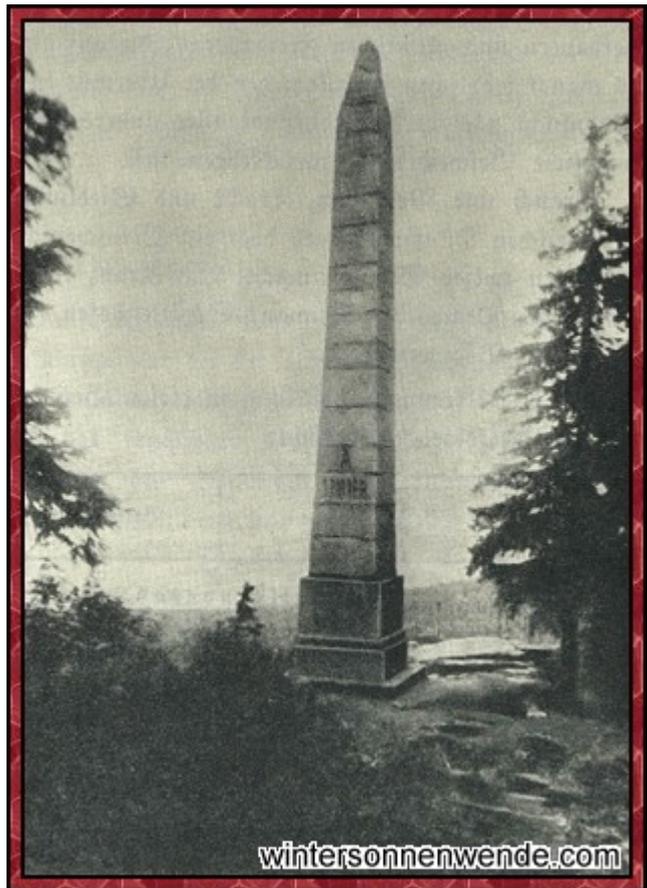


1) Der Böhmerwald

Dichtung und Sage haben um das wald- und seenreiche Gebirge, das sich aus dem welligen Moldauland erhebt, in südöstlicher Richtung streicht und steil zur Bayerischen Ostmark abfällt, einen eigenartigen Mythos gesponnen. Der Böhmerwald ist dank seiner einzigartigen Schönheit, seiner lieblichen und düsteren Täler, seiner träumerischen Bergseen und tiefdunklen Wälder zum Traumland deutscher Romantik geworden. Durch die dunklen böhmischen Wälder führte Mozarts romantische Reise nach Prag; die böhmischen Wälder sind der Schauplatz von Schillers "Räuber", hier im Schatten der Hochwälder träumte Adalbert Stifter den Traum seines Lebens, hier finden sich die markanten deutschen Bauerngestalten und wälderdurchrauschten Landgebiete, die Hans Watzlik in unübertrefflicher Weise schildert und der sudetendeutsche Kunstmaler Ferdinand Staeger naturgetreu zeichnet und malt. Und doch ist es ein Gebiet, auf dem sich trotz allem Übermaß von landschaftlicher Schönheit und Waldreichtum das Leben der Menschen unter harten und nüchternen Gesetzen abspielt, die von dem Charakter der Wald- und Berglandschaft vorgeschrieben sind. Der Ackerboden und die Viehzucht allein vermögen die bajuwarische Bevölkerung nicht zu ernähren. Und so entstanden in den Taldörfern neben den Weilern und Einzelhöfen, die zerstreut im Waldland liegen, Glashütten, Sägewerke und Papierfabriken und nützen die Schätze des Waldes und des harten Bodens. Einst war auch der Bergbau ein guter Holzverbraucher. Hier gab es noch nie Reichtümer zu erwerben. Der kernige Menschenschlag aber, der an seinem Glauben hängt und fest verwurzelt ist mit seinem Heimatboden, ist trotz seiner bodenbedingten Armut heiter und lebensbejahend. Unter den viehzüchtenden Kleinbauern, "Zinsgründern" und Waldarbeitern, unter den Glas- und Industriearbeitern, Waldhofbauern und "künischen Freibauern", die auf alte Tradition zurückblicken, gibt es manch fröhlichen Gesellen, den der Übermut in die weite Welt trieb und die Sehnsucht nach der Waldheimat alles andere Erdenglück preisgeben und in die waldliche Bescheidenheit zurückkehren ließ.

Brauch und Volkstum, Tracht und Siedlung sind die gleichen wie in der Bayerischen Ostmark, ist es doch ein Menschenschlag, den die Staatsgrenze zu Bürgern zweier Staaten macht. Ein Kranz kleiner altertümlicher Städte, wie Budweis, Prachatitz, Krumau, Schüttenhofen, Bischofteinitz usw. säumen den Rand des Böhmerwaldes.

Die Bevölkerungsentwicklung in diesen Bezirken im Zeitraum von 1880 bis 1920 zeigt folgende Übersicht:



*Zu Ober-Plan im Böhmerwald, unweit der Dreiländerecke, ragt das **Denkmal Adalbert Stifters** (1805-1868) über den rauschenden Hochwald. Trennt hier nicht eine willkürliche Grenze Menschen gleichen Blutes, ob aus Oberösterreich, aus Bayern oder aus Böhmen?*

Jahr	Bezirksgruppe a			Bezirksgruppe b			Bezirksgruppe c		
	Deutsche	Tschechen	insgesamt	Deutsche	Tschechen	insgesamt	Deutsche	Tschechen	insgesamt
1880	152.686	2.494	155.180	67.420	113.298	180.718	131.322	72.509	203.831
1910	154.870	1.572	156.422	73.506	108.654	182.160	133.490	73.489	206.979
1921	150.444	5.002	155.446	66.422	153.766	220.188*	121.327	75.939	197.266

*ohne Neugedein

Zum Böhmerwald und seinem Vorland gehören folgende Bezirke:

- a. Plan, Weseritz, Tachau, Pfraumberg, Mies, Hostau, Rosenberg, Neuern und Hartmanitz.
- b. Manetin, Tuschkau, Staab, Dobrzan, Bischofteinitz, Taus, Neugedein, Klattau, Schüttenhofen und Bergreichenstein.
- c. Winterberg, Wallern, Prachatitz, Kalsching, Oberplan, Krummau, Hohenfurt, Kaplitz, Netolitz, Schweinitz und Gratzen.

Die Bevölkerungsentwicklung zeigt also eine Rückwärtsbewegung und diese auf Kosten des Deutschtums. Die Nähe Pilsens macht sich für das Deutschtum nachteilig bemerkbar. In der Berichtszeit sind eine ganze Reihe von deutschen Dörfern durch Abwanderung der deutschen Bevölkerung in Industriegebiete, die größere Verdienstmöglichkeiten boten, und durch den Übergang von Grund und Boden in tschechischen Besitz dem Deutschtum verlorengegangen. In einer Anzahl von Orten an der Sprachgrenze hatte die deutsche Bevölkerung vor dem Kriege nur eine knappe Mehrheit, man ist jetzt in die Minderheit gedrängt worden. Längs der Bahnlinie Pilsen - Furth ist das tschechische Element bis fast an die Reichsgrenze vorgestoßen.



2) Das Egerland

Der geographische Begriff des Egerlandes ist weiter als der des historischen Egerlandes, das im XIV. Jahrhundert an die Könige Böhmens verpfändet worden und noch heute ein Stück uneingelöstes deutsches Reichsgebiet ist. Heute versteht man unter Egerland das fruchtbare deutsche Siedlungsgebiet, das von den nordwestlichen Ausläufern des Böhmerwaldes, dem Fichtelgebirge, Elster- und Erzgebirge bis etwa zum Keilberg und zum Egerdurchbruch in das Komotau-Saazerland reicht.

Es ist ein gottgesegnetes Stück deutsches Land! In seinem nördlichen Teil liegen das Mineralmoor und die Heilquellen des von Frauen und Herzkranken viel besuchten Franzensbad. Durch eine niedrige Bodenwelle getrennt, ganz im äußersten Zipfel des Landes liegt das Ascher Ländchen. Die rauhen klimatischen Verhältnisse haben die Bildung von Industrien und Heimindustrien gefördert.

Im Süden des Egerlandes erhebt sich der Kaiserwald, ein vom Fremdenverkehr noch nicht erschlossener stiller Erdenwinkel. Wald und Wiesenlandschaft wechseln in bunter Folge und ziehen über das Tepler Hochland. Hier liegt das Tepler Kloster, das über eine vielhundertjährige Geschichte zurückblickt und manchen Sturm überdauert hat. An diese Hochfläche lehnt sich der weltberühmte Kurort Marienbad.

Die Eger, die im Bruchland der Gebirge ihren Lauf nimmt, durchströmt nicht nur ein fruchtbares, sondern vor allem auch ein bäder- und mineralschatzreiches Gebiet. Dort, wo sie stromabwärts das

Wiesen- und Moorland verläßt, ragen die Fördertürme des Falkenauer Braunkohlereviere auf. An der Mündung der Tepl aber liegt das weltberühmte Karlsbad mit seinen heißen Quellen. Und wieder engt sich das Flußtal ein, links steigen die Abhänge des Erzgebirges empor, rechts ragen die Basaltwände und -kegel des Duppauer Gebirges in die Höhe. In diesem engen Tal liegen die Sauerlinge Krondorf, Gießhübl, Klösterle und am Fuße des Erzgebirges das alte Bergstädtchen St. Joachimsthal mit seinen Radiumfunden.



Das Stöckl in Eger im Flutlicht.

Rings um den Marktplatz der früheren Reichsstadt Eger (rund 28.000 deutsche Einwohner) stehen die alten Bürgerhäuser einer stolzen Vergangenheit. Doch sind die Egerländer auch heute unermüdliche Kämpfer für die Deutscherhaltung der bedrohten Heimat.

Der Mittelpunkt dieses Landes aber ist die alte Staufstadt Eger. Hier in stiller Abgeschlossenheit und

landschaftlicher Schönheit hatte Friedrich Rotbart eine Kaiserpfalz errichtet. Hier entwickelte sich deutsches Reichs- und Burgleben, hier vollzog sich Wallensteins tragisches Geschick. Noch heute führt die Stadt den deutschen Adler, aber hinter einem Gitter, mahndend an das Schicksal der Stadt und des Landes - uneingelöstes Reichsland zu sein. Bis in das 18. Jahrhundert besaß Eger und Egerland das Sonderrecht eines eigenen Landtages!

Im Egerland lebt und schafft ein urwüchsiger fränkischer Menschenschlag. Die hochgiebeligen Fachwerkbauten und die breiten Scheunen zeugen von bäuerlichem Hochstand. Trachten und Volkslieder, Tänze und Brauchtum haben sich seit Jahrhunderten erhalten. Und schaffen sie nicht alle im strahlenden Sonnenlicht auf Feldern und Wiesen und müssen auch viele untermals als Kumpel in schwerer Arbeit ihr Brot verdienen oder sich in kleinen Gebirgshäusern in mühevoller Heimarbeit ihren Lebensunterhalt schaffen - ihre Musikliebe hilft ihnen über die Nöte des Alltags hinweg.

Das Egerland umfaßt folgende Bezirke: Asch, Eger, Wildstein, Königswart, Marienbad-Tepl, Petschau, Graslitz, Falkenau, Elbogen, Neudek, Platten, Joachimsthal, Preßnitz samt Weipert, Karlsbad, Duppau, Kaaden, Buchau, Luditz, Podersam, Rakonitz und Jechnitz. Von Asch bis zur Sprachgrenze bei Jechnitz sind in der Luftlinie rund 90 Kilometer. Die Größe dieses Gebietes sowie die geringe Länge der Sprachgrenze (nur Jechnitz, Luditz) sind die Hauptursachen dafür, daß sich dieses Gebiet bis heute am reinsten deutsch erhalten hat. Im Jahre 1880 zählte es



Junge Egerländerin. Überall in den sudetendeutschen Gauen beginnt wieder die Jugend mit Stolz die Tracht zu tragen. Was keine Trachtenvereine vermochten, das bewirkt die Liebe und der Stolz zur angestammten Heimat.

unter 484.933 Einwohnern 446.338 Deutsche und 31.349 Tschechen. Ohne Jechnitz und Rakonitz zählt das Gebiet 440.963 Einwohner, darunter 431.048 Deutsche und 2.697 Tschechen, die 0,6% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die Deutschen waren vor 40 Jahren im Egerlande, ohne Rakonitz und Jechnitz, also 160mal stärker als die Tschechen.

Die Bevölkerungsbewegung von 1880 bis 1921 zeigt folgende Übersicht:

Jahr	Deutsche	Tschechen	insgesamt
1880	446.338	31.349	477.687
1910	570.679	35.871	606.550
1921	530.880	64.693	595.573

Die beiden Sprachgrenzbezirke Jechnitz und Luditz, die offen gegen den tschechischen Siedlungsraum hin liegen, boten in den Vorkriegsjahren leichte Möglichkeit, in das deutsche Gebiet einzudringen. Auch in den Bergbau- und Industriegebieten konnten sich merkliche tschechische Keimzellen entwickeln, die mit dem Anwachsen der deutschen Industrie ein weiteres Anwachsen erwarten ließen. Trotzdem war die Zahl der tschechischen Zuwanderer in den Jahrzehnten vor dem Kriege etwas mehr als 4000, während das Deutschtum eine Bevölkerungszunahme von rund 130.000 aufwies. Der Rückschlag erfolgte in dem Weltkriegsjahrzehnt, in dem sich die tschechische Bevölkerung beinahe verdoppelte, während die deutsche Bevölkerung um 40.000 zurückgegangen ist, denn die **Egerländer haben wohl von allen Grenz- und Auslandsdeutschen während des Krieges die schwersten Verluste aufzuweisen.**

3) Erzgebirge und Vorland

Fehlt auch dem Erzgebirge mit seinen langgestreckten Bergrücken, den grünen Bergwiesen und weithin ausgedehnten Wäldern die Romantik des Böhmerwaldes, so ist es in seiner Geschlossenheit doch nicht minder reich an landschaftlichen Schönheiten. Lange allerdings erglänzen seine Berge im matten Schein der Schneedecken und spät hält der Sommer seinen Einzug. Aber zu jeder Jahreszeit zeigt es sich in einer Schönheit von eigenartigem Reiz. Moor- und Wiesenlandschaften wechseln mit dichten Laub- und Nadelwäldern und dazwischen leuchten die hübschen und sauberen Häuschen seiner genügsamen Bevölkerung auf. Das dichte Netz von Siedlungen ist noch Erbe aus jener Zeit, in der der Silber- und Erzbergbau in Blüte stand. Heute bringt das Schürfen nach Erzen wohl wenig Gewinn. Die arbeitsame und fleißige Bevölkerung des Erzgebirges mußte sich einen neuen Erwerbszweig suchen, da der Boden allein sie nicht ernähren kann. So werden Spitzen geklöppelt, Handschuhe angefertigt, Wollkleidungsstücke gestrickt und Spielwaren erzeugt. In Graslitz, der größten Siedlung des Erzgebirges, in Schönbach und anderen Orten hat die Musikinstrumentenerzeugung



Dorf Moldau im Erzgebirge. Auch das sudetendeutsche Dorf, ob im Gebirge oder in der Ebene, ist immer wieder die Keimzelle des Sudetendeutschums. Die Städte verzehren die Menschen, lassen die Widerstandskraft erlahmen, der deutsche Bauer aber hängt mit ganzer Liebe und Härte an seinem Väterboden.

Weltberühmtheit erlangt. Hoch oben am Kamme des Erzgebirges über der 1000-Meter-Grenze liegt das Städtchen Gottesgab, die höchstgelegene Stadt Mitteleuropas schlechthin. Auch die maschinell betriebene Industrie hat frühzeitig hier oben in den Bergen und Tälern des Gebirges Eingang gefunden. Aber weder die Fabriken, noch die Heimbetriebe, noch die Heimindustrie allein waren ausreichend, die kargen Erzgebirgler zu ernähren. Als sangesfroher und musikliebender Menschenschlag nahmen sie Gitarren und Violinen von der Wand und zogen hinaus in die weite Welt, um ihr Brot durch Musizieren zu verdienen. Und was sie sich da draußen in fremdem Lande als "Böhmische Musikanten" ersangen und erspielten, das teilten sie mit ihren Angehörigen, die daheimblieben, den kargen Acker zu bestellen, Spitzen klöppelten und sich mit schlecht bezahlter Heimarbeit mühten.

Unten im flachen Vorland aber, wo die Eger den Talkessel verläßt und ihren Lauf durch das fruchtbare Saazer Getreideland nimmt, das durch seine Hopfengärten weit über die Grenze seines Landes bekannt geworden ist, und die Biela ihren schmalen Lauf am Fuße des Gebirges entlang zur Elbe nimmt, da surren in hartem Lauf die Räder der Förderstühle der Braunkohlenbergwerke, da pochen die Hämmer der Eisenwerke, da summen die Spindeln in den Textilfabriken ein frohes Lied der Arbeit und zwischen die bevölkerten Dörfer und Städtchen schieben sich fruchtbare Wiesen und Felder einer fleißigen und betriebsamen bauerlichen Bevölkerung.

Komotau, Saaz, Görkau, Brüx, Dux, Teplitz im fruchtbaren Vorland, Weipert, Katharinaberg, Graupen sind Stätten industrieller Regsamkeit und Mittelpunkte wirtschaftlichen Lebens in diesem Gebiet bis jenseits der Elbe.

Verwaltungspolitisch gehören zu diesem fruchtbaren und an Bodenschätzen so reichen Gebiet die Bezirke: B.-Kamnitz, Bensen, Tetschen, Auscha, Lobositz, Leitmeritz, Karbitz, Aussig, Teplitz, Bilin, Katharinaberg, Brüx samt Oberleutensdorf und Dux, Sebastiansberg, Görkau, Komotau, Postelberg und Saaz.



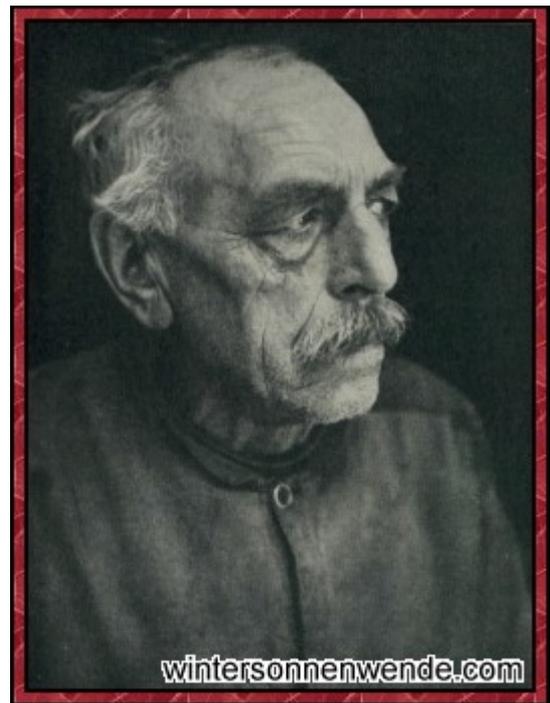
Böhmische Bauernhäuser.



Die Bevölkerungsbewegung von 1880 bis 1921 zeigt folgende Übersicht:

Jahr	Deutsche	Tschechen	insgesamt
1880	425.364	29.945	455.309
1910	636.583	90.617	727.200
1921	555.128	165.420	720.548

Die Bezirke Leitmeritz, Lobositz und Postelberg enthalten auch Gemeinden, die zum tschechischen Sprachgebiet gehören. In diesem Gebiet ist das Anwachsen der Tschechen besonders auffallend. Besonders in dem Brüx-Dux-Teplitzer Becken, das die ausgedehnten Kohlenlager enthält, konnte sich das tschechische Element festsetzen, so daß z. B. der Ort Tschausch schon vor dem Kriege eine tschechische Mehrheit hatte. Der Einbruch des tschechischen Elementes, der in der Richtung der Bahnlinie Prag-Obernitz-Moldau erfolgte und sich von hier nicht nur nach Nordwesten, sondern auch nach Nordosten in der Richtung Komotau - Aussig verbreitete, suchte auch hinauf in das Gebirge bis an die deutsche Reichsgrenze vorzustoßen, um damit einen lebenden Keil in das geschlossene Siedlungsgebiet zu treiben, das sich von den nördlichen Ausläufern des Böhmerwaldes, dem Erzgebirge entlang bis nach Ostböhmen ausbreitet. Besonders die Bezirke Brüx und Dux sind stark bedroht, da hier das Nationalitätenverhältnis fast 1 : 1 steht. In der Nachkriegszeit entstanden auch in den Grenzorten kleine tschechische Ansiedlungen.



Das harte Waldland, ähnlich dem der Bayerischen Ostmark, fordert harte, arbeitsame Menschen. Der erzgebirgische Bauer kann zumeist nur leben, wenn er durch Heimarbeit ersetzt, was der Acker nicht trägt.

Von den 494 politischen Gemeinden dieses Gebietes waren in der Vorkriegszeit nur 15 rein tschechisch, 80% der übrigen sind rein deutsch, der Rest weist eine gemischtsprachige Bevölkerung auf.

4) Nordböhmen

Jenseits der Elbeniederung geht das deutsche Sprachgebiet in das nordböhmisches Industrieland über, dessen Mittelpunkt Reichenberg die sudetendeutsche Metropole ist. Auch hier sehen wir ähnlich wie im nordwestböhmisches Industriegebiet und im Egerlande das Ineinandergreifen industrieller und bäuerlicher Tätigkeit. In den trockenen südlichen Landschaften kommt der Wein noch zum Reifen und in den ausgedehnten Obstgärten gedeiht ein köstliches Obst. Aus



Nach Schloß und Herrschaft Friedland am Nordrand des Isergebirges führt der kaiserliche Feldmarschall Albrecht von Wallenstein seinen Herzogstitel (1623). In seiner Herrschaft, zu der auch Reichenberg gehörte, blühte Handel und Gewerbe auf. Die Tuchmacherei in Nordböhmen, die später tausenden deutschen Menschen Brot und Arbeit gab, wurde durch Wallenstein begründet.

der fruchtbaren Getreide- und Wiesenlandschaft erhebt sich ein hügeliges Vorland, das zum Iser- und Lausitzer Gebirge ansteigt. Und dazwischen ragen die Schlote der Industrieunternehmen, Dorf reiht sich an Dorf, Stadt an Stadt und ziehen sich in einem dichten Netz bis an den Fuß des Riesengebirges. Eine hochentwickelte Glas- und Textilindustrie bieten der arbeitsamen Bevölkerung Verdienstmöglichkeiten. Dem Schlesier-Volk, das hier zäh und genügsam, arbeitsfreudig und unternehmend, sauber und sparsam, erfüllt von Heimatstolz sein Leben führt, konnte seine natürliche Lebenskraft weder vom Wohlstand des wirtschaftlichen Aufstieges, noch von der Not des wirtschaftlichen Verfalles gebrochen werden.



Marktplatz der Stadt Friedland.

Ist Reichenberg, die Hauptstadt Nordböhmens, der Mittelpunkt der Baumwollfabrikation, das auf seinen jährlichen Messen vom Fleiß der regsamen nordböhmischen Bevölkerung zeugt, so bilden Gablonz und Stein-Schönau, Haida und Böhm.-Leipa die Mittelpunkte der Glaserzeugung und der Gablonzer Diamanten. Die Glasindustrie brachte den Bewohnern dieses Gebietes ungeheuren Reichtum, lebten doch in Gablonz fast 40 Millionäre.

Dieses wirtschaftliche Gebiet übte auf die Tschechen eine ungeheure Anziehungskraft aus. In den rein deutschen Gebieten waren in der Zeit von 1880 bis 1910 die Tschechen um 156%, die Deutschen aber nur um 17,7% gestiegen. Der Rückgang bei den Deutschen war so stark, besonders nach dem Weltkriege, daß nur die vier Bezirke: Warnsdorf, Hainspach, Reichenberg und Gablonz mehr Deutsche zählen als vor 40 Jahren. In den drei Bezirken: Tannwald, Niemes und Weißwasser z. B. sind die Deutschen jetzt um 21,8% zurückgegangen, während die Tschechen um 30% gestiegen sind. Die Verluste der Deutschen und die Gewinne der Tschechen im nordböhmischen Industriegebiet bis 1920 kommen in der tieferstehenden Übersicht zum Ausdruck:



Rathausplatz von Reichenberg. Diese schöne Stadt liegt im Talkessel zwischen dem Iser- und Jeschkegebirge und hat einschließlich seiner Vororte rund 39.000 deutsche Einwohner. Deutsche Tatkraft und deutscher Fleiß schufen hier in unermüdlicher Arbeit eine prächtige Industriestadt. Die alljährlich stattfindende Reichenberger Messe ist die einzige deutsche Warenschau außerhalb des Reiches und Österreichs. Der Kampf der Tschechen gegen die sudetendeutsche Industrie hat auch hier tiefe Wunden geschlagen.

Jahr	Deutsche	Tschechen	insgesamt
1880	436.217	16.597	452.814
1910	508.711	30.884	539.595
1921	430.412	56.601	487.013

Während die Deutschen in den Bezirken Tannwald, Niemes und Weißwasser nur noch zweimal stärker sind als die Tschechen, sind sie auch im deutschen Gebiet nur noch elfmal stärker als die Tschechen gegen 63mal i. J. 1880. Ja, der Bezirk Tannwald hat bereits eine tschechische Minderheit von über 20%. Dadurch droht der schmale Strich, der die Deutschen Nordböhmens von denen Ostböhmens bei Harrachsdorf trennt, in Bälde verbreitert zu werden. Im Bezirke Tannwald sind die Deutschen am stärksten zurückgewichen (um 31%). Die Tschechen haben in sechs Bezirken um über 300% zugenommen, nämlich: Friedland (338%), Schluckenau (424%), Rumburg (692%), Dauba (832%), Deutschgabel (692%) und Hainspach gar um 6516%.



5) Ostböhmen

Der Siedlungsraum in Ostböhmen wird an zwei Stellen von den übrigen deutschen Gebieten durch tschechisches Siedlungsgebiet getrennt. Im Norden schiebt sich zwischen die Bezirke Rochlitz und Tannwald ein schmaler tschechischer Streifen und die tschechischen Bezirke Politz und Nachob trennen im Süden das deutsche Gebiet von den deutschen Gebieten des Adlergebirges. Im Westen haben wir es hier mit dem Gebiet des Riesengebirges und seines Vorlandes zu tun, und damit ist zugleich die Landschaft charakterisiert. Allmählich steigt aus dem flachen Wiesen- und Getreideland das Gelände zu einem wald- und wasserreichen Gebirgsvorland an, von dem sich die waldreichen und noch so stark zerklüfteten Höhen des Riesengebirges erheben. Wie eine mächtige Wand schützt der Gebirgswall dieses Vorland. Überall in den schmalen Tälern oder auf den breiten Flächen des Hochlandes haben sich die Menschen niedergelassen und eine hochentwickelte Papier-, Holz- und Textilindustrie bietet der sparsamen, freundlichen Bevölkerung Arbeit und Brot. In den höheren Teilen des Gebirges sind die Deutschen auf die spärlichen Ertragnisse des Bodens und die geringen Verdienste ihrer Heimarbeit angewiesen. Und hat die Landschaft ihre Bewohner zu verschlossenen und ernsten Charakteren gemacht, in Lied und Brauchtum spiegelt sich ihre Lebensfreude und Lebensbejahung wieder. Die schmucken Häuschen verraten nichts von der Not, die in ihnen oft herrscht, und oben auf den Bauden des Riesengebirges, wo bis in den Mai hinein hoher Schnee liegt und im Oktober der Winter bereits seinen Einzug hält, ist echte deutsche Gastfreundschaft daheim.

Ostböhmen umfaßt folgende Gerichtsbezirke: Rochlitz, Starkenbach, Hohenelbe, Neupaka, Arnau, Trautenau, Marschendorf, Schatzlar, Königinhof, Jaromer, Wekelsdorf und Braunau. Die Bezirke Starkenbach, Neupaka und Jaromer gehören größtenteils zum tschechischen Sprachgebiet und weisen nur einige wenige deutsche Dörfer auf. Auch vom Bezirke Königinhof gehört ein Teil zum tschechischen Sprachgebiet. Alle übrigen oben genannten Bezirke sind rein deutsch, d. h. haben mehr als 80% Deutsche.

Nach 30 Jahren, im Jahre 1910, sehen wir folgendes Bild: In den Bezirken Rochlitz, Marschendorf, Neupaka, Starkenbach, Königinhof, Jaromer und Wekelsdorf, d. i. in allen zum tschechischen Sprachgebiet gehörenden und in den gleichzeitig mehr landwirtschaftlichen Gebieten, ist die Zahl der Deutschen zurückgegangen, in den übrigen durchaus deutschen und gleichzeitig mehr industriellen Bezirken dagegen hat sie zugenommen. Die Zahl der Tschechen hatte in den Bezirken Arnau, Trautenau, Marschendorf, Wekelsdorf und Braunau abgenommen, während sie in den übrigen Bezirken gestiegen war.

Das Jahrzehnt während des Weltkrieges hat dem Deutschtum in diesem Gebiet große Verluste

gebracht.

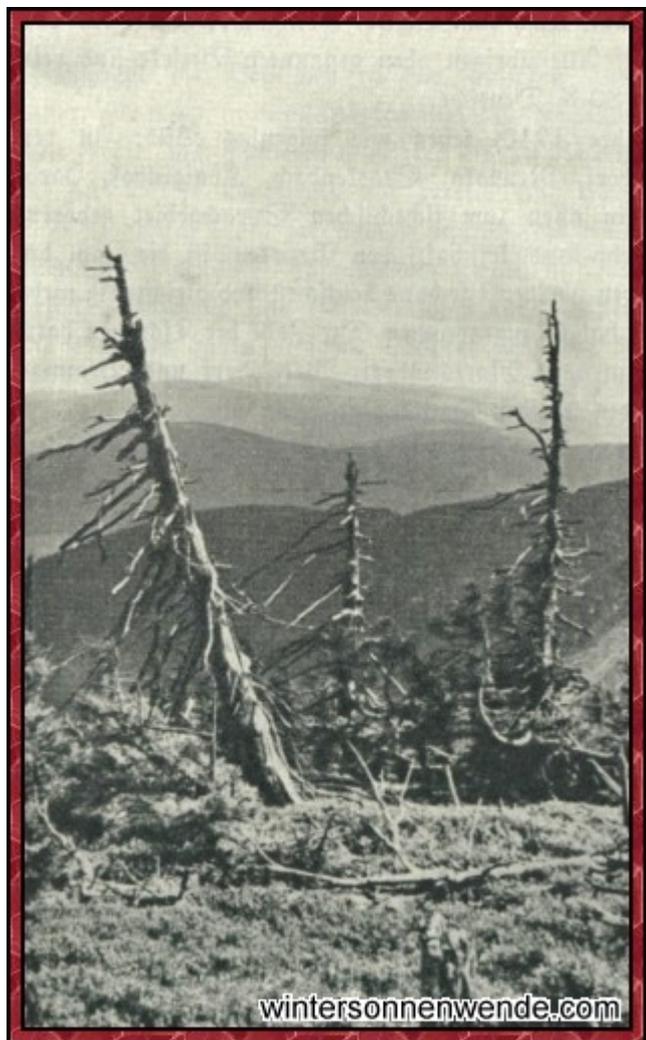
Die Deutschen sind gegenüber dem Jahre 1910 in allen Bezirken zurückgegangen, die Tschechen haben in allen Bezirken mit Ausnahme der vier tschechischen zugenommen. Die Abnahme war bei den Deutschen eine so große, daß sie in allen Bezirken bis auf Braunau i. J. 1920 (15. 2. 1921) sogar weniger zählen als i. J. 1880, die Zunahme der Tschechen dagegen eine so große, daß sie jetzt in allen Bezirken bis auf Starkenbach mehr zählen als im Jahre 1880, was das Natürliche ist und auch bei den Deutschen hätte sein sollen, wenn sie nicht die riesigen Kriegsverluste gehabt hätten.

Die Bevölkerungsbewegung von 1880 bis 1921 zeigt folgende Übersicht:

Jahr	Deutsche	Tschechen	insgesamt
1880	173.704	98.489	272.193
1910	181.753	112.368	294.121
1921	153.646	111.292	264.938

6) Nordmähren und Schlesien

Die letzten Glieder des Walles der Sudeten, das mit prächtigen Forsten und Hochwäldern überzogene Altvater-Gebirge und das Niedere Gesenke, werden von dem nordmährisch-schlesischen Landschaftsgebiet eingeschlossen, das vielleicht weniger geographisch als wirtschaftlich eine Einheit bildet. Auf Flachsbaum und Schafzucht war die einst blühende Weberei des Altvater-Gebirges begründet, Brettsägen und Papierfabriken, Granit- und Marmorbrüche boten reiche Verdienstmöglichkeiten, und zwischen den Stätten industrieller Betriebsamkeit blühten in einem landschaftlich schönen Gebiet die Kurorte Gräfenberg, Niederlindewiese und Karlsbrunn auf. Edelmetalle und Eisenbergbau im Gesenke förderten das Entstehen nüchterner Städtchen wie Freudenthal. Dort, wo Acker- und Wiesenflächen das rauhe Hochland bedecken, ist es mit Waldhufendörfern und kleinen Siedlungen überstreut. In den Randstädten Sternberg, Jägerndorf, Troppau konnte sich eine blühende Baumwoll- und Leinenindustrie entwickeln, aber auch Zuckerfabriken entstanden hier. Das Hügelland aber, das sich an das Gesenke anschließt, birgt in seinem Innern Kohle und Erze. Durch die breite und wiesengrüne, teichreiche Mulde des Odertales führt der Weg nach Prerau. Stattliche Bauernhöfe und eine hochentwickelte Viehzucht zeugen hier von einer hochstehenden landwirtschaftlichen Kultur. Das "Kuhländchen", wie das Gebiet genannt wird, hat aber auch Verbindung zu den deutschen Industriegebieten wie: Fulnek, Wigstadt,



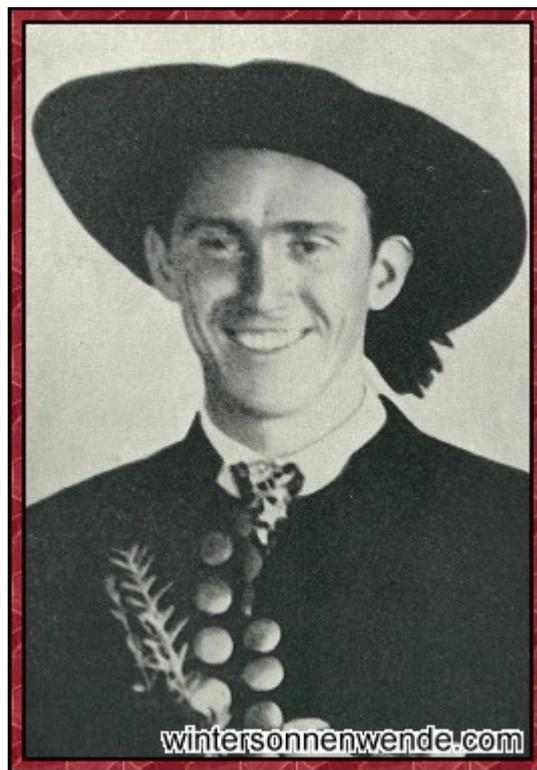
Im Altvatergebirge (Altvater 1492 m). Im Norden und Süden des sagenumwobenen Altvatergebirges uralte deutsche Siedlungen, Märkte und Städte. Und überall hat der deutsche Bauer, der deutsche Bürger in schwerer Arbeit seit Jahrhunderten Unendliches geschaffen, immer wieder neu aufgebaut, wenn Krieg mit Feuer und Mord übers Land kamen. Die Dorf- und Städtechroniken geben ein treffendes Bild der harten Zeiten.

Friedeck, Mistek. Der Hauptort dieses Gebietes, Neutitschein, ist bekannt durch seine Hut- und Filzherzeugung. Hier wohnt und schafft ein sehr eigenwilliges Volkstum, fleißig und strebsam, aber mit einem Hang zur Eigenbrödelei.



Teßthalerin.

*Am Südabhange der Sudeten (Altvater 1492 m) entspringt die wilde rauschende Teß.
Das Theßtal mit seinem Schwefelbad Groß Ullersdorf gehört zu den schönsten sudetendeutschen Tälern.*



Junger Bauer

aus dem Schönhengstgau in Nordmähren.

Zu Nordmähren gehören auch die Bezirke Neustadt a. d. M., Rokitzitz und Grulich aus Böhmen. Den Hauptteil der Bezirke jedoch stellt Mähren, nämlich: Schildberg, Schönberg, Altstadt, Wiesenberg, Neustadt, Römerstadt, Sternberg, Hof, Liebau, M.-Weißkirchen und Leipnik. Es ist das Gebiet des Adlergebirges in Böhmen und der Westseite des Altvater-Gebirges.

Im Jahre 1880 zählte es 330.740 Einwohner, von denen 227.780 Deutsche und 92.080 Tschechen waren. Im rein deutschen Gebiete (Bezirke: Rokitzitz, Grulich, Altstadt, Wiesenberg, Hof, Römerstadt und Liebau) standen den 126.525 Deutschen bloß 1684 Tschechen gegenüber, die 1,3% der Bevölkerung (128.954) dieses Gebietes ausmachten. Die Deutschen waren hier also 75mal stärker als die Tschechen. Im zweiten Teil waren die Deutschen nur etwas zahlreicher als die Tschechen. Nach dreißig Jahren stellen wir fest, daß die Deutschen nur in fünf von obigen



Zwittau im Schönhengst,

vor einigen Jahren ein arbeitsfroher Industriestandort wie so viele andere im Sudetenland; heute herrschen überall in den alten Laubenhäusern nur Sorgen, Hunger und Elend. Die Fabriken veröden.

14 Bezirken gestiegen sind, nämlich: Schönberg, Neustadtl, Sternberg, Liebau und Leipnik. Da diese Bezirke alle beisammen liegen, ist ein gesetzmäßiger Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage dieser Bezirke nicht zu leugnen. Die Tschechen sind in den folgenden Bezirken zurückgegangen: Rokitz, Grulich, Schildberg, Wiesenberg, Neustadtl und Römerstadt. In fünf Fällen sind es auch die gleichen Bezirke, in denen auch die Deutschen zurückgegangen sind. Nach dem Kriege ist das Deutschtum unter den Stand von 1880 gesunken! Die Bevölkerungsentwicklung in Nordostmähren zeigt die folgende Übersicht:

Jahr	Deutsche	Tschechen	insgesamt
1880	227.780	92.080	319.860
1910	228.430	96.821	325.251
1921	196.621	106.271	302.892

Das schlesische Siedlungsgebiet zerfällt in zwei Teile: der deutsche Teil umfaßt die Bezirke: Jauernig, Weidenau, Freiwaldau, Zuckmantel, Hennersdorf, Hotzenplotz, Olbersdorf, Würbenthal, Freudenthal, Jägerndorf, Bennisch, Odrau und Fulnek, letzterer Bezirk aus Mähren; der gemischtsprachige Teil: Troppau, Wigstadtl, Wagstadt und Königsberg aus Schlesien und Neutitschein und Freiberg aus Mähren.

Das ganze Gebiet zählte 1880 insgesamt 270.992 Deutsche und 83.467 Tschechen. Hier sind die deutschen Verluste ebenfalls groß: Die Deutschen sind in allen Bezirken so zurückgegangen, daß alle bis auf Freiwaldau, Jägerndorf sowie Troppau (Stadt und Land) unter den Stand des Jahres 1880 gesunken sind, während die Tschechen in allen Bezirken beträchtliche Zunahmen aufzuweisen haben. Die Verlustbilanz wird aus der nachstehenden Übersicht klar erkennbar:

Jahr	Deutsche	Tschechen	insgesamt
1880	270.992	83.467	354.459
1910	293.420	104.298	397.718
1921	257.905	122.938	380.843



7) Südmähren und das inseldeutsche Sprachgebiet in Mittelmähren

Nach Süden fällt die walddreiche Berglandschaft Nordmährens zu den fruchtbaren Talebenen der mittleren und unteren March und ihrer Nebenflüsse ab. Mähren öffnet sich breit nach Süden zum Wiener Donaubecken. Diesen Gesamteindruck können die niederen Hügelzüge, die sich zwischen den einzelnen Talebenen einschieben, nicht verwischen. Mit dem Nordosten, durch die Mährische Pforte, die das Odergebirge von den Gebirgszügen der Westbeskiden trennt, verbunden, wurde so Mittel- und Südmähren schon vor Jahrtausenden zum Durchgangsland zwischen dem Norden und Süden.

Dieses geo- und verkehrspolitisch für das **gesamte Deutschland so bedeutungsvolle Gebiet** ist kulturell und wirtschaftlich bis zum Umsturzjahre deutschbestimmt gewesen. Schon 1029 wird Olmütz als deutsche Stadt erwähnt, später entstehen, zum Teil auf früher von Kelten und Quaden besiedeltem Boden, eine Reihe von Städten und Dörfern. Ende des 12. und Anfang des 13. Jahrhunderts finden wir neben Olmütz, Brünn und Znaim eine Unzahl von Städten und Siedlungen in machtvollerem Aufstieg. Und ausschließlich Deutsche waren es, die ins Land gerufen, Sümpfe trockenlegten, Wälder rodeten, feste Städte errichteten. Wie großzügig die Besiedlung des brachen Landes in Angriff genommen wurde, läßt die vorbildliche Tätigkeit des Bischofs Bruno von Olmütz, Graf von Schaumburg-Holstein, Reichskanzler des Böhmenkönigs Ottokar II. (gestorben 1281), erkennen. Über 200 deutsche Dörfer gründete er, ließ die Städte mit Mauern umgeben, wehrte mit deutschen Rittern die Tartareneinfälle nach 1241 ab und waltete in seinem Bistum nach

seinem heimischen deutschen Recht.

In den Mauern dieser Städte galt das Magdeburger Stadtrecht, bei Streitigkeiten wurden alle Fälle den Schöffen von Magdeburg zur Entscheidung als Oberhof vorgelegt. Über die Wechselfälle des Mittelalters, über die schwere Zeit der Hussitenstürme, der Religionskriege und der Gegenreformation behauptete sich machtvoll das Deutschtum. Erst die zögernde und schwächliche Politik der Habsburger nach 1848 und vor allem nach 1866 schlug dem Deutschtum vor allem Mittelmährens schwere Wunden. Die Tschechen versuchten in den Städten durch Unterwanderung Macht und Einfluß zu erhalten. Die schweren Kriegsverluste im Weltkriege schwächten das Deutschtum neuerlich. Als Ende 1918 tschechische Legionäre das von Männern entblößte Land besetzten, das sich am 21. Oktober 1918 für den Anschluß an Deutschösterreich ausgesprochen hatte, begann die Verfolgungszeit des Deutschtums in Südmähren und im inseldeutschen Sprachgebiet.

Die Olmützer Sprachinsel: Kaum 10 km in der Luftlinie vom geschlossenen nordmährischen Sprachgebiet entfernt, liegt die Stadt Olmütz mit einer Reihe bäuerlicher Siedlungen. Die starke tschechische Militärbesatzung und Zuwanderung hat zahlenmäßig in der Stadt selbst die deutsche Bevölkerung auf 22,9 v. H. herabgedrückt. (Der politische Bezirk Olmütz weist über 24.000 Deutsche auf.)

Die Wischauer Sprachinsel: Zwischen Olmütz und Brünn liegen die bäuerlichen sieben Siedlungen der Wischauer Sprachinsel, berühmt durch die Tüchtigkeit, den Fleiß und die Volkstreue ihrer Bewohner. Die Tracht der Sprachinsel hat sich durch Jahrhunderte unverändert erhalten. (Nach der Volkszählung 1930 3100 Deutsche.)

Die Brüunner Sprachinsel: Bis zum Umsturz hatte Brünn eine deutsche Mehrheit. **Die rein deutsche Verwaltung der Stadt läßt sich von 1918 bis auf das 12. Jahrhundert**

zurückverfolgen. Durch Zuzug tschechischer Beamtenfamilien, einer starken Garnison, die aus den tschechischen Gebieten ergänzt wird, während der Deutsche hunderte Kilometer von der Heimat entfernt, irgendwo in Karpathenrußland, seiner Militärpflicht nachkommen muß, Eingemeindung tschechischer Arbeitervororte wurden die Deutschen nach 1918 in die

Minderheit gedrängt. Heute leben in der Stadt und den Sprachinselorten rund 55.000 Deutsche (Volkszählung 1930). Brünn, als Industriestadt weit über Europas Grenzen bekannt, ist der Sitz einer Reihe großer Tuchfabriken, die vor dem Umsturze über dreißigtausend Menschen beschäftigten. Die Maschinenindustrie führte ihre Spezialerzeugnisse in die ganze Welt aus, im Turbinen- und Dampfkesselbau wurden hier bekannte Neukonstruktionen geschaffen. Die Deutsche Technische Hochschule ist auch heute noch der Mittelpunkt technischer Forschungsarbeit.



Brünn, die Hauptstadt von Mähren (285.000 Einwohner.)
Über 800 Jahre - bis zum Oktober 1918 - besaß Brünn
eine rein deutsche Verwaltung.

Landschaftlich ist Brünn außerordentlich schön gelegen. Im Süden die weite südmährische Ebene mit den bekannten Weinbauernorten, im Norden die bewaldeten Hügelketten mit dem Schwarza-

und Zwittatal, inmitten der Stadt der Spielberg mit der alten Festung und ihren tiefen Kasematten, und die Stadt selbst in ihrem Kerne mit alten Kirchen, Toren und Türmen, im Süden die unzähligen Schornsteine der Fabriken.

Die Sprachinsel ist vom geschlossenen deutschen Sprachgebiet im Süden, das sich bis an die niederösterreichische Grenze zieht, nur durch einen schmalen Streifen tschechischen Sprachgebietes getrennt. Knapp 13 km trennen den deutschen Sprachinselort Mödritz und Schöllschitz von den deutschen Weinbauerorten Südmährens.

Das eigentliche Südmährenland ist ausgezeichnet durch eine außerordentliche Fruchtbarkeit und ein mildes den Weinbau ermöglichendes Klima. Das Wahrzeichen Südmährens sind die jäh und schroff aus der Ebene herausragenden Polauer Berge (550 m) mit der im Jahre 1170 erbauten Maiden- und Rosenburg. Unweit der Rosenburg errichteten deutsche Turner den Gedenkstein für die im Kriege gefallenen Volksgenossen.

Auf einer Fläche von 1840 qkm lebten nach der Volkszählung von 1910 in 120 deutschen Gemeinden und Städten 160.000 Sudetendeutsche. Nach der Volkszählung vom Jahre 1930, ergänzt durch private Ermittlungen, zählt dieses Gebiet einschließlich von Znaim 135.000 Deutsche. Die meisten Orte gehen bis auf das 12. und 13. Jahrhundert zurück. Der Hauptort Südmährens ist Znaim an der Thaya, hoch oben über dem tiefeingeschnittenen Flußtal gelegen, mit dem alten Fürstensitz, Kirchen, Türmen und Bürgerhäusern. Trotzdem das Deutschtum der Stadt 1918 in überwiegender Zahl war, wurde mit Hilfe stimmberechtigter tschechischer Soldaten ebenso wie in anderen Städten eine neue tschechisch geführte Verwaltung eingesetzt. Außer Znaim sind Mittelpunkte des Weinhandels Nikolsburg, Feldsberg und Auspitz, alte Städtchen, die durch eine unsinnige Grenzführung vom jetzigen Österreich abgeschnitten wurden und dadurch ihre wirtschaftliche Bedeutung verloren.



Znaim, Anfang des 16. Jahrhunderts. (Aus dem Kodex des Znaimer Deutschen Stadtrechtes.) Schon in vorgeschichtlicher Zeit befand sich an der Stelle der heutigen Altstadt auf der Hochfläche über der Thaya ein wichtiger befestigter Handelsplatz. Im 1. Jahrhundert besteht bereits eine germanische Ansiedlung. 1048 wird Znaim zum erstenmal urkundlich genannt, 1260 entstanden die Stadtmauern, Znaim wird die wichtigste Stadt im südlichen Mähren. Die rein deutsche Bürgerschaft verwaltet sich nach Deutschen Recht. Am 3. November 1918 beschließen die Vertreter von 192 deutschen Gemeinden Südmährens in Znaim den Anschluß an Deutsch-Österreich, bis im Dezember 1918 die Tschechen die Stadt besetzen. 4000 tschechische Soldaten erhielten das Wahlrecht, wodurch 1920 die deutsche Bevölkerung bei den Gemeindewahlen um ihre Rechte gebracht wurde. Die Stadt zählt heute rund 23.000 Einwohner, davon 10.510 Deutsche.

Mit dem eigentlichen Südmähren in unmittelbarem Zusammenhang steht das Zlabingser Ländchen und die bereits in Böhmen liegenden deutschen Orte im Neubistritzer und Neuhauser Bezirk. Auf rund 920 qkm leben hier in 112 deutschen Orten nach der Zählung 1930 33.510 Deutsche.

Das Klima ist hier rauher, prächtiger Wald umsäumt das tiefeingeschnittene Tal der oberen Thaya, alte verfallene Burgen, kleine Städtchen und Landsitze geben dem Landschaftsbild das Gepräge.

Die Iglauer Sprachinsel: Im mittleren Teil des böhmisch-mährischen Höhenzuges, vom Zlabingser Ländchen getrennt durch einen 25 km breiten slawisierten Streifen, breitet sich die Iglauer

Sprachinsel mit rund 35.000 Deutschen auf über 400 qkm Siedlungsfläche und in 45 Gemeinden aus. Schon im Jahre 1174 wird der Mittelpunkt der Sprachinsel, die Bergstadt Iglau, urkundlich genannt.

Ergiebigen Silbererzvorkommen führte ein rasches Aufblühen der Stadt herbei, der bereits 1249 das Deutsche Stadt- und Bergrecht von Wenzel I. feierlich bestätigt wird. Die anderen kleinen Bergstädte anerkennen Iglau als Oberhof für ihre Streitigkeiten und nehmen das Iglauer Bergrecht an. Erst nach 1620 kommt der Bergbau durch Wassereintritte, Krieg und Rückgang der Ergiebigkeit zum Erliegen. Die tüchtige Bürgerschaft nimmt die Tucherzeugung auf, die noch heute in der Stadt zu Hause ist. Bis zum Jahre 1919 wurde die Stadt von deutschen Ratsherren verwaltet, mit brutalen Mitteln setzte der Kampf der Tschechen gegen dieses prächtige deutsche Stadtwesen ein. Die umliegenden Ortschaften sind zumeist bäuerlicher Art.



Marktplatz von Iglau.

Neben diesem geschlossenen und inseldeutschen Sprachgebiet in Mittel- und Südmähren sind in **fast allen übrigen Städten deutsche Minderheiten vorhanden**. Schon zu Nordmähren zählt die rührige Deutsch-Brodeker-Wachtler-Sprachinsel, die einmal in Zusammenhang mit dem Schönhengstgau gestanden hat. Die slawische Bevölkerung in Mittelmähren setzt sich ebenso wie in Westmähren aus verschiedenen Stämmen zusammen, die in vielen Orten nordische Züge zeigen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß im frühen Mittelalter Deutsche in großer Zahl slawisiert wurden. Auch nach 1848 sind durch die Kurzsichtigkeit der österreichischen Regierung in den kleinen Sprachgrenzorten tausende deutsche Menschen im Slawentum aufgegangen. Der mährische Slawe der bäuerlichen Siedlungen hat wenig Gemeinsames mit den aus der böhmischen Tiefebene stammenden Tschechen. Das Deutschtum in Mähren ist wohl durch seine verzahnten Sprachgrenzen und die Sprachinselorte gefährdeter als in Böhmen, **vergessen wir aber ebenso nicht, daß hier das slawische Sprachgebiet an seiner engsten Stelle kaum 60 Kilometer breit ist, ja wieder selbst volkspolitisch nicht einheitlich erscheint** und durch deutsche Sprachinseln und Orte mit deutschen Minderheiten, die zusammen über 120.000 Deutsche zählen, aufgelockert wird. Darum hat auch heute noch Mähren trotz aller Anstrengungen der Tschechen kulturpolitisch deutsches Gepräge. Als Durchgangsland zwischen dem deutschen Norden und Süden bleibt seine Bedeutung trotz der widersinnigen Grenzziehung für die Zukunft bedeutungsvoll.

8) Das Karpathendeutschtum

Durch das Friedensdiktat von Trianon im Jahre 1919 wurde das Gebiet der heutigen Slowakei und Karpathenrußlands nach tausendjähriger Zugehörigkeit zu Ungarn an die Tschechoslowakei angegliedert. Damit erhielt der neue Staat seine unnatürliche Ausdehnung nach Osten. Westbeskiden, Weiße und Kleine Karpathen riegeln die Slowakei vom westlichen Teil der Tschechoslowakei ab. Die Slowakei und Karpathenrußland weisen mit Ausnahme des südlichen und

südöstlichen Teiles, der bestimmt ist durch den Anteil an dem Marchbecken, der Kleinen und Großen Ungarischen Donau-Tiefebene, ausgesprochenen Gebirgscharakter auf. In weitem Bogen ziehen im äußersten Norden als Grenzberge gegen Altpolen und Galizien Beskiden, Hohe Tatra und Waldkarpathen von Westen nach Südosten, mit den vorgelagerten Gebirgszügen der Großen und Kleinen Tatra, der Niederen Tatra, des Leutschau-Lublauer Gebirges und dem Slowakischen Erzgebirge. Mit Ausnahme des zum Weichselgebiet gehörenden Popperflusses und dem Dunajez an der Nordseite der Zips, sind die unteren Flußtäler der Donauzuflüsse Waag, Gran, Neutra, Eipel, Hernad und der anderen Quellflüsse der oberen Theiß **südwärts** gerichtet. So ist erklärlich, daß durch das Friedensdiktat sämtliche Verkehrswege nach dem Süden zerschnitten wurden und es in der Tschechoslowakei vor allem in der mittleren Slowakei nur mit großen Kosten gelang, über die quer gelagerten Gebirgszüge Verkehrswege zu schaffen und die bestehende Oderberg-Kaschauer Bahn im oberen Waag- und Hernadtal bis nach Marmaros Sziget an die rumänische Grenze auszubauen.



An die Meeraugenspitze (2503) reihen sich im weiten Bogen, scharf und steil über der Zipser Hochebene die höchsten Gipfel der Hohen Tatra. Wie wenige von uns kennen wohl die Heimat der 55.000 Zipser Sachsen, die heute einen schweren Kampf um Schule und Scholle führen.

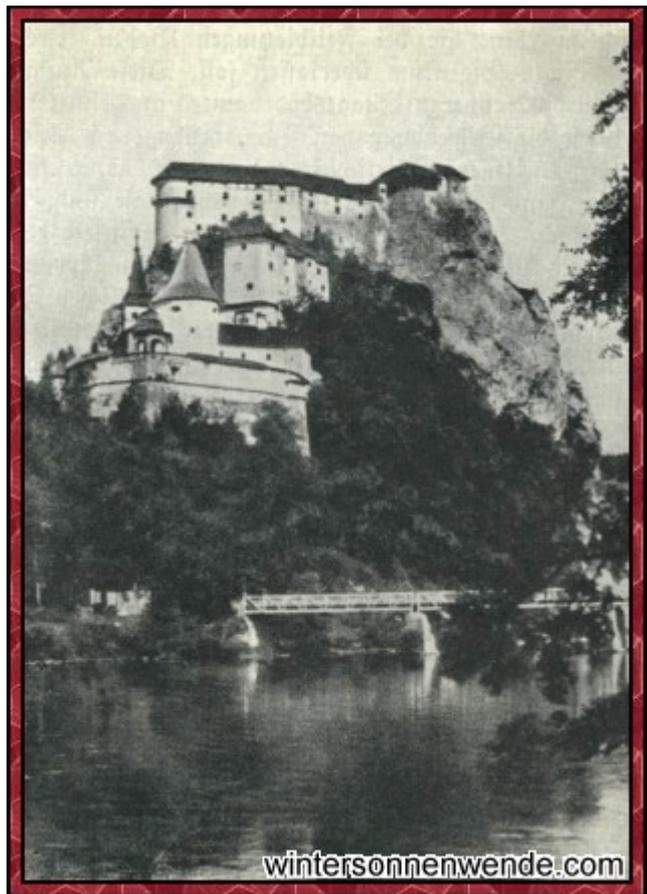
Das Schwergewicht des Deutschtums liegt, wie bereits ausgeführt wurde, schon zahlenmäßig im wesentlichsten Teil der Tschechoslowakei, den eigentlichen Sudetenländern. Von den dreieinhalb Millionen Deutschen im ganzen Staate entfallen auf die Karpathenländer der Slowakei und Karpathenrußland nach der Volkszählung im Jahre 1930, ergänzt durch private Ermittlungen und die Wahlergebnisse im Jahre 1935, 195.000 Deutsche, davon 180.000 auf die eigentliche Slowakei und 15.000 auf die Siedlungen in Karpathenrußland. Die Zahl der Deutschen ist demnach in der östlichen Hälfte des Staates im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung von 3,963.318 Menschen (nach den Volkszählungsangaben aus dem Jahre 1930) klein, **doch hat kulturpolitisch und wirtschaftlich auch hier das Deutschtum eine viel größere Bedeutung.** Kennzeichnend in volkspolitischer Hinsicht ist es wohl, daß die Karpathenländer auf einer Fläche von 61.536 qkm (davon wieder in Karpathenrußland 12.556 qkm)



Der Tschirmersee im Zipser Ländchen. In den herrlichen Berglandschaften der Hohen Tatra siedeln seit über 800 Jahren die Zipser Sachsen. Der Sachsenspiegel im Leutschauer Museum kündigt uns von ihrem uralten Recht auf Selbstverwaltung. Schon 1271 gestand ihnen Stephan V. das Privileg zu, sich durch ihren Sachsengrafen und den hundertgliedrigen Ständerat frei verwalten zu lassen.

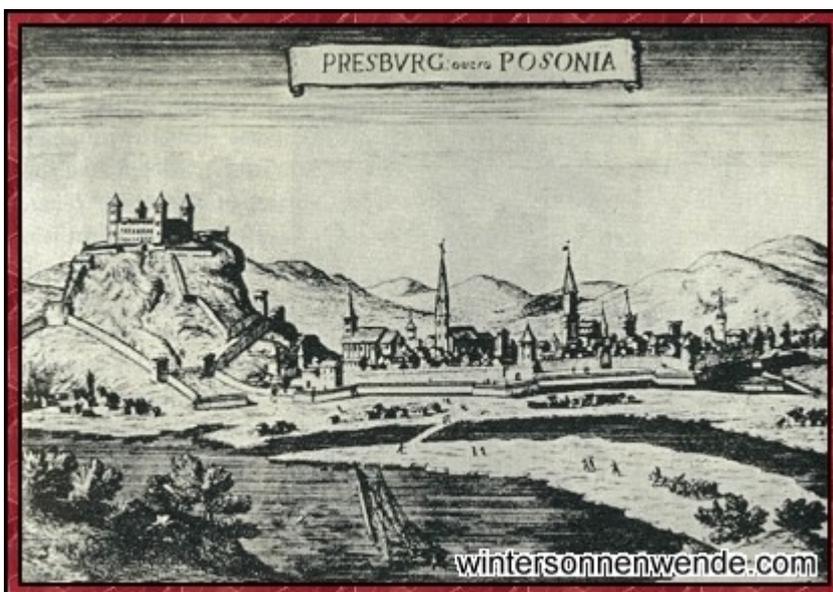
von 6 Nationen bewohnt sind. Zahlenmäßig an erster Stelle stehen die Slowaken mit 2.2 Millionen, dann folgen 0.71 Millionen Madjaren (die Zahl dürfte in Wirklichkeit noch höher sein), 0.5 Millionen Karpathenrussen oder Ruthenen, vor allem in Karpathen-Rußland, schließlich 0.195 Millionen Deutsche, 0.18 Millionen Juden und in geringfügiger Anzahl Rumänen und Polen in einigen Grenzbezirken. Dazu kommen als "7. Nation" seit 1919 die Tschechen, die zur größten Erbitterung der Slowaken als Staatsbeamte und Unternehmer in die Slowakei einwandern, die besten Stellen besetzen und mit der Zahl von 210.000 Volksangehörigen nicht zu hoch geschätzt sind.

Das Deutschtum in den Karpathenländern dürfte zum Teil in den unwegsamen Gebirgstälern der Mittelslowakei bis auf die germanische Besiedlung zurückgehen, wie bereits Matthias Bell 1735, dann Korabinsky und Kachelmann²⁰ nachzuweisen suchten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang jedenfalls die Tatsache, daß im Turzland, im Neutragau und in Hont, die



Burg Arwa (Slowakei), eine der heißumkämpfsten Grenzburgen im Osten. Auf altem Quadenboden gelegen, dürfte Arwa eine Gründung der Deutschen Tempelritter sein. Die Burg wurde nach dem Umsturz von der tschechischen Regierung mit vielen anderen wertvollen Schlössern und Herrschaften fast ohne Gegenwert enteignet.

Kremnitz-Probener Deutschen vom slowakischen Volksmund "loctobrati" genannt werden. Der Ausdruck ist auf "lonctobrati" - "langobarti" zurückzuführen, demnach auf die Langobarden der Völkerwanderungszeit.²¹



Preßburg nach einem alten Kupferstich im 18. Jahrhundert.

Deutsch ist die ganze Geschichte dieser Donaustadt unweit Wiens. Schon um Christi Geburt lebten hier germanische Stämme. Nach der Völkerwanderung setzte in der Zeit Karls des Großen eine erneute deutsche Besiedlung ein, bis die einbrechenden Madjaren fast alles vernichteten. Doch schon um 1200 ist unter der Burg Stephans des Heiligen eine rein deutsche Stadt im Werden, die während der Türkenstürme Hauptstadt von Ungarn wird. Trotz der Entdeutschungsbestrebungen des Vorkriegsungarn behauptete Preßburg sein deutsches Gepräge. In der Neujahrsnacht 1919 besetzten die Tschechen die Stadt. Durch Masseneinwanderung von Tschechen und Slowaken soll Preßburg, das heute über 100.000 Einwohner zählt, mit Gewalt slawisiert werden.

Genauer wissen wir aus den unruhigen Zeiten der Völkerwanderung nicht. Jedenfalls wohnten im Gebiete der heutigen Zips und in den Flußtälern zu Beginn unserer Zeitrechnung Quaden, denen dann Vandalen, Goten, Langobarden und Gepiden folgten. Ende des 6. Jahrhunderts bestätigten Funde

Slawensiedlungen, die jedoch in den Gebirgstälern keine größeren Ausmaße erreichten. Urkundlich beweisbar ist zuerst das Deutschtum der Stadt Preßburg.²² Das Deutschtum vieler Orte der Zips geht nachweisbar bis ins 11. Jahrhundert zurück.²³

Nach den Tartareinfällen war das Gebiet der Karpathenländer größtenteils verwüstet. Da riefen die ungarischen Könige deutsche Siedler ins Land. Im 13. Jahrhundert erfolgten zahlreiche Neugründungen, die alten zum

Teil verwüsteten Siedlungen und Städte wurden neu aufgebaut, mit Mauern und Wehranlagen umgeben, Tochttersiedlungen angelegt, neues Siedlungsgebiet durch Rodungen geschaffen. Bis 1350 dauerte die Gründungszeit. Das Deutschtum blühte mächtig auf, die heutigen Städte gehen fast alle, die bäuerlichen Siedlungen fast zur Hälfte auf deutsche Gründungen zurück. Damals gab das Deutschtum in diesen mächtigen geschlossenen Siedlungsgebieten, die mit dem Deutschtum in Mähren und Galizien in Verbindung standen, den Karpathenländern das Gepräge. Das Deutschtum dürfte **die slawische und madjarische Bevölkerung** zahlenmäßig übertroffen haben. Das Erzvorkommen verhalf vielen Orten im ungarisch-slowakischen Erzgebirge zu großem Reichtum.

Im 15. Jahrhundert beginnt der Abstieg des Karpathen-Deutschtums. Die Hussiteneinfälle, die madjarischen Entdeuschungsbestrebungen des madjarischen Adels im 17. Jahrhundert, die Türkenkriege und Fürstenstreitigkeiten vernichteten den einstigen Wohlstand, entdeutschten zahlreiche Städte und bäuerliche Siedlungen. Die Städte wurden zum Teil madjarisiert, die bäuerlichen Ansiedlungen durch Slowaken unterwandert.

Erst die Verdrängung der Türken aus der ungarischen Tiefebene, die Ansiedlungsaktion der Habsburger im 18. Jahrhundert brachten eine neue deutsche Siedlerwelle aus der Ostmark und Süddeutschland ins Land, bis nach 1867, dem Jahre des sogenannten Ausgleiches zwischen Österreich und Ungarn, die madjarische Entdeuschungspolitik mit Billigung des Kaisers einsetzt, die bis 1918 einen Großteil der deutschen Siedlungen entdeutsche. Es ist wohl keine Übertreibung, wenn man die Feststellung macht, daß die Mehrheit der heutigen städtischen Bevölkerung, ob Slowaken oder Madjaren, in den Karpathenländern deutscher Abstammung ist.

Wir unterscheiden nachfolgende deutsche Siedlungsgebiete in den Karpathenländern:

1. Das Preßburger deutsche Sprachgebiet. In unmittelbarem Zusammenhang mit dem geschlossenen Sprachgebiet von Österreich steht das Weinbauernland um Preßburg. Die Stadt Preßburg selbst mit 28,06 v. H. deutschem Bevölkerungsanteil ist heute



Am Donauufer der Stadt Preßburg.



Zipser Tracht.

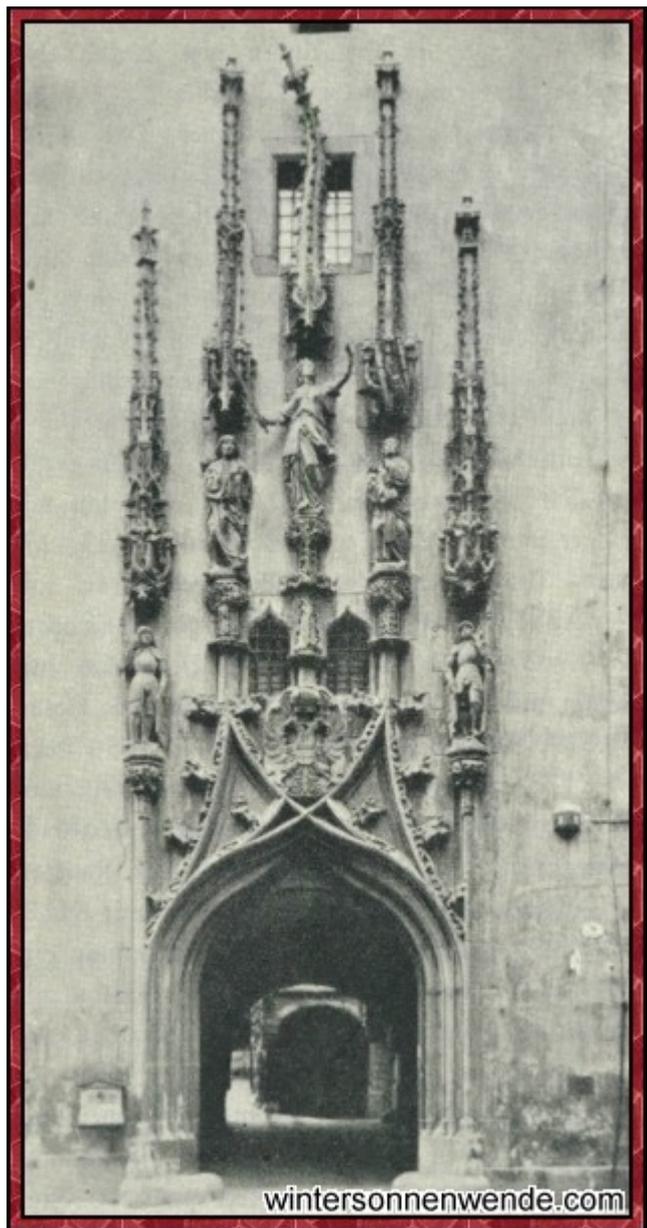
Landeshauptstadt der Slowakei. Das Deutschtum des Preßburger deutschen Sprachgebietes ist mit 40.000 nicht zu hoch angenommen, 1910 wurden in Preßburg-Stadt und -Land 53.822 Deutsche gezählt.

2. Das Zipser Sprachinselgebiet umfaßt die deutschen Siedlungen der Oberzips, des Göllnitztales (Gründner Boden) und des Hernadtales. Der Hauptort ist Käsmark. Die Mehrheit besitzen die Zipser in 31 Ortschaften, in anderen 18 Orten sind sie beachtliche Minderheiten. Die heutige Zahl der Zipser Deutschen wird auf 48.000 bis 55.000 geschätzt. Die Volkszählung 1930 ist nicht einwandfrei durchgeführt worden.

3. In der Mittelslowakei erhielt sich die Deutschprobener und Kremnitzer Sprachinsel, die Sprachinsel der Krickelhauer und Hochwiesener Gegend und die erst um 1858 von Niedersachsen gegründete Tschermender Siedlung mit deutschen Minderheiten um Neutra. Die Gesamtzahl der Deutschen beträgt auf 620 qkm Siedlungsboden über 48.000.

4. In Karpathenrußland leben um Munkatsch in geschlossenen deutschen Siedlungen auf etwa 100 qkm Siedlungsfläche 10.000 Deutsche. Der Rest der in Karpathenrußland lebenden Deutschen lebt als Minderheit in den Städten. Auch in fast sämtlichen größeren Städten der Slowakei sind kleine deutsche Minderheiten, die sich aus Beamten, Unternehmern und Facharbeitern zusammensetzen, vorhanden. Über 60.000 Karpathendeutsche leben als Auswanderer in der Fremde. Vor allem der Zipser ist sehr wanderlustig.

Trotz der industriellen Struktur des Sudetendeutschums wohnt seine Hauptmasse in einer überwiegenden Mehrheit auf dem Lande, in Landgemeinden, Klein- und Mittelstädten. Großstädte im Sinne einer reichsdeutschen Großstadt besitzt das Sudetendeutschum überhaupt nicht. Nach einer Untersuchung in der Zeitschrift für sudetendeutsche Kommunalpolitik²⁴ wohnen von den Sudetendeutschen nur 124.420, d. s. 4,1 v. H., in Gemeinden mit über 100.000 Einwohnern, 448.955, d. s. 14,6 v. H., in Gemeinden von 20.000 bis 100.000, 897.762, d. s. 29,2 v. H., in Gemeinden von 2000 bis 20.000 und 1.599.797, d. s. 52,1 v. H., in Gemeinden bis 2000 Einwohner. Das ist ein durchaus erfreuliches Verhältnis, denn über 80 v. H. der Sudetendeutschen wohnen in Landgemeinden, beziehungsweise kleinen Stadtgemeinden und nur 4,1 v. H. in den Städten über 100.000 Einwohner. Drei davon waren allerdings vor dem



Brünn - Rathaus. - Schon 1091 wurde die Hauptstadt von Mähren (280 000 Einwohner) als blühende Ansiedlung genannt. 1243 erhielt die Stadt deutsches Stadtrecht und blieb bis 1918 unter rein deutscher Verwaltung, Kriege und Seuchen überdauernd. 1918 zählte die Stadt 45 große Industriebetriebe (Textil und Maschinenbau). Mit allen Kräften versuchen die Tschechen die Stadt zu entdeutschen.

Umsturz unter deutscher Verwaltung. Die Deutschen bilden daher auch recht beachtliche Minderheiten in diesen Großstädten, ja die größte deutsche Siedlung ist auch heute noch Brünn mit seinen 52.165 Deutschen, dann folgt Prag mit 41.701 Deutschen und dann erst reiht sich Aussig an, die größte sudetendeutsche Stadt mit 32.878 Deutschen. Auf dem Fuße folgte Preßburg mit 32.801 Deutschen, daran reihen sich Reichenberg mit 30.032, Komotau mit 27.609, Gablonz mit 27.017, Eger mit 25.120, Teplitz-Schönau mit 23.127, Troppau mit 21.987 Deutschen. Und dann folgt Mährisch-Ostrau mit 21.753 Deutschen, Asch mit 20.885, Karlsbad mit 20.856, Jägerndorf mit 20.400, Warnsdorf mit 19.963, Brüx mit 17.549, Bodenbach mit 17.404, Olmütz mit 15.017, Saaz mit 14.422, Graslitz mit 13.404, Iglau mit 12.095, Trautenau mit 11.619, Mährisch-Schönberg mit 11.585, Turn mit 11.349, Sternberg mit 11.178, Weipert mit 11.103, Leitmeritz mit 10.878, Böhmisches-Leipa mit 10.851, Znaim mit 10.510, Fischern mit 10.348, Tetschen mit 9944, Falkenau a. E. mit 9825, Rumburg mit 9286, Neutitschein mit 9159, Zwittau mit 9090, Freudenthal mit 9031, Neudek mit 8575, Schreckenstein mit 8412, Kaaden mit 7629, Georgswalde mit 7469, Altrohlau mit 7392, Oberleutensdorf mit 7279, Sankt Joachimsthal mit 6790, das tschechische Pilsen mit 6782, Görkau mit 6711, Budweis mit 6681, Freiwaldau mit 6674, Mährisch-Trübau mit 6643, das hart bedrängte nur mehr zu 52 v. H. deutsche Dux mit 6504, Tachau mit 6495 Deutschen. Das sind 50 Gemeinden, gereiht nach der Zahl der in ihnen wohnenden Deutschen. Davon sind Brünn, Prag, Preßburg, Mährisch-Ostrau und Pilsen Städte mit über 100.000 Einwohnern; es sind die gemischtsprachigen Großstädte, in denen die Deutschen in einer so großen Zahl siedeln, daß sie mit Ausnahme von Pilsen durchweg deutsche Mittelstädte bilden könnten. Und doch machen die Deutschen im einst deutschen Brünn nur mehr 20,3 v. H. aus, in Prag 5,8 v. H., in Preßburg allerdings noch 26 v. H., in Mährisch-Ostrau aber nur mehr 18,6 v. H., in Olmütz hingegen noch 22,9 v. H., in Iglau 39,7 v. H., in Znaim 33,3 v. H., in Pilsen 6 v. H. und in Budweis 15,5 v. H. Dementsprechend ist es um die Rechte bestellt. Die 42.000 Deutschen im tschechischen Prag z. B. haben gar keine Sprachrechte, während wenige Tschechen in deutschen Gemeinden, insbesondere, wenn sie eine Minderheit von über 20 v. H. der Bevölkerung bilden, ihre Sprachenrechte im weitestgehenden Ausmaße gesichert haben.

Damit ist der Landschafts- und Bevölkerungscharakter der sudetendeutschen Kerngebiete im wesentlichen geschildert.

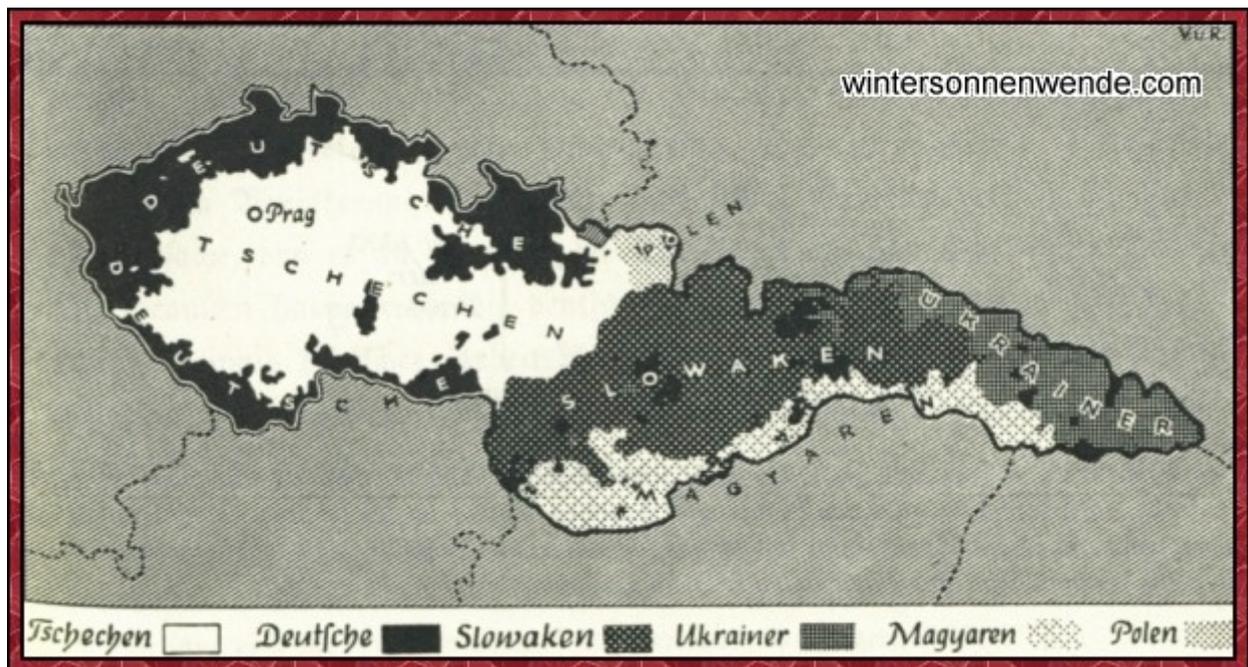


Die Größenverhältnisse des deutschen und tschechischen Siedlungsraumes betragen:

geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet	2,485.171 ha
deutsche Sprachinseln	170.693 ha
geschlossenes tschechisches Siedlungsgebiet	5,036.126 ha
tschechische Sprachinseln	11.288 ha

Es zeigt sich also, daß das sudetendeutsche Gebiet halb so groß ist wie das tschechische und, um einen Vergleich anzuführen, um die Hälfte größer ist als Lothringen.

Die seit dem Jahre 1880 gepflogenen statistischen Erhebungen ermöglichen ein interessantes Bild über die Bevölkerungsbewegungen in den Sudetenländern. Ganz allgemein ergibt sich, wie aus der [Anhangtabelle I](#) ersichtlich wird, daß die Tschechen in den letzten 50 Jahren sich um rund 2,2 Millionen vermehrt haben, während die Sudetendeutschen in dieser Zeit insgesamt nur einen Zuwachs von kaum 140.000 zu verzeichnen haben, in Prozenten ausgedrückt bedeutet das, daß der tschechische Bevölkerungsanteil in dieser Zeit von 62,95 v. H. auf 69,50 angestiegen ist, während die Sudetendeutschen von 36,04 auf 29,19 gesunken sind. Zu diesen Zahlen ist zu bemerken, daß die Statistiken zwar Fehlerquellen enthalten; so wurde z. B. im alten Österreich die Umgangssprache erhoben, während die tschechische Volkszählung die Nationalität erhebt. Außerdem wurde bei den tschechischen Volkszählungen auf die Bevölkerung ein starker Druck



Die Verteilung des Siedlungsbodens.

ausgeübt, so daß viele deutsche Bekenntnisse verlorengegangen sind. Eine entscheidende Rolle spielen auch Kriegsverluste, auch die nicht unmittelbar militärischen, die bei den Sudetendeutschen bis 1917 35 Tausendteile, bei den Tschechen aber nur 11 Tausendteile ausmachen, so daß bis Ende 1918 die Sudetendeutschen rund 85.000 wehrfähige Männer mehr verloren haben als die Tschechen, dazu kommt, daß in den Jahren 1917 / 18 / 19 in den grenzdeutschen Gebieten infolge der Verelendung durch Hunger und Seuchen die Sterblichkeit bedeutend höher war als bei den Tschechen. Ferner wurde eine große Anzahl von Sudetendeutschen, die für österreichische oder reichsdeutsche Staatsbürgerschaft optiert hatten, nicht mehr als tschechische Staatsbürger gezählt. Nicht unwesentlich ist auch die Tatsache, daß vor dem Kriege ungefähr 84.000 Juden sich als Deutsche ausgaben, die nach dem 28. Oktober 1918 sich als Tschechen bekannten. Aber auch alle diese Tatsachen zusammen können das Gesamtbild nicht wesentlich verändern.²⁵

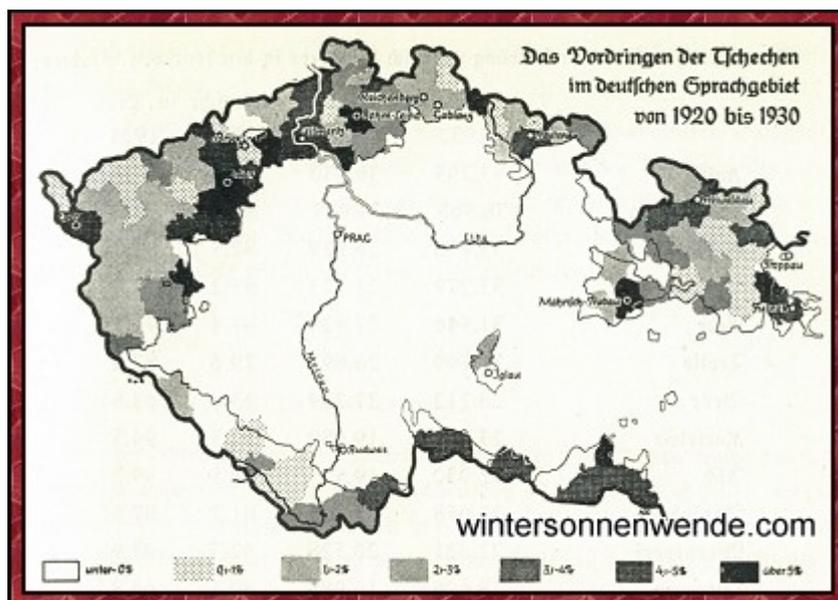
Die Kriegsverluste des Deutschtums des alten Österreichs.



Im Westen, im Süden und im Osten weit nach Rußland hinein, mahnen uns viele hunderttausende Totenkreuze an die toten Helden des deutschen Volkes im Weltkriege. Der Blutzoll der Sudetendeutschen für ihre Heimat und dafür für das ganze Deutsche Volk war ungeheuer. Von je 1000 kriegsfähigen Männern fielen 500, in manchen Bezirken bis zu 650.

Die Volkszählung des Jahres 1930 zeigt, daß in diesem Jahrzehnt tschechoslowakischer Herrschaft über die sudetendeutschen Gebiete die Einschlebung des tschechischen Elementes in das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet weitere Fortschritte gemacht hat. In den folgenden Ziffern

spiegeln sich die tschechischen Erfolge, die durch die Verdrängung der Deutschen von ihren Arbeitsplätzen und durch die Bodenreform erzielt worden sind. Das sprunghafte Ansteigen der tschechischen Bevölkerung in den sudetendeutschen Gebieten erklärt sich nur aus der Tatsache, daß es sich hier um die Einwanderung von tschechischen Arbeitern und Beamten handelt, die die deutschen Arbeitsplätze einnahmen. Bei der Besetzung ehemals deutscher Arbeitsplätze wurden besonders kinderreiche Tschechen bevorzugt, ja Kinderreichtum war in den meisten Fällen überhaupt die Voraussetzung für die Stellenbesetzung.



Das Vordringen der Tschechen im deutschen Sprachgebiet von 1920 bis 1930. [\[Vergrößern\]](#)

Die **nationale Kräfteverschiebung** zeigt sich besonders in den deutschen Städten:

	Einwohnerzahl		Deutsche in Prag	
	1930	1921	1930	1921
Aussig	43.793	39.830	78.5	81.2
Reichenberg	38.568	34.985	81.9	84.6
Gablonz	33.958	26.929	82.5	84.5
Komotau	33.279	21.123	85.2	89.8
Eger	31.546	27.524	87.4	94.1
Teplitz	30.799	28.892	79.6	82.3
Brüx	28.212	27.239	63.8	64.8
Karlsbad	23.901	19.480	92.3	94.3
Asch	22.930	19.525	98.5	99.2
Bodenbach	22.658	15.103	81.7	87.6
Warnsdorf	22.621	20.328	92.3	93.9
Leitmeritz	18.498	16.988	60.1	66.8
Saaz	18.100	16.211	81.3	88.2
Turn	16.551	15.485	72.1	71.7
Trautenau	15.923	14.584	74.5	79.9
Leipa	14.338	11.737	77.4	87.7
Graslitz	13.936	12.526	98.1	99.7
Dux	13.040	12.619	50.7	51.2
Tetschen	12.855	11.244	82.1	88.5
Fischern	11.769	9.977	90.8	96.4
Weipert	11.751	10.422	97.9	99.0
Falkenau	11.381	10.151	88.3	96.4
Bilin	10.688	9.669	58.4	66.0

Die Hauptmasse des Sudetendeutschtums aber lebt noch immer im geschlossenen deutschen Siedlungsraum, wie die [Tabelle II des Anhangs](#) beweist.

Von den 122 Bezirken, in denen die Deutschen mehr als 50% der Gesamtbevölkerung ausmachen, beträgt der deutsche Bevölkerungsanteil in

71 Bezirken	90% bis 100%
23 Bezirken	80% bis 90%
28 Bezirken	50% bis 80%

Dazu kommen noch jene Bezirke, in denen die Sudetendeutschen bis zur Hälfte geschlossen siedeln.

Um diesen Besitzstand wird der Kampf mit stets zunehmender Heftigkeit geführt. Die behauptete Position selbst darf nicht über die erlittenen Verluste hinwegtäuschen. Die Tschechen sind auf allen Linien im Angriff und haben in der durch den tschechischen Wirtschaftskrieg in den sudetendeutschen Gebieten entstandenen Not einen starken Bundesgenossen erhalten.²⁶



Anmerkungen:

8 Wahle, E.: *Vorgeschichte des deutschen Volkes*. Leipzig 1924. - Hassinger, H.: [a. a. O. ...zurück...](#)

9 Tacitus, [Germania](#), Kap. 43 und Kap. 28. [...zurück...](#)

10 Matiegka, J.: "*The Origin and Beginning of the Czechoslovak People*", Washington 1921. [...zurück...](#)

11 Vgl. zunächst Hassinger: [a. a. O.](#), S. 187/188. - Pič, F. L.: *Die Urnengräber Böhmens*, Leipzig 1907. - Machat, J.: "Die böhmische Literatur," in der Sammlung Hinneberg, *Die Kultur der Gegenwart* (IX. 1908). - Palacky, E.: *Geschichte Böhmens*, Prag 1836-67. - Ferner die Werke der tschechischen Historiker Sembera, Perwolf, Sasinek, Šicha, Brandl, Sedlaček, Papaček und Slavik. - Papanek, J.: *La Tchechoslovaquie. Histoire politique et juridique de la création*, Prag 1924. - Wijk, N.: *The Czechoslovak Republic*, Prag 1923. - Rosling, H.: *Protection des Minorités par la Société des Nations*, Genf 1928. U. a. m. [...zurück...](#)

12 Niederle, L.: *Die slawische Welt*, Prag 1900. - Er bestreut die tschechischen Behauptungen und erklärt, "daß sie keine historische Stütze haben und den archäologischen Tatsachen widersprechen." [...zurück...](#)

13 Schranil, J.: *Die Vorgeschichte Böhmens und Mährens*, Berlin 1928. [...zurück...](#)

14 Tacitus, [Germania](#), Kap. 28. [...zurück...](#)

15 Menghin, O.: *Einführung in die Urgeschichte Böhmens und Mährens*, Reichenberg 1926, S. 110. - Schwarz, Ernst: *Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle*, München 1934, S. 7-16. - Vgl. ferner die Forschungsarbeiten Erich Gierachs, München. [...zurück...](#)

16 Helmut Preidel: *Germanen in Böhmen im Spiegel der Bodenfunde*. Reichenberg 1928. [...zurück...](#)

17 So bezeichnete Staatspräsident Masaryk die Sudetendeutschen in seiner Neujahrsbotschaft am 1. 1. 1919. [...zurück...](#)

18 W. Wostry: *Das Kolonisationsproblem*, Prag 1923. - B. Bretholz: *Geschichte Böhmens und Mährens*, Band 1-4. - Bachmann: *Geschichte Böhmens*, 2 Bände. - Hassinger **a. a. O.**, S. 181-255. - F. Leppa: *Ringendes Volkstum*, Karlsbad-Drachowitz, 1927. - F. Friedrich: *Die historische Geographie Böhmens*. [...zurück...](#)

19 Dr. Heinrich Rauchberg: *Der nationale Besitzstand in Böhmen*. Leipzig 1905. [...zurück...](#)

20 Matthias Bell: *Notitia Hungariae Novae Historico-Geographica 1735 und 1736*, in Preßburg und Wien erschienen. Dann Kachelmann in seiner *Geschichte der ungarischen Bergstädte und ihrer Umgebung*, Budapest 1870, ebenso Korabinsky 1786 im Geog.-Hist. Lexikon von Ungarn. [...zurück...](#)

21 1930 machte Dr. Hans Kaser, wie er in seinem Buch *Der Volks- und Kulturboden des Slowakeideutschtums* Breslau 1934 ausführt, diese Beobachtung.. [...zurück...](#)

22 Ernst Schwarz: **a. a. O.** [...zurück...](#)

23 Kaser: **a. a. O.**, S. 26. [...zurück...](#)

24 *Sudetendeutsche Selbstverwaltung*, Folge 16. [...zurück...](#)

25 Schreiter-Schwarzenfeld: *Die Sudetendeutschen in ihrer gesellschaftlichen Schichtung*. Prag, 1932. - Margarete Janitschek: *Neueste Bevölkerungsentwicklung der Deutschen und Tschechen innerhalb der Sudetenländer*. Böhmerlandverlag, Eger, 1923. [...zurück...](#)

26 Die angeführten Zahlen über die Bevölkerungsentwicklung entstammen dem amtlichen Ergebnis der österreichisch-ungarischen und tschechoslowakischen Volkszählung. Bei der österreichischen Zählung wurde, wie bereits erwähnt, die Umgangssprache erhoben, bei der tschechoslowakischen die Nationalität. Die Angabe der Umgangssprache läßt nicht immer auf das Bekenntnis zur gleichen Nationalität schließen, andererseits war in der Tschechoslowakei das Bekenntnis zum angestammten Volkstum oft mit Existenzverlust verbunden und unterblieb daher. Auch ist es vorgekommen, daß die Tschechen in deutsche Gebiete tschechisches Militär legten, Arbeiter beriefen usw., um das Zählungsergebnis zu beeinflussen. Es ergeben sich also in den amtlichen Ziffern Unrichtigkeiten. Es sei hier nur auf die amtlichen Volkszählungs-Ergebnisse im **Hultschiner Ländchen** hingewiesen. Die geheime Wahl im Mai 1935 ergab 80% deutsche Stimmen. - Rauchberg, **a. a. O.** - Hassinger, **a. a. O.** - Oberschall: *Die Deutschen der Sudetenländer 1880-1920*. - *Der politische Besitzstand der Deutschen in den Sudetenländern*. - Hans Krebs: *Kampf um die Autonomie!* Aussig, a. E. 1932. [...zurück...](#)



c) Die soziale Berufsschichtung

Aus der Übersicht über die soziale Gliederung der Bevölkerung ergibt sich zugleich ein anschauliches Bild der wirtschaftlichen Struktur des Staates, dessen westlicher Teil vorwiegend industriell und dessen östlicher Teil vorwiegend agrarisch eingestellt ist. Interessant ist der volkliche Anteil an den einzelnen Berufsschichten. Wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich wird, ist das Sudetendeutschtum im Gegensatz zu den Tschechen in weit stärkerem Maße in Handel und Industrie als in der Landwirtschaft beschäftigt, was den industriellen Charakter der sudetendeutschen Gebiete beweist:²⁷

Berufsklasse	Land	Deutsche			Tschechen	
		1910	1921		1910	1921
<i>Land- und Forstwirtschaft</i>	Böhmen	616.523	538.012		1.563.933	1.429.553
	Mähren	222.471	192.551		856.256	828.738
	Schlesien	80.024	68.958		49.066	56.807
	<i>Sudetenländer</i>	919.018	799.521		2.469.255	2.315.098
<i>Industrie und Gewerbe</i>	Böhmen	1.176.249	1.013.991		1.572.055	1.676.336
	Mähren	266.368	192.274		631.486	711.207
	Schlesien	141.452	106.142		96.900	163.685
	<i>Sudetenländer</i>	1.584.069	1.312.407		2.300.441	2.551.228
<i>Handel, Geldwesen u. Verkehr</i>	Böhmen	350.685	277.090		529.242	535.141
	Mähren	108.073	60.793		170.884	197.557
	Schlesien	50.136	29.869		13.131	26.263
	<i>Sudetenländer</i>	508.894	367.752		713.257	758.961
<i>Öffentl. Dienst, freie Berufe, Militär, Sonstige</i>	Böhmen	324.136	344.146		576.310	741.758
	Mähren	122.488	101.986		210.248	310.924
	Schlesien	53.948	47.396		21.220	49.439
	<i>Sudetenländer</i>	500.572	493.528		807.778	1.102.121
<i>Bewohner insgesamt</i>	Böhmen	2.467.593	2.173.239		4.241.540	4.382.788
	Mähren	719.400	547.605		1.868.874	2.048.425
	Schlesien	325.560	252.365		180.317	296.194
	<i>Sudetenländer</i>	3.512.553	2.973.209		6.290.731	6.727.407

Albin Oberschall hat in einer interessanten Arbeit²⁸ die Strukturveränderungen in der Berufsgliederung der Deutschen und Tschechen in der Zeit von 1900-1930 untersucht und die hier wiedergegebene Übersicht aufgestellt.

Dieser Übersicht fügt Dr. Oberschall folgende interessanten Erläuterungen hinzu:

"In formaler Hinsicht sei zu der vorstehenden Übersicht zunächst bemerkt, daß, da die Berufserhebung in jedem dieser Zeitpunkte nicht auf Grund des gleichen Schemas erfolgt war, Zusammenziehungen und Umstellungen von mir vorgenommen werden mußten, falls vergleichbare Angaben erzielt werden sollten, was, nebenbei bemerkt, keine so einfache Sache war. Ja, da gerade für das Jahr 1930 große Schema-Umgruppierungen stattgefunden haben, war ich genötigt, für das Jahr 1920 für die Hauptberufsarten Daten nach dem alten und nach dem neuen Schema nebeneinander anzuführen. Weiter betone ich, daß sich die Daten für die einzelnen Berufsarten vom Jahre 1930 mit denen für die früheren Jahrzehnte nicht immer genau decken und auch die entsprechenden Daten für das Jahr 1921 auf Grund der vorhandenen Quellen zu berechnen nicht möglich ist.

Berufsgruppe:	Deutsche					Tschechen				
	1900	1910	1920	1920	1930	1900	1910	1920	1920	1930
Landwirtschaft	26,1		23,1		19,2	39,7		31,5		25,2
Forstwirtschaft	1,6		1,7		1,5	1,1		1,1		0,8
Zusammen ...	27,7	25,0	24,8	24,8	20,7	40,8	36,9	32,6	32,6	26,0
Bergbau	{ 4,6		{ 4,7		2,9	{ 3,3		{ 3,0		1,8
Hüttenwesen					0,5					0,4
Metallindustrie	3,3		4,7		4,9	3,1		4,4		4,6
Maschinenindustrie	1,6		2,7		2,9	1,9		3,5		3,9

Erdenindustrie	{ 5,4	2,4	3,1	{ 2,4	1,8	2,3				
Glasindustrie		2,6	2,7		0,9	0,9				
Chemische Industrie	{ 0,8	1,0	0,8	{ 0,5	0,6	0,6				
Kraftwerke		0,3	0,4		0,2	0,3				
Holzindustrie	3,4	3,5	3,7	2,4	2,7	3,0				
Papierindustrie	{ 1,2	1,0	1,1	{ 1,0	0,4	0,4				
Lederindustrie		0,4	0,5		0,6	0,6				
Graphische Industrie	0,4	0,5	0,6	0,3	0,4	0,6				
Textilindustrie	12,1	8,2	9,1	4,1	3,3	3,4				
Bekleidungs-gewerbe	{ 4,8	4,2	3,8	{ 5,9	5,9	4,5				
Reinigungsgewerbe		0,5	0,7		0,4	0,6				
Nahrungsmittelindustrie	{ 5,8	3,4	3,5	{ 6,0	4,2	4,0				
Gastgewerbe		2,0	2,2		1,4	1,5				
Bauindustrie	6,1	6,2	7,6	5,9	5,7	7,4				
Sonstige Industrien	0,3	0,3	0,1	0,3	0,2	0,1				
Zusammen ...	49,8	49,6	48,6	49,1	51,1	37,1	38,3	39,6	39,9	40,9
Warenhandel	4,3	4,5	5,3	3,7	4,1	5,2				
Geldwesen	0,3	0,6	0,9	0,3	0,7	1,1				
Post	{ 3,5	0,8	0,5	{ 3,3	0,9	1,1				
Eisenbahn		3,6	1,9		4,1	4,5				
Handelshilfsgewerbe	{ 0,4	{ 1,3	0,9	{ 0,3	{ 1,0	0,7				
Sonstiger Verkehr			1,8			1,6				
Zusammen ...	8,5	10,3	10,8	10,6	11,3	7,6	10,2	10,8	10,7	14,2
Öffentlicher Dienst			1,6	1,4		2,5	2,7			
Schulwesen	{ 3,8	1,3	1,2	{ 4,0	1,2	1,3				
Gesundheitswesen		{ 1,4	0,7		{ 1,3	0,7				
Freie Berufe			0,9			0,8				
Militär	0,9	0,4	0,4	0,6	1,3	1,4				
Selbständ. Dienstpers	2,7	1,3	0,8	2,7	1,2	0,9				
Rentner, Pensionisten	3,5	8,2	8,9	4,4	7,8	9,0				
Anstaltsins., Studenten	0,8	0,8	1,1	1,1	1,0	1,1				
Sonstige Berufe	{ 2,3	{ 0,8	0,1	{ 1,7	{ 0,7	1,1				
Ohne Angabe			1,4			0,9				
Zusammen ...	14,0	15,1	15,8	15,5	16,9	14,5	14,6	17,0	16,8	18,9
Insgesamt	100,0									

In sachlicher Hinsicht zeigt uns die Übersicht zunächst, in welchen Berufen sich Deutsche und Tschechen voneinander unterscheiden. Hier kann natürlich nur das Wichtigste hervorgehoben werden. Während heute von den Tschechen ungefähr ein Viertel auf die Land- und Forstwirtschaft, bei den Deutschen dagegen nur rund ein Fünftel entfällt, gehören fast die Hälfte der Deutschen, aber erst wenig über 40% der Tschechen zu Industrie und Gewerbe. Das ist der wichtigste Unterschied in beruflicher Hinsicht zwischen Deutschen und Tschechen. Dieser Unterschied ist ein wesentlicher, da er sich bei allen letzten vier Volkszählungen zeigt. Aber noch eine zweite wichtige Tatsache enthüllt uns obige Übersicht, nämlich einen ganz bedeutenden Rückgang der Tschechen, aber auch einen ziemlich bedeutenden Rückgang der Deutschen in der Landwirtschaft, während sich der Anteil beider Völker an Industrie und Gewerbe weniger verschoben hat, wogegen der Anteil der sonstigen Berufe manchmal ganz beträchtlich zugenommen hat. Sonst sei auf die Tabelle verwiesen.

Unter den Berufszugehörigen kommt die größte Bedeutung den Berufstätigen zu, d. i. den Unternehmern, Beamten und Angestellten, Arbeitern, Lehrlingen und Tagelöhnern, sowie den mithelfenden Familienmitgliedern, während von den Berufstätigen die Dienstpersonen, vor allem aber die nichtberufstätigen Familienmitglieder (wie nur in der Hauswirtschaft tätige Ehefrauen, Kinder usw.) erhalten werden. Von allen Deutschen in Böhmen waren nun im Jahre 1900 50,3%, im Jahre 1910 53,7%, im Jahre 1920 51,1% und im Jahre 1930 55,9%, bei den Tschechen 51,6% bzw. 54,6% bzw. 50,6%, bzw. 55,3%, d. i. ungefähr die Hälfte, berufstätig. Die Angleichung von Deutschen und Tschechen in der Jetztzeit ist ganz

bemerkenswert. Unter den Berufstätigen kommt natürlich die größte Bedeutung den Unternehmern zu. Leider lassen sich da nur Vergleiche für Industrie und Gewerbe vornehmen. Hier ist nun folgende Tatsache festzustellen. Während bei den Deutschen zu den genannten vier Zeitpunkten in Industrie und Gewerbe von allen Berufszugehörigen 45,6%, bzw. 49,7%, bzw. 51,3%, bzw. im Jahre 1930 sogar 54,0%, bei den Tschechen 42,8%, bzw. 47,6%, bzw. 49,3% und im Jahre 1930 51,8% berufstätig waren, entfielen von diesen Berufstätigen auf die Unternehmer 14,4%, bzw. 15,4%, bzw. 12,7% und im Jahre 1930 10,9% bei den Deutschen und 16,6%, bzw. 14,6%, bzw. 14,7% und im Jahre 1930 12,0% bei den Tschechen. Es nehmen bei beiden Völkern also die Berufstätigen in Industrie und Gewerbe im Verhältnis zu, die Unternehmer jedoch ab; diese Tatsache ist bei beiden Völkern, besonders aber bei den Deutschen, sehr zu bedenken."

Wir werden im weiteren Verlauf unserer Darstellung auf die Ursachen dieser volkspolitisch äußerst bedeutungsvollen Entwicklung noch zu sprechen kommen. Während in den Sudetenländern z. B. noch 1880 auf 100 Landwirtschafttreibende 370 Nichtagrariere fielen, stieg die Zahl bis 1910 auf 470 und erreichte 1930 bereits 512 Nichtagrariere. Die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen sank auf 29,69% (1921). In der Slowakei dagegen stehen 60 v. H., in Karpathenrußland sogar 70 v. H. der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft.

Von den 418 Verwaltungsbezirken der Staates weisen 11 eine Bevölkerungsdichte von über 500 auf. Sie liegen in den Sudetenländern. In der Slowakei erreichen von 77 nur 1 eine Bevölkerungsdichte von 150 und in Karpathenrußland nur 2 eine Bevölkerungsdichte von 125. Die 83 Bezirke mit einer Bevölkerungsdichte von mehr als 200 liegen mit wenigen Ausnahmen alle im sudetendeutschen Gebiet.

Anmerkungen:

27 Wenn hier wie an anderen Stellen gesonderte Übersichten über die Slowakei und Karpathenrußland wegbleiben, dann geschieht es, weil uns in erster Linie die Verhältnisse in den Sudetenländern interessieren, als dem Siedlungsgebiet des allergrößten Teiles der sudetendeutschen Volksgruppe. [...zurück...](#)

28 *Sudetendeutsche Tageszeitung*, Tetschen, 25. Dezember 1934. [...zurück...](#)

2. Die Land- und Forstwirtschaft

a) Anbau, Ernte und Viehstand

Die Landwirtschaft in den Sudeten- und Karpathenländern gehört dank der günstigen klimatischen Verhältnisse zu den entwickeltsten in Europa überhaupt. Die an Niederschlägen und Wärme reichen Gebiete längs der Elbe ("Goldene Rute"), March, Donau und Theiß sind die Getreidekammern des alten und neuen Staates. Hier wird neben Roggen, der im ganzen Staatsgebiet zu finden ist, vorwiegend Weizen, Gerste und Zuckerrübe angebaut. Hafer und Kartoffeln beherrschen die Anbaufläche in den Gebirgsgebieten. Innerböhmen, das Elbe- und Eger-Bialabecken, ebenso die fruchtbaren Gegenden Südmährens spenden reichen Obstsegen. An den Hängen des Elbeufers, in Südmähren und in der südlichen Slowakei reift noch der Wein. Die Waldwirtschaft erstreckt sich vom Böhmerwald über das Erzgebirge, die Sudeten bis tief in die Karpathen. Auch Innerböhmen besitzt ausgedehnte Wälder. Während die Gebirgsgegenden einen recht intensiv betriebenen

Weidewirtschaftsbetrieb zeigen, ermöglichen die landwirtschaftlichen Industrien der Ebene intensive Viehmast.

Die Sommertemperatur über 20 Grad, die die Slowakei und die Ebene von Karpathenrußland zeigen, lassen Mais reifen, während wir in Böhmen ausgedehnte Flächen mit Klee und Futterrüben finden. Große Ausdehnung hat auch der Anbau von Gemüse, Mohn und Zichorie angenommen. Tabaksfelder, die allerdings nur einen Bruchteil des Bedarfes decken, finden wir in den Pannonischen Ebenen. In den sudetenländischen Gebirgen wird die Flachskultur gepflegt, während man in den Karpathenländern Hanf findet. Im Elbeland und in der fruchtbaren Saazer Ebene finden wir die der Landschaft einen eigenen Charakter verleihenden Hopfengärten. Die Anbaustatistik für 1935 zeigt folgendes Bild:



Sudetendeutscher Bauer bei der Arbeit.

(Im Hintergrunde der "Grüner-Berg" 584 m bei Zwickau in Nordböhmen.)

Kulturart	Tschecho- slowakei	Böhmen	Mähren- Schlesien	Slowakei	Karpathen- rußland
	<i>Flächenausmaß (in ha)</i>				
Ackerboden (samt Hopfengärten)	5,834.916	2,461.598	1,384.691	1,762.414	235.213
Dauerwiesen	1,274.874	557.834	188.429	382.745	145.866
Nutz- u. Handelsgärten	101.788	46,025	27.325	21.527	6.911
Weingärten	21.185	403	5.330	11.782	3.670
Hutweiden	1,073.129	204.184	115.384	580.053	173.508
Weidengärten	9.367	1.661	1.421	4.600	1.685
Waldboden	4,590.027	1,565.491	786.895	1,647.044	590.597
Zur Fischzucht benützte Teiche	46.488	40.247	5.859	342	40
Sonstige Wasserflächen ¹	85.673	21.073	11.540	42.279	10.781
Parks und Ziergärten	35.796	20.254	8.178	6.787	577
Sonstige Flächen ²	828.815	268.386	126.490	374.395	59.544
Bisher nicht erhobene Flächen ³	138.889	19.060	18.912	60.617	40.300
Gesamtflächenausmaß	14,049.947	5,206.216	2,680.454	4,894.585	1,268.692

¹ Samt Seen und Sümpfen.

² D. s. verbaute und alle anderen ertraglosen Flächen.

³ Unterschied zwischen den Ergebnissen der Statistik der landwirtschaftlichen Betriebe vom Jahre 1930 und dem Gesamt-Flächenausmaß nach dem vom Finanzministerium i. J. 1930 herausgegebenen Ausweis der Gesamtkatastralwerte nach dem Stande vom 1. Jänner 1929.

Die Ergiebigkeit der tschechoslowakischen Landwirtschaft wird hier klar ersichtlich aus der Übersicht über den Anbau und Ertrag der wichtigsten Fruchtgattungen in den Jahren 1932 - 1934 und im Durchschnitt der Jahre 1928 - 1932. ([Siehe Anhangtabelle III.](#))

Trotz der Fruchtbarkeit und Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Nutzflächen ist die tschechoslowakische Landwirtschaft nicht in der Lage, die Bevölkerung des Staates zu ernähren. Die Versuche, die Ertragsfähigkeit des Anbaues zu steigern, haben sich als wenig erfolgreich erwiesen.

Die klimatisch besonders günstig gelegenen Gebiete haben im Laufe der Jahre zu einer Steigerung der Weinbaukultur geführt.



Gehöft bei Franzensbad.

Bekannter in der Wirtschaft als die tschechoslowakischen Weine sind die tschechoslowakischen, besonders böhmischen Biere, die ihren Weltruf vor allem den hochwertigen Hopfenqualitäten zu verdienen haben. Die bekanntesten Hopfenanbaugebiete sind das Saazer Land am Mittellauf der Eger und das Auschaer Gebiet an der Elbe, die zum deutschen Siedlungsraum gehören.

Die sich im Laufe der Jahre steigenden Export-schwierigkeiten führten gleichzeitig zu einer Verminderung der Hopfenanbauflächen.

Wie am Hopfenbau hat das Sudetendeutschtum auch am Obstbau, dessen Erträgnisse einen wichtigen Exportanteil darstellen, einen hervorragenden Anteil.

Diese Übersichten mögen genügen, um zu zeigen, in welchem Ausmaße und mit welchen Erträgnissen die Landwirtschaft in der Tschechoslowakei betrieben wird.

Ebenso entwickelt wie der Ackerbau in seiner Vielgestaltigkeit ist die Viehzucht, über deren Stand die Anhangtabelle IV unterrichtet.

Die Forstwirtschaft hat eine Fläche von mehr als 4,6 Millionen Hektar Wälder zu betreuen. Die schönen ertragreichen Wälder, die über das ganze staatliche Gebiet verteilt sind, zeigen folgenden Holzbestand:



Deutscher Bauernhof in der Iglauer Sprachinsel (Birnbauhof).

Tatsächlich bewaldete Fläche.

<i>Bestand und Holzart</i>		Tschecho- slowakei	Böhmen	Mähren- Schlesien	Slowakei	Karpathen- rußland
A. Nach d. Bestandart:						
Nadelbestände	ha	2,239.340	1,189.776	442.003	474.535	133.026
Laubbestände	ha	1,213.497	81.322	129.733	641.424	361.018
gem. Bestände	ha	882.259	196.569	261.099	404.160	80.431
B. Nach d. Holzart:						
Fichte	%	40,1	58,2	48,8	24,9	22,0
Tanne	%	7,5	3,2	11,6	10,7	4,5
Kiefer	%	14,3	28,8	12,8	6,1	0,8
Lärche	%	1,3	1,2	2,2	1,4	0,1
sonst. Nadelbäume	%	0,5	0,2	0,6	0,8	0,2
Buche	%	20,4	2,7	8,7	29,4	58,0
Eiche	%	7,6	2,7	6,3	12,8	8,1
Weißbuche	%	2,5	0,7	2,3	4,5	2,5
Birke	%	1,9	1,0	1,6	3,2	1,1
Akazie	%	0,6	0,2	0,6	1,2	0,1
Erle	%	0,5	0,3	0,8	0,6	0,3
Weide u. Pappel	%	0,5	0,1	0,5	1,0	0,2
Ahorn, Ulme u. Esche	%	1,2	0,3	1,8	1,5	1,5
Linde	%	0,2	0,1	0,6	0,1	0,1
sonstiges Laubholz	%	0,9	0,3	0,8	1,8	0,5

Nach der bisher vorliegenden amtlichen Statistik über die Holznutzung in dem Betriebsjahr 1930 wurden insgesamt 10,4 Millionen Kubikmeter Nutzholz, 1,4 Millionen Kubikmeter Schleifholz und 9,4 Millionen Kubikmeter Brennholz gewonnen. Die Holzgewinne verteilen sich auf die Betriebe wie folgt:

Größengruppe der Betriebe nach dem Ausmaß des Waldbodens (ha)	Gesamt- ausmaß des Waldbodens	Tatsächlich bewaldete Fläche	Gesamter Wald- boden <i>mit erzielter Holznutzung im Betriebsjahr</i>		<i>Gewonnene Holzmenge</i>		
			Tatsächlich bewaldete Fläche <i>in ha</i>		Nutz- holz (in m ³)	Schleif- holz Brenn- holz <i>in Raummeter</i>	
Tschechoslowakei							
von bis 5	306.284	275.874	131.333	119.215	160.241	13.494	558.210
" 5-10	153.803	138.016	100.779	92.201	99.570	12.144	221.765
" 10-50	250.240	222.966	155.671	141.924	195.255	24.507	412.773
" 50-200	294.937	263.659	191.874	173.954	373.436	28.945	467.509
" 200-250	110.409	98.541	77.708	71.191	87.200	11.781	243.219
" 250-500	300.453	268.737	213.311	192.484	409.452	33.420	559.969
" 500-1.000	335.911	311.890	291.928	274.075	1,078.200	154.892	726.039
" 1.000-5.000	1,443.212	1,373.293	1,391.874	1,325.390	3,853.475	741.339	3,165.681
" über 5.000	1,435.640	1,382.146	1,400.547	1,348.003	4,189.766	405.014	3,115.312
Summe	4,630.889	4,335.095	3,955.025	3,738.437	10,446.595	1,425.536	9,470.477

Auf die Wildbestände in den ausgedehnten Wäldern, die sich auch in die klimatisch begünstigten innerböhmischen Gebiete erstrecken, lassen die nachfolgenden Wildabschuszahlen der letzten Jahre die notwendigen Schlüsse zu:

Wildart	Zahl der erlegten Stücke Wild					Karpathen- rußland
	Tschecho- slowakei	Böhmen	Mähren- Schlesien	Slowakei		
Nutzwild insgesamt	2,975.180	1,762.624	666.688	519.704	26.164	
Davon: Haarwild {						
Hochwild	43.468	19.859	11.730	10.992	887	
Niederwild	1,057.882	535.581	285.969	220.014	16.318	
Federwild {						
Hochwild	285.442	136.208	104.646	43.906	682	
Niederwild	1,588.388	1,070.976	264.343	244.792	8.277	
Schadwild insgesamt	864.756	431.125	213.597	196.741	23.293	
Davon: Haarwild {						
Hochwild	433.878	232.135	124.134	72.171	5.438	
Niederwild	430.878	198.990	89.463	124.570	17.855	

Es ist ein ungemein reiches land- und forstwirtschaftliches Erbe, das die Tschechoslowakei angetreten hat (24 v. H. der land- und forstwirtschaftlichen Produktion der alten österreichisch-ungarischen Monarchie).



b) Zahlen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

Durch die sogenannte Boden- und Wälderreform, über deren Ausmaß und Zweck an anderer Stelle ([S. 158](#)) ausführlich berichtet wird, haben Größe und Besitzstand der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe einschneidende Veränderungen erfahren. Dazu kommen die ständigen Veränderungen, die durch den Bodenhandel, Betriebsauflösungen und Erbteilungen bedingt sind. Nach den Ergebnissen der Volkszählung im Jahre 1930 gab es in der Tschechoslowakei insgesamt 1,648.604 landwirtschaftliche Betriebe, in deren Besitz sich 13,458.466 ha landwirtschaftlicher Boden befinden. Hiervon gibt es in Böhmen 639.660 Betriebe mit 4,956.685 ha Boden, in Mähren-Schlesien 441.029 Betriebe mit 2,582.284 ha Boden, in der Slowakei 454.955 Betriebe mit 4,687.626 ha und in Karpathenrußland 112.960 Betriebe mit 1,231.870 ha Boden.

Während sich in den Sudetenländern 7,538.969 ha Boden im Besitz von 1,080.689 landwirtschaftlichen Betrieben befanden, wurden in der Slowakei 5,919.496 ha von 567.915 Betrieben verwaltet.

Bis zu der eingangs erwähnten sogenannten Bodenreform besaß z. B. Böhmen einen großbäuerlichen Besitz (20 bis 100 ha) von 23% der Gesamtfläche, Mähren 24%, Schlesien 23% (Ostböhmen 28,5%).

Der mittelbäuerliche Besitz (5 - 20 ha) betrug 26%, bzw. 29%, 24,3%, der Klein- und Zwergbesitz (0,1 bis 5 ha) 12,5%, bzw. 16,6%, 13,5% von der Gesamtfläche dieser Länder.

Der sudetendeutsche und tschechische Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion und damit an dem agrarischen Boden wird am klarsten durch folgende Zahlen der landwirtschaftlichen Betriebe in den Sudetenländern ersichtlich:

Land:	Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe	
	<i>deutsch</i>	<i>tschechisch</i>
Böhmen	156.245	483.425
Mähren-Schlesien	128.612	312.407
	<hr/>	<hr/>
	284.857	795.832

Während in diesen Ländern der deutsche und tschechische Bodenanteil im Verhältnis von 1 : 2 steht, ist das Verhältnis der landwirtschaftlichen Betriebe aber 1 : 3, was die agrarische Überlegenheit der Tschechen auch relativ klar zum Ausdruck bringt.

Von den 7486 Erwerbsgenossenschaften waren 1921 40,12% landwirtschaftlich tätig. 1919/20 gab es 1245 Kreditgenossenschaften (System Schulze-Delitzsch). Von 1392 Vorschußkassen waren 1013 tschechisch, 377 deutsch, 2 polnisch. Ferner bestanden bis 1920 in den Sudetenländern 3785 Raiffeisenkassen, davon 2587 tschechische, 1135 deutsche und 63 polnische.

Im Jahr 1930 gab es 291.367 Betriebe mit 8,301.796 ha Waldboden, die sich wie folgt spezifizieren:

	Tschecho- slowakei	Böhmen	Mähren- Schlesien	Slowakei	Karpathen- rußland
Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit Waldboden	291.367	141.304	78.166	62.327	9.570
Gesamtausmaß der landwirtschaftlichen Betriebe mit Waldboden (ha)	8,301.796	3,143.095	1,621.000	2,724.787	812.914
Ausmaß ihres landwirtschaftlichen Bodens (ha)	3,379.953	1,506.952	776.248	905.782	190.971
Ausmaß ihres Waldodens (ha)	4,630.889	1,553.920	800.616	1,667.570	608.780
Davon:					
Tatsächlich bewaldete Fläche (ha)	4,335.096	1,467.667	772.835	1,520.119	574.475
Zeitweilig nicht aufgeforstete Schlagfläche					
bis zu 5 Jahren (ha)	106.977	31.404	8.312	52.175	15.086
über 5 Jahre (ha)	76.798	16.760	3.808	44.745	11.685
Sonstige nicht bewaldete Fläche (Wege, Durchschläge, Holzlagerplätze, Waldwiesen, fließende Gewässer, Torfboden, Sümpfe, Felsen u. ä.) (ha)	111.818	38.089	15.664	50.531	7.534

Die tiefgründigen Böden, die ausreichenden Niederschläge und die entsprechende Sommerwärme bieten alle Voraussetzungen für die Entfaltung der Land- und Forstwirtschaft. Und ist der Anteil der Sudetendeutschen an der Land- und Forstwirtschaft des Staates absolut und relativ kleiner als der der Tschechen, so sind es besonders fruchtbare Ackerböden und ausgedehnte Laub- und Nadelwälder, die im sudetendeutschen Gebiete liegen.

Es ist schon gesagt worden, daß die agrarische Fläche und die Landwirtschaftsbetriebe, die der Tschechoslowakei zugefallen sind, nicht in der Lage sind, die Ernährung sicherzustellen. Dagegen aber ist das industrielle Erbe so reich, daß kaum ein Viertel der industriellen Produktion vom Inlandsmarkt aufgenommen werden kann.



3. Industrie, Handel und Gewerbe

a) Allgemeine Übersicht

Der natürliche Reichtum der Sudetenländer an Bodenschätzen (Kohle, Erze, Kaolin, Holz usw.) und die gute Verkehrslage begünstigten schon frühzeitig das Entstehen und die Entwicklung industriellen Lebens. Organisch aus den natürlichen Gegebenheiten des Landes erwachsen hier im Laufe der Jahrhunderte Industrie, Gewerbe und Handel und machten die Sudetenländer zum eigentlichen Industriezentrum der österreichisch-ungarischen Monarchie. Mit dem Zusammenbruch der alten Donaumonarchie fielen der Tschechoslowakei 78% der gesamten österreichisch-ungarischen Industrieproduktion zu. Manche Industriezweige übernahm sie hundertprozentig, von

den meisten anderen aber mehr als die Hälfte. Schon diese wenigen Ziffern sprechen für den industrielle Reichtum der Tschechoslowakei.

Im grenzdeutschen Gebiete Böhmens war 1914 die Industrialisierung soweit vorgeschritten, daß von je 100 Berufstätigen auf

Landwirtschaft	27	Personen
Industrie und Gewerbe	54	"
Handel und Verkehr	14	"
öffentliche Dienste und freie Berufe	5	"

entfielen.

Die weittragende Bedeutung dieser Zahlen wird durch einen Vergleich mit den Zahlen der in Industrie und Gewerbe Tätigen in den bedeutendsten europäischen Industriestaaten der Vorkriegszeit erkenntlich. So waren mit Beginn des Jahres 1914 von 100 Berufstätigen in

Deutschböhmen	54
Schottland	49
England und Wales	46
Schweiz	45
Belgien	42
Deutschland	40
Niederlande	35
Frankreich	32

in Industrie und Handel beschäftigt. Die sudetendeutschen Randgebiete standen also an der Spitze der industrialisierten Staaten und Staatsgebiete Europas.

Die nachfolgende Übersicht²⁹ vermittelt nicht nur eine Übersicht über das wirtschaftliche Erbe, das die Tschechoslowakei angetreten hat, sondern zugleich eine Vorstellung von dem wirtschaftlichen Reichtum, vor allem der Sudetenländer:

Die **Mühlenindustrie** war 1923 durch fast 11 000 Mühlen vertreten, unter ihnen mehr als 2/3 in den Sudetenländern, davon 439 Großmühlen. Alle Mühlen vermochten täglich 17 300 t Getreide in 24 Stunden zu vermahlen. Die größten Dampfmühlen stehen in Groß-Prag, Groß-Saris, Brünn, Losoncz, Preßburg, Neutra, Oderberg.

Die altberühmte böhmische **Brauerei** hat sich immer mehr auf große Betriebe konzentriert, daher ist die Betriebszahl im Abnehmen. Gab es in den Sudetenländern 1912 671 Brauereien (davon 551 in Böhmen), die 1912/13 11 Millionen hl Bier erzeugten, so waren es 1922 nur mehr 570 Betriebe (484 in Böhmen). Die slowakische Brauerei mit dem Hauptstandort um **Leutschau** ist bescheiden (21 Betriebe, 254 000 hl). Die Großbetriebe der Sudetenländer konzentrieren sich in Pilsen, wo das bürgerliche Bräuhaus und drei andere Großbetriebe 1/10 der ganzen Erzeugung bestritten, in Prag (Smichower Aktienbrauerei), in Brüx (Braugemeinde), Gr. Popowitz (Ringhoffer), Budweis, Wittingau, Eger uff., ferner in der Hanna um Olmütz. Hauptabnehmer für böhmisches Bier blieben Deutschland und Österreich.

Zumeist in Verbindung mit der Brauerei steht die **Mälzerei**, die besonders auf der vorzüglichen Hannagerste aufbaut, ihren Hauptstandort in Mähren hat (101 Betriebe von 172 in der T.). Diese Exportindustrie, deren führende Firmen in Brünn, Olmütz, Eiwowitz und Prag sind, ist in einem Absatzkartell zusammengeschlossen.

Weitaus die größte landwirtschaftliche Industrie ist aber die **Zuckererzeugung**, welche 15% des Weltbedarfes deckt. Sie zählt 129 Rohzuckerfabriken (darunter 94 in Böhmen), 13 Raffinerien (darunter 8 in Böhmen) und 44 gemischte Betriebe (darunter die 9 slowakischen Zuckerfabriken). Wenn die Handelsbilanz der Tschechoslowakei aktiv ist, so dankt sie das zumeist dem Zuckerexport, z. B. nach Großbritannien, Italien, der Schweiz und auch in die englischen Kolonien. Sie steht unter den Rübenzuckererzeugern an 7. Stelle. Führende Betriebe sind die Nestomitzer Zuckerraffinerie, Schoeller & Co. A.-G., die Böhm. Zuckerindustrie-Gesellschaft, die Schönriesener Zuckerraffinerie. Andere große Betriebe liegen um Aussig, Lobositz, Göding, Písek, Troppau uff. Ein Teil der Rohzuckerfabriken gehört bäuerlichen Genossenschaften. Organisiert ist die Industrie in einem "Zentralverein der tschl. Zuckerindustrie" (unter tschechischer Führung) und im "Verein der Zuckerraffinerien" (unter deutscher Führung).

Unter den übrigen landwirtschaftlichen Industrien, die der Ernährung dienen, ist die **Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikation** (80 Betriebe), besonders in Prag, Brünn, Bodenbach, Lobositz, Písek zu nennen. Ausgebreitet ist die **Kaffeesurrogaterzeugung**, die Malz und Zichorie verarbeitet. Verhältnismäßig wenig bedeutend ist die **Obstkonservenindustrie**.

Großzügig entwickelt ist die **Spiritusindustrie**. In den Rübenzuckergegenden verarbeitet sie Melasse, in den Kartoffelgegenden ist die Kartoffelspiritusbrennerei verbreitet. Es bestanden 930 landwirtschaftliche und 37 industrielle Brennereien, darunter 14 Hefefabriken und 53 Spiritusraffinerien. Die größten Firmen haben in Prag, M.-Ostrau, Pardubitz, Jungbunzlau, Kolin, Aussig, Teplitz ihren Sitz. Die Betriebe konzentrieren sich im Elbebecken, auf den böhmisch-mährischen Höhen, Südböhmen und Nordmähren. In der Slowakei ist ein Großbetrieb der von Velké Topolčany. Andere Brennereien waren bisher mit dem Großgrundbesitz verbunden. - Die **Likörindustrie** erzeugt in Prag, M.-Ostrau, Troppau und Jägerndorf manche Spezialitäten. - 19 staatliche **Tabakfabriken** sind über das ganze Staatsgebiet verstreut.

Erzeugnisse der Viehwirtschaft verarbeitet die bedeutende Prager **Selcherei** (Schinken, Wurstwaren). Außer heimischen Schweinen werden auch solche aus Jugoslawien, Rumänien und Ungarn bezogen.

Die **Lederindustrie** erzeugt Oberleder in Prag und Königgrätz, Sohlenleder besonders in Süd- und Nordböhmen, Treibriemen in Neu-Bidschow und Jaromer. Hervorragend ist die mährische Lederindustrie von Trebitsch, Brünn, Iglau, die slowakische von Gr. Boschan und St. Niklas in Liptau. 260 Gerbereien, 105 Schuhfabriken mit Maschinen-, 87 mit Handbetrieb und die altberühmte Prager Handschuhlederzeugung, die Glacé- und Gamslederzeugung im Erzgebirge bestreiten diesen Industriezweig. Wenn auch der größere Teil des Rohstoffes im Lande vorhanden ist, müssen zur Ergänzung doch noch Rohhäute und Lammfelle von auswärts bezogen werden, ebenso Halbfabrikate (Boxcalf).

Die an das Vorkommen der Buche gebundene **Buchholzindustrie**, eine Spezialität der früheren österreichischen Industrie, hat durch den Krieg ihre Absatzgebiete teilweise an die ausländische Konkurrenz eingebüßt. Ihre Hauptsitze sind in Ostmähren (Karpathenwälder) und Brünn (Thonet), Neusohl in der Slowakei und Niemes in Nordböhmen.

Teils zur Holz-, teils zur Metallindustrie gehören die im Erzgebirge vorhandenen **Spielwaren- und Musikinstrumentenerzeugung**, die **Klavierindustrie** (Reichenberg, Königgrätz, B. Leipa), sowie die **Knopfindustrie**, welche auch Horn und Steinnuß verarbeitet. Diese blüht besonders in Tetschens Umgebung und in der Slowakei (Patentknöpfe). **Korbwaren** stellt im großen die Prag-Rudnicker Korbwarenindustrie her (Möbel). Siebe werden in Neutra, Bürsten in Písek erzeugt.

Weitaus die wichtigste Holzverarbeitende Industrie ist aber die **Papierindustrie**, die in 84 Papier-,

46 Papp-, 19 Zellulosefabriken und 82 Holzschleifereien arbeitet. Die großen Betriebe, die zumeist ihren Firmensitz in Prag haben, liegen teils im Riesen- und Isergebirge (Elbemühl), in Arnau, Freiheit, B. Kamnitz, Böhmerwald (Krumau), in den Ostsudeten (Heinrichsthal) und im Moldaugebiet (Kienberg). Die Olleschauer Papierindustrie A.-G. (Brünn) stellt Seiden- und Zigarettenpapier her. Die bedeutende slowakische Papierindustrie hat ihre Standorte besonders in Rosenberg und in der Zips. Bedeutende Zellulosefabriken sind in St.



Blick in die Montagehalle einer Blasmusikinstrumentenfabrik in der sudetendeutschen Stadt Graslitz.

Martin am Turec (Kronstädter Papierstoff-Fabrik), Sillein, Ratimau und bei Marienbad.

Der einzige Zweig der Textilindustrie, der noch mit den heimischen Rohstoffen in engerem Zusammenhang steht, ist die **Leinenindustrie**. Es fehlt nicht an Versuchen, die Anbaufläche des Flachses zu vergrößern. Die Verarbeitung findet in den großen Spinnereien in und um Trautenau, Hohenelbe, Eipel und in Mähr.-Schönberg, sowie in **Kesmark** und Komorn in der Slowakei statt; die **Weberei** und **Zwirnerei** ist heute nicht mehr in Nordböhmen, sondern vorwiegend im Gesenke (M.-Schönberg, Sternberg, Freudenthal, Freiwaldau) am stärksten vertreten.

Die **Hanfspinnerei** (8 Betriebe, 18 240 Spindeln) bezieht Rohstoff aus Ungarn, Italien, Jugoslawien, die **Jutespinnerei** (10 Betriebe, 34 526 Spindeln) aus Indien. Der Hanf- und Juteweberei stehen 2300 Stühle zur Verfügung. Sitz dieser Industrie ist vorwiegend NO-Böhmen.

Die **Baumwollindustrie** hat wohl besonders stark durch die Einengung des Absatzgebietes gelitten und nützt ihre Fähigkeiten nur zur Hälfte aus. Ungarn, das früher der beste Käufer für sudetenländische Textilien war, schafft sich mehr und mehr seine eigene Textilindustrie; manche Betriebe wanderten in das Ausland, andere mußten sich einschränken. 1921 wurden 3,572.022 Spindeln gezählt, die überwiegend in NO-Böhmen ihren Standort hatten, darunter 4 Riesenbetriebe mit über 100.000 Spindeln und altberühmte Firmen, wie J. Liebig (Swarow-Reichenberg), B. Schroll Sohn (Halbstadt-Braunau) u. a. In Nordmähren ist ein wichtiger Betrieb mit großer Färberei in Hohenstadt (H. Braß). Jedoch auch die Slowakei hat in Rosenberg einen Riesenbetrieb von 153.000 Spindeln (Ungar. Textil A.-G.). Wiederum in denselben Gebieten liegen die Webereien (etwa 116.000 mechanische Webstühle). Die **Strick- und Wirkwarenerzeugung** wird unter anderm in Prag, Reichenberg, Teplitz, Asch gepflegt. Die **Wollindustrie**, sowohl **Kammgarn-**, wie **Streichgarnspinnerei** und **Weberei** sind in Brünn und im Reichenberger Gebiet besonders stark vertreten; doch liegen einige bedeutende Betriebe auch außerhalb dieses Gebietes, so Spinnereien in Neudek, Görkau und Zwodau an der Eger, in Iglau, die Fezwarenfabriken von Strakonitz und slowakische Streichgarnspinnereien in Sillein, Losoncz u. a. Die beiden Zweige der Spinnerei verfügen über 450.364, bzw. 650.500 Spindeln, die Weberei über 37.526 Stühle. In der Wollweberei sind ferner Neutitschein - hier ist auch eine bedeutende Hutfabrik (Hückel) -, Jägerndorf, Iglau, Asch und wiederum Sillein und Losoncz zu nennen. Maffersdorf (Ginzkey), Reichenberg, Rumburg (Pfeifer Söhne) sind auch durch ihre Teppiche und Möbelstoffe, letzteres, wie Humpoletz, durch Erzeugung von Decken und Kotzen bekannt.

Die **Seidenweberei** (14.300 Stühle) hat sich wiederum nach NO-Böhmen und Nordmähren gezogen, desgleichen die **Plüschherzeugung**, **Spitzen**, **Stickereien** und **Posamentierwaren** werden im Erzgebirge hergestellt (Graslitz, bzw. Weipert), **Kunstblumen** in Prag, Brünn und Schluckenau (N.-Böhmen). Die **Konfektionswarenindustrie** wird in Prag, Proßnitz und Preßburg betrieben. Proßnitz trieb starken Export von Männerkleidern nach Osteuropa und dem Orient.

Die **Eisenindustrie**. Die Erzeugungs- und Verarbeitungsstätten von Roheisen liegen teils im Westen (Kladno, Königshof, Althütten, Hermannshütte, Nürschan, Walzwerk Teplitz der Prager Eisenindustrie A.-G., ferner Poldihütte Kladno), teils in der Mitte des Staates im mährisch-schlesischen Kohlenland (Berg- und Hüttenwerk-Ges. in Trzynietz, Witkowitz Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft in Witkowitz), teils im Osten in der Slowakei (Hernádtaler Gewerkschaft, Koburgwerke, Staatswerk Theißholz). Von den 27 Hochöfen verfügen nur die in der Staatsmitte gelegenen über Koks, müssen aber das Erz aus dem Ausland (Schweden) oder aus der Slowakei beziehen. Die im W und O liegen dagegen an den Standorten des Erzbergbaues, aber bedürfen wiederum der kostspieligen Kokszufuhr. Außer in den genannten Werken werden Halbfabrikate noch besonders in Rakonitz, Dobris, Hradel, Brüx, Neudek, Zöptau, Friedland, Oderberg u. a. a. O. hergestellt, also im Pilsener Becken und Nordmähren-Schlesien. Mannesmann-Röhrenwerke sind in Komotau und Schönbrunn (Schlesien). Eine **Werkzeugindustrie** wird als Heimarbeit in der Slowakei betrieben. Bedeutend sind auch die **Emailgeschirrerzeugung** (27 000 t jährlich) in 26 Werken, besonders in Brünn, Budweis, Pilsen, die **Draht- und Nagelerzeugung** (Saaz, Komotau, Pilsen, Budweis, Olmütz), die Herstellung von **Nadeln** in Karlsbad, die **Messerschmiederei** von Nixdorf in Böhmen uff. Ein großes Zinkwerk besitzt Oderberg, ein Kupferwerk Prag, Bleiwerke NW-Böhmen, Prag erzeugt auch Britanniametall, das Ascherländchen leonische Waren.

Die **Maschinenindustrie** hat ihre Hauptstätten in Prag: Böhm.-mähr. Kolben A.-G. für Lokomotiven, elektr. Maschinen, Automobile usw., Maschinenbau A. G. vorm. Breitfeld, Danek & Co., bes. für Zuckerfabrikeinrichtungen, Böhm.-mähr. elektrotechn. Werke (Krizik), Ringhoffer Werke (Eisenbahnwagen), Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen, Glühlampenfabriken uff., ferner in Pilsen mit dem Riesenbetrieb von Skoda (jetzt A.-G.), der sich neben seiner großen Waffenschmiede auch Maschinen-, Lokomotiven- und Automobilwerkstätten angegliedert hat, Brünn: Erste Brünnener Maschinen-Fabrik A.-G. (Turbinen), A.-G. für Maschinenbau, Brünn-Königsfelder Waggonfabrik u. a. Auch Proßnitz (landwirtschaftl. Maschinen), Teplitz, M.-Ostrau, Preßburg (Kabelfabrik A.-G.), Jungbunzlau (Laurin & Klement, Automobile), Nesselsdorf (Waggons und Autos), Tannwald u. a. wären hier zu nennen. Eine namhafte Einfuhr war 1922 nur bei den Gattungen Dynamos und Elektromotoren, Textilmaschinen und Metallbearbeitungsmaschinen zu verzeichnen, dagegen wurden exportiert: Textilmaschinen, landwirtschaftliche Maschinen, Dampfkessel uff.

Die **chemische Industrie** knüpft sich teilweise an den Wasserweg der Elbe, teils an die Standorte der Berg- und Hüttenindustrie oder, soweit sie der Landwirtschaft dient (Düngemittel), an die großen Ackerbaugebiete. Kunstdünger (Kolin, Schlan, Prag, Prerau u. a.) und Superphosphate werden zumeist aus eingeführten Rohstoffen hergestellt, Phosphatmehle dagegen beim Nucitzer Erzberg vermahlen. Bedeutende Mengen von Ammoniumsulfat liefern die Ostrauer Kokswerke. Vielseitig ist die Erzeugung der Werke des Vereins für chemische und metallurgische Produktion in Aussig und Falkenau (Ammoniumsulfat, Schwefelsäure, Salzsäure, Soda, Kalziumkarbid, Metallsalze, Teerfarben uff.). Bedeutende chemische Werke sind auch in Hruschau (Soda, Schwefelsäure), Petrowitz, Kolin, Nestomitz (Ammoniak-Soda), Prerau, Sillein uff. Pottasche erzeugen die Spiritusfabriken. Farben (eingeführte Farberden) stellen Prag, Aussig und Budweis her, ohne den Inlandbedarf decken zu können, ätherische Öle Prag und Aussig, Zündwaren Prag (Solo A.-G.), Schüttenhofen, Budweis. Für die Herstellung von Kerzen, Seifen, Margarinen kommen das Riesenwerk von G. Schicht A. G. Aussig, ferner die Saponia Prag, die Centrawerke bei Tetschen in Betracht. Große Betriebe liegen in Mährisch-Ostrau und bei Brünn. Sprengstoffe

erzeugen Preßburg und Rostock bei Prag (Nobel A.-G.), Gerbstoffe Bodenbach und Teplitz, Holzteer Munkàcz, Steinkohlenteer Witkowitz uff. Auch diese Industrien vermögen nicht ihre volle Leistungsfähigkeit auszunützen.

Die **Glasindustrie** hat ihre vom Holz unabhängig gewordenen Standorte teilweise aus den Waldgebirgen in das Braunkohlengebiet (Teplitz) verschoben und bezieht auch den Glassand jetzt meist aus Sachsen. Sie ist auf allen Gebieten sehr leistungsfähig.

Die Hohlglasindustrie erzeugt Stangen und Röhren in Gablonz und Umgebung, maschinengepreßte Gläser in Prag, Teplitz, Eleonorenhain (Böhmerwald), Losoncz, Gaya (Mähren), Neuwald, Haida-Steinschönau (Kristallgläser, Flaschen in Aussig, Neusattl, Teplitz und Dux). Die Flachglasindustrie besitzt 37 große Betriebe, solche für Fensterglas besonders in Kl. Aujezd bei Teplitz, Brüx, die Spiegelglaserzeugung in Karlsbad, Pilsen und Umgebung. Die berühmte Gablonzer Glasexportindustrie (Perlen, Knöpfe, Broschen, Spangen, Steine, Gürtelschnallen, Klammern uff. aus Metall). Mehrere hundert Exportfirmen sind in Gablonz tätig. Ein Teil der Industrie ist nach Deutschland und Österreich abgewandert. Japan hat den ganzen großen asiatischen Absatzmarkt erobert.

Die **keramische Industrie** erzeugt Qualitätswaren für den Export in den Porzellanfabriken (65 mit 15 - 20 000 Arbeitern), die in und um Karlsbad, Klösterle, Dux ihren Sitz haben. Sie beziehen den Kaolin aus Zettlitz bei Karlsbad. Die Kaolinerden von Oberbris, Dobrzan bei Pilsen dienen der Steinguterzeugung. Die Kaolinschlämmwerke vermochten 1922

218 000 t, besonders nach Deutschland, auszuführen. 12 Portlandzementwerke dienen der Bauindustrie (Königshofer Zementfabrik Prag, Podoler Zementfabrik, Stramberg-Witkowitz Zementwerk A.-G., Ledecer Portlandzementwerke [Slowakei], Portlandzementwerk Tschischkowitz bei Lobositz uff.). Mehrere tausend Ziegeleien sind über das ganze Staatsgebiet verstreut. Feine Tonwaren werden bei Teplitz und Znaim, Öfen in Budweis hergestellt.

Die nebenstehende [Scriptorium merkt an: der besseren Übersicht halber gleich nachfolgende] Übersicht gibt ein Bild vom Größenverhältnis der Betriebe.



*Wahre Kunstwerke gehen oft aus den Händen der **sudetendeutschen Glasschleifer** hervor. Die Namen Karlsbader Glas und Gablonzer Schmuck sind jedem Kenner geläufig.*



*Überall in den Fabriken der Sudetenländer regten sich eifrige Hände. Die **sudetendeutsche Glasindustrie** errang sich Weltruf. Jahr für Jahr gingen in die ganze Welt fast über eine Milliarde Kronen sudetendeutsche Glaserzeugnisse. Heute sperrt Betrieb auf Betrieb die Tore.*

Zahl der Betriebe

Größengruppe der Betriebe	Gesamt- staatliche Summe	Böhmen	Mähren- Schlesien	Slowakei	Karpathen- rußland	In Grundzahlen					In Prozent								
						Gesamt- staatliche Summe	Böhmen	Mähren- Schlesien	Slowakei	Karpathen- rußland	Gesamt- staatliche Summe	Böhmen	Mähren- Schlesien	Slowakei	Karpathen- rußland				
Mit 1 bis 5 Personen	659.341	390.748	162.938	89.949	15.706	91,8	91,3	92,0	93,3	94,9									
" 6 - 19 "	42.602	26.521	10.290	5.094	697	6,0	6,2	5,8	5,3	4,2									
" 20 - 49 "	9.441	6.327	2.249	795	70	1,3	1,5	1,3	0,8	0,4									
" 50 - 199 "	5.183	3.410	1.299	416	58	0,7	0,8	0,7	0,4	0,4									
" 200 u. m. Personen	1.512	959	413	128	12	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1									
Summe	718.079	427.965	177.189	96.382	16.543	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0									
Davon																			
Handelsbetriebe	252.653	149.069	61.813	34.855	6.916	35,2	34,8	34,9	36,2	41,8									

Zu dieser industriellen Produktion gesellt sich der bedeutende Gewinn an **Bodenschätzen**:³⁰

Sind die Erträge des **Edelmetallbergbaues** (Gold und Silber) auch nicht bedeutend, so stellen sie doch Millionenwerte dar. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Kupfer- und Zinnbergbau und beim Abbau von Mangenerzen, Pechblende und Wolfram.

Umso wertvoller sind die **Eisenerzgewinne**.

Die Eisenerzlagertstätten der böhmischen Silurmulde werden am intensivsten an dem Nucitzer Erzberg (Prager Eisenindustrie A.-G.), dessen Spateisensteine sich für das Thomasverfahren eignen, abgebaut. Kleinere Nester von Brauneisensteinen liegen im mährischen Karst, Magneteisensteine bei Hammerstadt im Sazawagebiet und im Altvater, Magnet- und Roteisensteine besonders im Zips-Gömörer Erzgebirge. Die Hüttenwerke dieser Gebiete, wie des früheren Erzgebietes der Beskiden benötigen aber noch große Mengen ausländischer Erze als Zuschuß, zumal die Inlanderze zumeist nicht erster Qualität sind. - Reiche Graphitlagertstätten in Südböhmen (Krumau, Schwarzbach) liefern Rohstoff für Bleistifterzeugung (L. und E. Hardtmuth, Budweis) und die Hüttenindustrie. West- und Nordmähren (Müglitz, Altstadt) führen geschlämmten Graphit aus ("*Moravian Blacklead*") und auch die Slowakei besitzt einige Lager (Ronapatak, Baradna). - **Erdöl** wurde in der karpathischen Flyschzone bei Egbell (Gbell) in der Slowakei erbohrt. Weitere Probebohrungen sind am südlichen Karpathenrand im Gange. Die Einfuhrnotwendigkeit von Erdöl ist aber bisher wenig vermindert. 7 große Petroleumraffinerien (Pardubitz, Kolin, Kralup, Mähr.-Schönberg, Oderfurt, Oderberg, Preßburg) verarbeiten teils polnisches, teils rumänisches Öl. - Während den Sudetenländern Salzlager vollkommen fehlen, sind solche in der Ostslowakei bei Presov (Eperjes) im Salzstock von Salzburg (Sovár) und besonders in Karpathenruthenien bei Akna-Szlatina vorhanden. Sie gehören dem Staate. In der Slowakei hat sich die **Magnesitproduktion** gut entwickelt, jedoch bleibt die Tschechoslowakei für den Bezug dieses Minerals, das für die Herstellung feuerfester Stoffe seiner Eisenhüttenindustrie nötig ist, von den österreichischen Alpenländern abhängig.

Reich ist der Boden der T. auch an der Industrie dienstbaren **Erden und Steinen**. Die **Porzellanindustrie** baut sich auf den Kaolinlagern des Karlsbaderbeckens, Pilsenerbeckens und böhmischen Mittelgebirges auf; Töpfertone, feuerfeste Tone, Löß sind im Egergraben, Budweiserbecken, bei Saaz und Pilsen Grundlagen der keramischen Industrie, ebenso in Südmähren und in der Slowakei; die Quarzsande stützen die Glasindustrie; Granit, silurische Kalke, Kreidesandsteine und devonische Dachschiefer, die Phonolite und Basalte liefern treffliches Baumaterial. Große Zementwerke bedienen sich besonders der westböhmischen Kalkmergel. Schließlich ist der **Halbedelsteine** zu gedenken (Granate, Achate, Karneole, Jaspise), welche die

altberühmte böhmische Steinschleiferei verwertet. Bekannt sind auch die Opalgruben in den Vulkangebirgen der Slowakei, besonders die Edelopallager von Eperjes.

Schließlich ist nicht der Reichtum an **Mineralquellen** zu vergessen. Er fördert den Fremdenverkehr, der zur Hebung der Zahlungsbilanz des Staates recht wesentlich ist, und die Quellenprodukte liefern auch Ausfuhrwerte. Dem abklingenden Vulkanismus des nordwestböhmischen Grabenbruches und seiner Umgebung ist die Entstehung der böhmischen Weltbäder zu verdanken.

Säuerlinge und das Mineralmoor von Franzensbad

(gegen Frauen- und Herzkrankheiten), die salinisch-alkalischen Säuerlinge von Marienbad (gegen Stoffwechsel- und Herzkrankheiten usw.), vor allem aber der Sprudel und die anderen alkalisch-salinischen Mineralquellen von Karlsbad (gegen Magen-, Darmleiden, Hautkrankheiten; Ausfuhr von Mineralwässern und Sprudelsalz), der Kohlsäuerling von Gießhübl (der 10 Millionen Flaschen Tafelgetränk liefert), die Kohlsäuerlinge von Krondorf und Klösterle, das Radiumbad von St. Joachimsthal, die Säuerlinge von Bilin, die Bitterwässer von Salditz und Püllna (Glaubersalzquellen) und die radioaktive Therme von Teplitz (gegen Rheuma, Gicht, Verletzungen) drängen sich alle in diesem Raum zusammen.

Der Sudetenfuß besitzt in der Therme von Johannisbad ein geschätztes Warmbad, das karpathische Ostmähren in Luhatschowitz eine jod- und bromnatriumführende Heilquelle.

Schlesien hat im Gesenke an Karlsbrunn (eisenhaltiger Säuerling) und Gräfenberg (Prießnitz'sche Kaltwasserheilanstalt) besuchte Kurorte, von denen der letzte allerdings nicht zu den geologisch bedingten gezählt werden darf. Auch die Thermenlinie des slowakischen Waagtales und ihre Fortsetzung am Tatrafuß in der Zips (Bad Schmecks) ist mit Kurorten besetzt, deren Schwefelthermen starken Besuch von Gicht- und Rheumaleidenden aufweisen. (Pystian, Trenczin-Teplitz und viele Säuerlinge im oberen Waagtale.) Auch die anderen Täler des slowakischen Berglandes sind reich an teilweise noch wenig bekannten Mineralquellen. Am Saum der Hohen Tatra liegen besuchte Luftkurorte. Der Mineralwasserelexport ist übrigens außerordentlich zurückgegangen.

Damit übernahm die Tschechoslowakei rund 80 v. H. der industriellen Gesamtproduktion

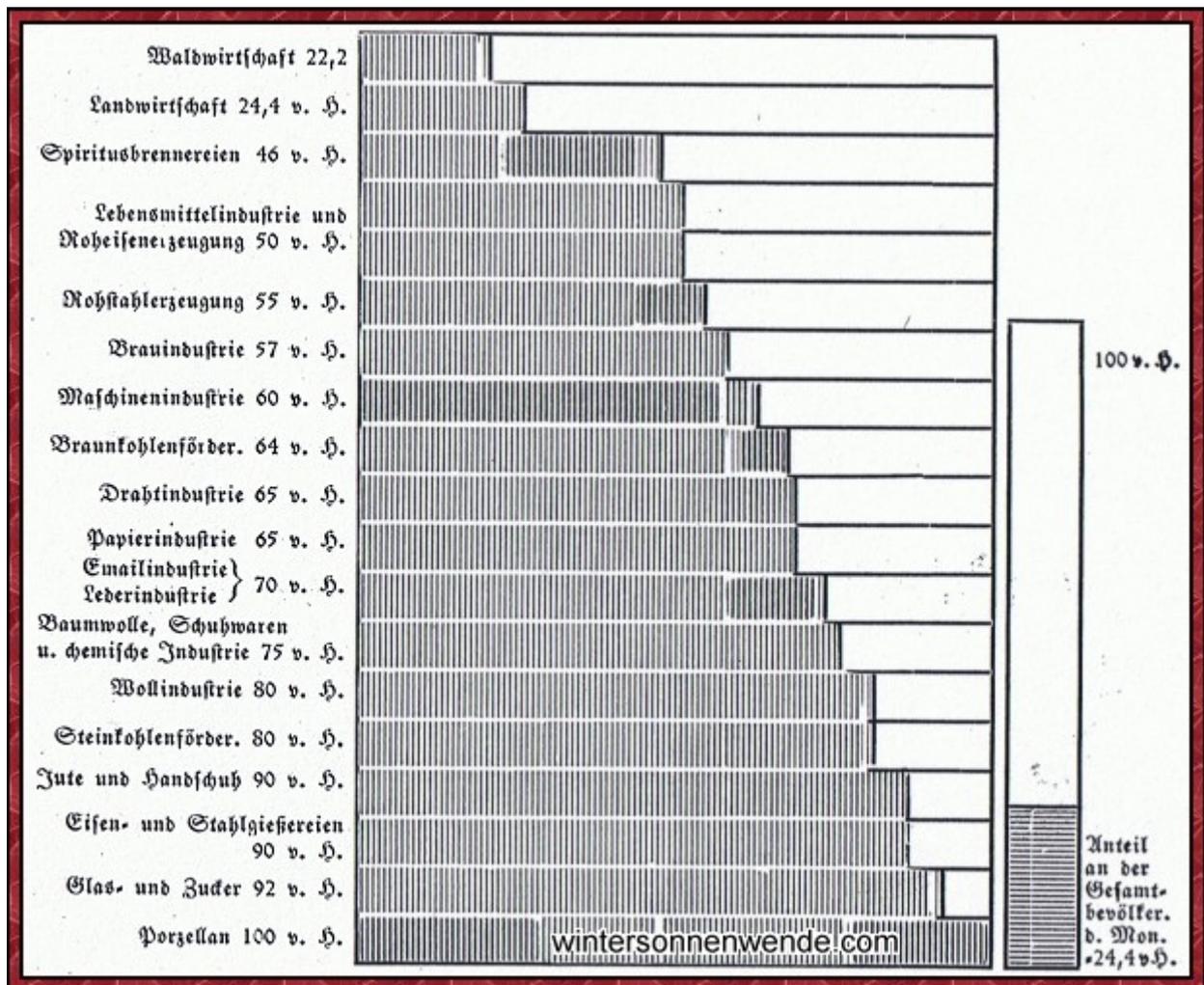


Franzensbad. Kurplatz mit Kurhaus.



Karlsbad. Am Schloßturm.

Österreich-Ungarns. Den prozentualen Anteil der Tschechoslowakei zeigt die nachfolgende Darstellung.³¹



Der prozentuale Anteil der Tschechoslowakei an der industriellen Produktion Österreich-Ungarns.

b) Die nationalen Besitzverhältnisse

Die Feststellung der nationalen Besitzverhältnisse in der Industrie der Sudetenländer erfährt insofern große Schwierigkeiten, als auch im tschechischen Siedlungsgebiet Unternehmen deutscher Fabrikanten und Aktiengesellschaften lagen. So waren die Skodawerke, die Prager Eisenindustrie A. G. und die Wittkowitz Berg- und Hüttenwerke bis 1918 in deutschem Kapitalbesitz.

Nach den *Wirtschaftsstatistischen Materialien*³² ergibt sich für die wichtigsten Industriezweige nebenstehende [Scriptorium merkt an: nachfolgende] Übersicht:

Prof. E. Pfohl hat in einer Arbeit: "Die deutsche Industrie in der Tschechoslowakei"³³ eine Untersuchung über die nationalen Verhältnisse angestellt und ist dabei zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Bei einem Vergleich von 1127 Werken mit mehr als 100 Arbeitern waren 192 tschechisch, 189 gemischt und 746 deutsch. Dies entspricht einem Verhältnis von 17 : 17 : 66. Weiter waren:

In der Textilindustrie 13% tschechisch, 13% gemischt; 74% deutsch;

Keramik, Glas, Porzellan im Verhältnis 1 : 14 deutsch;

Papier tschechisch zu deutsch 1 : 30;
Chemie 1 : 3;
Pelz-, Holz-, Nahrungsindustrie 1 : 4.

Ein Tscheche, Georg **Hejda**,³⁴ hat im Jahre 1927 in der *Pritomnost* eine umfangreiche Untersuchung der nationalen Verhältnisse in der tschechoslowakischen Industrie veröffentlicht, wobei er folgendes feststellte:

Im Steinkohlenbergbau entfielen von der Gesamtförderung zu 12,558.000 Tonnen 4,296.000 Tonnen auf tschechische, 8,262.000 Tonnen auf deutsche Gruben. Das Verhältnis war also 34% tschechische und 66% deutsche. Wenn man zum Vergleich eine amtliche Statistik heranzieht, so war nach dem *Cesky finančník* im Jahre 1919 noch das gesamte Betriebskapital des Bergbaues in deutschem Besitz (94% deutsch, 5,2% tschechisch).

Im Braunkohlenbergbau waren ebenfalls 80% der Förderung in deutschen Gruben. Das Falkenau-Elbogener Revier war vollkommen in deutschen Händen, die nordwestböhmisches, nordmährisch-schlesisches und süd-mährischen Gruben zu 75% deutsch.

Die metallverarbeitenden Industrien (Gießereien, Walzwerke, Schmieden) waren zu 67% tschechisch, 29% deutsch, 4% magyarisch. Sie beschäftigten 68% tschechische, 30% deutsche und 2% magyarische Arbeiter, dagegen 78% deutsche Ingenieure und 52% deutsche Beamten.

Die Maschinenindustrie (Maschinen, Wagen, Lokomotiven usw.) war zu 60% in tschechischem, zu 40% in deutschem Besitz.

Im Eisenhüttenwesen betrug das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen 70% zu 30%, in der allgemeinen Maschineindustrie 82% zu 18%. In der reinen Elektrotechnik waren die Deutschen mit 70% vertreten.

Die Textilindustrie war zu 90% in deutschen Händen.

Von 136 Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen waren 39 in deutschem Besitz.

Die Knopfindustrie war zu 90% deutsch. Vollkommen deutsch war die Erzeugung von Steinknöpfen im Tetschen-Bodenbacher Gebiet, die Erzeugung von Porzellan- und Steinknöpfen im Gablonzer Gebiet.

In den Holzindustriebetrieben waren 1921 70.000 Arbeiter beschäftigt, davon 45% Tschechen. Die Möbelfabriken sind zu 90% deutsch gewesen, ebenso die Musikinstrumentenindustrie.

Nach der Volkszugehörigkeit der in der Nahrungsmittelindustrie beschäftigten Angestellten, Beamten und Arbeiter war diese zu 60% tschechisch und 40% deutsch oder magyarisch. Weiter sind sämtliche Kunstseidenfabriken deutsch, dagegen sämtliche Sechwarenfabriken, die exportierten, tschechisch. Die Mühlenindustrie war zu 70% tschechisch.

Rohzucker wurde zu 63% in tschechischen Werken gewonnen, dagegen wurde Raffinadezucker zu 58% in deutschen Werken erzeugt. Die Hälfte der Schokolade- und Zuckerwarenfabriken war deutsch.

Die Kaffeesatzmittelindustrie war zu 55% deutsch, die Bierindustrie zu 60% tschechisch.³⁵ Die Milchverarbeitung zu Käse, Butter usw. wurde zu 66% in tschechischen Werken durchgeführt.

Bieten auch diese beiden Zusammenstellungen über die nationalen Verhältnisse in der tschechoslowakischen Industrie kein vollständiges Bild, so gewähren sie immerhin eine Vorstellung. **Von den 80% der ehemaligen österreichisch-ungarischen Industrie, die im Jahre 1918 zur Tschechoslowakei kamen, waren rund 80% hinwiederum deutsch.**

	<i>Deutsches Sprachgebiet</i>			<i>Tschechisches Sprachgebiet</i>		
	Be- triebe	Arbeiter		Be- triebe	Arbeiter	
Baumwollindustrie	819	84.794	100.577 PS	399	60.301	84.918 PS
davon Feinspinnerei	57	13.244	1,800.000 Spindeln	41	11.853	1,500.000 Spindeln
davon Weberei	259	34.631	49.451 Webstühle	200	35.066	68.133 Webstühle
Leinenindustrie						
a) Spinnerei	20	10.859	238.326 Spindeln	5	1.980	41.666 Spindeln
b) Zwirneri	19	920	22.149 "	2	18	372 "
c) Weberei	122	23.756	{ 9.203 mech. Webstühle }	62	8.690	{ 5.660 mech. Webstühle }
d) Bandweberei u. Flechtere	9	621	519 Stühle u. Maschinen	3	315	158 Stühle u. Maschinen
Wollindustrie						
a) Kammgarnspinnerei	} 201	53.609	{ 349.000 Spindeln 211.000 " " 23.220 mech. Webstühle }	80	16.787	{ 101.000 Spindeln 386.000 " " 9.638 mech. Webstühle }
b) Strickgarnspinnerei						
c) Weberei						
Seidenweberei	42	17.232	12.576 Webstühle	11	2.601	1.645 Webstühle
Jutespinnerei	6	2.505	16.282 Spindeln	6	3.164	22.798 Spindeln
Porzellanindustrie	55	16.285		4	450	
Glasindustrie	64	48.600		38	16.800	
Landwirtschaftliche Maschinenindustrie	26	1.650	1.296 PS	109	13.226	7.003 PS



Anmerkungen:

29 Zusammengestellt nach Hassinger [a. a. O.](#), S. 404 - 409. [...zurück...](#)

30 Hassinger: [a. a. O.](#), S. 397 - 399. [...zurück...](#)

31 Ing. Rudolf Haider: *Die Zukunft der sudetendeutschen Wirtschaft*, Teplitz-Schönau 1930. [...zurück...](#)

32 Herausgegeben von der niederöstr. Handelskammer, Wien 1919. [...zurück...](#)

33 Zitiert bei Haider: [a. a. O.](#) [...zurück...](#)

34 Ebenda. [...zurück...](#)

35 Die nationale Struktur der weltberühmten Pilsener Brauereien ist folgende: Die "Vereinigten Pilsener Brauereien" stellen die Vereinigung des Bürgerlichen Bräuhauses mit der ersten Bürgerlichen Aktienbrauerei dar. Ferner wurden bei der Fusion noch mit übernommen der "Svetovar", die "Genossenschaftsbrauerei", beide in Pilsen, ferner die Stěnowitzer Brauerei und die Alt Pilsenetzter Brauerei.

An leitender Stelle sind:

Verwaltungsrat des Bürgerlichen Bräuhauses		15	Tschech.	5	Dtsch.
	Aktienbrauerei	14	"	6	"
Revisionsausschuß	Bürgerliches Br.	5	"	3	"
	Akt. Br.	5	"	3	"
Direktion	Bürgerliches Br.	4	"	1	"
	Akt. Br.	2	"	1	"
		<hr/>		<hr/>	
		45	Tschech.	19	Dtsch.

In den beiden Unternehmen sind beschäftigt:

Beamte	Bürgerliches Br.	60	"	8	"
	Akt. Br.	40	"	14	"
Arbeiter	Bürgerliches Br.	600	"	50	"
	Akt. Br.	215	"	25	"
		<hr/>		<hr/>	
		915	Tschech.	97	Dtsch.

Die Aktienbrauerei unterstützt das Deutsche Theater in Pilsen, den Deutsch-Lese- und Unterhaltungsverein in Pilsen und die Deutsche Handelsakademie mit Beträgen von 3000 bis 6000 Kč pro Institution jährlich, ferner einige Pilsener deutsche Vereine mit 100 bis 300 Kč.

Das Bürgerliche Bräuhaus unterstützt das Neue Deutsche Theater und das Deutsche Haus in Prag.

Das Bürgerliche Bräuhaus erzeugt die bekannte Marke "Pilsener Urquell". Es ist rechtlich eine brauberechtigte Genossenschaft und fußt auf dem Besitze von brauberechtigten Häusern in Pilsen. Die Aktienbrauerei in Pilsen gehörte früher fast ausschließlich deutschen Aktionären, besonders dem Ascher Fabrikanten und Multimillionär Geibel. Das Bürgerliche Bräuhaus *Městanský pivovar* erzeugt die Marke Gambrinus und kaufte vor einigen Jahren die meisten Aktien der Aktienbrauerei auf, ferner wurde von dem B. Bräuhaus auch die Genossenschaftsbrauerei aufgekauft. (Mitgeteilt von F. Bürger, Berlin.) [...zurück...](#)



4. Der Verkehr

Die geographische Beschaffenheit der Tschechoslowakei setzt dem Verkehr keine besonderen Schwierigkeiten entgegen. Die Randgebirge bilden kein Verkehrshindernis, desgleichen die Hügellandschaften im Inneren des Landes. Das Karpathengebiet konnte durch eine günstige Lage der Täler ebenfalls ohne besondere Schwierigkeiten dem Verkehr erschlossen werden. Die tschechoslowakischen Verkehrsprobleme liegen in der ungewöhnlich langen Ost-West-Ausdehnung des Staates. So braucht z. B. der Frachtverkehr aus der West- in die Osthälfte 5 - 6 Tage.

Die Sudetenländer sind mitteleuropäisches Herzland. Sie selbst liegen im Banngebiet der großen mitteleuropäischen Hauptwasserscheiden, die aber hier nicht als Verkehrsscheiden ausgebildet sind. Sie entwässern durch die Elbe und Oder zur Nord- und Ostsee und durch die Theiß und March zur Donau und haben dadurch günstige Verkehrswege nach dem Norden und Südosten. Aber auch die Adria ist durch die Bestimmungen des Friedensvertrages zu einem ozeanischen Ausfallstor geworden, da sie ihr besondere Vergünstigungen im Handel mit Triest und Fiume einräumt.

Aus dem Erbe der alten österreichisch-ungarischen Monarchie übernahm die Tschechoslowakei ein gut ausgebautes Eisenbahn- und Straßennetz, das an die großen internationalen Verkehrslinien angeschlossen ist.



a) Straßen

Das gesamte Straßennetz der Tschechoslowakei hat eine Ausdehnung von rund 70.000 km. Durch die fortgesetzten Aufrüstungen im Zuge der Motorisierung der tschechischen Armee erfolgt ein weiterer Ausbau des Straßennetzes, besonders aus dem Inneren des Landes in die nördlichen und nordöstlichen Grenzgebiete.

Die Streckenverhältnisse in der Tschechoslowakei nach dem Stand des Jahres 1933, das sich inzwischen um einige hundert Kilometer vergrößert haben dürfte, zeigt folgende Übersicht:

Jahr, Land	im ganzen	Straßen, davon				Wege zu Bahnstationen
		Staats-	Landes-	Bezirks-	Vizinal-	
Länge der Straßen (in km)						
1933:						
Böhmen	36.678	4.422	23	32.233	---	---
Mähren-Schlesien	15.845	1.512	---	14.333	---	---
Slowakei	14.580	2.154	5.854	---	6.498	74
Karpathenrußland	2.371	568	741	---	1.055	7
Tschechoslowakei 1933	69.474	8.656	6.618	46.566	7.553	[81]
1932	68.987	8.624	6.622	46.174	7.494	71
1931	68.475	8.605	6.624	45.744	7.429	73



b) Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Radiowesen

Insgesamt gab es in der Tschechoslowakei 4588 Postanstalten und Postanlagen, die sich auf 4349 Ortsgemeinden verteilten. Zur Postbeförderung standen täglich 2634 Eisenbahnzüge zur Verfügung, daneben 1226 eigene Postfahrzeuge. Die Gesamtzahl der beförderten Briefsendungen in einem Jahr beträgt rund 1 Milliarde, wovon 80% auf den Inlandsverkehr entfallen. Die Gesamtlänge der Telegraphenstraßen beträgt 20.303 km, von denen insgesamt rund 10 Millionen Telegramme befördert werden. In 1908 Orten sind Fernsprechnetze errichtet worden. Die Linienlänge der Ortsnetze beträgt 22.706 km, die Leitungslänge der Ortsnetze 244.944 km, die Drahtlänge der Ortsnetze 489.710 km, die Linienlänge der Fernleitungen 17.584 km, die Leitungslänge der Fernleitungen 209.930 km, die Drahtlänge der Fernleitungen 419.860 km.

Die 8 Sendestationen des Rundfunks werden von 672.000 Empfangsgerätbesitzern angehört. Auf eine Empfangsstation entfallen 21 Einwohner.



c) Eisenbahnen

Die von Österreich-Ungarn übernommenen Eisenbahnen befanden sich zu 87% in staatlichem Besitz und gingen auch in der Tschechoslowakei sofort in Staatsbesitz über. Nur 3 große Verkehrslinien, die von Eger über Komotau - Prag führten, die Buschtehrader Bahn, die Aussig - Teplitzer Bahn und Kaschau - Oderberg-Bahn, befanden sich in Privatbesitz und wurden ebenfalls wie die kleinen privaten Kurzstrecken in Staatsbesitz überführt. Die Enteignung dieser Bahnstrecken erfolgte aus strategischen und nationalen Gründen. Eine der ersten Maßnahmen der staatlichen Bahnverwaltung für diese ehemaligen Privatbahnstrecken war die Entlassung der deutschen Beamten und Arbeiter.

Die Schienenlänge beträgt insgesamt 13.917 km. Sie wird befahren von 4675 Lokomotiven, 9224

Personenwagen und 111.130 Güterwagen.

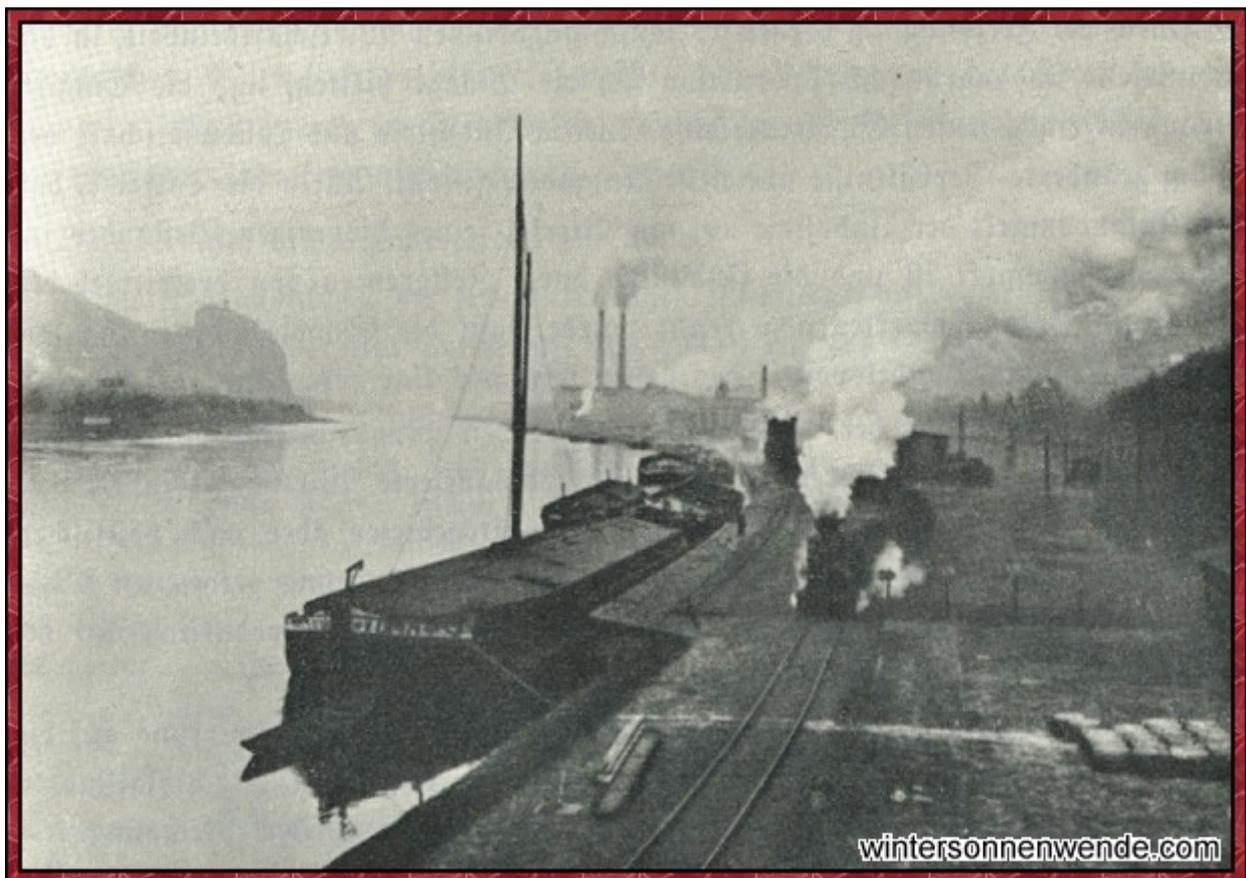
Die wichtigsten, die Tschechoslowakei durchschneidenden Linien sind: Nürnberg - Eger - Prag - Warschau, Berlin - Prag - Wien, Berlin - Oderberg - Budapest, Berlin - Prag - Preßburg - Budapest - Sofia, Prag - Pilsen - München - Zürich, Paris - Eger - Karlsbad, Warschau - Prag - Karlsbad usw.

d) Flugwesen

Das im Aufbau begriffene tschechoslowakische Flugwesen verfügt über 8 inländische Fluglinien. Die Zahl der in beiden Richtungen zurückgelegten Flüge betrug 1935 3876, die Zahl der zurückgelegten Kilometer 602.749. Außerdem ist die Tschechoslowakei an die internationalen Fluglinien angeschlossen, auf denen im ganzen 4575 Flüge mit 1,231.610 km zurückgelegt wurden.

e) Wasserstraßen

Die Länge der schiffbaren Wasserstraßen beträgt insgesamt 469,2 km. Sie verteilen sich auf die Moldau, Elbe, Donau, Waag und Oder. Durch die Internationalisierung der Ströme und die Einrichtung eines Freihafens in Hamburg erstreckt sich die tschechische Schifffahrt bis an die Häfen der Weltmeere.



Die Elbe bei Aussig. Vom Ursprung im Riesengebirge (1384 Meter hoch gelegen) bis zur 15 km breiten Mündung bei Hamburg fließt dieser deutsche Strom 1165 km fast überall durch altes deutsches Kulturland, wenn auch Grenzen die deutschen Menschen bei Herrnskretsch trennen. Früher wurde durch sudetendeutsche Unternehmer Millionen Tonnen Frachtgüter ins Reich und ins Ausland verladen, heute werden die Umschlagplätze in Böhmen immer stiller.

<i>Land</i>	<i>Flüsse</i>		<i>Kanäle</i>	Länge der für Dampfschiffe befahrbaren Strecke (in km)
	Länge d. befahrbaren Strecke (in km) für Flöße ¹	Länge d. befahrbaren Strecke (in km) für Schiffe und Flöße		
Böhmen	1.193,30	291,20	10,00	212,00 ²
Mähren-Schlesien	229,45	27,05 ³	---	---

¹ Als Beginn der flößbaren Strecke wird der erste Ort angesehen, an dem Flöße gebunden werden.

² Davon entfallen auf die Moldau (von Stěchovic bis Mělník) 84 km und auf die Elbe (von Kostelec a. E. bis zur Staatsgrenze) 128,2 km.

³ Die angeführten 27,050 km beziehen sich auf die internationale Oderstrecke von der Oppamündung bis zur Staatsgrenze. Diese Strecke wurde bei den Friedensverhandlungen von dieser Mündung an als schiffbar erklärt. Die Flußverhältnisse sind jedoch derartig, daß derzeit tatsächlich weder Floß- noch Schiffsverkehr betrieben wird.

<i>Land</i>	<i>Länge der befahrbaren Strecke (in km)</i>	
	<i>für Flöße¹</i>	<i>für Dampfschiffe</i>
Slowakei	1.101,00	257,00
Karpathenrußland	377,20	---

¹ Davon entfallen auf die Donau (Theben - Eipelmündung) 172 km und auf die Waag (von Sered bis Komorn) 85 km.

Der tschechoslowakische Schiffspark bestand insgesamt aus 1279 Schiffen, die von rund 50.000 PS angetrieben werden und eine reine Tonnage bzw. Tragfähigkeit von 317.751 Tonnen aufweisen.



Es ist ein reiches Erbe, das der neue Staat angetreten hat. Die Industrie und Landwirtschaft waren hochentwickelt und gut durchorganisiert und in die Gesamtwirtschaft der alten österreichisch-ungarischen Donaumonarchie und in die Weltwirtschaft gut eingespielt.

Durch die Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Wirtschaftseinheit, in der industrielle und agrarische Produktion sich die Waage hielten, und die Eingliederung in einen neuen Staatsverband wurden Industrie und Landwirtschaft vor völlig geänderte Verhältnisse und neue Aufgaben gestellt. Allein die Tatsache, daß der Inlandsmarkt der Industrie auf ein Viertel seines bisherigen Bestandes zusammengeschrumpft ist und die Industrie durch Zollgrenzen von dreiviertel des bisherigen Inlandsmarktes abgetrennt wurde, läßt die Schwierigkeiten für die Wirtschafts- und Handelspolitik des neuen Staates klar erkennen.

Mit der Zerstörung der österreichisch-ungarischen Monarchie wurde eine organisch gewachsene und in ihrer Produktion ausbalancierte Wirtschaftseinheit vernichtet. Bei der Aufteilung des alten Wirtschaftsgebietes aber nach politischen und raumpolitischen Gesichtspunkten waren die in Erscheinung getretenen Mißverhältnisse in der Verteilung agrarischer und industrieller Produktion auf die Nachfolgestaaten einfach unvermeidlich.

Die staatlichen Veränderungen konnten daher nicht ohne Rückwirkung auf die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft der österreichischen Nachfolgestaaten bleiben. **Es hätte einer nur den wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragenden Wirtschafts- und Handelspolitik bedurft, um der Wirtschaft die bisherige Schwungkraft ungeschmälert zu erhalten und sie vor den drohenden Schäden zu bewahren.**

Die tschechoslowakische Wirtschaftspolitik aber sah ihre Aufgaben in einer anderen als in der rein wirtschaftlichen Richtung gelegen.



II. Die nationalpolitische Tendenz der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik

1. Allgemeine Übersicht

Die ersten Wirtschaftsführer der Tschechoslowakei, der Finanzminister Dr. Raschin, der Handels- und Wirtschaftsminister Dr. Stransky und der Generaldirektor des Banken- und Industriekonzerns "Zivnostenská banka" Dr. Preiß, aber auch die führenden Männer der tschechoslowakischen Staatspolitik haben bei der Verkündung der Grundsätze der Wirtschaftspolitik des Staates unumwunden und wiederholt erklärt, daß es **vornehmliche Aufgabe der tschechischen Wirtschaftspolitik sein müsse, den Vorsprung der Deutschen in Handel, Industrie und Bankwesen aufzuholen und die Staatswirtschaft von der deutschen Industrie unabhängig zu machen.**³⁶

Das bedeutet nichts anderes als die Absicht

- a. die Schwungkraft der sudetendeutschen Wirtschaft zu brechen,
- b. die tschechische Volkswirtschaft zur führenden des Staates zu machen.³⁷

Dieses Ziel sucht man zu erreichen

- a. indem man durch staatliche Maßnahmen die sudetendeutsche Wirtschaft systematisch schwächt und allmählich zum Absterben bringt, wichtige sudetendeutsche Unternehmen durch tschechische Kapitalsbeteiligung in die tschechische Einflußsphäre einbezieht oder ihre Herstellung in das tschechische Siedlungsgebiet verlegt³⁸ und
- b. indem man ohne Rücksicht auf Bedarf und die Nachteile der Staatswirtschaft³⁹ eine eigene neue tschechische Industrie im tschechischen Siedlungsgebiet aufzieht und die bestehende alte tschechische Industrie in weitestem Maße fördert und bevorzugt.

In der Verwirklichung dieser nationalen Wirtschaftsziele, die nicht mehr allein das Programm des tschechischen Volkes, sondern des tschechischen Staates sind, wird unablässig gearbeitet. So wie das staatspolitische Denken der Tschechen nur von dem tschechischen Nationalstaatsgedanken beherrscht wird, so auch ihr wirtschaftliches Denken und Streben. Es ging den Tschechen gar nicht darum, das übernommene wirtschaftliche Erbe ohne Unterschied auf seine nationale Struktur zu erhalten und auszubauen. Ihr erstes Ziel blieb, selbst auf die Gefahr einer wirtschaftlichen Schwächung, die Nationalisierung des Wirtschaftslebens des neuen Staates. Und zur Erreichung ihrer Ziele sind die Machtmittel des Staates eingesetzt. Typisch für diese wirtschaftliche Einstellung der Tschechen sind die Ausführungen des bekannten tschechischen Volkswirtschaftlers Antonin Pimper, der in einem Vortrage⁴⁰ erklärte:

"Obwohl hinsichtlich der Nationalisierung eine der führenden tschechischen Handelsbanken (*Zivno-Bank*) in den Nachkriegsjahren eine sehr verdienstliche Arbeit geleistet hat, muß man noch heute feststellen, daß die Industrie in der Tschechoslowakei vielfach zu 60 bis 80 Prozent sich in deutschen Händen und unter dem Einfluß ausländischen Kapitals befindet. Von sämtlichen in der Industrie beschäftigten Arbeitern sind etwa 400 000 Tschechen und Slowaken und 650 000 Deutsche. (Diese Ziffern sind absichtlich zu hoch gegriffen, um die tschechischen Forderungen umso »notwendiger« erscheinen zu lassen. - Der Verfasser.) Das Übergewicht des deutschen und des ausländischen Kapitals äußert sich vor allem in der chemischen, der Glas-, Papier-, Zement-, Porzellan- und Textilindustrie.

Die Eroberung des absoluten Machteinflusses durch die Tschechen und die Slowaken in der Wirtschaft auf gewaltsamem Wege könnte niemals dauernde Bedeutung haben, denn es handelt sich nicht darum, daß diese wirtschaftlichen Positionen bloß erobert, sondern auch darum, daß sie auf die Dauer behauptet werden. Das bedeutet aber, daß die Regierungen und das Parlament als die höchsten Wächter der Interessen des Staates nicht passiv zusehen dürfen, in wie großer Zahl z. B. in einzelnen großen Industriezweigen Ausländer auf Kosten der inländischen Bürger, besonders der Tschechen und der Slowaken, beschäftigt sind."

"Auch ist es nötig", fährt Pimper fort, "hinsichtlich der Nationalisierung erhöhte Aufmerksamkeit denjenigen Industriezweigen zu widmen, die sehr innig mit der Verteidigung des Staates zusammenhängen. Die Tschechen und die Slowaken können wirtschaftliche Positionen schrittweise nur durch zielbewußte Erziehung der jüngeren Generation erobern, eine Erziehung, die die größte wirtschaftliche Selbständigkeit durch reiche praktische Erfahrungen dieser jungen Generation im Ausland anstrebt, weiter durch Verbreitung der volkswirtschaftlichen Bildung im Volk, durch gute Leistung der Geldanstalten, durch größere Sparsamkeit des tschechischen und slowakischen Volkes und nicht zuletzt auch durch moralische Superiorität gegenüber den übrigen Nationalitäten der Tschechoslowakei.

In nationaler Hinsicht verdient besonders der tschechoslowakische Export, der bis jetzt vorwiegend auf ausländische Vermittler angewiesen ist, erhöhtes Interesse der tschechischen und der slowakischen jungen Generation. Auch wird es im Interesse des wirtschaftlichen Nationalismus sein, daß der Landwirstestand planmäßig gestärkt werde, der sich vorwiegend aus Tschechen und Slowaken zusammensetzt, daß, soweit es sich um die geplante Syndikalisierung einzelner Industriezweige handelt, Rücksicht darauf genommen werde, daß sich in mittleren und kleinen Unternehmungen besonders junge Tschechen und Slowaken geltend machen können, was z. B. nicht möglich wäre, wenn in einzelnen Produktionszweigen ein »*numerus clausus*« eingeführt würde. Die Aufgabe der jetzigen und der künftigen Regierungen in der Tschechoslowakischen Republik wird es sein, in der nationalisierenden Wirtschaftspolitik eine bestimmte und feste Linie zu haben und nicht zu vergessen, daß die politische Selbständigkeit der Tschechen und der Slowaken keinen dauernden Wert hätte, wenn sie nicht auf die absolute und dauernde wirtschaftliche Selbständigkeit gestützt wäre."

Diese Ausführungen wie die an anderer Stelle wiedergegebenen Aussprüche tschechischer Wirtschaftler und Zeitungsstimmen, die aus der vorhandenen Fülle zur Charakteristik herausgegriffen worden sind, lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Die Sicherung der Nationalstaatsidee bildet heute gleichsam das treibende Moment der tschechischen Innen- und Wirtschaftspolitik. Minderheitenschutzverträge und die selbst verkündeten Grundsätze einer humanitären Demokratie, die als oberste Forderung die Achtung der Lebensrechte und des Besitzstandes fremden Volkstums aufgestellt hat, sind vergessen. Die Richtlinien für die praktische Tagespolitik sind in der nachfolgenden Entschließung⁴¹ enthalten, die in der Jubelhauptversammlung des tschechisch-nordböhmischen Schutzvereins angenommen worden war.

"Es wird u. a. verlangt, daß der im Wege der Bodenreform von tschechischen Kolonisten im Grenzgebiet erworbene Bodenbesitz um jeden Preis dem Tschechentum erhalten bleiben solle. Den Kolonisten sollen die schuldigen Zinsen abgeschrieben werden, und zwar unter Heranziehung des Jubiläumsfonds des Staatsbodenamtes." Weiter heißt es in der Entschließung: "Die beste Antwort auf die Ausbreitungssucht unserer Feinde ist die Gewinnung böhmischen Bodens durch tschechische Hände. Den Boden-Fonds des

nordböhmisches Schutzvereins muß die ganze tschechoslowakische Öffentlichkeit und die Regierung unterstützen. Es soll unser Rufen nach Errichtung einer Boden-Anstalt verwirklicht werden, die bei Feilbietungen Boden erwerben und verlässlichen Bürgern als Eigentum überlassen soll. Diese Anstalt soll mit genügenden Mitteln des früheren Staatsbodenamtes ausgestattet werden... Es soll ein Gesetz über die Erwerbung von Immobilien durch Ausländer herausgegeben werden.... Unsere Wirtschaftspolitik muß dahin streben, daß wir in Industrie und Handel die Herren in unserem Hause sind. Das tschechische Kapital muß danach trachten, nicht nur überall finanziell beteiligt zu sein, sondern auch daraus die Folgerungen zu ziehen, unseren Arbeiter und unseren Beamten in seiner Arbeit zu schützen.... In den staatlichen Betrieben sollen ausschließlich verlässliche Leute beschäftigt werden. Staatslieferungen sollen nur solchen Unternehmungen übertragen werden, die in genügender Weise tschechoslowakische Beamte und Arbeiter beschäftigen. Unternehmungen, die tschechoslowakische Angestellte entlassen, sollen die Staatslieferungen entzogen werden. Die Gewerbe-Inspektoren sollen tschechische Leute sein.... Das Netz unseres Geldwesens... soll vervollständigt werden, und das Bestreben unserer Geldanstalten soll es sein, unseren tschechischen Gewerbetreibenden, Kaufleuten und Bauern unter den günstigsten Bedingungen Kredite zu gewähren, damit sie... gegen den deutschen Wettbewerb widerstandsfähig seien.... Den Kurorten muß der Staat erhöhte und energische Aufmerksamkeit widmen.... Das Bedienungspersonal muß die Staatssprache vollkommen beherrschen. Darauf ist bei Konzessionserteilungen zu achten.... Die Hafensplätze müssen ganz in unseren Händen sein...."

Die Tschechen haben in den Jahren ihres politischen Machtkampfes im alten Österreich die Bedeutung einer gesunden Volkswirtschaft für eine unter fremdnationaler Herrschaft stehende Volksgruppe aus eigener Erfahrung kennen gelernt und empfanden daher besonders die Überlegenheit der sudetendeutschen Industrie im Staate als ein Haupthindernis für die Verwirklichung der tschechischen Nationalstaatsidee. Es wird daher begreiflich, daß die Tschechen ihren Hebel an die sudetendeutsche Wirtschaft ansetzten, denn von der Schwächung der Wirtschaftsposition der Sudetendeutschen erwarteten sie nicht nur eine Schwächung ihrer politischen Stellung und die Stärkung ihrer eigenen, sondern auch die beste Möglichkeit, das Sudetendeutschtum zahlenmäßig zurückzudrängen.

Ist also die Wirtschaftspolitik im Innern ganz in den Dienst der tschechischen Nationalstaatsidee gestellt, die konsequenterweise auf eine Entnationalisierung oder Vernichtung der nichttschechischen Volksgruppen abzielt, so diente andererseits die Handelspolitik des Staates über das innenpolitische Ziel hinaus in den ersten Nachkriegsjahren dem französischen Imperialismus und der von ihm in Versailles getroffenen Neuordnung Mitteleuropas, indem sie auf die wirtschaftliche Niederhaltung der drei besiegten Staaten (Deutschland, und vor allem Österreich und Ungarn) und einer wirtschaftlichen Fundierung des politischen Bündnisses und der politischen Freundschaft mit den Weststaaten eingestellt wurde. "Umorientierung nach dem Westen" war das politisch verständliche, aber wirtschaftlich überaus gefährliche Leitmotiv der tschechoslowakischen Handelspolitik geworden. Errichtung hoher Zollmauern gegenüber den Nachbarn und Nachfolgestaaten, Drosselung des Exportes in sie und des Importes aus ihnen, Prämierung und jegliche Förderung des Exportes nach dem Westen, waren von den vielen Maßnahmen einige, die die Tendenz erkennen lassen.

Da die sudetendeutsche Industrie gerade auf den Export in die mitteleuropäischen Staaten eingestellt war, so wurde die offizielle Prager Handelspolitik eine der gefährlichsten Waffen im Kampf gegen die sudetendeutsche Industrie. Die folgende Übersicht der Exportziffern zeigt, daß sich die natürlichen handelspolitischen Gegebenheiten stärker erwiesen als falscher machtpolitischer Wille:

	1922	1933	1934	1935
	<i>in Mill. Kronen</i>			
Deutschland	2.554	1.046	1.558	1.245
Österreich	2.639	722	770	754
England	1.216	360	461	542
Ungarn	714	190	154	139
U. S. A.	557	428	494	615
Südslawien	548	179	259	318
Rumänien	405	222	271	383
Polen	358	158	139	258
Frankreich	302	324	290	316
Holland	232	266	271	288
Belgien	96	147	157	158

Diese Zahlen zeigen aber auch in aller Deutlichkeit, daß die Ausfuhr gerade in die Staatengruppe Deutschland, Österreich, Ungarn fast die Hälfte des tschechoslowakischen Exportes überhaupt aufnahm und daß gerade der Absatz in die westlichen Staaten am schwächsten war. An dieser Tatsache hat auch die Weltwirtschaftskrise relativ nicht viel geändert.

Wenn die tschechische Handelspolitik in den letzten Jahren ihre westliche Orientierung aufgegeben hat und sich nach dem Osten und Südosten orientiert und selbst mit den einst "feindlichen" Nachbarstaaten Handelsbeziehungen aufgenommen hat, so war für diese Änderung in der Grundhaltung der tschechischen Handelspolitik neben außenpolitischen Erwägungen doch in erster Linie die Tatsache maßgebend, daß die Tschechen inzwischen einen mitbestimmenden Einfluß und Besitzanteil an der sudetendeutschen Exportindustrie gewonnen haben, auch ihre eigene neugegründete Exportindustrie unter dem Wahnwitz der bisherigen Handelspolitik zu leiden hatte und die Arbeitslosigkeit, besonders im letzten Jahre, auch im tschechischen Gebiet fühlbar wurde.

Erst jetzt finden die Forderungen der sudetendeutschen Wirtschaft nach Exportförderung teilweise in tschechischen Wirtschaftskreisen Beachtung. Allerdings liegt heute die sudetendeutsche Exportindustrie infolge der planmäßigen Drosselung ihrer Entwicklung arg darnieder und die deutschen Wünsche erfahren für die tschechischen Industrien Erfüllung. Die teilweise Änderung in der tschechischen Handelspolitik - die nationalstaatlichen Tendenzen bleiben davon unberührt - zeigt sich in der vorjährigen Programmrede des Gouverneurs der tschechoslowakischen Nationalbank, der sich nun, da die Exportindustrie in den Sudetenländern im tschechischen Besitz ist oder zumindest unter tschechischem Kapitaleinfluß steht, für eine Verallgemeinerung der Exportförderung ausspricht:

"Die tschechoslowakische Regierung sucht im Bewußtsein des Exportcharakters unseres Staates die wirtschaftliche Renaissance nicht in der Autarkie, sondern in dem Streben nach internationaler wirtschaftlicher Eingliederung des Staates. Diese Grundtendenz der Wirtschaftspolitik ist die einzig richtige und mögliche für unsere Wirtschaftsstruktur, weil wir die ausländischen Absatzmärkte durch den inneren Markt nicht ersetzen können, außer durch Bestrebungen, die eine ganze Generation erfüllen und die Vernichtung von Milliardenkapitalien bedeuten würden, ganz abgesehen davon, daß diese Änderung in jedem Falle ein tiefes Sinken des Lebensniveaus der gesamten Bevölkerung bedeuten würde...

Wir begrüßen die wirtschaftliche Grundorientierung der tschechoslowakischen Regierung, die die Grundlage zur Devaluation bildete und die davon zeugt, daß unsere Regierung die wirtschaftliche Renaissance vor allem in der Erneuerung unserer internationalen wirtschaftlichen Eingliederung sucht und nicht in der Autarkie, die für die

Zeit des Krieges gut ist, aber kein Instrument zur Erhaltung des erreichten Grades von Wohlstand und Lebensstandard bildet. Freilich, ein gewisser Grad von Autarkie kann uns aufgezwungen werden, wenn man im Ausland unserer Ausfuhr unüberwindbare Schwierigkeiten bereitet."

In der letzten Zeit stehen die Wirtschaftsfragen des Donaupraumes im Vordergrund des tschechischen Interesses. Aber sie werden im Bannkreis außenpolitischer Erwägungen und im Hinblick auf die bestehenden politischen Bindungen behandelt. In diesem Zusammenhange haben die **grundsätzlichen Ausführungen** des bekannten sudetendeutschen Volkswirtschaftlers Dr. Karl Janovsky im sudetendeutschen Tagblatt *Die Zeit*⁴² starke Beachtung gefunden, die deshalb verdienen hier festgehalten zu werden, weil in ihnen **auch die nationalpolitischen Tendenzen der tschechischen Wirtschafts- und Handelspolitik aufgezeigt sind**. Dr. Janovsky führte aus:

"Alle diejenigen, die sich schon seit Jahr und Tag ernsthaft mit Donaupraumfragen befassen, werden sich unschwer daran erinnern können, daß Mitteleuropapläne schon des öfteren »lebhaft gefragt« wurden; in der bisher von der hohen Politik verabreichten Form, haben sich aber noch keine ernsthaften Bieter, geschweige denn Käufer, gefunden. Pläne, welche von vornherein dem Deutschen Reiche den Charakter eines Donaustaates absprechen, und die stellenweise Deutschland nicht einmal in geopolitischer und wirtschaftsgeographischer Hinsicht als zu Mitteleuropa gehörig ansehen, gibt es zahlreiche. Unterschiedlos gehen derartige Projekte von politischen Zielsetzungen aus, die man später bemüht ist, wirtschaftlich zu untermauern, aus der Erkenntnis heraus, daß Staaten auf die Dauer politisch nur stark sein können, wenn sie auf gesunden wirtschaftlichen Pfeilern ruhen. Da uns weiters die Weltwirtschaftskrise praktisch den Untergang der Meistbegünstigungsklausel beschert hat, was gleichbedeutend mit einer dauernden Benachteiligung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Wirtschaftseinheiten ist, so scheint es nur ganz natürlich zu sein, daß die Kleinstaaten des Donaupraumes neuerlich den Versuch unternehmen, sich zu einer geschlossenen Wirtschaftseinheit zusammenzufügen. Von einem kurzzeitigem politischen Standpunkte aus gesehen, ist es sogar begreiflich, daß man Bedenken hat, in die jeweiligen Lösungsversuche das Deutsche Reich von vornherein einzuschalten.

Vollkommen sachlich betrachtet ergibt sich damit die folgende Frage: Sind wirtschaftliche Donaukombinationen im Kleide der politischen Zielsetzung der Kleinen Entente, mit und ohne weitere Anhängsel, möglich oder nicht? Bei unserer Antwort müssen wir uns nicht einmal so sehr auf das Prophezeien verlegen, denn die Aufrichtung einer slawischen Wirtschaftsentsente war ja bereits das Ziel mannigfacher Konferenzen in den vergangenen fünfzehn Jahren. Es sei beispielsweise auf die mehrfachen Unterhaltungen von Bukarest und Sinaia erinnert. Trotz dem unzweifelhaft vorhandenen politischen guten Willen aller drei Gesellschafter ist man aber auf diesem Gebiete bisher nicht einen Schritt weiter gekommen. Wer sich das seit Jahren aufgestellte Wirtschaftsprogramm der Kleinen Entente näher besieht, der wird lediglich feststellen können, daß dieses wohl reich an Punkten, aber im Vergleich zu dem vorschwebenden Ziele mehr als dürftig im Inhalt ist. (Abschluß von Rechtshilfeverträgen und Exekutionsmöglichkeit tschechoslowakischer Urteile in Jugoslawien und Rumänien, Beseitigung mannigfacher Verkehrshindernisse bei Eisenbahn und Schifffahrt, Schaffung gegenseitiger Auslandskammern usw.) Selbst die restlose Verwirklichung sämtlicher Programmpunkte minderer Bedeutung kann noch keinen einheitlich ausgerichteten, slawischen Wirtschaftsblock im Herzen Mitteleuropas schaffen, wenn die innere Gemeinsamkeit im Sinne einer sich gegenseitig ergänzenden Wirtschaftsstruktur fehlt. Seit dem Zerfall der internationalen Geldwirtschaft sowie der Aufhebung der Freizügigkeit des Kapitals können wir diese Feststellungen an zahlreichen Punkten anschaulich machen. Wenn man an den gegenseitigen Handelsverkehr

Tschechoslowakei - Rumänien denkt, so weiß jeder Bescheid, der nur einen Meterzentner Ware in den letzten Jahren dorthin geliefert hat. Unsere im Clearing festgefahrene, in die Hundertmillionen gehenden Außenstände frieren dort von Jahr zu Jahr fester ein und unsere Industrie muß auf ihre Kosten Millioneneinbußen unter dem Titel ständiger Zinsen- und Kurzverluste tragen. Daß sich im rumänischen Beispiel die politische Freundschaft selbst beim besten Willen beider Partner nicht gleichzeitig wirtschaftlich ausnützen läßt, ist auf die mangelnde wirtschaftsgeographische Übereinstimmung der beiden Volkswirtschaften zurückzuführen. Im Gegensatz hierzu ist der wechselseitige Warenaustausch zwischen Rumänien und Deutschland im ständigen Steigen begriffen.

Dem wertmäßigen Umfange nach ist er ungleich größer als der Handelsverkehr zwischen Prag und Bukarest; außerdem hat er den großen Vorteil, daß er beiderseitig auf gesunden Grundlagen ruht. Deutschland ist nämlich ein dauernder Hauptabnehmer folgender rumänischer Güter und Waren: Gerste, Mais, Eier, Nutz- und Bauholz, sowie Mineralöle. Soweit die Tschechoslowakei in Betracht kommt, so kann sie einzelne dieser Hauptausfuhrartikel Rumäniens überhaupt nicht brauchen, da sie hinsichtlich dieser Güter selbst beträchtliche Ausfuhrinteressen hat (Rund- und Schnittholz). Mannigfache andere typische rumänische Landeserzeugnisse kann sie wiederum im Vergleiche zu Deutschland nur in verhältnismäßig geringfügigen Mengen abnehmen. Diese Umstände bringen es mit sich, daß das Berlin-Bukarester Clearingsystem im Gegensatz zu dem tschechoslowakisch-rumänischen geradezu ausgezeichnet arbeitet. Der reichsdeutsche Exporteur bekommt sein Geld aus der zuständigen Verrechnungskasse umgehend ausgezahlt, weil sich eben Ein- und Ausfuhr ungefähr die Waage halten. Soweit unsere Industrie, unbeschadet der bitteren Erfahrungen, trotzdem noch den rumänischen Markt bedient, so ist dies einzig und allein darauf zurückzuführen, daß man in Anbetracht der vollkommenen Absperrung von den gesunden Auslandsmärkten heutzutage bereits die gefährlichsten und verlustbringendsten Geschäfte wagt; der jeweilige Ausgang wird dann je nach der religiösen Einstellung der bloßen Vorsehung oder dem lieben Herrgott überlassen. Abgesehen davon gibt Rumänien vielfach gar nicht die Bewilligung zur Einfuhr aus der Tschechoslowakei.

Die dortigen Wirtschaftsstellen wollen nämlich die Schuldlawine gegenüber Prag nicht noch weiter anwachsen lassen. Die Bukarester Behörden, welche die Einfuhr überwachen, verlangen deshalb ausdrücklich, wie sich dies schon hinsichtlich mehrfacher Maschinenlieferungen zutrug, den Bezug aus Deutschland, weil sich eben die Berlin-Bukarester Wirtschaftsbilanz vom Standpunkte des Soll und Haben schon seit Jahren befriedigend entwickelt. Ähnlich liegen die gegenseitigen Warenaustauschverhältnisse zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Auch hier ist eine Hundertmillionensumme im Clearing dauernd eingefroren; allerdings geht die allmähliche Flüssigmachung und der gesamte Abrechnungsverkehr in weitaus geregelteren Formen vor sich. Wenn wir aber nur andeutungsweise unser Ausfuhrvolumen nach Jugoslawien verstärken wollten, würde unsere Industrie kurz über lang in die gleiche katastrophale Lage kommen, wie wir sie mit Rumänien aufweisen.

Da sich nun einmal die Gesellschafter der Kleinen Entente gegenseitig wirtschaftlich nichts bieten können und der politische Wunderglaube, daß man Berge versetzen könne, nicht mehr zieht, so sieht man sich ganz natürlicherweise nach weiteren Bundesgenossen um. Dabei denkt man abwechselnd an Ungarn, Österreich und Bulgarien. Da je nach der jeweiligen politischen Lage im Donaubecken, dieser oder jener der erwähnten Staaten in die Wirtschaftskombination mit einbezogen wird, sollen im nachfolgenden über alle diese Möglichkeiten einige grundsätzliche Feststellungen gemacht werden. Zieht man Ungarn in den Plan mit ein, so werden bereits in dem Augenblicke, als man an die praktische Verwirklichung denkt, die recht erheblichen Schwierigkeiten offenkundig. Unser

gegenseitiger Warenaustausch ist in den letzten Jahren zu unserem Normalvolumen auf ein nicht mehr zu unterschreitendes Mindestmaß gesunken. Selbst dieser winzige Austauschverkehr funktioniert höchst unerfreulich, soweit die Überweisungsmöglichkeit des Gegenwertes für die ausgeführten Waren in Frage kommt. Unbeschadet der augenblicklich vielleicht etwas freundlicheren politischen Einstellung Budapests gegenüber der Kleinen Entente ist Ungarn wirtschaftlich bereits gegenüber Deutschland gebunden. Man kann bereits heute ruhig aussprechen, daß sich die ungarische Nationalwirtschaft in den letzten zwei Jahren schon in ganz erheblichem Maße auf den reichsdeutschen Absatzmarkt eingespielt hat. Die ungarische Volkswirtschaft hat nämlich einen erheblichen Teil ihres Neuaufbaues nach den Grundsätzen nationalwirtschaftlicher Ergänzung mit Deutschland vollzogen. Außerdem haben die sich daraus ergebenden gegenseitigen Austauschbeziehungen bereits zwischen Budapest und Berlin ihre weitestgehende handelspolitische Auswertung gefunden. Die ungarische Wirtschaft hat bereits Anfang 1934 endgültig gewählt; in diesem Punkte muß die jeweilige ungarische Politik diese Option wohl oder übel anerkennen, denn hier geht es um letzte Lebensfragen des ungarischen Volkes.

Was nun Österreich betrifft, so ist unser Handelsverkehr mit diesem Lande auch heute noch ein recht belangreicher. Im Gegensatz zu Rumänien oder Jugoslawien, ist der gegenseitige Zahlungsverkehr nicht unbefriedigend (das ist darauf zurückzuführen, daß Österreich auch heute noch uns gegenüber, wenn auch eine passive Warenbilanz, so doch eine aktive Zahlungsbilanz aufweist). Ein zusammen mit Ungarn oder etwa allein erfolgender Beitritt Wiens zum wirtschaftlichen Gebilde der Kleinen Entente kann nur unter folgenden Gesichtspunkten beurteilt werden: Österreich verlangt von der Tschechoslowakei seit Jahr und Tag eine entgegenkommende Handelspolitik, damit es diesem Staate möglich werde, die Ausfuhr nach der Tschechoslowakei um rund 100 Millionen Kronen zu erhöhen. Diese Forderung, welche die Wiener Unterhändler nicht müde werden zu wiederholen, würde natürlich ungleich größer werden, wenn man Österreich bewegen wollte, dem Donauprojekt praktisch beizutreten. Für die Tschechoslowakei würde dies bedeuten, daß unsere an und für sich nur noch schwach atmende Wirtschaft auf eigene Kosten die österreichische Konkurrenz gesund machen müßte.

Wir müßten zahlreiche, insbesondere in der Nachkriegszeit geschaffene eigene Betriebe dauernd stilllegen, ausschließlich zugunsten der Vergrößerung der österreichischen Absatzgrundlage. Gleichzeitig müßte man Wien auf Kosten Prags und Preßburgs wieder die erste Geige im Durchgangsverkehr nach dem Südosten und dem Orient spielen lassen. Wenn man bedenkt, daß (Neu-)Österreich im Vergleich zu (Alt-)Österreich um rund 18 Prozent mehr fabrikmäßige Betriebe aufweist, so kann man sich ungefähr die Rechnung vorstellen, die uns Wien zur Begleichung vorlegen würde. Diese Rechnung zu bezahlen, dazu ist unser Wirtschaftskörper viel zu schwach. Wir könnten sie bestenfalls im Laufe von Jahrzehnten »abstottern«. Trotzdem Ratenzahlungen heute so beliebt sind, ist damit Österreich keineswegs gedient. Wien braucht sofortige und durchgreifende Hilfe und keine Wechsel auf die Zukunft.

Bulgarien ist ebenfalls, wie Ungarn, der Wirtschaftskonjunktur nach mitteleuropäisch ausgerichtet. Wer Bulgarien den Tabak abnimmt, ist der wirtschaftliche Herr. Und da rund 70 Millionen Menschen mehr Tabak verbrauchen als 14.5 Millionen Seelen, ganz abgesehen davon, daß in der Slowakei Tabak angebaut wird, und die Tschechoslowakei hinsichtlich der Tabakeinkäufe ständig auch noch Jugoslawien, Griechenland und die Türkei berücksichtigen muß, so ist auch hier unschwer zu erraten, wo die wirtschaftlichen Interessen Sofias lebenswichtig verankert sind.

Wenn der Verfasser diese Feststellungen macht, so darf er ruhig darauf hinweisen, daß

diese auf ein beinahe zwei Jahrzehnte währendes, sorgfältiges Studium mitteleuropäischer Wirtschaftsfragen zurückgehen. Alle diese flüchtigen und nur in äußeren Umrissen gemachten Bemerkungen könnten unschwer noch weiter beweiskräftig und schlüssig ausgestaltet werden, wenn nicht eine derartige Behandlungsweise den Rahmen einer Betrachtung innerhalb einer Tageszeitung sprengen würde.

Aber schon aus dieser andeutungsweisen Darstellung zeigt sich deutlich, daß jede mitteleuropäische Konzeption in wirtschaftlicher Beziehung die natürlichen Raumgesetze unbedingt beachten muß. Unter Heranziehung eines Vergleiches mit dem menschlichen Organismus, stellt sich das Mitteleuropaproblem folgendermaßen dar: Alle jene Lösungsversuche sind früher oder später zum Scheitern verurteilt, welche einen lebenden Körper etwa ohne Kopf und Arme und mit einem nur teilweisen Rumpfstücke zusammensetzen wollen. Organisch betrachtet ist nämlich der gesamte mitteleuropäische Raum trotz dieser durchziehenden Staats- und Zollgrenzen eine lebende Einheit, in welcher den Landstrichen grundverschiedene Bedeutung zukommt. Das Herz, das hat seinen Lageort in Österreich, während die unteren Partien im Südosten (Balkan) gelegen sind. Der Rumpf des Riesen nimmt dagegen auf die politischen Staatsgrenzen keinerlei Rücksicht, denn er ist in der Ländergruppe Tschechoslowakei, Deutschland und Ungarn beheimatet. Deutschland beherbergt aber außerdem noch in seinem Gebiete den Kopf, wie es auch den Armen Unterkunft gibt, welche nach der einen Seite systemverbindend nach dem Westen und auf der andern wechselweise nach dem Norden und Osten ausgreifen. Diese systemverbindende Funktion teilt Deutschland mit der Tschechoslowakei, die ebenfalls zahlreiche und bedeutende Querverbindungen zu den benachbarten Wirtschaftsblöcken im Westen und Osten unterhält. Desgleichen verläuft die mitteleuropäische Hauptschlagader zwischen Prag und Berlin, welche wiederum bestimmend für die jeweilige österreichische Herzfunktion ist. In dieser organischen Beleuchtung des Problems wird jedermann das Vergebliche aller jener Lösungsversuche offenkundig, welche einen lebendigen Körper ohne Kopf und ohne Arme und mit einem nur teilweisen Rumpfstücke zusammensetzen wollen. Solche Pläne sind unmöglich, da sie sich gegen die Gesetze organischen Lebens versündigen."

Es sei an dieser Stelle nicht unerwähnt gelassen, daß sich auch aus tschechischen Wirtschaftskreisen einzelne Stimmen erhoben, die sich von den neuen Plänen und der Kleinen Wirtschaftsentsente nicht viel versprachen. Als das Generalsekretariat der tschechoslowakischen Sektion der "Kleinen Wirtschaftsentsente" umfangreiche Erhebungen in Angelegenheit der industriellen Zusammenarbeit der "Kleinen Entente" pflegte - es handelt sich um die Beseitigung aller Hindernisse, auf welche bisher die Bestrebungen nach Errichtung von Fabriksunternehmungen und ihrer Filialen durch Angehörige eines Staates der "Kleinen Entente" in den beiden anderen stießen - bemerkte der tschechische Volkswirtschaftler V. Novak in den *Lidove Listy*:

"Es handelt sich um etwas Ähnliches, was wir in der Zeit gesehen haben, da unsere Maschineindustrie im Ausland Industrieunternehmungen eingerichtet hat. Die Böhmischo-Mährische Kolben-Danek erhielt den Auftrag, zwei Zuckerfabriken in Persien einzurichten. Die Skodawerke richteten Zuckerfabriken in England ein, andere Maschinenfabriken solche in Holland, Sowjetrußland und in anderen Staaten. Das wurde als Erfolg unserer hochstehenden Maschinenindustrie bezeichnet, aber tatsächlich wurde dies zum Grabe für eine ganze Reihe anderer Produktionszweige. Es handelt sich nicht bloß um die Zuckerindustrie, sondern auch um andere Industrien. Während wir Industrien verschiedener Art in Staaten schaffen, in welche wir früher selbst exportierten, verloren wir ein Absatzgebiet nach dem anderen. Und das wurde als Erfolg hingestellt... Wir werden jetzt für Rumänien und Jugoslawien tüchtige Arbeiter und Fachleute heranbilden, aber unsere Textil- und Glaswaren, unsere Eisenwaren usw. werden wir ins Museum stellen können. Unsere Erzeugnisse werden dann auf dem Weltmarkt nicht bloß auf die bisherige scharfe

Konkurrenz, sondern auch auf den Dumping-Wettbewerb der beiden genannten Staaten der »Kleinen Entente« stoßen. Wohin wird das führen?... Wie groß wird dann erst die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei werden? Ist die »Kleine Wirtschaftsentsente« gegründet worden, damit die Wirtschaft der Tschechoslowakei ganz zugrunde gerichtet wird?"

Für die Entwicklung der sudetendeutschen Industrie entscheidend war die Tatsache, daß die tschechische Handels- und Wirtschaftspolitik ihren Exportnotwendigkeiten nicht Rechnung trug. Gerade in den Jahren nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Wirtschaftseinheit und bei den nach dem Kriegsausgang bedingten entscheidenden Strukturveränderungen auf dem Weltmarkt wäre eine weitestgehende Förderung und Beachtung der Wünsche der Industrie notwendig gewesen. Sie unterblieb, wie die Unterstützung im Innern aus den eingangs aufgezeigten Gründen.

Es ist nicht Zweck und Aufgabe dieses Buches, die einzelnen Phasen der wirtschaftlichen Strukturveränderungen im Staatsleben aufzuzeigen und die handelspolitische Entwicklungslinie aufzuzeigen. **Einzelmaßnahmen und Gesamtauswirkungen der tschechischen Wirtschaftspolitik zeigen in erschütternder Deutlichkeit ihre nationalpolitischen Tendenzen, die vor allem auf Vernichtung der sudetendeutschen Wirtschaft hinausliefen und von Erfolg begleitet waren, was aufgezeigt werden soll, da es tschechischerseits bestritten wird.**



Anmerkungen:

36 Deutsche Zeitung Bohemia, Prag, 13. Mai 1919. - Hassinger, **a. a. O.**, S. 461. [...zurück...](#)

37 Bei einer militärischen Feier in Podersam erklärte ein tschechischer Redner in aller Öffentlichkeit: "Wir Tschechen müssen trachten, daß wir die Industrie an uns reißen. Solange nicht der letzte Kamin der deutschen Fabriken verschwindet (!!) und das deutsche Kapital in unseren Händen ist (!!), solange müssen wir kämpfen..." (*Bohemia*, 7. VII. 1923.) - "...Wir haben in der Tschechoslowakei viele nationale Positionen zu erobern", so schrieb der agrarische "Venkov". "Da geht es um wirtschaftliche Eigentums-, Erzeuger-, Handels- und Unternehmerpositionen, so daß jeder, angefangen vom Schaffner und Arbeiter bis zum Herrn Preiß (führender tschechischer Finanzmann, Präsident der *Zivno*-Bank) hinauf die Möglichkeit hat, statt hohlen Geschreis und statt Vorwürfen gegen die Regierung Malypetr, zu zeigen, was er in nationaler Beziehung kann. Ich verstehe den Nationalismus so, daß wir die Aufgabe haben, die häufig wirtschaftlich von der Minderheit abhängige Mehrheit in eine Mehrheit umzuwandeln, die ohne diese Macht in den eigenen Händen nicht existieren soll und darf... Unsere nationale Pflicht ist, die Position der wirklichen Macht zu erobern, das heißt, bildlich gesprochen, unser Volk darf nicht in fremden Fabriken und Schächten arbeiten, es darf nicht der Magazineur eines fremden Großhandelshauses, es darf nicht das Dienstmädchen und die Amme der Reichen der anderen Nation sein." - "*Lidové Listy*" (Nr. 23) 25. I. 35, schreiben unter dem Hinweis darauf, daß zum Direktor des Zementkartells ein Deutscher ernannt werden soll, u. a.: "Nach dem Umsturz glaubten wir, daß die Verwaltung unserer Dinge wieder in die Hand unseres Volkes zurückgekehrt ist. Die Wirklichkeit zeigt uns, wie wir uns geirrt haben. Auf den Bau unserer politischen Befreiung muß die Kuppel der wirtschaftlichen Befreiung gesetzt werden. In dieser Hinsicht muß absolut kompromißlos gefordert werden, daß alle unsere wirtschaftlichen Dinge von Tschechen und Slowaken geleitet werden." - Die Prager Tageszeitung "*Ceske Slovo*" veröffentlicht, wie "*Der Sudetendeutsche*" im Juli 1936 berichtet, einige Aufsätze über die Notwendigkeit der Tschechisierung der sudetendeutschen Randgebiete. Das Blatt schreibt u. a.: "Wir haben wiederholt gesagt, daß eine zweite Bodenreform nötig ist, die ohne Aufschub vor allen Dingen in den Grenzgebieten durchgeführt werden muß. Für die tschechische Industriearbeiterschaft und die tschechischen Landarbeiter haben wir im

Grenzgebiet nur eine Möglichkeit, die staatliche und nationale Aufgabe, die uns die Verteidigung der Republik auferlegt, zu lösen: die Parzellierung aller sogenannten Restgüter und die Enteignung aller jener Güter, die dafür in Frage kommen. Auf diesem Grundsatz muß die Errichtung von bäuerlichen Anwesen und kleinen Bauernkolonien erfolgen." [...zurück...](#)

38 In den ersten Jahren begnügte man sich damit, die kaufmännischen Abteilungen der großen Betriebe in die Hauptstadt Prag zu verlegen, später aber veranlaßte man die Verlegung der Produktionsstätten. Im Verlauf der Prager Kammerdebatte über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1935 kündigte der Verteidigungs- und Kriegsminister Bradatsch an, daß nunmehr die Regierung alle Vorbereitungen getroffen hat, um die Industrie aus den Grenzgebieten in das Innere des Landes zu verlegen, da ihre Standorte vielfach ungünstig gelegen seien und die Militärverwaltung "bei einem Konflikt" nicht in Mitleidenschaft gezogen werden dürfe. So wurde z. B. die Produktion des Walzwerkes in Neudek im Erzgebirge in die tschechische Karlshütte in Mähren verlegt, wodurch mehr als 3000 Menschen dem Hungerelend preisgegeben wurden, weil das Neudeker Walzwerk das einzige große Industrieunternehmen im weiten Umkreis gewesen ist. - In der jüngsten Zeit hat wegen der besonderen Umstände die Verlegung der Mineralölraffinerie der Apollo A.-G. des Mährisch-Schönberger Betriebes nach Preßburg besonderes Aufsehen erregt. Die A.-G., im alten Österreich eine ungarische Gründung, gehört auf dem Umweg über die Apollo Naphtha-Handels-A.-G. einem französischen Konzern an, der *Société française industrielle et commerciale des Petroles*, Paris. - Die Papierfabrik "Pötschmühle" bei Böhmisches-Krummau ist mit ihren 1600 Arbeitern und 400 Beamten und Angestellten die weitaus größte Fabrik Südböhmens. Durch die bei der Herstellung von Sulfit-Zellulose erzeugten Abwässer wird die Moldau stark verunreinigt, weshalb Oberlandessanitätsinspektor Dr. Groh ein Gutachten ausgearbeitet hat, in dem die Einschränkung der Erzeugung von Sulfit-Zellulose gefordert wird. Durch die Außerbetriebsetzung von zwei bis vier Zellulosekochern sind mehr als 600 deutsche Arbeiter in ihrer Existenz bedroht; darüber hinaus aber besteht die Gefahr, daß mehrere hundert deutsche Holzfäller um ihre Arbeit kommen. Böhmisches-Krummau würde damit zu einem zweiten Rothau werden.

Im Sachverständigengutachten heißt es, daß das Interesse des Staates durch die Betriebseinschränkung keineswegs verletzt werde, denn mit der Durchführung dieser Maßnahme werde eben die Zelluloseerzeugung in einem anderen Teil der Republik automatisch um das steigen, um was sie hier eingeschränkt wird. Es besteht die Absicht, wie verlautet wird, daß die Papiererzeugung, insbesondere in der Westslowakei erhöht werden soll, um den dortigen Staatsforsten die Möglichkeit erhöhten Holzabsatzes zu sichern. - Die Kesselanlage der Fabrik Hermann Polaks Söhne in Dörfel wird abgetragen und in das Innere Böhmens überführt. Damit schwindet unter der dortigen deutschen Bevölkerung die letzte Hoffnung, daß der 1928 stillgelegte Betrieb je wieder aufgenommen wird. Die Firma beschäftigt nahezu 250 deutsche Arbeiter. [...zurück...](#)

39 Im Verlaufe einer Prager Kammerdebatte erklärte der derzeitige tschechische Ministerpräsident Hodza als Antwort auf die an der tschechischen Boden- und Wirtschaftspolitik geübten Kritik, daß ihm an den vorübergehenden Verlusten nichts liege, die Hauptsache für ihn sei die Erreichung der angestrebten Ziele. Diese Erklärungen lösten bei den tschechischen Abgeordneten lebhaften Beifall aus. [...zurück...](#)

40 Bericht in der *Reichenberger Zeitung* vom 24. Januar 1935. [...zurück...](#)

41 *Venkov*, Prag Nr. 132 vom 18. Juni 1935. [...zurück...](#)

42 10. Januar 1936.. [...zurück...](#)



2. Die "legalen" Maßnahmen gegen das Sudetendeutschtum

Der erste entscheidende Schlag gegen die deutsche Wirtschaft erfolgte im Februar 1919, als der tschechische Finanzminister **Dr. Raschin** plötzlich die wechselseitige Übertragung von Guthaben und Depots aus den übrigen Teilen der früheren Monarchie in die **Tschechoslowakei** und umgekehrt sperrte. Die der Regierung nahestehenden tschechischen Banken waren über die kommende Maßregel orientiert und mit Zahlungsmitteln gut versorgt, während die deutschen Geldanstalten der Sudetenländer und die in der Tschechoslowakei liegenden Filialen der Wiener und Budapester Großbanken sowie deutsche und ungarische Firmen, die noch ihre bedeutenden Guthaben in den beiden früheren Hauptstädten bei der Postsparkasse und in den Banken liegen hatten, durch jene Verordnung die Verfügung über ihre Geldmittel verloren. Sie mußten nun Kredite bei tschechischen Geldinstituten, besonders bei der "*Zivnosteska banka*" aufnehmen, die nur unter der Bedingung der Einräumung der Beteiligung an den um Kredit bittenden Unternehmungen gewährt wurden. Damit hatte sich das tschechische Kapital mit einem Ruck Einfluß auf die deutschen Industrie- und Handelsunternehmungen gesichert.⁴³

Die Verweigerung der Bezahlung der Kriegslieferungen an die alte k. u. k. Armee durch die tschechische Regierung war der zweite harte Schlag gegen die deutsche Wirtschaft. Bei der wirtschaftlichen Struktur des alten Österreichs fiel der größte Teil der industriellen Kriegslieferungen der sudetendeutschen Wirtschaft zu und sie war es auch, die von dieser Verfügung am härtesten getroffen wurde. Über den tatsächlichen Verlust sind keine amtlichen Ziffern veröffentlicht worden. Nach privaten Schätzungen wird die österreichische Staatsschuld an die Industrie mit 4.5 Milliarden Friedenskronen angegeben.

Die Nichteinlösung der gezeichneten Kriegsanleihen war eine weitere Maßnahme, von der das gesamte sudetendeutsche Volksleben auf das allerhärteste betroffen und erschüttert wurde. An der Zeichnung österreichischer Kriegsanleihe hatte das Sudetendeutschtum hervorragenden Anteil. So wurden z. B. bei der 2. Kriegsanleihe in Böhmen 82% von den Deutschen und nur 18% von den Tschechen gezeichnet (Nationalitätenverhältnis zwischen Deutschen und Tschechen 1 : 2), d. h. 217 K auf den Kopf der deutschen, 26,3 K auf den der tschechischen Bevölkerung. Bei der 4. Anleihe zeichnete die Zentralbank der deutschen Sparkassen 333 Millionen Kronen, die der tschechischen 57 Millionen Kronen. Die tschechischen Sparkassen hatten 7.5% ihrer Einlagen in Kriegsanleihe angelegt, die deutschen 77%. Von den rund 8 Milliarden Kronen, die in den Sudetenländern gezeichnet wurden, entfielen 89% auf die Sudetendeutschen. Die Nichteinlösung der österreichischen Kriegsanleihe der Prager Regierung führte nicht nur zu einer allgemeinen Schwächung des sudetendeutschen Volksvermögens, sondern zugleich zu einer Vernichtung tausender und abertausender Existenzen. Daß das beabsichtigt war, geht aus einer Äußerung der tschechischen *Tribuna* hervor, die am 17. Mai 1922 schrieb: "Interessant ist, daß ein Bankdirektor (gemeint ist Dr. Preis von der Zivnobank - Der Verf.) in der Annullierung der Kriegsanleihe das Rezept gefunden haben wollte, die deutsche Industrie zu tschechisieren. Er sagt: **Die deutsche Industrie wird die Nichteinlösung der Kriegsanleihe nicht aushalten und durch die tschechischen Banken auf diese Weise am leichtesten tschechisiert werden.**"⁴⁴

Es bedarf keiner erläuternden Worte, daß diese Maßnahme die gesündeste Wirtschaft erschüttern und sie an einen fremden Geldmarkt verkaufen mußte.

Nach dieser allgemeinen Schwächung des sudetendeutschen Wirtschaftslebens in den ersten Nachkriegsjahren begann man mit einer Übersteuerung der Industrie und des Bergbaues durch die Verlagerung des Schwergewichtes von der Personal- auf die Verbrauchssteuer. Daß davon wieder nur die Sudetendeutschen betroffen wurden als Industrievolk, beweist u. a. die vom tschechischen Senatspräsidenten Klofac im Senat 1923 mitgeteilte Tatsache, daß aus den sudetendeutschen Industriegebieten allein 56% aller staatlichen Steuern eingehen! Wenn diese Steuerkraft trotz der

mißgünstigen Behandlung deutscher Industrieller und Kaufleute bei der Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen, der Begünstigung der tschechischen Großbanken bei den finanziellen Transaktionen des Staates, und bei der behördlichen Ausforschung der Geschäftsgebarung deutscher Banken und Aktiengesellschaften zum Vorteil der tschechischen Konkurrenzunternehmen durch Kontrollkommissionen, welche die Geschäftsbücher einsahen, in den ersten Jahren möglich war, so beweist sie zugleich die ungeheuere Wirtschaftsstärke der sudetendeutschen Industrie.

Die im März 1919 eingeleitete Währungstrennung und Abstempelung der Noten der österreichisch-ungarischen Bank und die später durchgeführte Vermögensabgabe führte zu einer weiteren Schwächung der grenzdeutschen Industrie. Bei der Nostrifizierung der Banken, Versicherungs- und industriellen Aktiengesellschaften wurden, um Schwierigkeiten zu entgehen, tschechische Partei- und Finanzmänner in die Verwaltungsräte der deutschen Unternehmen aufgenommen, wodurch die weitere Existenz deutscher Unternehmen überhaupt erst garantiert wurde. Sie erhielten dadurch ultraquistischen Charakter und zumeist einen doppelsprachigen Beamtenkörper.

Zu all diesen innenstaatlichen Maßnahmen kam die systematische Ausschaltung der sudetendeutschen Industrie von den staatlichen Großlieferungen und die Benachteiligung der deutschen Wirtschaft bei der Kontingentierung der Rohstoffe und der Produktion.

Durch das im Jahre 1922 erfolgte Hinauftreiben des Kurses der Krone auf das Dreifache sind die Guthaben der Industrie im Auslande, besonders in den Balkanländern, uneinbringlich geworden.

Aus nationalpolitischen Erwägungen sieht das Sudetendeutschtum mit Besorgnis, wie die von der sudetendeutschen Wirtschaft aufgebrachten Mittel in tschechische Hände übergehen. Denn überall dort, wo der Staat entweder als Unternehmer (Tabakregie, Eisenbahnen, Post usw.) oder als Investor (Vergabung von Lieferungen, Durchführung öffentlicher Arbeiten) auftritt, findet das Sudetendeutschtum weder Schutz noch Brot. **Darüber kann die Vergangenheit nicht täuschen und die Hoffnung auf die Zukunft nicht trösten.** Das jährliche Staatsbudget zeigt, in welcher Weise bei Verteilung der Ausgaben sudetendeutsche Interessen berücksichtigt werden. Das tägliche Leben lehrt es, daß von den 12 Milliarden, welche allein der Staat aus der Wirtschaft zieht, nicht jener Teil dem Sudetendeutschtum zugute kommt, den es zur Aufbringung der Einnahmen trotz Krise, Not und Armut ehrlich beisteuert. Die Veröffentlichung über die Verteilung staatlicher Aufträge und die Kundmachung über die Verwendung öffentlicher Gelder, aus denen hervorgehen würde, wie die deutsche Arbeiterschaft und die deutsche Wirtschaft beteiligt werden, verlangen die deutschen Abgeordneten vergeblich. Das ist hinreichend Grund, ein Budget abzulehnen, das dem Sudetendeutschtum alle Pflichten zu budgetären Einnahmen beizutragen auferlegt, ihm aber das Recht an den budgetären Ausgaben verhältnismäßig teilzunehmen nicht garantiert.

Die sudetendeutschen Parlamentarier haben in hunderten Interpellationen auf diese Mißstände hingewiesen und im Verlauf der alljährlichen Budgetdebatte an Hand der Ziffern des Staatsvoranschlags diese systematische Ausschaltung der Sudetendeutschen von den staatlichen Lieferungen und ihre sonstige Benachteiligung nachgewiesen.

Ein Beispiel aus dem Staatsvoranschlag des Jahres 1935 soll das Gesagte unter Beweis stellen:

Für den Bau von Staatsgebäuden innerhalb der zivilen

Staatsverwaltung ist insgesamt vorgesehen ein Betrag von 129,430.900 Kč⁴⁵

1. Hievon entfallen auf die Zentralbehörden 16,120.000 "

(In diesem Betrage sind nur die für das Jahr 1935 entfallenden Beträge des Bauaufwandes enthalten; so z. B. von dem Gesamtaufwand für den Umbau des Czernin'schen Palais für Zwecke des Außenministeriums im Betrage von 48,300 Kč ein Teilbetrag von 3,000.000 Kč.)

b) Friedland: Neubau für die Finanzwache und Finanzamt	500.000	"
c) Roßbach: Gebäude für das Zollamt und Finanzwache	400.000	"
d) Reichenberg: Ausbau des gemeinsamen Amtsgebäudes	50.000	"
e) Falkenau: Neubau des gemeinsamen Amtsgebäudes	600.000	"
f) Für vorbereitende Arbeiten von geplanten Neubauten in Kaplitz, Roßbach, Trautenau, Brüx, Tachau und Landskron	150.000	"
also insgesamt nur	2,200.000	"

Von den im Staatsvoranschlag 1935 für Neubauten innerhalb der zivilen Verwaltung vorgesehenen Gesamtausgaben im Betrage von 129,420.900 Kč entfallen nur insgesamt 5,860.700 Kč, **nur 4.5 v. H. auf das deutsche Gebiet**, wobei gar nicht erwiesen ist, daß diese Bauten von deutschen Gewerbetreibenden und Arbeitern ausgeführt werden.⁴⁶

Kein anderes Bild würde die Untersuchung früherer und künftiger Staatsvoranschläge geben. Und wie es im vorliegenden Fall budgetmäßig ist, so ist es auf allen Gebieten, wo der tschechoslowakische Staat als Auftraggeber für die gewerbliche oder industrielle Produktion auftritt.⁴⁷

Ein anderes charakteristisches Beispiel für die Benachteiligung der deutschen Wirtschaft bei der Kontingentierung der Rohstoffe und der Produktion zeigt die Auswirkung des Margarinegesetzes vom 12. März 1934, über die aus Wirtschaftskreisen folgender Situationsbericht ausgegeben wurde:

"Im Jahre 1934 wurden 6500 Waggons erzeugt, welche Menge 1935 auf 5000 Waggons herabgesetzt wurde. Die Herabsetzung beträgt also 23 Prozent. Man sollte es nun für selbstverständlich halten, daß die bestehenden Kunstfettfabriken einfach ihre Erzeugung um 23 Prozent vermindern müssen. Aber weit gefehlt! Bisher gab es 24 Kunstfettfabriken, jetzt werden aber noch weitere neue Konzessionen erteilt. Obwohl zur Kunstfetterzeugung teure Maschinen notwendig sind, fanden sich neun Firmen, denen es sich auszahlt, je einen Waggon (10 000 Kilogramm) Kunstfette jährlich zu erzeugen. Weitere sieben Firmen sollen je 2,3 bis höchstens 4 Waggons jährlich erzeugen. Andere Firmen erhielten die Erlaubnis zur Erzeugung größerer Mengen, obwohl sie im Vorjahr sehr wenig oder überhaupt kein Kunstfett erzeugten. So z. B. hat der agrarische Moravosvaz im Vorjahr nur Margarine aus anderen Fabriken verkauft, heuer aber das Recht erhalten, 200 Waggons zu erzeugen. Die sozialdemokratische Großeinkaufsgenossenschaft hat im Vorjahre in ihrer Fabrik Nelahozeves 278 Waggons Kunstfette erzeugt, heuer aber wurden ihr 400 Waggons zugeteilt. Die Firma Otta in Rakovnik hat im Vorjahre nichts erzeugt, hat aber heuer das Recht, 150 Waggons zu erzeugen. Die Erzeugungsberechtigung wurde so verteilt, daß 204 Waggons 20 Firmen erhielten, die im Vorjahr kein Kunstfett erzeugten und von denen viele auch heuer keines erzeugen, sondern sich damit begnügen werden, ihre Berechtigung einer anderen Firma zu verkaufen. Von den 24 Firmen, die schon im Vorjahre Kunstfett erzeugten, erhielten 11 mehr als ihnen gebührt, wogegen 12 Fabriken mehr entzogen wurde, als es dem Gesetz entspricht. Nur eine einzige Firma erhielt die ihr nach den Vorschriften gebührende Zuteilung...."⁴⁸

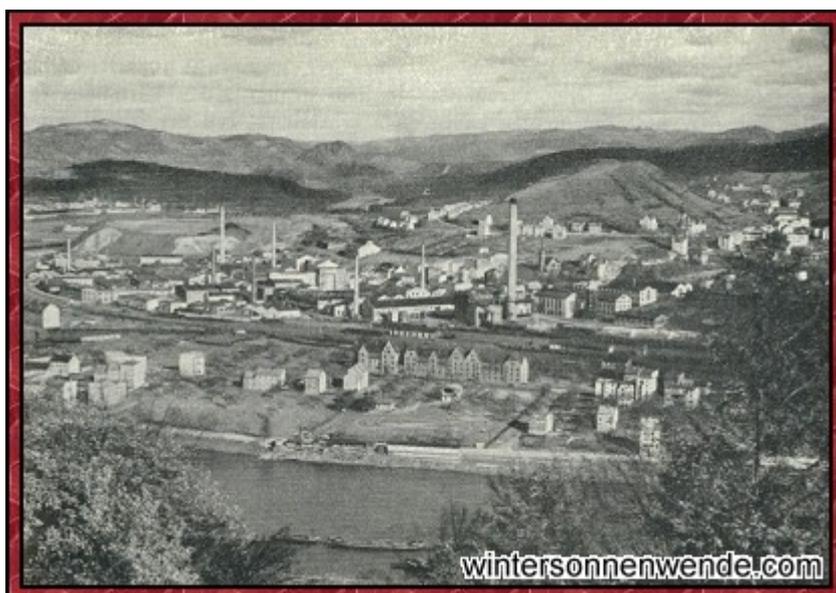
Unter den benachteiligten Fabriken befinden sich ausschließlich deutsche, vor allem die großen deutschen Schichtwerke in Aussig-Schreckenstein. In einem Bericht des Bürgermeisteramtes von Aussig an die Presse, der zugleich die Methoden der tschechischen Wirtschaftspolitik charakterisiert, heißt es:

"Bei der Zuteilung aus dem Kontingent ist nicht der Vorgang gewählt worden, alle Unternehmungen gleichmäßig um 23 Prozent geringer zu betreiben, sondern es wurden die Betriebe individuell behandelt. Hierbei wurden einzelnen Unternehmungen Zuteilungen

bewilligt, die über die Erzeugung im Jahre 1933 hinausgehen; einige Betriebe, die bisher überhaupt nichts erzeugten, auf Erzeugung von Kunstseifenfetten nicht eingerichtet sind und das zugeteilte Kontingent verkaufen, erhielten namhafte Kontingente, während die Firma Schicht-A.-G. in Aussig-Schreckenstein als besteingerichteter Betrieb mit den »Centra«-Werken in Krischwitz bei

Bodenbach um 40 Prozent gekürzt wurde. Nebenbei sei bemerkt, daß hier auch die sonst geübte Solidarität der tschechischen Industrieverbände nicht zur Geltung kam. In der

Presse war vor einigen Wochen zu lesen, daß die Betriebe »Schicht-A.-G.« und »Centra«-Werke durch das verringerte Kontingent rund 600 000 Lohnstunden einbüßen, was der jährlichen Arbeitsleistung von 240 Vollarbeitern entsprechen würde. Das ist jedoch nur der Lohnausfall, der infolge der geringen Zuteilung eintritt, wenn sich an der bisherigen Organisation des Betriebes keine wesentliche Änderung vollzieht. Gerade das letztere steht aber in Frage! Der Betrieb der (sudetendeutschen) Firma Schicht-A.-G. ist einer der modernst eingerichteten Großbetriebe der tschechoslowakischen Republik und ganz Europas, der alle Vorteile in der Behandlung der Erzeugnisse vom Rohstoff bis zur Fertigware ausnützt, über konzernmäßige Verbindungen und einen Reklameapparat verfügt, die sich über die halbe Welt erstrecken. Das Unternehmen beschäftigt gegenwärtig in seinem Betriebe in Aussig-Schreckenstein 2170 Arbeiter und 1084 Angestellte, in den »Centra«-Werken in Krischwitz 400 Arbeiter und Angestellte, zusammen also 3654 Personen. Es handelt sich um einen der wenigen Großbetriebe im deutschen Gebiete unserer Republik, die noch genügend Beschäftigung für ihre Arbeiter und Angestellten haben. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung Schreckensteins, Aussigs und der Orte in der Umgebung ist mit seiner Existenz auf die Firma angewiesen, und die Gemeinden Aussig und Schreckenstein sowie der Bezirk Aussig würden in ihren Einnahmen schwer geschädigt, wenn der Betrieb auch nur zum Teil eingeschränkt würde. Die tatsächliche Steuerleistung der Georg-Schicht-A.-G. in Schreckenstein betrug in den Jahren 1929 - 1933 insgesamt 6 323 518 Kr.; an Zuschlägen haben die beteiligten Selbstverwaltungskörper für diese genannten Jahre 22 236 673 Kr. zugewiesen erhalten.



Die Schicht-Werke in Aussig a. d. Elbe. Die Kennzeichen der großen sudetendeutschen Unternehmer sind Weitsicht, Tüchtigkeit, Ausdauer und soziales Verständnis. Die jüdische Raffgier blieb ihnen fremd. So hat Georg Schicht 1848 in Ringelhain eine kleine Seifensiederei begründet, 1882 verlegte er sie an die Ufer der Elbe in Aussig. Heute sind die Schicht-Werke auf dem Gebiete der Fettindustrie in Europa führend. Niemals erkaufte sich Georg Schicht und seine Nachfahren den Erfolg durch Ausbeutung der Angestellten und Arbeiter. Das Aktienkapital beträgt 140.000.000 Kronen.

In tschechischen politischen und industriellen Kreisen und in einem Teil der Presse wird seit einiger Zeit gegen den Weltkonzern der Schicht-A.-G. Stimmung gemacht. Dem Konzern wird vorgeworfen, daß sich sein Kapital in schweizerischen, holländischen und englischen Händen befinde und daß auch der Universalkonzern, dem die Schicht-Werke in Schreckenstein, die »Centra«-Werke in Krischwitz, die Ölfabriken in Lobositz und die

»Sana« in Prag-Hloubetin angehören, dem inländischen Kapitalmarkt zu wenig Wohlwollen entgegenbringt und trachtet, der tschechoslowakischen Steuerpflicht zu entchlüpfen. Angenommen, daß es die Unternehmungen des Universalkonzerns mit der tschechoslowakischen Steuerpflicht genau so halten wie die übrigen Großunternehmungen, die unter dem Einfluß mächtiger Bankherren stehen, was hat das aber mit der Aufteilung des Kontingentes zu tun? Hat man keine andere Möglichkeit, als Aufträge zu entziehen und dadurch vor allem die Angestellten und Arbeiter schwer zu schädigen, denen die Steuer pünktlich bei jeder Gehalts- oder Lohnauszahlung in Abzug gebracht wird? Es wurde behauptet, daß in den Schicht-Werken eine beachtliche Zahl Ausländer auf bestbezahltem Posten beschäftigt wird. Das ist ebenfalls unrichtig; denn unter den 58 im Betrieb in Schreckenstein beschäftigten Ausländern befindet sich nur ein einziger Chefchemiker, ein Schweizer, der als bestbezahlter Beamter angesprochen werden kann und seit dem Jahre 1913 bei der Firma ist. Die Hälfte der im Unternehmen beschäftigten Ausländer ist im Gebiete der tschechoslowakischen Republik geboren, 26 von den 30 ausländischen Angestellten haben dauernde Aufenthaltsbewilligung, und nur bei vier ist der Aufenthalt zeitlich beschränkt. Aber wieder angenommen, die Behauptung wäre richtig; wie kommen die bei der Firma beschäftigten tschechoslowakischen (gemeint sind die sudetendeutschen - d. V.) Arbeiter und Beamten dazu, dafür bestraft zu werden? Das deutsche Gebiet ist durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise ohnehin ungleich schwerer betroffen als das tschechische. Sollte da nicht bedacht werden, daß durch eine ungerechte Behandlung in der Zuteilung des Kontingents und durch darauffolgende Entlassung von Arbeitern und Angestellten eine Stimmung erzeugt wird, die zu Verzweiflungsausbrüchen führt?

Wenn die Georg-Schicht-A.-G. und die »Centra«-Werke mit einer dauernden Einschränkung der Erzeugung im angegebenen Ausmaße rechnen müssen, dann ist nach zuverlässigen Mitteilungen der weitere Bestand des Unternehmens als Großbetrieb gefährdet und eine einschneidende organisatorische Umstellung zu gewärtigen; das würde bedeuten, daß ungefähr die Hälfte des bisherigen Standes der Angestellten und Arbeiter überflüssig würde und insbesondere die Angestellten der Verkaufs- und Werbeabteilung zum größten Teil entlassen werden müßten. Die Zahl der Arbeitslosen im Aussiger Bezirk würde sich zumindest um 1500 vermehren, die Kaufkraft der Bevölkerung um rund 20 - 25 Millionen Kronen jährlich zurückgehen, was bedeutet, daß Gewerbetreibende und Kaufleute um diese Millionen weniger Umsatz erzielen würden...."

Trotz der zahlreichen Proteste, die gegen die geplante Kontingentierung von den politischen Parteien und deutschen Wirtschaftskreisen erhoben wurden, erfolgte die Aufteilung für das Jahr 1936 in der gleichen Weise wie im Jahre vorher. Die *Mitteilungen des deutschen Hauptverbandes der Industrie*⁴⁹ schrieben daraufhin:

"Die Aufteilung der Margarine-Kontingente für das Jahr 1936 ist in der gleichen Weise wie im vorhergegangenen Jahr erfolgt und stößt auf den großen Widerstand, insbesondere der kleinen Firmen. Alteingesessene deutsche und tschechische Firmen weisen darauf hin, daß die außerordentlich niedrigen Zuweisungen geradezu ihre Existenz bedrohen, wobei sie in ihren Reklamationen vor allem auf die Tatsache verweisen, daß die Reduktion der Kontingente nicht bei allen Unternehmungen im gleichen Umfange durchgeführt wurde, sondern sehr ungleichmäßig, so daß sie sich zwischen 26 bis 50 Prozent bewegt, wogegen einigen neuen Unternehmungen, die der sozialdemokratischen und agrarischen Partei nahestehen, die Kontingente im Hinblick auf die bisherige Erzeugung wesentlich erhöht wurden. Die zurückgesetzten Firmen haben die Ämter bereits aufmerksam gemacht, daß ihnen bei einer so beschränkten Produktion nichts anderes übrig bleiben wird, als Arbeiter zu entlassen, wobei noch die Frage unbeantwortet bleibt, wie die Kapitalinvestitionen zu amortisieren sind, die nun brachliegen. Zahlreiche Firmen haben sich bereits an die

Regierung gewandt. Wie versichert wird, wird auch eine Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht vorbereitet."

Diese Meldung des objektiven Wirtschaftsblattes wirft zugleich ein bezeichnendes Schlaglicht auf die korrupte tschechische Parteiwirtschaft im Staate.

Mit der Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Wirtschaftseinheit verlor die sudetendeutsche Industrie rund 75% ihres bisherigen Inlandsmarktes. Sie wurde zum Auslandsmarkt und seit 1918 mit hohen Zollgrenzen umgeben. Der Weltkrieg aber hatte die alten überseeischen Verbindungen der sudetendeutschen Exportindustrie abgerissen, die in der Zwischenzeit mit anderen Industriestaaten angeknüpft wurden, so daß sich die sudetendeutsche Industrie vielfach neue

Absatzmöglichkeiten wieder schaffen mußte. Sie war also nicht nur vor vollkommen neue Marktverhältnisse gestellt, sondern mußte sich die Exportmöglichkeiten aus dem

Staate selbst, in dem sie produzierte, erkämpfen. Die sudetendeutsche Exportindustrie hatte nicht nur mit den Schwierigkeiten zu ringen, die sich aus der Zollpolitik des eigenen tschechischen Staates und aus dem Widerstand ehemaliger Exportstaaten gegen die sudetendeutschen Waren ergaben, sondern in einzelnen Zweigen einen Konkurrenzkampf um die Ausfuhr mit den staatlich geförderten tschechischen Exportfirmen zu führen.

Dazu kamen noch die zahlreichen Schikanen der untergeordneten Behörden, die den Export der sudetendeutschen Industrie hemmten und schädigten.⁵⁰

Die staatliche Wirtschaftspolitik förderte z. B. durch Exportprämien, Steuernachlässe und Kreditgewährung die junge tschechische Exportindustrie. Die tschechischen Konsularvertretungen im Auslande leiten alle neuen Aufträge des Auslandes, die nur zu erreichen sind, der tschechischen Wirtschaft zu, während die sudetendeutsche Industrie auf ihre eigene Werbekraft im Ausland angewiesen ist.

Ein im Jahre 1924 erlassener Elbe-Moldau-Umschlagtarif begünstigte offensichtlich Prag und die tschechischen Umschlagplätze, während die deutschen Flußhäfen nicht in den Genuß staatlicher Förderung kamen. Die anbefohlene tschechische Signierung der weltbekannten Saazer Hopfenmarken wurde dazu benützt, um die Konkurrenz des tschechischen Hopfenbaugebietes von Raudnitz mit dem an Qualität überlegenen Saazer zu erleichtern.

Bei Wirtschaftsverhandlungen mit den Exportstaaten müssen die Kompensationen der tschechoslowakischen Handelsdelegationen immer die sudetendeutschen Industrien bezahlen.



Fabriksabbruch in Würbenthal (Schlesien). In allen sudetendeutschen Gauen das gleiche Bild: Fabriken in Abbruch, Menschen in Not! Einst rauchten überall in den Tälern die Schornsteine der Textil-, Papier-, Glas-, Porzellan- und Maschinenfabriken. Großstadtarbeiter gab es wenige; die meisten bebauten nach der Arbeit in ihrem Heimatsort ein kleines Gärtchen, lebten zufrieden und genügsam. Und heute?

Auf Grund der letzten deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen wurde z. B. das Ausfuhrkontingent an Tonerzeugnissen aus der Tschechoslowakei auf ein Drittel verringert. Das bedeutet die fast vollständige Lahmlegung des ohnehin schon stark gedrosselten Exportes und damit einen vernichtenden Schlag gegen die Tonförderung in den Gruben. Da 80% aller Tongruben der Tschechoslowakei im Egerland, im Wildsteiner Gebiet liegen, werden unmittelbar 700 sudetendeutsche Arbeiter mit ihren Familien von Arbeitslosigkeit bedroht. Hunderte von Gewerbetreibenden sind mitbetroffen. Die Gemeinden des Wildsteiner Bezirkes stehen vor dem Ruin.⁵¹

Die gleichen Schwierigkeiten werden dem Absatz sudetendeutscher Industrie-Erzeugnisse im tschechischen Gebiet gemacht. Da ist es in erster Linie die staatlich geduldete Boykottpropaganda der tschechischen Schutzvereine, die der sudetendeutschen Wirtschaft den Absatz im Innern des Staates erschwert. Die Jahrzehnte hindurch verkündete Parole: "Svuj k svemu" - "Jeder zu den Seinen" findet bis ins kleinste Dorf Beachtung. Während nun der sudetendeutschen Industrie der Absatzmarkt in den nichtdeutschen Gebieten des Staates immer mehr verschlossen wurde, breitete sich der Absatz der tschechischen Industrie im sudetendeutschen Gebiete aus und schwächte dadurch das sudetendeutsche Wirtschaftsleben.



Das Regenwasser fällt durch das morsche Dach. Die Stätte froher Arbeit und jahrzehntelangen Unternehmerfleißes ist ein Abbruchhaufen geworden. Systematisch fördert die unfähige Staatsverwaltung den Verfall einer im alten Österreich blühenden Wirtschaft, richtet dreieinhalb Millionen Menschen, die nie den tschechischen Staat gewollt hatten, zugrunde.

Ein typisches Beispiel hierfür ist die Errichtung von Verkaufsfilialen und Reparaturwerkstätten der tschechischen Schuhgroßfirma Bata. Bis in die kleinsten Landgemeinden sind die Verkaufsfilialen Batas bereits vorgedrungen. Dadurch werden Hunderte deutscher Schuhmacher um ihre Existenz gebracht.

Bei der Verbreitung tschechischer Waren im deutschen Gebiet fehlt es nicht an staatlichem Druck und Einschüchterungsversuchen durch die im deutschen Gebiet angesiedelten Tschechen, den Verkauf und Kauf tschechischer Industrieprodukte zu tätigen.

Daß die staatlichen Ämter im sudetendeutschen Gebiet ihren Warenbedarf nur mit tschechischen Erzeugnissen decken, die, wenn sie an Ort und Stelle nicht zu erhalten sind, aus der tschechischen Erzeugungsfabrik bezogen werden, ist nach den bisherigen Schilderungen nicht weiter überraschend.

Die Nachteile für das sudetendeutsche Wirtschaftsleben ergeben sich aus dieser Praxis von selbst.



Es ist unmöglich im Rahmen dieser Darstellung alle die staatlichen Maßnahmen aufzuzählen, die in ihrer Auswirkung das sudetendeutsche Wirtschaftsleben schädigten. Die angeführten staatlichen Maßnahmen und Beispiele für die planmäßige Benachteiligung der sudetendeutschen Wirtschaft durch den Staat sollten zeigen, wie der Staat auf scheinbar **legalem Wege** durch seine Gesetzgebung und die Exekutive durch eine einseitige Anwendung der staatlichen Machtmittel das wirtschaftliche Übergewicht des Sudetendeutschtums zu brechen sucht.



Anmerkungen:

43 Vgl. *Verhandlungsschrift über die Tagung der wirtschaftlichen Verbände*, Prag. 13. Mai 1920, Deutschpolitisches Arbeitsamt. [...zurück...](#)

44 Die angeführten Ziffern werden belegt in *La situation des minorités en Tschecoslovaquie*, Berlin 1922, IV. S. 8. [...zurück...](#)

45 Den Währungsvergleichen dieses Buches liegt die Berechnung 100 Kronen gleich 10 RM zu Grunde, die dem amtlichen Kurs vor der Entwertung entsprach. (1. Oktober 1936 100 Kronen gleich 10.28 RM. Nach der Abwertung, die nicht mehr berücksichtigt werden konnte, 22. Oktober 1936: 100 Kronen gleich 8.77 RM.) [...zurück...](#)

46 Der frühere Abgeordnete Dipl.-Ing. Othmar Kallina in **Rumburger Zeitung**. [...zurück...](#)

47 Trotz der maßlosen Verelendung des sudetendeutschen Gebietes wurden 1934 von 396 im deutschen Gebiet vergebenen staatlichen Arbeiten 332 tschechischen Firmen zugeteilt. So vergab z. B. das Landesamt in Prag die Arbeiten für den Neubau eines Amtsgebäudes in der fast rein deutschen Stadt Falkenau im Egerlande an die tschechischen Firmen: O. Prokop Pilsen, Podhaisky A.-G. Hostivar-Prag, Podpera Svetla. - Der Bau der Straße nach Schönau wurde von der Bezirksbehörde Graslitz an einen tschechischen Baumeister vergeben. Im Graslitzer Bezirk wohnen 99% Deutsche und 1% Tschechen. - In Sebastiansborg, einer reindeutschen Stadt im Erzgebirge, wurden durch die

Ernährungsaktion des Ministeriums für soziale Fürsorge folgende Unternehmen mit der Lieferung von Lebensmitteln beauftragt:
Kartoffeln: Zajmové sdruhener p. zhodniceni brambor, Prag; Mehl: Akciova spolecnost mlynu, Prag; Kunstfett: Frantisek Otta, tovarna na mydla a jedle tuky, Rakovnik; Graupen: Schindler & Jedlin, Slovenske lupacie a mlynske zavody, Bratislava; Gerstenkaffee: GEC, Prag. - Das neue, große Hydro-Elektrizitätswerk bei Schreckenstein a. Elbe, bei dessen Bau die sudetendeutschen Arbeiter schwer benachteiligt wurden, wurde nicht mit dem nahe liegenden großen



Gesprengte Porzellanöfen einer Porzellanfabrik bei Karlsbad.
Die sudetendeutschen Porzellanfabriken führten über 80 v. H. der erzeugten Mengen bis zum Jahre 1929 aus. Durch die falsche Handelspolitik des Staates ging nach 1929 ein Auslandsmarkt nach dem anderen verloren. Das Ergebnis ist furchtbar. Die Fabriken verfallen oder werden im Exekutionswege verschleudert.

Elektrizitätswerk im deutschen Türnitz gekoppelt, sondern mit einem weit entfernt liegenden Werk der Ustredni elektrarna, einem tschechischen Unternehmen. - Durch eine Manipulation der Böhmisches-Eskomptebank wurden die Telnitzer Porzellanwerke im Herbst 1935 stillgelegt. Dadurch verloren 600, meist sudetendeutsche Arbeiter ihren Arbeitsplatz. Die Arbeiterschaft kämpft um die Weiterführung des Betriebes. - Die letzte Porzellanfabrik von Fischern bei Karlsbad soll geschleift werden. Der von tschechischem Bankkapital abhängige Porzellan-Konzern "Epiag" bietet dem Unternehmer 180.000 Kč jährlich durch 10 Jahre, wenn er den Betrieb schleifen läßt. Um die Hunderte von Arbeitern kümmert sich niemand. In Holzbuden, durch die der Wind bläst, wohnen hier 192 Erwachsene mit 153 Kindern. [...zurück...](#)

48 *Nordböhmisches Tageblatt*, Tetschen a. E., vom 18. 9. 1934. [...zurück...](#)

49 Zitiert in der *Sudetendeutschen Tageszeitung* vom 12. 1. 1936. [...zurück...](#)

50 Ein typisches Beispiel gibt der Hauptverband der Industrie bekannt: "Eine Firma sandte ihren Vertreter zwecks Kundenbesuches in das Ausland. Die Reise mußte aber infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten um eine Woche ausgedehnt werden, was zur Folge hatte, daß die an und für sich von der Nationalbank knapp bemessene Reisevaluta für den zusätzlichen Aufenthalt nicht ausreichte. Der Vertreter verwendete bei dieser Sachlage von den einkassierten Geldern 1000 Kč in der betreffenden Landesvaluta zur Deckung seiner Aufenthaltskosten. Die tschl. Firma hat dies nach Rückkehr ihres Vertreters korrekterweise bei der Revisionsabteilung des Finanzministeriums gemeldet und um nachträgliche Freischreibung der vom Vertreter zusätzlich verbrauchten 1000 Kč für Reisezwecke angesucht. Auf das Gesuch kam jedoch keine Erledigung, sondern es erschien ein Beamter der zuständigen Finanzdirektion, welcher die Erlegung eines Strafbetrages unter dem Titel der Übertretung der Devisenvorschriften verlangte mit der Begründung, daß ja vorschriftsmäßig vorher und nicht nachher angesucht werden müsse. Um sich weitere Unannehmlichkeiten zu ersparen, glich sich die Firma im Ablaufverfahren aus."

Veröffentlicht in der *Sudetendeutschen Tageszeitung* vom 28. 12. 1934. [...zurück...](#)

51 *Reichenberger Zeitung* vom 17. 1. 1935. [...zurück...](#)



3. Eine Verlustbilanz

Das Beispiel der "Nostrifizierung" der Geldinstitute hat gezeigt, wie durch staatliche Maßnahmen die tschechische Wirtschaft gestärkt und die staatlichen Machtmittel in den Wirtschaftskampf eingesetzt wurden. Während einerseits eine Reihe deutscher Industrie- und Wirtschaftsunternehmen mangels ausreichender Betriebs- und Überbrückungskredite stillgelegt und abgebrochen werden mußten, setzte andererseits der Vorstoß des tschechischen Bankenkapitals ein.



Färberei in Böhm. Aischa, nachdem Wirtschaftspolitik und Steuerexekutionen ihr Werk getan hatten.

Was das Sudetendeutschtum seit dem Umsturz durch das Vordringen des tschechischen Kapitals verloren hat und auf welche Weise dies möglich war, zeigen die folgenden interessanten Zusammenstellungen:

Im Jahre 1914 gab es in Böhmen, Mähren und Schlesien folgende Banken mit deutscher Verwaltung: Deutsche Agrarbank mit einem Eigenkapital von 4 Mill. Kč und einem Verwaltungskapital von 10 Mill. Kč; Landwirtschaftliche Kreditbank mit 10 Mill. Kč, bezw. 54 Mill. Kč; Mährische Eskomptebank mit 8 Mill. Kč, bezw. 30 Mill. Kč; Böhmisches Eskomptebank mit 12 Mill. Kč, bezw. 160 Mill. Kč; Böhmisches Unionbank mit 65 Mill. Kč, bezw. 337 Mill. Kč (kontrolliert wurden von ihr die Buschtehrader Eisenbahn, Johann Davis Starck-Montan, Kupferwerke Pömmeler, Reichenberg-Gablonzer Bahn, Hotzenplotzer Zucker und eine Reihe von Textilunternehmungen). Insgesamt wiesen diese Banken mit deutscher Verwaltung ein Eigenkapital von 99 Mill. Kč und ein Verwaltungskapital von 591 Mill. Kč aus.

Mit tschechischer Verwaltung bestanden im Jahre 1914 in Böhmen, Mähren und Schlesien folgende Handelsbanken: *Ceska banka* mit einem Eigenkapital von 8 Mill. Kč und einem Verwaltungskapital von 28 Mill. Kč; *Moravska agrarni a prum. banka* mit 12 Mill. Kč, bezw. 47 Mill. Kč (kontrolliert wurden von ihr Mähr. Stahl- und Eisenwerke Olmütz, Nemschitzer Zucker); *Prazska uverni banka* mit 25 Mill. Kč bezw. 130 Mill. Kč (Nusler Brau, Bergmann-Leder, Alexanderschacht Settenz); Böhmisches Industrialbank mit 40 Mill. Kč, bezw. 160 Mill. Kč; *Zivnostenska banka* mit 80 Mill. Kč, bezw. 386 Mill. Kč (Breitfeld Danek, Böhm. Zuckerfabriksverein, Westböh. Kaolin, Böhm. Handelsgesellschaft, u. a.); *Sporobank* (Zentralbank der tschechischen Sparkassen) mit 25 Mill. Kč, bezw. 340 Mill. Kč. Insgesamt wiesen diese Banken mit tschechischer Verwaltung ein Eigenkapital von 190 Mill. Kč und ein Verwaltungskapital von 1091 Mill. Kč aus.

Das Verhältnis des Verwaltungskapitals der bei uns bodenständigen deutschen Geldinstitute zu dem der bodenständigen tschechischen war 1 : 2. Dieses Verhältnis wird jedoch ein ganz anderes, wenn man die Verwaltungsziffern hinzurechnet, die die "Wiener Banken", die in Böhmen, Mähren und Schlesien Filialen unterhielten oder maßgebenden Einfluß in unserer Industrie hatten, auswiesen. Es waren dies:

Zentralbank der deutschen Sparkassen mit einem Eigenkapital von 30 Mill. Kč, bezw. einem Verwaltungskapital von 339 Mill. Kč; Anglo-Österreichische Bank mit 100 Mill. Kč, bezw. 657 Mill. Kč (Staats-, Landes- und Städteanleihen, Prag-Duxer Eisenbahn, Teppichwerke Haß, Westböh. Bergbau, Dynamit Nobel, Poldihütte, Österr. Kabel u. a.); Wiener Bankverein mit 130 Mill. Kč, bezw. 882 Mill. Kč (Mannesmann, Moravia Brau); Österreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe mit 150 Mill. Kč, bezw. 1195 Mill. Kč (Nordwestbahn, Dux-Bodenbacher, Nestomitzer Zucker, Stölzle Glas, Brünnener Leder, Österr. Fezfabriken, Skoda, Österreich. Chem. Verein, Olleschauer Papier, Vereinigten Färbereien, Königshofer Kattun; Spiritus-Ind. A.-G., Rothau-Neudeker Eisen, Koliner Spiritus, Zucker Wegstädtl, Ringhoffer, Mähr. Zuckerind. A.-G.); Niederösterreichische Eskomptegesellschaft mit 75 Mill. Kč, bezw. 390 Mill. Kč (ihr gehörte zur Gänze die Böhm. Eskomptebank mit Nesselndorfer Waggon, Österr. Glanzstoffwerke, Hutter & Schranz, Inwald Glas, Greinitzer Eisen, Brown-Boveri, Zündholz Helios, Prager Eisen u. a.); Österreichische Länderbank mit 130 Mill. Kč, bezw. 784 Mill. Kč (Schönpriesner Zucker); Wiener Mercour mit 50 Mill. Kč, bezw. 270 Mill. Kč (Stollwerk Zucker, Gummi- und Balatawerke Matador); Allgemeine Verkehrsbank mit 42 Mill. Kč, bezw. 282 Mill. Kč; Österreichische Bodenkreditanstalt mit 54 Mill. Kč, bezw. 877 Mill. Kč (Cosmanos-Textil, Mautner & Sohn, Berg & Hütten, David Fanto Petrol, Schoeller Zucker, Ringhoffer Maschinen, Aussig-Teplitzer Eisenbahn, Nordwestbahn, Buschtehrader Bahn, Stummersche

Zucker, Zbroder Eisen, Kaschau-Oderberger Bahn, Rothkosteletzter Spinnereien u. a.). Insgesamt wiesen diese Wiener Banken, die für das Wirtschaftsleben Böhmens, Mährens und Schlesiens von Bedeutung waren, ein Eigenkapital von 761 Mill. Kč, bezw. ein Verwaltungskapital von 5676 Mill. Kč aus.

In der ehemaligen Monarchie waren aber nur die Länder Böhmen, Mähren, Schlesien und Niederösterreich, teilweise auch Oberösterreich, Steiermark und Salzburg kapitalsbildend. Die übrigen Länder waren alle kapitalsbindend und kapitalsverbrauchend. Daraus ist zu ersehen, welche Unsummen deutschen Kapitals aus den Ländern Böhmen, Mähren und Schlesien in den Wiener deutschen Banken verwaltet wurden. Wenn wir die von den deutschen bodenständigen Banken und den deutschen Wiener Banken kontrollierten und geführten Industrieunternehmungen betrachten, so können wir mit vollem Recht sagen, daß der überwiegende Teil der Bergbau- und Hüttenindustrie, der Textil-, Glas-, Zuckerindustrie, der chemischen Industrie oder der überwiegende Teil der Wirtschaft in all ihren Zweigen überhaupt sich unter deutschem Einfluß befand.

Im Jahre 1918 vollzog sich nun eine wesentliche Änderung, die allerdings der deutschen Öffentlichkeit restlos entging. Das vom Filialnetz der "Wiener Banken" verwaltete deutsche Kapital befand sich begreiflicherweise bei den verschiedenen Wiener Zentralen. Vom Tag der Währungstrennung aber war es den böhmischen, mährischen und schlesischen Bankfilialen der Wiener Institute nicht mehr gestattet, den Kapitalbedarf im Giroverkehr aus den Zentralen zu decken. Die Kapitalbasis war ihnen entzogen und die Wiener Banken waren nicht mehr in der Lage, den Kapitalsbedarf der angeschlossenen Industrie zu decken. Die Folge davon war die Kapitalsdeckung durch das tschechische Kapital, repräsentiert durch die *Zivnostenska banka*.

Gefördert wurde diese Entwicklung durch das Nostrifizierungsgesetz, das das Bestehen von ausländischen Bankfilialen in unserem Staate untersagte. Die Wiener Bankfilialen mußten daher entweder an bestehende bodenständige Geldinstitute angeschlossen oder in neue Banken umgewandelt werden.

Wir sehen daher die Anglo-Österreichische Bank in die Anglo-Tschechoslowakische Bank, den Wiener Bankverein in den Böhm. Bankverein, die Österr. Kreditanstalt in die Böhmische Eskomptebank und Creditanstalt, die Österreichische Länderbank in die Bank für Handel und Industrie, den Wiener Mercour in die Böhm. Kommerzialbank und die Allgemeine Verkehrsbank in die Böhm. Industrialbank aufgehen bzw. umgewandelt werden.

Damit ergibt sich heute folgendes Bild der Kapitalsverwaltung: Zentralbank der tschechischen Sparkassen mit einem Eigenkapital von 50 Mill. Kč und einem Verwaltungskapital von 760 Mill. Kč; *Agrarni banka* mit 60 Mill. Kč, bezw. 784 Mill. Kč; Böhm. Industrialbank mit 100 Mill. Kč, bezw. 1646 Mill. Kč; *Ceska banka* mit 50 Mill. Kč, bezw. 504 Mill. Kč; Länderbank mit 120 Mill. Kč, bezw. 1280 Mill. Kč; *Moravska banka* mit 70 Mill. Kč, bezw. 1955 Mill. Kč; Anglo-Tschechoslowakische Bank mit 120 Mill. Kč, bezw. 2920 Mill. Kč; *Legiobank* mit 70 Mill. Kč, bezw. 1180 Mill. Kč; *Zivnostenska banka* mit 240 Mill. Kč, bezw. 5040 Mill. Kč; Böhm. Escomptebank u. Creditanstalt mit 170 Mill. Kč, bezw. 2450 Mill. Kč; Böhm. Unionbank mit 150 Mill. Kč, bezw. 2580 Mill. Kč. Insgesamt weisen die angeführten Banken, die von Bedeutung für die Industrie sind, ein Eigenkapital von 1200 Mill. Kč und ein Verwaltungskapital von 21.100 Mill. Kč aus. Mit Ausnahme der beiden letzten Banken, deren Verwaltung tschechisch-deutsch ist, sind alle als tschechisch zu bezeichnen.

Demgegenüber stehen zwei rein deutsche Institute: Die Deutsche Agrar- und Industriebank mit einem Eigenkapital von 48 Mill. Kč und einem Verwaltungskapital von 490 Mill. Kč; die Kreditanstalt der Deutschen mit 36 Mill. Kč, bzw. 840 Mill. Kč; zusammen demnach 84 Mill. Kč Eigenkapital und 1330 Mill. Kč Verwaltungskapital.

Aus den Ziffern dieser beiden Bankengruppen ergibt sich ein großer Teil der Tragik des sudetendeutschen Wirtschaftslebens. Wenn wir die Verwaltungsziffern der Vorkriegszeit und jene von heute einer Betrachtung unterziehen, so ist kaum anzunehmen, daß eine Verarmung der deutschen und eine Bereicherung der tschechischen Bevölkerung in einem solchen außergewöhnlichen Maße vor sich gegangen ist. Der Unterschied ist vielmehr dadurch zu erklären, daß große Summen deutschen Kapitals Instituten anvertraut worden sind, von denen man keine besonderen Interessen für die sudetendeutsche Wirtschaft innerhalb der tschechoslowakischen Wirtschaft erwarten kann. Dadurch änderte sich naturgemäß der Einfluß bei den von diesen Anstalten geführten Unternehmungen.

Von den einst ganz deutsch geführten Unternehmungen seien aus der Großindustrie einzelne Beispiele angeführt: Die **Prager Eisen-Industrie-Gesellschaft** gehörte zur Interessensphäre der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft und der Böhmisches Escompte-Bank. Sie stand bis zum Umsturz unter der Leitung Generaldirektors Kestranek, im Verwaltungsrat waren als Präsident Friedrich Wannieck, Vizepräsident D. Karl Kupelwieser, Karl Wolfrum, Graf Heinrich Clam-Martinic, Max Feilchenfeld, Karl Fürstenberg usw. vertreten. Nunmehr ist Dr. Adolf Stransky Präsident, und Direktor Heinrich Belohribek (*Zivno*) sowie Otto Feilchenfeld sind Vizepräsidenten der Gesellschaft. Der Einfluß der *Zivno* ist gegenüber allen anderen Beteiligungen am stärksten, was auch in dem Personalwechsel der Direktion zum Ausdruck kam. Die Zentralkonstruktion wurde nach Prag verlegt. Generaldirektor Kestranek wurde veranlaßt, seinen Posten zur Verfügung zu stellen. Als sein Nachfolger wurde der ehemalige technische Direktor Ing. Zdenko Horschovsky ernannt. Alle leitenden deutschen Beamten wurden zum größten Teil entweder pensioniert oder entlassen. Ing. Horschovsky war zwar ein geborener Tscheche, er hat sich jedoch den Deutschen gegenüber stets loyal benommen und spielte nach dem Kriege eine große Rolle in der Prager deutschen Gesellschaft. Er scheint der *Zivnostenska banka* in nationalen Belangen nicht genug verläßlich gewesen zu sein, weshalb Dr. Joh. Matys als sein Stellvertreter berufen wurde mit der Aufgabe, den Tschechen den entsprechenden Einfluß zu sichern. Das hat er, mit dem ebenfalls erst nach dem Umsturz eingetretenen Sekretär Dr. Zdenko Maloch, der es inzwischen zum Direktor gebracht hat, zur Zufriedenheit seiner Auftraggeber durchgeführt. - Als vor einigen Jahren Generaldirektor Ing. Zdenko Horschovsky aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten mußte, wurde Ing. Sykora von den Skodawerken zum Leiter der Gesellschaft bestellt. Bei seinem Eintritt war alles vom tschechischnationalen Standpunkt aus schon in bester Ordnung.

Die **Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft** war vor dem Kriege eine Domäne der österreichischen Bodenkreditanstalt, deren Präsident Dr. Rudolf Sieghart auch Präsident der Gesellschaft war. Durch die Übernahme des Majoritäts-Aktienpaketes durch die französische Gruppe Schneider-Creuzot und die *Zivnostenska banka* ist die Gesellschaft, die vormals von Generaldirektor Georg Günther, der später Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen war, geleitet wurde, ganz in das tschechische Fahrwasser gekommen. Alle deutschen Beamten (bis auf wenige Ausnahmen) wurden pensioniert oder entlassen, im Direktionsstab war vor dem Kriege schon Direktor Rejholec (ein Tscheche), der belassen wurde. An Stelle Günthers wurde Generaldirektor Krulisch-Randa berufen. Dadurch, daß in der allerletzten Zeit die Berg und Hütten die Majorität der Eisenwerke-Aktiengesellschaft Rothau-Neudek erworben hat, wird auch dieses Unternehmen, das vorläufig von Generaldirektor Ing. Doderer geleitet wird, eine Metamorphose in nationaler Hinsicht

mitmachen. Weiter wäre noch die Maschinenfabrik ehemals **Breitfeld & Daniek**, die von der Böhmischo-Mährischen Kolben-A.-G. aufgesaugt wurde, anzuführen. Die **Ringhoffer-Werke** in Smichow stehen zwar schon ganz unter dem Einfluß der *Zivnostenska banka*, wodurch auch die Zusammensetzung des Beamtenkörpers eine starke Veränderung erfuhr, weil das Werk auf Staatsaufträge angewiesen ist. Die Skodawerke hatte im Jahre 1913 einen aus deutschen Mitgliedern zusammengesetzten Verwaltungsrat. An der Spitze stand als Präsident Julius Blum, Max Feilchenfeld als Vizepräsident, Leopold Graf Auersperg als zweiter Vizepräsident. Mitglieder waren: Theodor Hoffmann (ehemaliger Direktor der Escomptebank), Dr. Leonhart von Schweigert, Karl Ritter von Skoda, Dr. Alexander Spitzmüller, Josef Talezky, Hugo Urban, Franz Wellner, Generaldirektor Karl Ritter von Skoda. Heute besteht der Verwaltungsrat aus nachstehenden Mitgliedern: Josef Schimonek (Präsident), Eugen Schneider-Paris (Vizepräsident), Dr. Jaroslav Preis (zweiter Vizepräsident), Jules Aubrun Pierre Cheysson, Dr. techn. h. c. Ing. Josef Donat, Prof. Dr. Karl Englisch, Dr. techn. h. c. Ing. Franz Hanusch, Wenzel Klement, E. Lapebie, Aime Leperq, Prof. Ing. Vladimir List, Dr. Karl Loevenstein, Armand Meggle, Dr. Emil Mirschicka, Ludek Pik, Dr. Hans Ringhoffer, Armand de Saint-Sauveur, Viktor Stoupal, Dr. Josef Scheiner, Generaldirektor Dr. Karl Loevenstein. Kommentar über die neue Zusammensetzung überflüssig.

Als Beispiel seien eine Reihe von Unternehmungen angeführt, die heute unter dem Einfluß der *Zivnostenska banka*, der größten tschechoslowakischen Bank überhaupt, stehen: Böhm. Zucker, Launer Zucker, Schoeller Zucker, Zuckerhandels-A.-G., Meinel-A.-G., Chmel-A.-G., Pilsner Aktien-Brauerei, Chemisch-therapeutische "Medica", Union-Chemische, Verein f. chem. und metall. Produktion, Kraluper Spiritus, Brüxer Spiritus, Pardubitzer Spiritus, Stickstoff Mähr.-Ostrau, Synthesia, David Fanto Petrol, Helios-Zünder, Solo-Zünder, Westböh. Kaolin, Königshofer Zement, Elektro-Kolben, Wichterle & Kowarik, Prager Eisen, Poldihütte, Ringhoffer, Tatra, Homboker Eisen, Ostrak-Heizung, Cesko-Moravska-Kolben, Bondy-Eisen, Blechwalzwerk Karlshütte, Mannesmann, Metallwerke Mähr.-Ostrau, Stabenow, Zivno-Ferum, Telegrafia, Elektra-Glühlampen, Berg & Hütten, Böhm. Handels, Ferd. Nordbahn, Csl. Elbeschiffahrts-A.-G., Csl. Donauschiffahrts-A.-G., Herynych-Textil, Mautner Textil, Cosmanos, Böhm. Glanzstoff, Mundus-Bugholz, Böhm. Aktien-Fourniere, Moldavia-Generali, Sekuritas und viele andere.

Die Zuckerindustrie, Montan-, Bergbau-, Eisen-, Textil-, Chemische, Spiritus- und andere Industrie oder beinahe alle Zweige des Wirtschaftslebens sind dem deutschen Kapitaleinfluß entzogen. Es kann auch nicht anders sein, wenn wir die Ziffern der rein deutschen Geldverwaltung von 1,3 Milliarden Kč den Ziffern der tschechischen oder utraquistischen Geldverwaltung von 21 Milliarden Kč gegenüberhalten. Es ist dann auch nicht verwunderlich, wenn deutsche Arbeiterschaft und Angestelltenschaft, der Handelsakademiker, Chemiker, Techniker, Ingenieure usw., die früher in der Wirtschaft ihr Unterkommen fanden, heute ganz besonders hart von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Bedeutung eines Nationalitätenwechsels geht aber über die unmittelbar betroffene Industrie, Arbeiter- und Beamtschaft hinaus und erfaßt auch noch große und bedeutende Lieferantenkreise, wie Baufirmen usw. Auf diese Weise wird die Einflußsphäre ungeahnt groß.⁵²

Die Besitzveränderung und industrielle Kräfteverschiebung kommt aus der folgende Gegenüberstellung und Berechnung zum Ausdruck.

Bei einer Zählung des statistischen Staatsamtes in Prag gab es 1926 in der Tschechoslowakei 12.498 industrielle Betriebe, von denen

1	bis	100	Arbeitnehmer	10.293	Betriebe
100	bis	250	"	1.218	"
250	bis	2500	"	972	"
	über	2500	"	15	"

beschäftigten.

Nach Mitteilungen des tschechoslowakischen Fürsorgeministers Dr. Meißner (tschechischer Sozialdemokrat) im sozialpolitischen Ausschuß des Prager Parlamentes im November 1934 gab es:

1928	11.803
1934	11.159

industrielle Unternehmen.

Der Rückgang an Betrieben, der durch Betriebseinstellungen zu erklären ist, beträgt also in der Zeit von 1926 bis 1928 695 Betriebe.

Seit 1928 wurden abermals 644 Betriebe aus der Evidenz gestrichen, weitere 1158 arbeiteten nicht, und Dr. Meißner selbst bemerkt, daß es unsicher ist, ob sie in Zukunft wieder in Gang kommen werden. Die von ihm genannten Ziffern enthalten weitere neue errichtete Unternehmen, so daß die von ihm angegebenen Verlustziffern der Industrie in Wirklichkeit bedeutend höher sind.

Im Jahre 1918 gab es 10.718 Betriebe. Nach deutschen und tschechischen Angaben betrug der nationale Anteil der Deutschen 80%, der der Tschechen 20%.

Im Jahre 1926 wurden 12.498 Betriebe gezählt. Da man den heutigen Besitzstand der Sudetendeutschen an der Industrie mit 40% beziffert, so kann man annehmen, daß er 1926 etwa 60% betragen hat.

Ende März 1934 gab es 11.159 industrielle Unternehmen. Also ergibt sich folgende Bilanz:

1918: 10.718 Betriebe, davon 8574 d. s. 80% deutsch
und 2144 d. s. 20% tschechisch
1926: 12.498 Betriebe, davon 7498 d. s. 60% deutsch
und 5000 d. s. 40% tschechisch
1934: 11.159 Betriebe, davon 4463 d. s. 40% deutsch
und 6696 d. s. 60% tschechisch

Seit 1918 haben die Sudetendeutschen verloren: **4111 Betriebe**

Seit 1918 haben die Tschechen gewonnen: **4552 Betriebe.**

Diese errechneten Ziffern dürften den tatsächlichen Verhältnissen vollkommen entsprechen.

Wenn es möglich war, während der allgemeinen Wirtschaftskrise die Zahl der tschechischen industriellen Unternehmen zu erhöhen, während es zu einer reihenweisen Ausschaltung der deutschen Produktion aus dem industriellen Prozeß kam, so beweist diese Tatsache zur Genüge, **daß das sudetendeutsche Industriesterben weniger eine Folge der allgemeinen Wirtschaftsdepression, als vielmehr die Folge der planmäßigen tschechischen Autarkiepolitik gegenüber der sudetendeutschen Wirtschaft war.**



Anmerkung:

52 Rumburger Zeitung, 13. 8. 1935. - *Der Sudetendeutsche*, Berlin 1934. [...zurück...](#)

III. Die Verdrängung von Arbeitsplatz und Scholle

1. Die Tschechisierung des deutschen Arbeitsplatzes

Parallel zu den Maßnahmen der Tschechen, durch die die sudetendeutsche Industrie dem tschechischen Volksbesitz einverleibt oder durch die sie zumindest in die entscheidende Einflußsphäre des tschechischen Kapitals einbezogen werden soll, verläuft die **gewaltsame** Verdrängung der Sudetendeutschen von ihren Arbeitsplätzen und ihre Ersetzung durch Tschechen.

Diese Maßnahmen fördern nicht nur das Streben, den geschlossenen sudetendeutschen Siedlungsraum mit tschechischem **Volkstum** zu durchsetzen,⁵³ sondern führen zu einer Verelendung des Sudetendeutschums, von der man einerseits eine Schwächung seiner nationalen Widerstandskraft erwartet und weiters als zwangsläufige Folge seine zahlenmäßige Schwächung erhofft.



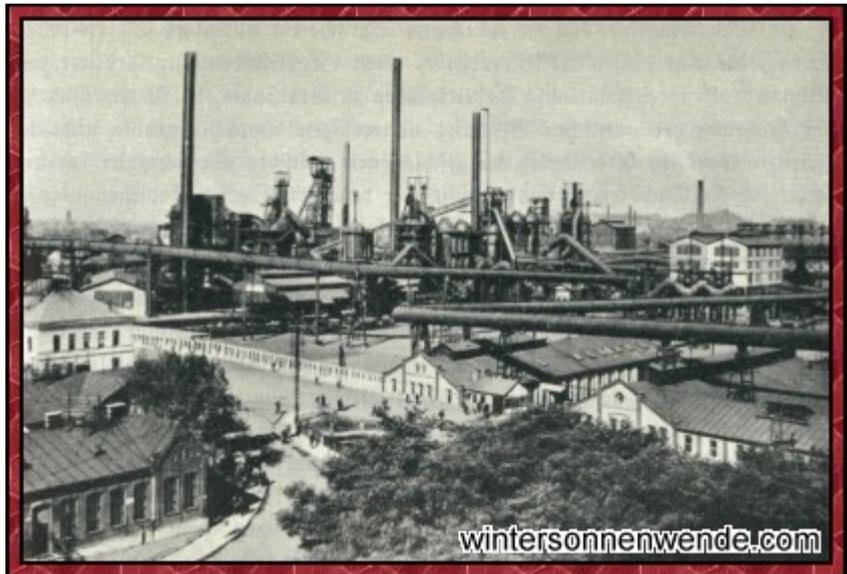
Ein Beispiel für die sudetendeutsche Industrie-Tragödie: Die Gustav-Messnersche Weberei in Zwickau in Nordböhmen ist vom tschechisch-jüdischen Bankkapital aufgefressen worden. 600 Arbeiter wurden erwerbslos, die Maschinen herausgerissen und nach Süd-Afrika verkauft, wohin früher die Erzeugnisse geliefert wurden. Die Bauten werden abgebrochen und als Altziegel an Bauern verkauft. Der Bezirk Zwickau stellte im Jahre 1934 den prozentualen Selbstmord-Rekord auf!

Von diesen Maßnahmen wurden bereits weit über 100.000 deutsche Volksgenossen betroffen. Zum größten Teil ohne jede Pension und jede Entschädigung wurden sie von ihren Arbeitsplätzen vertrieben und Hunger und Elend preisgegeben. Fast 30.000 trieb die Verzweiflung in den Tod.

Gerade in diesem Kampf ist es der Staat als der größte Arbeitgeber, der mit der hemmungslosesten Brutalität vorgeht. Für ihn ist nicht charakterliche Qualität und Ausbildung der Arbeitnehmer für die Beibehaltung oder Besetzung eines Arbeitsplatzes ausschlaggebend, sondern das Volkstum. **Das rein blutmäßige und sprachliche Bekenntnis zum Deutschtum war in zehntausenden Fällen der alleinige Grund, deutsche Volksgenossen von ihren Arbeitsplätzen zu verdrängen, auf denen sie mit aller Gewissenhaftigkeit und Treue oft schon seit Generationen arbeiteten!**⁵⁴

Dieses Bekenntnis und diese Zugehörigkeit zum Deutschtum ist es aber auch weiterhin, die sie von einer Zulassung zum Staatsdienst ausschließt. Die hunderttausend Volksgenossen aber, die durch den staatlichen Terror um Arbeit und Brot gekommen sind und heute in Hunger und Elend ihr Dasein fristen müssen und die Gräber der Zehntausende, die die Verzweiflung über das ihnen

zugefügte Unrecht in den Freitod getrieben hat, klagten jenen demokratischen Geist an, der sich in der Welt als Geist der Humanität feiern läßt und angeblich alles staatliche Leben in der Tschechoslowakei beherrscht. Sie sind aber zugleich auch die lebenden und toten Opfer der Entnationalisierungsmaßnahmen des tschechoslowakischen Staates, die von seinen verantwortlichen Staatsmännern mit aller Entschiedenheit bestritten werden.



Die Hochöfen von Witkowitz in der Nordoststecke Mährens verdanken deutschem Fleiß und Können ihre Entstehung und Entwicklung. Tausende deutsche Beamte und Arbeiter fanden hier Brot und Arbeit. Und heute? Arbeitsplatz auf Arbeitsplatz geht uns verloren. Nicht die Tüchtigkeit entscheidet, nur die Zugehörigkeit zur tschechischen Nation.

Wo der Staat mit so gutem Beispiel vorangeht, steht die nationalbewußte tschechische Industrie nicht nach. Wo es nur

immer möglich ist, deutsche Arbeiter, Angestellte und Ingenieure aus den Betrieben in den grenzdeutschen Gebieten, die in tschechischen Besitz und unter tschechischen Einfluß gekommen sind, zu entfernen, geschieht es mit der gleichen kalten Rücksichtslosigkeit, mit der der Staat gegen die deutschen Arbeitnehmer vorgeht.

Bereits in den Umsturztagen setzte in Prag, Brünn und in anderen gemischtsprachigen Städten die Entfernung deutscher Arbeiter und Angestellter aus den kommunalen Verwaltungen ein. Nach der Unterzeichnung der Friedensverträge und der Übernahme der Verwaltung der Städte in den grenzdeutschen Gebieten, wurde der erste entscheidende Schlag gegen die deutschen Beamten und Angestellten geführt, indem man alle jene entließ, die in den Umsturztagen bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ihre Beamtenpflicht erfüllten.

Ein Sprachengesetz, das die tschechische Sprache zur alleinigen Staatssprache machte, bot eine "gesetzliche" Handhabe, einen Großteil deutscher Arbeiter und Beamter von ihren staatlichen Arbeitsplätzen zu verdrängen, da sie angeblich die zur Führung der amtlichen Geschäfte notwendigen Sprachkenntnisse nicht besäßen, obwohl ihr Arbeitsplatz im geschlossenen deutschen Sprachgebiet lag und somit sich die Bevölkerung ausschließlich der deutschen Sprache bediente.

Einem Teil der Beamten und Angestellten gewährte man eine Galgenfrist zur Erlernung der tschechischen Sprache. Die Abhaltung der Sprachprüfung erfolgte in der Weise, daß ein Großteil der Beamten durchfiel, obwohl sie sich in zähem Fleiß die zum Amtsverkehr notwendigen Sprachkenntnisse angeeignet hatten. Die Schikanen bei diesen Prüfungen sind geradezu unbeschreiblich. Von Postbeamten verlangte man die tschechische Beschreibung der Bestimmungen des Eisenbahn-Güterverkehrs, von Eisenbahnbeamten die Beantwortung steuertechnischer Fragen und von Steuerbeamten wiederum eine Beschreibung des Telegraphensystems. Oftmals waren Themen aus der tschechischen Geschichte und Literatur den Prüflingen zur Behandlung gestellt. Kurz, man stellte Fragen, deren deutsche Beantwortung den Prüfungskandidaten schwer fallen mußte, da sie nicht in ihr Arbeitsgebiet gehören. Umso schwerer war natürlich ihre Beantwortung in einer fremden Sprache! Angesichts solcher Prüfungsmethoden war es nicht schwer, die "Ungeeignetheit" der Arbeiter und Beamten festzustellen und einen "rechtlichen" Vorwand zu ihrer Entfernung aus dem Staatsdienst zu schöpfen. Es ist vorgekommen, daß deutsche Beamten, die die

tschechische Sprache in Wort und Schrift beherrschten, wegen Nichtbeantwortung von Fragen, die nicht in ihr Fachgebiet gehörten, minder qualifiziert wurden und so von der Beförderung ausgeschlossen worden sind.

In den letzten Jahren war die angeblich bekundete "Staatsfeindlichkeit" in vielen, vielen Fällen Entlassungsgrund; aber auch dann, wenn sich herausstellte, daß die Beschuldigungen völlig unbegründet waren, nahm der Staat seine Maßnahmen nicht zurück. Das Denunziantenunwesen⁵⁵ in den Staatsämtern blühte auf und viele brave und erfahrene Beamte wurden die Opfer der Angebereien chauvinistischer tschechischer Kollegen. Ein deutscher Eisenbahnangestellter in Türnitz verlor sein einziges Kind. Auf dem Grabstein ließ er den Satz einmeißeln: "Ruhe sanft in deutscher Erde." Grund genug, um ihn in seiner Trauer von seinem Arbeitsplatz fristlos und ohne Pension zu entlassen, weil die Grabinschrift eine "staatsfeindliche" Gesinnung offenbare, denn in der Tschechoslowakei gebe es keine "deutsche Erde"! In tausenden Fällen war die Weigerung, die Kinder in die tschechische Schule zu schicken, Grund und Anlaß für die Entlassung aus dem Staatsdienst. Kurz, an Begründungen für die Entfernung deutscher Beamten aus dem Staatsdienst war man nie verlegen.⁵⁶

Nach den Ergebnissen der beiden Volkszählungen - als auf Grund rein amtlicher Angaben - ergibt sich hinsichtlich der Beteiligung der Deutschen an den einzelnen Zweigen des öffentlichen Dienstes der Tschechoslowakei nachfolgend geführtes, vielsagendes Bild. In den Jahren 1921 bzw. 1930 waren beschäftigt:

Arbeitnehmerkategorie:	deutsche:			tschechische:		
	1921	1930	Diff.	1921	1930	Diff.
1. Im Gerichtswesen und in der öffentlichen Verwaltung:						
Beamte:	11.804	7.348	- 4.456	44.692	47.608	+ 2.916
Bedienstete und Arbeiter:	9.527	5.728	- 3.799	38.826	42.128	+ 3.302
2. Bei der Post:						
Beamte:	5.466	2.730	- 2.736	13.252	19.148	+ 5.896
Bedienstete und Arbeiter:	4.501	3.165	- 1.336	14.844	19.191	+ 4.347
3. Bei den Bahnen:						
Beamte:	9.352	4.437	- 4.915	29.354	26.478	- 2.876
Bedienstete und Arbeiter:	26.818	13.968	- 12.850	86.945	101.465	+ 14.520
4. Im Unterrichts- und Erziehungswesen:						
Beamte:	19.180	17.796	- 1.384	41.900	53.802	+ 11.902
Bedienstete und Arbeiter:	1.904	1.548	- 356	3.724	5.021	+ 1.297
5. Bei Militär und militärischen Unternehmungen:						
Beamte (Offiziere):	1.753	527	- 1.226	11.055	8.793	- 2.262
6. In den vorgenannten Zweigen des öffentlichen Dienstes zusammen:						
Beamte:	47.555	32.838	- 14.717	140.253	155.829	+ 15.576
Bedienstete und Arbeiter:	42.750	24.409	- 18.341	144.339	167.805	+ 23.466
Insgesamt:	90.305	57.247	- 33.058	284.592	323.734	+ 39.042 ⁵⁷

Von insgesamt 374.897 Arbeitsplätzen in den vorgeführten Zweigen des öffentlichen Dienstes besetzten die Deutschen im Jahre 1921 noch 90.305 oder 24,08 v. H. Von 1921 bis 1930 ging diese Zahl um 33.058 oder 36,61 v. H. auf 57.247 zurück. In der gleichen Zeit stieg die Anzahl der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienste, die von Arbeitnehmern tschechoslowakischer Nationalität besetzt waren, von 284.592 auf 323.734 also um 39.042 oder 13,72 v. H. Die Deutschen in der Tschechoslowakei aber besetzten 1930 von insgesamt 380.981 Arbeitsplätzen des öffentlichen Dienstes nur noch 57.247 oder 15,02 v. H., obgleich ihr Bevölkerungsanteil im gleichen Jahre noch 22,32 v. H. ausmachte. Diesen amtlichen Angaben kann die starke Benachteiligung der Deutschen im Staatsdienst mit aller Deutlichkeit entnommen werden. Dabei ist jedoch zu beachten, daß von 1930 bis heute ein weiterer starker Rückgang des deutschen Anteiles an den öffentlichen Arbeitsplätzen durch Abbau, Pensionierungen usw. eingetreten ist. Der Zuwachs jedoch ist so

geringfügig, daß er überhaupt nicht in die Waagschale fällt.

Am schwersten betroffen von dem Abbau, der sich in den Jahren 1921 bis 1930 vollzog, wurde die deutsche Arbeiterschaft; denn sie verlor von 42.750 nicht weniger als 18.342 oder 42,9 v. H., die deutsche Beamtenschaft dagegen von 47.555 "nur" 14.717 oder 31,15 v. H. ihrer öffentlichen Arbeitsplätze. Bei der deutschen Beamtenschaft vollzog sich der stärkste Abbau beim Militär (um 69,94 v. H.), bei den Bahnen (52,55 v. H.) und bei der Post (um 50,05 v. H.). Bei der deutschen Arbeiterschaft trat eine Verdrängung vor allem bei den Bahnen (um 47,91 v. H.) und bei der Post (um 39,87 v. H.) ein. Diese Zahlen erhellen, wie schwer das Sudetendeutschtum allein durch die Benachteiligung bei der Vergebung von Staats- und öffentlichen Anstellungen getroffen wurde. Dieser Verlust ist für die Deutschen in der Tschechoslowakei umso schmerzlicher, als es sich dabei um Arbeitsplätze von besonderer Bedeutung und sozial gehobene Positionen handelt. Die Verdrängung der Deutschen aus dem Staatsdienste hat daher nicht nur eine Vergrößerung der sudetendeutschen Arbeitslosigkeit, sondern auch eine ständig fortschreitende Proletarisierung des Sudetendeutschtums zur Folge.

Der Abbau deutscher Beamter geht unaufhaltsam weiter. Ende 1935 überreichte der Verband der deutschen Staatsangestelltenvereinigungen der Regierung eine Denkschrift, in der eine dem Bevölkerungsschlüssel entsprechende Berücksichtigung des deutschen Staatsbeamtenwachstums verlangt wird. In dieser Denkschrift heißt es:

"In Böhmen war noch vor einigen Jahren bei Neuaufnahme in den juristischen Finanzkonzeptdienst das deutsche Element mit 10 v. H. vertreten. Seit Mitte 1932 hat sich das Verhältnis weitgehend verschlechtert. Unter den seit Juni 1937 aufgenommenen 250 Juristen waren nur noch 10, also 4 v. H. Deutsche. Im technischen Finanzdienst und im Stande der Geometer waren in Böhmen, das zu einem Drittel deutsch ist, seit Jahren keine Aufnahmen Deutscher mehr zu verzeichnen. Seit 1914 wurden ungefähr 60 absolvierte Techniker aufgenommen, darunter 1 Deutscher. Seit 1926 wurden in Böhmen 80 Geometer im Staatsdienst angestellt; unter ihnen befindet sich ebenfalls bloß ein Deutscher. Seit dem Jahre 1929 wurde im staatlichen Vermessungsdienst überhaupt kein Deutscher aufgenommen. Von den 156 Beamten bei der Zentralstelle in Prag ist überhaupt keiner deutscher Volkszugehörigkeit. Unter den 22 systemisierten Konzeptsbeamten befindet sich ebenfalls kein Deutscher.

Bei einem systemisierten Gesamtstand von 4400 Steuerbeamten konnten im Jahre 1933 noch 390 Deutsche gezählt werden. Im Jänner l. J. waren es aber nur noch 220. In den Jahren 1927 bis 1933 wurden an 1500 Anwärter aufgenommen, darunter 90 Deutsche.

Soweit Angaben über das nationale Verhältnis bei den Zollbeamten vorhanden sind, können wir denselben folgendes entnehmen: In der III. Gehaltsstufe ist bloß ein Deutscher bei acht systemisierten Stellen vertreten. In der IV. Gehaltsstufe gibt es neben 28 Tschechen 5 Deutsche, in der V. Stufe neben 101 Tschechen 51 Deutsche, in der VI. Stufe hingegen und noch mehr in der VII. Gehaltsstufe verschlechtert sich das nationale Verhältnis auf Kosten der Deutschen immer mehr. Da es in dieser Staatsbeamtenkategorie noch verhältnismäßig viele, in wenigen Jahren pensionsreife deutsche Beamte gibt, wird schon nach einem kurzen Zeitraum das deutsche Element kaum mehr vertreten sein, wenn es nicht durchgesetzt wird, daß bei Neuaufnahmen deutsche Bewerber nach Maßgabe des nationalen Bevölkerungsschlüssels entsprechend berücksichtigt werden.

Bei der Gefällskontrolle in Böhmen sind 921 Tschechen, aber bloß 68 Deutsche beamtet, bei der Finanzwache in Böhmen 1629 Tschechen und nur 195 Deutsche. Von 149 Aufsehern ist beispielsweise bloß ein Deutscher. Obwohl am 1. Jänner 1935 94 tschechische

Oberrespizienten befördert wurden, hat man bei der Beförderung nicht einen einzigen deutschen Beamten berücksichtigt. Seit 1919 wurden in Böhmen bei einem Stande von 290 Beamten und 1660 Unterbeamten nur fünf Deutsche aufgenommen, während bei der Gefällskontrolle bei einem Stande von etwa 1000 Beamten überhaupt kein Deutscher Berücksichtigung fand. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Mähren-Schlesien: Hier gibt es bei 108 Beamten nur noch 19 Deutsche und bei 840 Unterbeamten auch bloß 90 Deutsche. Seit 1919 wurde überhaupt kein Deutscher bei der Gefällkontrolle oder Finanzwache aufgenommen. 3061 Beamte und Unterbeamte gibt es in dieser Kategorie in der Slowakei; unter ihnen befindet sich aber nicht ein einziger Deutscher.

Bei den Rechnungsbeamten sind im Bereiche des Innenministeriums von 1283 Personen bloß 156 Deutsche, in dem der Finanzlandesdirektion von 712 gar nur 56 Deutsche. Das Rechnungsamt des Justizministeriums weist bei 20 Beamten überhaupt keine Deutschen aus und das des Postministeriums bei 620 Beamten nur 23 Deutsche.

In den Postkonzeptdienst wurden von 1930 bis 1933 im ganzen 71 Juristen und Techniker aufgenommen. Unter allen diesen befindet sich nur ein Deutscher.

Postangestellte. Bei der Post waren im Jahr 1921 noch 5466 deutsche Beamte und 4501 Bedienstete und Arbeiter deutscher Volkszugehörigkeit angestellt. 1930 waren es nur noch 2730 Beamte und 3165 Bedienstete, die dem Sudetendeutschtum angehören. Jetzt aber werden bei der Post statt [10 000] deutschen Beamten und Angestellten nur noch 3300 gezählt. Wenn wir den Bevölkerungsanteil in den historischen Ländern mit 60 v. H. Tschechen und Slowaken, 23 v. H. Deutschen und 12 v. H. Angehörigen anderer Nationalität annehmen, so haben die ersteren schätzungsweise 92 v. H., die Deutschen 7 v. H. und die anderen Nationen 1 v. H. aller Postbeamten inne.

Bei den politischen Behörden in Mähren-Schlesien waren im April l. J. von 364 Konzeptbeamten nur 48 (13,1 v. H.) deutscher Nationalität, von 74 Aktuaren gar nur 3. Von 316 Rechnungsbeamten gehörten 58 dem tschechischen Volke an, während von 178 Kanzleibeamten 24 Sudetendeutsche waren. Unter dem Kanzleihilfspersonal waren gar nur 5,6 v. H. deutscher Volkszugehörigkeit. Gerichts-Kanzleibeamte waren beim Justizministerium von 18 keine deutscher Volkszugehörigkeit. Beim Obersten Gericht befinden sich unter 15 Beamten 3 Sudetendeutsche, beim Obergericht in Prag und bei den Kreis- und Bezirksgerichten in Böhmen unter 1308 Beamten nur 127 Deutsche. Von 1357 Gerichtskanzleihilfskräften sind nur 20 deutscher Nationalität. In Mähren-Schlesien stehen im richterlichen Vorbereitungsdienst nurmehr 7 v. H. Deutsche."

Nach dem Stand vom 31. Dezember 1935 waren 487.600 Personen im öffentlichen und Staatsdienst beschäftigt.

	absolut	in pCt der Berufstätigen der betr. Nationalität	dem Bevölkerungs- schlüssel würden entsprechen	Differenz
Tschechen und Slowaken	399.387	9,33	326.500	+ 72.870
Deutsche	65.574	4,01	108.734	- 43.150
Ungarn	7.644	3,3	23.400	- 15.750
Juden	1.602	2,3	6.300	- 4.700
Polen	1.772	5,5	2.900	- 1.230
Karp.-Russen	5.185	3,6	18.430	- 13.250
Andere	585	1,6	1.400	- 800
Ausländer	5.850	4,6	---	+ 5.850

Bei einem Bevölkerungsanteil von 22,3% waren die Deutschen unter den Angestellten der allgemeinen Staats- und öffentlichen Verwaltung mit 14.653 Personen vertreten, d. s. 12,9%, in anderen Zweigen der öffentlichen, einschließlich der kirchlichen Verwaltung mit 5.396, bzw. 18,6%, bei der Post gab es 5.897 Deutsche, bzw. 11,8% aller Postler, bei der Eisenbahn 19.218 bzw. 10,3%. Ungefähr dem Bevölkerungsschlüssel entsprach nur die Zahl der im Schulwesen und in der Erziehung tätigen Deutschen, und zwar 19.359 bzw. 21,7%. Dagegen gab es im Offizierskorps der Armee nur 527 Deutsche, bzw. 5,5%, unter den Militärgagisten ohne Rangklasse 534, bzw. 5,1%. Im Offizierskorps waren sogar die Russen und Kleinrussen mit 585 stärker vertreten als die Deutschen.⁵⁸

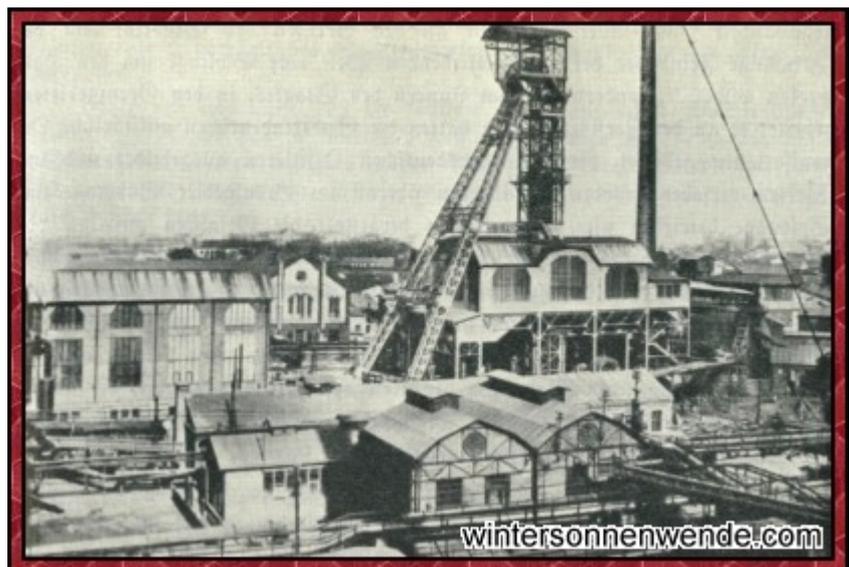
Durch die Berufung von Staatskommissaren an die Spitze der kommunalen Verwaltungen wurden tschechische Arbeiter und Beamte auch in der kommunalen Verwaltung untergebracht.⁵⁹

Mit der Begründung der Sicherheit des Staates im Grenzgebiet und in den deutschen Städten wurde die Polizei verstaatlicht und damit vertschechisiert.

Die Bahnhofsrestaurationen auf den deutschen Bahnhöfen wurden an tschechische Pächter vergeben, die wiederum verpflichtet wurden, tschechisches Personal anzustellen. In den staatlichen Fabriken im deutschen Gebiet wurde die Einstellung von tschechischen Arbeitern nach dem Bevölkerungsschlüssel des Staates verlangt. Schon 1923 verlangte das Soziale Ministerium die Einstellung von 189 namentlich bezeichneten tschechischen kinderreichen Familien im kerndeutschen Bezirk Königsberg im Egerland, obwohl es dort 4000 deutsche Arbeitslose gab. Aus den staatlichen oder enteigneten Schächten des nordwestböhmisches Braunkohlengebietes wurden fast sämtliche deutsche Arbeiter entfernt und durch Tschechen ersetzt.

Zum Beginn des Jahres 1935 setzte auf Anordnung des Finanzministeriums eine Revision der Besitzer der Tabaktrafiken ein. Bekanntlich ist die Tabakverarbeitung staatliches Monopol, also auch der Verschleiß. Daraufhin wurden in zahlreichen deutschen Orten armen Deutschen, meistens Kriegsinvaliden, die Trafiken kurzerhand weggenommen und einem Tschechen oder einer Tschechin, meistens Beamtenfrauen, zugewiesen. Das Prager Reichsorgan Deutsche Landpost berichtet von einem besonders krassen Fall, in dem einem gelähmten Kriegsinvaliden, der mit seiner kinderreichen Familie in einem rein deutschen Dorf von einem kargen Ertragnis einer kleinen Trafik sein Leben fristet, die Lizenz abgenommen und einem tschechischen Kolonisten, der über 20 ha Grund verfügte, erteilt wurde.

Seit Herbst 1935 haben in der Tschechoslowakei eine Reihe von Gesetzesvorlagen und Erlassen Gültigkeit erlangt, die dem Staate neue gefährliche Waffen im Kampfe gegen seine nationalen Volksgruppen, vor allem gegen die Sudetendeutschen, Polen und Magyaren liefern. Sie sind in ihrer Begründung und Formulierung formal an sich



Steinkohlenschacht bei Mähr. Ostrau. Noch 1929 wurden in den Schächten des Staatsgebietes über 16,8 Millionen Tonnen Steinkohle und über 22,6 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Der unheilvollen Wirtschaftspolitik verbunden mit Entdeutschungsbestrebungen gelang es, alles im alten Österreich Aufgebaute so gründlich zu zerstören, daß im vergangenen Winter die Arbeitslosenzahl auf über eine Million stieg.

zumeist unanfechtbar, und doch stellen sie in ihrer Auswirkung eine arge Bedrohung der genannten Volksgruppen dar und liegen ganz in der Linie der eingangs charakterisierten Nationalstaatstendenz. **Ja, es fehlt nicht an tschechischen Pressestimmen, die in diesen neuen Maßnahmen erst die gegebene Möglichkeit sehen, die Nationalstaatsidee "legal" zu verwirklichen und neuerlich deutsche Arbeitsplätze in tschechischen Besitz zu bekommen.** Es handelt sich um Gesetze und Erlasse, die im angeblichen Interesse der Sicherheit und Verteidigung des Staates erlassen worden sind, deren Voraussetzungen durch eine beispiellose Hetze in der Presse geschaffen worden sind, die von amtlicher Seite weitestgehende Förderung erfährt. Darnach wird die Tschechoslowakei von innen und außen bedroht, und das Deutschtum diesseits und jenseits der Grenzen wird als der Hauptfeind hingestellt. "Der Welt droht die große Gefahr eines Krieges von seiten des hochgerüsteten Deutschland", so lautet das Thema, das fast täglich in der tschechischen Presse in den verschiedenen Variationen abgewandelt wird. Aber nicht nur an den Grenzen des Staates steht der "grimmige Feind, der der freiheitsliebenden Welt eine Schlinge um den Hals werfen will...", sondern auch im Innern des Staates, in den Grenzgebieten, arbeitet er an der Zerstörung. Da hätten die Sudetendeutschen militärische Organisationen gebildet, die von reichsdeutschen Offizieren ausgebildet und mit Waffen versehen würden, da würden überall im Grenzgebiet Sabotage und Spionage betrieben usw. Indem man dergestalt die Gefahren aufzeigt, von denen der Staat bedroht sei, stellte man zugleich die Forderungen seiner Sicherung auf. Wenn man die tschechische Pressepropaganda im Zusammenhang mit der innerpolitischen Entwicklung und der Stellungnahme der Tschechen zur deutschen Frage in der Tschechoslowakei betrachtet, dann wird klar erkenntlich, **daß die Erzeugung und Förderung der Kriegspsychose nur erfolgt, die Stimmungsgrundlage für einschneidende Maßnahmen gegen die nationalen Volksgruppen, vor allem gegen die Sudetendeutschen, zu schaffen.**

Die folgenden Beispiele, die ohne Rücksicht auf ihre chronologische Reihenfolge und aus den Tageszeitungen aller Parteirichtungen wiedergegeben sind, sollen diese Stimmungsmache der tschechischen Presse ganz allgemein charakterisieren:

Es ist für die Tschechen eine feststehende Tatsache, daß ihr Staat mit einem Krieg mit Deutschland zu rechnen hat. An sie knüpfen sich alle Kombinationen, in ihrer Richtung treffen sie alle Vorbereitungen.

So schreibt der *Venkov* vom 22. April 1936 in einem Aufsatz zur Grenzbefestigung:

"Die Aufhebung des neutralen Gürtels zwischen Deutschland und Frankreich und des neutralen Streifens auf türkischem Hoheitsgebiete in Kleinasien enthüllt die Schwächen jener internationalen Institution, die dem Frieden und der Sicherheit dienen sollte und von vielen Theoretikern als Beginn einer breiten Abrüstung auf der Welt angesehen wurde... Wir haben alle Pässe der tschechoslowakischen Grenze von Deutschland aus in der Richtung gegen die Tschechoslowakei durchfahren. Niemals konnten wir uns eines unbehaglichen Gefühles entledigen, sobald wir die Leichtigkeit der Durchfahrt und die ungenügende Kontrolle auf tschechoslowakischer Seite beobachteten. Dort, wo früher die alten Tschechen in Zeiten der Gefahr Hindernisse errichteten, führen heute breite Asphalt-, teilweise sogar Betonstraßen, auf denen mit Leichtigkeit Hunderte von schweren Automobilen manövrieren können. Die tschechoslowakischen Pässe sind außerordentlich niedrig und auch im Winter gangbar. Vom militärischen Gesichtspunkt aus schien es uns immer so, als wären die Pässe offene Tore für einen fremden Einfall in die Republik... Es wird notwendig sein, diese territorialen Schwächen durch künstliche Befestigungen nach französischem Muster zu schützen. Ob wir wollen oder nicht, das Befestigungsproblem tritt vor unsere Zukunft. Bereits vor Jahren wurde hier über diese Frage geschrieben. Aber die Erfahrungen mit dem Rheingebiet und jetzt mit der Türkei haben dem Gedanken der Notwendigkeit, die Sicherheit des Staatsgebietes zu verstärken, größte Aktualität verliehen..."

"Jeder von uns weiß, daß die deutsche Armee für einen Angriff ausgerüstet (!!) ist und daß sie innerhalb weniger Stunden den Krieg auf unser Staatsgebiet übertragen, einen großen Teil unseres Staatsgebietes mit ihren Panzerwagen überrumpeln und so unsere Mobilisierung im Keime unmöglich machen kann."

In den folgenden Ausführungen Dr. Peroutka's in der *Pritomnost* vom 23. April 1936 wird in aller Offenheit von einem "deutschen Angriff" gesprochen und die Bedeutung des Militärbündnisses mit der Sowjetunion dargelegt:

"Das Bündnis mit Rußland ist nicht nur für uns, sondern auch für Frankreich eine unbedingte Notwendigkeit. Nach dem was wir von der deutschen Armee wissen, wären wir gegen sie auch mit Frankreich schwach; die sowjetrussische Armee ist jener Faktor, der wahrscheinlich den nächsten Krieg entscheidet. Weil die Sachen so stehen, gibt es für unsere Sicherheit nichts Wichtigeres, als das Bündnis mit Rußland aufrechtzuerhalten. Wenn jemand gegen dieses wirkt, wenn es jemand aufzulösen sucht, so muß er noch kein Hochverräter sein - möglich, daß er bloß keinen genügend durchdringenden Verstand hat. Aber wenn ihm seine Bemühungen gelängen, und wenn er uns wirklich zur Auflösung dieses Bündnisses bewegte, dann würde er zweifellos unsern Staat so schädigen, wie das kein Hochverrat könnte..."

Durch die Rheinlandbefestigung wären wir von den Hauptkräften der westlichen Bundesgenossen abgetrennt und das Bündnis mit Rußland begänne erst viel später zu wirken. Im übrigen war die russische Armee immer viel stärker in der Verteidigung als im Angriff. Es wäre auch nicht leicht, sie zu uns zu transportieren, besonders wenn sie über Rumänien müßte. Wir müßten also ganz allein gegen den ersten deutschen Anprall stehen..."

Es ist sehr wahrscheinlich, daß wir wenigstens teilweise das Schicksal Serbiens und Belgiens im Weltkrieg erleiden müßten. Die Besetzung des Landes durch den Feind. Das berührt aber nur den Anfang..."

Die Parteigenossin Dr. Benesch's, die bekannte tschechische Hetzerin Zeminova rief im Parlament aus:

"Wenn auch der deutsche Kaiser in der Verbannung lebt, so sind doch die Vertreter des alten kriegerischen Kampfgeistes an der Macht geblieben. Man wird in Berlin, Warschau und Budapest bald wissen, daß sich jeder an der jetzt in Vorbereitung stehenden Staatsverteidigung die Zähne ausbrechen wird. Das ganze Volk wird uns zur Seite stehen, um die hochverräterischen Taten im Grenzgebiet unmöglich zu machen. Unsere Partei verlangt die Auflösung der Henlein-Partei und bedauert nur, daß dieses Gesetz nicht um zwei Jahre früher kam, denn dann wäre die Henlein-Partei nicht so groß geworden. Aber wir haben euch gejagt und werden euch weiterjagen!"

Die "Gefahr", in der sich der Staat befindet, wird ferner dadurch erhöht, daß die Bevölkerung in den Grenzgebieten "staatlich unzuverlässig" ist. So schreibt z. B. *Straz Naroda* vom 13. 3. ds. Js.:

"Glaubet nicht an die Loyalität der Deutschen und gewährt ihnen keine Zugeständnisse auf Kosten des Volkes und des Nationalstaates, **denn sie werden niemals aufrichtige Träger des Staatsgedankens sein.** Wir haben sie in all den Jahren zu gut kennen gelernt, um ihnen noch glauben (!) zu können, daß sie es mit unserer Republik gut meinen. Widmet dafür euere ganze Arbeit und Mühe der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Stärkung unserer Grenzler. Die Grenzler waren und bleiben die einzigen Hüter unseres Staates in den Grenzgebieten..."

Unzählig sind die Vorschläge, die von tschechischer Seite zur Sicherung des Grenzgebietes gemacht werden. So schreibt das oben genannte Blatt an einer anderen Stelle:

"Der allmähliche Aufkauf von Liegenschaften in unserem Grenzgebiet ist das beste Mittel zur Sicherung der tschechischen Positionen... Jedes kleinste Stück Boden, das in tschechische Hände übergeht, bedeutet eine Befestigung des tschechischen Elementes. Der Bodenaufkauf im verdeutschten Gebiete ist der beste Einbruch in die deutschen Gemeinden..."

Das *Severocesky dennik* vom 23. Februar ds. Js. z. B. schreibt:

"Die Tschechen und Slowaken haben diesen Staat gegen den Willen der Deutschen erbaut und berücksichtigten dabei, daß es ein Nationalstaat sein müsse, in dem sich die Tschechen und Slowaken voll ausleben können.... Darum müssen wir auf eine volle Vorherrschaft der Tschechen und Slowaken hinarbeiten... In allen öffentlichen Funktionen, in allen öffentlichen Ämtern müssen die Tschechen und Slowaken das Erstrecht haben (!!)... Schon heute ist es notwendig, eine Revision der Bodenreform unter Berücksichtigung der Forderungen unserer Grenzler durchzuführen..."

Das sind einige Proben für die planmäßige tschechische Stimmungsmache. Diese und ähnliche Begründungen werden täglich von allen tschechischen Zeitungen erhoben und angeführt und geradezu in einem Trommelfeuer auf die tschechische Exekutive und Staatsführung gesteigert. Unter dem Druck der "**öffentlichen Meinung**" und aus einer haßerfüllten Atmosphäre heraus wurden eine Reihe von Gesetzen beschlossen und eingebracht, die, wie einmal treffend bemerkt wurde, **nach den Erklärungen tschechischer Politiker und nach ihrem Wortlaute sich nicht etwa gegen die Sudetendeutschen oder gegen eine andere Volksgruppe des tschechischen Staates richten, sondern gleichmäßig auf alle Staatsbürger Bezug nehmen, die aber letzten Endes doch, wenn man die besonderen Verhältnisse des tschechoslowakischen Staates und die Auswirkungen der neuen Gesetze näher betrachtet, zu der Erkenntnis führen, daß alle diese neuen Beschlüsse und in Vorbereitung stehenden Gesetze, mögen sie auch noch so allgemein gehalten sein, sich vor allem doch gegen das Sudetendeutschtum richten, dieses in seiner ganzen Lebensmöglichkeit schwer treffen und seine Zukunft auf das ärgste bedrohen.**

Durch ein Ermächtigungsgesetz über die Verstaatlichung des Polizeiwesens erfolgte nicht nur ein tiefer Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung der Gemeinden, die bisher Polizeigewalt ausüben durften, sondern es wurde den Tschechen ein weiteres "legales" Mittel geboten, die grenzdeutschen Gebiete mit tschechischen Beamten zu durchsetzen; hieß es doch in der Begründung des Gesetzantrages ausdrücklich, daß damit dem Staate die Möglichkeit geboten werde, im Grenzgebiet "**zuverlässige Beamte zur Niederhaltung staatsfeindlicher Elemente**" einzustellen.

Anfang Januar 1936 hat das tschechoslowakische Ministerium für nationale Verteidigung Anweisungen und Bestimmungen für Heereslieferungen herausgegeben, aus denen hervorgeht, daß das unter der Leitung des Ministers Machnik stehende Ministerium bei der Festsetzung seiner Lieferbedingungen trotz gegenteiliger Versicherungen anderer und höherer Regierungsstellen an allen jenen Tendenzen festhält, die auf eine völlige Hintansetzung der sudetendeutschen Lebensforderungen abzielen. Darnach macht das Verteidigungsministerium die Berücksichtigung von Lieferungsangeboten davon abhängig, daß die Zahl der tschechischen Beamten aller jener Betriebe, die mit Heeresaufträgen rechnen wollen, mindestens den Hundertsatz der dort beschäftigten tschechischen Arbeiter entsprechen müsse. Die Zahl der tschechischen Arbeiter wieder müsse mindestens dem nationalen Verhältnis in der Zusammensetzung der Bevölkerung am Sitz des Unternehmens angepaßt sein. Weiter wird, sozusagen in militärischem Tone, gefordert, daß "in kürzester Zeit die ausländischen Angestellten durch inländische Kräfte tschechoslowakischer

Nationalität ersetzt werden" und daß, was man nicht genug anprangern kann, kein Personal beschäftigt werden dürfe, "das sich zu staatsfeindlichen politischen Parteien meldet."

In der Anweisung des Verteidigungsministeriums heißt es dann weiter:

"Mit der Durchführung der erwähnten Forderungen der Militärverwaltung werden Sie sofort beginnen und spätestens binnen zwei Jahren vom Zeitpunkte dieses Schreibens abschließen. Damit die Militärverwaltung die Erfüllung dieser Forderung kontrollieren kann, werden Sie dem Ministerium für nationale Verteidigung jedes Vierteljahr melden, was Sie im abgelaufenen Vierteljahr hinsichtlich der geforderten Abhilfe unternommen haben. Als Ersatz für die entlassenen unverlässlichen Angestellten werden Sie keine anderen unverlässlichen Angestellten aufnehmen. Telegraphieren Sie umgehend - und zwar so, daß die Antwort in der Abteilung V/3 des Ministeriums für nationale Verteidigung spätestens bis 30. Jänner, 12 Uhr einlangt - ob Sie ohne Vorbehalt mit der Preisgrenze, mit der Warenmenge und mit den obigen Bedingungen hinsichtlich der Regelung des nationalen Verhältnisses in der Beamten- und Arbeiterschaft Ihres Unternehmens einverstanden sind. Sollte Ihre Antwort, ob positiv oder negativ, nicht bis zum angeführten Termin einlangen, wird das Ministerium annehmen, daß Sie die Bedingungen dieses Schreibens nicht angenommen haben und wird daher die Lieferung sofort anderweitig vergeben. Wenn Sie aber ohne jedweden Vorbehalt mit allen Bedingungen des Schreibens einverstanden sind, können Sie die Erzeugungsdiskussionen treffen. Der Bestellbrief wird Ihnen nachträglich übermittelt."⁶⁰

Dieser Erlaß des Nationalverteidigungsministers, der den Gesetzen und der Verfassung widerspricht und den z. B. auch die *Wiener Zeitung* als ungerecht und verletzend empfindet, steht im krassesten Gegensatz zu den vielen Erklärungen der tschechischen Staatsmänner, auch von Staats wegen der furchtbaren Not der Sudetendeutschen zu steuern. Selbst die deutschen Regierungsparteien wenden sich gegen eine solche tschechische Nationalpolitik. So stellt die *Deutsche Landpost*, das Hauptblatt des Bundes der Landwirte, fest, das Verteidigungsministerium haben sich an die bestehende Vergabungsordnung zu halten.

"Eine Scheidung der Unternehmer und Angestellten in staatsstreu und staatsfeindliche unterliegt nicht dem Ministerium, sondern einzig dem Gericht. Es muß klipp und klar gesagt werden, daß der nationale Bevölkerungsschlüssel in einem Staatsgebiet das Amt in diesem Falle gar nichts angeht. Wenn sich aber das Verteidigungsministerium um diesen Schlüssel zu kümmern beginnt, dann sollte es zuerst bei sich beginnen. Vielleicht teilt das Ministerium einmal mit, wie groß die Zahl der deutschen Beamten und Offiziere in der Heeresverwaltung ist. Vielleicht kommt man auch darauf, einen deutschen Offizier zum General zu befördern, damit der Schlüssel und die nationale Gleichberechtigung wenigstens einigermaßen gewahrt werde. Es ist endlich an der Zeit, für die Deutschen im Offizierskorps der Armee Platz zu schaffen, damit aus den fünf Prozent deutscher Offiziere wenigstens zehn Prozent, wenn schon nicht 23 Prozent werden, wie es sich eigentlich gehören würde. Wir wiederholen den bereits ausgesprochenen Appell an den Ministerpräsidenten, nach dem Rechten zu sehen, die Verantwortung festzustellen und den Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen."

Dieser Appell an den Erstminister hat aber kaum irgendeinen Erfolg eingebracht. Denn wie der Prager *Sozialdemokrat* mitteilt, ist der Abg. Taub "eingeschritten" und hat sich dabei eine Information geholt, die nicht nur diesen einzigartigen Erlaß, sondern darüber hinaus noch eine Begründung dafür gibt, die dem Faß den Boden ausschlägt. In dieser "Information" des Nationalverteidigungsministeriums heißt es laut *Sozialdemokrat*:

"Das Ministerium für nationale Verteidigung muß bedingungslos daran festhalten, daß militärische Lieferungen ausschließlich an solche Unternehmer vergeben werden, deren

positives Verhältnis zum Staate gewährleistet ist und deren Arbeitnehmer loyale Staatsbürger sind."

Nach dieser geradezu hohnvollen Bestätigung, durch die sich das Nationalverteidigungsministerium das Recht anmaßt, nach eigenem Gutdünken Staatsbürger in "loyale" und "andere" zu scheiden, erhielt der deutsche Sozialdemokrat Taub die bittere Beruhigungsspielle, daß das Ministerium bemüht sei, die von der Krise besonders betroffenen Randgebiete bei der Vergebung von Lieferungen "entsprechend zu berücksichtigen".

Gekrönt wurde diese "Information" durch den Satz:

"Das Ministerium für nationale Verteidigung muß eine Regelung ganz besonders dort anstreben, wo offenkundig und provokativ die Leitung des Unternehmens sich weigert, berechtigten Forderungen nach Aufnahme von Beamten tschechoslowakischer Nationalität zu entsprechen."

Was mit anderen Worten heißt: ein Staatsamt, dem ein auf die Verfassung vereidigter Minister vorsteht, nimmt sich die Freiheit, wider Gesetz, Recht und Verfassung gegen Staatsbürger, die sich gesetzwidrigen Forderungen nicht beugen, Staatssanktionen zu ergreifen! Diese "Begründung" des Nationalverteidigungsministeriums gehört auf das erste Blatt des Schwarzbuches der tschechoslowakischen Demokratie.⁶¹

Wegen dieses Erlasses des Verteidigungsministers hatten die Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei eine Interpellation im Abgeordnetenhaus eingebracht, in der sie auf die Verfassungswidrigkeit und die Verletzung der Minderheitenschutzverträge verwiesen. Auf diese Interpellation antwortete die Regierung:

"Es ist das besondere Bestreben der Regierung, in allen von der Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten in der Tschechoslowakischen Republik Arbeit zu beschaffen und die Not der Bevölkerung zu lindern. In dieser Hinsicht widmet die Regierung allen Bewohnern und Gegenden, ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit, die gleiche Fürsorge. In diesen Intentionen gehen alle Ressorts vor, und in der gleichen Weise handelt auch das Ministerium für nationale Verteidigung, wenn es Lieferungen im größeren Ausmaß, soweit die Finanzmittel diese eben gestatten, ausschreibt und vergibt. Diese Lieferungen werden in alle Gegenden aufgeteilt. Hierbei hat die Militärverwaltung allerdings nicht nur die Verpflichtung, das erforderliche Material zu beschaffen, sondern auch die Verpflichtung, sich zu kümmern, daß die ungestörte Erzeugung wichtiger Dinge für die Armee nicht nur in der Friedenszeit, sondern auch in ernstesten Zeiten gesichert werde. Dafür trägt das Ministerium für nationale Verteidigung seit dem Umsturz Sorge. Diese Aktion hat in zahlreichen Fällen das Verständnis der Industrieunternehmungen gefunden. In manchen Fällen fand es allerdings nicht hinreichendes Verständnis, und deshalb mußte das Ministerium für nationale Verteidigung auf diese Umstände nachdrücklichst aufmerksam machen. Ich betone, daß es sich um eine Regelung und Abhilfe auf natürlichem Wege durch die Entwicklung handelt, daß es hier um keine gewaltsamen oder gar Massenentlassungen geht, die gegen irgendeine Minderheit gerichtet wären. Die durch den Erlaß festgesetzte Frist hat bloß Evidenzbedeutung. Deshalb wird sie von Fall zu Fall verlängert, wenn es durch ein natürliches Vorgehen nicht möglich wäre, die Bedingungen zu erfüllen. Man kann daher nicht von einer Verletzung der geltenden Gesetze oder von einer Verletzung der durch die Friedensverträge gewährleisteten Minderheitenrechte sprechen.

Prag, 2. März 1936.

Der Vorsitzende der Regierung:
Dr. M. Hodza.

Die Tatsache, daß der tschechoslowakische Ministerpräsident selbst die parlamentarische Anfrage

beantwortete, beweist, daß er den Erlaß eines Ressorts zu einer Angelegenheit der Gesamtregierung gemacht hat und seine Ungesetzlichkeit deckt. Die Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei erwiderten diese Antwort mit einer Völkerbundbeschwerde. Es kann nicht überraschen, wenn der Völkerbund die Beschwerde als unbegründet zurückweist!

In die gleiche Kategorie wie der sogenannte "**Machnik-Erlaß**" fällt eine Anordnung des Prager Innenministeriums, daß nur solche Bewerber in den Staatsdienst aufgenommen werden dürfen, die nachweisen können, daß nicht nur sie, sondern auch ihre Verwandten den Nachweis ihrer "staatsbürgerlichen Zuverlässigkeit" erbringen können. Hier werden also als Beurteilungsgrund Möglichkeiten angeführt, auf die der Bewerber selbst gar keinen Einfluß hat, für die er aber trotzdem verantwortlich gemacht wird.

In die Reihe jener Maßnahmen, die dem Staate eine "legale Möglichkeit" geben sollen, gegen die Angehörigen der nationalen Volksgruppen vorzugehen, gehört ferner ein Antrag des tschechischen nationalsozialistischen Abgeordneten Kľofac, "**durch Namensänderung seine Verbundenheit mit der tschechoslowakischen Republik zu bekunden**". Dieses Gesetz stellt in seiner Textierung eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen dar, und würde in der Praxis jeglicher politischen und behördlichen Willkür Tür und Tor öffnen. Mit Recht verwies daher die sudetendeutsche Presse darauf, daß mit diesem Gesetz der Personennamen, im gewissen Sinne Ausdruck einer Persönlichkeit, deren Freiheit nach § 107 der tschechoslowakischen Verfassung gewährleistet wird, zu einem Politikum gemacht wird. Der gesetzlich normierte Begriff der "staatlichen Unverläßlichkeit" wird durch den neuen Antrag durch den weitergehenden Begriff der "staatlichen Unverbundenheit" ergänzt.

Das entscheidendste Gesetz, das fast das gesamte Sudetendeutschtum und neben ihm alle anderen Volksgruppen unter Ausnahmezustand stellt, ist das am 26. März 1936 eingebrachte Staatsverteidigungsgesetz. Das Gesetz sieht die Schaffung einer 25 km breiten Grenzzone vor, in der nicht nur zur Zeit der "**Wehrbereitschaft**" und in Kriegszeiten, sondern auch in **Friedenszeiten (!)** die Militärbehörden die letzte Entscheidung haben.

In der Grenzzone ist die vorherige Zustimmung der Militärverwaltung bei allen Arten von Bauten notwendig einschließlich der Wege und Wasserbauten, der Anlage von Transport-, Telegraphen und anderen Verständigungseinrichtungen, einschließlich der Bergwerke und der Errichtung von Betriebsstätten, die eine behördliche Genehmigung voraussetzen. Die Erteilung von Gewerbekonzessionen oder Schürfrechten hängt von der Zustimmung der Militärbehörden ab, die an sie bestimmte Bedingungen knüpfen können. Ferner steht den Militärbehörden das Recht zu, die Schlagung und Anpflanzung von Wäldern anzuordnen, ebenso die Schließung von Bergwerken. Sie können ferner eine Revision der Forstwirtschaftspläne beantragen und unter Umständen eine Schlagung anordnen, die im Interesse der Staatsverteidigung liegt. Wenn die Militärverwaltung es für notwendig erachtet, daß bei schon bestehenden Bauten oder Grubenwerken irgendwelche Veränderungen vorgenommen werden, ist der Besitzer verpflichtet, diese Veränderungen vorzunehmen oder zu gestatten, daß sie der Staat auf seine Kosten vornehme. Durch den Punkt 4 des § 34 ist dem Staat die Möglichkeit gegeben, sinngemäß auch für die anderweitige Verwendung der Bodenfläche in der Grenzzone die bisher genannten Bestimmungen anzuwenden. Der Punkt 6 desselben Paragraphen bestimmt, daß elektrische Starkstromleitungen in der Grenzzone, vor allem solche, die über die Staatsgrenzen hinausgehen, unterbrochen und ihre technischen Einrichtungen beseitigt werden können. Punkt 7 stellt eine neue Enteignungsbestimmung dar: "Wenn dies im Interesse der Staatsverteidigung dringend notwendig ist, können in der Grenzzone Liegenschaften für den Staat enteignet werden." Nach Punkt 8 desselben Paragraphen kann Ausländern der Aufenthalt in der Grenzzone nur noch mit Zustimmung der Militärverwaltung erteilt werden.

Das Wesentliche und Neue, das diese Bestimmungen über die Grenzzone von allen ähnlichen

Beispielen abhebt, ist die Tatsache, daß seit Inkrafttreten dieser weitgehenden Eingriffsrechte nicht etwa die aktuelle Bedrohung des Staates Voraussetzung ist, sondern daß diese Eingriffsrechte sofort nach der Gesetzgebung der Regierungsvorlage im tiefsten Frieden möglich sind.

Während der Zeit der Wehrbereitschaft können Männer und Frauen zwischen 17 und 60 Jahren zur persönlichen Dienstleistung herangezogen werden. Die Zuständigkeit der Gerichte wird beschränkt und den Militärbehörden in bestimmten Fällen unterstellt. Die wichtigste und für die Volksgruppen gefährlichste Bestimmung aber ist die über die "für Staatsverteidigung besonders wichtigen Betriebe". Sie werden besonders registriert. Sie dürfen nur von "staatlich zuverlässigen Personen" geleitet werden. Die "staatliche Unzuverlässigkeit" des Besitzers und Arbeitnehmers aber ist Enteignungs- und Entlassungsgrund! Da weder die Bestimmung über die zur Verteidigung notwendigen Betriebe noch über "staatliche Zuverlässigkeit" scharf umrissen sind, ist der Willkür der tschechischen Militärverwaltung Tür und Tor geöffnet, umso mehr, als die Einstellung zu diesem Gesetz vom Ministerpräsidenten zum **"Prüfstein der Loyalität zum tschechoslowakischen Staate"** erklärt worden ist.⁶²

Nach der seit Staatsgründung geübten Praxis galten als **"staatlich zuverlässig"** nur die Tschechen und die Slowaken, sofern sie einer "tschechoslowakischen" Partei angehörten. Alle anderen Volksgruppen werden trotz ihrer wiederholt bekundeten Loyalität als "unzuverlässig" angesehen und dementsprechend behandelt.

Daß von den Ausnahmebestimmungen vor allem die Angehörigen der fremden Volksgruppen betroffen sind, geht aus der folgenden Übersicht klar hervor.

I. Die Flächengröße in qkm.

	Gesamtfläche	Grenzzone (abgerundet)
Böhmen	52.062	21.000
Mähren-Schlesien	26.808	9.500
Slowakei	49.006	27.000
Karpathenrußland	12.617	11.000
Tschechoslowakei	140.493	68.500

Demnach ist fast ganz Karpathenrußland (87 v. H.) unter das Ausnahmegesetz gestellt. Es bleibt nur ein Kern von 1600 qkm von diesen Bestimmungen unmittelbar nicht berührt. Von der Slowakei entfallen 55 v. H. auf die Grenzzone. In Mähren-Schlesien, das übrigens fast so groß ist wie die Grenzzone in der Slowakei, sind 35 v. H., in Böhmen 40 v. H. zum Ausnahmegebiet erklärt. Das ergibt also 49 v. H. der gesamten Staatsfläche.



Das deutsche Sprachgebiet unter dem Ausnahmegesetz.

Der Anteil der Bevölkerung wird aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

II. Die Bevölkerungsverteilung.

	Gesamtbevölkerung	in der Grenzzone
Böhmen	7,109.376	2,900.000
Mähren-Schlesien	3,565.010	1,413.000
Slowakei	3,329.793	1,580.000
Karpathenrußland	725.357	580.000
Tschechoslowakei	14,729.536	6,473.000

Bei der besonderen nationalpolitischen Struktur der Bevölkerung des tschechoslowakischen Staates und der Lage ihrer Siedlungsgebiete ergibt sich, daß fast alle Angehörigen der nationalen Volksgruppen unter das Ausnahmegesetz gestellt sind, was ja den eigentlichen Sinn der neuen Staatsverteidigungsmaßnahmen darstellt.

In Böhmen schließt die Grenzzone 2,900.000 von 7,109.376 Einwohnern ein, das sind 41 v. H. Ihrer Nationalität nach sind es über 2 Millionen Sudetendeutsche und 850.000 Tschechen. Das bedeutet also, daß nur 13 v. H. der deutschen Bevölkerung **außerhalb** und nur 18 v. H. der tschechischen Bevölkerung **innerhalb** der Grenzzone lebt.

In Mähren-Schlesien leben von den 823.730 deutschen Einwohnern 480.000 und von den 2,616.969 tschechoslowakischen rund 765.000 in der Grenzzone, das sind 60 bzw. 29 v. H. Fast ausnahmslos in der Grenzzone wohnen die Angehörigen der 89.126 Seelen zählenden polnischen Volksgruppe.

In der Slowakei umschließt die Grenzzone von insgesamt 3,329.793 Einwohnern rund 100.000 Karpathendeutsche, 940.000 Slowaken und rund 540.000 Madjaren, das sind 68, bzw. 40, bzw. 98 v. H.

Rund 580.000 Einwohner ruthenischer, madjarischer und jüdischer Nationalität, darunter ferner 10.000 Karpathendeutsche, besiedeln also die Grenzzone Karpathenrußlands.

Demnach ergibt sich folgende interessante Übersicht:

III. Länder- und Völkerübersicht.

	Zahlen der Bewohner		
Nationalität	<i>insgesamt</i>	<i>davon fremde</i>	<i>Staatsangehörige</i>
Böhmen	<i>insgesamt</i>	<i>Staatsangehörige</i>	<i>in der Grenzzone</i>
deutsch	2,326.090	55.147	2,050.000
tschechoslowakisch	4,732.070	18.704	850.000
Mähren-Schlesien			
deutsch	823.730	23.735	480.000
tschechoslowakisch	2,616.969	21.435	851.000
polnisch	89.126	9.676	82.000
Slowakei			
deutsch	154.821	7.320	100.000
slowakisch	2,373.054	27.145	940.000
ungarisch	592.337	20.349	540.000
Karpathenrußland			
deutsch	13.804	555	10.000
russisch	456.925	4.009	390.000
ungarisch	115.804	633	90.000

Daß die Vertreter der einzelnen Volksgruppen im Prager Parlament gegen jene Bestimmungen des Staatsverteidigungsgesetzes, die der Militärverwaltung unumschränkte Eingriffsmöglichkeiten in das private Eigentumsrecht einräumen, ernste Bedenken erhoben haben, wird man verstehen, wenn man - von den gesetzlichen Bestimmungen abgesehen - auf die tieferstehende Tabelle blickt:

VI. Der Anteil der Volksgruppen.

Volksgruppe	Gesamtstärke	In der Grenzzone wohnen	
Sudetendeutsche	3,318.445	2,640.000	d. s. 80 %
Tschechen	7,077.979	1,701.000	} 27 %
Slowaken	2,678.625	940.000	
Polen	100.322	82.000	} 98 %
Russen	568.941	390.000	
Ungarn	719.569	630.000	

Da die amtliche Statistik nur eine "tschechoslowakische" Nation kennt, sind als "Tschechen" die "tschechoslowakischen" Bewohner Böhmens, Mährens und Schlesiens und als "Slowaken" die "tschechoslowakischen" Bewohner der Slowakei angegeben. Die Zahlen entsprechen aber annähernd der tatsächlichen Bevölkerungsstärke der beiden Volksgruppen. Von den anderen Volksteilen, die in dieser Tabelle nicht angeführt sind, siedeln 90.000 in der Grenzzone.

Obwohl dieses Gesetz schon tief in die bisherigen Rechtsverhältnisse im Grenzgebiet eingreift und den Militär- und Staatsbehörden unter Vorwand des Staatsinteresses der präventiven Verteidigung die Möglichkeit bietet, die inneren nationalpolitischen Ziele zu verwirklichen, so wurden eine Reihe weiterer Sonderbestimmungen getroffen, die sich ganz offenkundig gegen das Sudetendeutschtum richten.

So wurden also eine Reihe von Gesetzen und Erlassen wirksam, die zwar mit Staatsnotwendigkeit begründet wurden, die aber eine deutliche Spitze gegen die einzelnen nationalen Volksgruppen tragen. Indem man nun Teile der Volksgruppen als staatlich unzuverlässig hinstellt, leitet man also aus einer Pauschalverdächtigung das Recht ab, die gesamte Volksgruppe unter Ausnahmezustand zu stellen mit dem Ziele restloser Entnationalisierung der Menschen und des Bodens. Denn diesem Ziele dient es, wenn die Grenzgebiete mit staatlich zuverlässigen Elementen, das sind die Tschechen, durchsetzt werden und die wichtigsten Betriebe und weite Flächen des Grundbesitzes in tschechoslowakischen Staats- und Volksbesitz übergeführt werden. In dieser Form aber erfolgt die "Sicherung" des Grenzgebietes. Es sind also die alten nationalstaatlichen Ziele, die unter, sagen wir zeitgemäßen, Begründungen verwirklicht werden sollen. Die amtlichen Versicherungen, daß alle Gesetze und Maßnahmen wirklich nur aus der gespannten europäischen Situation zur Sicherung des tschechoslowakischen Staates geschaffen wurden und sich nicht gegen eine Rasse, Konfession oder Minderheit richten, erfahren einwandfreie Widerlegung durch die Praxis, denn es laufen täglich Meldungen ein, daß deutsche Arbeiter und Beamte von ihren Arbeitsplätzen vertrieben, daß deutschen Firmen staatliche Lieferungsaufträge entzogen und deutsche Grundstücke enteignet werden.⁶³

So wurden aus den chemischen Werken in Aussig fast alle deutschen Staatsangehörigen entfernt, deutsche Bergarbeiter an der Einfahrt in den Schacht gehindert usw. Wie die staatlichen Bestimmungen ferner mißbraucht werden, zeigt ein Wahlaufruf in den Prager Kolben-Danek-Fabriken, der da lautet:

"Die heutigen Wahlen in den Betriebsausschuß haben auch deshalb eine besondere Bedeutung, weil sie einige Tage nach der Durchberatung des Gesetzes zur Staatsverteidigung im Parlamente stattfinden. Es ist kein Geheimnis, daß auch der Kolben-Danek-Konzern unter jene Unternehmen gehört, die Gegenstände für die Staatsverteidigung herstellen. Darum muß die Parole für jeden anständigen tschechischen Arbeiter lauten:

Meine Stimme gebe ich nur staatlich verlässlichen Kandidaten... Alle Stimmen staatlich verlässlicher Arbeiter gehören der Kandidatenliste Nr. 1..."

Die Liste 1 aber ist die Liste der tschechischen Linksparteien. Dieser Aufruf hat im ganzen Staate Schule gemacht und wird bei allen Betriebsratswahlen nachgeahmt. Indem sich die deutschen und tschechischen Linksparteien als "staatlich verlässliche Parteien" bezeichnen, diffamieren sie zugleich die anderen nichtmarxistischen Gruppen als "staatlich unzuverlässig", womit sie ihre Auflösung und die Entfernung ihrer Mitglieder aus den Betrieben erreichen wollen.



So stehen alle diese Maßnahmen im Dienste der tschechischen Nationalstaatspolitik und werfen ein grelles Schlaglicht auf die tatsächliche Volksgruppenbehandlung im demokratischen Humanitätsstaat an der Moldau.

Überall dort, wo der Staat als Arbeitgeber in Erscheinung tritt, in der Verwaltung, beim Heer, bei Bahn, Post, Steueramt, Gericht, in der Finanzverwaltung, im Sicherheitsdienst, überall wird das deutsche Element planmäßig zurückgedrängt. Gleichzeitig aber wird die Neuaufnahme junger Sudetendeutscher in den Staatsdienst so gut wie unmöglich gemacht.⁶⁴

An die Stelle der vertriebenen deutschen Beamten und Arbeiter kamen in den allermeisten Fällen zumeist verheiratete und kinderreiche tschechische Arbeiter- und Beamtenfamilien, die zur Erfüllung ihrer Kolonisationsaufgabe außerdem noch eine besondere Grenzlerzulage erhalten.

Nicht anders liegen die Dinge in der Privatwirtschaft, wo das tschechische Kapital entscheidenden und mitbestimmenden Einfluß gewonnen hat. Die Einführung des Tschechischen neben dem Deutschen als Geschäftssprache hat zum Abbau deutscher und Einstellung tschechischer Beamter geführt. Bei der Neueinstellung in utraquistischen Betrieben wurden vorwiegend tschechische Arbeiter aufgenommen, während bei Entlassungen immer nur deutsche Arbeiter um ihren Arbeitsplatz kamen.⁶⁵

Durch die Verlegung der Direktionen der großen Industrieunternehmen und ihrer kaufmännischen Abteilungen nach Prag gingen weitere Hunderte Arbeitsplätze dem Sudetendeutschtum verloren. Dazu kommen die Produktionsverlegungen aus dem deutschen Gebiet, die deutsche Arbeiter um Arbeit und Brot bringen.⁶⁶

Der tschechische Angriff richtet sich aber nicht nur auf die Arbeitsplätze in Staat und Wirtschaft, sondern auch in den freien Berufen.

Ein tschechischer Hochschulprofessor (der seinen Namen verschweigt) behandelt in den Nar. Listy (Nr. 274 vom 8. Oktober 1934) die Frage, ob die Tschechen in großer Zahl die Hochschulen besuchen sollen, welche Frage er selbstverständlich bejaht. Interessant ist seine Begründung:

Auf dem Gebiete der tschechoslowakischen Republik sind 7394 Ärzte tätig (Zahnärzte und subalterne Anstaltsärzte nicht mitgerechnet). Von diesen Ärzten sind 4190 Tschechoslowaken (56%) und 3204 Deutsche (44%). Nach dem Nationalitätenverhältnis der Bevölkerung sollen 5200 Ärzte Tschechoslowaken und bloß 2200 Ärzte Deutsche sein. Wenn auf das Anwachsen der Bevölkerung in 20 Jahren Rücksicht genommen würde, dürfte in die Ärztekammer kein einziges deutsches Mitglied aufgenommen werden, damit das Nationalitätenverhältnis eingehalten werde. Das verlangt der tschechische anonyme Professor. Übrigens weiß heute noch kein Mensch, wie das Nationalitätenverhältnis in 20 Jahren sein wird. Vielleicht wird es sich nicht sehr zugunsten der Tschechen ändern, bei denen ja ebenso wie bei den Deutschen der Geburtenüberschuß immer kleiner wird.

Nach den Ländern ist das Zahlenverhältnis der tschechoslowakischen und der deutschen Ärzte (hier werden auch Zahnärzte berücksichtigt) folgendes: In Böhmen sind insgesamt 6102 Ärzte tätig, darunter 3748 Tschechen. Die tschechischen Ärzte bilden 60%, die deutschen 40%. Mähren-Schlesien hat 2367 Ärzte, darunter 1459 Tschechen. Diese bilden 62%, die Deutschen und die anderer Volkszugehörigkeit 38%. In der Slowakei und in Karpathenrußland wirken 1957 Ärzte, darunter 681 Tschechen und Slowaken. Diese bilden 35%, die Deutschen, Magyaren und sonstigen 65%.

Weiter gibt der Verfasser die Zahlen der Rechtsanwälte (Mitglieder der Advokatenkammern) an, und zwar: Böhmen hat 2500 Advokaten; von diesen sind 59% Tschechen und 41% Deutsche. Mähren-Schlesien hat 725 Advokaten; von diesen sind 60% Tschechen und 40% Deutsche. In der Slowakei sind 1136 Advokaten, darunter 26% Tschechen und Slowaken sowie 74% Deutsche, Magyaren und andere. In Karpathenrußland sind 168 Advokaten, darunter 4% Tschechen und Slowaken, 20% Ruthenen sowie 76% Magyaren und Juden. Insgesamt gibt es in der Tschechoslowakei rund 4530 Advokaten; darunter sind 51% Tschechen und Slowaken. Es sind also - meint der Verfasser - um 840 tschechische und slowakische Advokaten zu wenig.

Die Ingenieurkammer, fährt der Verfasser fort, hat insgesamt 1547 Mitglieder, darunter 68% Tschechen und Slowaken, das sind um 2% weniger, als dem Nationalitätenverhältnis entsprechen würde. Böhmen hat 982 Ingenieure, darunter 72% Tschechen. In Mähren-Schlesien gibt es 332 Mitglieder in der Ingenieurkammer, darunter 58% Tschechen und Slowaken. In der Slowakei und in Karpathenrußland gibt es 261 Ingenieure, darunter 64% Tschechen und Slowaken.

Dann macht der Verfasser darauf aufmerksam, daß viele deutsche und magyarische Ärzte, Advokaten und Ingenieure in rein tschechischen und vorwiegend tschechischen Gebieten tätig sind. "Unsere Leute", erklärt er wörtlich, "stellen sich nicht vor, in welche Gefahr wir uns stürzen, wenn wir diesen Zustand noch weiter zu Ungunsten der tschechischen Intelligenz verschlechtern." Der Verfasser verlangt, daß die tschechische Jugend nicht vom Hochschulstudium abgehalten werden soll, und daß die Kammern den tschechischen Adepten den Eintritt in den Beruf nicht erschweren, sondern im Gegenteil das Nationalitätenverhältnis in den Kammern zu Gunsten der Tschechen regulieren sollen.

Von diesem Blickwinkel aus gesehen wird auch der Zweck der Benachteiligung der deutschen Hochschüler an der Prager und Brüner Hochschule klar erkenntlich. Indem man den deutschen Studenten die Studienmöglichkeiten nimmt, auf der anderen Seite durch ausreichende Stipendien das Studium junger Tschechen fördert, hofft man, das Rechtsanwält-, Ingenieur- und Ärztegebiet im deutschen Siedlungsraum zu erhalten. Obwohl die deutschen Studenten 25% der gesamten staatlichen Hochschülerzahl erreichen, entfallen auf sie nur 8,91 v. H. der Subventionen. Die Zurücksetzung der deutschen Hochschüler gegenüber den tschechischen kommt in den fast unglaublich erscheinenden Ziffern zum Ausdruck: 91 : 9 ist eine Proportion bei der Zuwendung staatlicher Mittel für die sozialen Zwecke der deutschen Studentenschaft. Wenn man bedenkt, daß das Masaryk-Kolleg in Prag bei 870 Inwohnern 558.000, das Hlavka-Kolleg bei 220 Inwohnern 267.450 und das Svehla-Kolleg bei 287 Inwohnern 150.620 Kc erhalten, so ergibt dies bei diesen drei tschechischen Kollegienhäusern allein, bei 1377 Inwohnern, einen Betrag von 976.000 Kc. Dazu kommt aber noch das Budeckolleg, das bei 250 Inwohnern 200.200 Kc, die studentische Kolonie auf dem Belvedere, die bei 580 Inwohnern 57.000 Kc erhält, so daß der Betrag von - sage und schreibe - 11.000 Kc, der den drei deutschen Studentenheimen mit ihren 860 Inwohnern zugewiesen wird, wie eine Lächerlichkeit anmutet und bei den Studenten begreiflicherweise das Gefühl der tiefsten Zurücksetzung erwecken muß.

So ist denn der Kampf um den Arbeitsplatz in der Tschechoslowakei weniger ein soziales als ein nationales Problem. Die Mittel, die in diesem Kampf von den Tschechen angewendet werden, sind

vielgestaltig und lassen sich kaum erschöpfend darstellen. In ihrer Wirkung sind sie aber alle gleich. Sie führen zu einer Verdrängung der Deutschen, und ihre Existenz dient der Tschechisierung des geschlossenen deutschen Siedlungsraumes.



Anmerkungen:

53 So gibt es z. B. in dem bekannten sudetendeutschen Radiumkurort Joachimsthal eine staatliche Tabakfabrik, die 1862 als eine Art Notstandsbau erreicht wurde. Vor dem Kriege lebten in Joachimsthal 2 tschechische Familien. Heute gibt es dort **700 Tschechen**, die meist in der Fabrik beschäftigt sind. Bei der letzten Arbeitereinstellung sind 7 Tschechen und 1 Deutscher eingestellt worden. Dabei hat St. Joachimsthal 8000 Deutsche und 700 Tschechen! - In dem zu 95% aus Deutschen bestehenden Bezirk Jägerndorf war der Tabakhauptverlag seit 1894 in der Hand eines deutschen Verlegers. 1935 wurde ihm gekündigt und bei der Notvergebung wurde ein Tscheche aus Prag an seine Stelle gesetzt. (Zeit.) [...zurück...](#)

54 In Strobnitz-Brünnl wurde der Postverkehrsdienst bisher von deutschen Ortsansässigen versehen. Dieser Postverkehrsdienst gelangte nun neuerlich zur Vergebung, aber von den 5 deutschen Bewerbern, die ihre finanziellen Forderungen auf das Mindestmaß von jährlich 4800 Kc (etwa RM 480.—) herabsetzten und unter denen sich sogar ein Kriegsinvalide befand, wurde keiner berücksichtigt. Im Juli 1936 trat jedoch ein Tscheche aus einer anderen Gegend den Dienst an und es verlautet, daß er eine höhere Entlohnung erhalte als die deutschen Bewerber verlangt hatten. (S. P. B.) [...zurück...](#)

55 Wie es gemacht wird, soll, ein Beispiel für die unzähligen, die folgende Veröffentlichung des Grenzlerblattes *Straz Naroda* zeigen. Es schrieb Anfangs September 1936: "Dem Stationsamt in W. wurde für einen deutschen Angestellten wiederum ein Deutscher zugeteilt. Die Ortsorganisation der *narodni jednota severocesca* hatte die entsprechenden Ämter ersucht, nach W. bei Tetschen einen Tschechen zu versetzen. Dieser Herr kam in das Postamt W. und forderte in deutscher Sprache Postwertzeichen. Als er von dem Postbeamten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er als Staatsbeamter in einem staatlichen Amte tschechisch zu sprechen habe, antwortete er frech:... weitere Briefmarken verlangte er wieder deutsch und provokativ mit deutschem Gruße verließ er das Amt. Wir können diesen Vorfall umso weniger verschmerzen, als hier in dieser vollkommen deutschen Gegend vor kurzem eine tschechische Schule gegründet wurde, welche an Mangel tschechischer Kinder leidet. Als die Orts-Org. der NJS. erfahren hatte, daß eine Stelle frei wird, stellte sie durch die Zentrale der NJS. sofort in Prag das Verlangen, man möge nach W. nur tschechische Angestellte mit schulpflichtigen Kindern versetzen." - Diese Notiz genügt, um dem denunzierten deutschen Beamten die größten Schwierigkeiten zu bereiten. [...zurück...](#)

56 Ein typischer Fall, der zugleich die nationale Einstellung der tschechischen Sozialdemokraten zeigt: In Kosten sollte es zur Neubesetzung der erledigten Schuldiennerstelle an der deutschen Volksschule kommen. Obwohl deutsche Bewerber, die den gestellten Bedingungen vollauf entsprachen, in großer Zahl vorhanden waren, erhielt die Stelle ein Tscheche. Vergebens wiesen die deutschen Vertreter darauf hin, daß es wohl eine Selbstverständlichkeit sei, an einer deutschen Schule auch einen deutschen Schuldienner anzustellen, der tschechische Bewerber wurde auf Grund seiner Legionärstätigkeit vorgezogen.

An zweiter aussichtsreicher Stelle für die Besetzung des Postens stand ein deutscher Sozialdemokrat, der bisher das Amt des Schuldienners provisorisch zu vollster Zufriedenheit aller ausgeübt hatte. Wer aber nun glaubt, daß wenigstens die tschechischen Sozialdemokraten für ihren deutschen Genossen gestimmt hätten, der irrt sich gründlich; der Großteil der tschechischen Marxisten stimmte für den tschechischen Volksgenossen.

Die deutschen Parteien brachten zwar sofort einen Rekurs ein, begründet damit, daß der neubestellte tschechische Schuldiener wegen Sittlichkeitsdelikten vorbestraft ist, aber vor kurzem kam der Bescheid aus Prag, daß dem Rekurs nicht stattgegeben sei. Wie man hört, hat sich der Postmeister von K., Mitglied der *Jednota* und der Legionärgemeinde, persönlich dafür eingesetzt. Die deutschen Parteien legten daraufhin neuerlich Rekurs ein. Der deutsche Sozialdemokrat, der jetzt Kraft "internationaler Solidarität" mit einer Frau und zwei kleinen Kindern vor dem Nichts steht, wird dies seinen Genossen zu danken wissen. (*Reichenberger Zeitung* vom 24. 4. 1935.) - Vom Verband der deutschen Staatsangestelltenvereinigungen in der CSR. in Aussig, Dr.-Doranth-Str. 10, werden an Bewerber, die um eine Stelle einreichen, Zuschriften gesandt, in denen es in den letzten Zeilen wörtlich heißt: "Es wird aufmerksam gemacht, daß nach den gemachten Erfahrungen diejenigen Bewerber vergeblich einreichen, die der aufgelösten DNSAP. angehörten oder der SdP. als Mitglieder angehören..." [...zurück...](#)

57 *Sudetendeutsche Wirtschaftskorrespondenz*, Folge 6. [...zurück...](#)

58 In den Karpathenländern betrug die ungarische Minderheit etwa 17%, vertreten war sie hier bei der Post mit nur 4,6, bei der Eisenbahn mit 6,4%, in der Staats- und öffentlichen Verwaltung mit 6,3%, in der übrigen öffentlichen Verwaltung (auch Kirche) mit 16,6 und im Schulwesen nur mit 11,9%. [...zurück...](#)

59 Als Beispiel für Hunderte: In Einsiedl bei Marienbad wurde ein Regierungskommissar eingesetzt, der gleichzeitig Obmann des Tschechisierungsvereins "*Severocesko jednota*" ist. Bei seinem Amtsantritt veröffentlichte der *Cesky dennik* einen Plan zur Stärkung des "staatserhaltenden" Elementes ebendort. Es wird vorgeschlagen, daß Postdirektion und Gendarmeriekommando nach Einsiedl kinderreiche Angestellte entsenden sollen, damit Schüler für eine tschechische Schule vorhanden seien. Dann wird gefordert, daß die Mineralwasserfirma Lanz und Zajic im benachbarten Orte Grün wenigstens zwei tschechische Familien in ihrem Unternehmen beschäftigen und einen tschechischen Verwalter anstellen soll. In Einsiedl selber könnte ein tschechischer Arzt gut existieren, der gleichzeitig die Zahnpraxis ausüben würde. Es könnte dort auch an Stelle des bisherigen deutschen Arztes ein tschechischer Amtsarzt bestellt werden. Eine tschechische Familie könnte das Gasthaus der Egerer Bierhalle pachten. Die Räumlichkeiten der ehemaligen Brauerei wären wahrscheinlich billig zu kaufen. Dort könnte eine Konservenfabrik eingerichtet werden. In solcher Weise arbeiten die Tschechen in vielen deutschen Orten mit großem Erfolg. - In der Stadt Kratzau erhielten die deutschen Parteien bei der letzten Wahl 75% aller Stimmen. Als Regierungskommissar wurde der tschechische Forstrat Hanel eingesetzt, der sich in folgender Weise betätigte: Zunächst stellte er ohne jedwede Ausschreibung einen tschechischen Konzeptsbeamten an. Als in der rein deutschen Gemeinde Göllnitz die Trinkwasserquellenfassungen erneuert werden mußten, wurden diese und auch andere Arbeiten an tschechische Firmen vergeben, die nur tschechische Arbeiter beschäftigen. Nicht einmal den Posten eines Austrägers der Lichtrechnungen beim Elektrizitätswerk konnte er einem deutschen Arbeitslosen lassen und ersetzte ihn durch einen Tschechen... (*Zeit.*) [...zurück...](#)

60 *Sudetendeutsche Pressebriefe*, II. Jahrgang, 27. 1. 1936. [...zurück...](#)

61 *Sudetendeutschland*, Wien, 17. Jahrgang, Februar/Märzfolge 1936. [...zurück...](#)

62 Ein kleines Beispiel: Am 10. 9. 36 wird in der Prager Zeitung *Bohemia* aus Komotau gemeldet: "Wie in anderen Gebieten der Republik werden auch bei uns militärische Bauten in Angriff genommen. Die Art und Weise aber, wie dies durchgeführt wird, gibt doch zu Bedenken Anlaß. Es ist vorgekommen, daß der Landwirt früh auf sein Grundstück kam, wo Militärpersonen und Gendarmen bereits eingetroffen waren, ein Stück des Feldes bereits abgesteckt hatten oder im Begriffe waren, es abzustecken, und dem Eigentümer mit dem Bemerkten, daß es sich um Arbeiten

militärischen Charakters handle, den Zutritt verboten. Der Eigentümer war nicht verständigt worden, ein Enteignungsverfahren überhaupt nicht eingeleitet." [...zurück...](#)

63 In Landskron wurden in der dortigen Tabakfabrik zahlreiche Arbeiter wegen ihrer Gesinnung gemäßregelt. Einige Arbeiter, die der aufgelösten Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehört hatten, wurden ausgesperrt und zwar auf die Dauer von dreißig, zwölf, neun und sechs Monaten. Einige Frauen, die Mitglieder der völkischen Tabakarbeiter-Gewerkschaft waren, wurden ebenfalls ausgesperrt und zwar auf eine Zeitdauer von 2 Tagen bis 4 Wochen. Da nun die meisten aus Angst, noch schärfer bestraft zu werden, keine Rechtsmittel ergriffen, stehen sie dieser Maßnahme völlig schutzlos gegenüber und wissen nicht, wovon sie in dieser Zeit ihr Leben fristen sollen.

Dieser Vorfall hat grundsätzliche Bedeutung: Arbeiter, denen keine staatsfeindliche Betätigung vorgeworfen wird, ja, auch solche, die nicht einmal politisch tätig waren, sondern nur von dem ihnen zustehenden und verfassungsmäßig gewährleisteten Recht der freien Wahl ihrer Gewerkschaft Gebrauch machten, verlieren nun, wenn auch bloß zeitweise, Arbeit und Brot. *Die Front*, 16. 5. 1936. [...zurück...](#)

64 Das *Ceske slovo* brachte nach einer Meldung der Rumburger Zeitung vom 31. 1. 1935 eine Notiz, daß von einer bedeutenden Anzahl länger dienender Unteroffiziere, die sich zum Eintritt in die Gendarmerie gemeldet hatten, nur ein ganz geringer Hundertsatz aufgenommen wurde. Die Zurückgewiesenen erhielten den ablehnenden Bescheid mit oft merkwürdigen Begründungen. So wurde dem einen abgelehnten Gesuchsteller vorgehalten, daß er eine angehende Glatze habe, während wieder bei einem anderen die schlechten Zähne bemängelt wurden. Das Höchste leistete sich die hier zuständige Amtsstelle mit der Begründung, der Bewerber sei abzulehnen, weil seine Base eine Deutsche sei. - Die *Deutsche Landpost* vom 14. 2. 1935 meldet: "In Nr. 3 der tschechischen tierärztlichen Fachschrift *Obzor* ist auf Seite 60 der Konkurs für die Besetzung des Postens des Verwalters des Markt- und Veterinärwesens in Znaim ausgeschrieben. Der Schlußsatz des 3. Absatzes lautet: Bewerber tschechischer Nationalität mit längerer Praxis bei einer Selbstverwaltung oder im Staatsdienste werden bevorzugt." In den Staatsdienst wurden seit dem Umsturze zur Aufrechterhaltung des Standes von 53 Veterinären in Mähren und Schlesien bis heute 16 Veterinäre aufgenommen, durchwegs Angehörige der tschechischen Nationalität. Freilich entzieht sich die Staatsverwaltung jeder Beurteilung der Qualität der Bewerber, da bisher kein einziger Posten ausgeschrieben, sondern ganz einfach in kurzem Wege besetzt wurde. Wenn schon in einer Stadt wie Znaim Bewerbern tschechischer Nationalität ganz offen der Vorzug vor anderen Bewerbern zugesagt wird, wo sollen dann deutsche Anwärter eine Anstellung suchen? [...zurück...](#)

65 In einem Aussiger Großbetrieb (Chemische Fabrik), der auf Betreiben tschechischer Grenzorganisationen einen tschechischen Personalreferenten erhielt, wurde, wie die *Sudetendeutsche Tageszeitung* vom 3. 2. 1935 meldet, vor einiger Zeit das Gerücht ausgestreut, daß demnächst alle deutschen Arbeiter entlassen würden. Die Arbeiterschaft maß vorerst diesen Gerüchten keine Bedeutung bei. Kurz darauf wurden jedem Arbeiter und Angestellten des Werkes beim Verlassen der Fabrik Zettel überreicht, auf denen sie angeben mußten, zu welcher Nationalität sie sich bekennen. Nun war es für die meisten Arbeiter klar, zu welchem Zwecke vorher die Gerüchte über die Entlassung deutscher Arbeiter ausgestreut worden waren. Daraufhin haben zahlreiche deutsche Arbeiter aus Sorge um ihr Brot sich als Tschechen bekannt, obwohl sie kein Wort Tschechisch verstehen. An diesem Beispiel erweist es sich, welche Methoden angewendet werden, um die Bestimmungen des Terrorgesetzes zu Entnationalisierungszwecken zu umgehen. Es werden Gerüchte ausgestreut, deren Quelle unkontrollierbar bleibt, dann werden Erhebungen über die Nationalität veranstaltet, obwohl die Nationalität der Arbeiter längst in den Werkskartotheken festgehalten ist. [...zurück...](#)

66 In Wolfsdorf bei Müglitz wurde die neugegründete Papierfabrik, deren Besitzerin die "Lukawetzer Papierfabrik in Prag G. m. b. H. (vormals Aron)" ist, in Betrieb gesetzt und deutsche und tschechische Arbeitskräfte aufgenommen. Mit der Tatsache, daß selbstverständlich auch deutsche Arbeiter bei der Aufnahme berücksichtigt wurden, kann sich die *Narodni Jednota* nicht abfinden. Sie protestierte dagegen und erklärte, daß überall im Staate, wo und in welchem Unternehmen es auch sei, unbedingt der tschechische Arbeiter gegenüber dem deutschen Arbeiter den Vorzug erhalten müsse. Die Firma hätte deshalb erst alle tschechischen Arbeiter berücksichtigen müssen, bevor sie auch deutsche aufnahm. [...zurück...](#)



2. Die deutschen Bodenverluste durch die tschechoslowakische Bodenreform

In fast allen europäischen Staaten, die Versailles und St. Germain ihre Entstehung oder Vergrößerung zu verdanken haben, wurde nach dem Friedensschluß eine Neuverteilung der Besitzverhältnisse an Grund und Boden vorgenommen. **Es ist eine charakteristische Erscheinung der Bodenreformen in all diesen Staaten, daß sie zwar als eine für die Innenkolonisation und zur Neubildung landwirtschaftlicher Betriebe notwendig gewordene soziale und wirtschaftliche Maßnahme deklariert wurden, sich aber überall als eine gesetzlich sanktionierte Enteignung landwirtschaftlichen Siedlungsbodens der fremdnationalen Volksgruppen in den neuen "Nationalstaaten" entpuppten.**

Scriptorium merkt an:
Mehr zum Thema
tschechische Bodenreform
finden Sie [hier!](#)

Wie es das Streben der Tschechen war, in den Besitz der sudetendeutschen Industrie zu gelangen, so war es in gleichem Maße ihr Sinnen und Trachten, in den Besitz sudetendeutschen Grundes und Bodens zu kommen. Schon seit Jahrzehnten wurde von den Tschechisierungsvereinen der Ankauf deutschen landwirtschaftlichen Bodens systematisch betrieben, vornehmlich an der Sprachengrenze.

Der eigene Staat bot den Tschechen nunmehr die Möglichkeit, die Machtmittel des Staates in den Kampf um den Siedlungsraum zu stellen. Durch das Bodenbeschlagnahmengesetz vom 16. April 1919 wurde der Raub an fremdem nationalen Boden sanktioniert. **Die tschechoslowakische Bodenreform gehört nach der bolschewistischen Bodenverteilung zu den einschneidendsten Eingriffen in das Privateigentum.** Jeder über 150 ha große landwirtschaftliche Besitz und jeder über 250 ha große land- und forstwirtschaftliche Besitz wurde beschlagnahmt und zur Aufteilung bestimmt. Die bisherigen Besitzer hatten lediglich Anspruch auf land- und forstwirtschaftlichen Besitz in dem eben angegebenen Umfang von 150 bzw. 250 ha. Für den übernommenen beschlagnahmten Besitz wurde eine Entschädigung gezahlt, die den Bodendurchschnittspreisen der Jahre 1913 bis 1915 entspricht, wobei jedoch eine Aufwertung gesetzlich verboten wurde. Außerdem erhielten die Besitzer nur einen Teil der Entschädigungssumme bar ausgezahlt. Der größte Teil wurde ihnen in Staatspapieren überreicht. Als Bewerber für den aufzuteilenden Boden kamen in erster Linie der Staat, der das alleinige Anforderungsrecht hatte, in Frage, ferner physische Personen, unter denen die tschechischen Legionäre den Vorzug hatten.

Schon diese beiden Bestimmungen zeigen die Tendenz der Bodenreform und Wälderverstaatlichung. Durch die Bestimmung des Gesetzes, daß der Boden von Personen, welche "während des Krieges eine feindliche Haltung gegen das tschechische Volk" eingenommen hätten, ohne Entschädigung enteignet werden könnte, beweist klipp und klar, daß es sich hier entgegen den Amnestiebestimmungen des Friedensvertrages um einen Racheakt handelt und damit eine planmäßige Entgüterung der nichttschechischen Volksgruppen durchgeführt werden sollte. Die Motivenberichte und die von den tschechischen Politikern gehaltenen Reden widerlegen die tschechischen Versicherungen, dem Völkerbund und

der europäischen Öffentlichkeit gegenüber, daß die Bodenreform eine unpolitische, rein soziale Maßnahme darstellt. Der Generalreferent über das Gesetz, der tschechische Abg. Binovec, tschechischer Sozialdemokrat, hat in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. April 1920 ausdrücklich bemerkt, die Bodenreform sei ein Akt "**der Wiedergutmachung des Unrechts und der Sünden, die der Adel in der Schlacht am Weißen Berg an unserer Nation begangen hatte**". Auf dem Parteitag der tschechischen Nationaldemokraten vom 27. III. 1922 begründete das Mitglied des Verwaltungsausschusses des Bodenamtes K. Kral die Bodenreform damit, daß der Boden überführt werden müsse, "in die Hände von der Nation und dem Staat treuen Leuten..... und damit das Unrecht wieder gut gemacht werde, das die Premysliden dadurch begangen haben, daß sie den deutschen Kolonisten Grund und Boden gaben und insbesondere durch die grausame Konfiskation nach der Schlacht am Weißen Berge...." ⁶⁷.

Und so ließen sich eine Reihe von Aussprüchen maßgebender tschechischer Politiker, aber auch Funktionäre des staatlichen Bodenamtes, die für eine unparteiische und tendenzlose Durchführung der Bodenreform sorgen sollten, anführen, die unumwunden zugeben, daß es den Tschechen bei der Durchführung der Bodenreform **weniger darum ging, eine soziale Reform, sondern vielmehr eine nationale Aktion durchzuführen.**



a) Bodenverteilung in den Sudeten- und Karpathenländern vor der Bodenreform

Vor der Bodenreform zeigte die Verteilung des bäuerlichen Bodens und Besitzes folgendes Bild:

Länder	Zwergbesitz		Kleinbesitz		Mittelbesitz		Großgrundbesitz
	unter 1 ha	1 - 5 ha	5 - 10 ha	10 - 50 ha	50 - 100 ha	über 100 ha	
Sudetenländer	868.915	1,358.368	103.497	146.773	4.181	2.308	
Karpathenländer	ein Joch ¹	1 - 5 Joch	5 - 20 Joch	20 - 200 Joch		über 200 Joch	
	98.000	169.000	207.000	49.000		5.443	

¹1 Joch = 0,575 ha.

Der bäuerliche Besitz in den Sudetenländern umfaßte eine Fläche von 2,521.734 ha oder 21,4% der Gesamtfläche dieser Länder. Dagegen betrug der Anteil des Großgrundbesitzes an der Gesamtfläche dieser Länder 2,688.403 ha oder 36,99%. Diese Bodenverteilung ließ bereits vor dem Kriege auf deutscher und tschechischer Seite die Rufe nach einer Verkleinerung des Großgrundbesitzes und Aufteilung des Bodens an Neusiedler oder Kleinbauern laut werden, wodurch man der Landknappheit für die Neubildung bäuerlicher Betriebe und der dadurch zum Teil bedingten Landflucht zu steuern hoffte.

In den Karpathenländern war das Verhältnis zwischen bäuerlichem und Großgrundbesitz noch krasser. Hier befanden sich 4,467.983 Joch Grund und Boden in den Händen des Großgrundbesitzes und nur 522.000 Joch in bäuerlichem Besitz. Betrug der Anteil des Großgrundbesitzes an bebaubarem Boden 16% der Gesamtfläche der Sudetenländer, so war der Hundertsatz in den Karpathenländern 28. Die angeführten Zahlen zeigen zur Genüge die Reformbedürftigkeit der Bodenverteilung, die hier eine starke agrarkommunistische Bewegung ausgelöst hatte.

Die Notwendigkeit einer Bodenreform in den Sudeten- und Karpathenländern war also durchaus gegeben. Die Forderung nach Freigabe von Grund und Boden, die bei aller Anerkennung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Notwendigkeit des Großgrundbesitzes für die Sicherstellung der Ernährung für die gesamte Staatsbevölkerung erfolgte, war daher nicht gegen den Großgrundbesitz als solchen gerichtet, sondern erfolgte aus sozialen und volkspolitischen Gründen und wurde von **einzelnen** Großgrundbesitzern auch als berechtigt anerkannt und erfüllt. Eine großzügige Lösung dieses notwendigen Bodenproblems scheiterte im alten Österreich-Ungarn

aber an dem Widerstand des Großteils des Adels und des Klerus. Wenn nun der neue Staat in Revolutionszeiten von sich aus die Initiative ergriff, um bei völliger Achtung des nationalen Besitzstandes eine neue Regelung der Bodenbesitzverhältnisse herbeizuführen, die, wie er angab, die Riesenlatifundien auf ein Höchstmaß beschränken, die Neubildung bäuerlicher Betriebe ermöglichen und die Innenkolonisation fördern sollte, wobei die früheren Bodenbesitzer nach dem Bodenwert entschädigt worden wären, so nahm er fürwahr Anlauf zu einer großen wirtschaftlichen und sozialen Tat, die für andere Staaten hätte beispielgebend wirken können.

Die tschechoslowakische Bodenreform aber erfolgte weder aus wirtschaftlichen, noch aus sozialen Gründen, sondern einzig und allein aus nationalpolitischen. Sie war von vornherein als nichts anderes als eine vom Staat legalisierte gewaltsame Entgüterung der nationalen Volksgruppen gedacht und durchgeführt.

Zusammenfassend läßt sich demnach sagen, daß die Bodenreform in erster Linie darauf abzielte, den geschlossenen deutschen und magyrischen Siedlungsraum mit Tschechen und Slowaken zu durchsetzen.



b) Die Durchführung der Bodenreform

Die nachstehende Gesamtübersicht zeigt die Ausmaße des beschlagnahmten und neuverteilten Bodens bei Auflassung des Bodenamtes am 1. Mai 1935:

	Landwirt- schaftl. Boden in Hektar	Proz.	Sonstiger Boden in Hektar	Proz.	Insgesamt in Hektar	Proz.
Gesamt-Bodenausmaß d. Staates	7,544.486	100	6,491.887	100	14,036.367	100
Nicht beschlagnahmt waren	6,234.442	82,6	3,742.080	57,6	9,976.522	71,1
Der Bodenreform zur Verfügung standen (beschlagnahmt waren)	<u>1,310.183</u>	<u>17,4</u>	<u>2,750.432</u>	<u>42,4</u>	<u>4,060.615</u>	<u>28,9</u>
Hiervon kamen in Wegfall:						
1. Ins Eigentum der Neuerwerber überführt:	841.600	11,2	911.757	14,1	1,753.357	28,9
2. Den bisherigen Eigentümern aus der Beschlagnahme entlassen:	<u>402.660</u>	<u>5,3</u>	<u>1,222.534</u>	<u>18,8</u>	<u>1,625.194</u>	<u>11,6</u>
Insgesamt:	1,244.260	---	2,134.291	---	3,378.551	---
Es stehen weiter noch für Zwecke der Bodenreform zur Verfügung:	65.923	0,9	616.141	9,5	682.064	4,9

Interessant ist eine Übersicht über die Größenklassen des beschlagnahmten Bodens. Es wurden beschlagnahmt:

	Zahl der Fälle	in Hektar	in Prozenten
bis 250 ha	203	41.745	1,0
über 250 bis 500 ha	694	287.594	6,1
über 500 bis 1.000 ha	411	283.466	7,1
über 1.000 bis 5.000 ha	455	988.635	24,6
über 5.000 bis 10.000 ha	72	490.015	12,2
über 10.000 bis 50.000 ha	73	1.358.609	33,8
über 50.000 bis 100.000 ha	2	140.662	3,5
über 100.000	3	469.889	11,7

Ein Vergleich der Größenklassen des beschlagnahmten Bodens unter den Ländern des Staates ergibt dieses Bild:

Bis 250 Hektar		in Fällen	Hektar
wurden beschlagnahmt in:	Böhmen	71	12.646
	Mähren-Schlesien	29	4.336
	Slowakei	119	24.069
	Karpathenrußland	16	2.428
Von über 250 bis 1000 Hektar		in Fällen	Hektar
wurden beschlagnahmt in:	Böhmen	331	155.964
	Mähren-Schlesien	122	62.975
	Slowakei	611	287.899
	Karpathenrußland	67	31.329
Von über 1000 bis 50.000 Hektar		in Fällen	Hektar
wurden beschlagnahmt in:	Böhmen	217	1,206.291
	Mähren-Schlesien	132	594.644
	Slowakei	250	1,101.088
	Karpathenrußland	20	71.881
Über 50.000 Hektar wurden		in Fällen	Hektar
beschlagnahmt in:	Böhmen	2	233.727
	Mähren-Schlesien	1	125.991
	Slowakei	1	83.079
	Karpathenrußland	1	133.270

Nahezu 56 Prozent des gesamten in Karpathenrußland beschlagnahmten Bodens umfassen diese 133.270 Hektar!

Bei der Durchführung der Bodenreform sind mehrere Aktionen zu unterscheiden:

1. Die Zuteilung an langjährige Kleinpächter.

Diese Zuteilung erfolgte mit vollständiger Ausschaltung des Staatsbodenamtes durch die Bezirksgerichte. Die Zuteilungsform war jedoch nicht bloß auf die Pächter beschlagnahmten Bodens beschränkt, sie wurde auch auf beschlagnahmefreien Besitz, und zwar auf Staats-, Kirchen-, Stiftungs- und landtäflichen Besitz ausgedehnt. Die Aktion ist seit Jahren beendet, die Ergebnisse sind unabänderlich.

	Zuteilung von					
	beschlagnahmtem Boden		nicht beschlagnahmtem Boden			
	<i>Anzahl</i>	<i>auf 1</i>	<i>Anzahl</i>	<i>auf 1</i>		
	<i>der</i>	<i>Bewerber</i>	<i>der</i>	<i>Bewerber</i>		
	<i>in ha</i>	<i>Bewerber</i>	<i>entfielen ha</i>	<i>entfielen ha</i>		
Böhmen	66.034	79.550	0,83	16.509	19.481	0,85
Mähren-Schlesien	12.349	19.600	0,63	3.087	5.095	0,61
Slowakei	7.497	8.519	0,88	97	2.608	0,038
Karpathenrußland	2	3	0,66	948	1.686	0,56
Tschechoslowakei	85.882	107.672	0,80	20.641	28.870	0,71

Die Zuteilung fand vor allem in den historischen Ländern statt. Sie ist die einzige Aktion im Rahmen der Bodenreform, die unparteiisch durchgeführt worden ist.

2. Die Bauaktion.

Die Unterstützung der Bautätigkeit durch Bereitstellung billigen, beschlagnahmten, zu Bauzwecken

geeigneten Baugrundes erfolgte teils durch das ordentliche Zuteilungsverfahren, teils wurde durch ein eigenes abgekürztes Verfahren die Übernahme geeigneter Flächen ermöglicht. Das Gesamtergebnis gibt nachfolgende Tabelle wieder:

	<i>Anzahl der Bauführer</i>	<i>Zugeteilt wurden in ha</i>	<i>Auf 1 Bauführer entfallen ha</i>
Böhmen	37.102	6.375	0,17
Mähren-Schlesien	15.769	3.161	0,20
Slowakei	22.824	5.015	0,22
Karpathenrußland	3.543	812	0,23
Tschechoslowakei	79.238	15.363	0,19

Das abgetretene Ausmaß ist, vom landwirtschaftlichen Standpunkt gesehen, völlig belanglos (1,2%), hingegen kommt dieser Maßnahme große soziale Bedeutung zu.

3. Die zerstreut liegenden Parzellen.

Auch hier wurde beschlagnahmter Grundbesitz in einem abgekürzten Verfahren den Bewerbern ins Eigentum übertragen. In Betracht kamen jedoch nur abgesplitterte Feldparzellen, die mit den Hofgrundstücken in keinem Zusammenhang standen. Zu erwähnen ist noch, daß diese Zuteilungsform nur in Böhmen, Mähren und Schlesien angewandt wurde.

	<i>Anzahl der Bewerber</i>	<i>Ausmaß in ha</i>	<i>Auf 1 Bauführer entfielen ha</i>
Böhmen	16.333	8.766	0,54
Mähren und Schlesien	1.255	536	0,43
Tschechoslowakei	17.588	9.302	0,53

4. Die Innenkolonisation.

Das Ergebnis der Innenkolonisation ist:

	<i>Böhmen</i>	<i>Mähren und Schlesien</i>	<i>Slowakei</i>	<i>Karpathen- rußland</i>	<i>Tschecho- slowakei</i>
Errichtete Siedlungen	390	191	2.054	222	2.857
Zugeteiltes Ausmaß in ha	5.739	2.319	22.473	3.013	33.544
Den neugegründeten Gemeinden wurden als Gemeindebesitz zugeteilt in ha	---	---	2.057	454	2.511
Gesamtausmaß des kol. Bodens in ha	5.739	2.319	24.530	3.467	36.055
Durchschnittliche Größe einer Kolonie in ha	14,7	12,1	10,9	13,6	11,7

Wirtschaftlich genommen ist die Innenkolonisation eigentlich das Ergebnis, das man von der Bodenreform erwartet hatte. Sie bringt die notwendige Stärkung des mittleren Bauernstandes, der Stütze des Staates und der Landwirtschaft. Die technischen Fehler, vor allem aber die ausschließlich nationale Zielsetzung der tschechoslowakischen Kolonisation, das Sprach- und Siedlungsgebiet der nichttschechischen Volksgruppen mit Hilfe von tschechischen und slowakischen Siedlern zu durchsetzen, haben dazu geführt, daß die Innensiedlung auf das heftigste umkämpft wurde. Diese

Zielsetzung hatte zur Folge, daß auf die fachlichen Kenntnisse der Bewerber wenig Gewicht gelegt wurde, ein Umstand, der das Ergebnis zeitigte, daß die Kolonisation praktisch versagt hat. Es sei nur erwähnt, daß die Kolonisten ausschließlich der tschechischen und slowakischen Nation - unter ihnen auch Auswanderer - angehören und daß die Siedlungen mit Ausnahme zweier nur im deutschen und ungarischen Siedlungsgebiete errichtet worden sind.⁶⁸

So wurden z. B. in Weigersdorf und Hohenstadt Auslandschechen (aus Polen) angesiedelt. Hier wählten die Ausländer sogar gesetzwidrig bei den Gemeindewahlen 1923 mit. Auf die beim Obersten Gericht erhobene Beschwerde wurde die Ungesetzlichkeit des Vorganges anerkannt, aber das unrechtmäßig errungene Mandat verblieb den Tschechen.⁶⁹

5. Die Bildung von Restgütern.

Die Restgüter haben die Aufgabe, das vorhandene Gebäudekapital der aufzuteilenden Meierhöfe zu verwerten und kleinere Großbetriebe zu schaffen. In manchen Fällen ermöglichten sie, durch Tausch nicht beschlagnahmten Boden zur Aufteilung zu gewinnen.

Insgesamt wurden 1972 Restgüter gebildet, die an 1762 Bewerber zugeteilt wurden. Das Ausmaß beträgt 170.993 ha landwirtschaftlichen Bodens und 25.912 ha sonstigen Bodens, insgesamt 196.905 ha. Auf ein Restgut entfallen durchschnittlich 86,7 ha landwirtschaftlichen Bodens und 99,8 ha insgesamt. Die dem Staate und die im Minderheitensiedlungsgebiete den Tschechen zugeteilten Restgüter sind jedoch als geschlossene Wirtschaftseinheiten erhalten geblieben (Durchschnittsgröße zirka 180 ha landwirtschaftlichen Bodens), so daß die oben errechnete durchschnittliche Größe der übrigen Restgüter eine beträchtliche Herabsetzung erfahren muß. Auch bei den übrigen Restgütern tritt, verstärkt durch die mangelhafte Auswahl der Bewerber, die Landwirtschaftskrise in vollem Umfange zutage. Nur die gesetzlichen Bedingungen (zu jeder, selbst exekutiven Übertragung muß die Zustimmung des Bodenamtes eingeholt werden) haben es vielfach verhindert, daß die Restgüter ihren Eigentümer gewechselt haben. Trotzdem hat eine nicht unbeträchtliche Anzahl bereits den zweiten, ja vielleicht schon den dritten vom Bodenamt genehmigten Eigentümer. 96 Restgüter hat der Staat erhalten, die Länder 19, Bezirke und Gemeinden 60, Landeskulturräte 8, Genossenschaften 101 und sonstige juristische Personen 88. Von den physischen Personen haben die durch die Bodenreform geschädigten Pächter, Beamten und Angestellten 974 Restgüter erhalten, während 624 Restgüter sonstigen Bewerbern, unter ihnen Großkaufleuten, Staatsbeamten, Lehrern, Advokaten, Abgeordneten sowie deren Verwandten zugeteilt wurden.

Die politisierte Durchführung der Reform, die Massenbefriedigung der Wähler haben dazu geführt, daß die Bildung der Restgüter vielfach unwirtschaftlich erfolgte. Bei sehr vielen Restgütern ist das Gebäudekapital viel zu groß, indem kaum ein Drittel der ursprünglichen Hoffelder belassen sind, überdies wurden vielfach die entlegensten Felder den Restgütern zugeteilt.

6. Die Abverkäufe nach § 7 des Beschlagnahmegesetzes.

Der Abverkauf beschlagnahmten Bodens unterliegt der Genehmigung des Staatsbodenamtes, das auch die Käufer bestimmt. Insgesamt wurden 1433 Objekte mit einem Ausmaß von 28.573 ha landwirtschaftlichen Bodens und 560.218 ha sonstigen Bodens, insgesamt 588.701 ha an 1353 Bewerber verkauft.

Die Erwerber sind der Staat mit 114 Liegenschaften, die Länder mit 5, Gemeinden und Bezirke mit 654, Genossenschaften und Verbände von Gemeinden mit 16, Genossenschaften mit 446, Urbarialisten mit 44, sonstige juristische Personen mit 40, durch die Bodenreform geschädigte Beamte und Pächter mit 5 und sonstige Bewerber mit 175 Liegenschaften. Die Zuteilungen an die

Gemeinden umfassen mit wenigen Ausnahmen nur einige wenige Hektar, desgleichen die an die Urbarialisten. Unter den sonstigen Bewerbern verbergen sich wiederum Anwälte, Privatpersonen usw.

7. Die Kleinzuteilung.

Sie umfaßt mehr als 51,43 Prozent des aufgeteilten landwirtschaftlichen Bodens. Sie ist nicht nur wegen des bedeutenden Ausmaßes die wichtigste Aktion, sondern im Wege der Kleinzuteilung sollte doch eine systematische Neuregelung und Verbesserung der Besitzverhältnisse verwirklicht werden. Das Ergebnis der Kleinzuteilung ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

	<i>Anzahl der Bewerber</i>	<i>landw. Boden</i>	<i>Ins- gesamt</i>	Auf 1 Bewerber entfallen in ha	
				<i>landw. Boden</i>	<i>insgesamt</i>
Böhmen	118.600	179.519	205.851	1,51	1,74
Mähren-Schlesien	96.914	82.214	98.936	0,85	1,02
Slowakei	146.740	209.586	317.964	1,43	2,16
Karpathenrußland	13.423	10.841	18.645	0,81	1,39
<hr/>					
Tschechoslowakei	375.677	482.160	641.396	1,28	1,70

Nach Durchführung der Bodenreform war der Anteil des Großgrundbesitzes an der Bodenfläche von 22 v. H. auf 5,3% der organisierten landwirtschaftlichen Bodenfläche herabgesunken. Es ist festgestellt worden, daß der den alten Eigentümern belassene landwirtschaftliche Boden Zubehör der Forstwirtschaft und Industrie bildet, so daß kaum 3% des ehemals vom Großgrundbesitz bebauten landwirtschaftlichen Bodens in seinem Besitz verblieben sind. Insgesamt sind 90 v. H. des landwirtschaftlichen Bodens des Großgrundbesitzes neu verteilt worden. Der Forderung nach Enteignung des Großgrundbesitzes ist fast restlos Rechnung getragen worden.



c) Die Auswirkung der Bodenreform

1. Wirtschaftlich.

Eine genaue Untersuchung der Besitzveränderungen der agrarischen Bodenfläche zeigt, daß die sogenannte Bodenreform und Enteignung des Großgrundbesitzes in der Praxis sich als eine "Besitzreform" darstellt und daß sie eigentlich zu einer Latifundienbildung geführt hat. Nach einer interessanten Studie Georg Schlögl's in dem Prager Regierungsorgan *Deutsche Landpost*⁷⁰ stieg die Großzuteilung von landwirtschaftlicher Nutzfläche von Jahr zu Jahr. Ende 1934 betrug sie bereits 943.592 Hektar oder 53,8% gegenüber der kleinen Zuteilung von 809.764 Hektar oder 46,2%. Diese Zahlen zeigen in aller Deutlichkeit den Charakter einer "Besitzreform" der tschechoslowakischen "Agrarrevolution". Heute zeichnen für die Bewirtschaftung der Nutzflächen des Großgrundbesitzes nicht mehr Einzelpersonen, sie sind aus vererbtem Familienbesitz in den Besitz von Staat, Parteigenossenschaften und Kapitalkonzernen übergegangen, werden zentral und unpersönlich verwaltet und werden zu Latifundien im wahrhaften Sinne des Wortes zusammengezogen. Für die Wirtschaft auf dem staatlichen Boden gibt Georg Schlögl folgende interessante Zahlen an:

"Die Tschechoslowakei hat ihren vom alten Österreich und ehemaligen Herrscherhaus übernommenen Boden von 713.384 Hektar mit Hilfe der Bodenreform beinahe auf das Doppelte vermehrt. Heute bewirtschaftet der Staat gegen 1,4 Millionen Hektar Boden, also fast ein Zehntel der 140.493 Quadratkilometer Bodenfläche der ganzen Republik. Von der

4,662.700 Hektar messenden Waldbodenfläche ist mehr als ein Viertel in staatlicher Bewirtschaftung. Der größte Staatsbetrieb, »die Staatsforste und Güter«, untersteht dem Landwirtschaftsministerium und verwaltet allein 1,157.280 Hektar und außerdem noch 31.105 Hektar Stiftungsgüter. Zum Betrieb gehören 44 Sägen, 3 Zuckerfabriken, 3 Molkereien, 8 Bierbrauereien, 13 Brennereien, 1 Bergwerk, 1 Faßbinderei, 11 Ziegeleien, 1 Glasfabrik, insgesamt 11.350 Wohn- und Wirtschaftsgebäude aller Art. Außerdem ist dieser Staatsbetrieb an Aktiengesellschaften und verschiedenen wirtschaftlichen Institutionen beteiligt. Der Bilanzwert dieser Beteiligungen betrug zum 31. Dezember 1933 insgesamt 63,037.397,95 Kc. Der übrige staatlich bewirtschaftete Boden im Ausmaße von mehr als 200.000 Hektar verteilt sich auf verschiedene Ministerien und staatliche Anstalten, so unterstehen die militärischen forstlichen Betriebe im Ausmaße von 48.718 Hektar dem Verteidigungsministerium, ein Teil der Schulgüter dem Unterrichtsministerium, ein anderer Teil der Schulgüter und Versuchsanstalten dem Landwirtschaftsministerium. Auch der Besitz des Kapital-Konzerns Latorcia im Ausmaße von 115.000 Hektar, an welchem der Staat beteiligt ist und der nach dem Jahre 1967 an den Staat zurückfallen soll, gehört hierher, ebenso die vom Bodenamte vorübergehend verwalteten Bodenflächen. Nach den Staatsrechnungsabschlüssen lassen sich nur die Betriebsergebnisse der staatlichen Bodenbewirtschaftung für die »Staatswälder und Staatsgüter« und die militärischen Forste feststellen. Nachstehend wird der Erfolg für diese 1,2 Millionen Hektar messenden Flächen für die letzten drei Jahre angeführt:

<i>Verwaltungszweige</i>	<i>Jahr</i>	<i>Ausmaß Hektar</i>	<i>Erfolg der Wirtschaft Verlust in Kč</i>
Staatswälder und Staatsgüter	1931	1.068.234	64,752.385,65
	1932	1.109.331	63,099.982,--
	1933	1.124.402	36,592.229,50
Militärische Forste	1931	48.233	6,163.141,35
	1932	48.235	9,946.426,05
	1933	48.718	7,961.054,05"

Zum Schluß seiner interessanten Darlegung erklärte Georg Schlögl: "200.000 Menschen mehr müßten Arbeit, Brot und Obdach auf den Staatslatifundien haben, dann könnte einigermäßen die Tatsache entschuldigt werden, daß auf die Wirtschaft des staatlich bewirtschafteten Bodens in den letzten drei Jahren hunderte Millionen aus Steuergeldern zugeschossen wurden. So belasten aber den Staat auch noch die Millionen, welche Jahr für Jahr als Arbeitslosenunterstützung für diejenigen ausgegeben werden müssen, welche von den Staatslatifundien vom Boden und von der Arbeit ausgesperrt werden. Es ist widersinnig, dafür nur die Holzabsatzkrise verantwortlich zu machen, da auf 1,4 Millionen Hektar Boden, auch wenn er vorwiegend Waldboden ist, auch andere Arbeits- und Lebensmöglichkeiten sein müssen, als die Holzerzeugung. Der arbeitende Mensch



Diese arbeitswillige Jugend will schaffen, will die entnervende Arbeitslosigkeit, an der sie keine Schuld trägt, überwinden. Hier wird der Kommunismus keinen dankbaren Boden finden.

drang einst mit einfachem Rüst- und Werkzeug in den Urwald, in Moor und Sumpf und schuf sich nur durch Arbeit neue Lebensmöglichkeiten und eine Heimat, aus der er nun von der Wirtschaft der Staatslatifundien wieder verdrängt wird.["]

Was sich auf den Staatslatifundien im großen abspielte, wiederholt sich auf den meisten sogenannten Restgütern, die nur in den seltensten Fällen wirklichen Landwirten zugeteilt wurden.

Von den vielen Beispielen über die Auswirkung der Bewirtschaftung der Restgüter wird in der *Landwirtschaftlichen Fachpresse* vom 11. Januar 1935 folgender krasser Fall geschildert: Am 28. Dezember 1934 wurde das Restgut Peterhof bei Netolitz beim Bezirksgericht Netolitz öffentlich versteigert. Der Hof gehörte zur Schwarzenbergschen Herrschaft Netolitz, welche gleich am Beginne der Bodenreform im Jahre 1921/22 enteignet und aufgeteilt wurde. In jahrhundertelanger Kulturarbeit wurde dieser Hof zu einer der Hauptmeiereien ausgestaltet, wo auch die Direktion der Herrschaft ihren Sitz hatte. Knappe 12 Jahre haben genügt, um den reformierten Hof, der einst mehr als 100 Leuten ständig Arbeit und Brot gab, so herunterzuwirtschaften, daß als letztes nur die Zwangsversteigerung blieb. Ursprünglich waren beim Restgute 100 Hektar, durch weitere Zuteilungen von leichteren Böden verblieben aber schließlich nur 60 Hektar bei dem großen Gebäudekapital. In der kurzen Spanne Zeit von zwölf Jahren verbrauchten sich an diesem Restgute nicht weniger als vier Wirtschaftler. Vor der Bodenreform standen in den geräumigen Ställen: 18 Pferde, 36 Ochsen, vier Stiere, 56 Kühe, 34 Kalbinnen und 187 Schweine. Im Zeitpunkt der Versteigerung waren Ställe und Scheunen leer, der Hof ohne jedes lebende und tote Inventar, auf den Feldern nichts gesät und nichts geackert. Die buchmäßige Verschuldung des Gutes war auf 576.000 Kc angewachsen, darunter 59.000 Kc Steuerschulden. Der Zuteilungspreis betrug nach Angabe des Bodenamtes 253.557 Kc, der Schätzwert im Zeitpunkt der Versteigerung war noch immer 403.513 Kc, das niederste Angebot 269.000 Kc. Zugeschlagen wurde das Gut um den Versteigerungspreis von 350.000 Kc dem Hofpächter Franz Stobor aus Opalice bei Budweis, der nun als fünfter Wirtschaftler sein Glück auf dem Hofe versucht. Man könnte auch über diesen Fall eines zugrundegewirtschafteten Restgutes, bei welchem die bücherlichen Gläubiger um mehr als 200.000 Kc kamen, zur Tagesordnung übergehen, würde er nicht sinnfällig zeigen, wie verantwortungslos in der Bodenreform eigentlich in wenigen Jahren zerstört wurde, was durch jahrhundertelange Arbeit ganzer Generationen mit Mühe und Sorgfalt aufgebaut war.

Die im Zuge der "Bodenreform" erfolgte Enteignung und Zerschlagung der Herrschaft Clam-Gallas hatte sich seinerzeit auch auf den Meierhof Nieder-Ullersdorf im Bezirke Friedland erstreckt. Zu diesem gehörten Gründe im Ausmaß von 116 Hektar mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, einem herrschaftlichen Garten usw., alles in sehr gutem Zustande. Das Gut, dessen Felder und Waldbestand sich entlang der reichsdeutschen Grenze ausbreiten, dürfte einer der ertragreichsten Höfe der Herrschaft gewesen sein. Es war ausgezeichnet bewirtschaftet, und zwar durch den Pächter Walter Henrici, der auch den Meierhof Bullendorf gepachtet hatte und im ganzen Umkreise als tüchtiger Landwirt rühmlich bekannt war.

Dieser günstigen Situation machte die Durchführung der Bodenreform ein Ende. Der Hof wurde enteignet, der Pächter Henrici, der Ausländer war, mußte die ihm liebgewordene Gegend verlassen. An seine Stelle trat durch die Entscheidung des staatlichen Bodenamtes ein früheres Revisionsorgan des Finanzministeriums namens Fr. Polednik. Dieser bekam 1926 das ganze, damals mit etwa 2.000.000 Kc zu bewertende Objekt in Pacht und sollte es um den billigen Preis von 270.000 Kc ins Eigentum erhalten. Doch es kam ganz anders und die Bewohner der Umgebung erinnern sich nur mit gemischten Gefühlen des fremden "Hofherrn".

Dieser wirtschaftete so, daß die Felder und alles, was zum Hof gehörte, mit Riesenschritten verwahrlosten. Das Ende vom Liede war, daß der Pächter Polednik binnen einem Jahre mit hohen Schulden in Konkurs geriet, ja sogar verhaftet werden mußte. Die gegen ihn erhobenen

Beschuldigungen lauteten auf betrügerische Krida, Gewalttätigkeit, Verletzung des Schutzgesetzes, Beleidigung der Beamten usw. Unter recht unrühmlichen Umständen kam er vom Meierhofe. Ihm folgte als neuer Hofherr im Jahre 1927 Ing. Oldrich Wachtl aus Turnau, dem zusammen mit seiner Gattin das Restgut vom Bodenamte zu billigem Preise in Besitz übergeben wurde. Doch auch diesem war leider das Glück nicht hold, obgleich Ing. Wachtl als gewesener Professor einer landw. Schule Fachmann war. Auch er geriet in Schulden, woran hier die einsetzende scharfe Krise in der Landwirtschaft freilich nicht ohne Einfluß geblieben ist. Der einst so schöne Meierhof Nieder-Ullersdorf kam schließlich unter den Hammer und wurde nun beim Friedländer Bezirksgerichte zwangsweise versteigert auf Antrag der "*Obecna spořitelna*" in Jitschin, die mit einer Forderung von 338.500 Kc am Restgute interessiert ist.

Bei einem Schätzwerte von 671.544 Kc wurde das Gut von der "*Zivnostenska zalozna*" in Turnau um 560.000 Kc erstanden. Es wird aber eine weitere, sehr bedeutende Summe nötig sein, um den einst so blühenden, großen Landwirtschaftsbetrieb wieder auf die Höhe zu bringen und rentabel zu gestalten.⁷¹

In seinem Bericht über das Bodenamt erklärte dessen Präsident, Dr. Ing Vozelinek, im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses, das Bodenamt mit seinen Fonds sei eigentlich eine große Staatsbank. Es verwalte 480.000 Konten und stehe mit 151 Geldanstalten in dauernder finanzieller Verbindung. Der Bilanzumsatz des Entschädigungsfondes betrug von Beginn der Reform bis Ende 1933 28 Milliarden Kc, der Umsatz des Kolonisationsfonds im selben Zeitraum 4 Milliarden Kc. Die Zahlungsverbindlichkeiten des Amtes seinen Gläubigern gegenüber machen noch heute über eine halbe Milliarde Kc aus, denen an Forderungen an die mit Boden Beteiligten 1.100 Millionen Kc gegenüberstehen. Von dieser Schuld entfallen 20 Prozent auf Kleinzuteilungen, 6 Prozent auf Restgüter und 74 Prozent auf den Staat. Die Kredithilfe, die den Beteiligten direkt aus Mitteln des Bodenamtes gewährt wurde, beträgt 850 Millionen Kc, zu einem Durchschnittszinsfuß von 4 Prozent.⁷²

Diesen Ziffern des Präsidenten des Bodenamtes muß man die Ziffern der Verschuldung der Nutznießer gegenüberstellen und die Wirtschaft der durch die Bodenreform geschaffenen Neuordnung erfährt eine blitzartige Beleuchtung.

Zu den Nachrichten einiger tschechoslowakischer Blätter, wonach die Rückstände der Nutznießer der Bodenreform mit Einschluß des Staates über eine Milliarde betragen, erfährt die *Deutsche Landpost* am 8. Februar 1935 von authentischer Seite folgendes:

Die tatsächlichen Schulden dieser Nutznießer betragen Ende 1933 über 1.164 Millionen Kc. Davon entfielen auf die kleinen Nutznießer und Kolonisten 240 Mill. (zirka 13 Prozent). Ende 1934 wurden diese Rückstände bei allen Gruppen auf 10 Prozent ermäßigt. Nur beim Staat bleibt die Höhe der Rückstände für Boden im Ausmaß von rund 400.000 Hektar unverändert, bezw. erhöht sich um die geschuldeten Zinsen, wodurch das Gleichgewicht des Bodenreformfonds bedenklich bedroht wird. Die Finanzgesetze der drei letzten Jahre enthalten die Ermächtigung des Finanzministers zur Beschaffung von Krediten zur Bezahlung des verstaatlichten Bodens. Doch wurde bisher diese Ermächtigung offenbar mit Rücksicht auf die Spannungen am Geldmarkt nicht angewendet. Es ist fraglich, ob die Rückstände des Staates noch vor jenem Zeitpunkt ausgeglichen werden, da das Bodenamt am 1. Mai 1935 in eine Abteilung des Landwirtschaftsministeriums umgewandelt wurde.

Daß man auch bei der Verteilung des restlichen Bodens trotz der schlechten Erfahrungen und der trostlosen Wirtschaftslage nur nach nationalpolitischen Gesichtspunkten vorgehen wird, läßt eine Rede des tschechischen Abgeordneten Chloupek erkennen.

Im Verlauf der Prager Kammerdebatte über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1935 machte als Berichterstatter für das Kapitel "Bodenamt" der Regierungsabgeordnete Chloupek davon Mitteilung, er habe "in Berlin die Durchführung der deutschen Kolonisation an Hand von Landkarten studiert", die ihm gezeigt haben, daß "Hitlerdeutschland nicht so sehr an Brot, als an Kommisbrot gelegen" sei. Man kolonisiere systematisch alle Grenzgebiete, insbesondere gegen Polen und die Tschechoslowakei und man siedle dort "militärisch und politisch verdiente Leute an, die in der Lage sind, die in grenzpolitischer Hinsicht in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen." Diese Tatsache verpflichtet die Tschechoslowakei, das Werk der Bodenreform beschleunigt abzuschließen. Er erwähnte, daß gegenwärtig insbesondere im Westen der Republik die Durchführung von Kolonisation verlangt werde. Dort habe die Arbeitslosigkeit die Aufmerksamkeit dieser Frage zugewendet. Man müsse diese Aufgaben kritisch behandeln.

Auch bei uns, das sagte der Berichterstatter ganz offen, wird es notwendig sein, das durch die Bodenreform eingeleitete Werk, das einen nationalen Charakter (!) habe, sicherzustellen. Es wäre Schwäche, wenn wir die Bodenreform nicht konsequent durchführten. Ein weiteres Problem ist durch die Frage der Auswahl der Kolonisten gegeben, von einer neuen Kolonisierung ohne Sicherstellung der früheren zu sprechen, wäre unlogisch.

Damit kündigte er freimütig an, daß die Aufteilung des restlichen beschlagnahmten Bodens nur an Tschechen erfolgen werde.

2. Sozial.

Mit der Durchführung der Bodenreform vollzog sich eine andauernde Zerstörung von Arbeitsplätzen. Die letzte amtliche Bilanz über die Versorgung der Dienstnehmer zum Stand vom 1. Januar 1935 veranschaulicht folgende Übersicht:

<i>Art der Versorgung</i>	<i>Kategorie der Dienstnehmer</i>				
	<i>Beamte</i>	<i>Angestellte</i>	<i>Deputa- tisten</i>	<i>ständige Arbeiter</i>	<i>insgesamt</i>
a) Bodenzuteilung:					
Anzahl	541	1.950	7.235	6.864	16.590
Betrag	10,939.209	15,703.308	34,387.824	20,943.945	81,974.286
b) Geldentschädigung:					
Anzahl	1.411	2.418	10.609	16.945	31.383
Betrag	43,667.285	23,697.439	54,850.572	58,312.133	180,527.429
c) weitere Beschäftigung:					
Anzahl	168	669	4.969	5.978	11.784
Betrag	---	---	---	---	---
d) Pensionen:					
Anzahl	277	874	2.201	1.257	4.609
Betrag	1,243.864	1,887.559	2,914.775	1,546.481	7,592.679
e) Jubiläums-Aktion:					
Anzahl	42	178	508	1.850	2.578
Betrag	---	---	---	---	2,383.936
f) An Pensionen wurden außerdem bisher ausbezahlt:					
Zusammen:	---	---	---	---	84,142.384
Anzahl	2.439	6.089	25.522	32.894	66.944
Betrag	55,850.358	41,288.306	92,153.171	80,802.559	356,620.714

356 Millionen Aufwand zur Versorgung der Dienstnehmer auf dem reformierten Boden! "Keiner von den 14 europäischen Staaten, welche in der Nachkriegszeit Bodenreform durchführten, hätte so

viel für die Sicherstellung derer ausgelegt, welche durch die Eingriffe des Staates in die Latifundien in ihrer Existenz geschädigt wurden", steht im Staatsvoranschlag 1935.

Mit diesen Worten will das Bodenamt das grenzenlose Unrecht verdecken, das durch die Bodenreform einem ganzen arbeitsamen Stand zugefügt wurde. Richtig wäre es vielleicht zu sagen, in keinem der 14 Staaten wurde die Agrarrevolution so rücksichtslos auf Kosten der Arbeitnehmer ausgetragen, wie in der Tschechoslowakei. Das Bodenamt hat in den Versorgungslisten die letzte Lohnsumme dieser Opfer einer sozialen Reform ausgewiesen. Nur bei einem Minimum von 5.000 Kc für einen Arbeitsplatz beträgt die Lohnsumme bei 70.000 Fällen 350 Millionen, also für ein einziges Jahr so viel, als das Bodenamt überhaupt aufgewendet hat. Dabei sind die vernichteten Versorgungsansprüche gar nicht in Rechnung gestellt. Den Opfern der Bodenreform wurde also kaum ein Zwanzigstel des Schadens ersetzt, der ihnen durch die Eingriffe des Staates in wohlerworbene Rechte zugefügt wurde. Was sie erhielten, war die Arbeitslosenunterstützung für ein Jahr und dann rückten sie ein in das große Heer der Arbeitslosen, dessen Grundstock die Opfer der Bodenreform schon zur Zeit der Konjunktur zu bilden begannen.

Daran ändert nichts, daß nach den Tabellen 16.590 Bodenzuteilungen und 11.784 andere Beschäftigung erhielten. Eine an sich ausreichende Bodenzuteilung erhielten nur die 541 Beamten mit 69,5 Hektar im Durchschnitt und allenfalls die 1950 Angestellten mit 4,2 Hektar. Die Zuteilung bei den Deputatisten betrug nur 1,6 Hektar, bei den ständigen Arbeitern gar nur 1,1 Hektar, wovon keine Familie ohne zusätzlichen Arbeitsverdienst leben kann, somit auch von einer Versorgung mit Boden gar nicht gesprochen werden kann. Von den mit weiterer Beschäftigung versorgten Dienstnehmern sind heute keine 10 Prozent mehr auf den selber Not leidenden und Unterstützung und Entschädigung fordernden Restgütern, so daß auch die an sich günstigsten Arten der Versorgung durch Bodenzuteilung und weitere Beschäftigung das Abgleiten in Not und Arbeitslosigkeit nicht verhindern konnten.

In der Wirklichkeit gibt es Restgüter, welche gegen früher nicht den fünfzigsten Teil mehr an Löhnen, umgerechnet auf den Hektar, zahlen, oder ehemalige Restgutserwerber sind froh, wenn sie nach Verlust ihres Gutes und Vermögens wieder als Aufseher im Taglohn auf dem verbliebenen Restbesitz des alten Dienstherrn das Gnadenbrot essen können. Das Bodenamt weiß dies alles, es weiß auch sehr gut, daß zu den ausgewiesenen 67.000 noch wenigstens 30.000 zu zählen sind, welche ohne jede Entschädigung ihren Arbeitsplatz verloren und weitere Tausende, deren Posten auf den alten und neuen Großgütern kassiert werden, wofür nicht allein die Krise, sondern auch die andauernden Eingriffe der Bodenreform die Schuld tragen.⁷³

Die Bodenreform hat aber nicht nur Hunderttausende um Brot und Existenz gebracht und einen in die hunderte Millionen gehenden Lohnausfall bewirkt, sondern vor allem die Landflucht gesteigert. Eine sich von Jahr zu Jahr steigernde Landflucht gehörte auch in den Sudeten- und Karpathenländern zu den charakteristischen soziologischen Erscheinungen dieser Ländereien in den Jahrzehnten der Vorkriegszeit. Sie war einmal bedingt durch die zunehmende Industrialisierung vornehmlich der Sudetengebiete, andererseits durch den Mangel an anbaufähigem Boden zur Neubildung bäuerlicher Betriebe und der Unmöglichkeit der weiteren Erbteilung der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe ohne Gefährdung ihrer Ertragsfähigkeit. Die Neuerwerbung von Grund und Boden zur Hemmung der Landflucht scheiterte an dem Widerstand der Großgrundbesitzer, große Flächen freizugeben. Man setzte also in eine staatlich durchgeführte Bodenreform zur Förderung der Innenkolonisation und Neubildung landwirtschaftlicher Betriebe schon vor dem Kriege große Hoffnung, den gewaltigen Strom der Landflüchtigen abzdämmen und erhob, wie eingangs erwähnt, die Forderung nach einer vernünftigen Bodenreform. Die von der Prager Regierung durchgeführte "soziale" Bodenreform hat die Landflucht nicht abzuschwächen vermocht, im Gegenteil, sie nur weiter gefördert.

Nach der Volkszählung vom Jahre 1930 stieg die Gesamtbevölkerung des Staates von 13,612.424 im Jahre 1924 auf 14,729.536 oder um 1,117,112 Seelen.

Der Zuwachs betrug in Gemeinden

	bis	2.000 Einwohner	3,22 %
mit	2.000 bis	5.000 Einwohner	10,62 %
mit	5.000 bis	10.000 Einwohner	12,02 %
mit	10.000 bis	20.000 Einwohner	14,30 %
mit	20.000 bis	50.000 Einwohner	15,05 %
mit	50.000 bis	100.000 Einwohner	24,09 %
über	100.000	Einwohner	21,78 %

Diese amtliche Statistik zeigt, daß der Bevölkerungszuwachs durchwegs in ansteigendem Maße den Städten und Industriegebieten zugute kommt, keineswegs den Landgemeinden. Würde diese Statistik nicht als hinreichender Beweis für die gesteigerte Landflucht im Jahrzehnt der Bodenreform gewertet werden, die folgenden Zahlenübersichten sprechen eine ganz eindeutige Sprache.

Die Tschechoslowakei ist in 418 Bezirksgerichtssprengel eingeteilt, wobei Prag mit seinen 900.000 Einwohnern als ein Bezirk gilt. In diesen 418 Bezirken zeigt sich folgende Bevölkerungsbewegung:

<i>Land</i>	<i>Zahl der Bezirke</i>	<i>Davon haben Bevölkerungs- verlust</i>	<i>Bevölkerungs- gewinn</i>
Böhmen	224	101	123
Mähren-Schlesien	105	29	76
Slowakei	77	1	76
Karpathenrußland	12	---	12
	418	131	287

Diese 131 Bezirke liegen in durchaus ländlicher Gegend mit überwiegend landwirtschaftlicher Betätigung ihrer Einwohner.

In Böhmen verloren:	3 Bezirke mehr als	10	% der Bevölkerung
	34 " " "	5	% " "
	32 " " "	2,5	% " "
	32 " weniger "	2,5	% " "
In Mähren u. Schlesien verloren:	3 Bezirke mehr als	5	% der Bevölkerung
	8 " " "	2,5	% " "
	18 " weniger "	2,5	% " "
In der Slowakei verlor:	1 Bezirk weniger als	5	% der Bevölkerung.

In Südböhmen weisen 55 ländliche Bezirke trotz Geburtenüberschuß einen Bevölkerungsverlust von 61.902 Seelen oder durchschnittlich 1.127 Seelen auf.

Diese Ziffern sind insofern noch von Bedeutung, weil sie zeigen, daß die Landflucht hauptsächlich in Böhmen gesteigert wurde, dem industrialisiertesten und von mehr als zwei Millionen Deutschen bewohnten Lande.

Ihren klarsten Ausdruck aber findet die Landflucht im Jahrzehnt der Bodenreform in den nachstehenden Ziffern. Zur Land-, Forst- und Teichwirtschaft gehörten absolut und relativ nach

dem Stand der Volkszählung im Jahre:

	Böhmen		Mähren	
1890	2,374.838	40,65 %	1,388.551	48,17 %
1900	2,254.512	35,68 %	1,364.435	43,76 %
1910	2,184.826	32,28 %	1,303.231	38,57 %
1921	1,977.450	29,69 %	1,177.649	35,27 %
1930	1,710.723	24,06 %	1,017.993	28,56 %

	Slowakei		Karpathenrußland	
1921	1,817.878	60,63 %	408.871	67,63 %
1930	1,892.042	56,81 %	480.856	66,29 %

Demnach beträgt der Rückgang der in der Land-, Forst- und Teichwirtschaft beschäftigten Bevölkerung

in Böhmen	266.727	oder 5,63 %
in Mähren	<u>159.656</u>	" 6,71 %
insgesamt	426.383	oder 6,17 %.

Demgegenüber steht eine absolute Zunahme in den Karpathenländern:

Slowakei	74.164
Karpathenrußland	<u>71.985</u>
insgesamt	146.149

Trotz dieser absoluten Zunahme in den Karpathenländern zeigt der Anteil der Gesamtbevölkerung des Staates bei einer Bevölkerungszunahme von über 1 Million eine Abnahme der in der Land-, Forst- und Teichwirtschaft beschäftigten Bevölkerung von 281.234 Personen. Diese Zahl ist von den früheren Jahrzehnten nicht erreicht worden,

denn zwischen 1890 u. 1900 nahm die Zahl der Beschäftigten um 120.326
 1900 u. 1910 " " " " " " 69.686
 1910 u. 1921 (Kriegsjahrzehnt) " " 207.376 ab,

trotzdem die absolute Bevölkerungszunahme in diesen Dezennien durchweg größer war als in dem der Bodenreform. Der relative Anteil aber der in ländlichen Berufen Tätigen ist

in Böhmen	um	5,63 %
in Mähren	"	6,71 %
in der Slowakei	"	3,82 % und selbst
in Karpathenrußland	"	1,34 %

im Jahrzehnt der Bodenreform zurückgegangen.

Das Bodenamt gibt an, daß es im Laufe seiner Tätigkeit mehr als 600.000 Bodenerwerber Grund und Boden zugeteilt hat. Wenn trotzdem die ländliche Bevölkerung bei einem Geburtenüberschuß zurückgegangen ist, sogar weit mehr als in den Jahrzehnten vorher, dann beweist die Tatsache zur Genüge, daß die tschechoslowakische Bodenreform den sozialen Forderungen nicht entsprochen hat. Das Ergebnis der Volkszählung des Jahres 1930 zeigt, daß im Jahrzehnt der Bodenreform 12.958 neue bäuerliche Betriebe errichtet wurden. (Die Zahl der vernichteten dürfte nur um ein geringes kleiner sein.) Dafür aber ist die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft als Arbeiter und

Beamte Tätigen um 159.000, d. i. um mehr als ein Viertel, zurückgegangen, wurden doch allein durch die Bodenreform nach Angaben des Bodenamtes nicht weniger als 67.238 Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz gebracht, womit noch lange nicht die Gesamtzahl erreicht ist!

So vielgestaltig die sozialen Auswirkungen der Bodenreform sind, die markantesten Erscheinungen sind, daß sie die Landflucht gesteigert und den Grundstock des Arbeitslosenheeres geschaffen hat.

3. Nationalpolitisch.

Von dem aufgeteilten oder in die staatliche Verwaltung überführten Ackerboden und Waldboden lagen

im sudetendeutschen Grenzgebiet	750.000 ha
in der Slowakei und in den ungarischen Grenzgebieten	591.000 ha
in Karpathenrußland	<u>162.000 ha</u>
Zusammen:	<u>1,503.000 ha</u>
im tschechischen Gebiet enteignet	<u>250.375 ha</u>
Bisher enteignet	<u>1,753.375 ha</u>

Diese Bilanz zeigt also in aller Deutlichkeit, daß von der Bodenreform in erster Linie der Siedlungsraum der nicht tschechischen Volksgruppen im Staate betroffen wurde.

Seit 1925 wurde das deutsche Gebiet planmäßig mit einer Schicht tschechischer Grundbesitzer überzogen, die allmählich tschechisches Gesinde an sich ziehen und so das deutsche Element vom Grunde verdrängen. Allem Anschein nach sind die neuen Besitzer auf Grund einer geheimen Abmachung mit dem Bodenamt nicht nur zum Halten von tschechischem Gesinde, sondern auch zur Beschäftigung tschechischer Professionisten verpflichtet. Es sollen Vertragsstrafen bei Nichterfüllung vorgesehen sein. Infolge der chauvinistischen Tendenz arbeitet das Bodenamt mit den seltensten Mitteln. Es treibt sogar Heiratspolitik. Einem deutschen Pächter wurden Tschechinnen zur Brautwahl präsentiert. Er bekam den Meierhof nur unter der Bedingung, daß er eine von ihnen heirate. In einem Falle wurden einem Tschechen die besten Felder zu Kolonisationszwecken weggenommen, weil er eine Deutsche geheiratet hatte. Die Zahl solcher Beispiele für nationalistische Übergriffe ließe sich beliebig vermehren.

Im [Anhang](#) ist in der [Tabelle V](#) dem Ergebnis der Kolonisierung die Bevölkerungsbewegung nach den bisher erschienen statistischen Gemeindelexikonen für Böhmen, Mähren und Schlesien gegenübergestellt.

Aus dieser Zusammenstellung geht folgendes hervor:

"Die Kolonisierung erfolgte bloß in 5 Gemeinden mit tschechischer Mehrheit Groß-Nehwizd, Gerichtsbezirk Brandeis, Schirowitz, Gerichtsbezirk Lobositz, Großmalowitz, Gerichtsbezirk Netolitz, Hohenstadt, Gerichtsbezirk Hohenstadt und Klokočov-Klogsdorf im Gerichtsbezirk Freiberg. Im übrigen wurde durchwegs im deutschen Gebiet bzw. im überwiegend deutschen Gebiet kolonisiert.

In den Karpathenländern erfolgte die Kolonisierung vorwiegend im ungarischen Sprachgebiet. Ein Vergleich ist hier noch nicht möglich, da das diesbezügliche Gemeindelexikon noch nicht erschienen ist. Die Kolonisierung diente somit nicht einem rein wirtschaftlichen und sozialen Zweck, sondern der Tschechisierung. In sechs Gemeinden wurde dieser Zweck vollständig erreicht, Sullowitz, Tschischkowitz, Klein Czernosek und Priesen, Bezirk Lobositz, Aichen im Bezirk Mährisch-Neustadt, Mißlitz und Socherl im

Bezirk Mährisch-Kromau erhielten tschechische Mehrheiten und beinahe in allen übrigen Gemeinden konnten die Tschechen mehr oder weniger zunehmen, während die Deutschen fast durchweg Bevölkerungseinbußen erlitten. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß diese Auswirkungen allein auf die Kolonisierung zurückzuführen wären. Tatsache ist, daß in vielen Fällen 2 bis 4 deutsche Arbeiterfamilien einem tschechischen Kolonisten weichen mußten, dessen Siedlungsstelle auf bestem Kulturboden gebildet wurde, der früher zumeist eine bessere Menschenbesetzung aufzuweisen hatte als nach der Kolonisierung. Infolgedessen weisen auch alle kolonisierten Bezirke einen Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus. Deutlich tritt dies in den rein ländlichen Gemeinden und Bezirken hervor, wie beispielsweise im Podersamer Bezirke, wo beinahe alle betroffenen Gemeinden wohl eine starke Zunahme der tschechischen Bevölkerung aufweisen, aber einen Bevölkerungsabgang insgesamt, weil die landwirtschaftliche deutsche Bevölkerung infolge der Kolonisierung abwandern mußte. Wie in den rein ländlichen Bezirken die Kolonisierung auf gut mit Menschen besetztem Kulturboden sogar zum Entvölkerungsfaktor werden kann, zeigt das Beispiel der Kolonie Holeckov in der Gemeinde Großmalowitz, Bezirk Netolitz, übrigens das einzige Beispiel in den historischen Ländern, in welchem eine ganz neue Ortschaft gegründet wurde. In der Gemeinde Großmalowitz mit einer Gesamtfläche von 843 ha wurde der Hof Rabin mit einem Ausmaße von 409 ha aufgeteilt und kolonisiert. 143 kleine Bodenerwerber aus 8 Gemeinden erhielten 263 ha Boden, also 1,84 ha im Durchschnitt. Außerdem wurde ein Restgut und die neue Ortschaft Holeckov mit 12 Siedlungsstellen gegründet, welche zur Zeit der Volkszählung 63 Köpfe zählte. Trotzdem sank die Bevölkerungszahl der an der Bodenreform beteiligten Gemeinden um 264. Die unmittelbar betroffene Gemeinde Groß-Malowitz, welche vom Jahre 1880 bis 1921 trotz Kriegsverluste einen Gewinn von 13 Köpfen ausweisen konnte, verzeichnete im Jahrzehnt der Bodenreform einen Verlust von 39 Köpfen trotz der dazugehörigen neuentstandenen Ortschaft Holeckov mit 63 Köpfen. Die Menschenbesetzung war vor der Bodenreform dadurch größer, daß am Hofe insgesamt 178 Personen arbeiteten, 12 Angestellte und 166 Deputatisten und Arbeiter, welche mit den Familienangehörigen insgesamt 376 Köpfe zählten, so daß schon auf 1 ha 1 Kopf kam. In dieser tschechischen Gemeinde wurde der Verlust des Arbeitsplatzes noch durch eine kleine Zuteilung ausgeglichen. Im deutschen Gebiet bedeutet aber jede Ansetzung eines tschechischen Kolonisten den Verlust von 2 bis 4 deutschen Arbeitsplätzen. Ziehen wir die Folgerungen aus dem bisherigen Ergebnis der Kolonisierung, so kann festgestellt werden:

Die Kolonisierung diente in erster Linie nationalpolitischen Zwecken, der Tschechisierung. Sie brachte Kolonisten auf besten Kulturboden mit einer guten Besetzung von arbeitenden Menschen, welche den Kolonisten weichen mußten und hat infolgedessen in rein ländlichen Gegenden, in denen die früher auf dem Boden arbeitenden Leute nicht in andere Berufszweige ausweichen konnten, sogar die Landflucht und Arbeitslosigkeit vermehrt. Die Ausstattung der Kolonien mit kostspieligen Gebäuden und anderen Einrichtungen belastet nicht nur den Kolonisten, sondern auch den Staat derart, daß der wirtschaftliche Zweck, freie Bauern auf freier Scholle zu schaffen, nicht erreicht wurde. Die bisherige Kolonisierung ist der klarste Beweis dafür, daß gegen den Wortlaut und Geist der Verfassung den Staatsbürgern der Minderheiten Lebensrecht, Lebensraum und Arbeitsplatz genommen wurde. Dabei muß weiter festgehalten werden, daß beispielsweise allein im Jahre 1934 trotz Exekutionsschutz 2654 landwirtschaftliche Anwesen zu Schleuderpreisen versteigert wurden. In einem Jahre wurden also ebensoviele Bauern vom Exekutor vom Boden vertrieben als Kolonisten in 10 Jahren mit einem Aufwand von über 400 Millionen auf einen Boden gesetzt wurden, der zumeist gar nicht kolonisationsbedürftig war."⁷⁴

Mit der Durchführung der Bodenreform ist der Kampf um den deutschen Grund und Boden nicht abgeschlossen. Der Staat hat seinen Hauptschlag gegen den Siedlungsraum der nichttschechischen

Volkgruppen geführt. Kleinarbeit ist den staatlich subventionierten und mit den tschechischen Großbanken zusammenarbeitenden Tschechisierungsvereinen überlassen, die nun systematisch an die Erwerbung deutschen Grundes und Bodens gehen.

Anlässlich der 50jährigen Gründungsfeier der nordböhmischen "*Jednota*" erklärte deren Obmann, Senator Hruby (Sozialdemokrat!), daß die Tschechisierungsvereine heute noch nötiger erscheinen als vor dem Kriege, weil sich auch jetzt noch "das Besitztum im Norden in den Händen der Deutschen befindet". Man scheint dem nun abhelfen zu wollen. Ein in den tschechischen Blättern veröffentlichter Aufruf der "*Jednota*" verrät nur zu deutlich, daß man gerade die Zeit der größten wirtschaftlichen Not, die Zeit des Hungerns und des Elends dafür ausnützen will, um deutschen Besitzstand in tschechische Hände überzuführen und den Notstand der Sudetendeutschen zur weiteren Tschechisierung zu mißbrauchen. In dem Aufruf der "*Jednota*" wird erklärt, daß die 750.000 tschechischen Grenzer im gemischten und sudetendeutschen Gebiete "ihre endliche Befreiung und wirtschaftliche Stärkung erwarten" und "sich ihrer großen und historischen Aufgabe bewußt sind". Sie verlangen eine nationale Steuer von 50 h auf den Kopf "zur wirtschaftlichen Stärkung und zum Besitzankauf aus fremden Händen in Nordböhmen", um so einen "wirtschaftlichen Wall gegen den nationalen Widersacher zu errichten".⁷⁵

Im Zuge der tschechoslowakischen Verhandlungen über die Entschuldung der Landwirtschaft wurde der Statutenentwurf eines Institutes bekanntgegeben, das unter dem Namen "Bauernbank" vor allem die Konvertierung landwirtschaftlicher Schulden besorgen soll. Wie sich nun herausstellt, ist die Konvertierung landwirtschaftlicher Schulden **einer** der Zwecke, **keineswegs** der **Hauptzweck** der Anstalt! Hauptzweck der Anstalt scheint vielmehr eine ins Unvorstellbare gehende Regelung der persönlichen Eigentums- oder Pachtverhältnisse an landwirtschaftlichem Grund und Boden zu sein. Zu ihren Aufgaben soll nämlich u. a. gehören: **1.** Erwerb landwirtschaftlichen oder für die Landwirtschaft geeigneten Bodens. **2.** Vorbereitung des Bodens für seine Zuteilung. **3.** Zuteilung des Bodens in Eigentum oder Pacht. **4.** Landwirtschaftliche Kreditvermittlung und Bereitstellung. Die Erfüllung dieser Aufgaben soll durch ein Enteignungsprivileg, durch ein gesetzliches Vorkaufsrecht und schließlich durch die Zurverfügungstellung der notwendigen finanziellen Mittel sichergestellt werden.

Um sich vorstellen zu können, was die Durchführung jener Aufgaben für das Sudetendeutschtum bedeuten kann, muß man an eine Aktion erinnern, die in wenigen Jahren hunderttausende ha deutschen Bodens in tschechische Hände überführt hat, an die Bodenreform. Mit sozialen und ethischen Motiven wurde diese Aktion zur Regelung des Grundeigentums begründet, deren offizielle Tendenz, wie im nächsten Abschnitt dargestellt wird, dahin ging, den Großgrundbesitz durch Enteignung landwirtschaftlichen Bodens zu verringern und freiwerdenden Boden zur Schaffung mittleren und kleineren Grundbesitzes zu verwenden, deren inoffizielles Ziel es aber war, deutschen Boden in tschechische Hände überzuführen.

Mit dem Tschechisierungserfolg der Bodenreform scheinen die Tschechen nun nicht mehr zufrieden zu sein. Die Statuten der Bauernbank beweisen das.

In der Statuierung eines gesetzlichen Vorkaufsrechts für allen landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Boden, in der Einräumung des Enteignungsprivilegs zur Erfüllung der Zwecke (!) der Bank und in dem finanziellen Aufbau des Instituts offenbart sich kein Wunsch der Landwirtschaft, sondern die unverhüllte Forderung aller Organisationen nach Tschechisierung sudetendeutschen Gebietes und nach der Brechung aller Festungen sudetendeutscher wirtschaftlicher und völkischer Widerstandskraft! Hier wird die Erfüllung einer Forderung zugesagte, die die schlimmsten Chauvinisten seit langem erheben und verlangen!

Die Tatsache, daß eine entgeltliche Übertragung an den vom bisherigen Eigentümer gewählten Käufer dann nicht zustandekommen kann, wenn die Bauernbank von ihrem Vorkaufsrechte Gebrauch macht, bedeutet, **daß die Bank jeden zur Übertragung kommenden sudetendeutschen Besitz an sich ziehen kann**, wenn eine einzige Voraussetzung gegeben ist: die finanzielle Potenz der Bank, **die Verfügung über die notwendigen Mittel!** Und für diese scheint man im Statutenentwurf in einer Weise vorgesorgt zu haben, die die Angelegenheit der Bauernbank aus dem landwirtschaftlichen Bereich herausholt und sie in den Mittelpunkt des gesamten sudetendeutschen Interesses stellt. Die Bank soll sich nämlich die erforderlichen Mittel nicht nur durch Pfandbriefemissionen, durch die Ausgabe ewiger oder amortisabler Renten, durch die Ausgabe von Investitionsschuldverschreibungen und Kassenscheinen, sondern auch durch die Entgegennahme von Büchel- und Kontokorrenteinlagen beschaffen können!

Das Tempo der Tschechisierung ist gegeben durch die wirtschaftliche Macht, die hinter ihr steht. Die Bauernbank hat die Mittel zu liefern, die es ermöglichen sollen, das bisherige Tempo zu vervielfachen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie mehr als der Entschuldung der Entnationalisierung dienen und dort einsetzen soll, wohin die Bodenreform nicht gereicht hat, wo ähnliche Bemühungen bisher fehlgeschlagen sind und wo sich sudetendeutsche Widerstandskraft am ungemindertsten erhalten hat: Im Bauerntum! Damit ist die Bauernbank zu jener Institution geworden, deren Sein oder Nichtsein entscheidet über die Erhaltung sudetendeutschen Bodenbesitzes oder über seine Verminderung! Das ist der Sinn des sudetendeutschen Kampfes gegen sie.⁷⁶

Der Hauptausschuß der *Národní Jednota* für Ost- und Nordmähren hat beschlossen, eine organisierte Evidenz zum Erwerb von deutschem Boden und landwirtschaftlicher Anwesen, sowie auch anderer Objekte zu schaffen. Insbesondere bei den Versteigerungen in Nordmähren und im Kuhländchen werden Aufkäufer teilnehmen und alle geeigneten Objekte aufkaufen. Da bei den Versteigerungen in der jetzigen Krise zumeist nur der Ausrufspreis erzielt wird, handelt es sich fast durchwegs um gute Geschäfte. Die zum Kauf notwendigen Gelder verschafft die *Nár. Jed.* Da die *Nár. Jed.* bei jedem Bezirksgericht, wie in jedem Staatsamt ihre Vertrauensmänner hat, ist es für sie sehr einfach, den verschuldeten deutschen Grund- und Hausbesitz genau in Evidenz zu führen und zu jeder Versteigerung, die für Tschechisierungszwecke in Betracht kommt, Aufkäufer zu entsenden.

Die Prager *Národní Politika* vom 19. Dezember 1934 richtet an die vermögende tschechische Öffentlichkeit einen Aufruf, in dem es heißt:

"Infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen überall, besonders aber im verdeutschten Gebiet, zahlreiche Wirtschaftsobjekte, Fabriken, bäuerliche Anwesen, Wälder, Grundstücke usw. zum Verkauf. Der Preis der Realitäten ist oft niedrig und ihre deutschen Besitzer kommen häufig auch zu Tschechen und sogar zu den tschechischen Schutzvereinen (!), um ihnen diese Realitäten zum Kauf anzubieten. Wenn die tschechischen Schutzvereine genug Mittel zu diesen Transaktionen hätten, würde dies eine ungeheure wirtschaftliche Stärkung des Tschechentums im Grenzgebiete bedeuten. Es gibt gemischte Gemeinden, die auf diese Weise geradezu ihrem tschechischen Ursprung wiedergegeben werden können. Aber auch tschechische Einzelpersonen, besonders kapitalstärkere, sollten den gemischten Gebieten nicht ausweichen. Sie könnten dort leicht und billig, ihren Bedürfnissen entsprechend, Objekte erwerben, die nach dem Aufhören der Krise - bei billigen Arbeitskräften in den Gebirgsgegenden - einen bedeutenden Ertrag abwerfen würden. Außerdem würden sie in hohem Maße den Restitutionsprozeß in den Gemeinden und Gebieten fördern, die einstens rein tschechisch (??) waren. Das wäre die wertvollste patriotische Arbeit."⁷⁷ - Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes!



Und die Arbeiten und Aufrufe sind nicht umsonst und ohne Erfolg. Es vergeht wohl kaum eine Woche, in der nicht neue deutsche Bodenverluste gemeldet werden. So führt der planmäßige staatliche und private tschechische Bodenkampf zu einer Verengung deutschen Lebensraumes und zu einem weiteren Verlust deutscher Arbeitsplätze. Damit erfährt aber auch der natürliche Lebensquell der deutschen Volksgruppe, das Bauerntum, eine Verengung, da die Neubildung des sudetendeutschen Bauerntums fast unmöglich gemacht wird. Schon in der Vorkriegszeit machte sich in den sudetendeutschen Grenzgebieten eine Bodenknappheit bemerkbar und ließ den Ruf nach einer Parzellierung des Großgrundbesitzes zwecks Neubildung bäuerlicher Wirtschaften laut werden. Die Bodenreform hat eine Vergrößerung der sudetendeutschen kleinbäuerlichen Wirtschaften unmöglich gemacht.

Über die volkspolitische Auswirkung und Bedeutung dieses Bodenkampfes wird an anderer Stelle noch eingehend zu sprechen sein.

Das Bodenamt in Prag kann mit seiner Bilanz zufrieden sein, denn es hat seine ihm gestellte Aufgabe erfüllt und den Boden, den der Staat beschlagnahmt hat, nach den Richtlinien der Regierung aufgeteilt. Die Bilanz, die das tägliche Leben aus seiner Arbeit gegeben hat, ist im Vorstehenden skizziert worden. Der bäuerliche Boden als die Grundlage allen Lebens verträgt keine willkürlichen Experimente und mechanischen Eingriffe. Wir erleben es im großen in Sowjetrußland und im kleinen in der Tschechoslowakei, wie sich der Boden mit unerbittlicher Naturgewalt rächt, wenn man ihn ständig in Unruhe hält und ihm schlechte Wirtschaftler aufzwingt. Verfall des Geschaffenen und Rückfall in einen geradezu chaotischen Zustand sind die charakteristischen Erscheinungen dieser Bodenreformen Die Bodenspekulation aber wirft das einzige Erträgnis aus dem Boden ab.

In den nachfolgenden Sätzen⁷⁸ ist die tschechoslowakische Bodenreform in nicht zu übertreffender Form charakterisiert worden:

"Wir haben in unserem Staate (d. i. die Tschechoslowakei) in 15 Jahren 2 Millionen Hektar im Wege der Bodenreform an andere Eigentümer und Wirtschaftler gebracht und vergeben, der Innenkolonisation, der Siedlung und Rücksiedlung zu dienen. Über der revolutionären Besitzreform und der nationalpolitischen Zielsetzung wurde aber außer acht gelassen, daß der meiste Boden an schlechtere Wirtschaftler kam und die Spekulation schrankenlos die Herrschaft über den reformierten und nicht reformierten Boden antreten konnte. Es wurden soziale und kulturelle Traditionen zerstört, mehr als Zehntausende organisch gewachsene Betriebe vernichtet oder doch aufgelöst, ohne nennenswerte neue Betriebe und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Für einen neuen demokratischen Adel wurden alte ererbte Adelssitze und Schlösser freigemacht und mehr als hunderttausende Menschen von ihren Arbeitsplätzen am Land entfernt und zum großen Teil in der Zeit des Mieterschutzes sogar um ihr Obdach beraubt. Man wollte denen, die auf diese Tatsachen hinwiesen, nicht Glauben schenken, bis sich herausstellte, daß in den kulturell hochstehenden Sudetenländern im Jahrzehnt der Bodenreform 1921 - 1931 in Böhmen 269.666 und in Mähren/Schlesien 159.656, zusammen also 429.322 zur Urproduktion gehörige Menschen vom Lande gewichen sind und auch in den dünn bevölkerten und überwiegend land- und forstwirtschaftlichen Karpathenländern mit einer Fülle von organischen Siedlungsmöglichkeiten die land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung relativ gleichfalls bedeutend zurückgegangen ist und der ländliche Zuwachs auch schon vom Osten her auf den Arbeitsmarkt drücken mußte.

Keine Statistik wird darum herumkommen, daß zur Landflucht, zur Flucht aus der landwirtschaftlichen Arbeit und zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit die Bodenreform wesentlich durch Zerstörung von Betrieben und Arbeitsplätzen am Lande beigetragen hat.

Die mechanische Bodenaufteilung und Bodenverteilung hat nicht so sehr den wirklichen Hunger nach Boden und nach Arbeit gestillt, als vielmehr den Hunger nach Rest- und Waldgütern, nach Spekulationsgewinnen, nach national- und parteipolitischen Stellungen. Es wird ein langer organischer Siedlungs- und Rücksiedlungsprozeß notwendig sein, um den Hunger nach Arbeit zu stillen und um wenigstens so viele Leute wieder aufs Land zurückzubringen, als in der Bodenreform vom Lande weichen mußten."

Anmerkungen:

67 "Narodni listy" - 28. März 1922. - Siehe auch Hassinger, **a. a. O.**, und das *Wirtschaftsjahrbuch für die Tschechoslowakei 1932*. [...zurück...](#)

68 Die im Wege der tschechoslowakischen Bodenreform angestrebte nationale Zielsetzung behandelt an Hand der amtlichen Unterlagen ausführlich die "*Pétition adressé au Conseil de la Société des Nations par les Minorités Tchecoslovacues au sujet de la réforme agraire*" (Saumur 1925.) - *Wirtschaftsjahrbuch 1932*, S. 93 - 98. - Dr. Franz Freudenthal: *Bodenreformgesetze*, Band I., II., III. - Dr. Harald Laeunen: *Tschechoslowakische Bodenpolitik*, Berlin 1930. [...zurück...](#)

69 Hassinger, **a. a. O.**, S. 460/461. [...zurück...](#)

70 Ausgabe vom 27. November 1934. [...zurück...](#)

71 *Deutsche Presse*, Prag, Dezember 1934. [...zurück...](#)

72 *Deutsche Presse*, Prag, 18. November 1934. [...zurück...](#)

73 *Deutsche Landpost*, Prag, 8. November 1934. [...zurück...](#)

74 Entnommen der von Hans Watzlik und L. F. Leppa geleiteten Zeitschrift *Ackermann aus Böhmen*, Karlsbad, Augustfolge 1936. [...zurück...](#)

75 *Deutsche Presse*, 16. Dezember 1934. [...zurück...](#)

76 *Sudetendeutsche Wirtschaftskorrespondenz*, 25. Folge, 17. 12. 1935. [...zurück...](#)

77 *Reichenberger Zeitung*, 19. Februar 1935. [...zurück...](#)

78 Studie Georg Schlögl in der *Deutschen Landpost*: "Siedlung und Rücksiedlung". [...zurück...](#)

IV. Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung

1. Wirtschaftlicher Lagebericht

Die Wirtschaft in den Sudetenländern erwuchs organisch aus den natürlichen Gegebenheiten des Raumes und entwickelte sich in ruhiger Aufwärtsbewegung auf den stabilen Grundlagen des alten Staates. **Sie führte durchaus kein Eigendasein und nahm auch keine Sonderstellung ein, sondern war mit den Wirtschaftszweigen und -bahnen der alten Donaumonarchie auf das**

innigste verknüpft. Sie war vielmehr der Motor des ganzen volkswirtschaftlichen Lebens.

Die industrielle Produktion der Sudetenländer in der Vorkriegszeit stieg mit dem wachsenden Güterverbrauch in Österreich-Ungarn und im ganzen Südosten. Dabei erreichte der Güterverbrauch in diesen Wirtschaftsräumen erst einen Bruchteil desselben in den westeuropäischen Staaten. In der Tschechoslowakei war er höher als der Durchschnittsverbrauch im alten Österreich, aber immer noch niedriger als in den Staaten des Westens. Aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß die Voraussetzungen für eine weitere Aufwärtsentwicklung der sudetenländischen Industrie gegeben waren. Die neue tschechoslowakische Wirtschaft übernahm also, wie der sudetendeutsche Volkswirt Dr. Karl Uhlig einmal treffend sagte, die Schwungkraft der Wirtschaftsentwicklung der Vorkriegszeit, die nicht nur auf "Meinen und Wollen", sondern auf den elementarsten Bedürfnissen des Kulturaufstieges des ganzen Südostens beruhte. Es lag an der tschechischen Wirtschafts- und Handelspolitik, die natürliche Schwungkraft der sudetendeutschen Industrie zu erhalten, wenn sie trotz der veränderten staatlichen Verhältnisse die südöstliche Orientierung beibehalten hätte. Es ist bekannt, daß die Friedenskonferenz eine Zeitlang zögerte, das alte österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet zu zerschlagen und es mit neuen Staats- und Zollgrenzen zu durchziehen. Und als sie es dennoch tat, versäumte sie nicht, den Nachfolgestaaten die engste wirtschaftliche Zusammenarbeit zu empfehlen.

Wir haben bereits dargelegt, daß entgegen den natürlichen Wirtschaftsgegebenheiten die tschechoslowakische Handelspolitik der Devise "Umorientierung nach dem Westen", die ihr die tschechische Außenpolitik gegeben hat, folgte und die alten Verbindungen nach den Nachbarstaaten als dem früheren Binnenmarkt der sudetendeutschen Wirtschaft kurzerhand abbrach.

Wenn die tschechoslowakische Wirtschaft in der Nachkriegszeit eine Periode der Hochkonjunktur durchmachte, so war dies nur eine Folge der der sudetenländischen Industrie innewohnenden Schwungkraft der Vorkriegszeit. Die planmäßig durchgeführte Zerstörung der fast an einer jahrhundertalten Erfahrung reichen sudetendeutschen Industrie einerseits, die durch ihre Qualität auf dem Absatzmarkt gut eingeführt war, und die fast ausschließliche Förderung der jungen tschechischen Industrie andererseits, die sich zunächst einen neuen Absatz suchen und sich auf dem Markte durchsetzen mußte, schließlich die genügend charakterisierte Handelspolitik mußte über kurz oder lang zu einer Schwächung der gesamten Staatswirtschaft führen. Eine plötzlich einsetzende Wirtschaftsstagnation mußte die bereits angerichteten Schäden deutlich sichtbar machen.

Es kann auch in diesem Zusammenhang nicht Aufgabe dieser Darstellung sein, eine abgerundete Darstellung der Wirtschaftsentwicklung zu geben, die einer gesonderten Darstellung wert erscheint. Aus einigen wichtigen Beispielen soll die gewaltige Schwungkraft des wirtschaftlichen Lebens in den Sudetenländern und ihr katastrophaler Zusammenbruch seit 1930 gezeigt werden, der nicht allein aus dem Weltwirtschaftsverfall zu erklären ist. Diese Abschnitte über die Entwicklung des Wirtschaftslebens in der Tschechoslowakei sollen die Brücke über die Kluft schlagen, die sich auftut zwischen der Darstellung des wirtschaftlichen Besitzstandes, Reichtums und Wohlstandes zu Beginn des Buches und den Schilderungen des wirtschaftlichen Niederganges und der seit Jahren herrschenden Not, die sich besonders kraß im Sudetendeutschtum auswirkt. Da die statistischen Angaben nur für die gesamte Staatswirtschaft gemacht werden und nicht nach der nationalen Struktur, läßt sich der Anteil der deutschen und tschechischen Wirtschaft nur nach den eingangs angeführten Verhältniszahlen der nationalen Besitzverhältnisse abschätzen. Ferner ist zu beachten, daß die Tschechoslowakei keine Produktionszensur wie Amerika, aber auch keine offiziellen Produktionsindices, wie z. B. Deutschland, England und Frankreich hat. Die Beurteilung der gesamten industriellen Produktionsentwicklung ist daher nur aus einer Reihe statistischer Angaben der Handelsbilanz und einzelner Industriezweige möglich.



a) Die Industrieproduktion

Wenn man das Jahr 1929, in dem die industrielle Produktion des tschechoslowakischen Staates ihren größten Umfang erreicht hat, zum Ausgangspunkt und als Vergleichsbasis der Betrachtungen nimmt, dann ergibt sich, daß in der Zeit von 1929 bis 1935 die Gesamtproduktion der Industrie um mehr als ein Drittel zurückgegangen ist, wobei diese rückläufige Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1933 ihren Tiefpunkt erreicht hatte. In einzelnen Zweigen ist die Produktion bis auf 40,1 v. H. (Metall-, Porzellan-, Glas- und Holzindustrie) herabgesunken. Der Index der Gesamtproduktion stieg seit 1933 - 1935 von 60,2 auf 66,1, verkleinerte sich aber in einzelnen Zweigen auch weiterhin.

Das Abgleiten und langsame Ansteigen der Produktion wird aus folgenden Indexziffern klar sichtbar:

Produktionsindex der Industrie (J. 1929 = 100)

Jahr, Jahres- durch- schnitt (= M)	Bergbau	Metall-	Glas-	Porzellan-	Stein- u. Erden- (sonstige)	chemische	Holz-	Papier-	Polygra- phische	Textil-	Leder-	Beklei- dungs-	Nahrungs- mittel-	Elektrizitäts- erzeugung	Gesamtindex
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
M 1935	61,7	55,4	51,3	44,8	34,6	97,0	50,0	89,5	113,0	69,3	62,7	76,5	91,9	97,1	66,1
M 1934	64,9	47,5	51,8	40,0	46,8	90,2	52,0	80,5	95,4	75,9	87,8	77,9	94,5	95,3	66,5
M 1933	64,4	41,1	48,6	41,4	53,1	85,8	48,5	74,0	90,3	63,3	70,3	71,6	88,4	87,2	60,2
M 1932	66,5	40,0	54,3	45,8	69,5	80,9	49,7	80,5	91,6	67,9	68,1	79,3	99,4	85,5	63,5
M 1931	78,8	72,0	75,1	64,4	79,6	89,9	66,6	92,9	93,9	82,5	79,3	98,1	95,8	94,5	80,7
M 1930	85,9	85,4	83,4	83,6	91,4	91,8	84,6	96,6	96,8	90,8	84,2	93,3	96,1	99,3	89,2
M 1929	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Während die Produktion im Bergbau, in der Glas-, Stein-, Erd-, Holz-, Textil-, Leder-, Bekleidungs- und Ernährungsindustrie weiterhin zurückgeht und damit die allgemeine Wirtschaftslage deutlich widerspiegelt wird, hat sie in der Metall- und Chemieproduktion beträchtlich zugenommen. Eine symptomatische Erscheinung! Die Arsenale füllen sich, aber die Menschen können sich kaum die notwendigen Bekleidungs- und Lebensmittel kaufen. Die verdorrten Wirtschaftszweige aber liegen im deutschen Gebiet des Staates.⁷⁹

Betrachten wir die Entwicklung in einzelnen Zweigen, so ergeben sich folgende Bilder:



1) Die Kohlenförderung

Jahr	Steinkohle	Braunkohle	Jahr	Steinkohle	Braunkohle
1911	12,530.272	21,054.006	1912	13,515.231	22,045.927
1913	14,087.205	23,017.096	1914	13,457.770	19,806.042
1915	14,315.627	18,148.528	1916	15,469.054	19,176.374
1917	14,547.596	18,077.993	1918	11,968.736	16,193.411
1919	10,254.233	17,176.808	1920	11,380.443	19,744.522
1921	12,023.209	21,116.473	1922	10,464.990	18,955.235
1923	12,347.251	16,029.126	1924	15,178.942	20,127.536
1925	12,558.992	18,261.032	1926	14,176.998	18,133.267
1927	14,016.300	19,181.678	1928	14,560.305	19,955.930
1929	16,521.457	22,560.796	1930	14,435.002	19,193.669

1931	13,103.712	17,931.635	1932	10,961.021	15,858.396
1933	10,532.993	15,063.095	1934	10,688.478	15,172.108
1935					

Ein interessantes Bild zeigt die Kohlenförderung in den einzelnen Braunkohlegebieten:

	In tausend Tonnen:						
	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934
Nordböhmisches Becken	15.563	17.401	14.783	13.878	12.053	11.488	10.223
Falkenauer-Elbogener Becken	4.106	4.260	3.526	3.154	2.968	2.749	1.928
Südmährisches Becken	216	225	200	200	201	184	205
Sonstige Braunkohlengruben in Böhmen u. Mähr.-Schles.	68	88	86	68	75	82	95
Braunkohlengr. i. d. Slowakei	495	586	598	603	563	561	565

Das Ansteigen der Förderung in den innerböhmischen, mähr.-schles. und slow. Gruben und der katastrophale Rückgang im Falkenauer Revier sind der sichtbare Ausdruck der einseitig tschechisch geführten Wirtschaftspolitik. Die Gruben des Falkenauer Revieres sind noch ausschließlich in deutschem Besitz. Sie sind auf die darniederliegende Privatwirtschaft angewiesen. Die nichtdeutschen Gruben, besonders die im tschechischen Sprachgebiet, konnten durch Lieferungen an die Eisenbahnen und Staatswirtschaften ihre



Sudetendeutsches Braunkohlenbergwerk.

Produktion erhöhen. Der Förderungsstand in Nordwestböhmen ist ebenfalls dadurch beeinflusst, daß den hier liegenden tschechischen Gruben Staatsaufträge auf Kohlenlieferungen zuteil wurden.

Der Gesamtwert der Produktion der verwertbaren Kohlen sank von 1.056 Millionen Kc im Jahre 1931 auf 784 Millionen Kc Ende 1934 herab.

Die Gesamtförderung von Roherzen sank von 1,235.078 Tonnen (1931) auf 538.742 Tonnen (1934), was einen Wertrückgang von 76 Millionen Kc auf 36 Millionen Kc entspricht!



2) Porzellanindustrie

Über den Produktionsrückgang dieses vornehmlich sudetendeutschen Industriezweiges hat der "Verband der Glas- und Keramikarbeiter und -Arbeiterinnen", Sitz Teplitz-Schönau ein Memorandum ausgearbeitet (veröffentlicht *Sozialdemokrat*, Prag vom 16. 9. 36 Nr. 216), das folgendes Bild der katastrophalen Lage der Porzellanindustrie entwirft. Darin heißt es u. a.:

"Die Porzellanindustrie in der Tschechoslowakischen Republik wurde von allen Industrien von der Krise am schwersten betroffen. Der Porzellanexport hat sich seit dem

Jahre 1929 um zwei Drittel vermindert. 1929 hatten wir eine Ausfuhr von Porzellanwaren in der Höhe von 37,962.273 Kilogramm im Betrage von 305,760.968 Kc, während 1935 die Ausfuhr nur noch 12,688.475 Kilogramm im Betrage von Kc 105,193.172,— betrug. Aber auch der Inlandabsatz für Porzellanwaren ist in der gleichen Zeit um die Hälfte zurückgegangen und betrug 1929 71,480.000,— Kc, 1935 aber nur noch 34,100.000,— Kc. Das Jahr 1936 weist einen weiteren Rückgang auf.

Die Ursachen hiefür sind mannigfaltiger Natur, der Ursprung ist aber in der Hauptsache in mangelhafter Vorsorge der wirtschaftlichen Belange zu suchen. Bei einer objektiven planmäßigen Wirtschafts- und Handelspolitik hätte sich ein großer Teil dieses wirtschaftlichen Rückganges in unserer Porzellanindustrie vermeiden lassen.

Diese Entwicklung in der Porzellanindustrie hatte eine katastrophale Arbeitslosigkeit zur Folge. Nach Erhebungen, welche unsere Gewerkschaft durchgeführt hat, sind seit dem Jahre 1929 50 Prozent der Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen dauernd von der Arbeitsmöglichkeit ausgeschaltet, während die restlichen 50 Prozent infolge Kurzarbeit einen Arbeitsverlust von nahezu 32 Prozent aufzuweisen haben.

Von den im Jahre 1929 in der Porzellanindustrie beschäftigten 20.000 Arbeitern sind schon jahrelang beinahe 10.000 Menschen gänzlich aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet, während die übrigen nur noch in Kurzarbeit beschäftigt werden können. Die effektive Arbeitslosigkeit in der Porzellanindustrie beträgt 68,5 Prozent und muß als die stärkste von allen Wirtschaftszweigen bezeichnet werden.

Seit dem Jahre 1930 bis August 1936 wurden von unserer Gewerkschaft an die arbeitslose Porzellanarbeiterschaft ausbezahlt:

Arbeitslosenunterstützungen	Kč	34,195.437,--
Ernährungsaktion	Kč	6,943.000,--
Notfallunterstützungen	Kč	249.485,--
Notfallunterstützungen vom Wirtschaftsverbande der Porzellanindustriellen	<u>Kč</u>	<u>340.570,--</u>
	Kč	41,728.492,--

So hoch auch diese Unterstützungssumme erscheinen mag, wenn man sie auf die Zahl der in der Porzellanindustrie arbeitslos gewordenen Menschen für einen Zeitraum von 6 Jahren aufteilt, verbleibt für jedes dieser bedauernswerten Opfer der Krise ein so geringer Betrag, daß damit eben nur eine Linderung möglich war; das Elend und die Verzweiflung unter der arbeitslosen Porzellanarbeiterschaft aber besteht weiter.

Der Lohnverlust für die Porzellanarbeiterschaft seit dem Jahre 1929 beträgt mehr als das Zehnfache der gewährten Unterstützungen. Auf Grund der Arbeitslosigkeit ergibt sich ein Lohnverlust:

1930	Kč	23,326.125,--
1931	"	53,974.385,--
1932	"	87,764.492,--
1933	"	93,105.043,--
1934	"	98,380.673,--
1935	"	<u>94,760.295,--</u>
	Kč	451,311.013,--

Ein gewaltiger Betrag, welcher diesen Menschen zur Lebensfristung verlorenging, und sie

alle haben das dringende Verlangen, wieder in den Produktionsprozeß eingereiht zu werden, arbeiten zu können, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung ist für die Porzellanarbeiterschaft die lebenswichtigste Frage, deren positive Behandlung angesichts des siebenten Krisenwinters dringend notwendig wird. Die Lösungsmöglichkeit liegt beinahe ausschließlich auf dem Gebiete der produktiven Arbeitslosenfürsorge und der Schaffung erweiterter Arbeitsmöglichkeiten durch die Erhöhung des Absatzes für Porzellanwaren am Inlandsmarkte, sowie der Steigerung des Exportes unserer Porzellanindustrie.

Für die Arbeiterschaft bedeutet jede Steigerung der Produktion in der Porzellanindustrie eine Verminderung der Arbeitslosigkeit, für den Staat bedeutet jede Steigerung des Porzellanexportes eine vermehrte Deviseneinfuhr. Zehntausend Arbeiter haben ihren Erwerb und die Existenzgrundlage verloren, die Gesamtwirtschaft hat aber seit dem Jahre 1929 einen Verlust von einer Milliarde Kc fremdländischer Devisen zu verzeichnen:

1930	Kč	47,298.792,--
1931	"	122,783.641,--
1932	"	196,555.161,--
1933	"	214.809.193,--
1934	"	208,239.778,--
1935	"	<u>200,562.796,--</u>
	Kč	990,349.361,--"

So viel aus dem sozialdemokratischen Memorandum, das auf amtlichen Zahlen aufgebaut ist.



3) Die Textilindustrie

Am härtesten von den wirtschaftlichen und politischen Strukturveränderungen wurde die Textilindustrie betroffen. Und sie war ein vorwiegend sudetendeutscher Industriezweig. Sie war auf einen Inlandsmarkt von 55 Mill. Menschen zugeschnitten und behielt nach dem Umsturz 13,5 Mill. Inlandsverbraucher. Lagen in dem Verlust von drei Viertel des einstigen Inlandsmarktes und in der Zugehörigkeit zum Senkungsgebiet der Welttextilwirtschaft allein schon die Ursachen für eine Dauerkrise der Textilwirtschaft, so wurde die Krise noch dadurch verschärft, daß im tschechischen Siedlungsgebiet mit staatlicher Hilfe neue Textilfabriken errichtet wurden, obwohl im Jahre 1928, dem Höhepunkt der Produktion, erst 92 v. H. der Vorkriegsproduktion erreicht wurden. Mit 280.000 Textilarbeitern zählt die sudetendeutsche Textilindustrie zu den intensivsten der Erde. Sie ist aber auch der bedeutendste sudetendeutsche Industriezweig.

Der sudetendeutsche Volkswirtschaftler K. Uhlig - Karlsbad veröffentlicht folgenden Lagebericht: Der Jahresdurchschnitt 1925 - 28 genommen mit 100, hat sich die Erzeugung 1929 auf 106 erhöht und betrug 1930 97, 1931 88, 1932 72, 1933 67, im ersten Vierteljahr 1934 79 und im ersten Vierteljahr 1935 70. Die Ausfuhr stieg, bzw. sank mengenmäßig für die gleichen Zeitabschnitte auf 110, 100, 83, 49, 50, 56 und 61. Dem Werte nach weist der Ausfuhrindex unter Berücksichtigung der Kronenabwertung folgende Entwicklung auf:

	Baumwolle	Wolle	Leinen, Jute	Seide	Konfektion
1929	98	110	98	136	127
1930	82	87	84	127	106
1931	54	59	65	108	79
1932	27	24	38	69	39

1933	20	22	33	49	28
1934 (1. Vierteljahr)	16	21	33	47	40
1935 (1. Vierteljahr)	17	21	36	---	47

Da der größte Teil der Textilindustrie im sudetendeutschen Gebiete liegt, sind natürlich vor allem die Sudetendeutschen am meisten getroffen. Eine Entspannung in der Lage der Textilindustrie würde auch eine Entspannung in der Lage der sudetendeutschen Arbeitslosigkeit bedeuten. Eine noch nicht abzuschätzende Gefahr liegt allerdings in der Entwicklung der Textilindustrie in den Nachfolgestaaten. In Österreich, Ungarn, Rumänien und Südslawien hat man versucht, so schnell wie möglich eine heimische Textilindustrie zu gründen, um sich vom Ausland unabhängig zu machen.

Besondere Erfolge hat Ungarn zu verzeichnen, dessen Textilwarenanteil an der Einfuhr von 30% im Jahre 1927 ständig bis auf 23% im Jahre 1934 sank. Der Anteil der Textil-Halb- und Fertigfabrikate sank in der gleichen Zeit von 40,5% auf 21,8%. Die Zahl der Textilbetriebe ist von 132 auf 156, die der in der Textilindustrie Beschäftigten von 40.923 auf 50.444 gestiegen. 1913 waren es nur 16.092. Der Wert der Textilerzeugung betrug 1913 95,4 Mill. Pengö, 1933 aber bereits 327,76 Mill. Die Einfuhr von Baumwolle stieg von 1933 auf 1934 um 13%, von Flachs um 90%, von Wolle um 25% und von Seide um 1110%. Trotzdem ist noch eine Einfuhr von Textilwaren im Werte von 80 - 100 Mill. Pengö möglich, was ungefähr zwei Drittel dessen ist, was zu normalen Zeiten eingeführt wurde.

Die Vertragslosigkeit mit Ungarn in den langen Jahren 1930 - 35 hat der Textilindustrie den ungarischen Markt genommen. Gerade in jener Zeit entstanden in Ungarn neue Betriebe, während die bei uns vorhandenen abgebaut werden mußten. Zögert die Tschechoslowakei noch lange, einen ordentlichen Handelsvertrag mit Ungarn abzuschließen, geht der sudetendeutschen Textilindustrie auch der Rest dieses Absatzmarktes unwiderruflich verloren.

Die einzelnen Zweige zeigen folgendes Bild:

Baumwollspinnereien: Von etwa 3,6 Millionen aufgestellten Spindeln sind, auf normalen Betrieb gerechnet, nur rund 1,8 Millionen oder 50 Prozent im Betrieb. Man kann annehmen, daß hievon etwa 15 Prozent für den Export arbeiten. Die Preise haben sich infolge des Kartells für Inlandsverkäufe wohl etwas gebessert, decken aber nur die tatsächlichen Erzeugungskosten. Die Exportpreise sind sehr gedrückt.

Baumwollwebereien: Von den hier aufgestellten 105.000 Webstühlen sind etwa 50 Prozent im Betrieb, und zwar so, daß 39 Prozent Baumwollwaren, der Rest Seiden- und Wollwaren herstellen. Von den arbeitenden Spindeln sind 15 Prozent mit Exportaufträgen beschäftigt. Das Preisniveau im Inlandsbesitz ist äußerst gedrückt, da die Überproduktion die schlechter beschäftigten Betriebe zu Preiskonkzessionen zwingt. Es ist Tatsache, daß die Rohwarenverkäufe durchwegs zu



Der Arbeitssaal einer stillgelegten Spinnerei in Nordböhmen. Die Maschinen werden verschrottet oder von geschäftstüchtigen jüdischen Aufkäufern zur Einrichtung von Fabriken nach dem fernen Osten verkauft. Die Besitzer sind Bettler geworden.

Verlustpreisen getätigt werden, die nur Material und Löhne, keinesfalls aber die Regie decken.⁸⁰

Kammgarnspinnereien: Hier war durch verminderten Absatz und den dadurch bedingten Konkurrenzkampf die Lage wesentlich schlechter als in früheren Jahren. Der Export nach Deutschland, das ein wichtiger Faktor für die Beschäftigung dieser Spinnereien war, ist wesentlich zurückgegangen. Die Streichgarn- und Vigognespinnereien, die in den letzten Jahren außerordentlich gut beschäftigt waren, verzeichnen ein Abflauen des Auftragseinganges. In dieser Branche sind nach wie vor die Preise gedrückt.⁸¹



Hier stand eine mechanische Weberei, die 300 Arbeiter beschäftigte. Überall im sudetendeutschen Gebiet sind solche Ruinen, Zeugen des brutalen Wirtschaftskampfes des tschechischen Staates gegen deutsche Unternehmer und Arbeiter. Im tschechischen Sprachgebiet entstehen zur Bewältigung der Staatsaufträge neue tschechische Spinnereien und Webereien.

Die **Wollwebereien** sind durch die Erzeugung modischer Stoffe besser beschäftigt. Die Leinen- und Garnspinnereien verfügen nur über ganz geringe Vorräte und haben daher die Möglichkeit, bessere Preise zu erzielen. Die Seidenwebereien arbeiten nach wie vor in ziemlich reduziertem Maße. Die Preise sind sehr gedrückt. Es ergibt sich hier der ungesunde Zustand, daß die kapitalschwächere Erzeugung das Geschäft zu Verlustpreisen an sich zu reißen bestrebt ist. Die Krawattenstoffindustrie konnte ihren Export verbessern. Unverändert schlechte Beschäftigung in der ostböhmischen Textilindustrie.⁸²

Einige Ziffern beleuchten die Lage der Brünnener Wollindustrie.

	Gesamte Erzeugung		Davon Ausfuhr		
	Millionen Meter Ware	Wert in Millionen Kč	Millionen Meter Ware	Wert in Millionen Kč	
1928	19,6	910	1928	7,0	373
1929	18,1	824	1929	6,7	349
1930	16,0	699	1930	5,8	299
1931	15,7	580	1931	4,6	202
1932	12,9	392	1932	1,8	69
1933	10,2	271	1933	1,3	50
1934	10,8	280	1934	1,4	56

Zahl der beschäftigten Arbeiter:

1914	17.419	1931	12.177
1918	8.333	1932	10.015
1928	16.814	1933	8.405
1929	15.486	1934	8.398
1930	12.282		



4) Glasindustrie

Ein weiterer Wirtschaftszweig, an dem das Sudetendeutschtum einen hervorragenden Anteil hat, ist die Glasindustrie. In ihr ist gegenüber der Konjunkturspitze weit mehr als eine Halbierung des Exportwertes und der Exportmenge eingetreten. Da die Glasindustrie fast ausschließlich auf Export eingestellt ist - man spricht von 80 bis 90 v. H. - ergibt sich daraus von selbst auch der Produktionsrückgang.

Aus dem Index der Industrieproduktion ersieht man ebenso deutlich die sinkende Tendenz der Glasproduktion. Die nachstehenden Ziffern geben ein eindeutiges Bild hierüber. Zu bemerken ist, daß das Jahr 1929 mit 100 angenommen wird.

1921	73,4	1927	84,0	1933	48,6
1922	67,4	1928	91,7	1934	51,8
1923	48,1	1929	100,0	Januar 1935	54,9
1924	84,1	1930	83,4	Februar 1935	53,5
1925	83,7	1931	75,1	März 1935	52,8
1926	81,8	1932	54,3	April 1935	51,1

Die Lohnverhältnisse in der Gablonzer Glas- und Schmuckindustrie können mit wenigen Ausnahmen, wo bindende Kollektiv- und Lohnverträge bestehen, d. s. die Firmen, welche der Unterfachgruppe der Glasindustriellen angehören, sehr unterschiedlich bezeichnet werden. In manchen Branchen sind die Lohnverhältnisse geradezu verwirrend. Jahrelanges Bemühen, Ordnung zu schaffen, scheiterte immer und immer wieder, teils an einem gewissen Unverständnis, teils in der Annahme, daß das "Imtrübenfischen" einen größeren Gewinn abwirft. Einsichtsvolle Unternehmer und deren Arbeiter haben deshalb nichts zu verarbeitsen, weil sie sich an bestehende Vereinbarungen halten, der übrige Teil läßt unseren Herrgott einen guten Mann sein und wirtschaftet gedankenlos und skrupellos darauf los, ohne zu bedenken, daß aus einer solchen Handlungsweise heraus der gesamten Industrie ein nie wieder gutzumachender Schaden zugefügt wird. In der Heimindustrie herrschen Verhältnisse, die gar nicht mehr überboten werden können. Die Ansicht gewisser Arbeitgeberkreise, daß Heimarbeit nur als ein "Zeitvertreib" anzusehen sei, scheint langsam Allgemeingut zu werden. Die Löhne der Betriebsarbeiter, d. h. jene, die in einem festen Lohn- und Arbeitsverhältnis stehen, sind seit dem Jahre 1925 in gewissen Branchen bis zu 80 Prozent gesunken. Als erschwerender Umstand für den Arbeiterhaushalt kommt noch hinzu, daß es wohl keinen Industriezweig gibt, in welchem nicht gekürzt gearbeitet würde. Auf Grund einer Umfrage bei den verschiedenen Körperschaften wurde festgestellt, daß z. B. in der Feinschliffbranche im Jahre 1925 noch bis zu 300 Kc in der Woche verdient wurden, während man den heutigen Wochenlohn, wenn man eine volle Arbeitswoche berücksichtigt, bestenfalls mit 100 Kc angeben kann. In den Gürtlereien ist ein Lohnrückgang von 250 Kc des Jahres 1925 auf 50 Kc im Jahre 1935 feststellbar, wie die gepflogenen Erhebungen ergeben. Von einer gesunden Lohnpolitik kann in der Gablonzer Glasindustrie schon seit langem nicht mehr gesprochen werden.



5) Holzindustrie

In der Holzwirtschaft, auf die sich die Änderungen der Besitzverhältnisse in der gesamten Forstwirtschaft durch die Bodenreform ausgewirkt haben, stellt sich die Lage wie folgt dar:

Die im Jahre 1933 unter Mitwirkung des Staates eingeleitete Umgestaltung der tschechoslowakischen Holzwirtschaft hat leider nicht jene Festigung erfahren, um ein gedeihliches Zusammenarbeiten aller Gruppen dieses wichtigen Wirtschaftszweiges zu gewährleisten. Wenn der Holzmarkt dennoch vor dem Schlimmsten bewahrt blieb, so war dies nur der Sonder-

Ausfuhrkonjunktur zuzuschreiben, die hauptsächlich auf den Mehrbedarf des deutschen Marktes zurückzuführen war.

Die Sägeindustrie, die gleich von Anfang an von der Neuorganisation nicht viel erwartet hatte, sah sich in ihren Befürchtungen nicht getäuscht, da es durch die Fällungsbeschränkungen um 40 Prozent nur gelang, die Rundholzpreise markttechnisch zu stützen, wogegen eine Festlegung von Schnittholzmindestpreisen nicht erreicht werden konnte. Die zur Befestigung und Verbesserung der Absatzverhältnisse von Nadelschnittholz geschaffenen Preisvereinbarungen bewährten sich nicht, weil die vereinbarten Preise in der Praxis nicht eingehalten wurden. Das Mißverhältnis zwischen Rundholz- und Schnittholzpreisen nahm daher im Jahresverlauf immer bedenklichere Formen an.

Da war es ein besonderer Glücksfall, daß Deutschland, das an und für sich eine kräftigere Aufnahmefähigkeit infolge reger Bautätigkeit bekundete, durch die Devaluation angeregt wurde, Holzkäufe (Weichholz) in der Tschechoslowakei zu tätigen. Wenn auch in der Hauptsache unbearbeitete Hölzer über die Grenze gingen, profitierte auch Schnittholz von der reichlicheren Deutschlandnachfrage, und vor allem gestalteten sich die Preise ergiebiger als auf dem Inlandmarkt. Hingegen wurde die Tschechoslowakei vom ungarischen Markt als zweitwichtigstem Abnehmer mangels genügender Kompensationen fast ganz ausgeschaltet. Dieses Absatzgebiet wurde eine Domäne der österreichischen und rumänischen Industrie, die hier 1934 große Fortschritte verzeichneten. Für die

Entwicklung der holzverarbeitenden Industrie, die vorwiegend im Inlandabsatz verankert ist, blieb die Tatsache entscheidend, daß infolge eingeschränkter Bautätigkeit nur ungenügende Bestellungen vorlagen, so daß bei bloß rund 40prozentiger Kapazitätsausnützung die Erzeugung meist unrentabel blieb.⁸³

Am schwierigsten ist wohl die Lage der im sudetendeutschen Erzgebirge und Böhmerwald beheimateten Industrie, die Holzspielwaren, Musikinstrumente und gedrechselte Knöpfe aus Perlmutter, Horn oder Steinnüssen herstellt.



Der Geigenbau erfordert lange Erfahrung. Die Geigenerzeuger und Musikinstrumentemacher aus dem Egerland und dem Erzgebirge versandten ihre Erzeugnisse in die ganze Welt.

Die Musikinstrumentenausfuhr ist von 72 Millionen im Jahre 1928 auf 18 Millionen zurückgegangen, die Holzspielwarenausfuhr von 22 Millionen auf 12 und die Knopfausfuhr von 42 Millionen ebenfalls auf 12.

b) Die Bautätigkeit

Man bezeichnet nicht ohne Grund das gesamte Baugewerbe als das Schlüsselgewerbe einer Volkswirtschaft. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Bautätigkeit in 75 größeren Städten in den Jahren 1919 bis 1934.⁸⁴

Zugang an (kollaudierten)							
Neubauten							
davon							
Um- ände- rungs- bauten	im	Wohn- häuser	Wohn- anstalten	öffentl. Gebäude	Wirtschafts- u. sonstige Gebäude	Wohn- nungen	
1	2	3	4	5	6	7	8
1934	2.377	3.880	3.641	27	60	152	13.301
1933	2.739	4.196	3.941	20	38	197	16.403
1932	2.951	6.754	6.401	31	109	213	31.886
1931	2.660	5.560	5.203	40	69	248	29.511
1930	3.130	5.585	5.131	41	81	332	22.643
1929	3.506	7.592	6.883	54	77	578	27.198
1928	4.967	10.257	9.554	35	43	625	36.309
1927		9.067	7.398	20	90	1.559	23.773
1926		7.099	5.393	18	95	1.593	15.842
1925		5.501	4.133	19	64	1.285	13.477
1924		5.736	4.887	26	70	753	16.023
1923		3.867	3.205	16	49	597	11.099
1922		2.815	2.275	13	42	485	7.848
1921		2.183	1.637	8	59	479	7.827
1920		1.421	914	6	22	479	4.452
1919		642	342	2	14	284	1.760

Abgang von			Reinzugang an		
Gebäuden	Wohnungen		Gebäuden	Wohnungen	
1	9	10	11	in	auf 1.000
				Grundzahlen	Einwohner
				12	13
1934	179	1.013	3.701	12.288	4,04
1933	161	1.029	4.035	15.374	5,13
1932	273	1.438	6.481	30.448	10,29
1931	203	1.001	5.357	28.150	9,65
1930	168	819	5.417	21.824	7,59
1929	301	1.530	7.291	25.668	9,05
1928	522	2.135	9.735	34.174	12,27
1927	361	1.249	8.706	22.524	8,20
1926	178	507	6.921	15.335	5,68
1925	148	333	5.353	13.144	4,95
1924	81	250	5.655	15.773	6,28
1923	66	213	3.801	10.886	4,43
1922	55	115	2.760	7.733	3,21
1921	35	100	2.148	7.727	3,27
1920	47	142	1.374	4.310	1,88
1910	43	61	599	1.699	0,75 ⁸⁵

c) Eröffnete Konkurse und eingeleitete Ausgleichsverfahren 1930 - 1935

Wie die folgende Übersicht zeigt, wurden allein in den ersten 5 Krisenjahren 6.219 Konkurse und 88.981 Ausgleichsverfahren eröffnet mit insgesamt 2.004,926.000 Kc Passiva und 1.122,030.000 Kc Aktiva bzw. 6.913,595.000 Kc Passiva und 4.230,367.000 Kc.

	Tschechoslowakei						Eröffnete Konkurse und eingeleitete Ausgleiche, bei denen die Aktiva bzw. Passiva bekannt waren	Aktiva	Passiva
		Böhmen	Mähren und Schlesien	Slowakei	Karpathen- russland			der in Sp. 7 angeführten Konkurse bzw. Ausgleiche (in 1000 Kč)	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Jahres- durchschnitt									
	<i>a) Eröffnete Konkurse</i>								
1934	1.255	562	290	234	169	1.042	207,922	356,687	
1933	1.583	806	454	248	75	1.354	370,771	666,636	
1932	1.442	861	377	170	34	1.094	287,910	484,502	
1931	1.053	699	241	92	21	789	177,163	325,296	
1930	886	565	248	56	17	658	78,264	171,605	
Jahres- durchschnitt									
	<i>b) Eingeleitete Ausgleiche</i>								
1934	1.975	1.048	557	310	60	1.975	440,726	695,883	
1933	3.538	1.764	1.039	618	117	3.536	794,659	1.250,774	
1932	4.584	2.022	1.232	1.097	233	4.569	1.125,004	1.708,282	
1931	4.582	2.225	1.040	1.039	278	4.549	989,595	1.672,282	
1930	4.302	2.195	1.098	836	173	4.289	880,383	1.585,981	

Betrachtet man die Gesamtsummen der 25.200 Konkurse und Ausgleiche, so ergibt sich, daß rund 8.918 Millionen Kc Passiven 5.352 Millionen Kc Aktiva gegenüberstehen, d. h. daß innerhalb von 5 Jahren die uneinbringliche private Verschuldung 3½ Milliarden Kc betrug.



Anmerkungen:

79 Statistisches Jahrbuch der Tschechoslowakischen Republik, Prag 1936. [...zurück...](#)

80 In den politischen Bezirken Reichenberg, Gablonz, Friedland und Deutsch-Gabel sind seit dem Jahre 1922 insgesamt 153 Großbetriebe dauernd stillgelegt worden. [...zurück...](#)

81 Der Industrieort Zeidler, Bezirk Schluckenau, liegt im nördlichen Böhmen, hat 1400 Einwohner und ist der Sitz der Firmen Anton Klinger, Gebrüder Klinger, Johann Klinger, einst Weltfirmen in der Strick- und Wirkwarenindustrie. Im benachbarten Hemmehübel gab es zwei große Sägewerke. In den drei Textilbetrieben wurden einst 700 Facharbeiter lohnend beschäftigt. Bei den Sägewerken in Hemmehübel wurden zur Exportzeit 35 bis 40 Arbeiter beschäftigt. Außerdem fanden bei der Staatsverwaltung Rumburg (Reviere Sternberg und Hemmehübel) ständig 35 bis 40 Arbeiter als Wald-, Forst- und Kulturarbeiter ihren Lebensunterhalt. Zusammen ungefähr 780 Arbeiter und 70 - 80 Angestellte. **In keinem Betriebe dreht sich mehr ein Rad.** [...zurück...](#)

82 Nordböhmisches Tagblatt vom 23. Dezember 1934. [...zurück...](#)

83 Reichenberger Zeitung, Reichenberg, 10. Januar 1935. [...zurück...](#)

84 Im Teplitzer Bezirk sind im Jahre 1936 von 10 Kalkwerken sechs (6) ganz stillgelegt worden. Von den 12 Ziegelwerken sind 9 stillgelegt. Von den 42 Baumeisterfirmen leben nur noch 3 u. z. solche, die tschechisches Personal haben. Fast alle Bauleiter, die oft 20 Jahre in einer Firma tätig waren, sind entlassen worden. Im ganzen Bezirk sind in diesem Jahre nur 4 Maurerlehrlinge neu

aufgenommen worden. Die Bautischler, Schlosser und Spengler haben kaum ein Viertel ihres normalen Gehilfenstands. (*Brüxer Ztg.*) - Dagegen wurden in Groß-Prag allein im Jahre 1936 über 90 Großbauten begonnen! [...zurück...](#)

85 *Statistisches Jahrbuch: a. a. O.* Band 1936. [...zurück...](#)



d) Die Außenhandelsbilanz

Kann man die Außenhandelsbilanz eines Staates nicht in jedem Fall als das Spiegelbild für seine Wirtschaftsentwicklung ansehen, so läßt sie für die Tschechoslowakei mit ihrer Exportindustrie doch weitgehende Schlüsse zu, betrug doch der Ausfuhrüberschuß bisher rund 40 Milliarden Kronen, d. s. rund ein Viertel der gesamten Staatseinnahmen.

Die Ziffern der Außenhandelsbilanz der Tschechoslowakei (Siehe [Anhang Tabelle VI](#)) geben ein gutes Bild von den Konjunktorentwicklungen. Ebenso wie der Ein- und Ausfuhrückgang im Jahre 1923 nur zu rund je 10 Milliarden auf die Aufwertung der Krone zurückzuführen ist, so verdankt die Tschechoslowakei andererseits der im Jahre 1934 vorgenommenen Devaluation der Krone das Anziehen der Ausfuhr und Einfuhr im gleichen Jahre. Die absteigende Tendenz des Jahres 1934 zeigt, daß die durchgeführten Währungsmaßnahmen nicht den erwarteten Erfolg zeitigten.

Zur wertmäßigen Beurteilung der Außenhandelsbilanz sei im folgenden eine Übersicht der amtlichen Gesamtindices der Großhandelspreise in der Tschechoslowakei in Gold (1914 = 100) nach dem Kurs des amerikanischen Dollars an der Prager Börse angedeutet:

Jahr	Jahresdurchschnitt	Jahr	Jahresdurchschnitt	Jahr	Jahresdurchschnitt
1922	145,2	1927	141,5	1932	108,2
1923	139,6	1928	141,6	1933	101,3
1924	141,3	1929	133,5	1934	98,2
1925	145,0	1930	118,6	1935	100,2
1926	137,5	1931	117,5		

In den Jahren 1920 bis einschließlich 1929, dem Jahrzehnt wirtschaftlicher Konjunktorentwicklung, betrug

die Einfuhr	177.847	Millionen
die Ausfuhr	207.075	"

Die Handelsbilanz war mit 29.228 Millionen —.— aktiv.

Mit dem Jahre 1930 begann der katastrophale Rückgang:

Einfuhr	54,919	Millionen
Ausfuhr	57,955	"

Die Zahlen beziehen sich auf 6 Jahre, also auf rund zwei Drittel des obigen Zeitraumes, und weisen auf, daß die Einfuhr- und Ausfuhrwerte in den letzten 6 Jahren um $\frac{1}{3}$ bzw. $\frac{1}{4}$ gesunken sind. Der Einfuhrüberschuß aber ist auch $\frac{1}{6}$ zurückgegangen.

Innerhalb der letzten Jahre hat sich aber auch eine wesentliche Verschiebung in der Reihenfolge jener Staaten vollzogen, die als Abnehmer tschechoslowakischer Waren in Betracht kommen. Über

die diesbezügliche Entwicklung gibt die nachstehende Zusammenstellung, die jene 10 Staaten umfaßt, die gegenwärtig die besten Abnehmer der CSR sind, hinreichend Aufschluß. Die tschechoslowakische Ausfuhr betrug (in Tausend Kc):

Nach	1934*	1933	1931	1929
Deutschland	1,564.874	1,045.195	2,040.214	3,973.221
Österreich	769.411	720.830	1,796.449	3,074.034
U.S.A.	494.142	428.034	804.687	1,471.951
England	465.652	359.789	1,355.955	1,420.132
Rumänien	270.615	221.465	340.679	769.684
Frankreich	289.470	323.666	460.664	323.449
Schweiz	305.090	269.794	466.578	559.106
Holland	271.152	266.232	423.948	441.701
Südslawien	252.819	197.157	832.213	1,154.595
Italien	213.225	163.368	337.565	560.267

* Die Zahlen für 1935 sind auf [Seite 101](#) angegeben.

Der vorstehenden Zusammenstellung kann man mit aller Deutlichkeit entnehmen, wie stark sich der tschechoslowakische Außenhandel verschoben hat.

Wohl führt Deutschland noch immer, aber die Ausfuhr dahin ist seit 1925 um mehr als 2 Milliarden zurückgegangen trotz der 1934 vor Einführung des "Neuen Planes" stark gesteigerten Ausfuhr.

Die Gruppe Deutschland - Österreich - Ungarn war in den letzten Jahren an der tschechoslowakischen Ausfuhr durchschnittlich mit 45 v. H. beteiligt, während die Weststaaten Frankreich und England trotz der eifrigsten Propaganda kaum 11% der tschechischen Ausfuhr aufnahmen.

Die Handelsbeziehungen nach dem Südosten, der die Tschechoslowakei seit der Schaffung der "Kleinen Wirtschaftsentente" ihre besondere Aufmerksamkeit widmet, zeigen folgendes Bild:

	Einfuhr aus:			Ausfuhr nach:		
	1935	1934	1933	1935	1934	1933
	in Millionen Kronen			in Millionen Kronen		
Jugoslawien	362,5	199,8	230,9	318,2	252,9	197,4
Rumänien	260,0	185,7	176,7	383,3	271,1	222,2
Kleine Entente	622,5	385,5	407,6	701,5	524,0	419,6
Bulgarien	70,7	28,5	47,1	91,7	23,7	19,5
Griechenland	55,1	51,7	41,6	63,6	51,8	23,0
Türkei	74,4	35,4	83,0	77,8	154,6	69,8
Balkanländer insgesamt	822,7	501,1	579,3	934,6	754,1	531,8

Der größte Ausfuhrzweig ist die Ausfuhr in Textilien. Sie ist fast doppelt so groß wie die Ausfuhr von Metallen und Metallfabrikaten, mehr als dreifach so groß wie die Ausfuhr von Nahrungsmitteln aller Art. Aufsteigende Tendenz hatten bis zur Weltkrise in erster Linie Textil, Leder, Keramik und Metalle, also Industriezweige, die Teile der sudetendeutschen Industrie bilden.

Ausfuhren.

In Milliarden Kc heutigen Goldwerts

Jahres- durchschnitt	Textil	Leder	Metalle	Papier	Holz u. Keramik	Kohle	Ernährung
1920/23	4,3	0,4	1,9	1,2	1,3	0,9	---
1924/26	5,9	0,6	2,1	1,5	1,6	1,0	3,4
1927/29	7,1	1,5	3,1	1,6	1,8	1,0	2,8
1930	5,9	1,4	3,2	1,2	1,6	0,8	1,8
1933	1,3	0,3	0,8	0,4	0,1	0,4	0,6
1934	1,7	0,4	1,1	0,7	0,2	0,5	0,6
1935	1,5	0,4	1,2	0,6	0,1	0,3	0,5

Dieser katastrophale Rückgang in diesen Hauptexportzweigen der Industrie gibt ein erschütterndes Bild des Exportverfalles überhaupt. Bedenkt man, daß in all den letzten Jahren fast ausschließlich nur die tschechische Exportindustrie staatlich gestützt und gefördert wurde, so spiegeln diese Zahlen bereits deutlich die Lage der sudetendeutschen Industrie.



e) Gewerbe und Kleinhandel

Ein anschauliches Bild von der Lage des Gewerbes und Kleinhandels vermittelt die folgende Darstellung des Brüxer Handelsgremiums für sein Amtsbereich im nordwestböhmisches Braunkohlengebiet, die aber bei der vorwiegend industriellen Struktur des Sudetendeutschums auch für die anderen Siedlungsbereiche Geltung hat:⁸⁶

"Die traurige Lage des Handelsstandes wird insbesondere dadurch verschärft, daß nach wie vor der Zustrom unglücklicher, eine neue Existenz suchender Krisenopfer zum Handelsgewerbe anhält. Im Jahre 1934 betrug z. B. die Zahl der im Bereich des Brüxer Handelsgremiums neu angemeldeten Handelsgewerbe 198, die der Abmeldungen 130. Etwa zwei Drittel der Neuanmeldungen sind als Versuch zu werten, eine neue Existenz zu gründen. Solche der Verzweiflung entspringende Versuche sind zu baldigem Scheitern verurteilt und haben nur zur Folge, daß die bedauernswerten Rettungssuchenden noch tiefer ins Verderben gestürzt werden, nachdem sie den berufenen Kaufleuten nicht nur durch ihre auf kalkulationsloser Preisschleuderei beruhenden ungesunden Konkurrenz, sondern auch dadurch enormen Schaden zugefügt haben, daß sie deren Ruf schädigen und eine ersprießliche Unternehmertätigkeit vereiteln.

Der unbefugte Hausierhandel, gleichfalls eine Folgeerscheinung der bestehenden Arbeitslosigkeit, hat bereits einen derartigen Umfang angenommen, daß er für den legitimen Handel nicht nur eine unberufene Konkurrenz, sondern eine ausgesprochene Gefahr darstellt, welche ihn um die letzte Verdienstmöglichkeit zu bringen droht. Zieht man ferner in Erwägung, daß die bestehenden Einheitspreisgeschäfte, das dicht gelegte Netz der Fabriksverkaufsstellen sowie die sich nicht immer in den Grenzen ihrer Befugnisse haltenden Konsumvereinsfilialen unter weitaus günstigeren Bedingungen als der legitime Handel den Wettbewerb aufnehmen können, und daß ein diesbezüglicher Schutz der Kaufmannschaft trotz aller Bemühungen bisher nicht zu erzielen war, so kommt man zu der Erkenntnis, daß die Existenz des Handelsstandes erstlich in Frage gestellt ist.

Sehr ungünstig wirkte sich auch die Kürzung der Bezüge der Staatsangestellten aus, deren jetziges Einkommen vielfach kaum für die notwendigsten Lebensbedürfnisse ausreicht.

Eine weitere einschneidende Maßnahme ist für die Kaufmannschaft die Getreidezwangswirtschaft, der zufolge Konsumvereine und landw. Lagerhäuser das ganze Geschäft an sich reißen, wie denn überhaupt die Konkurrenz der Lagerhäuser für den Handel immer fühlbarer wird, zumal auch diese ihren Berechtigungsumfang nicht selten überschreiten.

Die Textilbranche hat eine äußerst ungünstige Lage aufzuweisen. Besondere Erwähnung verdient der Umstand, daß vorwiegend den billigen Warensorten der Vorzug gegeben wurde, weil das gesamte kaufende Publikum an der bestehenden Krise mehr oder weniger beteiligt ist. Außerdem ist es zu einer beträchtlichen Lagerentwertung gekommen.

Die überaus schlechte Beschäftigung im Baugewerbe ist zum nicht geringen Teil auf den hohen Debetzinsatz der Banken und die Unmöglichkeit, Kredite auf Realitäten zu erlangen, zurückzuführen. Hierdurch wurden auch die mit dem Baugewerbe zusammenhängenden Handelsgewerbe, Eisen- und Baumaterialgeschäfte, stark in Mitleidenschaft gezogen, deren Umsatz mitunter bis 40 Prozent unter Normal zurückgegangen ist.

Weitere Branchen weisen annähernd folgende Umsatzrückgänge auf: Lebensmittel 9 Prozent. Der Rückgang in Handarbeitsgeschäften beträgt an die 50 Prozent, in Bijouterie und Parfümerie 40 Prozent, Glas- und Porzellanwaren 25 Prozent, Kanditen mit Rücksicht auf die Konkurrenz der Fabriksfilialen 30 Prozent, Spielwaren 25 Prozent. Daß der Schuhwarenhandel infolge des Vorgehens einer Anzahl von Schuhfabriken (vor allem Bata) dem Aussterben nahe ist, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Nach der Einführung des Schuldenmatoriums an die Landwirtschaft hat obendrein die Mißernte im Jahre 1934 dem Handel schweren Schaden zugefügt. Landwirte, die bisher noch imstande und gewillt waren, ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber Handel und Gewerbe nachzukommen, sind hierzu infolge des katastrophal geringen Ernteertrages nicht mehr in der Lage.

Der anhaltende wirtschaftliche Stillstand bringt es mit sich, daß heute bereits alte, angesehene und ehemals gut fundierte Firmen sich entschließen, das Feld jahrzehntelanger Arbeit zu räumen. So werden dem Vernehmen nach zu den bereits leerstehenden Geschäftslokalen in allernächster Zeit weitere hinzukommen, ein Beweis dafür, wie schwer es heute manchem Kaufmann fällt, sich im aufreibenden Existenzkampf zu behaupten.

Ungeachtet dieser trostlosen Lage der Kaufmannschaft erfolgt deren Besteuerung, vielfach abweichend vom eingebrachten Bekenntnis, höher, ohne daß das im Gesetz vorgesehene Vorhaltsverfahren angewendet würde. Zwangseintreibungen werden durchgeführt, ohne daß auf die Gefährdung der Existenz Rücksicht genommen wird. Bei einer Anzahl zwangsweiser Verkäufe wurden ganze Warenlager zu einem Bruchteil des tatsächlichen Wertes verschleudert. Dadurch wurden die betroffenen Kaufleute ruiniert, während die betreibenden Parteien kaum die Kosten des Verfahrens decken konnten. Andererseits wurde der ortsansässigen soliden Kaufmannschaft durch die Verschleuderung der Waren beträchtlicher Schaden zugefügt."

Im nordböhmischen Industriegebiet aber haben sich die Verhältnisse so verschlechtert, daß an eine Beseitigung der aufgetretenen Schäden überhaupt nicht geglaubt wird. Das nördlichste Böhmen war eines der allerersten Gebiete im ganzen Lande, das sich durch Fleiß und Tüchtigkeit eine Industrie schuf, die mit ihren Erträgen maßgebliche Zuschüsse an die kommunalen Kassen abführen konnte und in gleicher Weise zur Rentabilität der staatlichen kaufmännischen Betriebe beitrug.

Nach Jahrzehnten wirtschaftlichen Aufstieges liegen die Dinge heute so, daß der größte Teil der Erzeugungen wohl fast aller Branchen auf unabsehbare Zeit gänzlich überflüssig bleiben wird. Auch eine nach und nach zunehmende Besserung der Weltwirtschaftslage läßt Industrie- und Gewerbefriedhöfe zurück. Man braucht nur an die beträchtlichen Abwanderungen zu denken, an die tatsächliche Verschleppung bodenständiger Industriezweige, an die Industrialisierung rein landwirtschaftlicher Gebiete. Was das Ausland früher nur in Nordböhmen kaufen konnte, das kann es heute selbst herstellen. In der Textilbranche z. B. wurden Samtfabriken und solche für andere Stoffe in Polen, Ungarn, Südslawien, Rumänien, in der Türkei, in England mit allen seinen Kolonien und Dominions errichtet, die heute so weit sind, daß die Industrie ihrer Konkurrenz selbst bei flottem Geschäftsgange nicht mehr begegnen kann. Genau so ist es in der Metallindustrie. In Staaten, die früher kaum eine gleichwertige Fabrik besaßen, wird mit Ausnahme verschiedener Qualitäts- und Spezialware schon der ganze Bedarf gedeckt, und es wird nicht mehr lange dauern, dann erwachsen auch hier nicht ernst genug zu nehmende Konkurrenten. Sparterie und Stoffmalerei, noch 1929 fast Monopol des Niederlandes, sind in Rußland, Skandinavien, England usw. zu Hause. Heute gibt es keine Erzeugungsmöglichkeiten und später bestimmt nur allzu geringe, und es werden Jahre um Jahre vergehen müssen, ehe ein solches Risiko einen fühlbaren Erfolg zu bieten vermag.

Von ausschlaggebender Bedeutung aber war die Umschichtung im Staate selbst. Im Inneren Böhmens und in Mähren gibt es seit einigen Jahren Konkurrenzfabriken. Sie versorgen ihre engere und weitere Umgebung, und sie liefern ins Ausland und befinden sich fast durchwegs in tschechischem Besitze. Die deutsche Industrie des Niederlandes ist nebensächlich geworden, sie hat keinen entscheidenden Einfluß mehr, sie ist - verdrängt! Ein Kampf ist aussichtslos.

Der Übergang zur Kurzarbeit und Schichtenturnus, Aussteuerungen und die kaum über die Unterstützungen der Ernährungsaktion hinausragenden Verdienste der Blumenarbeiter, kleine Notstandsarbeiten der Gemeinden und ähnliche Erscheinungen sind allein die Ursache, daß ziffernmäßig weniger Arbeitslose als in den Vorjahren in Erscheinung treten. Maßgebend für den tatsächlichen Zustand unseres Wirtschaftslebens kann heute nur die Kaufkraft der Bevölkerung bleiben. Es ist absolut keine Besserung, wenn bei angenommen 100.000 Einwohnern 2 bis 3000 Arbeitslose weniger vorhanden sind, aber der Gesamtverdienst aller Arbeitenden bis zu 35% gegenüber Jahresende 1933 zurückgegangen ist. Stundenlöhne von 1 Kc (10 Pfennig) sind keine Seltenheit. Die Beamten und Angestellten beziehen heute mitunter kaum 50% ihres früheren Einkommens. Die Umsätze im Handwerk und Handelsgewerbe blieben ausnahmslos weit zurück. Neben der fortschreitenden Verschuldung der Landwirtschaft, die sich aus derselben unmöglich befreien kann, schreitet die buchstäbliche Verarmung und Verelendung des Mittelstandes unaufhaltsam vor.⁸⁷

Die Wirtschaftsnot im sudetendeutschen Gebiet ist ungeheuer groß. Hunderte von



Walzwerk in Mähren. Im alten Österreich lag der größte Teil der Eisen- und Stahlindustrie auf dem jetzigen tschechoslowakischen Staatsgebiet. 1913 wurden 1,3 Millionen Tonnen Roheisen und 1,4 Millionen Tonnen Rohstahl verarbeitet. Heute nützen die Werke in Böhmen und Mähren kaum dreißig vom Hundert ihrer Erzeugungsmöglichkeiten aus, im Vollbetrieb sind nur die Kriegsmaterial erzeugenden Betriebe.

Fabriken und Betrieben sind zum Stillstand gekommen. Mit Fug und Recht darf behauptet werden, daß das sudetendeutsche Gebiet ein einziger großer Industriefriedhof geworden ist. Eine nähere Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse der rein deutschen Stadt Graslitz im Erzgebirge ergibt z. B., daß dieser Industrieort gegenwärtig bei rund 13.800 Einwohnern nahezu 2600 erfaßte Arbeitslose zählt. Von 30 größeren, gegenwärtig noch in Beschäftigung stehenden Betrieben vermochten im Zeitraume von 1928 bis 1935 nur 4 die Zahl der beschäftigten Arbeiter zu steigern. In allen übrigen Betrieben trat eine wesentliche Verminderung der Belegschaft ein. In 7 Betrieben der Instrumentenerzeugung waren beispielsweise im Jahre 1928 noch 655, derzeit sind jedoch nur noch 211 Arbeiter beschäftigt. In allen 30 Betrieben standen im Jahre 1928 noch 3125, gegenwärtig dagegen stehen in denselben nur noch 1618 Arbeiter in Beschäftigung. Somit nur wenig mehr als die Hälfte der im Jahre 1928 Beschäftigten. Die Zahl der Heimarbeiter läßt sich natürlich sehr schwer erfassen, sie ist jedoch außerordentlich stark zurückgegangen. So beschäftigten z. B. 6 Betriebe der Stickerei- und Gardinenerzeugung 1928 noch 1310, heute dagegen nur noch 436 Heimarbeiter. Vollständig eingestellt wurden im Jahre 1934 drei Betriebe, die 1928 noch 606 Arbeitern und 1800 Heimarbeitern Beschäftigung boten. 1929 waren bei der Bezirkskrankenversicherungsanstalt Graslitz noch 10.561, davon aus der Stadt Graslitz allein rund 5000 Personen versichert. Am 31. Dezember 1934 dagegen nur noch 4095, davon aus Graslitz selbst 2313. Katastrophal ist vor allem der Niedergang der Instrumentenindustrie, die in Graslitz ihren Hauptsitz hat, oder - besser gesagt - hatte. Der starke Beschäftigungsrückgang in dieser Industrie ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, daß es sich bei ihr um eine ausgesprochene Exportindustrie handelt, die ungeheuerlich unter den herrschenden Devisenschwierigkeiten leidet. Im deutschen Erzgebirge, im Graslitzer Industriezentrum wurden dadurch tausende und abertausende arbeitsfreudige und arbeitswillige Menschen auf das schwerste in ihrer Existenz bedroht. Sie sind seit Jahren der größten Not und dem größten Elend, damit aber auch der ärgsten Verzweiflung preisgegeben.

Als einer der industriereichsten Teile des sudetendeutschen Gebietes ist die rein deutsche Stadt Aussig mit ihrer ganzen Umgebung anzusehen. Obwohl einige Industriezweige (die Weltfirma Schicht, verschiedene chemische Industrien u. a.), die von der Krise nicht so schwer betroffen wurden, hier ihren Wohnsitz haben, so macht sich trotzdem der ungeheuere Wirtschaftsverfall in Industrie und Gewerbe genau so bemerkbar wie in den anderen sudetendeutschen Gebieten.

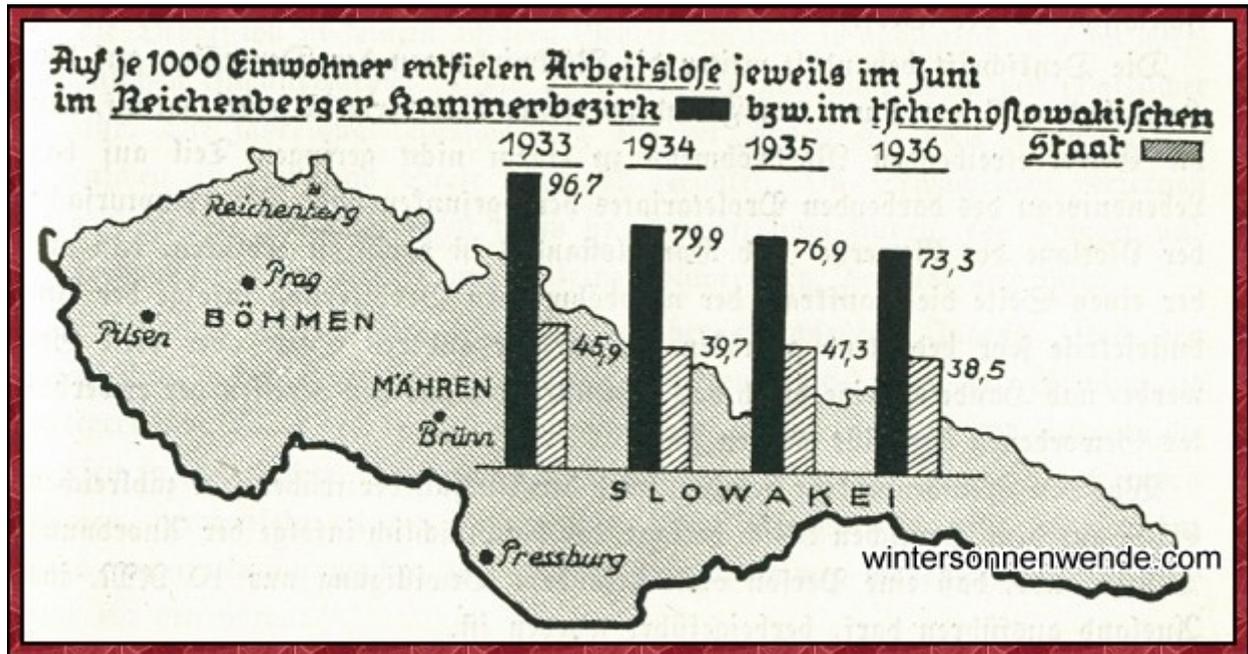
Gänzlich stillgelegt wurden die Betriebe: Nestomitzer Zuckerfabrik (mit 800 Arbeitsnehmern), Aussiger Malzfabrik (20), Vereinigte Färbereien A. G. (18), Aussiger Eschbachwerke (40), Chem. Werke Color (207), A. G. für chem. Industrie Schreckenstein (16), Union-chem. Werke (120), Breitfeld & Danek (236) und mehrere kleinere.

Sehr stark eingeschränkt wurden die Betriebe "Union"-Glasindustrie A. G. (frühere Jahreserzeugung 50 Mill. Flaschen, jetzt 15 - 20 Mill.), Schulz G. m. b. H. Putzmittel (20 Mill. Dosen - ungef. 10 Mill.), Bürgerliches Bräuhaus (100.000 hl - 40.000 hl), Verein f. chem. und metall. Produktion (früher 4000 Arbeitnehmer, jetzt 1800), Zuckerfabrik Aussig-Schönpriesen (1200 - 650) und eine große Anzahl kleinerer Betriebe.

In diesem Zusammenhange muß auch die Schrumpfung des Güterumschlages im Aussiger Hafen erwähnt werden. In Aussig besorgten den Umschlagverkehr früher 7 Krane, in Schönpriesen 10, heute ist der letztere Platz vollkommen aufgelassen, und in Aussig genügen zur Löschung der Güter 3 - 4 Krane. Dies ist nicht verwunderlich. Denn früher wurden nach Deutschland von 200 Männern und 400 Frauen täglich 1000 bis 1800 Waggons Kohle umgeschlagen, heute selten mehr als 10 - 20 und das gleiche Verhältnis gilt auch für die anderen Güter. Der gleiche Verfall wie in der Industrie ist aber auch im Gewerbe eingetreten.

Unter Berücksichtigung all dieser Umstände nimmt es nicht wunder, daß die Kohlendiebstähle am

Aussiger Rangierbahnhof und auf der Seilschwebbahn derartige Formen annehmen, daß bewaffnete Wachen eingestellt werden mußten. Auch den eingestellten Flurwächtern ist es beinahe unmöglich, Diebstähle auf den Feldern zu verhindern.



Die Arbeitslosigkeit im Reichenberger Kammerbezirk vs. im tschechoslowakischen Staat.

Im August 1936 besuchte Staatspräsident Dr. Benesch die Metropole des nordböhmischen Industriegebietes Reichenberg. Zur Ergänzung der unmittelbaren Eindrücke, die der tschechische Staatspräsident von dem Besuch des deutsch-böhmischen "Manchester" gewinnen sollte, hat ihm der Präsident der Handelskammer für das nordböhmische Industriegebiet, der Großindustrielle Theodor **Liebig** im Namen der Kammer sowie der industriellen, gewerblichen und kaufmännischen Organisationen eine Denkschrift überreicht, in der die katastrophaler Wirtschaftslage des fast vorwiegend deutschen Nordböhmens wie folgt dargestellt wird:

"Das hohe Niveau, das die Wirtschaft des Reichenberger Kammerbezirks erreicht hat, ist das Ergebnis angestrebter und zielbewußter Arbeit vieler Generationen. Ein technisch und kaufmännisch durchgebildetes, ernstes und erfinderisches Unternehmertum, eine Armee arbeitsamer und hervorragend tüchtiger Angestellter und Arbeiter haben es in erfolgreichem Wettbewerb mit den fortgeschrittensten und reichsten Industriestaaten zustande gebracht, daß die heimischen Erzeugnisse der verschiedensten Art in der ganzen Welt leicht und gern Abnehmer gefunden haben.

Um so beklagenswerter ist der Niedergang, den unsere Wirtschaft im Verlauf der Krisenjahre erfahren hat. Am sinnfälligsten tritt uns diese Rückbildung in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit vor Augen. Nach der amtlichen Statistik ergibt sich für die Arbeitslosigkeit im Gebiete der Republik im Juni der Jahre 1933 bis 1936 das folgende Bild:

1933	1934	1935	1936
675.933	582.810	605.596	565.970

Die Arbeitslosigkeit im Reichenberger Kammerbezirk veranschaulichen für die gleichen Zeitpunkte die folgenden Ziffern:

1933	1934	1935	1936
121.629	96.637	96.788	92.324

Auf je 1000 Einwohner entfielen im Monat Juni der Jahre 1933 bis 1936:

	1933	1934	1935	1936
Im ganzen Staatsgebiet	45,9	39,7	41,3	38,5
Im Kammerbezirk	96,7	79,9	76,9	73,3

Noch entscheidender und ernster als die Arbeitslosenziffern sind die Daten über die im Lauf der Krisenjahre stillgelegten Betriebe, denn hier handelt es sich um einen Teil unersetzlichen Verlustes am Volksvermögen und an wichtigen Voraussetzungen für die Wiedereinschaltung der beschäftigungslosen Arbeiter in den Produktionsprozeß. Es sind beispielsweise in den politischen Bezirken Reichenberg, Gablonz, Friedland und Deutsch-Gabel seit dem Jahr 1922 insgesamt 153 fabrikmäßige Betriebe dauernd stillgelegt worden."

Die Denkschrift veranschaulicht weiter den Rückgang der Industrieproduktion, insbesondere den Rückgang des Exportes. Sie beklagt ferner das vollständige Brachliegen der Bautätigkeit, wobei besonders bedrückend empfunden wird, daß im Kammerbezirk die zur Gänze aus staatlichen Mitteln bestrittenen Bauten ausnahmslos und auch die staatlich subventionierten Bauführungen zu einem großen Teil an auswärtige Firmen vergeben werden, die auch auswärtige Arbeiter zur Durchführung dieser Bauten mitbringen. ("Auswärtige Firmen" sind tschechische - der Verf.)

Die Denkschrift behandelt weiter die Rückwirkungen der Depression auf den Handel, das Gewerbe und den Fremdenverkehr. Sie verweist dabei darauf, daß die Gewerbetreibenden Nordböhmens zu einem nicht geringen Teil auf das Lebensniveau des darbenenden Proletariats herabgesunken sind. Die Hauptursache der Notlage des Gewerbe- und Handelsstandes ist darin zu erblicken, daß auf der einen Seite die Kaufkraft der nordböhmischen Bevölkerung infolge der Industriekrise sehr bedeutend gesunken ist, auf der anderen Seite aber viele Gewerbe- und Handelszweige durch das Hinzuströmen aus den Kreisen der erwerbslos Gewordenen überfüllt worden sind.

Was den Fremdenverkehr betrifft, wird der Ausfall der früher sehr zahlreichen Gäste aus dem Deutschen Reich beklagt, der hauptsächlich infolge der Anordnung Deutschlands, daß eine Person ohne besondere Bewilligung nur 10 RM. ins Ausland ausführen darf, herbeigeführt worden ist.

Die Schilderung der Tatsachen faßt die Denkschrift wie folgt zusammen:

"Von dem in der Weltwirtschaft bemerkbaren Aufschwung und auch von der in den zentraler gelegenen Gebieten unseres Staates zu beobachtenden Besserung ist in Nordböhmen noch so gut wie nichts zu merken. Seit rund zwei Jahren ist die Depression in keinem anderen Gebiet Europas so nachhaltig, wie im nordböhmischen Industriegebiet. Diese



Durch die Dörfer und Städte ziehen hungernde Kinder als Musikanten und Bettler. Bilder wie wir sie nur aus Sowjetrußland kennen. Tausendfache Anklagen gegen die brutalen haßerfüllten Maßnahmen der tschechischen Staatsgewalt.

Auswirkungen sind nicht allein wirtschaftlicher Natur. Die jahrelange Ausschaltung aus der Arbeit hat viele Tausende von Menschen an Leib und Seele zugrunde gerichtet. Die Erwachsenen verlernen ihre Fertigkeit und sind, selbst wenn sie Beschäftigung finden, von Hunger und Entbehrungen aller Art zermürbt, keine vollwertigen Arbeitskräfte mehr.

Schlimmer noch ist das Schicksal der heranwachsenden Jugend. Nach den Feststellungen der Ärzte sind in manchen Bezirken bis 80 v. H. der Schuljugend unterernährt. Fälle des Hungerödems sind nicht selten. Rachitis und Tuberkulose greifen in schrecklicher Weise um sich. Die jungen Leute, die keinen Beruf finden können, verzweifeln an der herrschenden Gesellschaftsordnung, die sie für ihre Lage verantwortlich machen und werden so eine immer mehr anwachsende Gefahr für den Staat."

Bei der hieran anschließenden Erörterung der Wege zur Besserung beschränkt sich die Denkschrift darauf, eine ganz knappe Übersicht dessen zu geben, was allgemein für das wichtigste gehalten wird.

Darnach muß die Wirtschaft unbedingt von zweckwidrigen Einwirkungen einer wirtschaftsfremden Gesetzgebung und Verwaltung und von Einflüssen der Politik, insbesondere der ausgesprochenen Parteipolitik, befreit werden. Wenn das System, daß sich die jeweils an der Macht befindlichen Parteien gegenseitig auf Kosten der Industrie, des Handels und Gewerbes Vorteile zuschanzen, beibehalten wird, so kann die Situation niemals besser, sondern immer nur noch schlechter werden. Ähnliches gilt auch hinsichtlich der internationalen Politik. Die große Politik arbeitet, anstatt die zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern bestehenden tiefen Gegensätze auszugleichen, immer noch auf der unheilschwangeren Grundlage der Freund-Feind-Ideologie der ersten Nachkriegszeit weiter. Sie sät Mißtrauen und Nervosität aus und erstickt alle großzügigen Gedanken, die zu einer Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft führen könnten, im Keim. Die Gläubigerstaaten sollten hingegen von der eigentlich selbstverständlichen Erkenntnis ausgehen, daß ihre eigenen Wirtschaften auf die Schuldnerstaaten als Abnehmer nicht verzichten können und sie müßten aus dieser Erkenntnis alle Folgerungen ziehen.

Die Handelsvertragsverhandlungen sollten von höheren Gesichtspunkten aus als bisher geführt werden, um einen wirklich gegenseitigen Abbau der vielgestaltigen Handels- und Zahlungshemmnisse zu erreichen und so einen möglichst umfangreichen internationalen Güteraustausch wieder herzustellen. Die inländische Handelspolitik soll vor allem die überragende Bedeutung der Nachbarstaaten für unseren Güteraustausch berücksichtigen und bestrebt sein, die naturgegebenen engen Wirtschaftsbeziehungen mit allen Grenznachbarn wieder herzustellen.

In dem Abschnitt über die so überaus notwendige Erleichterung der Produktionsbedingungen verweist die Denkschrift zunächst darauf, daß die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland nicht erlangt werden kann, wenn die öffentlichen Lasten das erträgliche Maß, so wie dies gegenwärtig der Fall ist, bei weitem übersteigen.

Die Steuerreform schreckt nicht davor zurück, bei den Aktiengesellschaften und den Gesellschaften m. b. H. konfiskatorische Formen anzunehmen und dadurch die für das Wirtschaftsleben so überaus wichtige Kapitalbildung zu verhindern. Leider kann auch der staatlichen Verwaltung der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie auf vielen Gebieten gerade das Gegenteil davon tut, was notwendig wäre, um den Unternehmer in der Erfüllung seiner gerade jetzt so außergewöhnlich schwierigen Aufgaben zu ermuntern und ihm die Zuversicht zu erhalten, die allein auf dem Boden gegenseitigen Vertrauens bestehen kann. Die Gesetzgebung und Verwaltung stehen manchen Lebensbedingungen eines gesunden Unternehmertums nicht mit dem nötigen Verständnis, ja sogar mit einer gewissen Abneigung gegenüber. Parlament und Regierung sind zu einer die Bedürfnisse der Privatwirtschaft vielfach verkennenden oder sogar deutlich gegen sie gerichteten Reglementierung übergegangen,

die das Wirtschaftsleben zu bürokratisieren droht und auf den staatlichen Verwaltungsapparat eine ihm wesensfremde und tatsächlich untragbare Verantwortung überwälzt.

Im *Ceske Slovo*, dem Organ der tschechischen Nationalsozialisten, schildert Redakteur Jiri Hejda die Not im deutschen Grenzgebiet wie folgt:

"Das Grenzgebiet von Asch bis Grulich und weiter bis Mährisch-Ostrau ist sicher eines der schönsten und romantischsten der ganzen Republik. Es ist touristisch gut ausgebaut und war früher immer zahlreich von Reichsdeutschen besucht. Dem Reiz der Gegend konnten auch die vielen Industrieunternehmen nichts anhaben. Aber der Fremdenverkehr ist heute fast völlig am Erliegen. Leitmeritz verzeichnete

1932 noch 14.389 Fremde, die übernachteten, 1934 nur noch 3972, Böhmisches-Leipa 1932 noch 14.572, 1934 7194, Braunau 5408, bzw. 2877. In Tetschen sank die Zahl der Fremden von 91.860 auf 33.814, in Daubau von 27.134 auf 9840, in Trautenau von 143.762 auf 89.608, in Hohenelbe von 73.401 auf 59.029. Der katastrophale Rückgang ist freilich vor allem auf die Schließung der deutschen Grenze zurückzuführen. Früher waren alle diese Gebiete auch im Winter von reichsdeutschen Besuchern besetzt. Sonntagsausflüge über die Grenze waren allgemein in Schwung.

Ganz Nordböhmen ist ausgesprochenes Industriegebiet, Landwirtschaft gibt es wenig. Dieses Gebiet war einst die Fabrik der Republik, die Fabrik Europas, sogar eines großen Teiles der Welt, war ein blühendes Gebiet. Gablonz war die Stadt der Millionäre, man zählte ihrer dort mehr als 200. Diese Metropole einer eigenartigen Industrie mit ihrem Theater, ihren Bädern, den Luxushotels und Restaurants, den prächtigen Villen zeugt von einstigem Wohlstand. Und welche Stadt der Republik liegt schöner inmitten hoher Berge und tiefer Wälder als Reichenberg? Einer solche Promenade, wie sie Reichenberg zwischen dem Hauptplatz und der Liebighöhe besitzt, kann sich nicht einmal Prag rühmen.

Der größte Teil der Textilindustrie, die ganze Flachsindustrie, alle Seidenwebereien, die Jutenindustrie, fast die gesamte Glasindustrie, die Spitzenerzeugung, die Erzeugung von Wirk- und Strickwaren, die Porzellanindustrie, die Erzeugung von Spielzeug und Musikinstrumenten, das alles konzentriert sich fast ganz in Nordböhmen. Gablonz z. B. versorgte einst monopolartig die ganze Welt mit Perlen, Glasbangles und imitiertem Schmuck. Schönbach, das böhmische Cremona genannt, versorgt noch heute die Welt mit Streich- und Blasinstrumenten, ebenso wie Graslitz und Weipert. Hier lebte der Musikinstrumentenerzeuger Sax, der schon vor 100 Jahren jenes Instrument erfunden hatte, das erst in der Gegenwart ungeahnte Verbreitung gefunden hat: das Saxophon. Und wenn



Die Teichniederungen mit den prächtigen Wäldern um Hirschberg in Böhmen laden ebenso gastlich zur Erholung ein wie die weltberühmten Bäder, die Berge im Norden, Westen und Süden. Früher kamen im Sommer Tausende Deutsche aus dem Reich - es sollte wieder so werden.

Sie in England ein reizendes, original typisch englisches Spielzeug kaufen, können Sie sicher sein, daß es aus der Gegend von Graslitz stammt, wie auch die Skarabäen und Amulette, die die Fellachen im Schatten der Pyramiden anbieten, Gablonzer Erzeugnis sind.

Heute herrscht in diesem einst blühenden Gebiet endloses Elend."

So stellt sich die Wirtschaftslage in Industrie und Handel dar. Schon die gedrängte Darstellung läßt die ungeheure Notlage erkennen.



f) Der Verfall der Landwirtschaft

In der Entwicklung der Landwirtschaft lassen sich äußerst interessante Erscheinungen feststellen. Das Ziel der Agrarpolitik lief, wie in allen Staaten, die einen Ernährungszuschuß brauchen, darauf hinaus, die Ernährung der Staatsbevölkerung durch eigene Produktion sicherzustellen. Die allgemeine Kreditkrise hat diese Entwicklung sehr gefördert. Die Rekordernte 1932 hatte die Tschechoslowakei der Autarkie bereits sehr nahe gebracht, obwohl 75% der Anbaufläche reformbedürftig sind.⁸⁸ Die Viehzucht hat ebenfalls bedeutende Fortschritte gemacht. Trotz der Intensivierung der agrarischen Produktion ist die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten gesunken und die Verschuldung landwirtschaftlicher Betriebe hat erschreckend zugenommen, ganz abgesehen davon, daß die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebsführung fast dem Nullpunkt gleichkommt.

Nach Angaben des statistischen Staatsamtes gehörten 1930 bei der letzten Volkszählung 5,101.614 Personen der Landwirtschaft an, d. s. 34,64 v. H. Im Jahre 1921 war der Hundertsatz 39,53.

Die Verschuldung der Landwirtschaft hat eine Höhe erreicht, die für die meisten Betriebe untragbar geworden ist. So betrug allein die Verschuldung der landwirtschaftlichen Industrie 2.535 Millionen Kc, die der landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten 1.468,7 Millionen Kc, die landwirtschaftliche Gesamtverschuldung 16.215,6 Millionen Kc. Hiervon entfallen 5.937,5 Millionen Kc auf Hypotheken und 10.278,1 Millionen Kc auf sonstige Verbindlichkeiten. Rechnen wir hiezu die Vorschüsse des Staatlichen Bodenamtes im Betrage von 542,3 Millionen Kc mit Ende 1932, so gelangen wir zu einer statistisch festgestellten Gesamtverschuldung der Landwirtschaft von 16.757,9 Millionen Kc. Berücksichtigt man, daß in diesem Betrag die Hypotheken, die nicht durch Geldanstalten gewährt wurden, sowie die außerbücherlichen Schulden, Verbindlichkeiten für geleistete Arbeiten und Waren usw. (landwirtschaftliche Maschinen, Kunstdünger usw.) nicht inbegriffen sind, wie auch die Verschuldung, welche aus Anlaß der Erbteilung entstanden ist, ferner die Steuer- und Gebührenrückstände, so können wir sagen, daß die Annahme eines Betrages von 22 Milliarden für die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft Ende 1932 eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist. Da im Jahre 1919 die Verschuldung der Landwirtschaft 4 Milliarden betrug, so bedeutet dies eine Mehrverschuldung mit 31. Dezember 1932 von 18 Milliarden.

Im Jahre 1933, wie auch im Jahre 1934, welches ein ausgesprochenes Mißjahr war, machte die Verschuldung der Landwirtschaft noch weitere erhebliche Fortschritte und wird Ende 1934 mit 24 Milliarden angegeben. Inzwischen dürfte sie sich um weitere Milliarden vergrößert haben.

Der Landbundführer Dr. Adolf Schreitter-Schwarzenfeld hat in einer ausgezeichneten Arbeit⁸⁹ die Gründe untersucht, die zur Verschuldung der Landwirtschaft geführt haben, und hat damit zugleich eine treffende Charakteristik der Lage der tschechoslowakischen Landwirtschaft gegeben. Er führt u. a. aus:

"Historisch gesehen liegen die Ursachen für die Verschuldung der Landwirtschaft darin, daß das System des wirtschaftlichen Liberalismus, welches von der Annahme ausgeht, daß jeder Landwirt sein Interesse am besten erkenne, diesen deswegen noch nicht in die Lage versetzte, sein Interesse auch entsprechend zu wahren. So hat sich gezeigt, daß die Maßregeln und verwaltungspolitischen Maßnahmen, welche unter dem Namen Grundentlastung und Bauernbefreiung bekannt sind, den Landwirten nur scheinbar die volle Freiheit brachten. Das sogenannte freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, das Schlagwort der liberalen Aera, führte, auf die Landwirtschaft übertragen, dazu, daß der Boden wie eine Ware gehandelt wurde und der Bauer vielfach in eine neue Schuldknechtschaft fiel, nur daß an Stelle des Grundherrn das Großkapital und der Großhandel trat und die Fron nicht mehr in Naturalien, sondern in untragbaren Schuldzinsen besteht.

Wirtschaftlich gesehen liegt der Urgrund für die Verschuldung immer in einem Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Einzelnen. Die Gründe hierfür sind teils allgemeiner, teils individueller Art.

Auf der Einnahmenseite liegen die Gründe für die Verschuldung in dem Rückgange der Einnahmen durch den Preisverfall der Agrarprodukte, der durch die Weltmarktkonkurrenz, die Autarkiebestrebungen der einzelnen Staaten und die durch sie bedingte Erschwerung der Ausfuhr hervorgerufen wurde. Während die Preise der Industrieprodukte durchschnittlich den zehnfachen Preis gegenüber den Vorkriegspreisen betragen, erfolgte ein Preissturz bei Weizen, der im Jahre 1922 einen durchschnittlichen Preis von 271,25 Kc hatte und noch im Jahre 1927 236,87 Kc kostete, bis auf 148,92 Kc im Jahre 1931. Noch katastrophaler war der Preissturz bei Roggen, der 1922 einen Durchschnittspreis von 222,08 Kc hatte und 1930 bereits auf 99,88 Kc gestürzt war, um 1933 noch weiter auf 87,40 Kc herunterzugehen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt Gerste, welche 1922 einen Durchschnittspreis von 207,71 Kc hatte und 1933 auf 86,85 Kc stürzte. Hafer notierte 1922 durchschnittlich 230,62 Kc und ging bis auf 71,25 Kc im Jahre 1933 zurück.

Ein weiterer Grund der Verschuldung liegt darin, daß der Landwirt meist nicht in der Lage ist, sich ein genaues Bild über die Höhe seiner voraussichtlichen Einnahmen zu machen, da die landwirtschaftlichen Produkte ständigen Preisschwankungen unterliegen. Das gleiche gilt für unsere obstbautreibenden Gebiete, welche schwer unter dem enormen Preisrückgang zu leiden haben. Ähnlich liegen die Verhältnisse am Viehmarkte, wo der Landwirt heute vielfach zu Verlustpreisen verkaufen muß, während der Zwischenhandel gleichbleibende Gewinne erzielt.

Der mangelnde Schutz gegen Elementarschäden ist ein weiterer Grund für unverschuldete Verschuldung des Landwirtes.

Die Mehrzahl der Gründe für die Verschuldung der Landwirtschaft liegt jedoch auf der Ausgabenseite. Schon bei der Übernahme der Landwirtschaft von seinen Eltern wird der Landwirt mit öffentlichen Abgaben belastet, die einer Vermögensabgabe, bzw. einer teilweisen Enteignung gleichkommen. Die in bäuerlichen Kreisen üblichen Übergabsverträge werden nur bei den kleinsten Betrieben im Werte bis 20.000 Kc wesentlich begünstigt. Selbst bei Übergabe von Eltern an Kinder wird neben der Übertragungsgebühr auch die Bereicherungssteuer vorgeschrieben. Nimmt man den Wert eines mittleren landwirtschaftlichen Betriebes von 10 bis 15 Hektar mit Gebäuden, Geräten und Vieh mit durchschnittlich 250.000 Kc an, so betragen die Gebühren ohne Unterschied, ob es sich um eine entgeltliche oder gänzlich oder teilweise unentgeltliche Übertragung handelt,

3%	Kč	7.500.—
hieszu kommt die Bereicherungssteuer, gestaffelt bis zu 6%	Kč	<u>13.275.—</u>
Zusammen	Kč	20.775.—

Bei einer Übertragung des gleichen Besitzes auf den Neffen beträgt die Übertragungsgebühr bei einer unentgeltlichen Übertragung 3,5%	Kč	8.750.—
und die Bereicherungssteuer, gestaffelt bis 17%	Kč	<u>38.700.—</u>
Zusammen	Kč	47.450.—

Da jedoch der Wert einer größeren Wirtschaft im Hopfen- oder Obstgebiete im Ausmaße von 30 bis 50 Hektar mindestens eine Million Kč beträgt, so beträgt in diesem Falle bei einer Übergabe vom Vater auf den Sohn die Übertragungsgebühr 3%	Kč	30.000.—
die Bereicherungssteuer, gestaffelt bis 9%	Kč	<u>75.775.—</u>
Zusammen	Kč	105.775.—

Bei einer unentgeltlichen Übertragung an den Neffen beträgt die Übertragungsgebühr 3,5%	Kč	35.000.—
die Bereicherungssteuer, gestaffelt bis 23%	Kč	<u>203.700.—</u>
Zusammen	Kč	238.700.—

Zu diesen enormen Gebühren treten die Belastungen hinzu, welche eine Folge der unzulänglichen gesetzlichen Regelung für die Erbteilungen bei landwirtschaftlichen Objekten sind. Die heute geltende unbeschränkte Erbteilung hat zur Folge, daß der Unternehmer der Liegenschaft durch die Auszahlung an seine Geschwister untragbare Lasten übernimmt. Man übersieht, daß zwischen der Bodenrente und der Kapitalsrente ein Mißverhältnis besteht und daß selbst die Belastung des Hofes mit dem Pflichtteile, d. h. bis zur Hälfte des Wertes des Hofes, für diesen untragbar ist, **da die Bodenrente niemals soviel tragen kann, um das für eine Auszahlung in dieser Höhe notwendige Kapital aufzubringen.** Während man die Rente vom landwirtschaftlichen Boden nicht höher als zwei bis drei Prozent annehmen kann, betragen die Zinsen, welche der Landwirt für ein Darlehen zu zahlen hat, selbst bei Nichtberücksichtigung der in den zu zahlenden Annuitäten enthaltenen Amortisationsquoten, mindestens 6%, bei Kassen und Banken bis zu 10%, so daß theoretisch schon bei einer Belastung von über einem Drittel, aber sicher dann, wenn die Belastung bis zur Hälfte des Wertes geht, mit einer Unterbilanz gerechnet werden muß.

Hierzu kommen noch in allen Fällen die Kosten der Notare oder Advokaten für die Durchführung der Übergabe oder Verlassenschaft, welche mindestens 1 bis 2% betragen, so daß der Neubesitzer des Hofes selbst dann mit Schulden belastet ist, wenn er gar keine Geschwister auszuzahlen hat und die Eltern in der Lage sind, aus sonstigen Ersparnissen zu leben und auf ein die Wirtschaft belastendes Ausgedinge zu verzichten.

Dieser Idealfall tritt jedoch im täglichen Leben nie ein, denn bei allen Übergaben sind nicht nur die Eltern in Form von Ausgedingen zu versorgen, sondern auch Auszahlungen an die Geschwister zu leisten.

Hierzu kommt eine Reihe von Umständen, welche die Ausgabenseite des Landwirtes in unverhältnismäßiger Weise belasten. Die Grundsteuer samt Umlagen trifft den Landwirt ohne Rücksicht darauf, ob die Landwirtschaft einen Ertrag abwirft, während der

Gewerbetreibende und der Fabrikant, im Falle sein Betrieb keinen steuerpflichtigen Ertrag abwirft, eine ganz unbedeutende Minimalsteuer zu entrichten hat. Während das Gesetz dem Industriellen die Möglichkeit gibt, sich im Wege großer Amortisationsabschreibungen wesentliche Steuererleichterungen zu verschaffen, bereiten die Steuerämter dem Landwirte bei der Amortisation insbesondere der landwirtschaftlichen Gebäude große Schwierigkeiten. Besonders ungerecht ist die Erhöhung des Steuervielfachen aus Waldbesitz, welcher bekanntlich in den letzten Jahren meist überhaupt keinen Reinertrag abwarf und in vielen Fällen passiv ist.

Ungünstig wirkt sich auch der Umstand aus, daß die Steuervorschreibungen jahrelang nicht erfolgten und daß dann Steuervorschreibungen für einige Jahre auf einmal herausgegeben wurden.

In diesem Zusammenhange muß auch auf die reformbedürftigen Bestimmungen des geltenden Grundbuchrechtes und Zwangsversteigerungsverfahrens verwiesen werden, durch welche eine Verschleuderung landwirtschaftlichen Bodens geradezu begünstigt wird.

Der Grund hiefür liegt darin, daß heute für die Einschuldung keine Grenze gesetzt ist und daß auch kündbare Kapitalschulden eingetragen werden können. Fast bei jedem Zwangsversteigerungsverfahren landwirtschaftlicher Objekte ereignet sich der Fall, daß die Zwangsversteigerung von Gläubigern eingeleitet wird, welche mangels Deckung nicht zum Zuge gelangen. Den Gläubigern, welche in sicherer Rangordnung sind, werden ihre Forderungen sozusagen aufgedrängt, wobei die Gläubiger selbst Schaden erleiden und der landwirtschaftliche Besitz meistens zu einem Preis versteigert wird, der einer Verschleuderung gleichkommt.



Zwangsversteigerungen bringen um ein Schandgeld solche prächtigen Höfe in tschechischen Besitz. Die riesigen Steuerlasten und die zerbrochene Kaufkraft der sudetendeutschen Bauern machen allen Fleiß zunichte.



Egerländer Bauernhof.

In vielen Fällen ist die Verschleuderung des Landbesitzes auf Investitionen zurückzuführen. Der Hang des Bauern an seine Scholle und die Liebe zu seinem Hofe bringen es mit sich, daß der Bauer trachtet, in guten Zeiten seinen Hof zu vergrößern und zu verbessern. Dazu kommt, daß bei der seit dem Kriegsausbruch auf dem Geldmarkte herrschenden Unsicherheit vielfach die Ansicht vorherrscht, daß Investitionen im eigenen Betriebe die sicherste Kapitalanlage darstellen. Die Zusammenbrüche einiger Geldanstalten trugen nicht dazu bei, das Vertrauen der Landwirte in unsere Geldanstalten zu verstärken. Hiezu kamen die vielen unkontrollierbaren Gerüchte über die allgemeine außenpolitische Lage und eventuelle Abwertungsbestrebungen, welche Unruhe stifteten. Die Investitionen hatten zur Folge, daß der Landwirt heute meistens über keine Reserven verfügt, wobei infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise die erhoffte Wertsteigerung des landwirtschaftlichen Besitzes nicht eingetreten ist, jedenfalls steht sie in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln für Investitionen. Dazu kommt der Umstand, daß diese Investitionen auf der Idee aufgebaut waren, daß die Landwirtschaft bis zur Erreichung des höchsten Bodenertrages intensiviert werden kann, während heute die Verhältnisse den Landwirt zwingen, zu einer weniger intensiven Betriebsform zurückzukehren, wodurch eine Reihe von Investitionen überflüssig und wertlos geworden ist, ja geradezu eine Belastung des Betriebes bedeutet."

Von den sudetendeutschen Agrargebieten gehört das Saazer Land zu den fruchtbarsten und ertragreichsten. Aus diesem Gebiete liegen genaue Untersuchungen⁹⁰ der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe vor, die auf Grund einer gewissenhaften Buchführung in 150 Betrieben angestellt wurden. Ihr Ergebnis ist erschütternd: danach beträgt der Arbeitsstundenlohn einer Bauernfamilie im Saazerland 25 Heller, d. s. 2,5 Pfennige! Stammen auch die Erhebungen aus den Jahren 1930/32, so wird doch ausdrücklich betont, daß sich die Erzeugungsverhältnisse seit 1932 nicht gebessert haben, so daß die Darstellung für die gegenwärtige Lage volle Geltung hat. Danach ergibt sich folgendes Bild:

Betriebsleistung und Aufwand
je 1 Hektar landwirtschaftlicher Fläche.

	<i>Betriebsleistung aus der</i>				
<i>Feldwirtschaft</i>	<i>Viehwirtschaft</i>	<i>Insgesamt</i>	<i>Betriebsaufwand</i>	<i>Reinertrag</i>	
	<i>je 1 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche</i>				
	Kč	Kč	Kč	Kč	Kč
1930	2283,30	1033,30	3316,90	3683,70	— 366,80
1931	2219,30	1220,20	3439,50	3502,—	— 62,50
1932	2193,90	1191,60	3385,50	3279,20	+ 106,30

Betriebsaufwand = Wirtschaftsausgaben, plus Inventarverminderung, plus Abschreibungen, plus Geldwert der Naturaldeputate, plus Geldwert der marktgängigen als Futter und Saatgut verwendeten Eigenerzeugnisse. Die Arbeitsleistungen der Besitzerfamilie bleiben unberücksichtigt.

Betriebsleistungen = Rothertrag = Wirtschaftseinnahmen, plus Inventarvermehrung, plus unbare Leistung des Betriebes an die Besitzerfamilie, plus Geldwert der als Futter und Saatgut verwendeten Eigenerzeugnisse. (Der Mietwert der Wohnung wurde nicht berücksichtigt.)

Der Rothertrag in der Felderwirtschaft ist ungefähr doppelt so groß wie in der Viehwirtschaft. Im allgemeinen weisen diese beiden Rotherträge sowie ihre Summe im Verlauf der drei Jahre keine besonderen Änderungen auf.

Im Reinertrage sind die Arbeiten, welche die Bauernfamilie für den Betrieb im Laufe des Jahres leistet, nicht bewertet.

Bei der Wertung dieser Zahlen gilt weiters zu bedenken, daß das Zahlenmaterial aus den Buchführungen der fortschrittlichen Landwirte stammt.

Die Berechnung der Entlohnung der Bauernfamilien für die geleisteten körperlichen Arbeiten in der Landwirtschaft soll von einem 20 Hektar großen, unverschuldet gedachten Betrieb ausgehen. Übertragen wir den Hektarreinertrag z. B. von 106 Kc, so ergibt dies einen Gesamtreinertrag von 2120 K. Angenommen, es arbeiten 3 Familienmitglieder mit, so würde jedes Mitglied 706 Kc Entlohnung verrechnet erhalten.



Hart und schwer ist die Arbeit der Gebirgsbauern; prächtige aufrechte Menschen sind es, ob sie auf den Hängen des Böhmerwaldes, des Erzgebirges, des Riesengebirges, in Nordmähren, Schlesien oder in der Zips ihre Felder bestellen.

Man kann annehmen, daß im Durchschnitt in den Bauernbetrieben des Saazerlandes 9 Stunden täglich (also jährlich 3200 Stunden), von 3 Personen 9600 Stunden jährlich gearbeitet wird. Es entfallen daher auf 1 Stunde Arbeitszeit 25 Heller Entlohnung.

Prof. Dr. Brdlik, der frühere Landwirtschaftsminister, welcher derartige Erwägungen sehr oft anstellt, gab in einem Vortrag bei der *Ceska Spolecnost Národohospodárská* die Stundenentlohnung der Mitglieder der Bauernfamilien mit 2,37 Kc im Jahre 1927 und mit 0,35 Kc im Jahre 1931 an.

Was hier für das fruchtbarste sudetendeutsche Agrargebiet geschildert ist, gilt für die übrige sudetendeutsche Agrarwirtschaft, in der die Lage zumeist noch viel schlechter ist.

Der Bauer ist heute auf dem Binnenmarkt als Käufer ausgeschaltet. Seine Kaufkraft ist gebrochen, er ist verarmt. Die Höfe sind verschuldet und stehen vor der Vernichtung. Nach einer vom Prager Justizministerium angestellten Erhebung wurden in den ersten 10 Monaten des Jahres 1934 allein 163.000 Exekutionen aufgeschoben bei rund 400.000 landwirtschaftlichen Betrieben. In diesen Ziffern spiegelt sich die Katastrophe der tschechoslowakischen Landwirtschaft.⁹¹



g) Staats-, Finanz- und Gemeindegewirtschaft

Ein Bild von der Staatswirtschaft, wenn auch nicht ein ganz genaues, bieten die Ziffern der Staatsvoranschläge. Darnach gestalteten sich die staatlichen Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

	<i>in Millionen Kč</i>	
	<i>Ausgaben</i> ⁹²	<i>Einnahmen</i>
1919	8.615	3.709
1920	11.604	7.804
1921	18.026	17.299
1922	19.813	18.884
1923	19.371	18.812

1924	16.994	16.391
1925	9.573	9.301
1926	9.710	10.086
1927	9.704	9.724
1928	9.536	9.562
1929	9.534	9.570
1930	9.367	9.420
1931	9.839	9.844
1932	9.318	9.323
1933	8.502	8.202
1934	7.631	7.632
1935	7.983	7.985

Der Einnahmen- und Ausgabenstand ist also in den letzten Jahren um mehr als die Hälfte gesunken und in den letzten Jahren sogar geringer als im Jahre 1919.

Die Rechnungsabschlüsse des staatlichen Kontrollamtes zeigen, daß die tschecho-slowakische Staatswirtschaft mit bedeutenden Defiziten arbeitet, die durch Inanspruchnahme der Barschaften der Sozialversicherungsanstalt und der Einlagen der Postsparkasse und durch Ausgabe von Kassenscheinen gedeckt werden.

Einschließlich der nichtpräliminierten Ausgaben ergibt sich nachstehendes Bild der Abgänge im Staatshaushalt:

1930	425,5 Mill. Kč,
1931	125,7 Mill. Kč,
1932	1.748,0 Mill. Kč,
1933	1.680,3 Mill. Kč,
1934	1.030,9 Mill. Kč,

oder in fünf Jahren 6.141,8 Mill. Kc.⁹³

Die Postsparkasse führt die Überweisungen am Ende des Monats um einige Tage Verspätung durch, weil der Staat die verfügbaren Beträge in Anspruch nimmt. Die Gehälter der Staatsbeamten werden erst bis zum 15. des Monats ausbezahlt.

Die Regierung führt auch Transaktionen mit den sogenannten Landesbanken und den Versicherungsgesellschaften durch, über die sich vorläufig keine Klarheit verschaffen läßt. So findet sich z. B. in der Bilanz der Landesbank für Böhmen (*Zemská banka*) vom Jahre 1933 ein Posten

bankmäßige Depots 9,768.268

und bei der *Hypotecna Banka Ceská*

ein Betrag von 1,979.315,

welcher zum großen Teil aus lombardierte Kassenscheinen besteht.

Daß sich die staatliche Finanzlage immer mehr verschlechtert, kann bei den erhöhten Ausgaben und den verringerten Einnahmen nicht wundernehmen. Ein Staat kann eben nur aus dem Nationaleinkommen wirtschaften, und das ist in den letzten 6 Jahren um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Allein im Jahre 1933 betrug der Ausfall an staatlichen Einnahmen 1119 Millionen

Kronen, im Jahre 1934 1466 Millionen Kronen.

Dabei sind die Defizite der staatlichen Betriebe nicht mit berücksichtigt. Allein bei den Staatsbahnen betrug das Defizit 819 Millionen im Jahre 1933 und war für die Jahre 1934/35 nicht viel geringer. Dazu kommt die Verlustwirtschaft auf den staatlichen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, die allein an nicht bezahlten Übernahmepreisen 872 Millionen schulden.

Die schwebende Staatsschuld wird mit 11 Milliarden beziffert.

Nicht anders ist die Lage in der übrigen Finanzwirtschaft des Staates. Die Industrien arbeiten heute mit 30 bis 40 v. H. ihrer Kapazität, Kapitalien und Dividenden gehen zurück. In einem Bulletin der tschechoslowakischen Nationalbank über die Bewegung der Kapitalien und Dividenden der Aktiengesellschaften der Baumaterialienindustrie als der Schlüsselindustrie der Volkswirtschaft werden folgende Ziffern angegeben.

<i>Jahr</i>	<i>Zahl der Gesellschaften</i>	<i>Kapitalien</i>	<i>Dividenden</i>
1926	16	96,250.000	29,916.000
1927	22	109,950.000	35,325.000
1928	25	149,984.000	49,433.800
1929	25	162,484.000	51,502.000
1930	23	142,030.000	41,457.500
1931	19	138,084.000	32,367.800
1932	16	122,804.000	19,387.000
1933	11	101,236.000	10,256.000
1934	11	103,482.000	9,422.000

Nach den Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes über das Bankwesen in der Tschechoslowakischen Republik für das Jahr 1934 hat das gesamte Bankwesen, also die Aktienbanken, die Banken ohne Aktienkapital und die Bankgeschäfte betreibenden Gesellschaften m. b. H., in den letzten Jahren die folgende Entwicklung genommen:

<i>Jahr</i>	<i>Zahl der Anstalten</i>	<i>Aktienkapital bzw. Betriebsgrundfonds</i>	<i>Reserve- und sonstige Fonds</i>
<i>in Millionen Kč</i>			
1925	190	2.349,8	1.348,4
1929	141	2.322,5	2.078,1
1930	128	2.321,3	2.226,1
1931	123	1.915,7	1.719,5
1932	120	1.651,4	1.661,3
1933	108	1.612,7	1.671,2
1934	105	1.634,2	1.717,2

Demnach hat sich die Zahl der Banken und Geldinstitute in der Tschechoslowakei seit 1925 ständig verringert.

Die durch die Wirtschaftskrise und Verluste bei eingegangenen Industrien ruinierten Banken sollen ihr Dasein mit Hilfe der Reeskomptestelle fristen. Es soll die Auflockerung des Geldmarktes dadurch erfolgen, daß das neue Institut das Wechselportefeuille der den Regierungsparteien nahestehenden Banken eskomptiert und einen 75 - 85prozentigen Lombard auf Staatspapiere gewährt.

Die Annahme, daß es sich um ein auf Staatskonto durchgeführtes Geschäft der tschechischen

politischen Parteien handelt, wird dadurch bekräftigt, daß es den Sudetendeutschen nicht gelang, im Verwaltungsrat dieses Institutes eine Vertretung zu erlangen, trotzdem ihre Vertreter in der Regierung sitzen.

Nach einer Darstellung der Finanzwirtschaft in der Tschechoslowakei des Volkswirtschaftlers Oedön Tarjan wird das Kapital für die Reescomptestelle durch eine Einlage des Staates in der Höhe von hundert Millionen Kronen und die Pflichteinlagen der Geldinstitute und Versicherungsanstalten aufgebracht. Die Geldinstitute sind verpflichtet, vom Zuwachs der Einlage 10% der Reescomptestelle zur Verfügung zu stellen, ebenso wie die Zentral-Sozialversicherungsanstalt und Pensionsanstalt, solange, bis ihre Einlagen beim neuen Institut 5% ihres Gesamteinlagenstandes erreichen. Außerdem wurde der Finanzminister ermächtigt, für anderweitig zu beschaffende Kredite eine Staatsgarantie bis zu einem Betrage von fünfhundert Millionen Kc zu übernehmen.

Wie man sieht, handelt es sich hier um eine großzügige Finanztransaktion auf Staatskosten, um die Mobilmachung eingefrorener dubioser Forderungen, durch welche die Unterstützung der Banken auf Grund der Bankgesetze eine Ergänzung erfährt.

Die Belehnung der Staatspapiere erfolgt mit 75 - 80% ihres Kurswertes. Wie diese Kursentwicklung durch die Regierung selbst beurteilt wird, läßt sich aus der Begründung für die Bilanzierung der fest verzinslichen Papiere entnehmen. Um nämlich das Fortwursteln den Banken zu ermöglichen, gestattet die Regierung durch Regierungsverordnung die Bilanzierung zum Ankaufs- und Vorjahrskurse mit der Begründung, daß "die richtige Kursentwicklung der Anleihen entsteht wird". Die Aufstellung falscher Bilanzen erfolgt demnach mit Zustimmung der tschechoslowakischen Regierung.

Auch die Ausweise der Nationalbank werden im selben Geiste zusammengestellt. Es wurde bis zum letzten Moment von allen kompetenten Faktoren die Kc als die unerschütterliche Währung der Welt hingestellt. Auch nach der Devaluation des englischen Pfundes und des Dollars vertritt die Prager Regierung diesen Standpunkt, bis es ganz unverhofft zur Devaluation kam.

Die Deckung der Kc wurde so aufrechterhalten, daß man das Münzgeld bis 1200 Millionen Kc als deckungsfrei erklärte, wodurch eigentlich eine Verschiebung von ca. 25% in der Deckung der Banknoten zum Ausdruck gebracht wird. Die französische Anleihe vom Jahre 1932 im Betrage von ca. 800 Millionen Kc ermöglichte im kritischsten Moment die Stützung der Währung. Es war also nicht die aktive Zahlungsbilanz, sondern ein finanztechnischer Kunstgriff nebst der unter beschämenden Bedingungen erworbenen französischen Anleihe, durch welche der Kurs der Kc gehalten wurde.⁹⁴

Die innere Staatsschuld erreicht eine Höhe von 30,773 Milliarden (davon 23,312 Milliarden langfristig und 7,462 Milliarden kurzfristig), die äußere Schuld eine solche von 8,161 Milliarden und die Banknotenschuld eine solche von 2 Milliarden, zusammen also eine Höhe von 40,934 Milliarden.

Tilgung, Verzinsung und Verwaltung erfordern zusammen einen Betrag von 1,988 Milliarden (1,976).

Auf die Tilgung, die durch das Finanzgesetz neuerlich um 1 Jahr aufgeschoben ist, entfallen 292 Millionen. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus einem Betrag von 100 Millionen für die Tilgung der Arbeitsanleihe, die nach dem Arbeitstilgungsgesetz getilgt werden muß, und einem Betrag von 150 Millionen, der pauschal dazu dient, Staatspapiere unter ihrem Nominalwert auf freiem Markte zu kaufen. Ein Betrag von 41 Millionen dient zur Tilgung der Auslandsschuld.

Der Betrag, der für die Verzinsung aufzuwenden ist, erreicht die Höhe von 1,689 Milliarden. Zieht man von ihm einen Betrag von 186 Millionen ab, den die Verzinsung der Auslandsschuld erfordert, bleiben für die Inlandszinsen 1,503 Milliarden übrig. Dieser Aufwand aber ist nur fiktiv. Er ermäßigt sich insgesamt um 266 Millionen auf 1,237 Milliarden. Von dieser Ersparnis entfallen 172 Millionen auf die Kuponsteuer und 83 Millionen auf die Ersparungen, die durch die Herabsetzung des Zinsfußes erwartet werden.

Die der Tschechoslowakei aus einem gleichzeitig mit dem Friedensvertrage unterschriebenen Vertrag auferlegten Schulden sind im Budget für 1936 mit 1,405 Milliarden eingesetzt. Von der gesamten Auslandsverschuldung der Tschechoslowakei mit 8,161 Milliarden entfallen beinahe 5 Milliarden auf die Befreiungskredite!

Wenn man also in Betracht zieht, daß weder die deutsche Industrie, noch die deutsche Landwirtschaft in den Jahren seit dem Bestand der Tschechoslowakei irgendwelche Förderung durch den Staat genossen hat, so wird die Schätzung der gesamten Privatverschuldung der sudetendeutschen Privatwirtschaft mit 30 bis 35 Milliarden nicht zu hoch gegriffen sein!⁹⁵

Man sieht, daß die Finanzlage der Tschechoslowakei alles andere als rosig ist!

Noch trostloser aber ist die Finanzlage der Gemeinden, besonders im sudetendeutschen Gebiet.

Das Prager Statistische Staatsamt hat in seinen Veröffentlichungen über Gemeindefinanzen im Jahr 1935 auch einige sudetendeutsche Städte berücksichtigt. Daraus geht hervor, daß die Finanzgebarung dieser Städte ordnungsgemäß durchgeführt wurde. Die Einnahmen wurden zu 33 bis 50 v. H. aus Zuschlägen, Abgaben und Beiträgen gedeckt. Die nächstwichtigste Einnahmesumme waren Anleihen, die auf die ungeheure Not in den Städten zurückzuführen sind, die es unmöglich macht, die unbedingt erforderlichen Geldbeträge auf andere Art zu erhalten. Dabei ist die Verschuldung der sudetendeutschen Städte bereits so groß, daß bis 45 v. H. aller Ausgaben für den Schuldendienst erforderlich sind. In weitem Abstände erst folgen die Ausgaben für Schulwesen, Verwaltung, soziale Fürsorge usw. In manchen Städten erreicht die Verschuldung bis 86 v. H. des gesamten Kommunalvermögens. In der nachfolgenden Zusammenstellung sind angeführt: Die Einwohnerzahl, die Gesamtverschuldung der Städte in Millionen, die Verschuldung je Kopf der Bevölkerung in Kc.

Gemeinde	Einwohnerzahl	Schuldenstand Mill. Kč	Verschuldung Kč pro Kopf
Karlsbad	23.901	232,6	9.732,50
Aussig	43.793	191,6	4.376,80
Gablonz	33.958	121,8	3.585,--
Teplitz-Schönau	30.799	98,2	3.191,30
Marienbad	7.202	82,2	11.417,--
Reichenberg	38.568	64,2	1.665,--
Komotau	33.279	53,2	1.601,20
Eger	31.546	50,1	1.590,--
Saaz	18.100	44,7	1.867,10
Brüx	28.212	41,9	1.487,10
Tetschen	12.855	36,8	2.853,50
Trautenau	15.923	35,7	2.246,55
Bodenbach	22.658	33,7	1.487,80
Schreckenstein	9.919	33,5	3.379,30
Turn	16.551	32,1	1.940,80
Friedland	6.314	26,4	4.188,90
Asch	22.930	26,3	1.147,20

Leitmeritz	18.489	24,9	1.348,30
Weipert	11.751	24,7	2.102,80
Fischern	11.769	22,7	1.934,60
Warnsdorf	22.793	19,1	839,30
Tachau	7.075	18,6	2.640,--
Rumburg	10.466	17,7	1.692,40
Dux	13.040	17,6	1.335,--
Böhm.-Leipa	14.338	14,5	1.016,55
Joachimsthal	7.316	14,5	1.990,50
Falkenau	11.381	13,6	1.202,60
Kaaden	8.641	11,1	1.292,50
Graslitz	13.936	11,1	799,20
Drahowitz	6.198	11,1	1.793,80

Nach der amtlichen Statistik betragen Ende 1935 die Schulden von 27 größeren Städten der Tschechoslowakei fast 4,5 Milliarden Kc. Davon waren 4230 Millionen langfristige und 120 Millionen kurzfristige Schulden. Die Neuverschuldung im Jahre 1933 war infolge der geringen Kreditmöglichkeiten verhältnismäßig niedrig und betrug nur 32 Millionen Kc. Bei einer Reihe von Städten erfordert der Schuldendienst mehr als ein Drittel der ordentlichen Verwaltungsausgaben. So in Pardubitz 49, in Eger 45, Kolin 44, Gablonz 43, Preßnitz 42, Jungbunzlau 37, Königgrätz 36 und Teplitz-Schönau 33%. In Prag selbst erfordert der Schuldendienst 23% der ordentlichen Verwaltungsausgaben. Am günstigsten lagen die Verhältnisse in Zlin, wo der Schuldendienst nur 4% erfordert.

Von den deutschen Gemeinden Böhmens mit mehr als 5000 Einwohnern haben 51 ihren Voranschlag für das Jahr 1935 fertiggestellt. Der Gesamtbedarf dieser Gemeinden beträgt 400 Millionen Kc. Auf den Schuldendienst entfällt mehr als ein Viertel des Gesamterfordernisses, nämlich 109 Millionen Kc. Geht man von einer durchschnittlichen Annuität von 8,18% aus, so entspricht dies bei den 51 Gemeinden einer Schuldensumme von 1,3 Milliarden Kc. Mehr als die Hälfte dieser Schulden entfallen aber auf rentable Einrichtungen. Der ungedeckte Abgang aller Voranschläge der 51 Gemeinden beträgt 142 Millionen Kc. Davon sind 70 Millionen Kc durch Zuschläge gedeckt, die andere Hälfte wird aus dem Ausgleichsfond beansprucht. Von den erwähnten 51 Gemeinden haben nur 13 einen ausgeglichenen Voranschlag: Schluckenau, Niemes, Röchlitz, Landskron, Maffersdorf, Nixdorf, Georgswalde, Schreckenstein, Rumbach, Asch, Reichenberg, Nikolsburg und Zwittau.

Über die Verschuldung der Gemeinden und der kommunalen Selbstverwaltungskörper gibt ein Bericht, der am 19. Februar 1935 auf der Tagung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper erstattet wurde, Aufschluß. Darnach sind die deutschen Gemeinden nicht mehr imstande, ihren Schuldenverpflichtungen nachzukommen. Bei den mehr als 5000 Einwohner zählenden sudetendeutschen Gemeinden entfällt durchschnittlich ein Viertel aller Ausgaben auf Annuitätenleistungen. Nach einer amtlichen Statistik betragen die Darlehen aller Selbstverwaltungskörper zum 31. Dezember 1933 nicht weniger als 1212 Millionen Kc Landesdarlehen, 1664 Millionen Kc Bezirksdarlehen, und 9527 Millionen Kc Gemeindedarlehen, insgesamt 12.403 Millionen Selbstverwaltungsschulden. Das Erfordernis für Zinsen und Tilgung betrug für diese Schuldsumme 1033 Millionen, die eigene Deckung 316 Millionen, so daß 717 Millionen aus eigenen Mitteln aufgebracht werden mußten. Der Stand der Gemeinde- und Bezirksdarlehen ist folgender:

Gemeinden:

Böhmen Schuldenstand	6300 Millionen
Mähren-Schlesien Schuldenstand	2435 " "
	8735 Millionen

Bezirke:

Böhmen Schuldenstand	1380 Millionen
Mähren-Schlesien Schuldenstand	<u>256 "</u>
	1636 Millionen

Der Schuldendienst der Gemeinden in Böhmen betrug 509, in Mähren-Schlesien 202 Millionen, die durchschnittliche Annuität 8,18 Prozent. Bei den Bezirken betrug der Schuldendienst in Böhmen 135, in Mähren-Schlesien 6,3 Millionen Kc, die durchschnittliche Annuität 8,6 Prozent. Bei allen Kommunalgläubigern kann mit einem Annuitätenrückgang von 300 bis 400 Millionen Kc gerechnet werden.

Wie kraß die Finanznot der sudetendeutschen Städte ist und wie schwierig sich daher auch Investitionsarbeiten selbst kleineren Umfangs gestalten, zeigt das Beispiel der Stadt Dux. Die über Dux führende Staatsstraße Brüx - Teplitz verengt sich bei der Duxer Stadtkirche auf kaum 3 Meter. Dieses kurze Straßenstück ist eine ständige Gefahr für den Autoverkehr, die durch Demolierung eines einzigen vorspringenden und sehr alten Gebäudes beseitigt werden könnte. Die Angelegenheit wird nun schon seit Jahren betrieben und ist nun endlich so weit, daß mit den Arbeiten sofort begonnen werden könnte, falls die Stadt Dux in der Lage wäre, den auf sie entfallenden Anteil im Betrage von 50.000 Kc (d. s. 5000 RM) aufzubringen. Aber bisher sind alle Bemühungen des Stadtrates gescheitert. Nun hat der Hausbesitzerverein eine Aktion eingeleitet, um diese 50.000 Kc zustandezubringen. Von den über 1000 Hausbesitzern soll jeder der Stadtgemeinde auf zehn Jahre zinslos je 50 Kc leihen.



Anmerkungen:

86 *Brüxer Zeitung*, Brüx, 4. Januar 1935. [...zurück...](#)

87 *Sudetendeutsche Tages-Zeitung*, 29. Dezember 1934. [...zurück...](#)

88 Die Landwirtschaftliche Akademie hat auf Anregung des Ministerpräsidenten Dr. Hodza eingehende Erhebungen über die Zweckmäßigkeit der Bodenbearbeitung in der Tschechoslowakei angestellt und ist zu dem überraschenden Ergebnis gelangt, daß bloß ein Viertel der gesamten Ackerfläche zweckmäßig, also den geonomischen Bedingungen entsprechend, bebaut wird. Auf drei Vierteln der Anbaufläche wäre eine Reform im Anbau notwendig. Durch diese Erkenntnis wird die bisher aus volkswirtschaftlichen Gründen erhobene Forderung nach einer Planung der landwirtschaftlichen Erzeugung wesentlich unterstützt. Es wird allerdings nun notwendig sein, bei der Durchführung der Planwirtschaft in der landwirtschaftlichen Produktion eine Übereinstimmung zwischen den geonomischen und den volkswirtschaftlichen Erfordernissen zu erzielen. Dies dürfte nicht immer leicht sein, da sich bereits jetzt erhebliche Unterschiede erkennen lassen.

So sollte auf Grund der geonomischen Untersuchungen der Landwirtschaftlichen Akademie die Gerstenanbaufläche um 102.400 Hektar eingeschränkt werden, während der bisherige, auf volkswirtschaftlichen Überlegungen aufgebaute Plan eine Anbauverringering um nur 40.000 Hektar vorsah. Bei Hafer fordern die Geomenen eine Kürzung der Anbaufläche um 76.900 Hektar, der ursprüngliche Planungsvorschlag rechnete mit 60.000 Hektar; bei Roggen ist der Unterschied am kleinsten (92.000 Hektar gegenüber 100.000 Hektar). Die Erhebungen der Landwirtschaftlichen Akademie erstrecken sich vorläufig bloß auf das Jahrfünft 1924/1928, so daß sich nicht unbedeutende Korrekturen ergeben werden, wenn auch die Untersuchungsergebnisse des nächstfolgenden Jahrfünfts bekannt sein werden, in dem die Anbauflächenverteilung starken Verschiebungen unterlegen ist. Die Untersuchungen wurden für die 6 wichtigsten Anbauarten (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Zuckerrübe und Kartoffeln) in insgesamt 426 Bezirken

durchgeführt. In 90 Bezirken, die 162,6 Mill. Hektar oder 18,79% der in Betracht kommenden Anbaufläche umfassen, wurde eine geonomisch richtige Bewirtschaftung des Bodens festgestellt. Es sind dies hauptsächlich die westböhmisches Bezirke Pilsen, Klattau und Prestiz, die Bezirke um das linke Elbeufer Aussig, Melnik, weiters Jungbunzlau, Böhm.-Brod., die nördlich von Brünn gelegenen Bezirke Boskowitz, Tisnov, ferner in Mähren die Bezirke Weißkirchen und Bilowetz. Die meisten Gebiete mit unzweckmäßigem Anbau befinden sich in der Slowakei und Karpathenrußland, jedoch fallen in diese Gruppe auch zahlreiche Bezirke in Südmähren und im westlichen Mittelböhmen. (*Sudetendeutsche Tageszeitung*.) [...zurück...](#)

89 Siehe *Deutsche Landpost*, 27./28. November 1934. [...zurück...](#)

90 Bericht des Rentmeisters Wieninger, Leiter der Wirtschaftsberatungsstelle in Saaz, auf der Tagung landwirtschaftlicher Verbände in Podersam am 23. Dezember 1934. [...zurück...](#)

91 Nach einem Bericht des Abg. Dr. Zadina in der Ausschußsitzung der tschechischen Sektion des Landeskulturrates am 2. 12. 1934. [...zurück...](#)

92 Nicht berücksichtigt sind die staatlichen Investitionen, Nachtragsvoranschläge und die bestehenden Schuldabkommen. [...zurück...](#)

93 Aus dem Bericht des Referenten des Budgetausschusses des Prager Abgeordnetenhauses über die Berichterstattung des Obersten Rechnungskontrollamtes, Abg. Remesch (tschech. Sozial.) am 13. Februar 1936. [...zurück...](#)

94 Oedön Tarjan: *Die Tschechoslowakei*, Budapest. [...zurück...](#)

95 So wurde z. B. in einer Sitzung des Verbandes landwirtschaftlicher Maschinenfabriken festgestellt, daß dieser Industriezweig durch das Moratorium für Landwirte, bei denen Forderungen in der Höhe von 70 Millionen Kc außenstehen, schwer geschädigt ist. Die Industrie wurde um ihr Betriebskapital gebracht, so daß ihr Weiterbestand gefährdet ist.. [...zurück...](#)



2. Sozialpolitischer Lagebericht

Der allgemeine Wirtschaftsaufschwung der Sudetenländer in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege brachte der Bevölkerung ganz allgemein ausreichende Verdienstmöglichkeiten, ja man kann sagen Wohlstand und Reichtum. Gewiß, die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer entsprachen nicht den großen Einkünften der Industrieunternehmer, auch das Bauerntum zeigte nicht im ganzen Lande den gleichen Wohlstand, und Handel und Gewerbe mußten bei dem fortschreitenden Ausbau der Handelsbeziehungen und der jede Konkurrenz schlagenden Industrie einen schweren Existenzkampf führen. In den Gebirgsdörfern setzten die klimatischen und Bodenverhältnisse dem allgemeinen Wohlstand Grenzen. Aber nirgends herrschte Hunger und Elend, Not und Verzweiflung, überall verriet schon das äußere Bild der Dörfer und Städte jenen soliden Wohlstand, der durch rührige Arbeit in zähem Fleiß und wohlüberlegter Sparsamkeit erworben wird. Die Anspruchslosigkeit der tschechischen Landbevölkerung mit ihren oft geradezu primitiven Wohnstätten ist ebenso wenig bedingt durch ihre Vermögensverhältnisse, wie andererseits die gepflegten und saubereren Häuschen der sudetendeutschen Arbeiter ihr nettes Aussehen nicht so sehr ihrem Einkommen zu verdanken haben, als vielmehr ihrer grenzenlosen Sparsamkeit und opferbereiten Liebe zum eigenen Heim. Es ist das bäuerliche Blut, das in ihren Adern pulsiert und in ihnen die Sehnsucht nach dem eigenen Grund und Boden, den sie verlassen mußten, weil der

Boden zu klein wurde, der sie ernähren sollte, wacherhielt. Und diese Sehnsucht, die in einem kleinen Häuschen Erfüllung fand, ließ sie freudig auch alle sonstigen Entbehrungen tragen. Der Wohlstand und Reichtum verleitete nicht zu jener verschwenderischen Glanzentfaltung, wie sie sonst eine Begleiterscheinung ist, sondern fand seinen Ausdruck in einem gepflegten Lebensstil und in einem gesteigerten Kunst- und Kulturleben. Fast jede größere sudetendeutsche Stadt hatte ihr eigenes Theater, das die berühmtesten Schauspieler und Sänger, Ensembles und Orchester zu Gast hatte. Dabei zählen die sudetendeutschen Städte durchschnittlich nicht viel mehr als 15 000 bis 20 000 Einwohner, sind also Kleinstädte im wahrsten Sinne des Wortes.

Diese in wenigen Strichen skizzierte sozialpolitische Lage in den Sudetenländern, vornehmlich bei den Sudetendeutschen, erfuhr in der Nachkriegszeit, besonders in den letzten Jahren, eine große Veränderung. Die ersten Finanzmaßnahmen des neuen Staates, die an anderer Stelle angeführt wurden, brachten dem sudetendeutschen Wirtschaftsleben ungeheuere Verluste, die niemals mehr eingebracht worden sind. Die Nichteinlösung der Kriegsanleihe bedeutete eine weitere Schwächung des Volksvermögens und traf besonders die kleinen Sparer und Gewerbetreibenden. Dazu kam die planmäßige Stilllegung der sudetendeutschen Industrieunternehmen, deren Tempo durch die Weltwirtschaftskrise beschleunigt wurde. Die unmittelbare Folge der Prager Regierungsmaßnahmen und Auswirkungen der Krise waren Lohnkürzungen und Erwerbslosigkeit und damit eine allgemeine Schwächung der Kaufkraft. Je größer die Zahl derer wurde, die aus dem Konsumentenkreis ausschieden, und je länger ihr Fernbleiben andauerte, desto geringer wurde der allgemeine Geldumsatz, was zu einer Verschuldung der Landwirtschaft und zum völligen Untergang des Kleinhandels und des Gewerbes führen mußte. Man kann heute bereits von einer Verproletarisierung des Sudetendeutschtums sprechen, das nicht nur seine Ersparnisse aufgezehrt hat, sondern bereits die Substanz angreift.

In dem nachstehend auszugsweise wiedergegebenen Bericht der Gewerbeinspektoren an das Prager Fürsorgeministerium spiegelt sich in aller Klarheit das erschütternde Bild von der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitnehmer.

Es zeigt sich, daß der starke Absatzrückgang und die Zunahme der Arbeitslosigkeit dazu führte, an die Leistungsfähigkeit der beschäftigten Personen wesentlich erhöhte Ansprüche zu stellen und fast gleichzeitig die Löhne zu senken, so daß die tatsächliche Arbeitsleistung von zwei Seiten aus gesteigert wurde. Dazu kommt noch die Tatsache, daß trotz der großen Zahl der Arbeitslosen die Überstundenarbeit zugenommen hat und der Preisrückgang durch eine weitere Rationalisierung der Betriebe durch Einstellung arbeitskraftsparender Maschinen paralysiert werden sollte. Der Bericht führt zahlreiche Beispiele dafür an, wie die Arbeitsleistung durch Aufhebung der Stundenlöhne und Einführung von Akkordlöhnen und Prämien für besondere Leistungen gesteigert wurde, der Kampf um den Arbeitsplatz einen außerordentlichen Rückgang der Löhne verursachte und die Rationalisierung zur Ausbeutung der Arbeitnehmer führte. So hat eine Fahrradfabrik im Karlsbader Bezirk gleichzeitig mit der Lohnsenkung Entschädigungen für die einzelnen Arbeitseinheiten eingeführt. (Leistungssteigerung um 25 Prozent.) Zur Förderung der Arbeiterleistungen hat eine Gummiwarenfabrik im Königgrätzer Bezirk durch Anschlag die Leistung der einzelnen Arbeiter und deren Lohnhöhe bekanntgegeben. In der Vorweihnachtsaison wurden die Verkäufer in den Filialen einer großen Schuhfabrik dadurch zur höchstmöglichen Leistung angeregt, daß Prämien in der Höhe von 20 bis 50 Mark jenen Verkäufern versprochen wurden, die in zehn Tagen die größte Zahl von Schuhen verkaufen. Aus diesem Wettrennen gingen acht Verkäufer als Sieger hervor, die überdies umsonst für acht Tage zur Erholung ins Riesengebirge geschickt wurden. In einer Möbelfabrik im Bezirke Königgrätz wurde die Arbeitsleistung durch Einführung der Erzeugung am laufenden Band um volle 100 Prozent erhöht. Die Gewerbeinspektoren haben festgestellt, daß die Leistung der Arbeiterschaft auch ohne bewußte Rationalisierungsmaßnahmen gestiegen wäre, weil die Lohnkürzungen und die unzulänglichen Arbeitsmöglichkeiten die gleichen Auswirkungen zeigen. Die übersteigerte Rationalisierung hat jedoch bereits zu einem Rückschlag geführt, weil die

übermäßige physische Anspannung der Arbeitnehmer zu Massenerscheinungen von Überarbeitung und zu raschem Verbrauch der Arbeitskräfte führt, der überdies durch die gleichzeitige Senkung des Lebensstandards verschärft wird. Aus diesem Grunde hat sich in einigen hochrationalisierten Betrieben die Leistung der Arbeiterschaft vermindert.

In einigen kleingewerblichen Betrieben in den Bezirken Prag und Budweis wurde festgestellt, daß die Arbeiter gezwungen werden, bloß für freie Wohnung und Verköstigung zu arbeiten. Einer von diesen Arbeitern mußte sogar die sozialen Lasten aus der eigenen Tasche tragen. Die Verwaltung einer Dampfmühle im Bezirk Budweis hat ihren 10 Arbeitern stündlich 15 Pfennige ausgezahlt. Ein Damenschneider im selben Bezirk beschäftigte einen Lehrjungen und zwei Näherinnen, wobei er allen drei Angestellten einen Tageslohn von insgesamt nur 1 Mark zahlte. Eine kleine Weberei im Bezirke Jungbunzlau beschäftigte Weber für einen Wochenhöchstlohn von 5 Mark. Im Pardubitzer Bezirke bezahlte eine Tuchfabrik den Arbeitern täglich 1.— bis 1.50 Mark und den Frauen gar nur 60 Pfennige. Eine Zuckerwarenfabrik im Bezirke Neutra entlohnte ihre erwachsenen Arbeiterinnen mit 6 Pfennig für die Stunde, jugendliche Kräfte erhielten nur 4 Pfennige. Nur in wenigen Fällen konnte die Arbeiterschaft eine Aufbesserung ihrer Löhne durchsetzen. Eine Ausnahme bilden u. a. einige Steinbrüche in der Gegend von Hlinsko, eine Metallgießerei bei Troppau und eine Kabelfabrik im Bezirke Teplitz-Schönau.

Die schärfsten Lohnkämpfe spielten sich in der Textilindustrie ab. Die Löhne wurden um 5 bis 15 Prozent herabgesetzt, wobei eine Fabrik die andere zu übertrumpfen bestrebt war.

Im Olmützer Bezirke ersetzte eine Zementfabrik ihre alten Kessel durch neue Schachtkessel, System Gruber, wodurch die Erzeugung von 5500 auf 7500 Waggons erhöht und dreißig Arbeiter überflüssig wurden. Maschinen zum Massenschleifen und Schmelzen von Glasringen erzeugen im Bezirke Jungbunzlau 3000 Dutzend Ringe in acht Stunden, wodurch dreißig Heimarbeitern die Arbeitsmöglichkeit genommen wird. Am stärksten war die Rationalisierung in der Textilindustrie. Eine große Baumwollspinnerei im Bezirke Königgrätz hat ihre Spindelanzahl verdoppelt, wodurch 70 Arbeiterinnen arbeitslos wurden. Eine Jute-Spinnerei und -Weberei hat die Belegschaft bei der Spindelbedienung halbiert und alle Arbeiter von mehr als sechzig Jahren entlassen.

Die 48-stündige Arbeitszeit wurde nur in den wenigsten Fällen eingehalten. Entweder wurde sie stark unterschritten oder durch eine starke Ausnützung der Arbeitskräfte erheblich überschritten. Besonders in den kleinen Gewerbebetrieben häufen sich die Verstöße gegen die Arbeitszeitbestimmungen. Doch wurde auch in einigen Industriebetrieben die Arbeitszeit übermäßig verlängert, so in einer Fahrradfabrik im Tetschener Bezirk bis auf 70 Stunden in der Woche. Der Besitzer einer Bahnhofsrestauration im Bezirke Olmütz hat trotz Verwarnung seinen Lehrjungen jeden zweiten Tag 24 Stunden hindurch beschäftigt!

Am 10. September 1935 hat der Prager Fürsorgeminister Ing. Necas - ein Sozialdemokrat - im sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses ein Exposé über die sozial- und wirtschaftspolitische Lage in der Tschechoslowakei erstattet, das zu einer vernichtenden Anklage des Prager Systems wird. Der Minister führte aus:

"Es zeigt sich also immer klarer, daß die Wirtschaftskrise bei uns eine Depression im Gefolge hat, aus der man auf dem bisherigen Wege und mit den bisherigen Mitteln nicht herauskommt. Wenn wir nicht den ganzen Staat in einen dauernden Zustand der Verarmung treiben wollen, müssen wir andere und durchgreifendere Wege gehen. Die außerordentliche Zeit erfordert unbedingt außerordentliche Maßnahmen und außerordentliche Opfer!

Die Zahl der Arbeitslosen sinkt nicht so, wie es das wirtschaftliche und finanzielle Interesse des Staates erfordern würde und wie wir es beim Vergleich mit anderen Staaten

erwarten könnten.

Wenn wir nicht die militärische Dienstzeit verlängert hätten, so hätten wir heute noch um einige zehntausende Arbeitslose mehr. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird auch dadurch verschlechtert, daß der Arbeitsmarkt die starken Nachkriegsjahrgänge aufnehmen muß, die jetzt mit 16 und 17 Jahren in die Arbeit kommen.

Außerdem scheidet die Rationalisierung ständig neue Lohnarbeiter aus. Ungünstig wirkt sich ferner auch der Umstand aus, daß die Auswanderung so gut wie völlig unterbunden ist.

Daß überdies unsere Arbeitslosenstatistik, d. h. die Ziffern über die Zahl der nicht untergebrachten Bewerber um Arbeit, die Zahl der Arbeitslosen nicht richtig erfaßt, geht daraus hervor, daß von Jänner bis Ende Juli 1935 die Zahl der nicht untergebrachten Arbeitsbewerber nur um 212.446 Personen sank, während die Zahl der Versicherten bei allen Krankenkassen in derselben Zeit von 2,269.776 auf 2,692.030, also um 322.254 Personen stieg. Daraus geht hervor, daß Zehntausende Arbeit erhalten, die nicht in den Verzeichnissen der Arbeitsvermittlungsanstalten enthalten sind.

Auch wenn wir heuer zu Ende August die niedrigste Arbeitslosenziffer zu diesem Zeitpunkt seit 1932 haben, müssen wir uns doch die Tatsache vor Augen halten, daß es uns mit den bisherigen Mitteln seit Oktober 1932 nicht gelungen ist, die Arbeitslosenziffer unter 500.000 zu senken.

Wir müssen uns vor Augen halten, daß die schleppende Wirtschaftskrise in beträchtlichem Maße auch durch unsere eigenen Verhältnisse verursacht wurde. Die Erfahrungen zeigen, daß der gegenseitige Wirtschaftskampf der Staaten untereinander, die Zoll- und Devisenmaßnahmen usw. die Folgen der Krise ungewöhnlich verschärft haben. Die überspannte Schutzpolitik und die wirtschaftliche Absperrung haben weder der eigenen Industrie und Landwirtschaft der betreffenden Staaten, noch den Konsumenten genützt, sondern sie haben Staat und Bevölkerung verarmt und neben anderen Ursachen zu Kredit- und Währungsschwierigkeiten und anderen unheilvollen Konsequenzen geführt.

Eines der Haupthindernisse der Wirtschaftsbelebung sind bei uns die Lohn- und Gehaltsverhältnisse, die heute die Kaufkraft eines großen Teiles der Bevölkerung untergraben.

Die breiten Massen der Angestellten sind in ihrer Gesamtheit der größte Konsument auf dem heimischen Markt, und sie könnten in einer Zeit, wo unserem Export oft unüberwindliche Schwierigkeiten erwachsen, wirksam beitragen zur Belebung unserer Wirtschaft. Statt dessen waren wir Zeugen, daß es zur Herabsetzung der Löhne und Gehälter nicht nur in jenen Betrieben kam, die ihre Produktion verringern mußten, sondern auch dort, wo in den letzten Jahren eine merkliche Produktionsbelebung zu verzeichnen ist.

Wie rapid die Löhne bei uns gefallen sind, zeigt ein Vergleich der Versicherten in der Zentralsozialversicherungsanstalt vom Juni 1930 und vom Juni 1935. Im Jahre 1930 waren 39,17 Prozent aller Versicherten in den drei niedrigsten Klassen (bis zu 14 Kc täglich), im Juni 1935 dagegen 53,35 Prozent. In den drei höchsten Lohnklassen waren im Juni 1930 24,08 Prozent, im Juni 1935 nur 14,10 Prozent aller Versicherten.

Nicht anders ist es bei der Allgemeinen Pensionsanstalt. Ende 1929 waren von 213.803 männlichen Versicherten in den drei höchsten Klassen 31.255, Ende 1934 von 227.482 nur 27.473. Bei den Frauen ist das Verhältnis noch schlechter. Insgesamt haben die Jahresbezüge

aller 297.719 Pensionsversicherten Ende 1929 4720 Millionen betragen. Ende 1934 bei einem um 19.020 höheren Versicherungsstand nur 4512 Millionen. Dabei ist zu bemerken, daß eine Gehaltsherabsetzung bis auf 42.000 Kc sich in dieser Statistik nicht widerspiegelt.

Die Beispiele für niedrige Löhne, die der Minister anführte, müssen direkt als unfaßbar bezeichnet werden.

Früher erhielten z. B. die Glasarbeiter bei der Herstellung von Gablonzer Ware Stundenlöhne von 5 bis 7 Kc, heute 1,50 Kc. Ein Heimarbeiter in der Glasbranche verdient bei 14stündiger Arbeitszeit in der Woche 30 bis höchstens 40 Kc. Junge Arbeiterinnen erhalten in der Glasschleiferei 50 bis höchstens 70 Heller pro Stunde.

Auch bei den Bauarbeitern erreichen die Stundenlöhne in einzelnen Gebieten nur 1,25 Kc oder gar nur 1 Kc, bei Erdarbeiten werden für die schwere Arbeit 75 Kc wöchentlich gezahlt. Bei der Überprüfung der Rechnungen für Notstandsarbeiten kam das Ministerium darauf, daß bei achtstündiger Arbeitszeit den Erdarbeitern nur 6 oder 8 Kc täglich gezahlt werden. Auch in der Metallindustrie sind die Löhne sehr niedrig; es gibt Fälle, daß ein qualifizierter Metallarbeiter nur 1,50 Kc pro Stunde erhält! In den Ziegeleien ist ein derartiger Stundenlohn fast allgemein üblich.

Von 33.533 Heimarbeitern, die bei der Reichenberger Bezirkskrankenkasse versichert sind, erreichen 15.626 nicht einmal einen Monatslohn von 120 Kc, und dabei arbeiten sie mit ihren Familien. Auf dem Böhm.-mährischen Höhenzug verdient eine ganze Webersfamilie bei 14stündiger Arbeitszeit nicht mehr als 160 Kc monatlich. Was für Milliardenverluste für den Konsum durch die sinkenden Lohnsummen entstehen, ist daraus ersichtlich, daß die Zahl der bei der ZSVA. Versicherten seit 1929 von 2,505.537 auf 1,877.994, der Durchschnittsverdienst von 5979 Kc auf 5097 Kc zurückgegangen ist.

Die versicherten Löhne betragen im Jahre 1929 14 Milliarden 982 Millionen, im Jahre 1934 nur noch 9 Milliarden 573 Millionen.

Nur an Löhnen der Versicherten der ZSVA. beträgt der Rückgang gegenüber 1929 fünfeinhalb Milliarden Kc pro Jahr!

Neben der Glasindustrie ist die Textilindustrie am meisten betroffen, die angesichts des Exportrückganges in den letzten Jahren zum überwiegenden Teil auf den heimischen Markt angewiesen ist. Dabei sind die Löhne in den Betrieben, die am Kollektivvertrag beteiligt sind, mit 120 Kc wöchentlich noch bedeutend höher als in den vertragslosen Betrieben, wo 40 Kc wöchentlich gezahlt werden.

Auch die Rationalisierung verursacht noch weitere Entlassungen von Lohnarbeitern und eine ständige Verschlechterung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt.

Die Berichte der Gewerbeinspektoren führen für 1934 weitere krasse Beispiele an, vor allem aus der Textilindustrie. Aber auch bei den Staatsbahnen führte die Einführung der durchlaufenden Bremse für Güterzüge dazu, daß die Zahl der Bremser bei Lastzügen seit 1931 um 40 Prozent zurückgegangen ist. In diesen Aufzählungen könnte man lange fortfahren. Ständig wird die Zahl jener vermehrt, die unwiderruflich aus ihrer bisherigen Tätigkeit ausgeschaltet sind, selbst wenn die früheren Absatzverhältnisse wiederkehren sollten.

Den technischen Fortschritt kann man nicht aufhalten. Die menschliche Gesellschaft

muß aber daraus die Konsequenzen ziehen und Mittel und Wege suchen, um die unschuldig Betroffenen wieder zu fruchtbringender Arbeit zurückzuführen.

Die infolge der Krise unterbundene Kaufkraft hat einen Rückgang der Kaufkraft zur Folge, den der Minister an zahlreichen Daten nachwies, und zwar beim Fleischkonsum, beim Konsum von Tierfetten, wo der Rückgang fast 20 Prozent beträgt, ferner beim Bierkonsum, der ebenfalls um 20 Prozent zurückgegangen ist, beim Konsum von Getränke-spiritibus, wo der Rückgang rund 50 Prozent beträgt, und beim Zuckerkonsum, wo er fast 10 Prozent erreicht hat.

Der Rückgang im Mehl- und Brotverbrauch läßt sich mit 30 bis 40 Prozent gegenüber dem Jahre 1929 veranschlagen. Beim Brot beträgt der Preisanstieg gegenüber dem ersten Halbjahr 1934 per Kilo 30 bis 50 Heller und auch mehr. Der Preisanstieg bei Weizenmehl beträgt gegen das Vorjahr 30 bis 50 Heller.

Wenn Arbeiterfamilien volle drei Fünftel aller ihrer Ausgaben auf die Ernährung verwenden, dann sehen wir die Gefahr im vollen Lichte: die Ausgaben für die Ernährung einschränken, heißt direkt die Existenz bedrohen. Die überwiegende Mehrheit unserer Arbeiter arbeitet nur für die allernotwendigsten Lebensmittel und die Wohnungsmiete. Wir können infolgedessen unter den heutigen Wohnverhältnissen unsere Konsumenten nicht weiter belasten, denn die Folge wäre ein weiterer Rückgang des Verbrauchs mit allen seinen Konsequenzen für die anderen Schichten."

Der amtliche Bericht bedarf keiner Ergänzung. Alle ernsthaften Bemühungen, die wirtschaftliche und soziale Lage im Staate zu bessern, erfolgten auf Kosten des Sudetendeutschtums, in dem die Notlage unerträglich geworden ist.



a) Die Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei setzte - wenn man von der saisonmäßig bedingten auch in wirtschaftlichen Konjunkturzeiten vorhandenen Arbeitslosenzahl absieht - mit der planmäßigen Verdrängung der Angehörigen der nationalen Volksgruppen von ihren staatlichen und privaten Arbeitsplätzen aus rein nationalpolitischen Gründen ein. Dadurch ergab es sich begreiflicher Weise, daß in ihren Gebieten die Arbeitslosigkeit relativ und absolut größer sein mußte als im tschechischen Siedlungsgebiet.

Wie wir bereits dargestellt haben, bot das Sprachengesetz vom Jahre 1919, in dem u. a. verlangt wird, daß in der öffentlichen Staatsverwaltung ausschließlich die tschechische Sprache als Staatssprache zu gelten hat, eine



Entsetzliches Wohnungselend im sudetendeutschen Industriegebiet.
Seit Jahren arbeitslos - ausgesteuert - zwangsweise wegen rückständiger Miete aus der früheren Wohnung entfernt - irgend eine Notwohnung, feucht und ungesund - Tuberkulose - Tod - das sind die Elendsstationen dieser fleißigen, tüchtigen sudetendeutschen Arbeiter.

hinreichende Handhabe, die deutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter bei den Eisenbahnen, Post, Steuerämtern, Gerichten, Bezirksverwaltungen und Gemeindeämtern im sudetendeutschen Gebiet, die die tschechische Sprache nicht beherrschten, aus ihren Stellen zu entfernen und sie durch tschechische zu ersetzen. Der größte Teil der von dem Abbau betroffenen Beamten erhielt nur eine unzureichende Abfertigung oder Pension.⁹⁶

Sie suchten also Unterschlupf bei der Industrie, wo sie auch mit einem kleinen Gehalt, das ihren Verlust durch die staatliche Pensionierung ausglich, als qualifizierte Arbeitskräfte gern aufgenommen wurden. In dem gleichen Augenblick aber, in dem sie hier Einstellung fanden - und das war nur möglich zur Zeit einer Konjunkturperiode, die eine Mehreinstellung von Arbeitskräften bedingte - versperrten sie jenem Teil von jungen Stellenanwärtern, der sich für eine Verwendung im industriellen wirtschaftlichen Leben vorbereitet hatte, die Möglichkeit einer Existenzgründung. So stießen zu dem Teil der von ihren staatlichen Arbeitsplätzen Verdrängten, die in der Industrie keine Aufnahme fanden, jene jungen Menschen, denen der Zutritt zu den staatlichen Arbeitsplätzen durch die tschechischen Nationalitäten völlig verwehrt ist und deren eigentliche Arbeitsplätze in der Industrie von abgebauten Staatsbeamten besetzt wurden. Sie bildeten zusammen also den Grundstock der von Jahr zu Jahr anwachsenden Arbeitslosenarmee der Sudetendeutschen.

Die Praxis der Durchführung der Bodenreform hat es nun unmöglich gemacht, daß ein Teil der von ihrem Beamtenposten oder industriellen Arbeitsplatz Verdrängten in den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß überführt werden konnten. Durch die Bodenreform sind ja selbst 66.944 Arbeitsplätze verloren gegangen, darunter 35.000 deutsche. Von den Betroffenen erhielten als Entschädigung 2491 Personen Bodenzuweisungen in der Größe von 4 - 66 Hektar, unter ihnen befinden sich kaum 20 Deutsche! Der Großteil mußte sich mit einer geldlichen Abfertigung begnügen. 30.000 gingen überhaupt leer aus und unter ihnen der größte Teil Deutsche.

Die aus dem beschlagnahmten Gebäudekapital gebildeten Restgüter bezifferten sich auf 1972, die an 1762 Bewerber zugeteilt wurden. Und von ihnen befinden sich 32 in deutschem Besitz.

Der Innenkolonisation standen 36.055 Hektar zur Verfügung. Errichtet wurden 2857 Siedlungen, die in allen Fällen an Tschechen und Slowaken kamen.

Was sich die Sudetendeutschen an beschlagnahmtem Boden retteten, waren 85.000 Hektar, die sich bei der Bodenbeschlagnahme bereits im Pachtbesitz von 107.000 Kleinpächtern befanden.

Durch das Zertifikatengesetz vom Jahre 1928 wurde die Industrie gezwungen, 1/3 ihrer Beamtenstellen für die längerdienenden Unteroffiziere frei zu machen. Bei dabei eventuell notwendig werdenden Entlassungen dürfen Tschechen nicht betroffen werden. Da es fast keine längerdienenden deutschen Unteroffiziere gibt, wirkt sich das Gesetz in der Praxis so aus, daß die deutsche Industrie oder utraquistische Unternehmen die tschechischen Unteroffiziere aufnehmen und deutsche Angestellte entlassen müssen.

Es sind bereits an anderer Stelle die Maßnahmen und täglichen Erscheinungen geschildert und charakterisiert worden, die durch Verkleinerung der Zahl der deutschen Arbeitsplätze im Staatsdienst und im Industrieleben und durch die Verengung des agrarischen Bodenraumes die Arbeitslosigkeit bedingten. Die durch die staatlichen Maßnahmen dem Sudetendeutschtum bisher verlorengegangenen Arbeitsplätze werden annähernd 200.000 erreichen, so daß selbst bei normaler wirtschaftlicher Entwicklung fast 10 v. H. der Sudetendeutschen für unabsehbare Zeit zur Arbeitslosigkeit gezwungen sein werden.

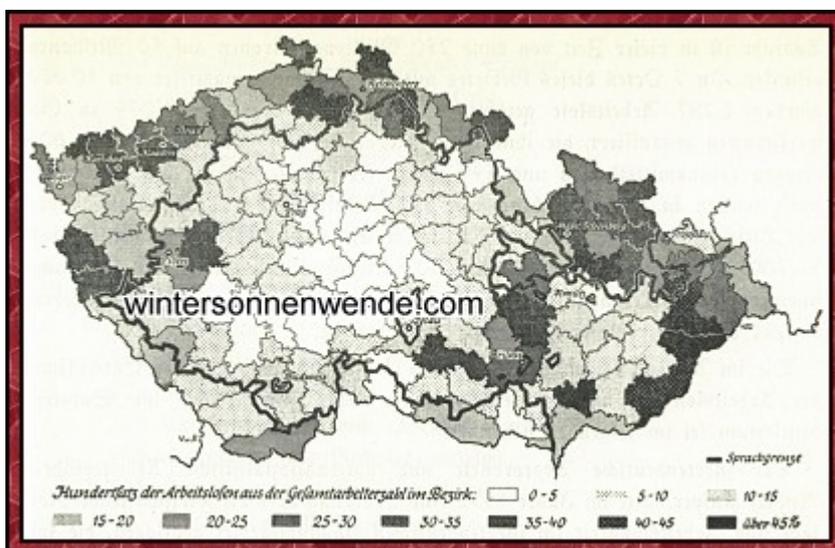


Die einzige amtliche sogenannte Arbeitslosenstatistik vermittelt, wie Minister Necas selbst

ausdrücklich zugibt, kein genaues Bild der wirklichen Zahl der Erwerbslosen im Staate, sondern lediglich der bei den staatlichen Arbeitsämtern nicht untergebrachten Bewerber. Diese Arbeitsämter, genauer bezeichnet Arbeitsvermittlungen, vermitteln im allgemeinen nur an Tagelöhner, Hilfs- und Landarbeiter, Maurer u. dgl. Arbeitsplätze. Die angeführte Arbeitslosenstatistik enthält nicht, oder nur teilweise, die erwerbslosen Kleinhäusler und Heimarbeiter in den Gebirgsgegenden, die Erwerbslosen in den einzelnen Intelligenzberufen und den Fachgewerben und Handwerken. Trotzdem steht die Tschechoslowakei mit der erschreckend hohen Zahl von mehr als ¾ Millionen Arbeitslosen relativ an erster Stelle unter den europäischen Staaten. Während in Frankreich etwa 0,83% der Gesamtbevölkerung, in Polen 1,5%, in England 3,5%, ja selbst in dem verarmten Österreich nur 5,2% ohne Arbeit sind, müssen in der Tschechoslowakei 5,7% der Gesamtbevölkerung feiern und darben.

In Wirklichkeit aber ist die Zahl der Menschen, die vor dem Nichts stehen, noch bedeutend höher, als diese trockenen Ziffern besagen können. Denn zum ersten werden, wie erwähnt, viele Arbeitslose durch die amtlichen Statistiken gar nicht erfaßt, zum zweiten sind die Angehörigen der Arbeitslosen aber auch meist genau so von der Not betroffen, wie diese selbst, so daß man ohne Übertreibung mit 3½ Millionen Menschen rechnen kann, die in der Tschechoslowakei aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet worden sind.

Daß unter den Auswirkungen der Dauerkrise die deutsche Bevölkerung des Staates am schwersten zu leiden hat, ist eine leicht erklärbare Tatsache, die heute selbst von den Tschechen nicht mehr geleugnet werden kann. Von den 16 Bezirken, die den Rekord der höchsten Arbeitslosenziffer halten (auf 1000 Einwohner mehr als 100 Arbeitslose), sind, wie wir noch sehen werden, 15 Bezirke deutsch und nur einer tschechisch. Die Karte der Notstandsgebiete deckt sich fast genau mit der Sprachenkarte. Die Zahl der sudetendeutschen Arbeitslosen wird aber noch erschreckender, wenn man sie mit der Arbeitslosenziffer anderer Staaten vergleicht.



Hundertsatz der Arbeitslosen aus der Gesamtarbeiterzahl im Bezirk. [\[Vergrößern\]](#)

Im Kratzau-Grottauer Bezirk fand im Herbst 1935 ein Parlamentarierbesuch statt, an dem auch der tschechische Minister Necas teilgenommen hat. Nach einer Besichtigung der sudetendeutschen Krisengebiete erklärte der Minister Necas:

"Von 755.000 Arbeitslosen in der ganzen Tschechoslowakei entfallen mehr als 400.000 auf das sudetendeutsche Gebiet. Das ist so viel, wie Frankreich bei seinen 42 Millionen Einwohnern als Gesamtzahl der Arbeitslosen verzeichnet. Flächenmäßig stellt das sudetendeutsche Gebiet aber nur ein Zweiundzwanzigstel Frankreichs dar. Das Bild, das dieses einst blühende sudetendeutsche Industriegebiet zeigt, läßt sich heute nur mit den Leiden der Bevölkerung des karpathenrussischen Berglandes in den bösesten Zeiten vergleichen."

Bei einem nordböhmischen Volkstage wurde über die Lage in dem weltberühmten Haidaer-

Steinschönauer Glasgebiet, in dem vor dem Kriege kaum 3% Tschechen wohnten, berichtet. Aus dem Bericht ist zu entnehmen: In dem 40.000 Menschen umfassenden Gebiet können heute kaum noch 30% der vorhandenen Arbeitskräfte beschäftigt werden. In den 22 deutschen Gemeinden dieses Glasgebietes mit 40.000 Einwohnern waren im Sept. 1935 7671 arbeitslos (inzwischen ist die Arbeitslosenzahl weiter gestiegen!). Dazu kommen 10.879 Familienangehörige, so daß 18.550 Menschen oder 46% der Bevölkerung dieses Gebietes Not und Elend leiden. 1929 waren in den 22 Orten noch 28 Öfen der Rohglashütten in Betrieb, im Herbst 1935 noch 8. Die Ausfuhr ist in dieser Zeit von rund 250 Millionen Kronen auf 50 Millionen gesunken. In 7 Orten dieses Gebietes mit einer Bevölkerungsziffer von 10.600 wurden 2.287 Arbeitslose gezählt. Davon waren aber nur 1.079 in Gewerkschaften organisiert, die ihnen über die ärgste Not hinweghelfen, nur 609 bezogen Lebensmittelkarten und 599 waren jeder Unterstützung bar. Beispielsweise müssen in Ober-Preschkau von 519 Arbeitslosen 322 ihr Dasein ohne jede Hilfe fristen! Am 1. 1. 1933 teilte der Staat dem Gebiet wöchentlich noch 11.700 Lebensmittelkarten zu. Am 30. August 1934 betrug die Zuteilung nurmehr 4.075 Lebensmittelkarten. 1936 wurden nurmehr 2873 ausgegeben, obwohl die Erwerbslosenzahl größer geworden ist.

Die im [Anhang](#) beigefügte [Übersicht VII](#) gibt ein Bild von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Staate seit 1920. Ihre Auswirkung im Sudetendeutschtum sei im folgenden behandelt.

Der sudetendeutsche Abgeordnete und nationalsozialistische Arbeiterführer Rudolf Kasper hatte im Jahre 1932 eine Erhebung über die wirtschaftliche Notlage und Arbeitslosigkeit im sudetendeutschen Industriegebiet gepflogen, die folgendes interessante Bild ergab:

Bezirk Graslitz: 9 Gemeinden

29.269 Einwohner
5.284 Arbeitslose
528 Kurzarbeiter
1.208 Unterstützte nach dem "Genter System"
3.885 Unterstützte aus Ernährungsaktion
33 Unterstützte aus Gemeindemitteln
46 vollkommen stillgelegte Betriebe
35 Betriebe arbeiten stark verkürzt
1.918 Exekutionen!

Bezirk Gablonz: 6 Gemeinden

16.743 Einwohner
5.084 Arbeitslose
2.800 Kurzarbeiter
14 vollkommen stillgelegte Betriebe
18 Betriebe arbeiten stark verkürzt
2.044 Exekutionen!

Bezirk Asch: 11 Gemeinden

39.068 Einwohner
3.161 Arbeitslose
1.046 Kurzarbeiter
687 Unterstützte nach dem "Genter System"
206 Unterstützte aus Gemeindemitteln
1.210 Unterstützte aus Ernährungsaktion
7 vollkommen stillgelegte Betriebe
22 Betriebe arbeiten stark verkürzt
191 Exekutionen.

Bezirk Elbogen: 6 Gemeinden
17.516 Einwohner
2.595 Arbeitslose
528 Kurzarbeiter
203 Unterstützte nach dem "Genter System"
44 Unterstützte aus Gemeindemitteln
1.591 Unterstützte aus Ernährungsaktion
10 vollkommen stillgelegte Betriebe
9 Betriebe arbeiten stark verkürzt
177 Exekutionen.

Bezirk Trautenau: 8 Gemeinden
16.237 Einwohner
2.253 Arbeitslose
773 Kurzarbeiter
1.034 Unterstützte nach dem "Genter System"
20 Unterstützte aus Gemeindemitteln
1.401 Unterstützte aus Ernährungsaktion
5 vollkommen stillgelegte Betriebe
6 Betriebe arbeiten stark verkürzt
38 Exekutionen.

Bezirk Dauba: (ländlicher Bezirk).

Erhebungen aus 3 Gemeinden mit einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 1000 Einwohnern:

303 Arbeitslose
28 Unterstützte nach dem "Genter System"
5 Unterstützte aus Gemeindemitteln
30 Unterstützte aus Ernährungsaktion
3 kleinere Betriebe arbeiten stark verkürzt
206 Exekutionen.

Erhebungen aus 80 Gemeinden:

178.790 Gesamteinwohnerzahl
24.066 Arbeitslose
15.423 Kurzarbeiter
103 stillgelegte Betriebe
139 Betriebe unter Kurzarbeit
3.052 Unterstützte nach dem "Genter System"
2.133 Unterstützte durch Gemeinden
7.490 Unterstützte durch Ernährungsaktionen
7.437 durchgeführte Exekutionen
28 von Gemeinden Notstandsarbeiten
21,161.514 Steuerrückstände
29,610.000 Schulden.

Während also in den sudetendeutschen Gebieten, wie in den Einzelbeispielen und der Übersicht aus 80 deutschen Gemeinden gezeigt wird, die Zahl der Erwerbslosen bereits 15 v. H., die Zahl der Kurzarbeiter 10 v. H. der Bevölkerung ausmacht, über 100 Betriebe stillgelegt sind, die Zahl der Exekutionen 7000 übersteigt, nur ein Drittel der Gemeinden Notstandsarbeiten durchführen können und die Steuerrückstände fast die Verschuldung der Gemeinden erreichen und im ganzen Staatsgebiet der Jahresdurchschnitt der Arbeitslosenziffer 500.000 beträgt, **war im tschechischen**

Gebiet noch kaum etwas von der Arbeitslosigkeit zu spüren. Im Gegenteil: Neue Betriebe in der Umgegend von Prag, Jicin, Kralup, Pilsen usw. entstanden und in den großen Werken wurde in mehreren Schichten gearbeitet.

In seiner Rede im sozialpolitischen Ausschuß des Prager Abgeordnetenhauses im Herbst 1934 machte der Fürsorgeminister Dr. Meißner über die Entwicklung und den Stand der Erwerbslosigkeit folgende interessante Angaben:

Am 31. Juli wiesen die absolut größte Arbeitslosigkeit Brünn, Groß-Prag, Reichenberg, Karlsbad auf.

Von den 225 Verwaltungsbezirken des Staates zählten

5	Bezirke	mehr als 10.000 Arbeitslose	
10	"	8.000 bis 10.000	"
8	"	6.000 bis 8.000	"
17	"	4.000 bis 6.000	"
18	"	3.000 bis 4.000	"
27	"	2.000 bis 3.000	"
41	"	1.000 bis 2.000	"
99	"	weniger als 1.000	"

Den verhältnismäßig größten Prozentsatz Arbeitslose weisen auf der

Bezirk Graslitz	36,1
Bezirk Sternberg	30,0
Bezirk Rumburg	29,1
Bezirk Neudek	25,4
Bezirk Friedland	23,4
Freudenthal	22,7
Elbogen	21,4
Karlsbad	21,3.

Die Arbeitslosigkeit war in

1	Bezirk	größer als 30% der Gesamteinwohner	
12	Bezirken	zwischen 20 und 30%	"
14	"	" 15 "	20% "
20	"	" 12 "	15% "
12	"	" 10 "	12% "
15	"	" 8 "	10% "
15	"	" 6 "	8% "
18	"	" 5 "	6% "
118	"	" kleiner "	5% "

Soweit die Angaben des Herrn Ministers.

Nach der obigen Übersicht der Verbreitung der Arbeitslosigkeit gab es einen einzigen deutschen Bezirk, der mit 2,42% unter die 118 Verwaltungsbezirke mit einer Arbeitslosigkeit unter 5% fällt. Nun gibt es in der Tschechoslowakei 96 Verwaltungsbezirke mit einer qualifizierten deutschen Mehrheit. Damit steht fest, daß die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei fast durchwegs in den deutschen Gebieten herrscht:

Bis 5% Arbeitslose der Bevölkerung zählen 117 nichtdeutsche Bezirke,
 1 deutscher Bezirk.,
 Von 5% bis über 30% " " 12 nichtdeutsche Bezirke,
 95 deutsche Bezirke.

In den deutschen Gebieten (wobei nur solche Bezirke als deutsch gezählt werden, deren Einwohnerschaft nach der Volkszählung 1930 zu mehr als 50 v. H. aus Deutschen besteht) waren Ende Oktober 1934 von 1000 Einwohnern 78,71 (September 75,95), in den tschechischen Gebieten dagegen 30,74 (September 29,28) arbeitslos. Daraus ist zu ersehen, daß die deutschen Grenzgebiete von der Arbeitslosigkeit bedeutend schwerer betroffen werden als die tschechischen Bezirke.

Oktober 1934:

<i>Politischer Bezirk</i>	<i>Zahl der Arbeitslosen</i>	<i>Auf 1000 Berufstätige entfielen Arbeitslose</i>
Böhm.-Leipa	7926	213,4
Mähr.-Schönberg	8948	218,9
Braunau	5573	206,8
Starkenbach	4673	215,2
Jägerndorf	6890	227,5
Römerstadt	3204	227,5
Schluckenau	6346	205,6
Neudek	4636	227,8
Elbogen	5039	259,0
Preßnitz	3594	243,5
Karlsbad	11614	234,5
Freudenthal	6313	258,6
Sternberg	3343	294,2
Rumburg	4207	241,9
Friedland	6177	266,0
Graslitz	7789	378,9

Noch deutlicher geht dies aus der Übersicht der politischen Bezirke in Böhmen mit den niedrigsten Arbeitslosenzahlen hervor:

Oktober 1934:

<i>Politischer Bezirk</i>	<i>Zahl der Arbeitslosen</i>	<i>Auf 1000 Berufstätige entfielen Arbeitslose</i>
Kralup a. M.	77	4,5
Jitschin	138	4,6
Pilgram	151	7,6
Kralowitz	153	10,2
Eule	225	22,0
Melnik	247	11,3
Moldauthein	273	39,3
Dauba	279	24,2
Mühlhausen	323	21,7
Laun	338	16,2

In der ersten Zusammenstellung ist Starkenbach der einzige tschechische Bezirk, der eine größere Arbeitslosigkeit aufweist. Bei der Übersicht der Bezirke mit den niedrigsten Arbeitslosenzahlen ist als Gegenstück Dauba der einzige deutsche Bezirk. Er ist übrigens von allen hier betrachteten Orten derjenige mit der drittgrößten Arbeitslosigkeit.

Zu Ende Oktober 1935 wurden nach den vorläufigen Berechnungen des tschechoslowakischen Ministeriums für soziale Fürsorge in der ganzen Tschechoslowakei 602.775 nicht untergebrachte Stellenbewerber gezählt. Es ist also gegenüber dem Vormonate eine Steigerung um 29.413 Personen oder 5,12 v. H., gegenüber Oktober des Vorjahres eine Steigerung um 3.311 Personen oder 0,55 v. H. zu verzeichnen.

In der ganzen Tschechoslowakei waren zu Ende Oktober 1935 von 1000 Einwohnern 40,9, von 1000 Einwohnern in den deutschen Gebieten 80,9 und von 1000 Einwohnern in den tschechischen Gebieten 30,5 arbeitslos. Als deutsche Gebiete werden nur jene gezählt, deren Einwohnerschaft nach der letzten Volkszählung zu mehr als 50% aus Deutschen besteht. Nachstehend eine Zusammenstellung der Bezirke mit der größten und mit der geringsten Arbeitslosigkeit zu Ende Oktober 1935:

<i>Bezirke mit der größten Arbeitslosigkeit</i>	<i>auf 1000 Berufs-tätige</i>	<i>Bezirke mit der geringsten Arbeitslosigkeit</i>	<i>auf 1000 Berufs-tätige</i>
Mähr.-Schönberg	217,2	Jitschin	4,2
Komotau	219,2	Kralup a. M.	7,4
Wsetin	222,2	Mühlhausen	11,9
Jägerndorf	230,6	Melnik	12,8
Elbogen	245,5	Laun	14,0
Neudek	247,4	Strakonitz	17,2
Rumburg	249,7	Časlau	19,0
Karlsbad ⁹⁷	256,0	Beneschau	22,4
Freudenthal	265,9	Blatna	22,4
Friedland	270,3	Holleschau	22,4
Römerstadt	271,5	Chotěboř	23,0
Preßnitz	279,5	Jilové	23,0
Sternberg	302,7	Tabor	23,1
Graslitz	356,8	Neustadt i. M.	25,0

Im Jahre 1936 setzte ein bedeutender Rückgang der Arbeitslosigkeit ein. Doch spielte sich dieser Rückgang vornehmlich in den tschechischen Gegenden ab. Die deutschen Gebiete spüren kaum etwas von einer erwachenden Konjunktur. Im *Prager Börsenkurier* veröffentlichte ein sudetendeutscher Fabrikbesitzer die nachfolgende interessante Übersicht:

	Arbeitslose im:								
	Gesamtgebiet der Republik			deutschen Gebiet			tschechischen Gebiet		
		von 1000 Ein-	von 1000 Berufs-tätigen		von 1000 Ein-	von 1000 Berufs-tätigen		von 1000 Ein-	von 1000 Berufs-tätigen
1936	Arbeitslose wohnern waren arbeitslos			Arbeitslose wohnern waren arbeitslos			Arbeitslose wohnern waren arbeitslos		
I	850.010	57,7	130,0	297.251	97,5	192,4	552.759	47,3	110,7
II	860.239	58,4	131,1	294.201	96,5	190,5	566.038	48,5	113,4
III	797.770	54,2	122,0	278.639	91,4	180,4	519.131	44,4	103,9
IV	719.166	48,8	110,0	261.300	85,7	169,2	457.866	39,2	91,7
V	637.385	43,2	97,4	248.748	81,6	161,0	388.638	33,2	77,8
VI	565.799	38,4	86,5	234.601	76,9	151,9	331.198	28,3	66,3
VII	504.750	34,3	77,2	224.168	73,6	145,2	280.582	24,0	56,2

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß die Konjunktur, die in der Hauptsache eine Staatskonjunktur ist, weil sie durch Staatsaufträge angefacht und erhalten wird, daß also diese Konjunktur in der Hauptsache die tschechischen Gebiete befruchtet. In den tschechischen Gebieten ist die Zahl der

Arbeitslosen seit Beginn des Jahres beinahe um die Hälfte zurückgegangen, nämlich von 552.000 auf 280.000. In den tschechischen Gebieten konnten in dieser Zeit 272.000 Menschen in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden. In den deutschen Gebieten, die doch weitaus stärker industrialisiert sind, konnten in der gleichen Zeit nur 73.000 Menschen Arbeit finden, denn die Zahl der Arbeitslosen ist in diesen Gebieten von 297.000 nur auf 224.000 gesunken. Im Januar waren von je 1000 berufstätigen Personen im deutschen Gebiet 192 Menschen arbeitslos, Ende Juli immer noch 145. In den tschechischen Gebieten waren im Januar von je 1000 Berufstätigen 110 Menschen arbeitslos. Ende Juli aber waren es nur mehr 56. Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten ist also dreimal so groß wie in den tschechischen Gebieten. Anders gerechnet: Anfang des Jahres gab es in der ganzen Republik 850.000 Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit fiel um 40 v. H. auf 504.000. Vierzig v. H. der Arbeitslosen kamen also in die Arbeit, aber nur 8 v. H. davon in den deutschen Gebieten und volle 32 v. H. in den tschechischen Gebieten. Im August, für welchen Monat die obige Tabelle noch nicht die Ziffern enthält, setzt sich die gleiche Entwicklung fort.⁹⁸



Der überwiegende Teil der Arbeitslosen gehört industriellen Erzeugungsgruppen an; der Anteil der Berufsangehörigen von Landwirtschaft und Forstwesen an der gesamten Arbeitslosigkeit ist gering, er beträgt nicht einmal 5 v. H.

Aus der folgenden Aufstellung ist ersichtlich, mit welcher Verhältniszahl einzelne Erzeugungsgruppen im sudetendeutschen Gebiet liegen und wie groß davon der mutmaßliche Anteil der Beschäftigungslosen ist. Angeführt werden alle Industriegruppen, bei denen ihre Lage im sudetendeutschen Gebiet dem Anteil nach größer ist als der Anteil der Bevölkerung des sudetendeutschen Gebietes an der Gesamtbevölkerung des Gebietes der historischen Länder; der sudetendeutsche Bevölkerungsanteil beträgt 31 v. H.

Erzeugergruppen	davon im sudeten- deutschen Gebiet	ohne Beschäftigung
Feinkeramik	81 v. H.	90 v. H.
Musikinstrumentenerzeugung	78 v. H.	85 v. H.
Glasindustrie	71 v. H.	80 v. H.
Spielwarenindustrie	68 v. H.	90 v. H.
Papierindustrie	64 v. H.	60 v. H.
Textilindustrie	57 v. H.	70 v. H.
Bergbau und Koks	41 v. H.	40 v. H.
Chemische Industrie	37 v. H.	20 v. H.
Holzindustrie	32 v. H.	60 v. H.

Von der Arbeitslosenstatistik sind nicht oder nur zu einem ganz geringen Teil die Heimarbeiter erfaßt. Als Heimarbeiter bezeichnet das tschechoslowakische Gesetz diejenigen Personen, welche sich mit der Herstellung oder Bearbeitung von Waren außerhalb der Betriebsstätte ihrer Arbeitgeber regelmäßig in ihren Wohnstätten beschäftigen und kein Gewerbe nach der Gewerbeordnung ausüben. Diese Beschäftigungsart ist besonders in Nordböhmen und in den sudetendeutschen Randgebieten daheim und damit eine typisch sudetendeutsche Erscheinung. Nach der letzten amtlichen Erhebung gibt es in der Tschechoslowakei 63.539 Betriebe, d. h. Werkstätten, die auf Heimarbeit eingestellt sind, in denen mehrere Familienmitglieder beschäftigt sind. Die Lage der Heimarbeiter ist besonders hart.

Eine der Arten von Heimarbeit, z. B. im nordböhmischen Niederlande, ist die Kunstblumenindustrie, welche zwar immer noch eine große Anzahl Heimarbeiter beschäftigt, aber bei derzeit nicht als menschenwürdig zu bezeichnenden Löhnen. Die einst blühende Spaterieindustrie ist infolge der polnischen und japanischen Konkurrenz fast ganz verschwunden.

Der Hauptsitz dieser Industrie befand sich in Alt-Ehrenberg, Bezirk Schluckenau. Erhebungen bezüglich der Löhne bei dem noch krankenversicherten Heimarbeiter aller Kategorien haben einen durchschnittlichen Bruttolohn von 184 Kc, d. s. 18,4 RM, monatlich ergeben, oder pro Stunde 50 Heller, d. s. 5 Pfennige. In der Knopfindustrie (Knopfhefterei) sind Monatsverdienste von 90 Kc, d. s. 9 Mark, zu verzeichnen. Die Heimindustrie des Adlergebirges besteht in der Hauptsache aus Verarbeitung von Holzwaren, welche heute Absatzschwierigkeiten hat. Die Spitzenklöppelei ist im ostböhmisches Gebiet nur wenig vertreten. Die Filetstickerei beschäftigte einmal im Rokitnitzer Bezirke 1600 bis 1800 Personen. Derzeit fehlen die notwendigen Absatzgebiete. Die Löhne betragen einmal 6 bis 7 Kc pro Tag.

Dagegen ist die Benischer Heimweberei eine der ältesten in Böhmen, Mähren und Schlesien. Die Webergenossenschaft Benisch geht bis in das Jahr 1686 zurück. Im Jahre 1933 bestanden noch 13 Handweberfaktoreien und sechs selbständige Heimerzeuger. Diesen standen allerdings 25 mechanische Kleinbetriebe mit 500 Webstühlen gegenüber. In Benisch waren im Jahre 1933 noch 820 Personen in den Webereien beschäftigt, d. s. 62 Prozent der Gesamtbevölkerung, die immer mehr zum Feiern gezwungen worden sind.

Im Böhmerwald stellt außer der Florspinnerei und Spitzenklöppelei hauptsächlich die Hausweberei, weiter die Herstellung von Zwirnknöpfen, die Holzbearbeitung, Spielwarenerzeugung, Anfertigung von Hausgeräten, Drechsler- und Tischlerarbeiten und Kistenerzeugung, Perlmutterindustrie, die Sieb-Erzeugung, Korbflechtereie und Bürstenerzeugung die Heimarbeit dar. Vielerorts wurde die Toledostickerei betrieben, infolge ihres starken Rückganges mußten Umstellungen auf Heftelstickerei vorgenommen werden. Der Hauptort für die Holzbearbeitung in der Heimindustrie im Böhmerwalde ist Wallern.

Im Erzgebirge ist die Heimarbeit besonders hoch entwickelt. Die Instrumenten- und Spielwaren-Erzeugung, weiter die Knopfindustrie, die Stickerei, die Handschuhherzeugung und Perlstickerei hatten einen Weltruf. Die große Weltwirtschaftskrise hat die einstmals weit über 10.000 Heimarbeiterinnen beschäftigende Spitzenklöppelei fast ganz zum Stillstand gebracht. Im Landstriche Falkenau bis Petschau wird die Nähspitzenerzeugung, im Graslitzer Bezirke verschiedene Zweige der Stickerei betrieben. Im Ascher Bezirke ist die Hausweberei und Stoffhandschuhindustrie maßgebend. Die Musikinstrumenten-Erzeugung hat, soweit es sich um die Herstellung von Streich- und Zupfinstrumenten handelt, ihren Hauptsitz in Schönbach. Die Blasinstrumentenindustrie in Graslitz. Mit der Einführung des Tonfilmes begann der unaufhaltsame Niedergang der Instrumentenindustrie. Die Erzeugung von Spielwaren wird vornehmlich in Katharinaberg, Gebirgsneudorf und Umgebung betrieben. In Katharinaberg hat die Handelskammer von Eger ein Haus der erzgebirgischen Spielwarenindustrie errichtet, wo auch die staatliche Lehrwerkstätte für Holz- und Spielwaren untergebracht ist.⁹⁹

Da an der Heimarbeit in einem Betriebe zumeist die ganze Familie mit 6 bis 8 Personen teilhatte (einschließlich der Kinder) und nur dadurch für 2 bis 3 Heimarbeiter überhaupt der festgesetzte Lohn zu erzielen war, von dem eine Familie oder Hausgemeinschaft leben mußte, so muß man mit ungefähr 180- bis 200.000 erwerbslosen Heimarbeitern im sudetendeutschen Gebiet rechnen, von denen nur ein ganz geringer Teil in der amtlichen Arbeitslosen-Statistik erscheint.

Was für die Heimarbeiter gesagt ist, gilt entsprechend auch für die Angehörigen der sogenannten Intelligenzberufe und die Gewerbetreibenden.

Statistisch nicht erfaßt sind die stellungslosen Mittel- und Hochschulabsolventen, die Angehörigen freier Berufe, die durch die Krise um ihren Besitz und ihr Unternehmen gekommenen Handels- und Gewerbetreibenden. Auch ihre Zahl geht in die Zehntausende, so daß die Zahl der insgesamt von der Erwerbslosigkeit unmittelbar betroffenen Sudetendeutschen allein die Zahl der amtlichen

Statistik erreicht!



Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei ist ein nationales und wirtschaftliches Problem zugleich. Ebenso wenig man in Prag jemals den Vorstellungen und Forderungen der sudetendeutschen Wirtschaft Rechnung trug oder nachkam, die auf eine Erhaltung oder Stärkung der sudetendeutschen Industrie, die ja im Interesse des Staates selbst gelegen war, abzielte, ebensowenig dachte man an Maßnahmen zur Steuerung der Arbeitslosigkeit in den sudetendeutschen Gebieten. Es hat an wohlgedachten Vorschlägen und Plänen nicht gefehlt, die von allen wirtschaftlichen und politischen Organisationen erstattet wurden. Es sei unter den vielen nur an den sogenannten "3-Milliarden-Antrag" der Abgg. Krebs, Kasper und Jung im Prager Parlament im Jahre 1932 erinnert, der einen großen Arbeitsbeschaffungsplan ausführte, durch den Hunderttausende Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert worden wären. Einige Jahre später wurde von den Abgeordneten und Senatoren der Sudetendeutschen Partei nach eingehender Beratung mit den sudetendeutschen Wirtschaftskreisen ein Wirtschaftsplan aufgestellt zwecks Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er wurde abermals abgelehnt. Und die staatlichen Maßnahmen erwiesen sich für die Lage im sudetendeutschen Gebiet als unzulänglich.

Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, was soll und könnte für diese Arbeitslosen geschehen?

Vom Fürsorgeministerium wird die Verkürzung der Arbeitszeit angekündigt, wodurch man 150.000 Erwerbslose in den Arbeitsprozeß einzugliedern hofft. Durch das Gesetz über die Arbeitsvermittlung soll die Vermittlung von Arbeitsplätzen gefördert und die am längsten Erwerbslosen sofort eingestellt werden. Hoffnung setzt man auch auf die vom Verteidigungsministerium durchzuführenden Bauten von Grenzbefestigungen.

Von diesen und ähnlichen geplanten Maßnahmen ist nicht zu erwarten, daß die Arbeitslosigkeit in den sudetendeutschen Gebieten vermindert wird. Die noch arbeitende sudetendeutsche Industrie ist ohnehin schon auf Kurzarbeit eingestellt, so daß die 40- oder noch geringere Stundenwoche bereits eingeführt ist. Es handelt sich bei all diesen Maßnahmen also lediglich um Vorkehrungen, die das Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den tschechischen Gebieten zu verhindern geeignet sind. Die an anderer Stelle mitgeteilte Spezifizierung des staatlichen Investitionsprogramms für 1935 zeigt, daß kaum 5 v. H. von der veranschlagten Summe im deutschen Gebiet investiert werden wird. Nicht anders war es früher und wird es weiterhin sein. Und der Bau von Grenzbefestigungen? Die Praxis in den letzten 16 Jahren hat gezeigt, daß zu Staatsbauten im Grenzgebiet stets tschechische Arbeiter herangeholt wurden und die Bau-, Lieferungs- und Zufuhraufträge fast ausnahmslos tschechischen Unternehmen und Gewerbetreibenden erteilt wurden. Grenzbefestigungen sind strategische Bauten, die man nur von "verlässlichen" Elementen, d. h. tschechischen Arbeitern, ausführen läßt!

In tschechischen Kreisen wird sehr ernsthaft die Urbarmachung und Kolonisierung der Ödländereien und unbebauten Böden erörtert. Man denkt da an die vom Bergbau verheerten Gebiete Nordwestböhmens in einem Ausmaße von 13.000 Hektar und an die Trockenlegung des sogenannten "Schwarzen Sumpfes" im Ausmaße von 20.000 Hektar. Insgesamt stehen über 30.000 Hektar Ödland zur Rekultivierung für 50.000 Arbeitslosenfamilien zur Verfügung.¹⁰⁰ Äußerungen tschechischer Politiker lassen über die Tendenz dieser Kolonisation keinen Zweifel: sie sollen in Nordwestböhmen und in der Slowakei dazu dienen, Tschechen hier und dort bodenständig zu machen.

Die sudetendeutschen Arbeitslosen gehen einer hoffnungslosen Zukunft entgegen. Wenn heute in tschechischen Regierungskreisen offen davon gesprochen wird, daß 200.000 Erwerbslose nicht mehr in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können,¹⁰¹ dann müssen wir uns darüber im klaren sein, daß es 200.000 Sudetendeutsche sein werden!

In deutschen Kreisen wird vielfach gefordert, daß die Städte ihren Siedlungsboden an die Arbeitslosen aufteilen mögen. Nach der amtlichen Städte-Statistik ließen sich in den großen Städten mit über 25.000 Einwohnern im ganzen 3.478 Siedlerstellen, davon 1.345 mit je 4 ha schaffen.

Gesamtgrundbesitz

Davon

	<u>Insgesamt</u>	<u>Wald</u>	<u>Acker u. Wiesen</u>	<u>Siedlerstellen</u>
	in Hektar			à 4 ha
Prag	5.133	597	3.533	888
Jungbunzlau	873	762	47	12
Böhm.-Budweis	2.918	1.612	512	128
Königgrätz	4.185	3.725	272	68
Eger	2.913	2.070	623	156
Komotau	3.203	2.823	285	71
Kolin	172	115	38	9
Reichenberg	330	114	150	37
Brüx	4.602	2.680	1.660	415
Pardubitz	500	273	137	34
Pilsen	4.990	3.280	1.180	295
Teplitz-Schönau	185	24	87	22
Aussig	639	279	258	64
Brünn	6.724	5.342	898	224
Iglau	3.324	3.041	165	41
Jägerndorf	1.765	1.480	98	24
Olmütz	4.550	2.598	1.644	411
Troppau	2.330	2.130	116	29
Mähr.-Ostrau	511	108	238	59
Proßnitz	241	---	220	55
Zlin	483	360	60	15
Znaim	2.904	2.428	301	75
Preßburg	3.470	2.992	306	76
Kaschau	19.863	18.979	531	153
Ungvar	121	---	33	8
Munkatsch	4.010	2.087	357	89
Insgesamt			13.769	3.478

"In diesen 27 größeren Städten ließen sich", so schreibt Karl Matzker im *Prager Börsenkurier* vom 17. 1. 1935, "also bei Aufteilung des gesamten im Gemeindebesitz befindlichen Acker- und Wiesenbodens nur 3.478 Siedlerstellen schaffen. Für die Praxis würde sich aber diese Ziffer verringern, denn es handelt sich wohl zum guten Teile um Zweckvermögen, und zudem dürfte auch das angenommene Ausmaß von vier Hektar nur unter den allergünstigsten Bedingungen ausreichen, um den Bedarf einer Familie an Lebensmitteln nur zur Not sicherzustellen. Dazu kommt noch, daß die Zahl der Arbeitslosen in diesen Städten rund 150.000 beträgt, so daß also nur etwa 2 Prozent mit einer Siedlungsstelle beteiligt werden könnten, in den deutschen Industriestädten nicht einmal ein Prozent, denn von ihnen verfügen nur Brüx, Eger, Komotau und Aussig über ein nennenswertes Ausmaß an siedlungsfähigem Boden. Nicht weniger schwierig ist die Frage der Finanzierung, denn für die 3.400 Siedlungen wären mindest (10.000 Kc pro Siedlung) 35 Millionen notwendig, ein Betrag, der ausreicht, um 60.000 Arbeitslose ein Jahr lang mit Lebensmittelkarten zu beteiligen."



Alle die von staatlicher Seite bisher getroffenen Maßnahmen zur Steuerung der Arbeitslosigkeit in den sudetendeutschen Gebieten müssen sich solange als unzulänglich und überhaupt wirkungslos erweisen, als der Wille zur Vernichtung der deutschen Volksgruppe im Sudetenraum besteht. Und daß er besteht und nach ihm gehandelt wird, darüber dürfen auch alle Versicherungen von maßgebender Seite, daß nun ernsthaft das wirtschaftliche Problem in den sudetendeutschen Gebieten aufgegriffen und die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden wird, nicht täuschen. Es vergeht kein Tag, an dem nicht deutsche Arbeitsmenschen wegen ihrer politischen Einstellung oder überhaupt nur wegen ihrer deutschen Abstammung von ihrem Arbeitsplatz vertrieben werden, deutschen Gewerbetreibenden und Unternehmen Aufträge vorenthalten oder entzogen werden, aus dem tschechischen Gebiet zur Durchführung der Festungsbauten und Ausführung staatlicher Aufträge tschechische Arbeiter herangezogen werden. Durch alle diese Maßnahmen aber wird die Arbeitslosigkeit nicht bekämpft, sondern nur vergrößert. Diese Erscheinungen stehen daher im ärgsten Gegensatz zu den Versicherungen der tschechischen Staatsmänner von der "Gleichberechtigung" der Deutschen im Staate, die von der sudetendeutschen Bevölkerung nur mehr als ein Lippenbekenntnis gewertet werden.



Anmerkungen:

96 *Reichenberger Zeitung* am 25. 1. 1935: "Durch das sogenannte Abbaugesetz wurden im Jahre 1925 30.000 Staatsbeamte, zumeist deutscher Nationalität, abgebaut. Aus Ersparungsrücksichten! In der Folge wurden jedoch 68.000 Staatsbeamte, meist tschechischer Nationalität, aufgenommen. Im Jahre 1926 kam ein neues Gesetz, mit welchem die Ruhegehälter nach dem neuen Gehaltsgesetze geregelt wurden. Der Unterschied in den Bezügen gegenüber dem Jahre 1925 war ein ganz beträchtlicher. Er betrug bei einem Beamten oder Offizier der 7. Rangklasse 7200 Kč jährlich. Bei der Herausgabe des neuen Gehaltsgesetzes wurde jenen abgebauten Staatsangestellten des Jahres 1925 versprochen, daß auch ihre Bezüge nach dem neuen Gesetze ehestens gleichgestellt werden würden. Aber erst das Jahr 1930 brachte nur eine teilweise Erfüllung des vor vier Jahren abgegebenen Versprechens. In den Durchführungsbestimmungen wurden von der Regierung vier Etappen geschaffen, die in den folgenden Jahren reguliert werden sollten. Die vierte, die letzte Etappe, welche die jüngsten Ruhegehälter umfaßte, d. i. die nach dem Jahre 1875 und später geborenen, sollten im Jahre 1933 an die Reihe kommen. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wurde diese Regulierung auf zwei Jahre, also bis 1935, verschoben. Wieder wurden die Ruhegehälter der vierten Etappe auf das grausamste enttäuscht. In der vierten Etappe sind 99 Prozent deutscher Nationalität. 1925 wurde kein Tscheche der vierten Etappe in den Ruhestand versetzt, es wäre denn, daß er sich freiwillig gemeldet hätte, oder daß es aus Gründen der Disziplin geschehen ist. Dann sind vielleicht einige wenige Witwen von Staatsangestellten, die vor 1925 gestorben und jünger als 50 Jahre alt waren. Tschechische, pensionsreife Beamte wurden nicht 1925, sondern erst im folgenden Jahre in den Ruhestand versetzt. Deutsche Offiziere mit 31. Dezember 1925, tschechische im Jänner 1926, tschechische Lehrer, die 1925 pensioniert wurden, wurden 1926 nochmals zur Dienstleistung einberufen." [...zurück...](#)

97 Die katastrophale Arbeitslosigkeit in den Bezirken Karlsbad, Graslitz, Neudek, Elbogen usw. ist teilweise auch auf den starken Rückgang des Besuches der deutschböhmisches Kurorte Karlsbad, Franzensbad und Marienbad zurückzuführen. So zeigen die Besucherlisten folgenden Rückgang:

	1928	1935	
Karlsbad	67.675 (1911: 70.935)	40.312	
Franzensbad	18.402	9.512	
Marienbad	39.632	25.125	...zurück...

98 Die Zeitung *Bohemia* vom 8./9. 36 schreibt: "Geht man, von Röchlitz angefangen bis Gablonz und noch weiter hinauf durch die ehemals blühenden Ortschaften, dann sieht man nur ganz

vereinzelt rauchende Fabrikschlote, und ebensowenig Kamine auf den Häuschen der Arbeiter und Unternehmer... Straßen, - andere öffentliche Bauten?! - O ja, den Jeschken hinauf und herunter, die Staatsstraße lang - Aber - wer hinhorcht, im deutschen Notstandsgebiet mit seinen Tausenden von Arbeit- und Brotlosen - hört kein Wort Deutsch, weder aus Arbeitgeber-, noch Arbeitnehmer-Mund!" - Am 12./9. berichtet das gleiche Blatt: "An der Asphaltierung der Straße Kuschwarda - Winterberg arbeiten 110 Personen, darunter 20 Tschechen, die in dieser rein deutschen Gegend von weit her bezogen werden mußten... Während der fremde tschechische Arbeiter rund 280 Kc in der Woche verdient, bekommt der einheimische Deutsche höchstens 100 Kc...." - Der *Heimatruf* vom 9./9. 36 meldet: "Zur Zeit wird im rein deutschen Gebiet im nördlichen Böhmerwald von Muttersdorf bis nach dem Grenzorte Schwarzbach über Waier eine Telephonverbindung gebaut. Bei diesem Bau sind... ein Dutzend Arbeiter beschäftigt, jedoch... lauter tschechische, die aus.. anderen Gebieten herangebracht wurden ..." - Im *Teplitz-Schönauer Anzeiger* konnte man am 12./9. 36 lesen: "Unsere Stadt (Teplitz-Schönau) hat mehr als 2000 Arbeitslose aufzuweisen und es zeigt sich hier kein Schimmer einer Besserung der Verhältnisse. Bei uns liegt das Baugewerbe am ärgsten darnieder, wir haben 50 Baumeister und nicht für einen von ihnen eine Arbeit. Die Arbeiten am Teplitzer Bahnhofsgebäude aber wurden einer ortsfremden Firma vergeben, und diese beschäftigt dort nur ortsfremde tschechische Arbeiter." [...zurück...](#)

99 Nach den Richtlinien der Zentralsozialversicherungsanstalt über die Versicherung der Heimarbeiter für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Alters ist eine Versicherungspflicht nur dann gegeben, wenn der Heimarbeiter einen Nettoverdienst von mindestens 120 Kč monatlich erreicht. Infolge der herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse erreicht nur ein kleiner Bruchteil der Heimarbeiter des Erzgebirges diese bescheidene Einkommensgrenze. So werden in der Musikinstrumentenindustrie Löhne von Kč 63.- bis Kč 91.- erreicht. In der Spielwarenindustrie beträgt der Höchstlohn Kč 100.- monatlich. In der Stickerie schwanken die Verdienste der Heimarbeiter zwischen Kč 80.- und Kč 90.- pro Monat. Nur in der Handschuhherzeugung wird die vorgesehene Grenze von Kč 120.- erreicht und zum Teil auch überschritten. Rund 90 v. H. aller Heimarbeiter kommen nicht mehr auf den vorgeschriebenen Mindest-Nettolohn. [...zurück...](#)

100 Zu dieser Frage veröffentlicht die *Deutsche Presse* am 31. 1. 1935 einen interessanten Aufsatz, in dem es u. a. heißt:

"Der Bergbau hat besonders in Böhmen, aber auch in Mähren-Schlesien weite Flächen, die einst bester landwirtschaftlicher Kulturboden waren, zu Wüsteneien gemacht. Bei den großen Gewinnen, welche die Bergbaubesitzer und Gesellschaften aus dem Boden gezogen haben, ist es nur berechtigt, wenn sie auch zur Wiedernutzbarmachung dieser Bodenflächen beitragen, am besten selber energisch und initiativ das Werk im großen Rahmen beginnen und so der Agitation der Grubenverstaatlichung das einzig berechtigte Argument entziehen. Ein fertiger Plan ist schon über 10 Jahre alt und heute mehr als reif zur Durchführung. Nach den Erhebungen im Brüxer und Duxer Kohlenrevier im Jahre 1924 ist von der Deutschen Sektion des Landeskulturrates im Jahre 1925 ein umfassender Rekultivierungsvorschlag gemacht worden, dessen Grundzüge auch in den meisten tschechischen Plänen erscheinen. Die finanziellen Mittel wären durch die Kohlengruben, die Eigentümer der Gruben und der Grubenrechte, die Urheber der Bodenvernichtung, in Form einer Grubensteuer wenigstens zu 50 Prozent ohne Anlastung für den Kohlenkonsum zu tragen, der Rest könnte durch die produktive Arbeitslosenfürsorge und durch die anfallenden Kaufpreise und Pachtzinse für die rekultivierten Flächen bezahlt und gedeckt werden.

Die Rekultivierungskosten sind nicht klein. Nach gemachten Erfahrungen kam in der Gemeinde Tschöppern bei Brüx die Rekultivierung von 8.14 Hektar Boden im Jahre 1931 auf 160.000 Kč, also 1 Hektar auf 19.656 Kč, in einem anderen Falle wurden 18.5 Hektar mit einem Aufwande von 133.000 Kč, also um 7.190 Kč per 1 Hektar, wieder kulturfähig

gemacht. Rechnen wir mit einem Durchschnittsbetrag von 10.000 Kč für 1 Hektar, so würden 14.000 Hektar Ödland, welches wieder kulturfähig gemacht werden kann, 140 Millionen erfordern. Der Boden liegt hauptsächlich in den Bezirken Brüx, Dux, Oberleutensdorf, Teplitz, Bilin, Aussig, Komotau, Karlsbad, Falkenau, Elbogen, Kladno, Pilsen, aber auch zum Teil in Mähren-Schlesien, durchwegs aber in Gebieten, wo wenigstens früher die konzentriertesten Arbeitsmöglichkeiten waren und wo die Bevölkerung am dichtesten beieinander wohnt. Beträgt doch die Bevölkerungsdichte im Bezirke Falkenau 211, Brüx 364, Oberleutensdorf 360, Dux 360, Teplitz 565, Aussig 511 auf einen Quadratkilometer gegen 105 im ganzen Staatsgebiete.

Der rekultivierte Boden wird bei Wiederkehr des normalen Wirtschaftslebens im Werte bedeutend steigen, als Bau- und Kleinsiedlungsboden gut Verwendung finden, und die aufgewendeten Kosten werden sich sicher gut lohnen. Wenn die Gruben ihre technischen Erfahrungen in den Dienst der Sache stellen, die Durchführung nicht nach partei- und nationalpolitischen, sondern rein wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkten erfolgt, kann ein nachahmenswertes Wert zum allgemeinen Wohl geschaffen werden.

Dasselbe gilt auch von der Trockenlegung und Urbarmachung des sogenannten »Schwarzen Sumpfes« in Karpathenrußland, einem Projekt, das gleichfalls schon bei Entstehung des Staates in Angriff genommen wurde, bzw. fortgesetzt werden sollte, da schon Anlagen der ungarischen Regierung entstanden. In Karpathenrußland beträgt die Bevölkerungsdichte trotz größten Bevölkerungszuwachses erst 57 auf einen Quadratkilometer, in einzelnen Distrikten nur 23. Der »Schwarze Sumpf« liegt im Gebiet der Latorica bei Munkacs, mißt als zusammenhängendes Sumpfgebiet ungefähr 5500 Hektar und ist ein Bestandteil des ehemaligen Schönborn-Buchheimschen Großgrundbesitzes im Gesamtausmaße von 135.000 Hektar, wovon 115.000 Hektar im Wege der Bodenreform im Jahre 1926 an den Kapitalkonzern »Latorica« fielen. Aus dem Sumpf und dem umliegenden Wald sind wenigstens 20.000 Hektar besten Kulturbodens zu gewinnen, so daß hier ganze Dörfer und kleine Städtchen entstehen können. Der Staat hat die Kultivierung der landwirtschaftlichen Flächen gescheut, weil hiezu Investitionen von 200 Millionen notwendig gewesen wären, worauf die »Latorica«, an der aber der Staat auch beteiligt ist, die Aufgabe im Jahre 1926 übernahm, ohne in den 9 Jahren wesentlich weitergekommen zu sein. Wir haben inzwischen schon mehr als 4 Milliarden für unproduktive Arbeitslosenfürsorge ausgegeben, also 20 mal mehr, als diese Investitionen erfordert hätten, und wir haben es so versäumt, ein Werk zu schaffen, das sich neben der Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe sehen lassen könnte." [...zurück...](#)

101 Venkov, das Blatt des tschechischen Ministerpräsidenten, zitiert in der *Sudetendeutschen Tageszeitung*. [...zurück...](#)



b) Arbeitslosenfürsorge

Die verantwortlichen Staatsmänner der tschechoslowakischen Republik preisen die Prager Demokratie als das **Prinzip der Humanität**. Die Staatsphilosophie Masaryks und Beneschs ist auf diesem Humanitätsprinzip aufgebaut, und in diesem Geist der Nächstenliebe werden angeblich alle Maßnahmen des Staates getroffen. Die staatliche "Fürsorge" für die zum größten Teil unverschuldet um Arbeit und Brot gekommenen Arbeitnehmer kündigt von einem anderen Geist! Mag sein, daß die Arbeitslosenfürsorge in erster Linie deutschen Arbeitsmenschen zuteil werden muß und daß man für sie das Gebot der Menschlichkeit ausschließt. Jedenfalls können die auf die staatliche Fürsorge angewiesenen Erwerbslosen diesen Geist der Menschlichkeit nicht spüren. Aber auch der Geist der von den Marxisten gepredigten Brüderlichkeit berührt sie nicht. Wenn es noch eines Beweises

bedürfte, wie wenig die Marxisten soziale Probleme und Arbeiterfragen zu lösen vermögen, die Arbeitslosenfürsorge in der Tschechoslowakei würde ihn liefern. Von 1918 bis 1926 und von 1929 bis zum heutigen Tage sitzen vier marxistische Minister in der Prager Regierung, und einer von ihnen verwaltete stets das Ministerium für soziale Fürsorge, in dessen Kompetenz auch die Betreuung der Erwerbslosen fällt. Sie erweist sich als völlig unzulänglich und unsozial. Die staatlichen Hilfsmaßnahmen sind so unzureichend, daß die deutschen Erwerbslosen schon alle Hungers gestorben wären, wenn ihnen nicht durch einen deutschen Sozialismus der Tat geholfen

würde. Wenn man sich vor Augen hält, daß der Staat einem verheirateten Erwerbslosen ohne Anrechnung der Kinder RM 2. — pro Woche in Form von Lebensmittelanweisungen auszahlt und mehr als 500.000 Sudetendeutsche Opfer des tschechischen Wirtschaftskrieges geworden sind, dann wird die Ungeheuerlichkeit der sicher nicht im Geiste der Humanität getroffenen Maßnahmen so klar erkenntlich, die das sudetendeutsche Winterhilfswerk, das auf dem völkischen Selbsthilfeprinzip aufgebaut dort helfen will, wo der Staat untätig zusieht, in seiner Tätigkeit einschränkt und für einzelne Staatsgebiete verbietet! Hier wird der brutale Vernichtungswille kund, der kein Erbarmen und kein Mitleid für Deutsche kennt.

Die Arbeitslosenfürsorge in der Tschechoslowakei wird auf Grund des Gesetzes vom 19. Juli 1921 Slg. 267 und der Kundmachungen des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 23. Dezember 1924 nach dem "Genter System" durchgeführt. In die "Fürsorge" für den Erwerbslosen teilen sich Staat und eine staatlich anerkannte Arbeitnehnergewerkschaft! Der Arbeitslose gewinnt einen Anspruch auf die Unterstützung, somit auch auf den Staatsbeitrag zu dieser, nur dann, wenn er Mitglied einer Arbeitnehnergewerkschaft ist, die nach ihren Satzungen und Vorschriften den Mitgliedern Unterstützungen während der Dauer der Arbeitslosigkeit auszahlt.

Der Staatsbeitrag betrug zuerst ebensoviel wie die Unterstützung, welche die Gewerkschaften den Arbeitslosen aus eigenen Mitteln auszahlten. Seit dem Gesetz vom 5. Juni 1930 Slg. 74 ist das Verhältnis zu Gunsten der Gewerkschaften auf 1 : 4 abgeändert worden. Verheiratete Mitglieder, die wenigstens die einjährige Mitgliedschaft nachweisen können und solche Ledige, die fünf Jahre Mitglieder sind, erhalten die vierfache Gewerkschaftsunterstützung als Staatsbeitrag. Die Gewerkschaftsunterstützung darf nicht weniger als 0,75 Kronen, d. s. 7,5 Pfennige, täglich betragen. Die oberste Grenze des Staatsbeitrages ist 18 Kronen, d. s. 1,8 Mark täglich. Beide Beträge dürfen zusammen nicht mehr als zwei Drittel des letzten Lohnes ausmachen. Die Unterstützung wurde nach den früheren Gesetzen für 26 Wochen im Jahre gewährt und ist jetzt auf 39 Wochen verlängert, wobei die Unterstützung der letzten 13 Wochen niedriger ist.

Für die ausgesteuerten Arbeiter und die nicht gewerkschaftlich Organisierten zahlte der Staat pro



Arbeitslose erhalten Lebensmittel durch die Sudetendeutsche Volkshilfe.

Die staatliche Arbeitslosenunterstützung ist so gering, daß sie dem Hunger nicht steuern kann. Bei Verheirateten beträgt sie wöchentlich 20 Kronen (2 RM). Da setzt, soweit die Mittel reichen, die Eigenhilfe der Volksgenossen ein. Die Sudetendeutsche Volkshilfe brachte im Winter 1936 über 1,5 Millionen Mark auf.

Woche einem Verheirateten ohne Rücksicht auf die Kinderzahl 20 Kc, später 16 Kc und für den Ledigen 10, bzw. 8 Kc in der Form von Lebensmittelanweisungen (die sogenannten "Czechkarten", genannt nach dem sozialdemokratischen Minister Czech, der sie einführte) in der genannten Geld-Höhe, wofür die Arbeitslosen in den Gemeinden über Aufforderungen Hilfsarbeiten leisten mußten!¹⁰² Wer nicht gewerkschaftlich organisiert ist, erhält daher seit 1. April 1925 keine staatliche Arbeitslosenunterstützung. Dadurch schied mit Einführung des "Genter Systems" der Großteil der Arbeitslosen des Staates aus dem Bezuge einer ordentlichen Arbeitslosenunterstützung aus. Heute erhält nicht einmal ein Drittel aller Erwerbslosen eine Unterstützung nach dem "Genter System". Die anderen zwei Drittel bleiben unberücksichtigt, bzw. erhalten bestenfalls Zuwendungen von 10,— bzw. 20,— Kc pro Woche aus der sogenannten Ernährungsaktion.

Der staatliche Aufwand für die Arbeitslosenhilfe war folgender:

Vom 15. Dezember 1918 bis Ende 1919 zahlte sie 260,532.480 Kc, im Jahre 1920 - 91,856.514 Kc an Arbeitslosenunterstützungen aus. Nach amtlichen Mitteilungen betragen die reinen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen im Jahre 1921 (bei einem Jahresdurchschnitt von 71.511 Arbeitslosen) 69,085.438 Kc; 1922 (bei 127.177) 194,851.258 Kc; 1923 (bei 207.288) 348,129.295 Kc und 1924 (bei 96.819) 91,947.160 Kc. Demgegenüber betrug der Staatszuschuß zur Arbeitslosenunterstützung nach dem "Genter System" für neun Monate des Jahres 1925 (bei 43.703 Erwerbslosen) nur 3,265.718 Kc, 1926 (bei 67.850) 20,032.423 Kc; 1927 (bei 52.869) 17,815.457 Kc; 1928 (bei 38.635) 13,972.784 Kc; 1929 (bei 41.630) 18,788.696 Kc; 1930 (bei 105.441) 44,855.657 Kc; 1931 (bei 291.332) 171,415.559 Kc; 1932 (bei 554.059) 359,331.762 Kc; 1933 (bei 738.267) rund 515 und 1934 (bei 676.993 Arbeitslosen) nur rund 310 Millionen Kc. Die Staatskassa zog somit aus der Einführung des "Genter Systems" wesentliche Vorteile.

Der gewaltige Unterschied in den staatlichen Aufwendungen vor und nach Einführung des "Genter Systems" tritt am sichtbarsten in Erscheinung, wenn man die ausbezahlten Beträge auf die Durchschnittszahl der Arbeitslosen in den einzelnen Jahren aufteilt. Hiebei entfallen auf die einzelnen Jahre folgende Kopfquoten, u. zw. - im Jahre 1921 - 966 Kc; 1922 - 1.532 Kc; 1923 - 1.679 Kc; 1924 - 950 Kc. Sie machte dagegen im Jahre 1926 - also nach Einführung des "Genter Systems" - nur 295 Kc; 1927 - 337 Kc; 1928 - 362 Kc; 1929 - 451 Kc; 1930 - 425 Kc; 1931 - 588 Kc; 1932 - 648 Kc; 1933 - 697 Kc und 1934 - wiederum nur 458 Kc aus.

Nach einer Feststellung des sudetendeutschen Arbeiterführers Rudolf Kasper wurden im Jahre 1932

im Januar	von 583.000 Arbeitslosen	186.000 gewerkschaftlich
im Februar	" 631.000	" 197.000 "

unterstützt, d. h., daß der Staat seinen Beitrag zur Arbeitslosenunterstützung im Verhältnis 1 : 4 leistete.

Wenn man nun annehmen würde, daß durchschnittlich ein Viertel der Arbeitslosen gewerkschaftlich unterstützt werden, und zwar mit dem staatlichen Höchstzuschuß von 18 Kc, dann ergäbe sich für das Jahr 1932 das nachstehende Bild, das sich in den nachfolgenden Jahren nur relativ verändert haben dürfte:

130 000 Erwerbslose à 100 Kč wöchentlich	. . .	376 Millionen
Rest	. . .	16 "

Es zeigt sich also, daß dieser Unterstützungsschlüssel unmöglich anwendbar ist. Wenn man den staatlichen Zuschuß für die gewerkschaftlich Unterstützten auf 50 Kc wöchentlich herabsetzt, ergibt sich für den Staat eine Ausgabe von 338 Millionen im Jahre, so daß ihm für die restlichen drei

Viertel Erwerbslose 354 Millionen verblieben wären, was bedeutet hätte, daß die durchschnittliche wöchentliche Unterstützung 17 Kc betragen hätte, die ungefähr dem Mittel gleichkommen würden der wöchentlichen Beihilfe von 10 bzw. 20 Kc für die ausgesteuerten und nichtorganisierten Arbeiter, vorausgesetzt, daß die Zahl der Ledigen und Verheirateten gleich groß ist. Daraus ergibt sich, daß für drei Viertel der erfaßten Arbeitslosen die Unterstützungsbasis 15 Kc wöchentlich ist, d. s. 1,75 RM.

In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse aber viel schlechter!

Einer in tschechischen Tageszeitungen veröffentlichten Statistik nach ist die Höhe der Arbeitslosenunterstützung vom Jahre 1919 bis zum Jahre 1935 von 5,56 Kc auf 2,45 Kc je Kopf und Tag gesunken.

Jahr	Arbeitslose	Unterstützungsgelder Kč	Durchschnitt täglich je Kopf Kč
1919	169.000	344,000.000	5,56
1923	202.000	392,000.000	5,30
1932	553.800	591,000.000	3,42
1933	758.000	820,000.000	3,04
1934	677.000	643,000.000	2,60
1935	696.000	625,000.000	2,45

Auch diese Berechnung bezieht sich auf Unterstützung von Gewerkschaftsmitgliedern.

In diesem Zusammenhang ist die folgende Darstellung des Gewerkschaftswesens in der Tschechoslowakei von Interesse:

In der Tschechoslowakei wird das Existenzminimum mit 5.000 Kc angegeben. Der Lohnausfall betrug in der Zeit von 1929 bis 1933, wenn man die angeführten unvollständigen Arbeitslosenziffern als Grundlage der Berechnung nimmt, 5,5 Milliarden. Die staatliche Hilfe 1,2 Milliarden, so daß der Verlust an Volksvermögen 4,3 Milliarden beträgt.

Auch diese Berechnung erreicht die tatsächliche Höhe nicht!

Nach dem Stand der Arbeitslosigkeit im Februar 1935 waren von 844.000 gemeldeten Erwerbslosen nur 294.000, also nur 35 v. H., denen eine Unterstützung nach dem "Genter System" zugute kam. Volle 65 v. H. erhalten überhaupt keine Unterstützung oder müssen sich mit den Lebensmittelkarten, den sogenannten Czechkarten, abfinden, und dabei hat der Staat bisher nach Angaben des Senators Johannes im sozialpolitischen Ausschuß des Senates 4.126,245.000 Kronen an staatlicher Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt.

Von der staatlichen "Fürsorge" für die Erwerbslosen in den sudetendeutschen Gebieten gibt ein Bericht des Vizepräsidenten des Prager Abgeordnetenhauses, Abg. Siegfried Taub, im sozialpolitischen Ausschuß einen bezeichnenden Überblick.

In Brandau waren am 14. November 396 Arbeitslose. 90 von diesen beziehen die Unterstützung nach dem Genter System, 119 erhielten Ernährungskarten, 187 haben keinerlei Unterstützung erhalten. Dazu kommen noch 14 Personen, die aus der Ernährungsaktion ausgeschieden wurden, so daß 200 Personen in Wirklichkeit ohne jede Unterstützung sind. Die Schule in Brandau hat 418 Kinder, 46% davon sind Arbeitslosenkinder!

In Katharinaberg zählen wir 280 Arbeitslose. Davon erhalten 90 Personen die Unterstützung nach dem Genter System, 26 Personen beziehen Ernährungskarten, die übrigen 164 erhalten überhaupt

keine Unterstützung. Es wurden Leute von der Ernährungsaktion ausgeschlossen, die im bittersten Elend leben. Wer ein kleines Häuschen hat, bekommt keine Ernährungskarte. Dasselbe trifft zu, wenn jemand in der Familie eine kleine Rente hat oder sonst jemand noch ein paar Kronen verdient.

In Gebirgsneudorf wurden 172 Arbeitslose gezählt. 77 Personen beziehen Unterstützung nach dem Genter System, 17 erhalten Ernährungskarten, die übrigen 78 haben überhaupt keine Unterstützung.¹⁰³

Diese Beispiele sind typisch für die Verhältnisse im Erzgebirge und geben folgende Übersicht:

Ort	Arbeitslose	Gewerk.- Unterstützung	Lebensmittel- karten	ohne Unterstützung
Brandau	396	90	119	187
Katharinaberg	280	90	26	164
Gebirgsneudorf	172	77	17	78
	848	257	162	429

Demnach sind von den 848 Erwerbslosen 30,3 v. H. gewerkschaftlich unterstützt, 19,1 v. H. erhalten Ernährungskarten und 50,6 v. H. stehen ohne jede Unterstützung da.

In den Egerländer Industriegebieten ist das Verhältnis folgendes:

	Unterstützung nach Genter System	Lebensmittelkarte	ohne Unterstützung
In Falkenau mit	5,0 %	39,0 %	56,0 %
In Fischern mit	4,3 %	16,7 %	79,0 %
In Karlsbad mit	8,5 %	62,0 %	29,5 %
In Altrohlau mit	9,2 %	76,0 %	14,8 %

Eine solche Elendsstatistik gibt es nicht für einen einzigen tschechischen Ort!

Mit welchen Schikanen die tschechischen Bezirksbehörden bei der Verteilung von Lebensmittelkarten vorgehen, zeigen die Beispiele aus Graslitz, die Vize-Präsident Taub anführt:

Die Bezirksbehörde Graslitz a. B. teilt Lebensmittelkarten zu, wenn in einer Familie das Gesamteinkommen nicht 15 Kc pro Erwachsene und 10 Kc für ein Kind erreicht. Der Versuch der Bezirkssozialkommission, diese Grenze mit 25 und 15 Kc festzulegen, ist am Widerstande der Bezirksbehörde gescheitert. Praktisch sieht es nach den Mitteilungen aus Graslitz folgendermaßen aus:

Eine Familie: beide Elternteile und ein Kind unter 14 Jahren; Vater arbeitslos, ausgesteuert; Mutter verdient als Wäscherin 40 Kc. Vater erhält keine Karte. Er könnte sie nur dann erhalten, wenn die Frau nur 39 Kc verdienen würde!

Ein zweiter Fall: Familie, bestehend aus Vater, Mutter und einer erwachsenen Tochter: Vater ausgesteuert, Mutter arbeitslos. Tochter verdient 45 Kc. Vater erhält keine Karten. Er bekommt sie nur, wenn die Tochter nur 44 Kc verdienen würde.

Ein dritter Fall: Familie, bestehend aus beiden Elternteilen und vier der Schule entwachsenen Kindern. Alle vier Kinder sind arbeitslos, nicht organisiert, bzw. ausgesteuert. Vater arbeitet 32 Stunden in der Woche und verdient 95 Kc. Keines der Kinder erhält eine Karte, weil das Einkommen des Vaters höher ist als 89 Kc. Es werden nun in Graslitz 529 Personen aus der

Ernährungsaktion ausgeschieden!

Was der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses von Graslitz berichtete, war am 24. Februar 1936 laut Bericht des Prager Regierungsblattes *Sozialdemokrat* vom 26. Februar Gegenstand einer sozialdemokratischen Vertrauensmännerversammlung in Komotau. In diesem Bericht heißt es unter anderem:

"Montag, den 24. Feber, fand im »Volkshaus« in Komotau eine Konferenz der sozialdemokratischen Partei- und der Gewerkschaftsfunktionäre statt, die sehr gut beschickt war und Delegierte aus dem ganzen Bezirksgebiet umfaßte. Zur Behandlung standen ausschließlich Fragen der Arbeitslosenfürsorge. Die Stellungnahme unserer Funktionäre zu diesem Problem war notwendig geworden, weil die Bezirksbehörde über höherem Auftrag die Richtlinien über die Durchführung der Ernährungsaktion ganz rigoros handhabt und Streichungen weit über das erträgliche Ausmaß vorgenommen hat. So wurden beispielsweise in Neudorf i. Erzgebirge, einer ganz armen, nur von Spitzenklöpplern und einigen wenigen Industriearbeitern besiedelten Gemeinde, 56 Arbeitslose auf einen Schlag von der Ernährungsaktion ausgeschieden.

Diese brutale Maßnahme hat unter den Arbeitslosen des Erzgebirges begreiflicherweise Bestürzung und Empörung hervorgerufen. Aber auch die Arbeitslosen des Industriegebietes sind durch diese Aktionen in große Unruhe versetzt worden, die sich nach dem Referate des Genossen Perner ganz spontan geäußert hat. Zu der durch die Massensterichungen verursachten Unzufriedenheit kommt noch, daß ein Revisor der Landesbehörde eine Kontrolle der Ernährungsaktion durchführte und Entscheidungen traf, die von keinerlei sozialer Einsicht, sondern ausschließlich von dem Bestreben geleitet waren, für den Staat Ersparungen auf Kosten der hungrigen Arbeitslosen vorzunehmen. Wenn es nach dem Verlangen dieses Beamten ginge, müßten in der nächsten Zeit noch weitere Streichungen von Arbeitslosen aus den Bezieherlisten erfolgen, denn er vertrat den Standpunkt, daß einige hundert Menschen ausgeschieden werden müssen, weil deren Lebensunterhalt »nicht bedroht« sei. Es wurden Fälle angeführt, aus denen klar ersichtlich war, daß man bei diesem rücksichtslosen Vorgehen auf die soziale Lage der betreffenden Familie überhaupt keine Rücksicht genommen hat, sondern ganz willkürlich die Bestimmungen gegen die Bezieher auslegte.

In der dem Referat folgenden Debatte gaben die Funktionäre ihrer tiefen Erbitterung über die unverständlichen und unsozialen Maßnahmen der Behörden, die manchmal geradezu provokatorisch sind, in bewegten Worten Ausdruck. Sie können es ganz einfach nicht verstehen, daß die zentralen Behörden nicht sehen wollen, wie verzweifelt und katastrophal die Lage der Arbeitslosen vor allem in den deutschen Randgebieten dieses Staates ist. Die Arbeitslosen sind keine minderwertigen Menschen und auch keine Bettler! Sie haben ein Recht, zu fordern, daß für ihren Lebensunterhalt gesorgt wird, denn an ihrer Arbeitslosigkeit sind sie nicht selbst schuld. Wenn der Ausbau der Arbeitslosenfürsorge und die Beschaffung von Arbeit verlangt wird, erwartet man nicht von den reaktionären Parteien eine Gnade oder ein Geschenk für die Opfer des verfehlten Wirtschaftssystems, sondern eine selbstverständliche Pflichterfüllung."

"Von keinerlei sozialer Einsicht geleitet", so nennt das sozialdemokratische Blatt das Vorgehen des tschechischen Beamten, der lediglich von dem Bestreben beseelt ist, **"für den Staat Ersparungen auf Kosten der hungernden Arbeitslosen..."**

Man kann es verstehen, daß das Blatt nicht deutlich werden kann. Aber gerade diese Feststellung bestätigt ja nur die furchtbare Anklage, die dieses Buch erhebt:

Mit einer brutalen Rücksichtslosigkeit geht der tschechische Beamte im deutschen Gebiet vor, um auf Kosten der hungernden deutschen Arbeitslosen für "seinen" tschechischen Staat Ersparungen zu machen. Es gehört auf ein anderes Blatt geschrieben, daß es die sudetendeutschen Sozialdemokraten sind, die seit Jahr und Tag diese Hungerpolitik der tschechischen Regierung fördern und decken und es ihr Parteivorsitzender, Dr. Julius Czech, ist, der fast 6 Jahre an der Spitze des Ministeriums für soziale Fürsorge gestanden hat. Doch das nur nebenbei.

Einige andere Beispiele:

Die Bezirks-Fürsorgekommission in **Hultschin** hat beschlossen, daß denjenigen Arbeitslosen, die Anspruch auf Scheine der staatlichen Ernährungsaktion haben und ihre Kinder in deutsche Winkelschulen, bzw. in deutsche Schulen in Troppau schicken, diese Beiträge entzogen werden.¹⁰⁴

Eine Henleinanhängerin, Mutter von vier Kindern, wurde von der Gemeindefürsorgekommission vom Bezugs der staatlichen Ernährungsaktion ausgeschlossen, obwohl sie hierzu berechtigt gewesen wäre. In ihrer Verzweiflung wandte sie sich an den zuständigen Referenten der Bezirksbehörde und bat ihn um seine Fürsprache bei der Bezirksfürsorgekommission. Als Antwort aber erhielt sie folgendes: Wenn sie nicht schaut, daß sie sofort hinauskommt, dann läßt er sie durch die Gendarmerie abführen. So geschehen am 15. September 1936 in Prachatitz im Zeichen demokratischer Gleichberechtigung!¹⁰⁵

Die Bezirksbehörde in Plan (Böhmerwald) hat in den letzten Monaten nicht weniger als 900 Verwaltungs-Strafverfahren wegen angeblich ungerechtfertigter Bewerbung um die Aufnahme in die staatliche Ernährungsaktion eingeleitet. (Zeit.)

Die Bezirksbehörde in St. Joachimsthal erklärte kürzlich: "Da ein Teil der Arbeitslosen bereits Beschäftigung gefunden hat und dem restlichen Teil Gelegenheit geboten ist, **sich durch Sammeln von Beeren und Schwämmen einen kleinen Verdienst zu schaffen**, wird gegenwärtig überhaupt kein Arbeitslosensbrot ausgegeben."

"Die Frau eines Leiermannes, Mutter von 3 Kindern, wohnhaft im Armenhaus einer kleinen Gemeinde Nordmährens, bewarb sich um eine Lebensmittelkarte der staatlichen Ernährungsaktion. Sie wurde abgewiesen, da sie wegen der **Bettellizenz** ihres Mannes nicht als unbedingt bedürftig anzusprechen sei..... (Zeit.)

Und so etwas ist möglich im Staate der Humanität!

An der Spitze der Gemeinden des Nordwestböhmisches Braunkohlengebietes, in denen sich die Krise katastrophal ausgewirkt hat, steht die **Stadt Dux** mit 13.094 Einwohnern. 72,5% der Einwohner sind Industriearbeiter:

Der Stand der Arbeitslosen, Kurzarbeiter und deren Familienangehörigen am 1. Januar 1935 wird in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesen:

Stand am:	Arbeitslose	Kinder	andere Angehör.	Summa	Kurzarbeiter	Kinder	andere Angehör.	Summa
1. 1. 1935	1.186	764	841	2,791	538	544	419	1.501
1. 1. 1934	994	661	675	2,330	519	545	403	1.467

4.292 Einwohner sind von der Arbeitslosigkeit betroffen, d. s. 40,5 v. H.

Von der Gesamtzahl der 1.181 Arbeitslosen sind 794 Personen im Bezugs der staatlichen

Lebensmittelkarten, 224 Personen beziehen Unterstützung nach dem Genter System und 168 Arbeitslose sind von der Unterstützungsaktion ausgeschieden.

Die staatlichen Aktionen zur Linderung der Not der Arbeitslosen werden sowohl vom Bezirk als auch von der Gemeinde tatkräftig unterstützt und erforderten im Jahre 1934 folgenden Aufwand:

Staatliche Ernährungsaktion	557.720,—
" Milchaktion für Kinder	48.591,90
" Weihnachtsaktion für Kinder	15.200,—
" Brotaktion	137.466,—
" Zuckeraktion	5.340,—
" Beitrag zur Kartoffelaktion	31.526,—
" außerordentlicher Beitrag	26.300,—
" Beitrag für produktive Fürsorge	—,—
Geldwert der gespendeten Kohle	850,—
Beitrag d. Bez. zu den Aktionen	33.334,—
Bezirksausschuß für Heilfürsorge der Arbeitslosen	3.264,—
Weihnachtsspenden für arbeitslose Bergleute	6.748,55
Gemeinde zur Suppenaktion	—,—
" " Kartoffelaktion	12.074,—
" " Brotaktion	11.079,70
" " Mehlaktion	4.906,—
" " Heilfürsorge der Arbeitslosen	4.000,—
" " produktiven Fürsorge	—,—
Privatspenden, welche zur Deckung der oben angeführten Aktionen mit verwendet wurden	<u>2.419,80</u>
Insgesamt	900.819,95

Der Beitrag zur Linderung der Not der arbeitslosen Bevölkerung aus den staatlichen und kommunalen Mitteln betrug demnach pro Woche 4 Kronen, d. s. 40 Pfennige!

Im nordböhmischen Industriebezirk Rumburg entwickelte sich die Arbeitslosenbewegung wie folgt:

	gänzlich Arbeitslose	vorübergehend Arbeitslose	gewerkschaftlich Organisierte
Januar	4.940 (5.622)	2.524 (2.945)	4.407 (5.853)
Februar	5.306 (5.650)	2.465 (2.085)	4.513 (4.684)
März	5.141 (5.958)	2.018 (2.689)	3.564 (5.375)
April	4.758 (5.701)	1.993 (2.940)	3.358 (5.382)
Mai	4.729 (5.426)	1.781 (2.856)	3.359 (5.078)
Juni	4.552 (5.162)	1.803 (1.775)	3.355 (3.767)
Juli	4.583 (5.062)	2.224 (2.546)	3.669 (4.632)
August	4.435 (5.085)	1.913 (3.172)	3.221 (5.217)
September	4.232 (4.916)	2.127 (2.455)	3.283 (4.599)
Oktober	4.207 (5.036)	1.959 (2.613)	3.173 (4.880)
November	4.415 (4.804)	2.076 (2.401)	3.232 (4.538)
Dezember	4.561 (5.024)	1.998 (2.442)	3.160 (4.597)

Die Zahlen in Klammern beziehen sich auf den Stand derselben Zeit des Vorjahres.

Die staatliche Ernährungsaktion zeigte folgende Bewegung:

Januar	2994	davon ledig	1663	und Haushaltungsvorstand	1300
Februar	3152	" "	1816	" "	1336
März	3208	" "	1872	" "	1336
April	3107	" "	1780	" "	1327
Mai	3057	" "	1718	" "	1339
Juni	2893	" "	1764	" "	1129
Juli	2951	" "	1848	" "	1103
August	2968	" "	1858	" "	1110
September	3051	" "	1792	" "	1259
Oktober	2947	" "	1697	" "	1250
November	3158	" "	1939	" "	1219
Dezember	3253	" "	1938	" "	1315

Von allen vorbenannten Zahlen entfallen ungefähr durchschnittlich auf Rumburg 28 v. H., auf Oberhennersdorf 13 v. H., auf Niederehrenberg 10 v. H., auf Schönborn 8 v. H., Schönlinde 20 v. H., Schönbüchel 8 v. H., Khaa 2 v. H., Wolfsberg 8 v. H. und Daubitz 3 v. H.

An diese Arbeitslosen wurden durch die zuständigen Gemeinden außer der staatlichen Lebensmittelanweisung von 10 Kc für Ledige und 20 Kc für Haushaltungsvorstände noch für 167.835 Kc Milchkarten, 2.800 Kilo Zucker, 185 Tonnen Kohle und für 77.000 Kc Kartoffeln vom Staate zugewiesen. Die Zuweisungen durch die städtische Winterhilfe, bzw. Zuschüsse der betreffenden Gemeinden, werden durch diese direkt ausgewiesen werden und sind hier nicht beinhaltet.

Wir können auch in diesem Notstandsgebiet feststellen, daß weit mehr als 60 v. H. aller Erwerbslosen auf die sogenannten Czechkarten angewiesen sind.

Aus der amtlichen Statistik über die Tätigkeit der Konsumvereine erhellt u. a. auch, in welchem starkem Maße die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung sinkt. In Bezug auf die gekauften Lebensmittel ist festzustellen, daß sich der Absatz in steigendem Maße auf die qualitativ minderwertigeren konzentriert, es werden mehr Getreidekaffee als Bohnenkaffee, mehr Kartoffeln als Milchprodukte abgesetzt. Statt mit Zucker wird eher mit Ersatzstoffen gesüßt. Am stärksten ist die Kaufkraft der Mitglieder der deutschen Konsumvereine in der Republik zurückgegangen, nämlich von 7,04 auf 4,88 Kc pro Kopf in der Zeit vom Jahre 1929 bis 1934.



Zehntausende Brote, hunderttausende Suppen- und Milchportionen, Kleider und Wäsche verteilte die Sudetendeutsche Volkshilfe an die hungernden Volksgenossen. Aber der Hungernden sind zu viel. Wieviele Hungerjahre stehen dem Sudetendeutschtum noch bevor? Wieviel Elend, wieviel Not muß noch ertragen werden?

Unsagbares Elend und bittere Not ist in die Reihen der deutschen Arbeitsmenschen eingezogen. In dumpfer Verzweiflung stehen sie vor den Toren ihrer einstigen Arbeitsstätten, die sich ihnen kaum mehr öffnen werden. Krankheit und Leid herrscht in ihren Reihen und in ihren Familien, und der

Tod hält reichlich Ernte.

Der Staat, der helfen sollte und könnte, sieht dem Niedergang teilnahmslos zu. Er hat das Industriesterben nicht aufgehalten, es liegt ihm auch an deutschen Menschen nichts. Am 1. Oktober 1936 trat eine Verordnung in Kraft, nach der Personen, die Arbeitskräfte suchen, verpflichtet sind, alle freigewordenen oder neuen Arbeitsplätze den öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen zu melden. Danach kann kein sudetendeutscher Arbeitgeber selbst einen Volksgenossen einstellen oder sich um Vermittlung an die deutschen Verbände wenden, sondern muß amtlichen (lies tschechisch interessierten) Stellen den Arbeitsplatz melden. Offene Stellen können von der amtlichen Arbeitsvermittlung sogar zwangsbesetzt werden. Gewerkschaftliche Arbeitsvermittlungen werden unter gewissen Bedingungen noch gestattet, wenn sie sich z. B. verpflichten, mit den öffentlichen Arbeitsvermittlungen, vor allem hinsichtlich der Meldung freigewordener Stellen, zusammenzuarbeiten.

Der Sekretär des Arbeitsministers Dr. Kříž hat offen zugegeben, daß sich diese Verordnung gegen das Sudetendeutschum richtet!



c) Lohnverfall und Preissteigerung

Wie in jedem liberalistischen Wirtschaftssystem die Preisbildung von Nachfrage und Angebot bestimmt wird, so beeinflussen Absatz- und Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit das Lohnniveau. Und so führte auch in der Tschechoslowakei, vor allem aber in den sudetendeutschen Grenzgebieten, die rückläufige Wirtschaftsentwicklung und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu einem Lohnverfall.

Die Tschechoslowakei hat nie gute und hohe Löhne gezahlt, so daß selbst in wirtschaftlichen Konjunkturzeiten das **tägliche Durchschnittseinkommen** eines Lohnarbeiters 19 Kc, d. s. 1.90 RM, niemals überschritt und somit das mit 6000 Kc, d. s. 600 RM, festgesetzte jährliche Existenzminimum **nicht** erreicht wurde. Seither war es auf 15,65 Kc, d. s. 1,56 RM, herabgesunken und erst 1936 ganz unbedeutend auf 15,81 Kc angestiegen. Über den Beschäftigungsumfang und die Lohnbewegung geben die amtlichen Ziffern der staatlichen Sozialversicherungsanstalt, der alle Lohnarbeiter angehören müssen, erschöpfende Auskunft. Die folgenden Zusammenstellungen und Vergleiche (auch die Tabelle VIII im Anhang [*Scriptorium merkt an: diese fehlt leider in unserer Vorlage*]) beziehen sich immer auf das 1. Vierteljahr des betreffenden Jahres unter Berücksichtigung der 10 Krankenversicherungslohnklassen des täglichen Durchschnittslohnes, der Versichertenzahl und der Vierteljahrsdurchschnitte.¹⁰⁶

Darnach ergibt sich zunächst, daß die Zahl der Pflichtversicherten von 2,190.878 am 31. Januar 1929 auf 1,733.000, d. i. um 457.378, zurückgegangen ist. (Siehe Tabelle VIII im Anhang. [*Scriptorium merkt an: fehlt leider.*]) Zugleich ist der tägliche Durchschnittslohn für jeweils das 1. Vierteljahr von 18,48 im Jahre 1929 auf Kc 15,79 herabgesunken.

Berechnet man die diesen Durchschnittslöhnen entsprechenden Lohnsummen, ergibt sich bei Zugrundelegung der Versichertenzahl des Jahres 1936 für die ersten drei Monate des heurigen Jahres eine Lohneinbuße von rund 460 Millionen. Mit anderen Worten: während der ersten drei Monate des heurigen Jahres war das Lohneinkommen von 1,782.267 Versicherten gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Jahres 1929 und der gleichen Versichertenzahl monatlich um rund 153 Millionen und täglich um mehr als 5 Millionen niedriger.

Der Schwund des Lohneinkommens läßt sich auch aus den Zusammenstellungen über die Besetzung der zehn Lohnklassen berechnen. Während noch in den ersten Vierteljahren 1929 und

1930 ein Viertel aller Versicherten in den sechs höheren Lohnklassen eingereiht war, wurde dieser Anteil in den folgenden Jahren immer geringer, und beträgt im heurigen ersten Vierteljahr nur noch ein Siebentel. In Ziffern ausgedrückt bedeutet dies, daß im ersten Vierteljahr 1929 523.346 Versicherte einen 18 Kc übersteigenden Tageslohn hatten, wogegen es im gleichen Zeitabschnitt 1936 nur 261.990 Versicherte mit diesem Lohneinkommen gegeben hat. Die Versichertenzahl mit einem 18 Kc übersteigenden Tageslohn ist daher im heurigen ersten Vierteljahr, verglichen mit dem gleichen Zeitabschnitt 1929, auf die Hälfte gesunken.

Der Lohnverfall aber kommt am klarsten in dem Anwachsen der Versicherten in den niedrigsten Lohnklassen zum Ausdruck.

Während im 1. Vierteljahr 1930 von 10.000 versicherten Lohnarbeitern nur 997 in die niedrigste Lohnklasse fielen, waren es 1936 1314, d. h. ihr tägliches Lohneinkommen war niedriger als 6 Kc, d. s. 60 Pf.¹⁰⁷

In der nachfolgenden Übersicht sind die auf die einzelnen Lohnklassen entfallenden Versicherten angeführt:

Zahl der versicherten Arbeiter im 1. Vierteljahr

Klasse	täglicher Arbeitslohn in Kč		1936 mehr (+), resp. weniger (-) in Prozenten gegenüber dem Vorjahre					
	von	bis	1936	1935	1934	1935	1934	
	2	3	4	5	6	7	8	
1.	—	6,—	234.187	212.715	200.056	+ 10,1	+ 17,1	
2.	6,—	10,—	418.471	399.521	386.303	+ 4,7	+ 8,3	
3.	10,—	14,—	306.190	296.052	285.536	+ 3,4	+ 7,2	
4.	14,—	18,—	218.503	189.777	200.878	+ 15,1	+ 8,8	
5.	18,—	22,—	171.452	150.501	158.466	+ 13,9	+ 8,2	
6.	22,—	25,50	107.291	98.684	103.398	+ 8,7	+ 3,8	
7.	25,50	28,50	65.765	60.234	62.795	+ 9,2	+ 4,7	
8.	28,50	31,50	54.359	51.157	51.617	+ 6,3	+ 5,3	
9.	31,50	34,50	45.625	43.896	46.685	+ 3,9	- 2,3	
10.	34,50	—	160.402	147.696	148.110	+ 8,6	+ 8,3	
im ganzen			1,782.245	1,650.233	1,643.844	+ 7,9	+ 8,4	

Diese nüchterne Tabelle sagt, daß zu Beginn des Jahres 1936 täglich

234.187 Arbeiter, d. s. 13,14 v. Hd., bis 6 Kč (0,6 RM.)
 418.471 Arbeiter, d. s. 23,48 v. Hd., von 6 - 10 Kč (0,6 - 1,0 RM.)
 306.190 Arbeiter, d. s. 17,18 v. Hd., von 10 - 14 Kč (1 - 1,4 RM.)
 218.503 Arbeiter, d. s. 12,26 v. Hd., von 14 - 18 Kč (1,4 - 1,8 RM.)

verdienten, d. h. also noch deutlicher ausgedrückt, ungefähr

1/8 aller Arbeiter verdienten täglich unter 6 Kč
 mehr als 1/3 aller Arbeiter verdienten täglich unter 10 Kč
 mehr als 1/2 aller Arbeiter verdienten täglich unter 14 Kč
 mehr als 2/3 aller Arbeiter verdienten täglich unter 18 Kč

Im Jahre 1929 verdienten

1/10 aller Arbeiter unter	6 Kč
mehr als 1/4 aller Arbeiter unter	10 Kč
mehr als 1/3 aller Arbeiter unter	14 Kč
mehr als 1/2 aller Arbeiter unter	18 Kč
mehr als 2/3 aller Arbeiter unter	22 Kč

Während also die Zahl der Versicherten in den unteren Lohnklassen zugenommen hat, nimmt sie in den letzten Klassen, wie aus der folgenden Gegenüberstellung klar ersichtlich wird, erheblich ab.

Von 10.000 Versicherten im 1. Vierteljahr entfallen auf die Klasse

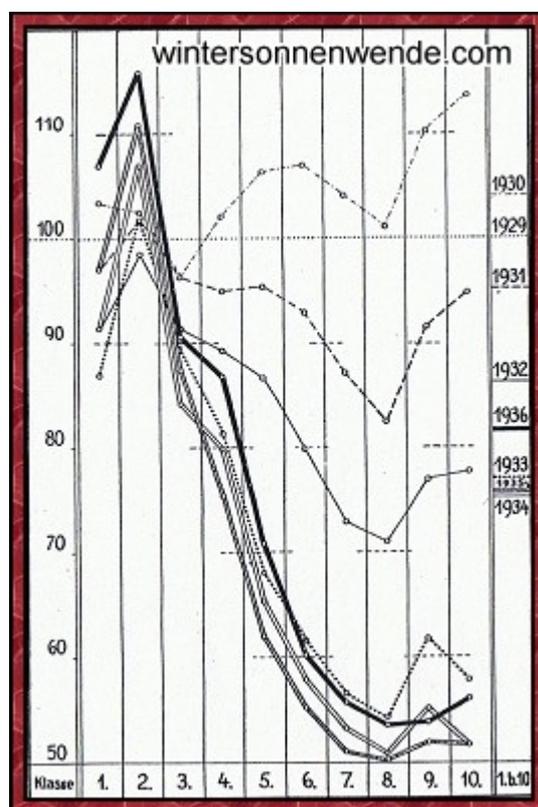
Jahr	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	1. bis 10.
1929	1003	1655	1552	1153	1112	818	541	467	388	1311	10.000
1930	997	1627	1434	1129	1137	841	541	453	410	1431	10.000
1931	1023	1768	1569	1150	1113	799	495	404	373	1306	10.000
1932	1064	1891	1640	1191	1091	757	457	383	346	1180	10.000
1933	1133	2189	1803	1217	983	652	397	329	311	986	10.000
1934	1217	2350	1737	1222	964	629	382	314	284	901	10.000
1935	1289	2421	1794	1150	912	598	365	310	266	895	10.000
1936	1314	2348	1718	1226	962	602	369	305	256	900	10.000

Die Lohnbewegung der pflichtversicherten Arbeiter zeigt in der graphischen Darstellung folgendes Abwärtsgleiten: [Scriptorium merkt an: rechts.]

Nicht besser, eher schlechter, liegen die Lohnverhältnisse bei den Privatangestellten in Handel und Industrie, bei den Arbeitern und Angestellten im Staatsdienst, in der Landwirtschaft und Heimarbeit.

Nach den Erhebungen der Allgemeinen Pensionsanstalt stellen sich die Gehaltsverhältnisse der Privatangestellten wie folgt: Der Rückgang der Dienstbezüge ist bisher nicht zum Stillstand gekommen. Die Bezüge wurden in den Jahren der Krise fortschreitend herabgesetzt, und zwar im Jahre 1931 gegenüber dem Stande von 1929 um 4,55 Prozent, 1933 gegen 1929 um 10,72 Prozent und 1934 gegen 1929 um 12,96 Prozent, 1935 gegen 1929 um 13,88 Prozent. Die jährlichen Dienstbezüge der bei der Pensionsanstalt pflichtversicherten Personen haben sich im Jahre 1935 im Durchschnitt auf 13.650, 1934 auf 14.280 gesenkt, sie beliefen sich 1933 auf 14.648, 1931 auf 15.660 und 1929 auf 16.405 Kc.

Die weiblichen Angestellten wurden von den Gehaltskürzungen stärker betroffen als die männlichen. Bei diesen hat sich der Versicherungsbeitrag gegen 1929 bloß um 8,5 Prozent, bei jenen dagegen um 12,4 Prozent gesenkt. Die Dienstbezüge sind bei den männlichen Privatangestellten in den Jahren 1930 bis 1936 um 13,8 Prozent, bei den weiblichen Angestellten um 14,6 Prozent gesenkt worden. Der Gesamtrückgang ist größer als der Einzelrückgang bei Männern und Frauen, da die relative Anzahl der schlechter entlohnten Frauen gewachsen ist.



Löhne der pflichtversicherten Arbeiter.
[Vergrößern]

Die Durchschnittslöhne der Arbeiter im Staatsdienste erreichen kaum den Durchschnitt der sonstigen Lohnarbeiter, das errechnete Tageseinkommen der Landwirtschaft und Heimarbeiter erreicht kaum 10,6 Kc. Das jährliche Einkommen eines niederen Beamten oder Angestellten im Staatsdienst bewegt sich zwischen 6 - 12.000 Kc. Beamte mit Mittelschulbildung erhalten 9 - 24.000 Kc und Beamte mit Hochschulbildung erreichen, sofern sie nicht im höheren Verwaltungsdienst stehen, kaum mehr als 40.000 Kc.

In diesem Zusammenhang seien auch die Lohnverhältnisse der weiblichen Angestellten in Privatdiensten erwähnt, weil sie zeigen, in welcher schamloser Weise die weiblichen Angestellten ausgenutzt werden.

Die Zahl der weiblichen Angestellten in Privatdiensten ist in den letzten Jahren bedeutend gestiegen, so daß gegenwärtig allein bei der Allgemeinen Pensionsanstalt fast 90.000 weibliche Versicherte sind. Es handelt sich meist um Töchter von öffentlichen und privaten Angestellten, aber auch um Töchter von Arbeitern, Gewerbetreibenden, kleinen Unternehmern und Landwirten. Nach einer Statistik der Allgemeinen Pensionsanstalt vom Ende des Jahres 1933 waren die weiblichen Versicherten in folgende Gehaltsklassen eingeteilt:

Jahresgehalt	Zahl
bis 3.000 Kč	9.167
von 3.000 — 6.000 Kč	21.277
von 6.000 — 9.000 Kč	21.089
von 9.000 — 12.000 Kč	18.683
von 12.000 — 15.000 Kč	7.799
von 15.000 — 18.000 Kč	4.422
von 18.000 — 23.000 Kč	4.204
von 23.000 — 30.000 Kč	1.459
von 30.000 — 36.000 Kč	435
von 36.000 — 42.000 Kč	166
von 42.000 Kč und mehr	204

Aus dieser Statistik geht hervor, daß 57,9 v. H. der Frauen in privaten Diensten wöchentlich bis 187,5 Kc, d. s. 18,75 RM, verdienen. Die absolut und relativ (23,9 Prozent) größte Zahl der berufstätigen Frauen verdient wöchentlich 64,5 bis 125 Kc, d. s. 6,45 bis 12,50 RM.

Den Auftakt zu diesem rapiden Lohnverfall gab der Staat selbst mit seiner Gehaltsabbauverordnung Nr. 204 vom Jahre 1932, nach der die Gehälter und Pensionen der Arbeiter, Beamten und Lehrer um 10 v. H. gekürzt worden sind, und der Verordnung Nr. 252 vom Jahre 1933 über den 50prozentigen Abzug der Nebenerwerbseinkommen der Pensionisten zu Lasten ihrer Ruhegenüsse und jener über die Kürzung der Funktionszulagen und über die Abzüge bei Beförderungen.

Die richtige Vorstellung von den Lohnverhältnissen gewinnt man aus den folgenden Einzelheiten:

Das jährliche Gesamteinkommen ist von 1929 bis 1936 von 14,4 Milliarden auf 7,8 Milliarden zusammengeschrumpft, wobei 60 von Hundert des Ausfalles auf Arbeitslosigkeit und 40 v. H. auf den Verfall des Lohnniveaus zurückzuführen sind. So ist z. B. das wöchentliche Lohnvolumen

in Kotten bei Grottau	von	111.000	auf	14.000 Kč
Oberkratzau	"	172.000	"	33.200 "
Machendorf	"	91.500	"	1.535 "

herabgesunken, um nur einige Beispiele anzuführen.

Eine Übersicht über die Lohnbewegung in den einzelnen Industriezweigen zeigt, daß sich das Lohnniveau in der Schwerindustrie (Eisen- und Rüstungsindustrie), die also vornehmlich für den Inlandsmarkt arbeitet und in jener Exportindustrie, die sich mit der Herstellung landwirtschaftlicher Produkte beschäftigt, wie die Spiritus- und Zuckerindustrie gut behauptet hat. Diese Tatsache erklärt sich daraus, daß diesen Industriezweigen seitens des Staates eine ausgiebige Förderung zuteil geworden ist und diese fast ausschließlich im tschechischen Sprachgebiet liegen. Um so katastrophaler ist der Lohnverfall in jenem Teil der Exportindustrie, der das weit größere Exportvolumen ausfüllt, nämlich der Textil-, Glas- und Porzellan-Industrie, der Erzeugung von Musikinstrumenten und künstlichen Blumen. **Diese Industriezweige aber liegen fast ausnahmslos im sudetendeutschen Gebiet und haben in all den Jahren des wirtschaftlichen Verfalles von seiten des Staates auch nicht die geringste Förderung erfahren.** Das Prager Wirtschaftsblatt *Der Börsenkurier*¹⁰⁸ zeigt für den enormen Verfall der Löhne in diesen Industriezweigen einen interessanten Vergleich mit den vom Internationalen Arbeitsamt in Genf im Oktober 1935 ermittelten Durchschnittslöhnen in der Textilindustrie in Japan, das in der Welt bekanntlich als das klassische Land der niedrigsten Löhne gilt. Darnach erhält ein Textilarbeiter im Tagesdurchschnitt 1 Yen 336 Rin, d. s. ca. 9,33 Kc, eine Arbeiterin 0.637 Yen, d. s. 4,46 Kc täglich. In der Tschechoslowakei ist der Kollektivvertragslohn heute das Lohnmaximum. Der qualifizierte Arbeiter verdient durchschnittlich 160 bis 180 Kc wöchentlich, sein jährliches Realeinkommen liegt aber unter diesem Durchschnitt, da es fast keinen Betrieb gibt, der nicht mehrere Wochen im Jahre aussetzt. Vielfach wird aber unter den Vertragslöhnen gezahlt und in der Weberei und Spinnerei nur Wochenlöhne von 43 bis 50 Kc gezahlt, was einem Taglohn von 7,20 bis 8,30 Kc bei achtstündiger Arbeitszeit entspricht.

Kraß ist der Lohnverfall überall dort, wo in der Erzeugung neben Betriebsarbeitern auch Heimarbeitskräfte beteiligt sind. Hier sind Tagesverdienste, die noch weit unter dem Niveau der japanischen Löhne liegen. So bewegen sich die Verdienste einer Heimarbeiterin der Stickerei-Industrie (Asch, Weiperter Gebiet) zwischen 2,60 Kc bis 5 Kc pro Tag bei nahezu unbeschränkter Arbeitszeit. Um 3 Kc täglich bewegt sich auch der Tagesverdienst der vielen Spitzenklöpplerinnen im Erzgebirge. Das langt für Kartoffeln und vielleicht etwas Kornkaffee, zu mehr auf keinen Fall. In der Hemdenindustrie, in der zumeist in Betrieben nur zugeschnitten wird und Fertigarbeit von Heimarbeiterinnen besorgt wird, werden in manchen Gegenden 80 Heller pro Stück gezahlt, wobei die Arbeiterin noch den Zwirn beistellen muß. Wenn dabei ein Tagesverdienst von 5 Kc heraussehen soll, muß sehr fleißig und mehr als 8 Stunden gearbeitet werden. Dasselbe gilt für die Schürzenindustrie. Hier werden pro Schürzenähen 50 Heller gezahlt. Ebenso sind bei den Heimarbeitern der Kunstblumenindustrie durchschnittlich Tagesverdienste von 4 bis 5 Kc die Regel. Sehr kraß liegen auch die Verhältnisse in der Musikinstrumentenindustrie der Gebiete Graslitz und Schönbach. Die Industrie ist mit nahezu 90 Prozent ihrer Erzeugung auf Export eingestellt und der Export ist von ca. 30 Millionen Kc im Jahre 1928 und 1929 auf 3,7 Millionen im Jahre 1933 gefallen und hat sich nach der Devaluation wieder um ca. 25 Prozent erhöht. Gegenüber der Konkurrenz von Deutschland und Japan hat diese Industrie eingesetzt, was sie einsetzen konnte. Der Preisverfall ist enorm und hält mit dem Lohnverfall Schritt. Ein Werkführer, der früher auf 300 bis 500 Kc wöchentlich zu stehen kam, erreicht heute höchstens bis 160 Kc, sein jährliches Realeinkommen kann aber nicht auf dieser Grundlage errechnet werden, da es fast keinen Arbeiter gibt, der ununterbrochen das ganze Jahr beschäftigt wäre. Noch ärger liegen die Verhältnisse in der Holzinstrumentenfabrikation, besonders in der Geigenfabrikation. Die Anfertigung der einzelnen Bestandteile der Geigen geschieht im Heimvertrieb. Die Löhne, die hierfür gezahlt werden, sind fast nicht mehr zu unterbieten. So wird z. B. für die Anfertigung von einem Dutzend Geigenböden aus Ahorn - die mit der Hand geschnitzt werden - nur 10 Kc gezahlt. Das ist gut zwei Tage Arbeit bei 10 - 12stündiger Arbeitszeit. Ein Dutzend Geigendecken, die aus weichem Holz hergestellt werden können, wird mit 5 bis 6 Kc bezahlt. Ein Dutzend geschnitzte Geigenhälse aus hartem Holz mit 10 Kc, das ist ebenfalls zwei Tage harte Arbeit. Und trotzdem können wir nur mit Mühe unseren Export behaupten, verlieren wir einen Markt nach dem anderen. Relativ behauptet hat sich das

Lohnniveau in der Porzellanindustrie. Die Gesamtzahl der in dieser Industrie Beschäftigten ist aber in der Zeit von 1929 bis 1935 von 20.000 auf 9.600 gesunken. Während in den Jahren 1928 und 1929 noch gegen 120 bis 127 Millionen Kc jährlich an Löhnen allein ausgezahlt wurden, ist diese Lohnsumme im Jahre 1935 auf 53 Mill. Kc. gesunken. Wer die Verschuldung der Porzellanindustrie kennt, weiß wie weit der Einsatz der Substanz gegangen ist und daß er noch weiter geht. Wohl beträgt heute nach durchgeführter Devaluation der Kilogrammpreis für exportiertes Porzellan nach wie vor ca. 8,40 Kc, doch ist heute in diesem Kilogrammpreis Qualitätsporzellan enthalten, während früher die Kommerzware überwog. Und so zeigt sich weiter ein starker Verfall der Löhne in der Gablonzer Industrie, wo es zum Teil auch schon zu Tagesverdiensten von 3 und 5 Kc gekommen ist, in der Nirdorfer Messerindustrie und der Spielwarenindustrie und auch in der Handschuhindustrie in Kaaden und Abertham.

Stundenlöhne von 1 Kc, d. s. 10 Pfg., sind also keine Einzellerscheinung. Im Adlergebirge verdiente ein Hausbetrieb mit 4 Arbeitskräften für die Erzeugung von 10.000 Holzspanschachteln, die bei täglich 16-stündiger Arbeitszeit in einer Woche hergestellt werden können, einen Bruttolohn von 120 Kc, d. s. 12 RM. Davon gehen ab: 65 Kc (6,5 RM) für Holz, 20 Kc (2 RM) für Leim, bleiben 35 Kc (3,5 RM) für vier Personen bei einer 16-stündigen täglichen Arbeitszeit. Der Stundenlohn dieser deutschen Arbeitsmenschen beträgt demnach 8 Heller, d. s. 0,8 Pfennige!



Ritschka im Adlergebirge.

Die ärmsten Holzspanschachtelmacher leben hier.

Im rein deutschen Bezirke Graslitz im Erzgebirge bewegen sich die Verdienste der in Beschäftigung stehenden Arbeiter zwischen 80,— Kc bis 180,— Kc wöchentlich. Wie stark die Löhne in diesem Gebiete seit 1928 gefallen sind, geht aus einem Vergleich der gegenwärtigen Durchschnittslöhne in der Stickerei- und Textilindustrie mit jenen des Jahres 1928 hervor. Im Jahre 1934 betrug der Durchschnittslohn für eine Stepperin 1,85 (im Jahre 1928 dagegen noch 2,— Kc), für eine Stickerin 2,60 (3,20) Kc, für eine Hefterin 1,65 (1,80) Kc, für eine Ausschneiderin 1,15 (1,30) Kc, für eine Büglerin 1,70 (1,90) Kc, und für einen Drucker 3,50 (4,50) Kc. Die Verdienste der Heimarbeiter sind sogar viel geringer und bewegen sich häufig zwischen 40,— und 140,— Kc monatlich.

In der Industriestadt Freudenthal, die rund 8000 Einwohner zählt, waren im Jahre 1929 in vier großen Textilbetrieben noch rund 2700 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Der Durchschnittslohn für einen Weber betrug bei 48-stündiger Arbeitswoche (also bei Vollarbeit) 130 bis 150 Kc in der Woche. Die anderen Textilarbeiterkategorien verdienten im Durchschnitt 120 bis 130 Kc wöchentlich. Die bestehenden Baufirmen, Ziegeleien, Säge- und Schotterwerke Freudenthals beschäftigten im Jahre 1929 noch rund 500 Arbeiter bei einem Durchschnittslohn von 140 bis 170 Kc pro Woche für Maurer und 120 bis 150 Kc wöchentlich für die übrigen Kategorien. Zahlreiche kleingewerbliche Betriebe florierten und vermochten ihre Arbeitnehmer so zu entlohnen, daß wenigstens deren Existenz sichergestellt war. Von einer Arbeitslosigkeit war selbst im Jahre 1929 in Freudenthal nicht allzuviel zu spüren.

Wesentlich anders ist es jedoch um die wirtschaftliche Lage Freudenthals im Jahre 1935 bestellt. Von den vier Großbetrieben ist der größte vollständig stillgelegt. Zwei andere Betriebe weisen heute nur noch ein Zehntel, der vierte nur noch zwei Drittel des Belegschaftsstandes vom Jahre 1929 auf. Insgesamt sind heute in der Textilindustrie von Freudenthal nur noch rund 700 Personen beschäftigt. Jedoch auch diese arbeiten in Wirklichkeit nur ein halbes Jahr. Die andere Hälfte des Jahres müssen sie "aussetzen". Die Entlohnung ist erschreckend niedrig. Seit 1929 herrscht in der Freudenthaler Textilindustrie ein vertragsloser Zustand. Weber verdienen heute bei 48-stündiger Arbeitsleistung einen Durchschnittslohn von 40 bis 70 Kc in der Woche, die übrigen Textilarbeiter sogar nur einen solchen von 40 bis 60 Kc wöchentlich. Die Löhne wurden somit seit 1929 um mehr als 50 v. H. gesenkt. Die Bautätigkeit Freudenthals ruht heuer ganz. In einer Stadt mit 8000 Einwohnern ist bisher nicht ein einziger Neubau zu verzeichnen. Lediglich bei der Reparatur von Häusern und Wohnungen ist eine geringe Anzahl von Bauarbeitern beschäftigt. Hiebei handelt es sich allerdings nur um kurzfristige Arbeitsmöglichkeiten. Wohl sind die Bauarbeiterlöhne auf Grund eines Schiedsspruches des Brünner Schiedsgerichtes für Bauarbeiter fast dieselben geblieben wie früher. Was nützen jedoch Lohnziffern auf dem Papier, wenn die Arbeitsmöglichkeiten fehlen, durch die sie ins Verdienen gebracht werden. Das vollständige Ruhen der Bautätigkeit zeitigt natürlich auch katastrophale Auswirkungen auf die Ziegeleien, Säge- und Schotterwerke sowie auf die kleingewerblichen Betriebe der Schlosser, Schmiede, Spengler, Tischler, Installateure, Dachdecker usw. Alles in allem ein Bild des Jammers und der Verelendung. Und doch nur ein Ausschnitt aus der großen sudetendeutschen Not, die kein Winkelchen der einst so industriereichen und arbeitsfreudigen Heimat verschont läßt.

In einer Glasfabrik im rein deutschen Aussiger Bezirke erzielte ein Arbeiter, der Frau und Kind zu versorgen hat und bei anstrengender Arbeit an der Pfanne beschäftigt ist, in 5 aufeinander folgenden Wochen der letzten Zeit den nachangeführten Verdienst:

Arbeitsstunden		Gesamt- verdienst	Versich.- Abzüge	Auszahlung
<i>im Akkord</i>	<i>im Lohn</i>			
40	—	95,19	6,75	88,44 Kč
16	16	70,30	6,75	63,55 "
8	24	93,17	8,75	84,42 "
—	32	64,68	8,35	56,33 "
—	24	65,25	8,35	56,90 "

Bei einem solchen Einkommen den gesamten Lebensunterhalt für 3 Köpfe zu bestreiten, muß wohl tatsächlich als eine Kunst bezeichnet werden, die zu erlernen die sudetendeutschen Arbeiter in den letzten Jahren auf Grund der herrschenden Verhältnisse reichlich Gelegenheit hatten.

Unter solchen Verhältnissen ist es nicht verwunderlich, daß die Tschechoslowakei in Bezug auf die Lohnhöhe mit an der letzten Stelle marschiert. Das mußte in letzter Zeit selbst von tschechischen Kreisen zugegeben werden. Nach Angaben des tschechischen Metallarbeiterverbandes in Prag betrug der Durchschnittsstundenlohn eines qualifizierten Metallarbeiters im Jahre 1931 - 4,69 Kc; 1932 - 4,49 Kc; 1933 - 4,38 Kc und 1934 - 4,23 Kc. Nach den Ermittlungen des Schweizerischen Konjunkturinstitutes machten die Stundenlöhne der qualifizierten Metallarbeiter in den nachstehend angeführten Ländern im Jahre 1933 (in Kc umgerechnet) folgende Höhe aus:

U.S.A.	16,69 Kč
Schweiz	11,38 Kč
Niederlande	10,04 Kč
Deutschland	9,59 Kč
England	9,36 Kč
Norwegen	8,97 Kč

Schweden	8,58 Kč
Frankreich	8,20 Kč
Italien	6,55 Kč
Belgien	6,08 Kč
Österreich	5,61 Kč
Ungarn	4,44 Kč
Die Tschechoslowakei	4,38 Kč

Die Tschechoslowakei steht somit unter diesen Ländern an letzter Stelle, wozu vor allem die niederen Löhne in den sudetendeutschen Gebieten wesentlich beitragen.¹⁰⁹

Während die Löhne dauernd abglitten, so daß der Fürsorgeminister Ing. **Necas** im Verpflegungsausschuß des Abgeordnetenhauses am 24. September 1936 feststellen mußte, daß von der Gesamtzahl von 2,207.818 der bei der Zentralsozialversicherungsanstalt Versicherten 1,317.329 nicht mehr als 18 Kc täglich verdienen, **d. h. daß 67 v. H. aller Arbeiter in der Tschechoslowakei nicht einmal das Existenzminimum erreichen und sich somit nicht einmal das Allernotwendigste zum Leben kaufen können**, zeigen die Kleinhandelspreise seit 1933 trotz der Devaluation ansteigende Tendenz, so daß sie im Herbst 1936 fast die Höhe der Preise des Jahres 1930 erreichten.

So zeigt sich nach den Erhebungen des Statistischen Staatsamtes in Prag allein nach dem Verhältnis der Preise im August und September 1936 bei Rindfleisch eine Erhöhung um 3,5 v. H., bei Schweinefleisch und Kalbfleisch sogar um 8 v. H., während die Selchwaren eine Verteuerung von 7 - 12 v. H., Schweinefett und Butter von 3 - 4 v. H. aufweisen. Auch der Preis der Braunkohle, die im Winter als das gebräuchlichste Heizmittel Verwendung findet, ist um 4,3 v. H. in die Höhe gegangen.

Nach einem Bericht des Innenministers Cerny im Verpflegungsausschuß des Abgeordnetenhauses zeigen die wichtigsten Fleischpreise (pro Kilo in Kc) folgende Steigerung:

	1930:	Juli 1934:	Juli 1936:
Rindfleisch	13,05	8,80	11,75
Rind[erfett?]*	15,23	11,30	13,95
Schweinefleisch	15,98	11,75	14,55
Schweinefett	15,18	11,60	12,25
Knacker	15,17	10,55	12,55
Würsteln	18,82	14,20	15,35
Ochsen	6,00 - 8,50	3,00 - 5,80	5,25 - 7,25
Stiere	6,30 - 7,70	2,50 - 3,90	4,50 - 6,50
Kühe	4,60 - 6,80	2,00 - 3,80	3,00 - 6,20
Schweine	8,75 - 10,20	3,75 - 5,60	6,50 - 7,80

*[*Scriptorium merkt an: im Original steht an dieser Stelle ein zweites Mal "Rindfleisch". Wir nehmen an, daß dies ein Druckfehler ist und daß sich der zweite Posten vielleicht auf Rinderfett bezieht, wie ja auch der zweite Posten für Schweineprodukte auf Fett lautet.]*

Der Minister für soziale Fürsorge stellte in seinem Exposee fest, daß auf dem Rindviehmarkte sich seit dem Januar des Vorjahres sowohl in Prag als auch in der Provinz ein Anziehen sowohl der Rindvieh- als auch der Fleischpreise feststellen läßt.

Der Durchschnittspreis, der beim Verkauf von Stieren 1935 erzielt wurde, betrug Kc 4,58, im August 1936 5,39. Der Preis für Kühe betrug im August 1935 durchschnittlich Kc 3,91, im August 1936 Kc 4,97. Der größte Preisanstieg ist bei Jungvieh festzustellen, bei einer Ware, die fast ausschließlich von der Selcherindustrie angekauft wurde. Dieser Umstand führte dazu, daß die

Selcherindustrie für ihre Produkte schon im heurigen Frühjahr höhere Preise erzielen wollte und ihre Forderung im Sommer wiederholt hat, wobei sie für eine angemessene Approvisionierung des Viehmarktes eintrat.

Hand in Hand mit dem Ansteigen der Viehpreise ging auch der Anstieg der Preise für Rindfleisch. Die statistischen Daten bis zum Schluß des Vorjahres zeigen einen ständigen Rückgang des Fleischverbrauches. Im Januar des Vorjahres entfielen auf den Kopf 3,24 kg, im Januar 1936 nurmehr 2,84 kg. Bei einem Gesamtverbrauch von rund 60.000 Zentnern weniger bedeutet dieser Rückgang fast ein halbes Kilo pro Kopf. Der Rückgang des Fleischkonsums hat seine Ursache zweifellos in der wirtschaftlichen Situation.

Der Rückgang der Kaufkraft insbesondere beim Fleisch- und Fettkonsum ist hauptsächlich durch die Industriekrise hervorgerufen, wobei gerade die Bevölkerung der Städte der entscheidende Fleisch- und Fettkonsument ist.

Die geschwächte Kaufkraft hat hier billigere Kunstfette erzwungen.

In Stellungnahme zur Zuckerpreisfrage stellte der Minister fest, daß der Zuckerpreis unangemessen hoch ist und den Sacharinschmuggel begünstigt. Der Minister befaßte sich an Hand der Daten des Staatsamtes für Statistik mit den durchschnittlichen Zuckergroßhandelspreisen und mit dem Kleinhandelspreis, wobei er feststellte, daß der Detailpreis sich permanent über 6 Kc bewegt, in manchen Gebieten sogar über 6,40 Kc hinausgeht.

In Stellungnahme zur Produktionskalkulation stellte der Minister fest, daß fast eine Milliarde Schulden die Produktion belastet, da nur die Zinsen von diesen Schulden pro Jahr über 66 Millionen Kc betragen. Nach einer sehr guten Nachkriegskonjunktur stieg in den letzten Jahren die Zinsenlast auf das Zwanzigfache der Höhe der Vorkriegsjahre, was mit der umfangreichen Rationalisierung und Reorganisation der Zuckerindustrie motiviert wird.

Diesen Kapitalaufwand trage leider zur Gänze aus eigenen Mitteln der Konsument, denn er werde in den hohen Inlandszuckerpreis eingerechnet. Auch auf den Verlustexport zahle der Konsument darauf und zugleich unser ganzes Nationalvermögen, denn in dem Verlustpreis werde auch ein Teil der Substanz des Nationalvermögens in das Ausland transferiert.

In Stellungnahme zu den Lohn- und Gehaltsfragen erklärte der Minister, daß die Wirtschaftsbesserung fortschreitet und hauptsächlich in der Neuaufnahme von Arbeitskräften zum Ausdruck kommt, doch sei die Ansicht falsch, daß sich auch das Lebensniveau des Arbeiters und Angestellten überhaupt bessert. Die Arbeiterlöhne haben sich auch in Branchen nicht geändert, wo

An die gesamte Bevölkerung von Nordböhmen.

AUFRUF!

Neben der ungeheuren Arbeitslosigkeit herrscht fast überall Hunger in vielen Familien. Mehl, Brot und Zucker sind zu teuer. Krankheit und unterernährte Kinder sind die Folge. Mit Bangen blickt der deutsche Nachbar in die Zukunft.

80.000 Waggon unverkauftes Getreide
liegen in den Speichern der Getreidegenossenschaften.

Die Bevölkerung kann nicht mehr schmoren und weichen, wie die Not und das Elend immer größer werden und eine große Woge sich dabei auf Kosten der Gesundheit breitet.

Die Vorräte dürfen nicht ins Ausland zu Höchstpreisen exportiert werden, die Vorräte dürfen auch nicht verrotten.

10.000 Waggon billiges Getreide müssen für Nordböhmen freigegeben werden!

Wir fordern, daß diese 10.000 Waggon aus Preis von 70 Kč pro 500 kg Weizen und 60 Kč pro 100 kg Roggen freigegeben werden. Das daraus entzogene Mehl könnte dann durch die billige Handarbeit und durch die Konsumvermehrung um Kč 1,90 und das Brot um Kč 1,73 pro Kilogramm an die Bevölkerung abgegeben werden. Die Differenz zwischen den jetzigen Monopolspreisen und den von uns beantragten Abkaufpreisen soll auf die Weizen gedeckt werden, daß der Uebernahmepreis aus der nächsten Ernte bei Großhandelspreisen, die ein Bodenfruchtmaß von über 50 ha besitzen, bei Weizen und Roggen um Kč 20 --, bei Getreide und Hafer um Kč 10 -- per q niedriger auszusagen ist, als bei kleinerer mit einer Anbaufläche bis zu 50 ha.

Zucker ist im Ueberfluß vorhanden und doch für Viele ein Luxus!

Die Erzeugungspläne für 1 Kilogramm Zucker betragen Kč 120. Im Ausland kostet unser Zucker 70 bis 80 Heller pro Kilogramm. Der kleine Kaufmann zahlt für 1 Kilogramm Zucker Kč 605. Der Verkaufspreis beträgt Kč 640 pro Kilogramm.

Wer ist also der Verdiener beim Zucker?

Kartelle und Monopole sind die Ursache dieser Liebespeise. Die Kartellherren verdienen von der Krise und Elend Riesengewinne. Dem Arbeiter wird jedoch das Letzte genommen. Der Gewerbetreibende, der kleine Kaufmann wird gequält.

Auch die Margarine soll teuer werden!

Margarine, die von einem Großteil der Bevölkerung als einzige Fettart verwendet wird, wurde vermehrt und soll teurer werden. Dadurch würde die Lebenshaltung der breiten Masse der Bevölkerung auf Neue herabgesetzt werden und weitere Unmenslichkeiten, weitere Arbeitslosigkeit wären die Folgen.

Wir wiederholen nochmals die Forderungen:

10.000 Waggon billiges Getreide nach Nordböhmen!
Für die Verbilligung des Zuckers!
Gegen die Verteuerung der Margarine!

Wir rufen die gesamte Bevölkerung auf
sich diesen Forderungen anzuschließen und ihnen ein Zustimmungserklärungen.

Bezirkskomitee für billiges Getreide in Reichenberg – Bezirksverband Deutscher Bäcker für die Tabakstädter, Reichenberg – Bezirkskomitee „Vorwärts“ Reichenberg – Verband der Gewerbetreibenden für den pol. Bezirk Reichenberg (Landgemeinden) – Konsumverein der Eisenbahner Reichenberg – „Jüdische“ Einkaufsgenossenschaft d. Kaufleute, Str. „Ludlow“ – Konsumverein „Selbsthilfe“ in Reichenberg – „Eiche“ Einkaufsgenossenschaft d. Kaufleute Ruppertsdorf – Konsumverein der Eisenbahner in Riesa, Leipzig – Genossenschaft d. Handelstreibenden Alt-Halleendorf, Postgruppe d. Lebensmittelhändler – Konsumverein „Vorwärts“ Zwickau – Genossenschaft Gewerbe-Genossenschaft Paulsdorf – Konsumverein „Lichtstrahl“ Struppenberg – Handelsgenossenschaft Leukers – Konsum-Genossenschaft „Einigkeit“ Röß – Einkaufsgenossenschaft „Friedens“, Str. Jochimsch – Einkaufsgenossenschaft d. Kaufleute von Johannenberg und Umgebungs.

Verlag: Deutscher Verlag, Halle/Saale, 1936. Nr. 1. 10. 1936.

wintersonnenwende.com

Auch dieser Hilferuf verhallte ungehört.
Zur gleichen Zeit verdarben in den ungeeigneten Speichern (frühere Fabrikräume) der Getreidegesellschaft 15.000 Waggon Korn und Weizen!
[\[Vergrößern\]](#)

die Konjunktur nicht aufgehört hat oder in diesem Jahre die Produktion intensiviert wurde. Gebessert hat sich bloß der Erwerb. Das Lebensniveau des Arbeiters kehrt äußerst langsam in einzelnen Branchen dahin zurück, wo es 1929 oder 1930 war.

Auf Grund von Daten der Zentralsozialversicherungsanstalt, welche die Lohnverhältnisse in diesem Jahre illustrieren, stellte Ing. Necas fest, daß von der Gesamtzahl von 2,207.818 Versicherten 67 Prozent sich nicht einmal das Allernotwendigste zur Bestreitung des Lebensunterhaltes kaufen können.

Unerfreulich sind auch die Verhältnisse der Privatangestellten. Die Bezüge der Privatbeamten mit Hochschulbildung in der Altersstufe von 28 - 35 Jahren bewegen sich von 900 bis 1200 Kc. Verhältnismäßig anständig gezahlt sind die Privatbeamten, die Fremdsprachen beherrschen, am schlechtesten bezahlt aber Schreibkräfte, die bei Ganztagesbeschäftigung ein Bruttoeinkommen von 300 bis 400 Kc pro Monat beziehen, nur Kräfte mit langjähriger Praxis haben ein Bruttoeinkommen von 700 bis 900 Kc. Bei den öffentlichen Angestellten haben sich die Gehaltsverhältnisse nicht geändert, und deshalb empfindet man in ihren Kreisen den Anstieg der Lebensmittelpreise äußerst ungünstig.¹¹⁰

Die wichtigsten Lebensmittel zeigen nach den Kleinhandelspreisen pro Kilo und Kc seit 1933 folgende Preissteigerungen:

	1933		August 1936
Brotmehl	1,75	-	2,45
Weißbrot	2,00	-	2,60
Weizenmehl	2,85	-	3,45
Kartoffeln	0,60	-	1,45
Schweinefett roh	12,80	-	16,85
Milch	1,55	-	2,20
Kornkaffee in Paketen	5,00	-	6,80
Bohnenkaffee gebrannt	40,95	-	46,26
Leuchtgas	1,75	-	1,90
Lichtstrom	3,25	-	3,80

Diese Zahlen der Lebensmittelpreise und der Lohneinkommen machen es klar und verständlich, daß die Menschen, um ihren Hunger zu stillen, Hunde und Katzen schlachten und Wurzeln und Rinde auskochen, um nur notdürftig ihren Hunger zu stillen.



Das also ist das Bild der Zerstörung des sudetendeutschen Wirtschaftslebens. Wer aus den nüchternen Zahlen der amtlichen Statistik zu lesen versteht, weiß, daß sie mehr sagen als alle die Berichte aus den sudetendeutschen Grenzgebieten auszudrücken vermögen.

In den letzten Monaten ist eine Belebung der industriellen Produktion und ein Rückgang der Erwerbslosigkeit im Staate zu verzeichnen. Aber das Sudetendeutschtum hat daran nur einen geringen Anteil, denn **der Motor dieser fühlbaren Wirtschaftsbelebung ist die tschechoslowakische Aufrüstung und die erfolgt unter peinlichster Fernhaltung des Sudetendeutschtums.** Wenn also die Zahl der Arbeitslosen unter die ½-Millionengrenze gesunken und besonders die Eisen-, Stahl-, Zement- und Kohlenproduktion gestiegen ist, dann sind die unmittelbaren Nutznießer dieser Entwicklung nur die Tschechen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der relative und absolute Anteil der Sudetendeutschen am Aktivstand des tschechoslowakischen Heeres von Jahr zu Jahr kleiner geworden ist, obwohl in der gleichen Zeit der Aktivstand des Heeres vermehrt worden ist. In den neu aufgestellten Polizei- und Gendarmerietruppen, die in die

Grenzgebiete entsandt werden, befindet sich überhaupt kein Deutscher.

Die innere Grenzlinie der nach dem Staatsenteignungsgesetz unter Ausnahmezustand gestellten sudetendeutschen Grenzgebiete fällt nicht nur mit der Sprachgrenze, sondern auch mit der tschechischen Verteidigungslinie überhaupt zusammen. Nur im Böhmerwald, in den Sudeten und in Nordmähren-Schlesien stößt die Verteidigungslinie auch in das deutsche Grenzgebiet vor. Die Befestigungsarbeiten an dieser Grenzlinie werden fast ausnahmslos von tschechischen Arbeitern bestritten, soweit sie nicht im sudetendeutschen Gebiet ansässig sind, werden sie aus Innerböhmen und Mähren herangeholt. Das gleiche gilt für die Materiallieferungen, die fast ausnahmslos an tschechische Firmen vergeben sind. Der deutsche Anteil an den staatlichen Straßen- und Befestigungsbauten im sudetendeutschen Gebiet oder an seiner Innengrenze ist also sehr gering. Die wirtschaftliche Lage hat sich vielmehr weiterhin verschlechtert, da aus einer Reihe "staatsnotwendiger Betriebe" deutsche Arbeiter und Beamte entlassen wurden und aus strategischen Gründen eine Reihe anderer Produktionsstätten, ohne daß die Öffentlichkeit darüber informiert wird, stillgelegt und ins Innere des Landes verlegt werden. Die bereits vor 2 Jahren angekündigte Industrieverlagerung ist im vollsten Gange, wobei man allerdings noch so vorgeht, daß man einfach durch Errichtung neuer Betriebe die Produktion der bestehenden im sudetendeutschen Grenzgebiete von Monat zu Monat drosselt. Während man in die grenzdeutschen Gebiete verstärkte Gendarmerieabteilungen legt, denen die bleiernen Kugeln sehr locker im Laufe stecken, wie die Gewehrsalven zeigten, die von der tschechischen Gendarmerie in demonstrierende hungernde Arbeiter in Brüx, Dux, Freiwaldau und anderen Orten gefeuert wurden, werden in Innermähren, besonders aber in der Slowakei, die dorthin "verlegten" Industrien wieder aufgebaut. Durch alle diese Maßnahmen aber, die im Rahmen der tschechischen Aufrüstung getroffen werden, ist nun jene augenblickliche Wirtschaftsbelebung ausgelöst worden, die wie gesagt, nur den Tschechen zugute kommt, auch wenn die neue Wirtschaftsblüte in der Slowakei jetzt aufgeht.

Ein neutraler Beobachter, der auf seiner Reise nach dem Südosten durch die Tschechoslowakei fuhr, bestätigt in seinem interessanten Reisebericht die hier aufgezeigte Entwicklungslinie. Er schreibt unter anderem:

"Ströme von Kapital fließen nach der Slowakei. Die öffentliche und private Investitionstätigkeit ist von riesigem Ausmaß. Allein für Eisenbahnbauten wurden über vier Milliarden Kronen ausgegeben, davon für die eben eröffnete Bündnisbahn oder Bündnisanschlußbahn Margaretenthal - Rothenfels (Margecany - Ceroyňa Skala) 256 Millionen Kronen. Die Bautätigkeit ist so stark, daß das Gesicht einzelner Städte vollkommen verändert wurde. Die Häfen in Preßburg und Komorn wurden ausgebaut. Sillein bekommt seinen neuen Mammuthauptbahnhof. Nicht minder bedeutend ist der Ausbau der Industrie. Neue Fabriken entstehen in großer Zahl, alte werden ausgebaut, stillgelegte wieder in Betrieb gesetzt. Der Strom der Kapitalinvestitionen sichert der Slowakei dauernd gute Beschäftigung und es ist heute schon so, daß die rein agrarische Struktur des Landes in eine industriell-agrarische umgewandelt wurde, in der die Industrieerzeugung die landwirtschaftliche schon stärker überflügelt hat als in Böhmen, Mähren und Schlesien, obschon doch diese Länder die höchstindustrialisierten der alten österreichisch-ungarischen Monarchie waren. Aber die slowakische Landwirtschaft ist dabei nicht zu kurz gekommen. Sie ist so gut wie schuldenfrei. Die steigenden Einlagezahlen der Geldanstalten bezeugen den Aufstieg, ja man möchte sagen, den Wohlstand in dieser östlichen Provinz des Staates. Sehr günstige Steuererträge lassen auf höheren Warenabsatz und gehobenen Lebensstandard schließen. Die Zolleinnahmen haben sich in der Slowakei um 29 Prozent gegenüber dem Vorjahresstand gebessert. Der Ertrag der Spiritussteuer stieg um 3,5 Prozent, während er in Böhmen um 4,6 Prozent zurückging. Fleischsteuern wurden um 6,3 Prozent mehr eingenommen. In Böhmen gingen sie um 1,8 Prozent zurück. Allgemein ist der Steuer- und Abgabensatz je Kopf der Bevölkerung in der Slowakei um ein

bedeutendes angestiegen. In Böhmen ist er ebenso beträchtlich abgeglitten. Das Verhältnis ist um so beachtlicher, als im Osten die Bevölkerungszunahme wesentlich stärker ist als in den westlichen, den sogenannten historischen Ländern.

So berichten die tschechischen Zeitungen und es ist durchaus wahr, was sie sagen. Ein beinahe ideales Bild der Wirtschaftsankurbelung und des Einsatzes aller Kräfte zur Überwindung der Wirtschaftsnot wird enthüllt. Aber es will doch selbst unter den Neidlosesten, ja nicht einmal im betroffenen Lande selbst eine reine Freude über diese - in mechanischer Rechnung - sehr beachtliche Aufwärtsentwicklung aufkommen. Ja, die Slowaken, die Eingesessenen, erheben nur um so lauter ihre Anklagen gegen Prag und sind doch weit über den Verdacht erhaben, Querulanten zu sein. Es ist nämlich ein Land, das solchermaßen eine wirtschaftliche Blüte erlebt, keineswegs ein Volk. Der Msgr. Hlinka, Führer der Slowakischen Volkspartei hat noch jüngst im Parlament das tschechische System angeklagt, zuerst die Lehrer, die Eisenbahner, die Gendarmen, die Förster und so weiter aus dem tschechischen Gebiet nach der Slowakei gebracht zu haben. Und nun siedele man auch noch massenweise Arbeiter an, während der einheimische Slowake zusehen könne, wie Landfremde - der »slowakische Bruder« sagte: Landfremde - auf ihrem Boden werken. Der slowakische Gebirgsbauer auf kargem Karpathenboden hat nicht teil an der Mehrung des Wohlstandes; wohl aber der tschechische Restgutbesitzer, dem die fruchtbaren Äcker der ungarischen Gentry von dem seiner Durchdringungsaufgabe getreuen Staatsbodenamt zugeschanzt wurden und die Veränderung des Gesichts der Städte wird durch Kasernen- und andere Heeresbauten bewirkt.

Dies ist der eine Schatten: die Slowakei blüht auf, gewiß, nicht aber das slowakische Volk. Es ist ja nur in der Wortfiktion »tschechoslowakisch« gleichberechtigt. Immerhin, die Slowaken sind nur ausgeschlossen von der Aufwärtsentwicklung. Sie haben kaum Nutzen von ihr. Aber sie geht auch nicht auf ihre Kosten. Sie werden nicht mehr von Arbeitsplätzen verdrängt, sondern nur von neugeschaffenen ferngehalten.

Die aber unmittelbar den Schaden haben und die Lasten tragen, das sind »die historischen Länder«, wie die tschechische Presse selbst zugeben muß, das sind die Sudetendeutschen. Unehrllicher Weise Ursache mit Wirkung vertauschend schreiben tschechische Blätter: »In der Slowakei zeigt sich eine industrielle Expansion sondergleichen, während in den historischen Ländern eine Krise zu verzeichnen ist, die zu einer durchgreifenden Beschränkung früher ausgedehnter Erzeugungszweige führen muß.« Daraus könnte man lesen, der industrielle Aufschwung in der Slowakei sei eine Sache für sich. Das ist unrichtig. Im besten Fall könnte man sagen, die Besserung der Arbeitsmarktlage in der Slowakei hängt mit der übrigen Wirtschaftsstruktur des Staates nicht zusammen, soweit es sich um Bahnbauten handelt. Im übrigen ist der Aufstieg dort und der Niedergang hier auf dem einfachst denkbaren Wege zu erklären: Die Industrierwerke, die in der Slowakei aufgebaut werden, sind aus den sudetendeutschen Randgebieten dorthin verlegt worden und der Arbeitsminister Dostalek hat vor einigen Tagen erst angekündigt, daß dies in Zukunft in noch weit größerem Umfang geschehen werde als bisher. Man sagt amtlich, strategische Gründe seien dafür maßgebend. Man spricht nicht davon, aber man nimmt es stillschweigend gern zur Kenntnis, daß neben dem strategischen Ziel der Zweck der »Angleichung der Volksgrenze an die Staatsgrenze« erreicht wird. Denn die sudetendeutschen Arbeiter werden natürlich nicht mit ihren Werken mitgenommen nach der Slowakei. Sie werden und bleiben arbeitslos und damit ist ihr Schicksal erfahrungsgemäß schon so gut wie besiegelt. Und nicht nur mit ihren Arbeitsplätzen, sondern auch mit ihrem Geld bezahlen die Sudetendeutschen die Entwicklung. Sie müssen mit ihrem Geld, das sie in Staatsverteidigungsanleihe angelegt haben, den Bündnisbahnbau in der Bukowina ebenso mitbezahlen wie sie jetzt zwar mit ihrem Geld, nicht aber mit ihrer Arbeitskraft dazu

beitragen dürfen, daß eine neue doppelgleisige Strecke Prag - Brünn - Slowakei gebaut, daß Ersatzflugplätze in der Slowakei und in Karpathenrußland angelegt werden und so weiter."

Das sudetendeutsche Gebiet hat von diesem wirtschaftlichen Frühling, wie gesagt, bisher nichts verspürt. Die Zahlen des Rückganges der Arbeitslosigkeit und der Zunahme der Produktion haben auf die sudetendeutsche Wirtschaftslage keinen Bezug. Dort liegen die Verhältnisse wie sie geschildert wurden und sind eher schlechter geworden.

Anmerkungen:

102 Voraussetzung für den Bezug von Lebensmittelkarten ist der Nachweis eines dreimonatlichen, ununterbrochenen, versicherungspflichtigen Dienstverhältnisses nach dem Jahre 1929. Viele Arbeiter können diesen Nachweis nicht erbringen. Sie werden dadurch nicht nur automatisch aus der ärmlichen Ernährungshilfe ausgeschlossen, sondern können bei den Notstandsbauten keine Beschäftigung finden, weil bei diesen nach den bestehenden Bestimmungen nur solche Arbeiter beschäftigt werden dürfen, die entweder nach dem Genter System Unterstützung beziehen oder die staatliche Ernährungskarte besitzen. Die Verteilung der Lebensmittelkarten erfolgt durch sogenannte Gemeinde-Sozialkommissionen, die von der Behörde ernannt werden. Bei der Zuteilung kommt es, wie wir an anderer Stelle noch zeigen werden, zu allerhand Mißständen; z. B. **von den 1446 Einwohnern von Frühbuß im deutschböhmischem Erzgebirge meldeten sich im Winter 1935 über 400 Personen für die Einreihung in die Ernährungsaktion. Viele von ihnen wurden, da sie Heimarbeiter waren und den verlangten Arbeitsnachweis nicht erbringen konnten, von vornherein ausgeschlossen, obwohl ihre Bedürftigkeit gegeben war. Auf Grund der Erhebungen der Gendarmerie wurde die Zahl der Lebensmittelkartenempfänger bis zum Frühjahr auf 206 herabgedrückt.**

Es wurde ihnen mitgeteilt, daß diejenigen Personen, die über 60 Jahre alt sind, gar keinen Anspruch auf Karten hätten, und es sei deswegen ganz umsonst, wenn sie sich überhaupt um Karten meldeten. [...zurück...](#)

103 *Volkszeitung*, Bodenbach vom 8. 12. 1934. [...zurück...](#)

104 *Narodni Politika*, 18. 12. 1934. [...zurück...](#)

105 *Die Zeit*. 18. 9. 36. [...zurück...](#)

106 *Soziální Revue*, Amtsblatt des Ministeriums für Soziale Fürsorge, Nr. 4, XVII/1936. [...zurück...](#)

107 *Die Zeit*, Prag, v. 28. V. 1936. - Wie gering der Unterschied im Lohnniveau zur Zeit der jeweils größten und niedrigsten Arbeitslosigkeit im Jahre ist, zeigt die folgende Übersicht:

Die tägliche Lohnsumme betrug im

August 1929	52,000.000 Kc
August 1930	49,000.000 Kc
August 1931	47,000.000 Kc
August 1932	39,500.000 Kc
August 1933	34,000.000 Kc
August 1934	32,000.000 Kc
August 1935	33,500.000 Kc und im
Februar 1935	26,000.000 Kc
Februar 1936	27,800.000 Kc

Man muß bei dem Unterschied zwischen den Februar- und Augustzahlen selbstverständlich berücksichtigen, daß im Hochsommer viele Saisonarbeiter (mit teilweise relativ höheren Löhnen) beschäftigt sind.

Bei der täglichen Lohnsumme ist also ein gewisser Aufstieg zu verzeichnen. Inwieweit er nur auf eine Steigerung der Beschäftigtenzahl zurückzuführen ist, zeigt die Entwicklung der Durchschnittslöhne. Diese gestaltete sich folgendermaßen:

August 1929	19,30 Kc	
August 1930	19,30 Kc	
August 1931	19,05 Kc	
August 1932	18,— Kc	
August 1933	16,90 Kc	
August 1934	16,50 Kc	
August 1935	16,10 Kc und im	
Februar 1935	15,70 Kc	
Februar 1936	15,70 Kc	...zurück...

108 *Prager Börsenkurier*, 18. Juni 1936. [...zurück...](#)

109 *Sudetendeutsche Wirtschaftskorrespondenz*, Folge 10. [...zurück...](#)

110 *Prager Presse*, 25. September 1936. [...zurück...](#)



V. Die volkspolitischen Auswirkungen im Sudetendeutschtum

1. Allgemeine Übersicht

Im Oktober des vergangenen Jahres unternahmen einige tschechische linkssozialistische Schriftsteller und Wissenschaftler eine Studienreise durch die sudetendeutschen Grenzgebiete. Unter ihnen befanden sich Professor Dr. Nejedly und Karl Capek, der bekannte Freund und Biograph des früheren tschechoslowakischen Staatspräsidenten Thomas Masaryk. Diesen Männern kann man ebensowenig Deutschfreundlichkeit vorhalten, wie etwa eine voreingenommene oder gar feindselige Gesinnung dem tschechoslowakischen Staate gegenüber. Sie sind tschechische Demokraten und bekennen sich rückhaltlos zu dem politischen Prinzip ihres Vaterlandes. Daher ist ihr Urteil für uns umso wertvoller. Sie kamen in die grenzdeutschen Gebiete, um die dortigen Verhältnisse aus eigenem Augenschein kennen zu lernen. Was sie dort gesehen und gehört haben, haben sie in den folgenden plastischen Schilderungen wiedergegeben. **Damit wird von tschechischer Seite bestätigt, was in den bisherigen Kapiteln dieses Buches dargestellt worden ist. Zugleich aber werden die furchtbaren Auswirkungen der planmäßigen Zerstörung der sudetendeutschen Wirtschaft, der systematischen Benachteiligung der sudetendeutschen Grenzgebiete, der Erwerbslosigkeit und des Lohnausfalles auf das volkspolitische Leben der Sudetendeutschen aufgezeigt.** So schreibt einer der Teilnehmer:

"Unsere Delegierten haben die Kreise Friedland, Reichenberg, Gablonz bereist und haben Fabriken, Kommunal-Behörden und Arbeiterwohnungen besucht. Wir haben mit Leuten aller Gesellschaftsklassen gesprochen, mit den lokalen Behörden, mit Ärzten und Lehrern, mit Arbeitern, Landwirten und Beamten sowie den Vertrauensleuten der Arbeiter-Gewerkschaften. Von allen Seiten wurde uns furchtbares Material vorgelegt. Sowohl auf

Grund hiervon, wie auf Grund dessen, was wir mit eigenen Augen und Ohren gesehen und gehört haben, erklären wir, daß die Verhältnisse in diesen Gegenden ganz einfach katastrophal sind.

Die Industrie ist zum großen Teil vernichtet. Die Maschinen sind entweder verkauft oder demoliert oder dem Verfall überliefert. Es gibt Fabriken, die alten Burgruinen gleichen. Daher ist die Arbeitslosigkeit unerhört, und infolgedessen herrscht vollständige Hungersnot. 90% aller Kinder sind unterernährt. Die Eltern sind in Verzweiflung verfallen und die Ärzte beben vor dem herannahenden Winter. Die Lehrer berichten, daß die meisten Kinder so ausgehungert zur Schule kommen, daß sie dem Unterricht nicht folgen können. Während des Winters blieb eine große Anzahl von Schülern fort, weil sie vollständig warmer Kleider und Schuhe entbehrten. Die meisten Bauern sitzen tief in Schulden, in eigenen und fremden. Trotzdem werden fortwährend Steuern erhoben, und da diese nicht bezahlt werden können, kommen Hof und Möbel unter den Hammer. Man hat versucht, Notstandsarbeiten anzuordnen, aber da die Gemeinden infolge des verzweifelten Zustandes ihrer Finanzen die vorgeschriebenen 20% der Arbeitslöhne nicht bezahlen können, so stehen die Arbeiten auf dem Papier. Hilfe ist hier dringend nötig, wenn die Bevölkerung nicht in Verzweiflung untergehen soll. In dieser Situation sehen wir den schlimmsten Feind unseres Landes und unserer demokratischen Rechte."

Ein anderer führt aus:

"Ganz sicher haben wir Schriftsteller und Wissenschaftler schon früher gewußt, daß in den sudetendeutschen Gebieten große Not herrscht, aber ebenso fest steht, daß ihre Vorstellungen von der brutalen Wirklichkeit weit übertroffen worden sind. Die schrecklichen Bilder, die sich vor den Augen der Mitglieder unserer Kommission aufrollten, können nicht mehr mit den Worten Not, Elend und Verzweiflung ausgedrückt werden, sie sind nichts anderes, als **das erschütternde Anzeichen einer beginnenden Hungerkatastrophe**, die sich in den deutschen Gebieten auszubreiten beginnt. 8 bis 10-köpfige arbeitslose Familien leben von 3 bis 4 Ernährungskarten in der Woche. Wer von den Teilnehmern dieser Kommission könnte das Bild der 80-jährigen Greisin vergessen, die mit erhobenen Händen um eine »Bettlerkarte« bat, da sie sich und ihr verwaistes Urenkel nicht mit einer Unterstützung von 7 Kc wöchentlich ernähren kann. Die Hungersnot beschränkt sich nicht nur auf die Arbeiter, auch die Bauern und kleinen Gewerbetreibenden schilderten auf erschütternde Weise ihre Not. Steuern und Zinsen werden rücksichtslos eingetrieben. Auch in kleinen Orten gibt es 6 bis 8 Versteigerungen täglich. Wenn heute, wo die Ernährungskarte die letzte Möglichkeit einer Lebenserhaltung für viele Tausende ist, die Entscheidung über die Zuteilung letzten Endes bei der Gendarmerie liegt, dann ist es nicht schwer, den Betroffenen die Vorstellung einzupflanzen, daß der Tscheche schuld sei. Wenn die deutschen Arbeitslosen aus den Investition- und Notstandsarbeiten ausgeschlossen werden, weil sich die tschechischen Firmen von weither ihre Arbeitskräfte mitbringen, dann ist es nicht schwer, ihren Haß gegen die Tschechen zu wecken. Wenn die deutschen Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, für die die Steuern eine Frage auf Leben und Tod bedeuten, sich nicht mit dem Steuerbeamten in ihrer Muttersprache verständigen können, dann können sie leicht national entflammt werden. **Es muß zumindest die größte Not und die auffälligste nationale Ungleichheit beseitigt werden.**"

Und wieder ein anderer:

"Wir sahen Arbeiter, die schon 6 Jahre lang keine Arbeit mehr haben. Wir sahen einen Arbeiter, der schon seit 3 Tagen kein Stück Brot oder sonst etwas gegessen hat. Wir sahen einen 64-jährigen arbeitslosen Schneider, der vor Hunger den ganzen Tag im Bett liegt. Vom

Morgen bis in die Nacht arbeitet eine ganze Familie mit ihren Kindern und verdient einschließlich Regie auf Kohle und Petroleum Kc 12 wöchentlich. Die Arbeitslosenunterstützungen sind in jeder Richtung hin unzureichend. Es ist notwendig, diese Gebiete als Notstandsgebiete zu erklären, denn darüber, daß sie es sind, kann auch nicht der geringste Zweifel bestehen. Wir sahen recht sauber gehaltene Kinder in einer vollkommen unzureichenden Stube, die wegen Unterernährung aus der Schule nach Hause geschickt worden sind, weil sie dem Unterrichte nicht mehr folgen konnten. Wir sahen Gemeindespeicher und sogar Sitzungssäle überfüllt mit Möbeln, die wegen Steuerrückständen beschlagnahmt wurden. Im Friedländer Bezirk macht der jährliche Verlust an Löhnen 48 Millionen, im Gablonzer Bezirk 151 Millionen Kc, im Reichenberger Bezirk 34 Millionen Kc aus. Die Krone des ganzen aber ist wie gewöhnlich die Sprachenpraxis. Bei den Finanzämtern muß man sich mit Hilfe von Dolmetschern verständigen, weil dort leider keiner deutsch kann."

Und wieder ein anderer:

"Stellen Sie sich vor, wenn einem Küstenvolke, das aus Fischern und Seefahrern besteht, auf einmal das Meer verloren ginge - dann haben Sie die Lage, wie sie sich heute bei den Reichenberger Webern und Spinnern bietet. In der Grenzstadt Grottau herrscht ausgesprochene Not. Der Arzt in Weißkirchen erklärte, daß die Leute bereits mit 30 Jahren Krebs bekommen. Die Arbeitslosen gehören nicht mehr zur Krankenversicherung und stehen ohne jede ärztliche Hilfe da. Auf unserem Gebiete leben reichsdeutsche Staatsangehörige und erhalten Arbeitslosenunterstützung aus Deutschland. Hitler habe ihnen angeblich 20 Zentner Kohle, dann Bohnen, Erbsen und Mehl geschickt. Zweitausend Kinder hat man in das Reich zur Erholung eingeladen. Unsere Regierung hat das verboten, aber um unsere Kinder kümmert sie sich nicht. Man könnte die Neiße regulieren, die jedes Jahr aus den Ufern tritt und Überschwemmungen verursacht. Das Projekt ist fertig und liegt angeblich bereits 3 Jahre im Arbeitsministerium. Das heurige trockene Jahr wäre für Wasser-Arbeiten wie geschaffen gewesen. Alles war vorbereitet, man wartete nur auf die Bewilligung, aber die Bewilligung ist nicht gekommen. So entgeht den Leuten das Brot. Wenn die Bewilligung gekommen sein wird, sagte einer der Arbeiter mit einem langsamen Lächeln, werden wir keine Kraft mehr zum Arbeiten haben. Wir sind alle wie die Fliegen. Überall, wohin wir kamen, warteten Menschengruppen und empfingen uns immer mit der gleichlautenden Anklage: Es seien schon soviel Kommissionen hier gewesen, hätten geredet, immer sei alles aufgeschrieben und nichts getan worden. Ich bin weit davon entfernt, allgemeine Erscheinungen eines überlebten Wirtschaftssystems als ausschließlich nordböhmisches Merkmal hinzustellen. Ich habe mich nur davon überzeugt, daß dort die Not ein größeres spezifisches Gewicht besitzt, daß dort mehr Elend in einem Kubikraum zusammengedrückt ist. Arbeitslos zu sein, ist hier nicht mehr eine epidemische Erscheinung, sondern ein natürlicher Zustand und das ist schlimm."

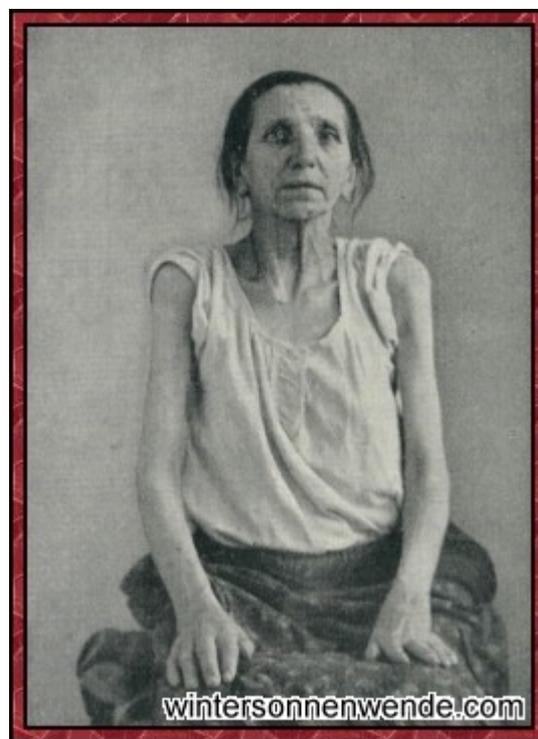
Am 17. Dezember 1935 veröffentlicht der Schwede Nils Hagström, der die Verhältnisse in den sudetendeutschen Grenzgebieten ebenfalls aus eigener Anschauung kennengelernt hat, in der Stockholmer konservativen Zeitung *Nya Dagligt Allehanda* eine Darstellung über "Die Tschechoslowakei und ihre Volksminderheiten". In seiner Schilderung der sudetendeutschen Elendsgebiete stützt er sich ebenfalls auf die Berichte der genannten tschechischen Schriftsteller und Wissenschaftler. In diesem Aufsatz heißt es u. a.:

"Derjenige, der sehen will, was wirkliche Not ist, muß nach Nordböhmens schönem Industriegebiet fahren." So schreibt ein Schriftsteller in *Ceske Slovo*. "Ich kam auf einer Landstraße in der Nähe von Karlsbad daher gefahren", schreibt er, "als meine Aufmerksamkeit auf eine Schar von Menschen fiel, etwa 50, die sich auf einem

Kartoffelfeld zu schaffen machten. Auf meine verwunderte Frage, was sie wohl auf einem umgepflügten Kartoffelfeld zu tun hätten, erhielt ich den überraschenden Bescheid, daß es lauter Industriearbeiter waren, von den Textil- und Glasfabriken in der Nähe. Mit ihren Händen durchwühlten sie das Feld, um die eine oder andere übriggelassene Kartoffel zu finden... Menschen fallen auf den Wegen um, die Krankenhäuser sind überfüllt. Vereinzelt Menschenschicksale? - Nein", beteuert der Verfasser, "sie wiederholen sich überall auf einer Fahrt durch den Böhmerwald, bis zu den Karpathen hin. Beinahe in jeder Familie und in jedem Ort."

Der Bezirksarzt in Graslitz, einem Bezirk von etwa 25 000 Einwohnern, schreibt offiziell, in der Verantwortung seines Amtes:

"Schwarzer Malzkaffee, ohne Milch oder Rahm, ist die Nahrung, die die Säuglinge bekommen, und größere Kinder bekommen Kaffee, Brot und Kartoffeln. Die Kinder sind unterernährt und blutarm, sie haben keine Kleider. Ganze Familien wohnen in engen Löchern, in denen der Fußboden die einzige Schlafgelegenheit ist. Während des Winters hat man keine Kohlen, um zu heizen. »Mama, gib mir Wasser, ich bin so hungrig«, so klagen die Kinder, und der Arzt, der deutlich im Gefühl hat, daß man dies vielleicht doch nicht glaubt, sagt, daß er es auf seinen Eid nehmen kann, daß das Wort so gefallen ist, und daß Anlaß dazu vorhanden war. In einer Familie von 6 Köpfen, Eltern, 3 Kindern und einer Schwiegermutter, gehen die Familienmitglieder buchstäblich halbnackend herum. Sie haben weder Strümpfe noch Schuhe, noch Hemden. Sie leben von schwarzem Kaffee mit Brot zum Frühstück, Suppe zum Mittag; Abendessen gibt es nicht. Sie gehen langsam, aber sicher ihrem Untergang entgegen. Im Adlergebirge mischt man Baumrinde ins Brot, während die Regierung Massen von Getreide in die Moldau werfen läßt, um das Sinken der Preise zu verhindern. Zu einem großen Teil hat sich die Bevölkerung von Katzen und Hunden genährt..."



Hungernde Menschen im Sudetenland.
Fast 30.000 Sudetendeutsche machten seit 1918 ihrem Leben ein Ende. Die Tschechoslowakei kann sich rühmen, die höchste Selbstmordzahl in Europa aufzuweisen.

Das Gesagte mag genügen. Die Schilderungen könnte man ins Unendliche vermehren. Und es bleibt zu bemerken: sie stammen sämtlich von Tschechen, die man nicht verdächtigen kann, daß sie übertreiben. Außer einer schmächtig geringen Arbeitslosenunterstützung, die nur einer geringen Zahl während einer begrenzten Wochenfolge zugute kommt, ist von den tschechischen Behörden im verflossenen Jahre nichts getan worden, um der Not abzuhelpfen. Man hat im Gegenteil den Eindruck, daß die Behörden kaltblütig und nicht ohne eine gewisse Befriedigung diese fremden Volkssplitter zugrundegehen sehen. Es ist nämlich so weit gekommen, daß man Hilfsaktionen verhindert hat, die von ihren eigenen, etwas besser gestellten Landsleuten ausgehen sollten. Ebenso hat man jede Hilfsaktion von reichsdeutscher Seite verboten. Nicht einmal der bescheidenste Beitrag in Form von Kleidern und Eßwaren darf die Grenze passieren.

Was man nicht verbieten kann, ist die Klage der Unglücklichen. Wie eine schreiende

Anklage steigt sie über die Grenzen und richtet sich wie ein flammender Notruf an alle zivilisierten Völker. Hier, wenn irgendwo, so sollte man glauben, hätte der Völkerbund eine Aufgabe, wenn dieser Bund nicht eine Karikatur dessen wäre, was er sein wollte und sollte. Von der Seite ist nichts zu erwarten. Aber man wendet sich an das Gewissen glücklicher gestellter Völker, an die, welche noch nicht von dem größten Unglück getroffen worden sind, das ein Volk treffen kann: ein unterjochtes Volk zu sein."

Das also ist sudetendeutsches Schicksal und so zeigen sich die Auswirkungen des tschechischen Wirtschaftskrieges. Während die tschechischen Industrien Tag und Nacht arbeiteten, kam es in den sudetendeutschen Betrieben vielfach schon zu Arbeitszeitverkürzungen. Und mußten, wie es in den letzten Jahren vorkam, auch tschechische Betriebe ihre Produktion einschränken, da war es inzwischen im sudetendeutschen Gebiet bereits zu einer reihenweisen Stilllegung der Fabriken gekommen. Wurden in utraquistischen Betrieben Arbeiterentlassungen vorgenommen, dann waren es immer nur deutsche Arbeitsmenschen, die von ihr betroffen wurden, während bei Neueinstellungen größtenteils nur tschechische Arbeiter Berücksichtigung finden.

Die zur Krisenbekämpfung bereitgestellten Mittel (Ausfuhrzuschüsse und Kredite), gewährten Erleichterungen (Steuerabschreibungen, Kreditverlängerungen, Zinsennachlässe) und staatliche Lieferungsufträge kamen ausschließlich der tschechischen Industrie zugute. Die 1934 aufgelegte "Arbeitsanleihe", die der Ankurbelung der Staatswirtschaft galt und zu der von dem Sudetendeutschum rund 30 v. H. gezeichnet worden waren, fand bis zu 96 v. H. für Bauten im tschechoslowakischen Gebiet und Lieferungsufträge an tschechische Firmen Verwendung, während in die sudetendeutschen Gebiete kaum 4 v. H. flossen, so daß das Sudetendeutschum zu einem Viertel die Arbeitsbeschaffung im tschechoslowakischen Gebiete finanzierte.

Und nicht anders wird die im Jahre 1936 aufgelegte "Wehranleihe" Verwendung finden, die zum Prüfstein der Loyalität der Sudetendeutschen dem tschechoslowakischen Staate gegenüber gemacht worden ist und durch die einem verarmten Volk unter Druck und der Zusicherung der Verwendung der Gelder im sudetendeutschen Gebiet und zur Belebung des sudetendeutschen Arbeitsmarktes die letzten Spargroschen ausgepreßt wurden. Hier triumphiert das Unrecht und die Gewalt!

Aber auch die Fürsorge für die von der Erwerbslosigkeit unmittelbar Betroffenen erwies sich als völlig unzureichend. Verarmung der Bevölkerung, völlige Zerrüttung ihres Gesundheitszustandes, Erhöhung der Sterblichkeit, Rückgang der Geburtenzahlen, sind die beabsichtigten Auswirkungen des geschilderten tschechischen Wirtschaftskrieges. Die Not in den sudetendeutschen Gebieten ist bereits so allgemein geworden, daß man sie fast als einen Normalzustand ansieht. Da veröffentlichte z. B. die *Reichenberger Zeitung* zu Beginn ds. Js. folgende Notiz:

"Das unbefugte Schlachten von Hunden, das allenthalben Ärgernis erregt, da hierbei die Tiere meist qualvoll leiden, nimmt auch im Gebiete von Röchlitz und Umgebung überhand. Erst kürzlich wurde wieder ein solcher Mann, von Beruf Bäcker, ausgeforscht. Selbstredend will der Mann den fetten Boxer irgendwo gekauft haben; meist aber hängt die Tötung von Hunden mit einem Hundediebstahl zusammen. Das unbefugte Schlachten von Hunden und Katzen trägt auch die Gefahr des Verbrauchs von verseuchtem Fleisch in sich. Es wird ja weder das Tier vor der Tötung untersucht noch das Fleisch desselben. Es gibt in der Umgebung von Röchlitz Leute, die dieses Fleisch sogar verkaufen. Die Polizei ist bereits auf der Spur weiterer solcher Hundefänger und Hundeschlächter."

Das Blatt findet gar nichts mehr daran, daß die Menschen, um ihren Hunger zu stillen, Hunde und Katzen schlachten und ihr Fleisch genießen. Es wendet sich nur dagegen, daß es "unbefugt" geschieht. Der Staat aber, der nichts tut, um für die hungernden Menschen das notwendige Brot zu schaffen, der lieber ganze Waggonladungen von Getreide vernichtet, statt sie hungernden deutschen

Menschen zu geben, verfolgt - die Hundefänger!

Der Stadtrat der sudetendeutschen Stadt Aussig hat den Beschluß gefaßt, das Schlachten, den Handel und den Verkauf sowie die Einfuhr von Hunde- und Katzenfleisch im rohen oder im zubereiteten Zustande für menschliche Genußzwecke im Gebiete der Stadt Aussig überhaupt zu verbieten.

Es sind keine Einzelercheinungen, die im folgenden kurz skizziert sind:

"Ein sechsjähriger Knabe aus dem sudetendeutschen Kohlengebiet wird zum »Auffuttern« bei Bauern untergebracht. Ein Butterbrot ist ihm ein so ungewohnter Genuß, daß er sich sofort übergibt. Er kann überhaupt kein Essen behalten. Nach ärztlicher Verordnung erhält er zunächst nur trockenes Brot, nach einer Woche etwas Butter dazu, endlich nach vier Wochen richtiges Essen. Nachforschungen ergeben, daß er zu Hause überhaupt nichts anderes hatte, als früh und abends je ein kleines Stückchen Brot.

In P. in Nordböhmen war eine schwangere Frau so schwach, daß sie, im Bette liegend, sich kaum noch aufrichten konnte. Ihre Nahrung bestand, bis man sich ihrer annahm, täglich aus einem Stückchen Brot und etwas Wasser. Ihr Mann ist 28, sie ist 26 Jahre alt. Beider Aussehen ist greisenhaft.

Im gleichen Ort lebt eine Familie mit sechs Kindern von 20 Tschechenkronen wöchentlicher Unterstützung. Das sind etwa 2 Mark. In einem Raum, der 4 mal 4 Meter groß ist, haust diese achtköpfige Familie noch mit zwei Schlafburschen zusammen. Die Kinder waren, als man sich ihrer annahm, so schwach, daß sie seit Wochen nicht mehr die Schule besuchen konnten.

Ein Kind, das bei Bauern untergebracht wurde, schreibt nach Hause über sein gutes Essen. Seine Brüder, 8 und 10 Jahre alt, verlassen heimlich das Elternhaus und wandern 40 Kilometer über Land, um auch einmal ein Butterbrot zu bekommen."¹¹

In Südmähren wurden einem Landwirt 3 Kühe durch den Blitz erschlagen. Die Kadaver mußten vom Wasenmeister eingescharrt werden. Trotzdem sie vor dem Einscharren schon 2 Tage gelegen hatten, machten sich hungernde Arbeitslose zur Nachtzeit mit Rucksäcken und Krampen bewaffnet ans Werk, gruben die bereits stark in Verwesung übergegangenen Tierleichen aus, um aus diesen die noch halbwegs verwendbaren Stücke herauszuschneiden und nach Hause zu tragen. (*Zeit*.)

Die Arbeiterin Julie Hauptmann in Kojetein fristete mit ihren Kindern ein kärgliches Leben. Ihr kleiner Verdienst reichte kaum für sie selbst aus und so äußerte sie in den letzten Tagen ihre Bedenken, ob sie wohl noch so lange, bis ihre Kinder in die Schule gehen könnten, mit ihren Kräften aushalten werde. Anfang August vergiftete sie in ihrer Verzweiflung ihre Kinder und sich selbst. Es gelang zwar, sie im Krankenhaus wieder zu Bewußtsein zu bringen, doch erlitt sie kurz darauf einen Tobsuchtsanfall, so daß man gezwungen war, sie mit Zwangsjacke ins Irrenhaus zu befördern. (*Zeit*.)

Da finden sich keine Ligen für Menschenrechte, die im Namen der Humanität gegen die planmäßig betriebene Massenverelendung im Sudetendeutschum Einspruch erheben, da finden sich auch keine internationalen Gerichtskommissionen, die gegen die Beraubung des primitivsten Lebensrechtes von 3½ Millionen deutscher Menschen Anklage erheben und an die Weltgerechtigkeit appellieren, da rührt sich auch nicht das sattsam bekannte Weltgewissen, das sich immer dann bemerkbar macht, wenn einem jüdischen Verbrecher der Prozeß gemacht werden soll.

Als der Führer des in der Sudetendeutschen Partei geeinten Sudetendeutschums, Konrad Henlein, an dieses Weltgewissen appellierte, da antworteten die tschechischen Humanitätsdemokraten mit wüsten Beschimpfungen und Verdächtigungen, die Welt aber schwieg!

Es klang geradezu wie bitterer Hohn auf die sudetendeutsche Not, als der sozialdemokratische Fürsorgeminister als letztes Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaftsnot mitteilte, **daß in seinem Ministerium bereits Pläne ausgearbeitet und die Vorbereitungen getroffen werden, um eine Auswanderung größeren Ausmaßes zwar nicht in Kolonien, denn die besitzt die Tschechoslowakei nicht, aber dafür nach Frankreich und Sowjetrußland sicherzustellen.**

Für das Wohl des russischen Kommunismus also wird ein "tschechoslowakischer" Bauer in einer Kollektivwirtschaft säen und für das Gedeihen des französischen Kapitalismus ein "tschechoslowakischer" Arbeiter in einem französischen Bergwerk sich abrackern müssen. Sollten diese Menschen das Glück haben Kinder großziehen zu können, dann würden diese ihren Vätern nicht nur in der Arbeit folgen, denn in der neuen Umgebung wäre die alte Heimat rasch vergessen.

Außer durch die "Entlastung des Arbeitsmarktes" wären schließlich diese Menschen nicht imstande gewesen der Heimat einen Dienst zu leisten. Dazu tauchte noch der Vorschlag auf, ganze Dorfgemeinschaften geschlossen zu übertragen, was ja letzten Endes einer Aufgabe des Bodens gleichkäme. Wir wissen nicht, ob sich zur Erfüllung solcher Funktionen die Tschechen und Slowaken drängen werden; dagegen wissen wir, daß das Sudetendeutschum für diese "Exportförderung" und Erwerbslosenfürsorge dankt.



Anmerkung:

111 *Der Volksdeutsche*. Nr. 5/1936. [...zurück...](#)



a) Verarmung

Ein schöner Erfolg des Fleißes und der Sparsamkeit der sudetendeutschen Bevölkerung, aber auch ein Beweis ihrer Genügsamkeit ist die Tatsache, daß die Einlagen in den deutschen Volksgeldanstalten 1931 über 9 Milliarden Kronen erreichten, womit sie in Gold- und Vorkriegsnoten umgerechnet 88 bis 90% der Friedenseinlagen erreichten. Krieg, Kriegsanleihe und Kronenentwertung waren überwunden und der durch die geschilderte Wirtschaftspolitik bedingte Verdienstentfall durch eine gesteigerte Sparsamkeit wettgemacht. Wenn es 1931 dennoch zum Zusammenbruch einiger deutscher Geldanstalten kam, so der Leitmeritzer Volksbank, der deutschen Bank in Reichenberg, und zum Moratorium der Kaadner Sparkasse, dann zeigten sich darin die ersten Rückwirkungen der hereinbrechenden Krise, auch wenn man der Leitung dieser Institute eine gewisse Schuld an dem Zusammenbruch zuspricht.

1932 begann der Rückschlag. Er kam, wie der *Prager Börsenkurier* feststellt, von der Währungsseite. Nervosität gegenüber der Währung verursachte vor allem eine starke Bautätigkeit, die Geldabfluß kostete. Die Unruhe steigerte sich aber von seiten der im Jahre 1931 von der Bankenseite her zugewachsenen Einlagen. Diese Einlagen waren keine Spareinlagen, es war spekulatives, unsicheres Wanderkapital, das sich sofort, als sich die erste Besorgnis aus der Bankensanierung legte, wieder neuen lukrativeren Anlagen zuwandte. Das dritte und nachhaltigste Moment, das wirkte und noch heute wirkt, ist die fürchterliche Krise, die über Großindustrie, Großbanken, über mittlere und kleine Industrie, Handel und Gewerbe kam. So darf es nicht wundernehmen, daß Einlagen abwanderten. Obwohl 1932 vereinzelt recht hohe Ansprüche an

Anstalten gestellt waren, haben 1932 die Sparkassen ganz und die Kreditgenossenschaften zum weitaus überwiegenden Teil diese erste Probe ihrer Liquidität gut bestanden. Zu Beginn des Jahres 1933 zeigen sich bei manchen Kreditgenossenschaften (Reichenberg - Gablonzer Gebiet) besondere Anspannungen, die zum Teil durch die unerledigte Angelegenheit Deutsche Volksbank Leitmeritz, in weiterer Folge durch den Schalterschuß zweier privater Geldanstalten (Bankhaus Massopust und der Friedländer Bankgesellschaft) ausgelöst wurden, und im Februar-März zum Schalterschuß der Haus- und Grundbesitzerkasse in Reichenberg und der gegenseitigen Spar- und Vorschußkasse in Gablonz führten. Als dann noch der Schalterschuß der Centralbank der deutschen Sparkassen dazukam, wurde die Krise der Volksgeldanstalten akut.

Wesentlich kritischer verlief (aus den gleichen Gründen) das Jahr 1933 für die Kreditgenossenschaften, die Vorschußkassen, obwohl auch diese Kassen geradezu Erstaunliches geleistet haben.

Und haben auch manche Vorschußkassen ihre Schalter geschlossen, so muß festgestellt werden, daß, von einigen Ausnahmen abgesehen, der Großteil es tat, nachdem er 25 bis 30 und 40 Prozent seiner Einlagen zurückgezahlt hatte.

Die Endbilanz 1933 spiegelt die Krise deutlich wider. Für die Sparkassen ergab sich ein reiner Kapitalrückgang um zirka 12,5 Prozent, unter Hinzurechnung der kapitalisierten Zinsen um 9,3 Prozent. Drei Sparkassen, Eger, Karlsbad und Fischern, waren gezwungen, zur Beschränkung der Auszahlungen zu greifen. Alle anderen Kassen hatten standgehalten und ihre innere Kraft bewährt.

Bei den Kreditgenossenschaften dürften sich die Rückgänge der Einlagen ungefähr in gleicher Höhe bewegen. Eine Reihe von Vorschußkassen blieb in der Form von Stillhalteabkommen, Auszahlungsbeschränkungen und offiziellen Moratorien auf der Strecke.

1934 und 1935 hat sich die Lage nicht geändert, nur holt man nicht mehr aus Angst und Nervosität seine Einlagen, sondern weil man sie wirklich braucht.¹¹²

Die tiefgehende Verarmung der breiten sudetendeutschen Bevölkerungsschicht spiegelt die Bewegung der Spareinlagen.

Im Jahre 1934 verteilte sich das Sparkapital bis 3000 Kč pro Kopf eines Erwerbstätigen	auf 62 deutsche Bezirke, <u>40 tschechische Bezirke.</u> 102 Bezirke,
das Sparkapital von mehr als 8000 Kč pro Kopf eines Erwerbstätigen	auf 28 deutsche Bezirke, <u>90 tschechische Bezirke.</u> 118 Bezirke.

Allein in Böhmen, dem reichsten und wirtschaftlichsten Lande, ergibt sich folgende Übersicht:

Gesamter Kapitalstand	36,8 Milliarden.
Davon entfallen auf die	
2,5 Millionen Deutschen d. s. 36,3 % 9.420 Millionen d. s. 25,6 %
4,5 " Tschechen d. s. 63,7 % 27.380 " d. s. 74,4 %
pro Kopf der deutschen Bevölkerung demnach 3.310 Kronen
pro Kopf der tschechischen Bevölkerung 6.140 "

In der Vorkriegszeit war es annähernd umgekehrt.

Obzwar in den deutschen Bezirken Böhmens nur ein Viertel des gesamten Sparkapitals des Landes angesammelt ist, entfallen auf sie von dem Rückgang 1009 Millionen, auf die tschechischen Bezirke hingegen nur 762 Millionen. In Prozenten betrug der Spareinlagenrückgang der beiden letzten Jahre in den deutschen Bezirken 10,4, in den tschechischen hingegen nur 2,6. Verhältnismäßig am größten war der Spareinlagenrückgang in dem durch die Verlegung der Rothauer Eisenwerke noch ärmer gewordenen politischen Bezirk Neudek, wo die Spareinlagen um 25 v. H. bzw. um 21,8 Mill. auf 662 Mill. zurückgingen. Große Rückgänge ergaben sich auch in den Bezirken Schluckenau mit 20 v. H., Trautenau 16, Karlsbad 18, Rumburg 15, Leitmeritz, B.-Leipa, St. Joachimsthal, Friedland mit je 15, Gablonz 18 usw. In Gablonz betrug der Einlagenrückgang der letzten zwei Jahre 125,5 Mill Kc bei einem Stande von 675,6 Millionen im Jahre 1931, d. i. mehr als in Prag, wo bei einem fast zwanzigfachen Einlagenstande von 10.812,2 Millionen der Rückgang nur 114 Millionen, also ungefähr 1 v. H., betrug. Ebenso wie in Prag waren auch in den meisten anderen tschechischen Bezirken die Einlagenrückstände verhältnismäßig gering und jedenfalls erreichen sie nirgends so hohe Ziffern wie in den deutschen Gegenden, wo in fünf politischen Bezirken die Spareinlagen im Jahre 1933 unter den Stand von 1927 zurückgefallen waren, und zwar Podersam, Saaz, Kaaden, Leitmeritz und Schluckenau. So wies z. B. der politische Bezirk Schluckenau 1928 449,1 Millionen Spareinlagen aus, 1933 aber nur noch 151,9. Einige Bezirke Böhmens konnten trotz der Krise das Sparkapital vermehren. Es gilt dies von den politischen Bezirken B.-Brod, Humpolee, Eule bei Prag, Melnik, Rican und Asch, letzterer ein weißer Rabe unter den deutschen Bezirken des Landes. In den tschechischen Gegenden verfügen auch die nicht durch besonderen Industriefleiß oder durch außerordentlich günstige Bodenbeschaffung ausgezeichneten Bezirke über reichliche Sparkapitalien. So sind z. B. selbst die Bezirke Milevsko, Sedlcan, Tabor, Strakonitz usw. verhältnismäßig reicher an Spareinlagen als Teplitz-Schönau oder Aussig und die meisten deutschen Bezirke überhaupt. Die an Spareinlagen reichsten Bezirke Böhmens mit einer Quote von über 13.000 Kc pro Erwerbstätigen waren im Jahre 1930: Prag mit 20.026 Kc, Königgrätz, Kolin, Nachod und Tabor mit 14.000 bis 15.000 Kc und Pisek, Nimburg, Podebrad, Sobieslau, Eger, Gablonz, Marienbad und Reichenberg mit 13.000 bis 14.000 Kc.

Eine andere Übersicht über den Rückgang der Spareinlagen und damit des Volksvermögens zeigt folgendes Bild von 102 Bezirken.

	Einlagen- stand Ende 1931	in Mill. Kč Ende 1933	Rück- gang %	Arbeits- losigkeit in %
29 deutsche Bezirke (tschech. Minderheit unter 20%)	6.900,3	6.093,3	11,7	24,7
11 gemischtsprachige Bezirke mit deutscher Mehrheit	3.418,6	3.140,9	8,1	18,2
10 gemischtsprachige Bezirke mit tschech. Mehrheit	2.306,2	2.192,1	4,9	12,4
52 tschechische Bezirke (deutsche Minderheit unt. 20%)	15.095,1	14.557,6	3,6	9,9

Die Verteilung des Sparkapitals in der Tschechoslowakei war folgende:

Böhmen	36,8 Milliarden;	für Erwerbstätigen Kopfquote	10.332 Kč
Mähren-Schlesien	10,9	" "	6.914 Kč
Slowakei	33,8	" "	3.766 Kč
Karpathenrußland	0,2965	" "	1.678 Kč
	81,8 Milliarden.		

Dabei ist die Zahl der Erwerbstätigen mit 6,537.303 und die durchschnittliche Spareinlage mit 8.043 als Grundlage der Berechnung angenommen.¹¹³

Gegenüber 1932 beträgt der Rückgang 3,2 Milliarden.

Seit dem Jahre 1929 ist das Nationaleinkommen in der Tschechoslowakei von 90 Milliarden auf 47 Milliarden herabgesunken. Da nun die Spareinlagen bei den Sudetendeutschen bedeutend stärker zurückgegangen sind, so beweist das abermals, daß von dem Rückgang des Nationaleinkommens in der Tschechoslowakei um 43 Milliarden in erster Linie das Sudetendeutschtum betroffen ist, das bereits die Spareinlagen zur Existenzhaltung überhaupt heranziehen muß.¹¹⁴

b) Wohnungselend und Volksgesundheit

Die seit Jahren ruhende Bautätigkeit hat zu einer geradezu katastrophalen Verelendung der Wohnverhältnisse geführt. Minister Necas hat in einer Sitzung des spezialpolitischen Ausschusses im November 1935 ein Bild von den Wohnungsverhältnissen entworfen, wie es drastischer nicht mehr gezeichnet werden kann.

"Infolge der Krise", so sagt der Minister, "schränken immer weitere Kreise ihre Wohnungsbedürfnisse ein, so daß an größeren Wohnungen ein Überangebot besteht, während die Nachfrage nach Kleinstwohnungen, d. h. nach billigsten Wohnungen, sich ständig erhöht. Gegenüber dem Jahre 1932 sind in der zweiten Hälfte 1934 die Baukosten um etwa 30 Prozent gesunken. Trotzdem beträgt die Miete eines Wohnraumes in einem Neubau noch 1.500 bis 1.700 Kc (150 bis 170 RM) jährlich.

Fast die Hälfte unserer Bevölkerung hat aber ein Einkommen unter dem Existenzminimum von 6.000 Kc (600 RM). Das bedeutet, daß für diese Hälfte der Bevölkerung der Mietzins in einem Neubau unerschwinglich ist, denn er würde bei einer Wohnküche mehr als 30 und bei zwei Räumen bis zu 60 Prozent des Durchschnittseinkommens ausmachen! Darin liegt die Hauptursache des Rückganges der privaten Bautätigkeit. Eine durchgreifende Besserung ist nicht zu erwarten, solange nicht in den Gehalts- und Lohnverhältnissen eine Besserung eintritt.



Hier wohnen Menschen! Riesengroß müßten diese Worte über dem Eingang dieser "Wohnung" stehen, um das ungeheure Verbrechen der tschechischen Bürokratie aufzuzeigen. Der Staat, der mit Überlegung auf die Vernichtung hunderttausender Menschen hinarbeitet, nur weil diese einem anderen Volke angehören, hat das Recht verwirkt Kulturstaat genannt zu werden.



Selbst aus dieser Notbehausung muß der Arbeitslose mit seiner Familie weichen, da er 5 Kronen Mietzins nicht aufbringen kann.

Die Unterstützung von Wohnungsbauten mit einem Wohnraum bedeute zwar in der Wohnungskultur einen Schritt zurück, aber es ist doch besser, die arme Bevölkerung in solchen Wohnungen unterzubringen als zuzulassen, daß die Ärmsten gezwungen sind, Notwohnungen in Felshöhlen oder Ziegeleien zu suchen, oder sie weiter in ungesunden Kellerwohnungen zu belassen.

Die Zahlen, die das Fürsorgeministerium aus einigen größeren Städten gesammelt hat, geben ein Bild direkt erschütternder Not und legen Zeugnis ab für die ständig fortschreitende Verarmung ganzer Bevölkerungsklassen. Zur Illustration mögen einige Ziffern dienen:

In Notwohnungen (Waggons, Magazine, Baracken usw.) wohnen derzeit nach den Berichten aus 57 größeren Orten 5.298 Familien mit 21.080 Familienmitgliedern.

Aus dem deutschen Gebiet führt der Minister an, ohne natürlich anzugeben, daß auch von den nicht genannten 53 Orten die meisten im sudetendeutschen Gebiet liegen:

Komotau: 61 Familien mit 254 Köpfen,
Brüx: 82 Familien mit 307 Köpfen,
Aussig: 102 Familien mit 365 Köpfen,
Saaz: 270 Familien mit 1300 Köpfen,
Iglau: 124 Familien mit 466 Köpfen,
Znaim: 104 Familien mit 445 Köpfen.



An die Spitze der Betrachtungen über die Auswirkung der tschechischen Wirtschaftspolitik auf die Volksgesundheit sei ein Bericht eines sozialdemokratischen Arztes gestellt, der in seiner Art eine furchtbare Anklage der Prager Regierung darstellt und dem man schwerlich eine "nationalistische" Tendenz bei seinen Ausführungen wird unterschieben können. Der Arzt schreibt u. a:

"Im Gegensatz zu anderen Ländern werden der breiten Öffentlichkeit Erfahrungen über die Auswirkungen der Krise auf die Volksgesundheit von Ärzten der Sozialversicherungsanstalten nur selten berichtet. Es hängt dies vielleicht zum großen Teil damit zusammen, daß bis heute eine geregelte ärztliche Versorgung der Arbeitslosen nicht vorhanden ist. Die in der amtsärztlichen Praxis in den Krankenkassen faßbaren Folgen der Krise auf die Volksgesundheit können sich daher nur auf die arbeitenden Menschen und ihre mitversicherten Familienangehörigen beziehen. Daß aber auch hier schon Folgen festzustellen sind, soll an zwei Beispielen aus einem nordwestböhmischem Gebiete gezeigt werden.

In der Weihnachts- und Neujahrwoche wurden in diesem Bezirk einige Betriebe während der Feiertage stillgelegt. In diesen Tagen meldeten sich in der zuständigen Bezirkskrankenkasse eine größere Anzahl von Erwerbstätigen zur Untersuchung. Es waren zumeist langjährig arbeitende Menschen, die sich schon lange Zeit mit einem Leiden trugen und aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, die arbeitsfreien Tage benutzten, um etwas für ihren Körper zu tun.

Unter diesen waren schwer Lungenkranke, Magenkrebskranke und Leute mit schwerem Magengeschwür. Der Befund bei diesen Kranken war so schwerwiegend, daß man sich als Arzt wundern mußte, daß solche Menschen ihrer Arbeit noch nachgehen konnten. Auf Befragen, weshalb sich die Kranken nicht eher zur Untersuchung gemeldet haben, teilten diese dem Arzt mit, daß man als einziger Verdienner einer großen Familie nicht wagen könne, längere Zeit im Krankenstand zu bleiben, weil man einerseits vom Krankengeld eine Familie mit einigen erwerbslosen Erwachsenen nicht ernähren könne und es andererseits bei den

heutigen Arbeitsverhältnissen leicht möglich sei, daß bei längerem Fernbleiben von der Arbeit ein anderer für den Kranken eingestellt wird.

Bemerkenswert ist, daß es sich in diesen Fällen meist um Arbeiter von großen Betrieben handelt. Ganz im Gegensatz zu früher vergeht fast keine Woche, in der man nicht einige Fälle von schwerer Lungentuberkulose bei kleinen Kindern und Säuglingen bei der Röntgenuntersuchung zu sehen bekommt, und dies zwar bei Kindern erwerbstätiger Arbeiter. Sicherlich sind es zum größten Teil Nachzustände von Infektionskrankheiten, wie Masern, Keuchhusten, doch auch diese Kinder sind Opfer der Krise. Wenn man sich über die Wohnungsverhältnisse, über die Zahl der vom Erwerb eines Menschen lebenden Familienmitglieder erkundigt, erfährt man die trostlose Lage der arbeitenden Menschen. Und dabei sind diese Menschen immer noch besser daran als jene, die arbeitslos sind und von keiner ärztlichen Untersuchung erfaßt werden. Bei dieser Betrachtung ist es aber auch notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir nur zwei Anstalten für lungentuberkulose Kinder besitzen und daß die Aufnahme in diese Anstalten erst nach Monaten und da zumeist schon zu spät gelingt. Einige allgemein-öffentliche Krankenhäuser besitzen zwar Kinderabteilungen, doch stehen diese Kinderabteilungen zumeist ohne lungen- und kinderfachärztliche Beratung."¹¹⁵

Am Ende des Schuljahres 1933/34 - also anfangs Juli - wurde von den amtlichen Berufsberatungsstellen der Deutschen Jugendfürsorge eine ärztliche Untersuchung der schulentlassenen und stellungsuchenden sudetendeutschen Jugend angestellt, die nachstehendes erschütterndes Ergebnis hatte:

Tuberkuloseerkrankungen	25 %
Herzerkrankungen	13 %
Augenkrankheiten	21 %
Schwermütigkeit und Selbstmordabsichten	<u>10 %</u>
	69 %

Vier Fünftel der grenzdeutschen Jugend sind körperlich und seelisch krank.

Diese Tatsache wird durch einen Bericht des Abgeordneten und Vizepräsidenten des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses Siegfried Taub im sozialpolitischen Ausschusse Ende November 1934 nachdrücklichst unterstrichen.

Der Abgeordnete führte aus:

"Die Erhebungen, die ich nach dieser Richtung hin angestellt habe, haben ein Bild zutage gefördert, das geradezu als erschreckend bezeichnet werden muß. Vor allem muß es daher unsere Pflicht sein, dafür zu sorgen, daß unsere Kinder gespeist und bekleidet werden. Ich möchte Ihnen aus der Fülle des Materials, das mir zur Verfügung steht, nur einiges anführen:

So wird mir aus dem Dux-Biliner Bezirk gemeldet:

Die Wirtschaftskrise macht sich besonders bei dem Gesundheitszustande der proletarischen Bevölkerung in ganz erschreckender Weise bemerkbar. Die Unterernährung der arbeitenden und arbeitslosen Proletarier ist jedem Laien in die Augen springend, der aus anderen Bezirken in den Dux-Biliner kommt. Die Zahl der Arbeitslosen ist höher als die der Versicherten der Krankenkassen, die zusammen 7.500 Versicherte haben, von denen die größte Zahl Kurzarbeiter sind.

Die Folgen dieser Unterernährung sind das gehäufte Auftreten der Tuberkulose und der Rachitis. Wenn sich auch die Jugendfürsorge, die Masarykliga, die Krankenkassen und verschiedene andere Organisationen bemühen, hier helfend einzugreifen, so sind deren Erfolge infolge der großen Zahl der Hilfsbedürftigen und der geringen zur Verfügung stehenden Mittel nur gering.

Während früher Erkältungskrankheiten, Influenzen oder sonstige geringfügige Erkrankungen in wenigen Tagen geheilt waren, so haben diese Krankheiten infolge der geschwächten Widerstandskraft der Befallenen eine viel längere Dauer und sind häufig verbunden mit dem Aufflackern von bereits zum Stillstand gekommenen Tuberkulosen.

Die Folgen der Krise sind besonders bei den Schulkindern auffällig, wo ein noch viel größerer Schaden entsteht als bei den Erwachsenen. Die Infektionskrankheiten (Diphtherie, Scharlach) sind in unserem Bezirke schon durch fünf Jahre epidemisch geworden. Infolge Mangel an Kleidung sind Erkältungserkrankungen an der Tagesordnung und führen infolge der Unterernährung zu oft schwierigen Komplikationen und dauernden Schädigungen.

Mehr als 70 Prozent der Schulkinder sind blutarm und unterernährt; ihr Körper ist den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen. Die Kinder kommen ohne Frühstück in die Schule und Ohnmachtsanfälle kommen fast täglich in den Schulklassen vor.

Was die kleinen Kinder betrifft, so sind vor allem diejenigen bedroht, welche infolge Unterernährung von den Müttern nur kurze Zeit gestillt werden können und wo dann die Mittel fehlen, um künstliche Nahrungsmittel zu beschaffen. Deshalb sehen wir die Zahl der Todesfälle an Fraisen und Darmkatarrh in den letzten Jahren bei Kleinkindern besonders steigen. Durch die Unterernährung wird die Knochenbildung verzögert, die Zuführung



Kindermord im Herzen Europas!

Rachitisch mit aufgedunsenem Bauch, so werden die Kinder in die Spitäler eingeliefert. Jede Hilfe kommt zu spät.

von kalkhaltigen Nahrungsmitteln fehlt, und die Folge sind dann rachitische Veränderungen des Skeletts, die man seit der Hungersnot des Weltkrieges schon ausgerottet glaubte, die jetzt aber wieder viel häufiger zu sehen sind. Diese Schwächung des kindlichen Organismus durch ungenügende Ernährung ermöglicht auch der Tuberkulose eine vermehrte Ausbreitung, deren Folgen sich erst im späteren Alter der Kinder zeigen werden.

Wie schwer der Gesundheitszustand der arbeitslosen Bevölkerung durch Krise und Unterernährung geschädigt ist, beweisen die Ausgaben der Arbeitslosen-Heilfürsorge, welche monatlich nur für Medikamente über 5000 Kc betragen. Infolge dieser hohen Ausgaben war dieses Hilfswerk schon mehrmals in seiner Existenz bedroht. Es muß getrachtet werden, daß dieser so segensreichen Hilfsaktion die notwendigen Mittel zu ihrer Fortführung zur Verfügung gestellt werden. Ebenso muß für die Kinder genügend Milch zur

Verfügung sein, da die Arbeitslosen nicht imstande sind, die Kosten hierfür aufzubringen. Dasselbe gilt in der Frage der Bekleidung; auch hier sind weitgehende Hilfsmaßnahmen angezeigt.

Aus einem schulärztlichen Bericht, der mir aus Schönlinde zugegangen ist, entnehme ich folgende Daten:

In den ersten Klassen wurden 34 Knaben und 41 Mädchen untersucht. Bei diesen wurden festgestellt: Blutarmut in 20 Fällen, Reste von Rachitis in 13 Fällen, Drüsen in 43 Fällen, Zahnfäule in 38 Fällen. In den fünften Klassen wurde bei 64 Knaben und 50 Mädchen festgestellt: Blutarmut in 36 Fällen, Rachitis in 39 Fällen, Drüsen in 83 Fällen, Zahnfäule in 61 Fällen, Blähhsals in 76 Fällen.

Aus Eger wird mir mitgeteilt:

Nach einem Bericht des Sanitätsrats Dr. Wilhelm Thieben sind in der Mutterberatungsstelle 70 Prozent der Säuglinge unterernährt. Nach dem schulärztlichen Bericht sind von 2643 untersuchten Kindern 85 Prozent unter dem Normalgewicht!

Ein ganz besonders erschütternder Bericht geht mir von der Tagesheimstätte für erwerbslose Jugend in Karlsbad zu:

In der Tagesheimstätte für erwerbslose Jugendliche sind 50 junge Burschen im Alter von 15 bis 20 Jahren untergebracht. Von den 50 Jugendlichen haben 26 einen Beruf erlernt, 21 davon mußten die Lehrzeit wegen Arbeitsmangels unterbrechen. Fünf Jugendliche haben ausgelernt und sind mit dem Tage der Freisprechung arbeitslos. In 20 Fällen ist der Vater verstorben, in acht Fällen die Mutter. In acht Fällen steht der Vater als Kurzarbeiter in Beschäftigung, in allen übrigen Fällen ist der Vater gänzlich erwerbslos. Die Mutter ist in 13 Fällen als Kurzarbeiterin beschäftigt.

Die Wohnverhältnisse sind sehr schlecht. 20 Familien bewohnen zwei Räume, 30 Familien einen Raum. Von den 50 Jugendlichen haben elf das eigene Bett, die übrigen müssen das Nachtlager mit Familienangehörigen teilen. Der ärztliche Befund lautet bei 13 Jugendlichen auf »ohne Besonderheiten«, bei allen übrigen sind besondere Mängel festzustellen. Drei Jugendliche benötigen dringend den Aufenthalt in der Lungenheilstätte. Ein Jugendlicher ist im Vergleich zu Größe und Alter um 15 Kilogramm zu leicht. Die jungen Burschen kommen aus starken Familien, die bis zu 12 Köpfen zählen.

Nach einem Bericht des Herrn Dozenten Dr. Slavik, des leitenden Arztes des Kindererholungsheimes in Dittersbach, sind für das Jahr 1933/34, das sind sechs Belegperioden mit 554 Kindern, folgende Feststellungen gemacht worden:

Blutarmut in 122 Fällen, Drüsen in 29 Fällen. Und es wird in diesem Bericht festgestellt, daß die Zahl der wegen Blutarmut eingewiesenen Kinder gegen das Vorjahr fast gleich ist, die der Blutarmut und Körperschäden bezeichneten dagegen um 5 Prozent höher.

Im Sammelbericht der Schulärzte im Bezirke Tetschen seien noch folgende Daten angeführt:

Es wurden 3879 Knaben und 4042 Mädchen untersucht. Bei 36 Prozent Knaben wurde Blutarmut, bei 1,1 Prozent Rachitis, bei 10 Prozent Tuberkulose, bei 4 Prozent Skrofulose

und bei 15,1 Prozent Drüsen festgestellt. Bei den Mädchen war das Verhältnis: 34,5 Prozent Blutarmut, 0,8 Prozent Rachitis, 11 Prozent Tuberkulose, 5 Prozent Skrofulose, 11 Prozent Drüsen.

Im Bezirk Bensen wurden 1502 Knaben und 1434 Mädchen untersucht.

Hier wurde festgestellt bei Knaben: 30,3 Prozent Blutarmut, 0,5 Prozent Rachitis, 1 Prozent Tuberkulose, 1 Prozent Skrofulose, 16,5 Prozent Drüsen. Bei Mädchen: 29,4 Prozent Blutarmut, 1,2 Prozent Rachitis, 1 Prozent Tuberkulose, 2 Prozent Skrofulose, 11,5 Prozent Drüsen.

Im Bezirk Böhm.-Kamnitz wurden 1610 Knaben und 1566 Mädchen untersucht.

Das Bild stellt sich wie folgt dar: Bei Knaben: 20,6 Prozent Blutarmut, 10,9 Prozent Rachitis, 5 Prozent Tuberkulose, 7 Prozent Skrofulose, 18,2 Prozent Drüsen. Bei Mädchen: 25,1 Prozent Blutarmut, 7 Prozent Rachitis, 4 Prozent Tuberkulose, 7 Prozent Skrofulose, 16,3 Prozent Drüsen."



Kranke unterernährte Kinder, fiebernd und verschollen, wie sie heute bei den arbeitslosen Familien überall zu finden sind. Als Sudetendeutsche im Reiche 1936 Kinder aus der Heimat über den Sommer zur Erholung nach Sachsen bringen wollten, verbot die tschechische Regierung die Ausreise.

So weit der Bericht des sozialdemokratischen Abgeordneten, für den und für dessen Kolleginnen, deren Berichte im nachfolgenden wiedergegeben seien, das gleiche gilt, was wir eingangs zu dem Bericht des sozialdemokratischen Arztes gesagt haben.

Die Abg. Irene Kirpal schildert in einer Parlamentsrede anfangs Dezember 1934 die Not der sudetendeutschen Industriegebiete, in denen zum Teil fast jede Erwerbstätigkeit zum Stillstand gekommen ist, u. a. wie folgt:

"Unter dieser Erscheinung leiden besonders stark die Schulkinder, und es müssen Vorsorgen getroffen werden, damit die Schuljugend nicht mehr hungere und friere. Es sind rund 300.000 Schulkinder der Erwerbslosen der größten Entbehrung ausgesetzt. Das sind oft keine Kinder mehr, das sind lebende Leichname, die in den Elendsgebieten verwahrlost und verhungert früh in die Schule schleichen! Oft werden diese Kinder in der Schule ohnmächtig. Hier müßte der tschechoslowakische Staat endlich eingreifen und überall Schulküchen einrichten und eine umfangreiche Ernährungsaktion durchführen!"

Das gleiche erklärt die Abg. Schack aus ihrem westböhmischem Wahlkreis:

Bei Besprechung der furchtbaren Folgen der Krise für die Kinder der Arbeitslosen führt Rednerin ein Rundschreiben der Egerer Mutterberatungsstelle an, in welchem festgestellt wird, daß 70 Prozent der Säuglinge unterernährt sind und keine warme Kleidung haben, während 15 Prozent direkt rachitisch sind. Wie das Volk draußen lebt, darüber können die Pflegeschwestern Auskunft geben: Bei den Hausbesuchen finden sie die Kinder oft zu dritt und zu viert in einem Bett, das nurmehr aus armseligen Lumpen besteht.

Die größeren Kinder kommen oft ohne Frühstück und mangelhaft gekleidet zur Schule, und die Lehrer beklagen sich, daß die Kinder während des Unterrichtes vor Schwäche einschlafen oder ohnmächtig werden. Für diese armen Kinder muß bald ausgiebige Hilfe geschaffen werden, denn in den unterernährten Kindern dieser Arbeiter und Arbeitslosen ist die künftige Generation des Sudetendeutschtums auf das schrecklichste bedroht, wenn nicht in letzter Stunde ausreichende und dauernde Hilfe gebracht wird!

So schildern Regierungsabgeordnete die sudetendeutsche Jugendnot!

Im Gesundheitsausschuß des Abgeordnetenhauses erstattete am 28. November 1935 Dr. Czech (deutscher Sozialdemokrat) einen Bericht über die Aufgaben seines Gesundheitsministeriums. Dabei kam er auch auf das Kinderelend in den sudetendeutschen Gebieten zu sprechen. Er führte u. a. aus:

"Wie sehr es notwendig ist, die Krisenauswirkungen in den von der Arbeitslosigkeit am härtesten heimgesuchten Gebieten zu ermitteln und damit nicht nur der schweren Bedrohung der Gesundheit der Bevölkerung dieser Gebiete, sondern darüber hinaus auch der Nachbargebiete zu steuern, zeigen die Ergebnisse einer Erhebung, die das Gesundheitsministerium in den von ihm in 78 Bezirken ins Leben gerufenen halbamtlichen Beratungsstellen »Unser Kind« vor ganz kurzer Zeit durchführen ließ, um für die von ihm geplante Kinderhilfsaktion greifbare Unterlagen zu erhalten. Die Ergebnisse dieser Erhebung sind geradezu aufregend. Doch es ist am besten, wenn wir sie - vorläufig ohne jeden Kommentar - für sich selbst sprechen lassen, wobei wir natürlich nur einzelne markante Beispiele herausheben wollen.

So hat die Brüxer Beratungsstelle festgestellt, daß im ersten Vierteljahr des Jahres 1935 gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Jahres 1934 die Zahl der mit Affektion der Lymphdrüsen behafteten Kinder um 36 Prozent, die Zahl der tuberkulösen Kinder um 42 Prozent und die Zahl der rachitischen Kinder um 200 Prozent - wohlgemerkt, innerhalb eines Jahres! - zugenommen hat.

In Schüttenhofen wurde im Jahre 1935 gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des vorangegangenen Jahres eine Zunahme der Rachitis um 100 Prozent, eine Zunahme der Kinder mit schadhaftem Gebiß um 63 Prozent festgestellt.

In Teplitz-Schönau ergaben sich bei der gleichen Erhebung bei 40 Prozent der Kinder Erscheinungen der Rachitis.

In Asch wurde gegenüber dem Vorjahre ein rapider Aufstieg der Blutarmut und eine Zunahme von schadhaftem Gebiß als Folge der Unterernährung um 39 Prozent festgestellt.

Einige Daten aus dem Berichte des Chefarztes des vom Bezirk Tetschen errichteten Kindererholungsheimes in Dittersbach:

Danach waren 80 Prozent der dort aufgenommenen Kinder untergewichtig und dadurch in ihrer Entwicklung gehemmt, geschwächt oder sonst gestört. Die Zahl der Kinder mit Verbildungen im Knochensystem infolge der durchgemachten Englischen Krankheit betrug 50 Prozent. Bei 48 bis 65 Prozent fand man Wucherungen im Nasen- oder Rachenraum infolge quantitativ und qualitativ ungenügender Ernährung und unhygienischer Lebensweise, infolge Wohnungselends, ungenügender Bekleidung und Beheizung. 24 - 29 Prozent der Kinder waren engbrüstig, 34,5 bis 40 Prozent haben eine schiefe Körperhaltung mit einer mehr oder weniger hochgradigen Wirbelsäulenverkrümmung. 26 bis 34 Prozent haben neurotische Symptome als Ausdruck der allgemeinen Neuropathie. Dabei wird nur so

nebenbei erwähnt, daß bei jedem Antransport von 100 Kindern 10 - 15 verlaust waren und ein Teil der Kinder in fadenscheinigen, geflickten und zerrissenen Kleidern, die vielfach bereits auseinanderzufallen drohten, ins Heim gebracht wurde.

Ich beschränke mich auf diese Feststellungen hinsichtlich der Verelendung der Kinder. Ich kann aber auch nicht umhin, auf die traurige Lage der Frauen und stillenden Mütter in den von der Arbeitslosigkeit heimgesuchten Familien zu verweisen, und kann auch an der Tatsache nicht vorübergehen, daß die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeitslosen, deren Zahl Ende Oktober des Jahres, also noch in der Saisonzeit, die Höhe von 602.755 erreichte, geradezu niederdrückend sind. Welche gesundheitlichen Gefahren die Entbehrungen und die Erschöpfung des Organismus mit sich zu bringen vermögen, darüber gibt uns ein Bericht des Semiler Krankenhausarztes Dr. Vintrich ein geradezu erschütterndes Bild. In der Zeitschrift *Praktischer Arzt* erzählt er über den Notstand der Kinder in den Gebirgsgegenden und verweist auf die »vollständige Wehrlosigkeit des Organismus infolge andauernden Hungerns und Unterernährung«. Zum Schluß sagt er wörtlich:

»Der Organismus gewisser Kranker ist derart erschöpft, daß sich bei den an ihnen durchgeführten Operationen die Schnittwunden nicht schließen!«

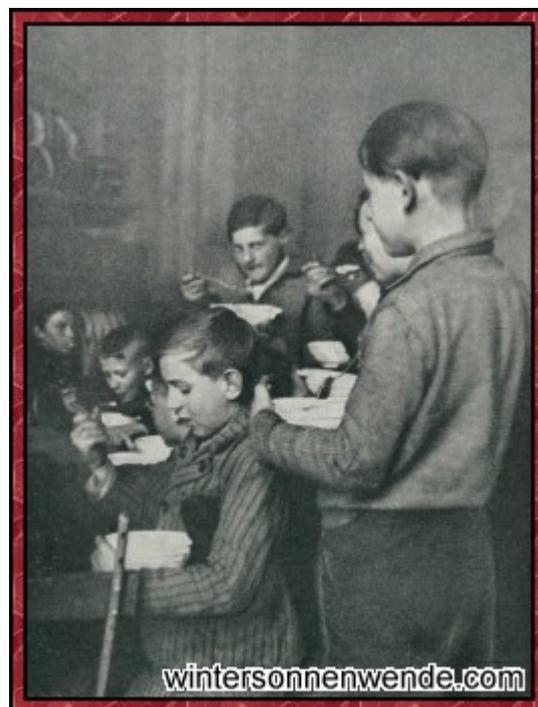
Berichte aus dem deutschböhmischem Erzgebirge besagen, daß z. B. in Rothau alle 100% der Schulkinder erkrankt sind, 79% allein weisen Schilddrüsenerkrankungen auf.

Im Adlergebirge betragen die Erkrankungen der Schuljugend durchschnittlich 76%, im Böhmerwald 82%."

Soweit der Gesundheitsminister.

Der Amtsarzt der Bezirksbehörde Warnsdorf, Sanitätskommissär Dr. Orlik, überprüfte den Gesundheitszustand der Schüler der Volks- und Bürgerschule in Warnsdorf (Deutsch-Nordböhmen) im Herbst 1935. Bisher wurden die Kinder an der Volksschule des dritten Bezirkes und die Schüler und Schülerinnen der Bürgerschule untersucht. An der Volksschule im dritten Bezirk wurde festgestellt, daß 70% aller Kinder stark unterernährt sind. Noch krasser liegen die Dinge an der Bürgerschule, besonders in den ersten Klassen. Der größte Teil der Kinder bessergestellter Eltern trat zu Anfang des heurigen Schuljahres in die Staatsrealschule ein, weshalb in der ersten Klasse der Bürgerschule vorwiegend ärmere Kinder zurückblieben, so daß dort der Prozentsatz der Unterernährten besonders stark ist und über 70% hinausgeht. Zudem besitzen die Kinder fast durchwegs keine entsprechenden Kleider und erscheinen in dünnen, armseligen Kleidungsstücken zum Unterricht.

Über 50% der Untersuchten leiden zudem an der Kropfkrankheit. Fast alle haben sehr schlechte Zähne. Man sei, so erklärte Sanitätskommissär Dr. Orlik wörtlich, ob des Gesundheitszustandes der Kinder entsetzt.



Kinderspeisung durch die Sudetendeutsche Volkshilfe. Überall in den Notgebieten versucht die Sudetendeutsche Volkshilfe mit den zur Verfügung stehenden Geldmitteln der größten Not zu steuern. Und da sind es vor allem wieder die hungernden Kinder, die durch unermüdliche Helferinnen betreut werden.

In der Stadt Rumburg sind von den das 1. Schuljahr besuchenden Kindern der Rumburger Schulen 75% unterernährt. Eine von den vier deutschen Volksschulen in Rumburg zählt 149 Kinder. Davon klagen 55% über ungenügende Ernährung und 18% der Kinder gehen betteln. Von 549 Schulkindern haben 253 arbeitslose Eltern.

Die letzten Eintragungen in den schulärztlichen Gewichtstabellen der Gemeinde Zeidler bei Nixdorf (Bezirk Hainspach) enthüllen ein kaum faßbares Kinderelend, wie es aus einem anderen Orte Nordböhmens bisher wohl nicht bekannt geworden ist. Von den 152 Kindern, welche die Schule besuchen, sind 103 oder 68% unterernährt und unter ihnen am stärksten die Kleinsten. Im ersten und zweiten Schuljahr wurden von 53 Kindern 42 unterernährte oder 81% Kinder festgestellt, im 3. und 4. Schuljahr von 58 Kindern 67%. Im 5. - 8. Schuljahr von 42 Kindern 22 oder 52%. Im 7. und 8. Lebensjahre wiegen die Kinder nur 16,5 bis 17 Kilo, im Alter von 9 und 10 Jahren 25 bis 29 Kilo.

Viele Kinder kommen ohne Vormittagsbrot in die Schule, in der sie fleißig lernen und das Lehrziel erreichen sollen, obgleich sie nicht einmal die körperlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen können. Mit großem Appetit verzehren sie die Brotstücke, die sie von den andern Kindern bekommen oder die sie nach der Schule als "vergessen" vorfinden...

Bei Drucklegung des Buches lagen die amtlichen Berichte für 1936 noch nicht vor. Sie werden für dieses und die folgenden Jahre nur schlechter als besser sein.

Diese Zahlen und Berichte werden in ihrer ganzen Nüchternheit nicht nur laute Hilferufe an die Menschheit, sondern Ankläger zugleich gegen ein System, das sich der Welt im Gewande der demokratischen Humanität darstellt!



c) Rückläufige Bevölkerungsbewegung

Die tiefeinschneidenden Veränderungen, denen das völkische und wirtschaftliche Leben der Sudetendeutschen seit der Errichtung des tschechoslowakischen Staates ausgesetzt war, und ihre unmittelbaren Auswirkungen, die zu einer Verengung des Lebensraumes, zur Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze, zur reihenweisen Stilllegung deutscher Betriebe, zur Zerstörung wirtschaftlicher Existenzen in Handel und Gewerbe führten und damit die Erwerbslosigkeit zur sozialen Massenerscheinung machen, in deren Gefolge weiterhin die Verarmung der Menschen und ihrer Gemeinden steht, die schließlich zu Hunger, Unterernährung und Erkrankung der Bevölkerung und völliger finanzieller Verelendung der Gemeinden führt, konnten nicht ohne nachteiligen Einfluß auf die biologische Volksbewegung des Sudetendeutschums bleiben.

Die Übersicht über die Bevölkerungsentwicklung seit 1880 in den Sudetenländern zeigt, daß das Tempo der Bevölkerungszunahme bei den Deutschen ein langsames ist als bei den Tschechen. (Siehe auch [Seite 29 und die folgenden](#)):

Die Bevölkerungsbewegung zeigt seit 1880 folgendes Bild:

Jahr	Land	tschechisch	%	deutsch	%	zusammen
1880	Böhmen	3,447.843	62,80	2,054.660	37,20	5,535.375
	Mähren-Schles.	<u>1,635.365</u>	<u>63,19</u>	<u>873.024</u>	<u>33,69</u>	<u>2,587.739</u>
		<u>5,113.208</u>	<u>62,95</u>	<u>2,927.684</u>	<u>36,04</u>	<u>8,123.114</u>
1910	Böhmen	4,244.112	63,11	2,477.930	36,84	6,725.352
	Mähren-Schles.	<u>2,091.521</u>	<u>64,01</u>	<u>1,014.432</u>	<u>31,07</u>	<u>3,265.923</u>
		<u>6,335.633</u>	<u>63,41</u>	<u>3,492.362</u>	<u>34,95</u>	<u>9,991.275</u>

1930	Böhmen	4,713.366	67,19	2,270.943	32,37	7,014.559
	Mähren-Schles.	2,595.534	73,80	799.995	22,74	3,501.688
		7,308.900	69,50	3,070.938	29,19	10,516.247

Der Bevölkerungsanteil der Deutschen sank also innerhalb von 50 Jahren von 36,04 auf 29,19 v. H. der Gesamtbevölkerung. Die Ursachen für die ungleiche Entwicklung der Bevölkerungszunahme liegen in der wirtschaftlichen Struktur der beiden Völker und finden dadurch eine natürliche Begründung. Während die Tschechen in dieser Zeit eine noch vorwiegend agrarische Struktur zeigten, war die Industrialisierung im Sudetendeutschtum in der Vorkriegszeit bereits so weit vorgeschritten, daß es an der Spitze aller industriellen Volksgruppen marschierte. Sie brachte ihm in seiner Entwicklung alle Licht- und Schattenseiten eines auf den wirtschaftlichen Aufschwung begründeten Wohlstandes eines Volkes. Und so zeigt sich auch im Sudetendeutschtum die Dekadenz der liberalistischen Wirtschaftsepoche, indem gerade in den Schichten des gebildeten und wohlhabenden Bürgertums das Zweikinder-, Einkind- oder Keinkind-"System" seinen Einzug halten konnte.

Wenn es erbbiologisches Gesetz ist, daß in einem wachsenden und gesunden Volk ungefähr ein Drittel der Gesamtbevölkerung im Kindesalter (bis zum vollendeten 15. Lebensjahr) stehen muß, dann entspricht der Jugendanteil im Sudetendeutschtum im Jahre 1910 noch diesen Bestimmungen. Dann aber kommt das Jahrzehnt des Weltkrieges und die Jahre der Not unmittelbar nachher. Im Jahre 1930 gehörten nurmehr 23 v. H. dieser Altersgruppe an. Es zeigen sich also bereits die Auswirkungen des mangelnden Willens zum Kind, der Verluste während des Weltkrieges, der Opfer des Hungers und des staatlichen Terrors der Nachkriegszeit.

Die Bevölkerungsbewegung bei den Deutschen und Tschechen im Gesamtstaatsgebiet in der Zeit von 1920 bis 1930 ist folgende:

1920	Deutsche	3,123.568, d. s. 23,36	der Gesamtbevölkerung
	Tschechen und Slowaken	8,760.937, d. s. 65,51	" "
1930	Deutsche	3,231.699, d. s. 22,32	" "
	Tschechen und Slowaken	9,688.770, d. s. 66,95	" "
	Bevölkerungszunahme der Deutschen absolut	108.131,	relativ – 1,04,
	" " Tschechen	927.833,	" + 1,44.

In den folgenden Jahren trat eine Verschärfung dieser Entwicklung ein, die durch die katastrophale wirtschaftliche Lage bedingt und ausgelöst wurde. Wenn wir heute zurückschauen und nach einer Erklärung für die rückläufige Geburtenentwicklung suchen und zu dem Ergebnis kommen, daß die gesellschaftlichen Dekadenzerscheinungen weiterwirken,¹¹⁶ dann darf nicht übersehen werden, daß zu diesen Ursachen die natürlichen Auswirkungen eines wirtschaftlichen Verfalles traten, die allerdings erst in den folgenden Jahren in ihrer ganzen Tragik wahrnehmbar werden.

Die systematische Verdrängung von den staatlichen Arbeitsplätzen und die auch weiterhin geübte Abschließung der Sudetendeutschen von ihnen hat die Existenzgründung jenes männlichen Bevölkerungsteiles, der auf diese Arbeitsplätze abfloß, erschwert oder überhaupt unmöglich gemacht, also jenes Teiles, der trotz der "sicheren Position" an sich erbbiologisch an erster Stelle stand. Die stets wachsende Erwerbslosigkeit, die alle Berufe und Stände erfaßt hat, läßt den Kreis "gesicherter" Existenzen als der Voraussetzung für Familiengründung und Bevölkerungszunahme immer kleiner werden. Aber auch bei den in Arbeit und Verdienst Stehenden bedingt der ständige Rückgang des Einkommens eine Einschränkung der Lebensführung, behindert die Familiengründung und setzt vor allem der Vermehrung Schranken.

Dazu kommt in den letzten Jahren eine Tatsache, die gerade für das Sudetendeutschtum nicht

übersehen werden darf: die Unsicherheit über die wirtschaftliche Lage bei den noch in Arbeit stehenden und die Hoffnungslosigkeit bei jenen, die bereits seit Jahren ihren Arbeitsplatz verloren haben. Heute wird in aller Öffentlichkeit gerade von staatlichen Funktionären erklärt, daß 200.000 Erwerbslose nicht mehr in den Arbeitsprozeß werden eingegliedert werden. Der arbeitslose Tscheche hat das Bewußtsein, daß für ihn der Staat sorgt, und sorgen wird! Dieses Bewußtsein fehlt dem Sudetendeutschen. Er sah und sieht, wie alle Maßnahmen zur Krisenbekämpfung nur der tschechischen Wirtschaft und damit den Tschechen zugute kamen. Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit aber sind keine treibenden Kräfte in der Bevölkerungsentwicklung. Diese Tatsache wird man zur Erklärung für den krassen Rückgang des Geburtenüberschusses in den letzten Jahren anführen müssen.

Der bekannte sudetendeutsche Bevölkerungspolitiker Dr. Otto Muntendorf verweist in einer interessanten Studie auf die Tatsache, daß nicht etwa die Großstädte Prag, Brünn, Mähr.-Ostrau, Preßburg und Pilsen, sondern vielmehr unsere sudetendeutschen Mittel- und Kleinstädte die geringsten Geburtenziffern unter allen Städten der Republik aufzuweisen haben. Der Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte hat sich in den sudetendeutschen Städten in der katastrophalsten Weise ausgewirkt; wenn man bedenkt, daß im Durchschnitt (nach Harmsen) eine Lebendgeburtensziffer von rund 20 auf Tausend der Bevölkerung notwendig ist, um die Erhaltung auch nur des Bestandes einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu sichern, und nun an Hand der Veröffentlichungen des Statistischen Staatsamtes feststellen muß, daß im Jahre 1934 keine einzige sudetendeutsche Stadt (mit mehr als 10.000 Einwohnern) auch nur mehr eine Lebendgeburtensziffer von 14 a. T. erreichen konnte, ist es leicht einzusehen, daß bei einer Fortdauer der gegenwärtigen Geburtenverhältnisse in nicht allzuferner Zeit entweder mit einer raschen Abnahme der Bevölkerungszahl dieser Städte oder was noch viel näher liegt - mit ihrer zunehmenden nationalen Überfremdung gerechnet werden muß; umsomehr, als der Bevölkerungsnachschub aus dem bäuerlichen Hinterland dieser Städte - oft ist ein solches überhaupt nicht mehr vorhanden: Reichenberg! Gablonz! - längst nicht mehr in ausreichender Stärke erfolgen kann.

Unter den 12 böhmischen und mährisch-schlesischen Städten (mit mehr als 10.000 Einwohnern), die im Jahre 1934 eine Lebendgeburtensziffer von weniger als 9 a. T. aufwiesen, befanden sich, wie aus nachfolgender Tabelle hervorgeht, neun, d. s. 75 Prozent, deutsche Städte und weitere 2 Städte mit einer fast 20-prozentigen deutschen Minderheit (Mähr.-Ostrau und Friedek). (Zu Vergleichszwecken sind auch die Zahlen für die Großstädte der Republik angeführt.)

Die geburtenärmsten Städte der Sudetenländer 1934

(Lebendgeburtensziffern a. T. in Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern)

1. Mähr.-Schönberg	6,68 – 5,07	6,44	9. Königgrätz	8,45 – 2,02	6,43
2. Reichenberg	6,90 – 4,52	8,31	10. Troppau	8,62 – 4,02	7,22
3. Karlsbad	6,93 – 4,27	7,65	11. Turn	8,76 – 3,00	8,88
4. Teplitz-Schönau	7,96 – 4,57	8,37	12. Friedek	8,86 – 1,85	6,36
5. Gablonz	7,96 – 1,18	8,29	19. Pilsen	9,33 – 1,67	8,01
6. Leitmeritz	7,97 – 4,51	6,61	38. Prag	10,61 – 0,19	9,78
7. Mähr.-Ostrau	8,14 + 0,30	7,17	39. Brünn	10,61 + 0,84	8,32
8. Neu-Titschein	8,34 – 4,14	6,06			

Anmerkung: Fett gedruckte Städtenamen = Deutsche Städte. Fett gedruckte Eheschließungsziffern = Zahl der Eheschließungen 1934 höher als die Gesamtzahl der Lebendgeburten. (Bedeutung der Zahlenreihen: 1. Reihe = Lebendgeburtensziffern 1934, 2. Reihe = Differenz gegenüber dem Vorjahr, 3. Reihe = Eheschließungsziffern.)

Den "Rekord" unter den geburtenärmsten Städten der Sudetenländer hält also, wie unsere Tabelle zeigt, die Stadt Mähr.-Schönberg mit einer Lebendgeburtensziffer von 6,68 a. T. Wie groß die Gefahr

der nationalen Überfremdung ist, in der sich gerade diese Stadt befindet (unser Beispiel hat jedoch auch für viele andere sudetendeutsche Städte volle Gültigkeit), können wir nur annähernd ermessen, wenn wir uns folgendes vergegenwärtigen: Das deutsche, durch die Industrie schon bis in die höchsten Gebirgsdörfer (Winkelsdorf) stark ausgelaugte Hinterland dieser Stadt kann längst nicht mehr die zur Erhaltung des derzeitigen Standes der deutschen Bevölkerung Mähr.-Schönbergs notwendigen biologischen Reserven stellen. Doch hart an der Stadtgrenze (2 Kilometer von ihr entfernt) beginnt das tschechische Sprachgebiet! Die Arbeiterschaft der Stadt ist heute schon zum größten Teile tschechisch; das gleiche gilt von den staatlichen Beamten und Angestellten; tschechische Kaufleute, Gewerbetreibende und Handwerker rücken nach. 1921 betrug die Zahl der Tschechen in Mähr.-Schönberg 1991 (16 Prozent), 1930 war sie bereits auf 3434 (22½ Prozent) gewachsen. Und 1940, wenn sich erst, wie zu erwarten ist, der stärkere Geburtenrückgang auf deutscher Seite ebenfalls auf die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung auszuwirken beginnt?

Doch ganz ähnliche Geburtenverhältnisse können wir auch in den beiden deutschböhmisches Städten Reichenberg und Karlsbad (**vgl. die Tabelle!**) feststellen. In Reichenberg war 1934 sogar die (absolute) Zahl der Eheschließungen um 44 v. H. höher als die Zahl der ehelichen Geburten! Aber auch in Mähr.-Schönberg, Karlsbad, Teplitz-Schönau, Gablonz, Leitmeritz, Troppau, Turn und Prag, also in insgesamt 9 Städten übertraf die (absolute) Zahl der Eheschließungen in diesem Jahr die der ehelichen Geburten. Und auch unter diesen 9 Städten waren wiederum 8 deutsche!

Der Überschuß der Zahl der Sterbefälle über die der Geburten (a. T.) überstieg 1934 bereits in 11 Städten der Tschechoslowakischen Republik (mit mehr als 10.000 Einwohnern) die Zahl von 3 a. T. Und unter diesen Städten befanden sich abermals 9, d. s. 82 v. H., deutsche Gemeinden! In der Stadt Mähr.-Schönberg war die (absolute) Zahl der Sterbefälle 1934 bereits um 76 Prozent, in Reichenberg um 66 Prozent höher als die der Lebendgeburten!¹¹⁷

Wir sehen uns also Auge in Auge mit der Gefahr, daß das deutsche Element in den Sudetenländern noch weiter zurückgedrängt wird, als es nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung in den vergangenen 10 Jahren schon der Fall war.

Die Gefährdung der sudetendeutschen Volksgruppe aus den gesellschaftlichen Verfallserscheinungen und Auswirkungen der tschechischen Wirtschaftspolitik heraus wird aus den nachfolgenden letzten amtlichen Ziffern klar. Der Geburtenrückgang seit 1930 stellt sich wie folgt dar:

Jahr	für den ganzen Staat	davon	
		Tschechen und Slowaken	Deutsche
1930	333.327	217.234	61.034
1931	318.192	207.928	57.742
1932	312.351	203.924	55.620
1933	287.454	188.573	51.035
1934	280.757	183.620	49.768
1935	268.346	174.956	46.441

Nach einer Zwischenbilanz für die 1. Hälfte des Jahres 1936 erreicht die Zahl der Lebendgeburten im ganzen Staate nur 118.264, davon 88.285 Tschechoslowaken und nur mehr 18.297 Deutsche.

Wir sehen also ein ständiges Abgleiten der Geburtlichkeit, von dem sowohl der tschechisch-slowakische Bevölkerungsanteil als auch das Sudetendeutschtum betroffen ist. Die ungleich stärkere Gefährdung der sudetendeutschen Volksgruppe wird aber erst dann ganz klar ersichtlich, wenn wir den verhältnismäßigen Anteil der Deutschen an der Gesamtzahl aller Geburten errechnen.

Dabei sei vorausgeschickt, daß die Volkszählung 1930 den deutschen Anteil an der Gesamtbevölkerung des Staates mit 22,32% ergab. Unser Anteil an den Lebendgeburten betrug aber nur mehr:

1930	18,9 %
1931	18,5 %
1932	18,2 %
1933	17,8 %
1934	17,8 %
1935	17,3 %

Er lag also weit unter dem sogenannten Bevölkerungsschlüssel, so daß in den nächsten Jahren mit einer starken deutschen Bevölkerungsabnahme zu rechnen sein wird.

Noch deutlicher tritt die Bedrohung des zahlenmäßigen Bestandes des Sudetendeutschums in Erscheinung, wenn wir den reinen Geburtenüberschuß in Betracht ziehen. Auch hier sollen die nüchternen Zahlen sprechen. Sie ergeben ein anschauliches Bild. Es wurden auf sudetendeutscher Seite mehr Menschen geboren als starben:

1930	15.586
1931	11.487
1932	9.999
1933	5.942
1934	7.041
1935	1.857

Die Bevölkerungsbewegung am Schlusse des 1. Halbjahres 1936 ergab bereits keinen Geburtenüberschuß mehr! Damit tritt zum relativen Abgleiten des deutschen Bevölkerungsanteiles in den Sudetenländern auch das absolute, was die Befürchtung zu bestätigen scheint, daß das Sudetendeutschum bei der kommenden Volkszählung hart an die, wenn nicht unter die 3-Millionen-Grenze gelangt. Die eigentlichen Auswirkungen der nun seit Jahren herrschenden wirtschaftlichen Verelendung im Sudetendeutschum mit der völligen Erschütterung seines Gesundheitszustandes wird sich in den folgenden Jahrzehnten zeigen.

Auffallend in der Entwicklung der Bevölkerungsverhältnisse in der Tschechoslowakei sind die unehelichen Geburten als eine weitere soziale Massenerscheinung im Sudetendeutschum. Im Jahre 1933 war der Landesdurchschnitt der unehelichen Geburten

in der Slowakei	mit 8,9 %	am niedrigsten,
in Böhmen	mit 13,3 %	am höchsten.

Hinter diesem Landesdurchschnitt in Böhmen blieben fast alle tschechischen Bezirke zurück. Anders ist das Bild in den sudetendeutschen Grenzgebieten. So betrug der Prozentsatz der unehelichen Geburten in

St. Joachimsthal	33 %,
Bensen, Duppau, Neudek, Büchau über	30 %,
St. Sebastiansberg, Görkau, Auscha, Elbogen,	
Katharinaberg, Podersam, Preßnitz, Hartmanitz, Saaz	25 - 30 %.

Nur wenige deutsche Bezirke liegen unter 20%. Da das Ansteigen der Zahl der unehelichen Geburten gleichzeitig erfolgt mit dem Ansteigen der Arbeitslosenziffer, so ergibt sich daraus von

selbst die Tatsache, daß diese soziale Erscheinung eine Folge der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse in der Tschechoslowakei ist, die sich in jeder Hinsicht bei den Sudetendeutschen stärker als bei den Tschechen auswirken, und die die Eheschließungen fast unmöglich machen!



Die fortschreitende wirtschaftliche Verelendung und die dadurch bedingte Hoffnungslosigkeit, die in breiten Bevölkerungskreisen Platz gegriffen hat, ließ eine Selbstmordepidemie zur sozialen Massenerscheinung werden!

Sie setzte besonders nach dem Bekanntwerden von der Nichteinlösung der dem österreichischen Staate gezeichneten Kriegsanleihe durch die Tschechoslowakei ein. Damals machten Hunderte kleiner Beamter und Rentner, die ihre Altersversorgung in Glauben und Treue dem Staate der Habsburger geopfert hatten und nun plötzlich vor dem Nichts standen, ihrem Leben ein Ende, oft, weil sie Armut als Schande empfanden, in den meisten Fällen aber, weil sie einen elenden Hungertod vor Augen sahen. Ihnen folgten aber Hunderte, die der Zusammenbruch des Jahres 1918 aus der eingeschlagenen Lebensbahn geworfen hatte, die brot- und existenzlos geworden sind, und schließlich Tausende, die seit Jahren das Schicksal der Arbeitslosigkeit ertragen mußten und keine Hoffnung mehr finden und schöpfen konnten, nochmals in den Arbeitsprozeß eingegliedert zu werden.

Der offiziellen Statistik über die Selbstmorde in der Tschechoslowakei ist ein ständiges Steigen derselben zu entnehmen, das nicht zuletzt auf die herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen ist. Die Anzahl der Selbstmorde in den einzelnen Jahren betrug:

1927 - 3.734
 1928 - 4.116
 1929 - 4.048
 1930 - 4.415
 1931 - 4.399
 1932 - 4.464
 1933 - 4.562
 1934 - 4.596

Auf 1000 Einwohner entfielen im Staatsdurchschnitt 1927 - 2,6, im Jahre 1934 dagegen 3,1 Selbstmorde. Besonders groß war die Zahl der Selbstmörder in Böhmen, wo 1927 - 3,4 und 1934 sogar 4,1 Selbstmorde auf 1000 Einwohner entfielen. In Mähren-Schlesien 2,5 bzw. 2,8; in der Slowakei 1,4 bzw. 1,5 und in Karpathenrußland 0,8 bzw. 1,0. So wie die wirtschaftliche Not in den von Deutschen bewohnten Randgebieten am höchsten ist, so ist auch die Zahl der Selbstmorde im deutschen Siedlungsraume der CSR am größten. Im Jahre 1934 hatten von den 104 politischen Bezirken Böhmens nachfolgend angeführte mehr als 5 Selbstmorde auf je 1000 Einwohner. Es waren dies:

Politischer Bezirk	Bevölkerungsanteil d. Deutschen auf je 100 Einw.	Auf je 100 Einw. (Deutsche und Tschechen) entfallen Selbstmorde
Laun	1,0 %	0,51 %
Senftenberg	43,3 %	0,52 %
Neuhaus	36,5 %	0,52 %
Schlan	0,3 %	0,53 %
Trautenau	70,7 %	0,53 %
Braunau	70,7 %	0,54 %

Deutsch-Gabel	94,1 %	0,54 %
Warnsdorf	92,6 %	0,56 %
Karlsbad	95,2 %	0,56 %
Tetschen	91,7 %	0,56 %
Joachimsthal	96,3 %	0,56 %
Tepl	98,2 %	0,57 %
Turnau	2,7 %	0,58 %
Reichenberg	83,2 %	0,58 %
Melnik	0,6 %	0,59 %
Dauba	82,9 %	0,60 %
Gablonz	82,0 %	0,61 %
Hohenelbe	90,8 %	0,61 %
Leitmeritz	62,9 %	0,65 %
Komotau	86,5 %	0,65 %
Friedland	95,0 %	0,69 %
Starkenbach	20,0 %	0,86 %

Von den vorangeführten 22 politischen Bezirken mit der größten Anzahl von Selbstmördern sind lediglich 7 mit einer tschechischen, dagegen 15 oder 68,18 v. H. mit einer überwiegenden deutschen Mehrheit. Von den 104 politischen Bezirken Böhmens haben jedoch nur 40 oder 38,46 v. H. eine deutsche Mehrheit. Die Bezirke mit der größten Zahl der Selbstmörder haben zumeist auch die höchsten Arbeitslosenziffern. Ein Beweis dafür, daß das ständige Steigen der Selbstmorde in erster Linie mit auf die ungeheuere wirtschaftliche Not in den von Deutschen bewohnten Randgebieten des Staates zurückzuführen ist.

Wie hoch diese Ziffern sind, weist die nachfolgende internationale Selbstmordstatistik nach dem Jahresdurchschnitt pro 10.000 Einwohner auf:

Österreich	3,45
Ungarn	2,98
Griechenland	2,72
Tschechoslowakei	2,70
Schweiz	2,51
U.S.A.	1,39
Australien	1,28
England	1,26
Irland	1,10
Spanien	1,08
Norwegen	1,04
Holland	1,00
Italien	1,00
Chile	0,32

Die höchste Ziffer Deutschlands wurde mit 5,3 Selbstmördern in Hamburg erreicht.

Die erschreckenden Ziffern der rückläufigen Bevölkerungsbewegung im Sudetendeutschtum gewinnen ihre ganze Bedeutung durch den Hinweis auf die Tatsache, daß von tschechischer Seite nichts, aber auch gar nichts getan wird, sie abzubremsen, und die nachfolgenden Schilderungen sudetendeutscher Gegenwart.



Anmerkungen:

112 *Prager Börsenkurier* vom 13. Dezember 1934. [...zurück...](#)

113 *Rumburger Zeitung*, 8. November 1934. [...zurück...](#)

114 Die *Reichenberger Zeitung* veröffentlicht folgendenden interessanten Bericht:

Unter dem Pseudonym Hynek Pencik erhebt ein volkswirtschaftlicher Mitarbeiter des Venkov eine schwere Anklage gegen das tschechische Großkapital, das mehrere Milliarden Kc ins Ausland gebracht hat. Nach dem Umsturz hätten sich die Agrarier die landwirtschaftlichen, politischen und militärischen Ressorts gesichert, die Sozialisten die Fürsorge und die verwandten Aufgaben, während die Finanz- und Handelsangelegenheiten den Industriellen und Kapitalisten überlassen wurden. Man habe geglaubt, daß diese Leute die finanziellen Angelegenheiten am besten verstehen und daß sie sie im Interesse des Staates und des Volkes gut verwalten würden. Erst die Wirtschaftskrise habe vielen die Augen geöffnet. Man kam zu der Erkenntnis, daß die Finanzpolitik nur für die Häupter des Großkapitals vorteilhaft war, das Volk und den Staat aber schädigte. Der Aufklärungsarbeit, die nun folgte, sei es zu danken, daß anfangs 1934 zum ersten Male seit dem Umsturz das konzentrierte Großkapital aufhörte, in der Nationalbank zu diktieren. Zum ersten Male seit dem Umsturz setzte es seinen Willen in einigen Finanzangelegenheiten nicht durch und darum trat es aus der Regierung und aus der Mehrheit aus. Das sei für den Staat und für das Volk ein Glück gewesen.

Wenn es keine nationaldemokratische Opposition gäbe, hätte man nicht erfahren, daß in einer Zeit, da der Bauer doppelt arbeitete, um das Volk zu erhalten, da die Arbeiter ihren Arbeitsplatz verloren und nur von der staatlichen Arbeitslosenunterstützung lebten und die Volkswirtschaft unter dem Mangel der Produktionsmittel litt, die Kapitalisten Milliarden Kc ins Ausland ausführten. In der letzten Sitzung des Bankrates der Nationalbank vor Weihnachten wurde das Ergebnis der Konskription ausländischer Werte mitgeteilt. Obwohl kein amtlicher Bericht herausgegeben wurde, dringt in die Öffentlichkeit folgendes durch:

52.915 Bürger unseres Staates bekannten, daß sie im Auslande für 247 Millionen Kc reines Gold liegen haben. Wenn man die ausländischen Devisen hinzurechnet, ergibt sich eine Summe von über einer Milliarde Kc. Ferner haben sie ausländische Obligationen (Caisse Commune, Staats- und Eisenbahnanleihen) für eine weitere Milliarde im Ausland. Den größten Posten stellen die ausländischen Aktien dar. Bis 15. Dezember konnte die Nationalbank erst für 180 Millionen Kc ausländische Aktien bearbeiten, also einen Bruchteil. Es verbleiben noch 45.000 Anmeldungen ausländischer Aktien zu bearbeiten. Eingeweihte Kreise sagen, daß mehr als eine Milliarde Kc zusammenkommen werde. Einen weiteren Posten stellen die tschechoslowakischen Auslandsanleihen dar, von denen hiesige Bürger fast eine Milliarde Kc besitzen. Das Volk glaubt, daß sich der Staat das Geld vom Ausland lieh, inzwischen sei die tschechoslowakische Dollaranleihe zu 70 Prozent von eigenen Staatsangehörigen gezeichnet worden. Die Kapitalisten liehen also dem eigenen Staate Dollar, aber nicht Kc. [...zurück...](#)

115 *Sozialdemokrat*, Prag vom 22. Januar 1935. [...zurück...](#)

116 *Sudetendeutschtum im Kampf*, herausgegeben von der S. D. P. 1936, S. 165. [...zurück...](#)

117 *Rundschau*, Prag. Folge 28. [...zurück...](#)



2. Sudetendeutsche Elendsbilder

Im Herbst 1935 unternahmen Parlamentarier der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins mit Pressevertretern des In- und Auslandes eine Fahrt durch das sudetendeutsche Grenzgebiet. Erschütternd sind die Berichte der Presseleute, die zu einer furchtbaren Anklage werden für ein Herrschaftssystem, das sich der Welt als ein System der Menschlichkeit und seine Demokratie als die Krönung der Schöpfung preist, da sie angeblich die Lebensrechte der Menschen schütze. Man kann diese Berichte nicht als Produkt einer "Greuelpropaganda" gegen die Tschechoslowaken hinstellen. Sie sind der tschechischen Pressezensur vorgelegen, bevor sie ihren Weg in die Öffentlichkeit genommen haben. Im folgenden ihr Wortlaut:

Brot ist Feiertagsgericht

Von Teplitz aus ging die Fahrt. Hauptleitungsmittglied Ing. Rümmer, die Abgeordneten Kreisleiter Dr. Zippelius, Köhler, Liebl und Nemetz, sowie Senator Enhuber nahmen daran teil; eine Reihe von Vertretern der In- und Auslandspresse hatte sich angeschlossen. Zunächst ging es nach Turn. Von seinen 17.000 Einwohnern sind 4.000 arbeitslos. Immer klarer wurde es dort allen, die in der Gemeindestube wirken, daß die charitative Fürsorge gegen die steigende Not nichts nütze, daß der Arbeitslosigkeit nur durch Arbeitsbeschaffung gesteuert werden könne. Projekte sind ausgearbeitet worden, wenig ist geschehen, für vieles fehlt Geld.

Und eindrucksvoll war in einer stillgelegten Fabrik die Tafel "Achtung! Einsturzgefahr!", die erste Grabinschrift des gewaltigen Industriefriedhofes, der in den zwei Tagen Fahrt durch Nordwestböhmen zu schauen war.

Dann ging es nach Graupen. Das stillgelegte Zinnbergwerk, eine stillgelegte Strumpfwarenfabrik, Häuser in dieser alten Bergstadt, die seit Jahren nicht hergerichtet werden konnten, darniederliegender Handel, darniederliegende Bautätigkeit: Worte stehen hier, aber in der Stadt unter dem Mückenberge beginnt das Elendland der Berge mit ihren Erzen, die gehoben werden könnten, wenn... Aus Voitsdorf nur ein Bild aus dem Gemeindehause: Ein Kochtopf steht am Herde, das Nahrungsmittel: Kornkaffee, lichter als der russische Tee und daneben eine Frau, herz- und magenleidend, unterernährt und blutarm, die Kinder ohne richtige Kleidung. Brot ist Feiertagsgericht.

Über Berg und Tal geht es bis nach Zinnwald. Kein Bergbau mehr, kein Grenzverkehr über den Steinen, die mitten durch die Stadt als Grenzmale gesetzt sind, darniederliegende Hausindustrie. Es wird geschildert, wie der Mittelstand, den man sich doch mit gehobenem Ein- und



Braunkohlentagbau im Brüxer Revier.

Auskommen vorstellt, dort lebt. Morgens Kornkaffee und Brot, mittags Kartoffeln mit Margarine oder Topfen, abends wie morgens. Denn Mittelstand ist dort, wer noch dreimal täglich essen kann, und wer noch Brot hat. Im Erzgebirge haben eben die Worte einen anderen Sinn erhalten. Durch Eichwald mit seinen freundlichen Villen führt der Weg nach Kosten. Wieder nur einige Bilder. Da stehen ausrangierte Eisenbahnwagen als Dauerwohnungen. Dort steht ein Mann mit nacktem Oberkörper in einem "Handschacht", er bricht unter Lebensgefahr, als bewußter Gesetzesübertreter, in einem aufgelassenen Bergbau Kohle.

In Dux arbeiten von den 22 bestehenden Schächten nur noch zwei. In der Glas-, Porzellan- und Textilindustrie, im Baugewerbe sieht es nicht besser aus, Handel und Gewerbe liegen völlig darnieder. Da ist ein ehemaliges Russenlager - Notbaracken aus Kriegsmaterial erbaut - heute noch besiedelt. Dort weitet sich durch Bergbau verwüstetes Land, hier wieder die Ruine einer Glashütte. Über eine Straße, die immer wieder in die Tiefe zu versinken droht, an Sumpf und Ödland vorbei geht es nach Ladung. Von Delogierung, von Exekutionen - wie überall wird dort gesprochen, von Feierschichten und Einkommen ohne Auskommen und wieder von Arbeitsmenschen ohne Arbeit, ohne Arbeit.

In Wiese ist längerer Aufenthalt. Die Brüxer Staatspolizei prüfte eingehend die Fahrer durchs Notland auf Herz und Nieren, Nam' und Art. Ferngespräche werden geführt, Inspektor Syrovatka nimmt seinen Dienst sehr, sehr ernst. Denn kommen einige Leute zusammen, so ist das eine Versammlung. Nach dem Paragraphengestrüpp. Und das muß untersucht und beamtshandelt werden. Die Aktenziffern steigen vom Polizeidistrikt bis ins Innenministerium herein: die bürokratische Maschinerie hat wieder Arbeit und Daseinszweck erhalten.

In Oberleutensdorf ist wieder Aufenthalt. Ein Polizist, der sich noch nicht im klaren ist, ob er von der Stadt oder vom Staate in Zukunft erhalten werden wird, hat strengen Auftrag vom amtierenden Vizebürgermeister: Er darf die Volksvertreter und Zeitungsleute nicht ins Asyl der Obdachlosen lassen. Scharen von Kindern und eine kleine Volksversammlung von Hausbewohnern dieses niedrigen einstöckigen Hauses lassen auf eine chinesische Bevölkerungsdichte schließen.

Katharinaberg im Gebirge droben ist das Endziel der ersten Tagfahrt. Lichter blitzen durch die Nacht, die die Not verbirgt. Freundlich und sauber - wie überall in den Bergen - grüßen am Morgen die Häuser von Berg und Tal. Und doch verbirgt sich hinter der peinlichen Sauberkeit das Gespenst der Erwerbslosigkeit und des Hungers. Der Arzt erzählt: Nach fünf Wochen versiegt die Muttermilch und dann muß künstlich ernährt werden: mit Kornkaffee und gemahlene Semmelbröseln. Milch ist Luxus. Und doch gingen von Katharinaberg Spielwaren in alle Welt. Freudenbringende Geschenke für Kinder, während im Orte ihrer Erzeugung Kinder zugrunde gehen müssen.

Brandau, Kallich, Natschung, Kienhaid und Sebastiansberg sind die nächsten Stationen dieser Passionsfahrt für Menschen, in denen noch Herzen schlagen. Die



Arbeitslose kinderreiche Familie! Wer es nicht selbst erlebt hat, kennt den ungeheuren Schmerz der Eltern nicht, die den Hunger ihrer Kinder nicht stillen können. Tausendfach ist es heute im Sudetenland zu hören:
Mutter ich habe Hunger!

nahe Grenze mit ihren Mauern ist es, die der Not dieser Gegend ihr besonderes Gepräge verleiht: Kein Sachsengang mehr, kein Fremdenverkehr, keine Möglichkeit, nach harter Arbeit einiges Kleinholz über die Grenze zu bringen und so ein paar Pfennige zu verdienen. Und so kommt es, daß beispielsweise Kienhaid seinem Namen bald wieder Ehre machen wird, denn die sieben Kronen Lichtgeld sind unerschwinglich geworden und der Kienspan ist schon fallweise wieder in sein Recht getreten. Wenn die lichtlose Zeit des Winters vor der Tür steht, grünt auf den spärlichen Feldern noch der Hafer. Die Hausindustrie da und dort, die einst vorhandene Eisenindustrie, die Holzdrechslerei, die Spitzenklöppelei, alles gibt keinen Verdienst mehr und so kommt es, daß in einem dieser Orte der einzige Fleischhauer des Ortes einen Tagesumsatz von Fleisch in der Höhe von kaum einem halben Kilo hat. Über Neudorf geht es nach Sonnenberg. Von Kienhaid angefangen bis zum letztgenannten Dorf lindert die Torfstecherei noch hin und wieder die Not. Denn in Sebastiansberg ist ein Torfwerk in städtischem Besitz und dies teilt die Arbeit auf die vorhandenen Arbeiter auf. Viel bleibt keinem. Wir sahen einen 76-jährigen Mann, seine Füße von Gicht verkrümmt, der dort den Torfspaten handhaben muß, weil er und seine Frau von den 80 Heller Alltagsrente nicht leben können. Und weil er als "glücklicher" Hausbesitzer vierhundert Kronen Haussteuern vorgeschrieben erhalten hat. In Sonnenberg und Neudorf liegt es ebenfalls im argen. Hier konnte man die Bettstatt eines alten Mannes sehen: Holzspäne als Nachtlager, dort eingefallene Häuser im Gemeindebesitz und da wieder eine altbekannte Klage: einst gingen 250 Leute als Musiker in die weite Welt bis nach Ägypten. Nun sind die Grenzen geschlossen. Was sollen wir tun?

Über Komotau geht es zum zweiten Male ins Tal hernieder nach Görkau. Diese einstmals reichste Stadt des Landes Böhmen mit ihrem 2000 Hektar umfassenden Waldbesitz hat heute einen Regierungskommissär, weil die katastrophale Wirtschaftslage die Finanzen der Stadt zerrüttet hat. Da steht zum Beispiel ein Textilunternehmen. Ein Hebeldruck würde genügen, um tausende Spindeln wieder surren zu lassen, aber ein so mächtiger Arm ist nicht vorhanden.

Und so kommt es, daß - wie allerorts - die Arbeitslosenziffern Alltag geworden sind, daß auch in dieser freundlichen Stadt die Einkünfte der Gemeinde in ihrer absteigenden Tendenz zum Notmaßstab ihrer Bewohner geworden sind. Über Niedergeorgenthal und Kopitz geht es nach Brüx. In der erstgenannten Gemeinde konnte der Gemüsebau einen Teil des Bergbauödlandes zurückgewinnen. Aber mächtig ist die Konkurrenz von Vsetat. Grau in ihrer Einförmigkeit muten die Arbeiterkasernen von Kopitz an.

29.000 Einwohner zählt Brüx. Und wie heute der Großteil leben muß, das sollen einige Beispiele zeigen. Da wurde die Glasfabrik mit ihren 900 Arbeitern vor 6 Jahren stillgelegt. Auch dieses "stillgelegt" ist eine abgegriffene Wortmünze. Was es aber heißt, wenn z. B. ein Schacht nicht mehr arbeitet, der eine Arbeiterzahl ernährte, die größer war als mehrere Bauerndörfer zusammengenommen, der wird erst begreifen, wie furchtbar ernst der Inhalt dieses Wortes geworden ist. Da ist eine Grube in Brüx, die nur die Hälfte ihrer früheren Belegschaft kurz beschäftigt, da eine Schleiferei, die früher achtzig, heute 8 Arbeiter beschäftigt. So kommt es, daß ausgesprochene Elendsbilder auch hier in ihrer Alltäglichkeit nicht mehr wirken können. Da ist eine 65-jährige Frau. Sie erhält eine Rente von 60 Kronen und genau soviel betragen Mietzins und Raumabgabe.

Essen ist offenbar verboten. Da lebt ein Arbeitsloser mit 5 Kindern. Er selbst brauchte ja nicht zu verhungern, denn er bezieht sein Essen aus der Arbeitslosenküche. Aber woher er die 106 Kronen Wohnungsaufwand bestreiten soll, das ist ein Fragezeichen. Ein weiteres Fragezeichen ist die Bekleidung. Diese zwei Beispiele von vielen mögen genügen.

In Bilin ist das Ende einer Fahrt durch Nacht und Grauen erreicht. Und wer dort mit den Leuten spricht, wer sich von Vertretern aller schaffenden Stände erzählen läßt, der wird ein Bild der

Zusammenhänge der Arbeit gewinnen können. Das Großgewerbe der Schuherzeugung hat sich so ausgewirkt: einst zählte die Genossenschaft der Schuhmacher in der Stadt 50 Meister, von denen keiner mit weniger als 2 Gesellen und Lehrjungen arbeitete; heute sind noch 14 Meister da, kein Geselle und ein Lehrjunge. Weil Handel und Wandel darniederliegen, ging der Bierausstoß von 7300 Hektolitern in den 42 Gaststätten der engeren Stadt auf 4.323 zurück.

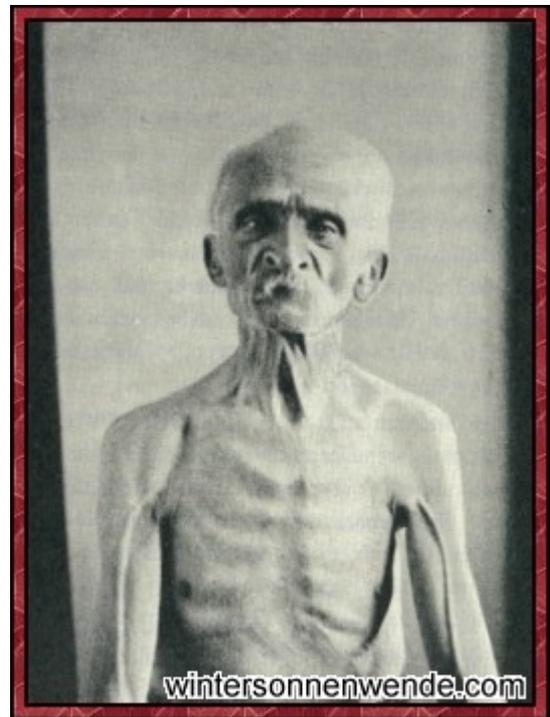
Dem Gewerbe geht es so schlecht, weil der Arbeiter kein Geld hat und der Landwirt muß klagen und Schulden machen, weil die Stadtbevölkerung seiner Hände Arbeit nicht abnehmen kann. Es ist eine Kette ohne Anfang und Ende, die in Bilin, wie an allen Orten, die hier nicht genannt wurden, ihre drückende Last auf die Schultern einer Gemeinschaft des Leidens und der Not gelegt hat.

In Bilin endete die Fahrt. Was sie gezeigt hat, das wurde versucht mit ärmlichen Worten zu schildern. Die Worte versagen aber, um all das ausdrücken zu können, was ein heißes Herz bei diesem Schauen und Hören fühlen muß.¹¹⁸



Ausgehungert zu Skeletten

Ein Tag in der Elendswohnung von Frühbuß, Sauersack, Trinksaifen, Hirschenstand und wie sie alle heißen, die von der Welt und ihren Menschen vergessenen, in tiefster Armut verlorenen Gemeinden am Kamme des Erzgebirges, oberhalb von Karlsbad: ein Tag, der die furchtbarsten Eindrücke mitgibt, die sich in Menschenseelen prägen können; denn dort oben stirbt still, in dumpfer Verzweiflung und nicht mehr fähig, sich gegen erbarmungsloses Schicksal zu wehren, ein Volk. Es geht zugrunde in unsagbarem Elend, wenige Stunden entfernt von den Zentren internationalen Wohllebens, mitten im mittelsten Mitteleuropa, zermalmt und geopfert von der Unerbittlichkeit wirtschaftlicher Wahnsinnspolitik, die dort am ärgsten trifft, wo schon vorher die Lebensnotdurft karg bemessen war und nun auf ein Nichts zusammengeschmolzen ist. Die Bilder, die sich in diesem trostlosen Verfall dem erschauernden Besucher bieten, kann er mit Worten kaum beschreiben, geschweige denn, daß er wiedergeben kann, was dort an Ort und Stelle Herz und Seele zusammenschnürt, daß man schreien möchte ob der Maßlosigkeit solch menschenunwürdigen Daseins.



Und solche Bilder sind nicht vereinzelt. Sie kehren wieder in jedem Dorf, sie sind zum Gradmesser geworden für die Not der Menschen im rauhen Gebirge.

Wir kamen aus der Niederung der Eger um Karlsbad herauf zu den Volksgenossen und hatten schon Wanderstunden durch Not und Elend hinter uns. Aber was Not und Elend im Bereiche der Städte! Das alles versinkt und zählt nicht vor dem, wie dort oben Menschen von gleichem Fleisch und Blut wie wir, verkommen in dumpfen Löchern, behaftet von allen bösen Elendskrankheiten, ausgehungert zu Skeletten und nur noch einem Erbarmen entgegensehen: dem Tode...

Die Zentren des Elends in diesem Elendszentrum der deutschen Randgebiete sind begreiflicherweise die Gemeindehäuser. Aber dabei ist es doch nicht so, daß in diesen Hütten des Jammers sich das ganze traurige Schicksal der Ortschaften verfängt. Nein, überall am Wege

begegnet man gleichen, ja noch schlimmeren herzerreißenden Furchtbarkeiten. Die Not frißt sich in jeder Hütte, in jeder Familie fest, und glücklich ist, wer noch wenigstens hie und da ein paar Kronen verdient. Denn nicht vielleicht eine große Minderheit, sondern die große Mehrheit aller Arbeitsfähigen dieser Gemeinden ist ohne Beschäftigung. Die Unterstützung nach dem Genter System genießt so gut wie niemand - in ganz Sauer sack sind es noch zwei ehemalige Waldarbeiter - die Czechkarte ist Trumpf, und auch die nur dort, wo keine "Heimarbeit" geleistet wird. Diese Heimarbeit, die in ganz guten Fällen so viel einbringt, als eine Czechkarte ausmacht, in den allermeisten Fällen aber nicht annähernd so viel.



Gemeindehäuser als Massenquartiere

"*Lasciate ogni speranza*" - laßt alle Hoffnung fahren, die Ihr hier eintretet. Denn ihr kommt zu Stätten, an denen die Hoffnungslosigkeit vielköpfiger Familien zu einem Haufen entsetzlicher Daseinsnot geballt ist, Ihr tretet in baufällige Hütten, deren schier zahllose Bewohner im schreiendsten Verhältnis zu den wenigen dumpfen Räumen stehen, und aus den hungerzermürbten Gesichtern glühen Euch aus rotgeränderten Augen die hektischen Zeichen schleichender Krankheiten entgegen.

Da ist Trinksaifen: 40 Personen beherbergt das Gemeindehaus, darunter 16 Kinder. Der "schönste" Raum des Hauses ist 18 Quadratmeter groß. Hier hausen neun Personen mit vier Kindern. Gegenüber wohnt auf einem Raume von sage und schreibe 10 Quadratmetern der ehemalige Maschinenschlosser Daniel Baumann mit Frau und vier Kindern. Diesen sechs Menschen steht ein einziges "Bett" zur Verfügung, ein rohes Gestell, ein paar Lumpen darüber. Dann ist noch ein Steinhaufen in dem Raume: der Ofen. Und ein paar Möbel, die als solche kaum erkenntlich sind. Und sonst nichts. Die Frau lächelt, ja wirklich, sie lächelt, als wir eintreten. Aber es ist ein unsagbar müdes Lächeln. Und der Mann erzählt stockend, wie er und die Seinen leben. Nein, um Gotteswillen, wer wollte da von leben sprechen! Und dann von den Kindern: Eines ist im Vorjahre, sieben Monate alt, gestorben. Ärztlicher Befund: Unterernährung.

Grausame Maske der Zivilisation: man verhungert heute nicht mehr, man stirbt an Unterernährung. Der Mann schrie nicht anklagend: "Mein Kind ist verhungert, verhungert an der verdorren Brust der Frau, die nichts geben konnte, weil sie selbst nichts zu essen hatte!" Nein, der Mann erzählt stockend, ohne innere und äußere Erregung, dumpf vor sich hin: "Mein Kind ist gestorben an Unterernährung..." Diesen Tod sterben dort oben im Erzgebirge die Säuglinge, denn die Kindersterblichkeit ist hoch, furchtbar hoch. Und die Welt steht noch und in irgendeiner Statistik liest man im nächsten Jahre ein paar kleine Ziffern über die Kindersterblichkeit, die u. a. eine gewisse Unterernährung zur Voraussetzung hatte....

Unter dem Dache des Trinksaifer Gemeindehauses wohnt die andere Hälfte der Ausgestoßenen. Da gibt ein Raum von 16 Quadratmetern Quartier für 11 Personen. Am Fenster sitzt ein junges Mädchen beim Klöppeln. Jawohl, sie klöppelt noch, aber sie hat keine Hoffnung, für ihr kleines Kunstwerk einen Käufer zu finden. Und wenn, dann muß sie mit dem Erlöse den Zwirn bezahlen und dann bleibt ihr sonst nichts. Aber sie klöppelt, sie arbeitet. Bis die Dämmerung die Augen schmerzen macht. Licht? Da muß etwas Besonderes vorkommen, daß man solchen Luxus treibt. Vielleicht, daß heute oder morgen abends der Greis stirbt, der dort zwischen dem Reisig am Ofen auf ein paar Lumpen liegt, leise vor sich hinröchelnd, und uns keine Beachtung schenkt, weil er seit Wochen und Monaten so liegt, an der gleichen Stelle, tot und doch noch die Funktionen eines sogenannten Lebens in sich. Ja, vielleicht muß man heute nacht sein mit bartüberwucherter, grauer Haut überzogenes Skelett über die steilen Stufen hinabtragen, und da braucht man dann den Kerzenstumpf. Zum Totenhandwerk, aber nicht zum Leben.¹¹⁹



Notstandswohnung im Gemeindefest

Die Bergstadt Frühbuß zählt bei 1400 Einwohnern über 500 Arbeitslose. Das heißt, fast kein arbeitsfähiger Mann hat Beschäftigung. Denn auf 1400 Personen kommen dort oben viele, viele Kinder. Das Gemeindehaus gleicht in allen seinen fürchterlichen Einzelheiten dem von Trinksaifen. Nur ist es noch kleiner. Und "nur" 20 Personen leben in ihm, darunter 12 Kinder. Da steht in einer der "Wohnungen" ein Topf auf dem Herde. Und wieder dieses Lächeln der Frau: "Heut gibt's einmal was anderes, nicht Kaffee. Heute haben wir Reis. Reis in Wasser gekocht. Und dann etwas Salz dran. Das ist eine gute Abwechslung."

Und ein Greis kehrt heim vom Walde. Er zittert am ganzen Körper, denn seine 75 Jahre tragen ein Riesenbündel Reisig. Aber nicht nur wegen der Last zittert er; denn noch steckt ihm die Angst in den dünnen Knochen, daß ihn ein Waldaufseher hätte erwischen können und dann wäre es wieder so gekommen wie immer, wenn man einem solchen in die Hände läuft: entweder Geldstrafe oder Arrest. Wer kann dort oben wohl eine Geldstrafe erlegen? Bleibt also nur das andere.

Denn das ist so: Früher, als der Wald dem Grafen gehörte, da durfte man sich Reisig holen, so viel man wollte. Das ist nun anders, seit die Grenzwälder verstaatlicht sind. Da ist das alles Holzdiebstahl und man fackelt nicht mit den "Dieben". Früher, da gab es in Frühbuß einmal 150 Stück Vieh, denn man durfte seine Kuh auf die Gründe des Grafen zur Weide treiben. Heute sind noch 50 Kühe da für die ganze Gemeinde. Man darf ja nimmer abweiden, seit die Gründe dem Staate gehören und woher sollte man wohl sonst das Futter nehmen?

Und dann ist in Frühbuß auch ein Bürgermeisteramt: ein einstöckiges Haus, es beherbergt das Gemeindeamt, die Post und einen Teil der Schule. Es ist eine Mädchenklasse und 32 kleine Minder rufen uns ein singendes "Grüß Gott" zu bei unserem Eintreten. Ach wo, das ist ein Schulpalast, wie man sie sonst kennt in deutschen Gebieten, dort oben gibt es keine tschechischen Schulkinder und man wird sich hüten, solche dorthin zu verpflanzen in dieses Elend. Aber der Katechet sagt uns, daß die Kinder willig sind und ganz gut lernen, aber halt Rücksicht muß man nehmen, denn sie sind alle körperlich sehr schwach. Und die Diphtherie reißt jedes Jahr ein paar heraus aus den Klassen. Aber der Winter bringt ein Gutes: da bekommen die Kinder jedes täglich einen Viertelliter Milch und ein Stück Brot von der Schule. Da brauchen dann die Eltern nichts oder fast nichts mehr dazuzugeben...

Ja, und noch etwas gibt es in diesem Hause, das Post- und Gemeindeamt und Schule gleichzeitig ist: den Gemeindefest. Das ist ein dunkles, dumpfes Gewölbe und es dient nicht seiner ursprünglichen Bestimmung, sondern dort wohnt der arbeitslose Bergmann Hermann Schindler, der vor einigen Monaten mit seiner Frau und seinen sieben Kindern - das achte ist auf dem Wege - in seine Heimatgemeinde abgeschoben wurde. Da steht denn für alle neun Menschen ein einziges Bett in dem Raume, von dessen Wänden das Wasser rinnt, es steht in der Ecke und nimmt wie zum Hohne auch noch ein beträchtliches Stück des Fußbodens weg, der das Bett für die anderen ist, die auf dem hadernbedeckten Gestell keinen Platz finden können...

So ist es in Frühbuß und so geht dort das Leben seinen erbärmlichen Gang, bis es einmündet in



***Das "Wurzelmütterchen"
aus dem Böhmerwald.***

einen frühen, ererbten und doch gefürchteten Tod, denn noch immer sind es Menschen, die dieses Leben fristen, Menschen sogar, die eines stärker haben als Millionen andere: das Heimatgefühl, die Verbundenheit mit ihrem ach so kargen Boden. Sie kommen zurück, wenn sie eine Zeitlang in der Welt waren; sogar, wenn sie es dort besser hatten als daheim. Sie können nichts für diese Tragik; ihre Wurzeln bleiben dort oben haften und holen sie heim, wenn die Sehnsucht übermächtig wird. Und sie sterben lieber mit der Heimat, als daß sie sie verrieten. Sie können nicht dafür, das ist Schicksal und höhere Macht und darum muß es wohl so sein, auch wenn sich die Vernunft gegen diesen Gedanken sträuben mag.¹²⁰



Verklungene Geigen

Stadt Schönbach, das ist ein kleines Nest zwischen Erzgebirge und Egerland eingereiht in die einstmals so fröhlich klingende Kette der Musikstädte von Graslitz diesseits bis Markneukirchen jenseits der Grenze und seine emsige Bevölkerung war heiter in den kleinen Werkstuben, wo der Vater mit den Söhnen Bögen machte und Geigenböden leimte und Saiten spannte. Wenn dann der Abend kam, da wußte man, daß des Tages Arbeit ihren kleinen Segen gebracht, hatte, man legte die Geigenteile hin und nahm die fertige Geige von der Wand, um die Feierstunden in Musik zu verwandeln mit dem Nachbarn, der das Cello spielte wie ein Künstler.

Sie alle bauten in ihren kleinen, sauberen Häuschen an den Instrumenten, die dann im Betrieb den letzten Schmiß bekamen und von dort hinausgingen in alle Welt. Denn die Schönbacher Geigen waren gefragt. Heute sind sie es nicht mehr. Die Grenze ist nahe und über sie hinaus darf ja nichts mehr. Nicht mehr die Instrumente, nicht mehr die Menschen, die **drüben im Vogtlande** gleiche Arbeit hatten ehemals. Die Fröhlichkeit ist stumm geworden mit der Arbeit und die Musik ist ausgezogen aus den Häuschen von Schönbach. Denn die Not ist eine schlechte Partnerin für Hausmusik; sie zerstört mit ihrem schrillen Mißtöne jede Melodie.

Sie hängen ihre Armut und ihr dürftiges Dasein nicht an die große Glocke, die Schönbacher. Aber sie müssen ihre Geigen unter den Arm nehmen und in fremde Städte gehen als Straßenmusikanten. Ein paar Almosen noch bringen ihnen die Geigen, die ihnen früher festen Verdienst gaben. Überall könnt ihr sie treffen, die Bettler aus Schönbach; es sind scheue Bettler, die sich ihrer Armut schämen, für die sie doch nicht können. Denn sie haben ja noch ihre geschickten Hände, aber niemand ist, der dieser Hände Werk kaufen würde.

O doch, es wird noch gekauft in Schönbach. Hie und da findet doch noch ein "Interessent" zu den Erzeugern. Aber die Preise diktiert er. Und er gibt für eine Geige, eine fertige, saubere, klingende Geige, in der sich die Liebe und die Sorgfalt von Generationen verfangen hat, heute noch ganze 16 Kronen. Nein, es ist kein Druckfehler: sechzehn Kronen.

In diesen sechzehn Kronen stecken das Material, die Arbeit, die Steuern, die Existenz; aus diesen sechzehn Kronen schreit die Qual einer gemarterten Menschheit, diese sechzehn Kronen sind eine furchtbare Anklage gegen ein Wirtschaftssystem, das über Leichen geht.

Ja, die Steuern.... In Schönbach regiert der Exekutor. Die städtische Amtstafel quillt über von Edikten. Schönbach ist die Stadt der Schuldner. Womit sollen sie zahlen?

So spielt sich in dem weltfernen Städtchen, das einst trotz seiner Weltenferne die Welt erklingen ließ, eine erschütternde Tragödie ab, die ein tödliches Ende nehmen muß, wenn nicht schnell, sehr schnell durchgreifende Hilfe wird. Man hört wenig davon, weil nicht riesige organisierte Arbeitermassen, nicht riesige Fabrikkomplexe davon betroffen sind. Es sind zumeist kleine

Betriebe, allermeist sogar ganz kleine Werkstätten, die in Heimarbeit für die größeren Unternehmungen arbeiteten. So kommt es auch, daß der Großteil der Notleidenden gar keine Unterstützung empfängt, denn früher galten diese Instrumentenmacher als Gewerbetreibende und den sozialen Vorschriften nach gelten sie noch heute als solche. Und gerade darum empfinden die Schönbacher die Not so schwer, weil zu ihrem Elend auch noch dieser Hohn kommt.

Müde und traurig hängen die Schönbacher Geigen an den Wänden und selten einmal greift jemand nach ihnen. Manchmal aber springt mit leisem Klang eine Saite. Aber das ist kein fröhlicher Geigenton mehr...¹²¹



Im Schatten der Weltstadt

Es ist ja kaum der Rede wert: "Nur" 192 Erwachsene und 153 Kinder hausen in dieser Klausur der Not. Und, um der Wahrheit die Ehre zu geben, sind noch welche darunter, die in Verdienst stehen, deren Wohnräume noch die nackte Fratze des Elends nicht tragen, weil die Menschen in ihnen alle Kräfte anstrengen, über Wasser zu bleiben auch in der äußeren Haltung.

Denn Fischern ist der Vorort der Weltkurstadt Karlsbad und in allen lebt noch die Erinnerung an die gute Zeit, da Handel und Gewerbe blühten und aus dem Neste jenseits der Eger eine aufblühende Gemeinde schufen. So blühend, daß die rote Fischerner Stadtverwaltung nur mehr in Millionen dachte und nach Wiener rotem Muster mammutartig zu bauen anfang. So kam es, daß zu den plötzlich hereinbrechenden sozialen Lasten noch ein ungeheurer Schulden- und Zinsendienst stieß, der die Gemeinde sehr schnell außerstand setzte, wirkungsvolle Hilfe für ihre Arbeitslosen zu schaffen.

So sieht die Gebarung der 12.000 Einwohner zählenden Stadt Fischern aus: Bei einem Darlehensstande von 23,702.000 Kc sind 6,597.000 Kc Buchschulden und 8,265.000 Kc Verzugszinsen offen. Der laufende Zinsendienst für die Darlehen frißt 1,692.000 Kc jährlich; mit 31. Dezember 1934 war man damit um 1,794.000 Kc im Rückstande.

Aber dafür steht auch weit draußen vor der Stadt ein Prachtbau, das Ledigenheim. Ja wirklich, es steht ledig, denn niemand darf drinnen wohnen, weil das die Stadt noch mehr belasten würde, als wenn sie es unbewohnt erhält. Sein Bau kostete 2,986.000 Kc, seine Inneneinrichtung 894.000 Kc. Es enthält 104 Schlafstellen, so daß der Aufwand für eine einzige Schlafstelle die Kleinigkeit von 8595 Kc ausmachte. Wie herrlich hätten die Ledigen dort wohnen können...

Nun, das ging nicht. Und so leben sie denn in den Notbaracken von Altfischern, in denen man Schlafstellen finden kann, die nicht 8500 Kronen wert sind, aber vielleicht, wenn es hoch kommt, 8.50 Kronen. Ein Tausendstel der Lebenshaltung, die man in Aussicht stellte, kann die Gemeinde gerade noch gewähren...

Da sind wir nun in dieser Vorstadt der Delogierten, die sich in den erbärmlichen Buden drängen müssen, weil die Not, die Armut sie aus ihren früheren Wohnungen drängten. Man weiß nicht, was drückender ist in dieser Barackenstadt: die körperliche oder die seelische Not, der leibliche oder der sittliche Verfall. Ein Labyrinth von sonnenleeren Gängen führt zu Verschlagen, hinter denen vielköpfige Familien hausen. Und bittere Ironie grinst die Aufschrift, die einer dieser Familienväter seiner Türe gab: "Villa Eigenheim".

Ja, es sind Eigenheime. Denn wer wollte den Leuten diese Heime streitig machen! Diese paar Geviertmeter, auf denen sich das ganze vielfältige und doch so eintönige Leben abspielt, die immer

und immer benützt werden, weil nur zu viele ihrer Bewohner nicht mehr vor die Türe gehen können, da es ihnen an den notwendigsten Bekleidungsstücken mangelt. Vor den Nachbarn in den "Gassen" ihrer Elendsstadt brauchen sie sich nicht schämen, da ist einer wie der andere. Aber in die wimmelnden Hauptstraßen der Kurstadt können sie nicht, da faßt sie der Polizist.

Aber Mädchen und Frauen wohnen dort, die kommen doch hinüber. Wenn die Lichtreklamen verlöschen, wenn die Stadt in den Schlaf gesunken ist, da gehen sie an ihre Plätze. Denn sie haben Kinder zu Hause, die wollen zu essen haben. Und während diese in der stickigen, ungesunden Luft der Baracken ihren unschuldigen Schlaf schlafen, verkaufen ihre Mütter den armen Leib, um Brot für den nächsten Tag zu schaffen.

Jede einzelne Behausung beherbergt ihre eigene kleine Elendsgeschichte. Klein, gemessen an dem großen Leben, das nahe vorrüberrauscht. Aber zu fürchterlicher Größe erwachsend, wenn man sie nimmt als das, was sie ist: die Geschichte eines Menschen, einer Familie im zwanzigsten Jahrhundert, im Zeitalter der Humanität. Da sinkt alles Gerede von Menschenrecht und Menschenwürde zu einer bitterbösen, giftigen Lüge zusammen, denn in den dunklen, dumpfen Wohnlöchern von Altfischern höhnt aus allen Ecken die grausame, nackte Wahrheit, während die Lüge des Jahrhunderts draußen vor der Stadt prahlt mit dem leerstehenden Prunkbau des Ledigenheimes.

Da habt ihr ein paar solcher Schicksale: Der Steinschleifer Josef Melcher hat eine Frau und sieben Kinder. Und ein Kasperltheater. Weil er dieses Kasperltheater hat, mit dem er im Sommer ein paar Kreuzer verdient, ist er Unternehmer und daher ausgeschlossen von der "Wohltat" der Czechkarten. Also hat er jetzt, um die letzte Not für ein paar Tage noch zu bannen, das Bettzeug von den beiden Betten - zwei Betten für neun Personen! - verkauft. Nun sind die nackten, morschen Bretter Matratze und Unterbett. Und ein paar Tücher das Zudeck. Und doch, und doch: Man will nicht ganz untergehen, man hält den Raum peinlich sauber, man stellt ein paar Herbstblumen auf das Fensterbrett. Und ein Bild hängt an der Wand, das ist unverkäuflich. Es zeigt Vater Melcher als Feldweibel...

Die Hedwig H. lebt dort mit drei Kindern. Ihr Mann ist fortgegangen, seit langem verschollen für sie. Sie bezieht keinerlei Unterstützung. Wovon sie und ihre Kinder leben? Die Frage treibt ihr die Tränen in die Augen. Sie kann es nicht sagen vor ihren Kindern. Aber ihr Blick, ihr verzweifelter Blick sagt es uns...

Man könnte ihn beliebig fortsetzen, diesen traurigen Reigen. Aber genug an dem. Die Wohnbaracken von Fischern sind eine furchtbare Anklage. Nicht zuletzt gegen ein System, das auf dem Hügel, der hinter den Baracken steil ansteigt, ein Haus errichtete, das als sozialistisches Jugend- und Arbeiterheim gedacht war. Und von dessen Rückwand jetzt eine große Tafel einlädt zum -Tanztee. Weil es sich als sozialistisches Jugendheim nicht rentierte.¹²²



Der Hundeschlächter von Rothau

Landschaftlich wunderschön gelegen, mitten in dem romantischen Durcheinander des Erzgebirges breitet sich freundlich und sauber der etwa 3000 Einwohner zählende Ort Rothau aus. Vor wenigen Jahren noch herrschte frohes, lautes Arbeitsgetriebe darin, heute geht man durch den Ort wie durch einen Friedhof um Allerseelen. Stille ringsum. Und trifft man jemand, ist es, als ob all die Stille ringsum noch stiller würde: solch ein tiefer Ernst liegt in seinen grauen, harmvollen Zügen. Man wird selber ganz ernst und still, so merkwürdig bedrückt, so eng, man fühlt in jeder Faser: es ist etwas Besonderes hier, etwas ganz Großes an Daseinslast.

Und wenn man dann erzählen hört, glaubt man die große Last, versteht sie und hat keine anderen Wunsch mehr als helfen, helfen zu können.

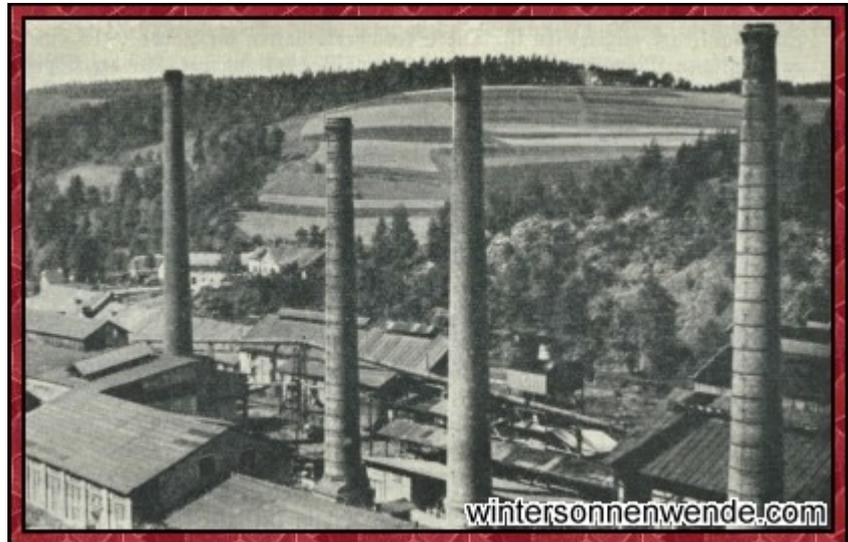
Als am 15. Juli 1931 um 6 Uhr morgens das letztmal die Pfeifsignale des Eisenwerkes Martinshütte-Neubau durch Rothau gellten, war das ein Lostag von geradezu verheerender Bedeutung für den ganzen Ort. Insbesondere für die entlassenen 1700 Arbeiter und deren Familien.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit suchte nun auch sie heim.

Arbeitslosigkeit heißt immer Verdienstlosigkeit. Aber noch war das keine gar so große Furcht. Jedenfalls nichts Hoffnungsloses. Wenn die Arbeiter auch keine der hohen Abfertigungen, wie sie die Beamten erhielten, bekamen, so hatten sie doch Aussicht auf Unterstützung aus ihren Organisationen; einige auch auf eine kleine Rente. Außerdem hatte man in guten Jahren verdient und wie grundbescheiden der Erzgebirgler ist, weiß man in aller Welt. Es war Kleidung angeschafft und wohl auch Geld zurückgelegt worden. Schließlich vertrauten die Entlassenen darauf, daß für sie doch eines Tages, irgendeine andere Verdienstmöglichkeit sich ergeben würde. Man konnte doch eine solche Masse von Arbeitern nicht unnützlich und sinnlos herumlungern lassen. Alle waren sie willig und bereit zu jeder Arbeit, sofern sie ehrlich das notwendige tägliche Brot brachte.

Die Zeit verstrich: Wochen wurden Monate, Monate Jahre. Aus der Verdienstlosigkeit wurde Not. Was zuzusetzen, war zugesetzt, so daß man endlich vor dem absoluten Nichts stand. Die sich in besserer Zeit ein Häuschen gebaut, verschuldeten völlig. Auf siebenundachtzig solcher Häuser lasten zum Beispiel zweieinhalb Millionen Schulden. Alle könnten sie längst versteigert werden - wer kauft? Wer kann kaufen?

Aus der Not wurde Elend. Ein Elend, so bitter, so groß, daß es unfaßbar wird, daß es schauern macht. Und dieses Elend ist es, was das einst so rege, arbeitsleben-erfüllte Rothau traurig wie einen



Im Eisenwerk Rothau-Neudek (Erzgebirge) wurden bis zur Verlegung ins tschechische Gebiet über 1600 Arbeiter beschäftigt. Bekanntlich strebt der tschechische Staat die Verlegung der kriegswirtschaftlichen Betriebe ins tschechische Sprachgebiet an.



So sieht es heute im stillgelegten Eisenwerk von Rothau-Neudek aus. Zerbrochene Fenster, leere Fabriksäle, im Orte hungernde Menschen.

Friedhof um Allerseelen macht.

Hilflos muß die Gemeinde zusehen, wie ihre Bürger verkommen. Ihre eigene Lage ist traurig und trostlos, denn sie hat kaum noch Einnahmen, fast nur Schulden, deren Zinsendienst sie nicht einmal zu bestreiten vermag.

Vierhundertdreißig Ausgesteuerte gibt es im Ort und die Zuteilung der staatlichen Lebensmittel erfolgt ganz beschränkt, vollkommen unzureichend. Inzwischen ist doch auch eine neue Generation herangewachsen. Und diese ist von den Arbeitsfähigen am übelsten daran. Auch sie hat den Drang und den heißen Willen zur Arbeit, zum Verdienst, aber die Möglichkeit, sich zu betätigen, ist ihr auch mit der Stilllegung der Eisenwerke genommen. Burschen in den schönsten Jugendjahren müssen ein Dasein ohne Sinn und Weg und Ziel verlungern, müssen als Zaungäste sich an einen Tisch setzen, um hungrig wieder davon aufzustehen - wozu? Selten genug, daß eine Lebensmittelzuteilung an sie erfolgen kann. Sie würden wenigstens im Haushalt so gern helfen und zupacken, aber was ist denn in einem Haushalt zu tun, wo alle nichts zu tun haben?

Die paar Kartoffeln, die von Mahlzeit zu Mahlzeit weggehen dürfen, sind bald gewaschen und zugestellt. Außerdem sind ja Frauen genug dafür da: alles ist arbeitslos. Dieses fürchterliche Zuviel aller Ecken und Enden!

In Ober-Rothau stehen sogar drei Eisenbahnwaggons nebeneinander, dessen mittlerer eine siebenköpfige Familie beherbergt. Entsetzlich verbrauchte, stickige Luft steht in diesen ängstlich wegen Wärmeverlust nie gelüfteten Wagen, an denen, arg vom Regen abgewaschen, noch das Zeichen CSD mit einer Nummer zu erkennen ist. Weiß Gott, in welchen Gegenden diese Waggons bis zur völligen Unbrauchbarkeit verkehrt sind, um nun hier verzweifelten Menschen armselige Zuflucht zu gewähren.

In einem hat der Hundeschlächter von Rothau seine Fleischbank aufgeschlagen. Die Fenster sind mit Brettern vernagelt. Aus geflicktem Drahtgitter zieht sich ein Zwinger um den Wagen, darin hausen die Hunde, solange sie noch am Leben sind. Sie haben nicht viel Zeit, sich an diese Umgebung zu gewöhnen, zwei, drei Stunden, fünf - wenn es lange währt. Denn die Nachfrage ist groß, und dem Hundeschlächter fehlen auch die Mittel, das Schlachtvieh zu füttern. Da muß er sich beeilen, ehe es magerer wird. Man soll sich den Hundeschlächter von Rothau nicht als halbkannibalischen Unmenschen vorstellen. Sein Gewerbe ist zwar nichts für zartbesaitete Seelen, und sein Gewerbe steht mit den herkömmlichen Vorstellungen über den Tierschutz auch einigermaßen in Konflikt. Aber - - "Ich gebe das Fleisch zum Selbstkostenpreis", sagt der Hundeschlächter. "Ich will nichts daran verdienen, ich betreibe dieses Gewerbe nur, weil die Leute hier so elend daran sind." Und es ist wohl so, daß man auch diesem Manne nicht an der Wiege gesungen hat, er würde in Rothau Hundeschlächter werden, und daß der Entschluß eines Kämpfers und das große Mitleid eines guten Menschen dazu gehört haben mögen, als er jenseits aller Bürgerlichkeit dieses Handwerk ergriff, um menschliche Not zu lindern.

Und dieses ist die Not in Rothau: daß die Schulkinder auf der Straße zusammenbrechen, weil sie tagelang keinen Bissen in den Mund bekommen und weil ein warmes Mittagessen für sie ein Traum aus dem Märchen ist. Und daß sie barfuß durch den Schnee waten und kleine, faltige Greisengesichter durch das Leben tragen. Und daß sie doch noch etwas besser daran sind als die Alten, die für die Kinder sich die letzte Brotkrume sparen und für die Kinder sich beim Hundeschlächter in Schlangen anstellen.



Dokumente der Not

Von sudetendeutscher Seite sind bei den Arbeitslosen in Graslitz über ihre Lage Erhebungen gepflogen worden. Die Protokolle, von denen im folgenden einige wiedergegeben sind, wurden der Prager Regierung überreicht:

Name: A.... R..... **Beruf:** Blechinstrumentenmacher
Wohnort: Graslitz
Seit wann sind Sie arbeitslos: 1932
Was für Beschäftigung hat die Frau: Betteln
Anzahl und Alter der Kinder: 4, 6, 12, 20, 21 und 22 Jahre
Was verdienen die Kinder: /
Wie viele davon sind arbeitslos: 2 sind in Stellung
Was für Unterstützung haben die Kinder: 1 Czechkarte und 1 Brot
Was für Wohnräume benutzen Sie: Stube und Kammer
Was zahlen Sie Miete: keine
Welches Einkommen hat die Familie wöchentlich: 30 Kc - 6 Personen.
Alle 6 Personen sind unterernährt.

Als Familienvater von sechs Kindern im Alter von 4, 6, 12, 20, 21 und 22 Jahren habe ich schon sehr viel Hunger mit meinen Kindern gelitten. Bei Auflösung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wurde auch etwas später unsere deutsche Gewerkschaft aufgelöst. Von da an begann für mich und meine Familie und so viele andere deutsche Gewerkschaftler der Leidensweg.

Nach der Auflösung habe ich wochenlang mit meiner Familie gehungert; wiedergeben kann ich das nicht, da es einem Nighthungernden unglaublich erscheint. Nach einigen Monaten waren wir alle unterernährt. Tagelang hatten wir nichts zu essen. Wir mußten, ob wir wollten oder nicht, zum Bettelstabe greifen, denn sonst wären wir ganz verhungert; und seit dem Jahre 1933 sind wir Bettler und sind nun auf hilfsbereite Menschen angewiesen. Ich bekomme wöchentlich 30 Kc und 3 Brote für 6 Personen zu Tisch. 2 Kinder im Alter von 21 und 22 mußten die Heimat schon verlassen, damit es ihnen doch etwas besser geht als uns zu Hause. Ich und meine Frau müssen bei Sturm und Regen, bei Kälte und Schneewetter von Haus zu Haus gehen, damit unsere Kinder nicht verhungern. Durch die große Not, die wir zu erdulden haben, ist meine Frau jetzt länger krank, als daß sie mitsorgen könnte für die Kinder. Wie wir leben, das soll Ihnen meine Speisekarte von der vorigen Woche sagen:

Montag: Wassersuppe und Kartoffel
Dienstag: Reissuppe und Kartoffel
Mittwoch: Graupensuppe und Kartoffel
Donnerstag: Kartoffelklöße mit gerösteten Zwiebeln
Freitag: Wassersuppe und Kartoffel
Samstag: Kartoffelplätzchen
Sonntag: Reissuppe und Kartoffel mit gerösteten Zwiebeln.

Nebenbei sei bemerkt, daß es nur Kartoffel gibt, wenn wir irgendwelche von den Bauern oder von einer Aktion bekommen; sonst gibt es nur Suppe. Fleisch kennen wir schon jahrelang nicht mehr; höchstens, wenn uns hilfsbereite Menschen einmal eine Freude bereiten. Für die Czechkarten (30,— Kc) kaufen wir uns Freitag ein: 1 kg Zucker, ½ kg Rindsfett, 50 kg Kohle und etwas Reis, Graupen - denn wir müssen uns alles genau einteilen, um jeden Tag etwas zu haben. Das Frühstück und Nachtmahl, wie es so heißt, besteht aus Kaffee und Kartoffeln. Den Kaffee kann nicht jeder Mensch trinken ohne Milch.

Milch bekommen die Kinder jetzt in der Schule öfters. Unterernährt ist die ganze Familie. Vor Weihnachten haben wir aus der "Winterhilfe", die vom Staate bewilligt wurde, 10 kg Mehl, 2 kg Butter, 3 kg Malz und 50 kg Kohlen bekommen. Daß wir dieses Jahr etwas bekommen haben, danken wir jenen Menschen, die sich für die Hungernden eingesetzt haben.

Vom Bunde der Deutschen wurde nun die Volkshilfe ins Leben gerufen. Diese Volkshilfe hätten wir schon früher gebraucht, dann wären wir heute nicht so stark unterernährt. Wir sind schon immer glücklich wenn es heißt, nächste Woche bekommen wir wieder von der Volkshilfe. Sieben Tage leben wir wieder als Menschen. Wenn wir auch dann früh und abends nichts zu essen haben, so können wir uns doch wenigstens täglich einmal satt essen. Wenn wir nicht auch gute Menschen in den Reihen unseres sudetendeutschen Volkes hätten, wären wir schon längst verhungert. So schlecht wie es uns einmal ergangen ist, geht es uns, glaube ich, nicht mehr. Denn es haben sich schon jetzt Menschen gefunden, die keine Ruhe mehr geben, bis wir doch endlich einmal zu unserem Recht kommen. Wenn das, was unser Volk erdulden muß, recht ist, dann will ich lieber sterben, damit ich und meine Familie von der schrecklichen Qual befreit sind. Es herrscht ein Zustand, der dringend Abhilfe benötigt.

gez. A.... R.....



Beim Betreten der Wohnung, wo acht Personen hausen, liegt ein 10 Monate altes Kind in der Wiege; blaß und schmal ist sein Gesichtchen. Auf den ersten Blick sieht man, daß es in dieser Familie sehr große Not gibt. Zwei Betten, ein altes Ruhebett, ein Tisch und eine alte Kommode ist das ganze Mobiliar. Es läßt sich auch nicht mehr unterbringen, der Raum mit 25 qm ist viel zu klein für diese Familie. Bei voller Beschäftigung und 60-stündiger Arbeitszeit verdienen Frau, Mann und drei Kinder höchstens noch 130 Kc; jedoch gibt es sehr wenig Arbeit. Alles ist im Preise so gedrückt, daß kein Auskommen mehr ist. Seit dem Jahre 1928 wurden bei manchen Artikeln bis 60% abgebrochen. Die Kinder sind größer geworden und der Verdienst immer geringer.

"Ich trage nicht die Schuld, wenn mir meine Kinder verhungern, denn ich bin bereit, um jeden Preis zu arbeiten. Frühmorgens, wenn wir erwachen, sehen wir uns gegenseitig an. Ich und meine Frau ratschlagen, wo wir heute wieder etwas zu essen bekommen werden. Die Kinder werden zur Schule geweckt. "Haben wir kein Brot?", sagt der kleine Helmut, "gib mir doch ein bißchen schwarzen Kaffee, in der Schule bekomme ich ja heute Milch." Die Kinder gehen eines nach dem anderen und die Eltern sitzen zu Hause und haben nichts zu nagen und nichts zu beißen. Die Frau oder der Mann geht auf die Gemeinde. Versucht dort, ob er etwas bekommen kann. Er bekommt von dem Gemeindevertreter, ein heute von Marxisten oder Zentrumsleuten besetzter Posten, die Antwort: "Heute haben wir nichts". "Ich habe doch schon seit zwei Tagen kein Brot im Hause." "Ich kann nicht helfen", gibt dieser marxistische Gemeindevertreter, der auch einmal bitterste Not im Hause hatte, als er noch nicht bei der Partei war, zur Antwort. Und so geht der Mann ein Haus weiter zur Jugendfürsorge. Dort bekommt er die Antwort, daß er eine Bestätigung von der Gemeinde haben müsse, dann könne er ihm etwas ausfolgen.

Herzzerreißende Szenen spielen sich in einem Tage auf dem Bürgermeisteramt ab. Jedoch: "Von welcher Partei bist Du? Wenn du von Henlein bist, dann verrecke!", denkt dieser marxistische Menschenfreund. Unser Volk hat ein sehr schweres Dasein. Wer sein Deutschtum hochhält, hat schwer zu kämpfen. Gegen Mittag kehrt der Mann heim. Die Frau erwartet ihn schon. Von weitem sieht sie, daß der Mann nichts nach Haus gebracht hat. Die Frau bricht in Tränen aus, der Mann geht in der Stube umher in Gedanken versunken. Und wieder kommen die Kinder; und der Tisch ist leer.

Sind das noch menschenwürdige Zustände? Vom Kaufmann bekommen wir nichts mehr auf Kredit, da wir durch die ganzen Jahre hindurch schon mehrere hundert Kronen schulden. Es will nicht anders werden. Jeder Tag ist eine Qual für uns. Und so ergeht es dem sudetendeutschen Volk. Immer das gleiche: unterernährt, halbverhungert. Wie soll das noch enden? Das alles bekommt man zu sehen und zu hören, wenn man die Wohnung eines Arbeitslosen im sudetendeutschen Gebiet besucht."

Unterschrift des Arbeitslosen: V.... E.....

Name: B.....Sch.....

Beruf: Binder

Wohnort: Graslitz.

"Als Faßbinder habe ich in Falkenau 15 Jahre lang gearbeitet; durch die Krise habe ich meinen Arbeitsplatz verloren. Bin Familienvater von 8 Kindern; für sechs habe ich noch zu sorgen. Drei davon sind schon viele Jahre arbeitslos. Bis zum April 1935 habe ich noch wöchentlich einen Lohn von 130 Kc nach Hause gebracht. Seit Ende April 1935 bekomme ich die Czechkarte (nach dem früheren Fürsorgeminister "Czech" benannt), welche jedem Arbeitslosen den Ruin bringt. In der Familie sind wir bereits alle unterernährt. Wöchentlich bekommen wir 5 Czechkarten zu 10 Kc und 5 Brote Unterstützung. Davon müssen wir monatlich 80 Kc Miete zahlen. Die ganze Woche haben wir nichts anderes als Kaffee und Kartoffeln; Milch kommt selten ins Haus, Fleisch sehen wir nur bei den Fleischern, wir selbst können uns Monate hindurch keines kaufen. In bezug auf Kleidung sind wir so heruntergekommen, daß wir uns nur noch in fremden Kleidern in der Öffentlichkeit zeigen können. Sechs Jahre konnten wir uns weder Hemd noch Hose kaufen; unsere Bettüberzüge sind nur noch Hadern. Da es mit dem Lohn, den ich vor 1935 nach Hause brachte, kaum gereicht hat, unseren Hunger zu stillen, so sind wir jetzt alle unterernährt, und nur noch Haut und Knochen tragen uns der Menschheit zur Schau. Mein Zustand ist ganz trostlos. Betteln kann ich nicht gehen, lieber will ich verhungern. Ich scheue keine Arbeit, nur kann ich nirgends welche finden, womit ich wenigstens unseren Hunger etwas dämpfen könnte.

Was wissen denn jene Menschen, die keinen Hunger haben, in welchem Zustand wir leben? Im Kriege habe ich sehr viel mitgemacht; jedoch kein Vergleich zu dem heutigen Zustande in meiner Familie. Was soll der Mensch schon mit diesen 10 Kc anfangen? Wir sind 8 Personen zum Essen im Alter von 9, 12, 14, 25, 29, 54 und 56 und haben 50 Kc und 5 Brote die Woche. Von diesen gehen noch wöchentlich 20.— Kc für Miete ab; somit bleiben uns 30 Kc und 2 Brote. Für uns große Familie reicht es nicht einmal für einen Tag aus, und doch müssen wir uns eine Woche lang damit hinfristen. Wohnung haben wir: Zimmer und Küche, welche wir doch erhalten wollen. Lieber nichts zu essen, nur nicht auf die Straße gesetzt werden mit meinem Hab und Gut. Denn alles andere haben wir schon längst verloren. Wie lange soll dieses Elend noch auf uns sudetendeutschen Menschen lasten?"

12. II. 36. gez. B.....Sch.....

"F. E., geb. am 16. III. 1898 in Graslitz, dahin zuständig, verheiratet und einen Knaben im Alter von 12 Jahren.

Bin seit 1930 - also volle 5 Jahre - arbeitslos; auch meine Frau hat nie eine Beschäftigung finden können. Der Vater meiner Frau,, im Alter von 70 Jahren ist die

längste Zeit bei mir. Habe ständig nur zwei Lebensmittelkarten. Davon sollen vier Personen leben und der Mietzins für eine Stube im Betrage von 80 Kc aufgebracht werden!

Nirgends ist eine Beschäftigung zu finden, trotzdem ich mich vor der gewöhnlichsten Arbeit nicht scheue. Auch bin ich als 18-jähriger zum Frontdienst ausgehoben worden und habe seitdem ein schweres Herzleiden und somit öfter Anfälle. Wir müssen Tag für Tag das bißchen Leben in bitterster Not verbringen - und der Mietzins ist überhaupt nicht mehr zu beschaffen. Wir sind schon unterernährt im höchsten Grade und jeder Tag bringt neue Sorgen. In Kleider und Wäsche sind wir heruntergekommen wie ein Hund. Wenn nicht bald von irgendeiner Seite Hilfe geschaffen wird, so ist dies traurige bißchen Leben zwecklos."

Graslitz, am 10. II. 36. gez. F. E....., Graslitz.

12 Menschen auf 22 Quadratmetern

Zu Beginn des Jahres 1936 erstatteten die Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei in- und ausländischen Pressevertretern einen Bericht über ihre Fahrt durch das sudetendeutsche Elendsgebiet:

"Abg. Wollner verwies auf die Not im westlichen **Erzgebirge**, wo zum Beispiel in Trinksaifen 80% der Bevölkerung arbeitslos und **40 Personen im fünfzimmrigen Armenhaus** untergebracht sind, wo der **Gemeindearrest als Notwohnung** bezogen werden mußte, oder in Frühbuß, wo eine **Arbeitslosenfamilie in der Totenkammer auf Streu und Stroh** haust. Ein Graslitzer Kaufmann schenkte einem Bauer verdorbenes Kraut zum Düngen seiner Felder. Arbeitslose lasen es vom Acker auf und kochten daraus für sich und ihre Familie Mittagessen. Die letzten noch beschäftigten Heimarbeiter klöppeln für 5 bis 7 Kc (50 bis 70 Pfg.) von früh bis spät in die Nacht, um dann mehr als 3 Kc (30 Pfg.) für das Material zu bezahlen.

Abg. Zippelius sprach von den trostlosen Verhältnissen um Graupen und schilderte die Not der Menschen, die nur noch Schatten menschlicher Wesen sind. Ein Bursche im Alter von 18 Jahren wog nur 26 Kilogramm! Fünf bis sechs Wochen alte Kinder können von der Mutter nicht ernährt werden, weil der ausgemergelte Körper einfach dazu nicht mehr imstande ist. Ärztliche Hilfe liegt zu weit. Die Gemeinden haben kaum einige Kronen mehr im Vermögen. Ein 78jähriger Mann und seine 76jährige Frau sollen von 80 Hellern (8 Pfg.) täglicher Unterstützung leben. Des Mannes Glieder sind rheumatisch verkrüppelt und trotzdem schleppt er sich täglich zwei Stunden lang einen Zehnminutenweg, um im Torfstich noch einige Heller zu verdienen. In Elendswohnungen hausen zwölf Menschen in einem Raum von 20 Quadratmetern.

Abg. Hollube, der sich besonders mit dem Elend im Gablonzer Gebiet befaßte, verwies darauf, daß im tschechischen Gebiet mit Millionenbeträgen Investitionen durchgeführt werden, während im deutschen Gebiet ein Betrieb nach dem andern stillgelegt wird. Die tschechoslowakischen Konsulate im Ausland verweisen anfragende Kunden nur an tschechische Firmen. Bei einer vom tschechoslowakischen Staat beschickten internationalen Ausstellung war auf einer ausgehängten Karte das Gablonzer Glasindustriegebiet als Wald eingezeichnet! Die wenigen noch beschäftigten Heimarbeiter verdienen im Tag bei zwölfstündiger Arbeit 5.35 Kc (54 Pfg.), von denen sie jedoch mehr als 3 Kronen (30 Pfg.) für elektrische Kraft zahlen müssen. Sie nutzen ihr letztes Handwerkzeug ab, ohne sich wieder neues anschaffen zu können. Die tschechische Glasindustrie wird demgegenüber mit allen Mitteln geschützt und gefördert. Seitdem die Wälder verstaatlicht sind, dürfen die

Arbeitslosen nicht einmal mehr Klaubholz sammeln, das sie vor dem Erfrieren schützen könnte. In der Ortschaft Weißbach ist der Hungertyphus eingezogen. Um einem Typhuskranken nach Monaten wenigstens ein Stückchen Fleisch zu verschaffen, schlachtete ein Nachbar seine Hauskatze! Welche Verzweiflungsgedanken müssen da auch den einfachsten Arbeiter erfassen, wenn er hört, daß die Tschechoslowakei mit 70 bis 80 000 Waggons Vorrat an Brotgetreide in die neue Ernte geht. Alle Staatsaufträge gehen ins tschechische Gebiet. Eine Fabrik, die sogar nach Amerika Tuch für Militärzwecke liefert, hat noch keinen Meter für die tschechoslowakische Armee in Auftrag bekommen.

Abg. Knorre sprach von der trostlosen Lage der in Nordmähren und Schlesien heimischen Textil-, Stein- und Möbelindustrie und sagte, daß es auf der einen Seite nur mehr Konkurse auf einem großen Industriefriedhofe und auf der anderen Seite die Masse der Arbeitslosen gebe. Besonders schlimm liegen die Verhältnisse in dem Gebiet um Friedberg, Saubsdorf und Setzdorf, wo die im Betrieb befindlichen Fabriken bloß noch von neugegründeten tschechischen Unternehmen repräsentiert werden, während die sudetendeutschen bodenständigen Betriebe schon seit Jahren stillliegen. 700 Waggons verarbeitetes Material wurden in einer einzigen Sommersaison aus diesem Gebiet ausgeführt; nicht ein einziger von ihnen kam von einem deutschen Unternehmen, aus einem deutschen Betrieb. - Schikanen um jede einzelne Brotkarte! Ein einfacher anonymer Zettel genügt, um Menschen um jede Unterstützung zu bringen. Die Gewerkschaften sind Exerzierfelder der Marxisten geworden, mit dem reformbedürftigen Genter System toben sie sich darin aus. Zur Not, zum Terror, zu den zahllosen Denunziationen gesellt sich noch die Unmoral, die Demoralisierung der Jugend, die arbeitslos in dieses Elend hineinwächst.

Abg. Hodina schildert besonders eingehend die Auswirkung der Not auf den Gesundheitszustand der Kinder. Sie sind körperlich und seelisch so zerrüttet, daß der Lehrer es meist nicht wagt, sie zu prüfen, weil sie in der Bank haltlos zusammensacken. Unbegreiflich ist es in diesem Zusammenhang, wenn beispielsweise das Finanzministerium die Bereitwilligkeit der Monopolgesellschaft einfach ablehnt, 1000 Waggon Gerste, und zwar um 40 Kc (4 RM) je Meterzentner, an die Notstandsgebiete billiger abzugeben.

Die Abgeordneten der SDP Jobst und Wagner gaben nach der Versammlung dem Berichtstatter der SPB folgenden Lagebericht über den Böhmerwald: Der Böhmerwald ist seit Jahren Notstandsgebiet. Die Notlage ist zum Großteil durch die Einschränkung in der Holzschlägerei bedingt. Am meisten leiden die Arbeiter unter der Regierungsverordnung, wonach nur jene Arbeitslosen bei Notstandsarbeiten eingesetzt werden dürfen, die entweder nach dem Genter System unterstützt werden, oder von der Lebensmittelaktion erfaßt sind. Da die Arbeiter zum Teil bei schwerster Arbeit im Walde nur 10 Kc täglich verdienen, ist es aber nicht möglich, Beiträge für eine Gewerkschaft aufzubringen. Die Arbeitslosigkeit ist aber auch dadurch bedingt, daß ein Großteil der heute arbeitslosen Bevölkerung in früheren Zeiten als Saisonarbeiter sowohl im Inland als auch im benachbarten Bayern und Österreich beschäftigt war. Die völlig unzureichende staatliche Fürsorge führt zu Wilddiebstahl und Schmugglerwesen, also zum Verbrechen. Dazu kommt die Verbitterung, daß man für die ohnehin so spärliche Arbeitsgelegenheit, wie Schotterschlagen usw., noch tschechische Arbeiter in dieses Gebiet entsendet.

In den "Südböhmischen Holz- und Möbelwerken" in Wallern waren früher 80 Arbeiter beschäftigt. Heute dagegen nur noch 14 und zwar bei einem Stundenlohn von 1.50 bis 1.80 Kc (15 bis 18 Pfennig!). In den zahlreich vorhandenen Drechsler- und Tischlerwerkstätten dasselbe Bild. Dort, wo früher 10 bis 15 Gehilfen arbeiteten, sind es heute kaum 2 bis 3 oder überhaupt keiner. Die beiden Ziegeleien gaben noch im Vorjahre 60 bis 70 Arbeitern eine Beschäftigung, die jedoch heute infolge Auftragsmangels zu den Arbeitslosen zählen. In

Wallern und Umgebung gab es stets 250 bis 300 beschäftigte Maurer, die einen Stundenlohn von 3.50 bis 3.80 Kc (35 bis 38 Pfg.) nach Hause brachten. Heute stehen kaum 50 Maurer bei einem Stundenlohn von 2.— bis 2.80 Kc (20 bis 28 Pfg.) in Beschäftigung. In jedem Landwirtschaftsbetriebe waren früher 3 - 5 Dienstboten beschäftigt, heute höchstens 1 bis 2. Es ist in denselben bestimmt nicht weniger Arbeit vorhanden, die Landwirte bringen jedoch die Lohnbeträge nicht mehr auf, obgleich ein landwirtschaftlicher Arbeiter heute außer Kost höchstens 5 - 10 Kc (50 Pfg. bis 1.— RM) täglich erhält. Holzhauer verdienen im Akkord bestenfalls 12.— bis 16.— Kc (1.20 bis 1.60 RM).

Die Lage in Ostböhmen schilderte nach der Versammlung der Abg. der SDP Hubert Birke einem Vertreter der SPB wie folgt: Die Bezirke Braunau und Weckelsdorf, einst blühende Bezirke, sind heute mit mehr als 6000 Arbeitslosen ausgesprochene Notstandsgebiete. Mit dem Zusammenbruch der Fabriken wurde auch der Handelsstand, das Gewerbe und die Bauernschaft im Trautenauer und Arnauer Industriegebiet in schwere Verschuldung gestürzt."

Es gibt keinen tschechischen Abgeordneten, der aus seinem Wahlkreis, sofern er nicht auch sudetendeutsches Gebiet umfaßt, auch nur annähernd ähnliches berichten könnte, denn sonst hätte er es bereits getan. Gerade in diesem Schweigen liegt ja eine Bestätigung für die Richtigkeit und Berechtigung der deutschen Klage!

Diese lebendigen Schilderungen sudetendeutscher Not bedürfen keiner Ergänzung. Sie sind ein getreuer Spiegel der herrschenden Zustände. Und die gleiche Tragödie spricht aus der folgenden nüchternen Denkschrift.



Anmerkungen:

118 *Rundschau*, Prag, 8. September 1935. [...zurück...](#)

119 *Die Zeit*, Prag, 22. 10. 1935. [...zurück...](#)

120 *Die Zeit*, Prag, 23. 10. 1935. [...zurück...](#)

121 *Die Zeit*, Prag, 12. 11. 1935. [...zurück...](#)

122 *Die Zeit*, Prag, 25. 10. 1935. [...zurück...](#)



Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Rumburger Bezirkes

Der Landespräsident von Böhmen, Dr. Sobotka, hat seinen beabsichtigten Besuch des nordböhmischen Notstandsgebietes abgesagt. Darauf wurde ihm eine von der Kreiskanzlei Rumburg des deutschen Hauptverbandes der Industrie verfaßte Denkschrift im Dienstwege übermittelt. Die Denkschrift hat folgenden Inhalt:

An den
Herrn Landespräsidenten
in Prag.

Die Arbeitsverhältnisse im Bezirke Rumburg sind katastrophal. Die Rumburger Decken- und Möbelstoff-Industrie und die Schönlinder Wirkwarenindustrie sind Spezialindustrien, die durch ihre hochwertige Ware Weltruf hatten und auf dem Weltmarkte bestens eingeführt waren. Der Fleiß, verbunden mit Geschmack und Tüchtigkeit, und die Sparsamkeit der Erzeuger haben diesen Weltruf begründet und dem Fabrikate überall Eingang verschafft. Und wiewohl diese Eigenschaften der Industrie und ihrer



Ein Fabrikesselhaus in Nordböhmen nach dem Abwracken.

Im Hochsommer 1936 richtete der greise Kammerpräsident von Reichenberg, Theodor Liebig, an den Staatspräsidenten eine Denkschrift, aus welcher die bewußte Benachteiligung des deutschen Sprachgebietes gegenüber dem tschechischen klar hervorgeht. Auf 1000 Deutsche entfallen im Durchschnitt im Industriegebiet über 80 Arbeitslose, auf 1000 Tschechen nur 10 - 15.

Arbeiterschaft auch weiterhin aufrecht blieben, ist es doch nicht gelungen, den Niederbruch dieser Industrie zu verhindern. Daß man hier von einem wirklichen Zusammenbruch sprechen kann, wollen wir an Hand einiger Ziffern klarlegen:

Das beste Spiegelbild gibt der Pflichtversichertenstand bei der Bezirkskrankenversicherungsanstalt Rumburg. Während dieser noch im Mai 1929 12.602 Personen betrug, stellte sich die Pflichtversichertenstand am Ende des Jahres 1934 nurmehr auf 6344 Personen. Die Zahl der Beschäftigten in der Textilindustrie ist von 6741 Personen im Mai 1929 auf 2802 Personen im Dezember 1934, in der Maschinen- und Metallindustrie von 609 auf 251, in der Papier- und Lederindustrie von 260 auf 94, in der Holzverarbeitenden Industrie von 370 auf 147 Personen zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit in unserem Bezirke ist daher enorm, 4561 gänzlich Arbeitslose und 1998 Kurzarbeiter, daher insgesamt 6559 Arbeitslose. Der Rumburger Bezirk zählt bekanntlich zu den Bezirken mit der größten Arbeitslosigkeit. (Von den 225 Bereichen der Bezirksbehörden in unserem Staate, geordnet nach der Höhe des Prozentsatzes der mit Ende Juli 1934 von der Arbeitslosigkeit betroffenen Bevölkerung, wird der Bezirk Rumburg bereits an dritter Stelle (!) angeführt, er gehört also zu den drei Bezirken mit der größten Arbeitslosigkeit in unserem Staatsgebiete.)

Wie groß die Not im Bezirke Rumburg ist, beweist auch der Umstand, daß die Sterblichkeit den Geburtenrückgang überwiegt. Der Sterbeüberschuß betrug im Jahre 1934 42 Personen. Dabei ist die Selbstmordziffer geradezu furchtbar. Diese beträgt fast das Vierfache des Gesamtdurchschnittes in Böhmen.

Die Industrie des Rumburger Bezirkes ist auf den Export angewiesen. Die Rumburger Decken- und Möbelstoffindustrie exportiert mehr als 60 Prozent ihrer Erzeugung in das Ausland, die Schönlinder Wirkwarenindustrie 40 bis 50 Prozent. Die Hindernisse aber, welche heute der Exportindustrie in den Weg gelegt werden, sind derart, daß der geradezu sprichwörtlich gewordene Unternehmungsgeist des nordböhmischen Industriellen

allmählich erlahmen muß. Denn was nützen ihm alle Anstrengungen, Opfer von Geld, Zeit und Mühe, wenn er durch handels- oder währungspolitische Schwierigkeiten sich plötzlich um den ganzen Erfolg seines Geschäftes gekommen sieht.

Ungarn war z. B. das Hauptabsatzgebiet der Rumburger Decken- und Möbelstoffindustrie. Durch die Kündigung des Handelsvertrages mit Ungarn im Dezember 1930 hörte mit einem Schlage jedes Geschäft mit Ungarn auf, wodurch die Rumburger Textilindustrie derart schwer betroffen wurde, daß sie sich hiervon überhaupt nicht mehr erholen konnte. Man darf nicht vergessen, daß Ungarn ein Absatzgebiet war, wo zwei große Kunden so viel abnahmen, wie der ganze tschechoslowakische Absatzmarkt aufnehmen kann. Wiewohl wir wiederholt darauf hingewiesen haben, welche verhängnisvollen Folgen unsere Handelspolitik für unsere Industrie hat, sind all diese Bitten und Beschwerden verhallt, ohne daß sie einen Erfolg gezeitigt hätten.

Die Folge davon ist, daß Großbetriebe wie Hielle und Wünsche, mechan. Webereien in Rumburg und Schönlinde, mit zirka 500 Arbeitern, Franz Preidel, mechan. Weberei in Rumburg, mit 400 - 500 Arbeitern, Filipp Michels Söhne, Wirkwarenfabrik in Gärten, mit 500 Arbeitern, aufgehört haben, Erzeuger zu sein. Weiters haben mit der Erzeugung aufgehört folgende Firmen: August Marschner und Sohn, Wirkwarenfabrik in Schönlinde, mit zirka 100 Arbeitern, Edmund Tietze, mechan. Weberei in Rumburg, mit 140 - 150 Arbeitern, Jos. Jul. Preußger in Schönlinde mit 60, Wilhelm Wunder in Schönlinde mit 50 und Karl Worf in Rumburg mit zirka 30 Arbeitern. Die Tore dieser bekannten Fabriken sind geschlossen und nur die Färberei, also ein kleiner Teil, der Firma Hielle und Wünsche in Schönlinde kann noch arbeiten. Die übrige Industrie des Rumburger Bezirkes arbeitet lediglich mit einem Drittel bis höchstens 40 Prozent (!) der Kapazität. Es bedarf wohl keines Hinweises, daß es bei einer solchen Kapazität ausgeschlossen ist, daß sich die Firmen auf die Dauer lebensfähig erhalten können.

Sehr geehrter Herr Landespräsident! Die Tatsachen, die wir vorgebracht haben, sind leider wahr und wir bitten Sie in wirklich letzter Stunde um Ihre wertvolle Unterstützung. Helfen Sie uns, damit der Not unseres Bezirkes wenigstens einigermaßen eine Besserung entgegengesetzt wird und wieder Hoffnung in die Herzen unserer Bevölkerung einziehen kann.

Eine Besserung der Verhältnisse ist nur dann möglich, wenn das Außenhandelsvolumen, d. h. also Ausfuhr und Einfuhr, gehoben wird. Dies ist der einzige Weg, auf dem wir die Möglichkeit zu einer Besserung erblicken. Um dies zu erreichen, brauchen wir günstige Handelsverträge, Beseitigung der Exporthindernisse wie Clearing, Kontingentierung, Bewilligungsverfahren, hohe Einfuhrzölle usw.

Der Industrie müßten raschest langfristige und billige Kredite zur Verfügung gestellt werden, damit sie in finanzieller Beziehung Bewegungsmöglichkeiten bekommt. In dieser Hinsicht verweisen wir auf die Industrieförderung in andern Ländern, wie z. B. Italien, Belgien und USA. Die Bestrebungen, eine Verflüssigung auf dem Geld-, bzw. Kapitalmarkt herbeizuführen, beschränken sich bei uns auf Geldanstalten u. dgl., lassen aber die Bedürfnisse der Industrie außeracht. Sie gehen von der irrümlichen Ansicht aus, daß auf indirektem Wege durch die bisher eingeschlagenen Methoden eine Verbesserung in der Industrie erreicht wird. Dieser Prozeß ist jedoch viel zu langwierig und wird in der Zwischenzeit ein weiterer Teil unserer Industrie aus dem internationalen Konkurrenzkampf ausscheiden. Die Differenz in der Kreditkosten-Höhe in unserem Staate im Vergleiche zu der in anderen Ländern ist viel zu groß, als daß unsere Industrie auf dieser Basis wettbewerbsfähig erhalten werden könnte. Die Aufrechterhaltung des heutigen Zustandes

macht es unserer Industrie unmöglich, ihre Anlagen zu erneuern, bzw. den laufenden Erfordernissen anzupassen und so wird es unsere Industriepolitik zuwege bringen, daß unsere Industrie immer mehr und mehr in andere Länder verpflanzt wird, wodurch unsere Arbeiter einer zunehmenden Verelendung entgegengehen und als inländische Konsumenten immer mehr ausgeschaltet werden. Im Zusammenhange damit möge die Vorschreibung der Steuern samt Zuschlägen und Nebengebühren sowie ihre Eintreibung die Notlage der Industrie berücksichtigen und ihr nicht Lasten zumuten, die sie heute nicht mehr tragen kann....

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, ergebenst und dringendst um Ihre Unterstützung...."

Seither sind Wochen und Monate vergangen. Der auf das Papier gebannte Hilferuf ist unbeachtet geblieben. Die Denkschrift hat ihre Eingangsnummer erhalten wie tausend andere und ruht heute in irgendeinem Aktenschrank in Prag. Und oben im nordböhmisches Industriegebiet hungern und hoffen tausende deutsche Arbeitsmenschen...



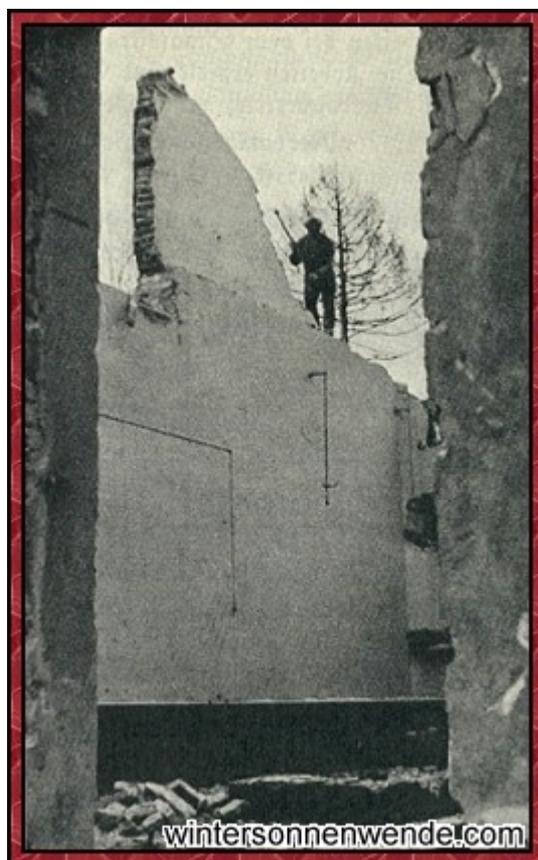
19 Gemeinden luden ein

19 Gemeinden des nordböhmisches Elendsgebietes von Kratzau und Umgebung hatten Parlamentarier aller Parteirichtungen zur Besichtigung der Zustände in diesem Notstandsgebiet eingeladen. Der Bezirk Kratzau-Grottau zählt etwas über 26.000 Einwohner, die sich in weitem Gebiet auf neunzehn Gemeinden verteilen. Sie fanden in der Hauptsache in den Textilbetrieben, - solange die Wirtschaft gesund war - Arbeit und Brot, hatten als Händler, Krämer und Handwerker eine gute Existenz und man konnte sogar von einem bestimmten Wohlstand des Kratzauer Gebietes sprechen. Seit dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise ist dieser blühende Industriebezirk vollständig zusammengebrochen, in allen Gemeinden herrscht Not und Elend, wütet der Hunger. Die Mehrzahl der Fabriken haben nach und nach ihre Tore geschlossen und es besteht zur Zeit nicht die geringste Hoffnung auf Besserung.

Dreißig Betriebe sind stillgelegt worden, 1495 Arbeiter beziehen zur Zeit die Unterstützung nach dem Genter System, 1898 stehen im Genusse der teilweisen Unterstützung, 3241 erhalten Ernährungskarten und ungefähr 2000 stehen vor dem Nichts.

Von 26.000 Einwohnern des Bezirkes Kratzau sind 8634 ohne Arbeit und Verdienst oder mit andern Worten jeder dritte Einwohner ist arbeitslos.

Über die Besichtigung dieses Gebietes, an der das Fürsorgeministerium durch Dr. Holth, die Bezirksbehörde Reichenberg durch Oberrat Dr. Ritt vertreten war und von den Parlamentariern teilnahmen: Abg. Bobek (christlichsoz.), Abg. Windirsch (Bund der Landwirte), Roscher (Soz.-Dem.), Necas (Tschech. Soz.-Dem.), die Senatoren Eichhorn (Gew.-P.) und Kostka



Die Spitzhacke tut ihr letztes Werk.

(A.W.G.), berichtet die *Deutsche Presse*:

"Beim Bahnübergang in Grottau erwarteten Bürgermeister Ulbricht und Stadtrat Neuhäuser die Volksvertreter, worauf der fast leerstehende »Betrieb Adolf Müller« besichtigt wurde. Der Eindruck der hier herrschenden Stille war überraschend und die Gäste schienen sichtlich betroffen über die hier gesehene traurige Wirklichkeit. Anschließend ging die Fahrt zum Betriebe »Veritas« und zum Sägewerk an der Dammstraße. Nun sollte der größte Fabriksfriedhof, »Cosmanos«, aufgesucht werden. Im Fabrikshof harnte bereits die Görzdorfer Gemeindevertretung auf die Parlamentarier und auch die Firma hatte wichtige Tatsachen zur Aufklärung vorbereitet. Leider war es eine Gruppe von Arbeitslosen, die durch ihre Aufstellung auf der Straße vor dem Toreingang zur Fabrik und ihre lauten Sprechchöre diesen wichtigen Zweck vereitelten, denn die Vertreter vermieden das Aussteigen und fuhren nach etwas Aufenthalt weiter. Nur der amtierende Gemeinderat von Görzdorf, Herr Endler, stieg zu. Die Gendarmerie mußte die vor dem Auto stehenden Arbeitslosen zum Platzverlassen anhalten. Gerade die Besichtigung dieses Betriebes mit den teilweise ausgeräumten Fabrikräumen und der Verödung der großen Anlage sollte zu einer erfolgverheißenden Aussprache führen. Gerade an diesem Orte hat die Handlungsweise des Häufleins einiger Arbeitsloser der guten Sache bestimmt viel geschadet. Die Fahrt ging nun, um ein Auto mit Arbeitslosen vermehrt, über die Neissebrücke bei George Elster, wo die wichtige Neisseherrichtung aufgezeigt wurde, weiter durch Görzdorf und über die große Neissebrücke nach Grottau zur Firma Hauowitz, wo Herr Ulbricht die vorbereiteten Unterlagen über die Beschäftigung der Firma einst und jetzt in Empfang nahm und weiter übergab. Bei der Firma H. Müller hatten die ausgestiegenen Parlamentarier eine Unterredung mit den Firmavertretern und hörten daraus den Rückgang der Arbeiterzahl und der Arbeitszeit. Die jährliche Lohnsumme ist von 3,8 auf 1,5 Millionen Kc gesunken. Auf der Höhe des »Neisseberges« wurde den Fahrtteilnehmern dann die geplante neue Neisse-Wehranlage erläutert. Die Fahrt nach Ketten wurde oft für die sich an den Autobus anhängenden Arbeitslosen gefährlich. Nach langsamer Vorbeifahrt am Betrieb »Limburger« in Ketten trafen die Gäste im Bahnhofsgasthaus in Ketten zur Mittagsrast ein. Dort hatte sich eine größere Anzahl Arbeitsloser versammelt, die beim Aussteigen aus dem Autobus die Abgeordneten und Senatoren mit Klagen und Wünschen bestürmten.

Mehrere Parlamentarier machten sich hievon Aufzeichnungen. Schon um 1 Uhr wurde die Weiterfahrt wieder angetreten, die durch das Kronauer Tal über Weißkirchen nach Kratzau führte. Dabei wurden die Betriebe »Kronau« in Ketten, Pfohl und Jäger in Weißkirchen zur besonderen Beachtung gezeigt. Bei der Klingerfabrik erfuhren die Parlamentarier, daß diese der modernste Betrieb dieser Firma war (1902 erbaut), für 800 Arbeiter Brot gegeben hat. Auch die »Königfabrik« in Kratzau, die zu Schleuderpreisen verkauft worden war, fand Erwähnung. Von der Staatsstraße aus gingen dann die Teilnehmer der Besichtigungsfahrt zu Fuß am Görsbachufer entlang, um die dort geplanten Notstandsarbeiten in Augenschein zu nehmen. Um zwei Uhr wurde die Fahrt nach Neundorf, Machendorf und Engelsberg fortgesetzt, wobei stillgelegte Betriebe, Straßenprojekte u. a. zur Sprache kamen. Um halb 4 Uhr begann dann im großen Gastzimmer des Hotels »Kudlich« die Schlußsitzung. Eine Anzahl von Arbeitslosen wohnte dieser Sitzung ebenfalls bei. Bürgermeister Scholz dankte den Volksvertretern für die Besichtigung des Gebietes und sprach die Hoffnung aus, daß der Kratzauer Bezirk zum Notstandsgebiet erklärt werde. Als wichtigste Arbeiten nannte er die Neisse-Herrichtung an der Staatsgrenze bei Görzdorf, dann den Bau einer neuen Talsperre bei Buschullersdorf (6 bis 7 Millionen Kc), und gab bekannt, daß die Gemeinden überschuldet sind und nichts mehr tun können. Oberrat Ritt erläuterte einige geplante Arbeiten wie: die Neisse-Herrichtung an der Staatsgrenze in einer Länge von 900 Metern, dann in Ketten 600 Meter. Hier fanden bereits am 9. Januar die wasserrechtlichen Besprechungen mit den Anrainern

statt. In Kratzau ist der Ausbau des rechten Görsbachufers geplant mit einer Uferstraße, dann der Ausbau der Straße Weißkirchen - Wetzwalde (270.000 Kc), weiters eine Teilregulierung des Görsbaches in Einsiedel und der Talsperrenbau bei Buschullersdorf, für Machendorf der Wasserleitungsbau nach Reichenberg..."

Gewählte Vertreter des Volkes - Deutsche und Tschechen - haben die Stätten des Verfalles gesehen und die Wünsche der Vernichteten gehört. Es fehlt ihnen nicht an dem guten Willen zu helfen, nicht an den Plänen und Ratschlägen das Elend zu mildern. Die Bürokratie, die regiert, weiß, daß es ihre Aufgabe ist, hier nicht zu helfen. Und hinter ihr steht der starke Arm des Staates, den die Erwerbslosen früher zu fühlen bekommen als seine fürsorgende Hand...

Vom Geist der tschechischen Bürokratie aber, als der Allmacht im Staate, künden die kurzen Meldungen der Presse einiger Tage:

"Wie uns aus Teplitz-Schönau mitgeteilt wird, werden bei den Reparaturarbeiten auf dem dortigen Hauptbahnhof, die von dem tschechischen Baumeister Port aus Lobositz ausgeführt werden, nur tschechische Arbeiter aus dem Bezirk Lobositz verwendet.... Auch andere tschechische Firmen, die im deutschen Gebiet öffentliche Arbeiten durchführen, stellen grundsätzlich keinen deutschen Arbeiter ein. Dies ist z. B. bei dem Schulbau in Hundorf, bei den Bauarbeiten auf dem Masaryk-Schacht in Preschen und bei den Biela-Regulierungsarbeiten in Hostomitz der Fall. Die deutschen Arbeiter haben in diesen Fällen nur das Recht, um Arbeit nachzufragen, das Recht, wirklich zu arbeiten, bleibt ihnen benommen...."

Sozialdemokrat, 23. August.

"Bei Errichtung der Staatsstraße Pilsen - Karlsbad sollten mehrere deutsche Arbeitslose Beschäftigung finden. Die Gendarmerie, die den Auftrag hatte, »verlässliche Elemente« namhaft zu machen, wandte sich an den Ortsgruppenleiter der sozialdemokratischen Partei, sodaß ausschließlich nur sozialdemokratisch organisierte Arbeiter angestellt wurden."

Völkerruf, 24. August.

"Die zweischichtigen Arbeiten bei dem Staatsstraßenbau gegen Reitendorf geben Grund zu Klagen. Die Arbeiten erhielt eine Prager Firma, die wahrscheinlich von diesen den Tiefbauvertrag verletzenden Arbeiten gar nichts wissen dürfte..."

Nordmährischer Grenzboten, 25. August.

"Bei dem Postneubau (in M. Schönberg) fand dieser Tage die Vergebung der Tischler- und Schlosserarbeiten statt. Wie... verlautbart, sind die hiesigen Gewerbetreibenden leer ausgegangen..."

Nordmährischer Grenzboten, 26. August.

"In Strobnitz (Gerichtsbezirk Gratzen) bewarben sich fünf einheimische Deutsche um den Postverkehr zwischen Strobnitz und Brünnl. Ein Tscheche aus der Schweinitzer Gegend wurde jedoch damit betraut."

Sudetendeutsche Pressebriefe, 27. August.

"Ich ging zur Bezirkshauptmannschaft B. Budweis... Als ich deutsch sprach, fuhr mich der Beamte an: »Sie müssen tschechisch sprechen!« Ich antwortete, daß ich nicht tschechisch könne, worauf der Beamte erklärte: »Sie müssen es lernen, ich kann nicht deutsch.« Er reichte mir das Rezept zurück und als ich es... nicht annehmen wollte, warf er es auf den Fußboden... Eine Beschwerde bei höheren Beamten brachte nur die Antwort, daß da eben nichts zu machen sei..."

Budweiser Zeitung, 26. August.

"Die sog. »Obere Fabrik« der Firma M. B. Neumanns Söhne, Köninghof in Dittersbach, die seit dem Jahr 1926 vollständig stillsteht, wird abgetragen werden. Die Fabrik, die in der höchsten Blüte in den neunziger Jahren gegen 300 Arbeitsplätze bot, ist eine der ältesten Betriebsstätten des Friedländer Bezirkes."

Neues Volksblatt, 28. August.

"Das Präsidium des Landesschulrates hat verfügt, daß die vierklassige deutsche Volksschule in Trupschitz bei Komotau zeitweilig in eine dreiklassige umgewandelt wird..."

Reichenberger Zeitung, 29. August.

"In Krombach bei Zwickau erschien beim Obmann des Gebirgsvereines der Steuerexekutor und nahm wegen eines Gebührenrückstandes von sage und schreibe 80 Hellern eine Pfändung vor."

Abwehr, 30. August.

"... die Firma Püchner, eine der größten Teppich- und Stoff-Firmen, liquidiert... Das große, neuerbaute Haus in der Sprudelstraße, das unter Zwangsverwaltung steht, wird zwangsversteigert..."

Egerer Zeitung, 1. September.

"Zwecks Erhaltung der tschechischen Minderheitsschule in Nebes in Nordmähren siedelte die Nar. Jednota einen kinderreichen Familienvater mit der Versprechung an, ihm einen Straßenwärterposten zu verschaffen. Der Mann wurde jedoch nicht Straßenwärter, sondern Schuldiener.... Er kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, der Erhalter einer tschechischen Minderheitsschule mit neun Kindern zu sein, die mit einem Kostenaufwand von 110.000 Kc errichtet wurde."

Reichenberger Zeitung, 1. 9.

"Eine neuartige und beachtenswerte Betriebswiederaufnahme soll in Böhmischem-Kamnitz ins Werk gesetzt werden. Dort steht schon seit zwei Jahren... die Stofffabrik Schrader still... haben sich Interessenten gefunden, die bereit wären, die Fabrik »auszuschlachten«... Um der Gefahr entgegenzuarbeiten und die Heimat vor einem kaum jemals wieder gutzumachenden Verlust zu bewahren, wollen nun Heimattreue und verantwortungsbewußte Menschen eine Art Gemeinschaftshilfe organisieren."

Reichenberger Zeitung, 1. 9.

Würde man all die Einzelfälle des Alltages sammeln, sie würden jährlich einige Bände füllen.

0,8 Pfennige Stundenlohn

"Schon früher gehörte das Adlergebirge zu den größten Notstandsgebieten Böhmens, doch konnten seine Bewohner bei 14stündigen Arbeitstagen durch ihre Hausindustrie (Handweberei, Netzen, Filetstrickerei, Erzeugung von Holzspanschachteln) wenigstens ihr Leben fristen. Besonders die Schachtelei, bei der Schachteln in verschiedenen Größen, wie sie die Apotheken, Molkereien usw. verwenden, gefertigt werden, wurde in den meisten Gebirgsdörfern eifrig betrieben. Dabei verdiente eine Familie von 3 bis 4 Köpfen in täglich 16stündiger Arbeitszeit einen reinen Wochenlohn von 35 Kc (!), da für 10.000 Schachteln, die in dieser Zeit hergestellt werden können, 120 Kc gezahlt wurden, wobei 85 Kc für Holz und Klebstoff in Abzug kamen. Auf den Kopf entfiel also ein Wochenlohn von 8.50 Kc, d. s. 8 Heller (0.8 Pfennige) Stundenlohn.

Um solchen Lohn arbeiteten die Adlergebirgler gerne! Jetzt aber entfällt diese Erwerbsmöglichkeit, da die Ausfuhr dieser Schachteln in das Ausland, auf die die Erzeuger bei der geringen Absatzmöglichkeit im Inlande angewiesen waren, infolge der Grenzschwierigkeiten (hohe Zollsätze) und der allgemeinen Wirtschaftslage ganz unterbunden ist. Ähnlich traurig liegen die Verhältnisse in der Handweberei. Für ein Stück Handwebe, d. i. 110 Meter, bekam der Weber noch im Vorjahre 90 Kc, heuer nur 65 Kc. Dafür muß die Familie fünf Tage arbeiten! Auch die Filetstrickerei, in der Frauen und auch Männer oft wahre Kunstwerke schufen, geht immer mehr zurück, findet immer weniger Absatz, wird immer schlechter bezahlt. Eine weitere Verdienstmöglichkeit, der bis vor zwei Jahren stark aufblühende Fremdenverkehr in den Gebirgsdörfern, wo besonders zahlreiche Reichsdeutsche eine unvergleichlich billige und schöne Sommerfrische verbrachten, ist selbstverständlich in stetem Niedergang begriffen.

So gehen die armen Bewohner des Adlergebirges, die meistens Kleinbauern und Waldarbeiter sind und entweder gar keinen oder nur so wenig Ackerboden besitzen, daß er sie unmöglich ernähren kann, immer mehr der Hungersnot entgegen. Kartoffeln und Salz, Suppe aus Wasser und Mehl, schwarzer ungesüßter Kornkaffee, wenn es hoch kommt trockenes Brot, bildet nurmehr ihre Nahrung. Fettstoffe fehlen fast ganz, Milch kommt meist wochenlang nicht in das Haus. Die meisten dieser Armen erhalten ja nicht einmal die wöchentliche Brotkarte und sind von jeder staatlichen Fürsorgeaktion ausgeschlossen, weil sie keiner gewerkschaftlichen Organisation und keiner Krankenkasse angehört haben. Wie es unter solchen Verhältnissen um den Gesundheitszustand dieser Menschen bestellt ist, kann sich jeder leicht vorstellen.

Ihren traurigsten Ausdruck aber findet die Not der Adlergebirgler in ihren Kindern! Von unterernährten, abgearbeiteten Müttern schwach geboren, tragen sie schon die Keime der Rachitis, oft auch der hier stark verbreiteten Tuberkulose in sich. 80 Prozent aller Säuglinge der armen Gebirgsdörfer leiden an ausgesprochener Rachitis und Anaemie, 20 Prozent der Kleinkinder bis zu zwei Jahren können infolgedessen noch nicht gehen und erreichen bis zu diesem Alter kaum ein Gewicht von 10 Kilogramm. In den nächsten Jahren wieder machen sich besonders skrofulöse Drüsen- und Augenerkrankungen häufig bemerkbar. Im schulpflichtigen Alter erwachsen dann den geistig und körperlich unterentwickelten Kindern neue Schwierigkeiten. In dürtigster Kleidung, ohne hinreichendes Frühstück kommen sie nach oft stundenlangem und im Winter fast ungangbarem Wege erschöpft in die Schule und sind vor Schwäche und Müdigkeit nicht imstande, dem Unterricht zu folgen, zumal da sie während der schulfreien Zeit die Eltern noch beim Erwerb des Lebensunterhaltes unterstützen müssen. Als Mittagmahl bringen viele Schüler jetzt nur einige gekochte Kartoffeln mit zur Schule, da es in den Familien eben schon am täglichen Brote mangelt. Den Kindern mittags eine Milch- oder Suppenausspeisung zu gewähren, sind leider die

wenigsten Schulen imstande."¹²³

Knappheit des Bodens und Armut des Menschen ist das Schicksal des Gebirgsbewohners. Ihr einziger Reichtum ist die gesunde Luft, die auf ihren Bergen weht und die Schönheit ihrer Landschaft, die ihr in geradezu verschwenderischer Weise geschenkt ist. Aus den Häusern blickte schon immer Armut und Einfachheit. Aber heute grinst das Gespenst der Not aus ihren Fenstern mit seiner schrecklichsten Fratze...

Über die Not in Schlesien aber wird berichtet:



10.000 Menschen ohne Brot

"Fünf furchtbare Krisenjahre haben in das Leben von rund 10.000 westschlesischen Textilarbeiterfamilien untilgbare Spuren gegraben.

Die Jägerndorfer Schafwollindustrie

beschäftigte noch im Jahre 1929 5000 Menschen. Gegenwärtig sind es kaum 3000 und sie sind nicht voll beschäftigt. In Jägerndorf gibt es rund 1800 Lebensmittelkartenbezieher, zumeist Textilarbeiter! Der Grad der Verarmung dieser Menschen ist nur zum Teil an ihrem Äußeren sichtbar, denn mit einem geradezu heroischen Mute wehrt sich ein großer Teil gegen das Versinken in eine lumpenproletarische Jammerexistenz.

Freudenthal

ist die Heimat der Leinen- und Baumwollwaren von auserlesenem Geschmack und über Meere reichendem Qualitätsruf. Im Jahre 1929 fanden in der Freudenthaler Textilindustrie 3500 Arbeiter Verdienst und Brot, davon waren etwa 1500 bis 1800 meist in der Umgebung wohnende Handwerker als Heimarbeiter beschäftigt. Gegenwärtig stehen etwa 650 Textilarbeiter in den Freudenthaler Betrieben in zeitweiliger Beschäftigung und die Zahl der noch teilweise arbeitenden Handwerker dürfte 800 kaum übersteigen.

Benischer Leinen

genießen ob ihrer unübertrefflichen Qualität und Haltbarkeit noch immer ihren alten Ruf. Trotzdem müssen Hunderte Benischer Textilarbeiter unfreiwillig die Hände ruhen lassen. Im Jahre 1929 gab es in den Benischer Betrieben 900 beschäftigte Textilarbeiter. Diese Zahl ist zusammengeschrumpft auf zirka 500, die zum Teil, so wie anderwärts, nicht voll beschäftigt sind.

Im Würbenthaler Kessel

gab es im Jahre 1929 noch drei Textilbetriebe mit insgesamt 1300 Beschäftigten. Im Jahre 1930 wurde die Jutefabrik stillgelegt und mehr als 500 Jutearbeiter verloren für immer ihren Arbeitsplatz und damit ihre schwankende Existenzgrundlage. Vor kurzer Zeit erst wurden die letzten Ziegelsteine der Jutefabrik weggetragen, und dort, wo einst 500 Menschen und ihre Angehörigen ihren Lebensunterhalt erhielten, erinnern höchstens einige Arbeiterwohnungen an eine bessere Vergangenheit.

In der "Perle der Sudeten",

in Freiwaldau, hat die Weltruf genießende Firma Regenhart & Raymann ihre Fabrikanlagen. Noch im Jahre 1927 waren an der Erzeugung gediegener und feinsten Leinentischwäsche, hochwertiger, mit kunstvollen Dessins geschmückter Damaste 1600 Arbeiter beteiligt; dabei nicht eingerechnet einige hundert Handwerker. Gegenwärtig beschäftigt die Firma noch etwa 800 Menschen bei Kurzarbeit und stark herabgedrückten Löhnen.

Die Zuckmanteler Seidenweber

leben bereits seit dem Jahre 1928 in einer furchtbaren Notlage. In der Schirmstoffweberei Adensamer & Co. wurden ehemals 250 Leute beschäftigt. Gegenwärtig schwankt die Zahl der Beschäftigten zwischen 30 und 70 bei Kurzarbeit und Löhnen, die jeder Beschreibung spotten.

Die Fezfabrik in Niklasdorf

gab einst 250 Menschen Verdienst und Brot. Die türkischen Reformen einerseits und kommerzielle Maßnahmen auf der anderen Seite haben es mit sich gebracht, daß die an sich stark gesunkene Fezherzeugung nach Strakonitz in Böhmen verlegt worden ist.

Dieser Bericht erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Doch die Ziffern sprechen für den tiefer Blickenden Bände. Wenn von den ehemals in der westschlesischen Textilindustrie beschäftigten 10.000 bis 12.000 Menschen heute kaum noch die Hälfte einen Arbeitsplatz besitzt und die andere Hälfte seit einem halben Jahrzehnt auf geringe Unterstützung und Gelegenheitsarbeiten angewiesen ist, so ist das Gesamtbild gegeben.

Allgemeine Verelendung, Armut und Jammer, wohin man sieht. Hier Hilfe zu bringen, bedeutet Rettung von 10.000 Menschen vor dem Versinken in materielle und geistige Verarmung."¹²⁴



Zum Hungerdruck Mißhandlungen und Folterungen

Eine Gruppe sudetendeutscher Arbeitsloser aus dem Adlergebirge, die infolge ihrer jahrelangen Beschäftigungslosigkeit und mangels jedweder Unterstützung sich in ihrer Notlage nicht mehr zu helfen wußten, wollten nach dem Reich auf Arbeitssuche, um hier für einige Zeit einen Lebensunterhalt zu erlangen. An der Grenzübergangsstelle in Hohenerlitz wurde ihnen der Grenzübertritt verwehrt. Infolge des scharfen Vorgehens des tschechischen Gendarmen und der durch eine Verzweiflungsstimmung bedingten Erregtheit der Leute kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die zu Tötlichkeiten führten. Der Gendarm alarmierte die örtlichen Sicherheitsorgane, wie Finanzwache und Gendarmerie, und sogar das Überfallkommando der Gendarmerieschule in Königgrätz trat in Aktion.

In der Folge kam es zu Verhaftungen und Verhören der Bewohner des Grenzgebietes, wobei die Amtsorgane in blindwütigem Vorgehen und unter den niedrigsten Vorwänden Leute in ihren Wohnungen und von der Straße weg verhafteten und durch schwerste Gewaltmittel zu Geständnissen zu bewegen suchten, die der ganzen Angelegenheit einen politischen Hintergrund geben und nicht bestehende Zusammenhänge mit der Sudetendeutschen Partei nachweisen sollten. Weil die Verhafteten, deren Zahl auf 70 gestiegen war, derartige Geständnisse nicht machen konnten, wurden sie aufs heftigste gequält und mißhandelt. So wurde in einem Fall im Zimmer eines Gendarmeriepostens das Licht ausgelöscht. Ein Verhafteter wurde mit einem Stock auf die Fußsohlen und ins Gesicht geschlagen. In einem anderen Falle wurde ein Verhafteter in der Nacht im Auto aus der Stadt herausgefahren und draußen in der Dunkelheit so mißhandelt, daß er bewußtlos im Auto liegen blieb. Ein anderer Verhafteter wurde geohrfeigt, geboxt und mit Schuhen getreten. Ein Gendarm nahm ein Holzschicht und schnitt mehrere kantige Hölzchen ab, mit denen die Fingerspitzen des Gefolterten zusammengepreßt wurden. Umwohner des Gendarmeriepostens haben zu Protokoll gegeben, daß sie das Schreien und Stöhnen der Mißhandelten gehört haben. Der staatliche Distriktsarzt hat in 15 Fällen schwere Körperverletzungen festgestellt. Hierzu kommt noch eine Drangsalierung der Angehörigen der Verhafteten, die in ihrer Auswirkung eine tiefe seelische Verzweiflungsstimmung weitester Kreise der deutschen Bevölkerung im Adlergebirge zur Folge hat. Der ganze Vorgang beleuchtet schlagartig die Lage der verleumdeten und nun noch mißhandelten Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei. Er zeigt auch, was die Sudetendeutschen

von der Humanität der Regierungsstellen zu erwarten haben und wie in Wirklichkeit die Demokratie in der Tschechoslowakei zur Anwendung kommt.

(Der Wahrheitsgehalt dieses an Sowjetrußland erinnernden Berichtes ist durch nicht zu bezweifelnde Zeugenaussagen und Protokolle belegt.)

Kleine Meldungen von großer Not

"In der Nähe der Notkolonie »Beim kleinen Sandbruch« an der Peripherie von Brünn fand man im Straßengraben sitzend die 26jährige Arbeitersgattin Anna Tichy. In den Armen hielt sie ihren zweijährigen Sohn Leo, der bereits tot war. Er blutete aus zwei großen Stichwunden aus der Brust. Neben ihr stand ihr 5jähriger Sohn Anton, der leichtere Verletzungen am Ohr aufwies.

Die Frau, die unverletzt war, schilderte der Polizei eine wahre Tragödie der Not. Sie, ihr 40jähriger Mann Anton Tichy und die beiden Kinder waren am 1. Jänner dieses Jahres nach Brünn gekommen, wo der Mann, ein unqualifizierter Arbeiter, Arbeit zu finden hoffte. Sie zogen in Königsfeld ein und lebten in Brünn in den traurigsten Verhältnissen, denn der Mann bekam keine Arbeit, so daß die ganze Familie sich bloß von der Arbeitslosenunterstützung und den allfälligen Löhnen aus Notstandsarbeiten ernährte. Den Zins zahlte Tichy pünktlich; dem Hauseigentümer gefiel aber die Familie nicht, da die beiden Kinder Tichys sehr oft im Hofe des Hauses Lärm machten. Tichy erhielt am 15. Juni die 14tägige gerichtliche Kündigung. Am 19. August sollte er gerichtlich delogiert werden. Tichy ging die Sache sehr nahe und er hatte mit seiner Familie zeitig früh die Wohnung verlassen, weil er hoffte, der Exekutor werde es in seiner Abwesenheit nicht wagen, die Wohnung zu öffnen. Als seine Frau kurze Zeit nachher mit der traurigen Nachricht kam, daß die Wohnung vollständig leer sei, wollten alle eine bekannte Frau aufsuchen. Zwischen Hussowitz und Königsfeld versetzte Tichy seiner Frau einen Hieb gegen den Kopf. Dann stieß Tichy dem zweijährigen Leo, den er vorher auf den Armen getragen hatte, ein langes Taschenmesser zweimal in die Brust und versuchte auch den 5jährigen Anton zu töten, ließ aber von dem schreienden Kinde ab und lief in der Richtung gegen Königsfeld. Am 20. August in den ersten Morgenstunden wurde in der Nähe der sogen. »Teufelsmühle« auf der Bahnstrecke zwischen den Stationen Königsfeld - Rzeczkowitz die Leiche Tichys gesunden. Ihm waren der Kopf und der linke Arm vollständig vom Körper abgeschnitten worden. Tichy wird als ein anständiger und unbescholtener Mann geschildert, der immer zu seiner Frau und den Kindern gut war."

Rumburger Zeitung

"Vor dem Postamt in Tropau (Schlesien) stürzte ein junger Mann plötzlich zusammen. Als er wieder zu sich kam, erzählte er, daß er schon 8 Tage nichts Genießbares außer Wasser zu sich genommen habe, und seit vier Jahren arbeitslos sei."

Brünner Tagesbote

"In einem Gebirgsort im Adlergebirge fand man in einer ärmlichen Wohnstube die Leichen einer Frau und zweier Kinder, die in ungelenker Schrift die erschütternde Ursache für ihren Mord und Selbstmord angibt: "Ich kann das Hungern und das Rufen meiner Kinder nicht mehr mit ansehen und anhören. Ich habe sie und mich erlöst. Der liebe Gott möge mir verzeihen."

Reichenberger Zeitung

"In einem niedergebrannten Strohschober fand man 16 verkohlte Leichen. Landstreicher? Nein! Sechzehn Menschen, die seit Wochen nach Arbeit suchten. Ein Unglücksfall, vielleicht? Vielleicht auch eine Verzweiflungstat..."

Brüxer Zeitung

"Wer sehen will, was tatsächliche Not ist, der fahre in das schöne Industriegebiet Nordböhmens. Ich fuhr auf der Straße in der Umgebung von Karlsbad - es war am Abend - da fesselte mich ein Menschenhaufen, bestimmt über fünfzig, auf einem Kartoffelfeld. Was machen diese Menschen auf einem ausgepflügten Kartoffelfeld? Die Antwort war überraschend. Es sind lauter Industriearbeiter aus den unweiten, stillgelegten Textil- und Glasfabriken. Sie suchen auf dem Feld, ob nicht irgendwo eine Kartoffel liegen blieb. Wie die Fliegen waren sie auf dem verhältnismäßig kleinen Feld, sodaß im besten Fall auf einen ein oder zwei Kartoffel kommen können! Und doch unterzogen sie sich der Mühe, mit der leeren Hand den Boden zu zergraben und so eine Kartoffel zu suchen, die da vielleicht vergessen wurde."

Ceske Slovo

"Gablonz, die Stadt der falschen Diamanten, zählte vor dem Kriege unter 30.000 Einwohnern 40 Millionäre. Heute stehen Frauen in der eleganten Kleidung einer vergangenen Zeit auf dem Markt und verkaufen Wohnungsgegenstände, um sich Brot kaufen zu können, Bilder, die an Petersburger und Moskauer Szenen erinnern."

Gablonzer Tagblatt

"In Mährisch-Ostrau starb das Mitglied des Gemeinderates, der Maurer Josef **Podolsky**, im 38. Lebensjahre an Unterernährung. Am selben Tage verschied seine Frau im Krankenhaus unter ähnlichen Erscheinungen. Das Ehepaar hinterläßt acht unmündige Kinder im Alter bis zu fünfzehn Jahren."

Brünner Tagesbote

"Aus Rothau-Neudeck wird gemeldet, daß die Gemeinde sich zwangsläufig veranlaßt sieht, die Schulkinderausspeisung, an der zirka 600 Schulkinder teilnehmen, mit 1. März einzustellen, da alle Mittel für diese Aktion aufgebraucht sind. Die Einstellung dieser Hilfsaktion für die ärmsten Opfer der Krise und Werksverlegung hat die größte Bestürzung hervorgerufen, da diese Aktion nun schon jeden Winter seit 1930 von der Gemeinde durchgeführt wurde."

Egerer Zeitung

"Die Not der westböhmischen Bevölkerung wird immer größer. Die Arbeitslosigkeit bringt in immer mehr Familien bitteren Hunger. Am allermeisten leiden die Kinder darunter. In der Saison blüht die Kinderbettelei, im Winter suchen die Kinder durch Holzverkauf sich und ihrer verzweiferten Familie etwas zu helfen. Auch am Montag wiederum wurden vier Kinder wegen Holzverkaufes in Drahowitz von der Polizei angehalten. Erschütternd ist das, was diese Kinder erzählen. Der Vater arbeitslos, die Mutter krank daheim im Bett, im Topf nicht einmal ein Kartoffel. Sie hatten Hunger. Und so machten sich die vier Geschwister auf, gingen in den Wald, sammelten Holz und versuchten es dann in Drahowitz zu verkaufen. Drei Kinder sind schulpflichtig. Nach Angabe der Personalien wurden die bedauernswerten Kinder nach Hause geschickt."

Karlsbader Tageszeitung

"Mitte August war neben dem Friedhof in B.-Leipa ein unbekannter Mann erhängt aufgefunden worden. Auf Grund der Nachforschungen der Polizei wurde jetzt in dem Toten der 36jährige Karl Blaha, Kontorist aus Leitmeritz, sichergestellt."

Rumburger Zeitung, 23. August.

"Im Saazer Gebiet sind Anfang dieser Woche die ersten Gruppen von Hopfenpflückern aus den Kohlenrevieren von Brüx und Dux eingetroffen. Gleichzeitig treffen große Gruppen sogenannter wilder Pflücker ein, die sich aus allen Teilen der Republik rekrutieren und auf irgendeinen Verdienst hoffen. Es befinden sich unter ihnen arbeitslose Intelligenzler, aber auch Hochschüler, die in den Sommermonaten Geld verdienen wollen, um studieren zu können."

Reichenberger Zeitung, 25. August.

"Mittwoch vormittags befand sich der 24jährige Schneider Kubala aus Frankfurt a. R. mit seiner Frau in der Nähe der Bahnstrecke, als ein Zug daherkam. Kubala stieß plötzlich seine Frau zur Seite, lief auf die Bahnstrecke und warf sich vor den Zug. Ihm wurde vor den Augen seiner Gattin der Körper mitten durchgeschnitten, Kubala soll sich auf den Selbstmord seit längerer Zeit vorbereitet haben."

Zeit, 26. August.

"Als Leiche aufgefunden wurde Donnerstag kurz vor Mittag im Walde bei Albrechtsdorf der Glasschleifer Franz Sippel, der zuletzt in Albrechtsdorf Nr. 85 wohnte. Sippel hatte sich am Tage vorher gegen Abend aus der Wohnung entfernt und nicht weit vom Hause entfernt im Walde seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht."

Volksruf, 27. August.

"Auf der mächtigen Lettenhalde des Paulschachtes bei Oberleutensdorf hat sich im Laufe der letzten Wochen eine ganz beachtliche Siedlung entwickelt. Es wohnen dort zahlreiche Familien, deren Oberhäupter arbeitslos sind. Diese »Wohnungen« entsprechen in keiner Weise einer menschenwürdigen Behausung und doch sind diese armen Menschen froh, daß sie nun ein Plätzchen haben, von dem sie niemand vertreiben kann. Um den elenden Hütten mehr Halt zu geben, sind die Wohnräume halb in die Erde gegraben, so daß die meisten einer Höhle gleichen. Die Kinder dieser Siedler sind dadurch den schwersten gesundheitlichen Gefahren preisgegeben. Auch in der Nähe von Bruch erheben sich auf freiem Felde bereits mehrere solcher Wohnhöhlen, die von Familien bewohnt sind, denen es nicht mehr möglich war, den, wenn auch nur geringen, Hauszins aufzutreiben und die deshalb delogiert wurden. Im Sommer mögen diese Löcher noch notdürftig eine Zufluchtsstätte für Menschen abgeben; im Winter aber sind sie unmöglich benutzbar. Diesen Leuten auf irgendeine Weise eine menschenwürdige Behausung zu beschaffen, ist Menschenpflicht und die zuständigen Stellen werden sich mit dieser Frage befassen müssen, ehe der Winter seinen Einzug hält."

Brüxer Zeitung, 28. August.

"Es gibt wenige Gemeinden in Nordböhmen, die der Wirtschaftskrise so hilflos gegenüberstehen, wie Rixdorf, und in der das Elend so furchtbar einkehrte. Die Fabriken beschäftigen nur einen Bruchteil ihrer normalen Belegschaft bei sehr schmaler Brotration; die Löhne gleiten tiefer und tiefer. Aus dieser wirtschaftlichen Struktur ergibt sich zwangsläufig, daß eine Besserung dieser beängstigenden Verhältnisse nur erzielt werden

kann 1. durch ausreichende Exportmöglichkeiten, 2. durch Zuweisung von Staatsaufträgen, 3. durch umfassende Rekonstruktion aller Durchzugsstraßen, 4. durch Ausbau des Nixdorfer Bezirkskrankenhauses, dessen andauernd hohe Belegung für den Winter empfindlichen Platzmangel befürchten läßt. Die Agenda des Stadtamtes gleicht der einer Fürsorgeanstalt. Täglich kommen bedrängte Menschen mit Bitten; der eine kann keine Miete bezahlen, der andere hungert und friert mit seinen Kindern, der dritte hat nichts anzuziehen und der vierte ist arbeitsunfähig, krank usw. Unverzögliche Staatshilfe ist das dringendste Gebot der Stunde und daß sie Tatsache wird, dazu mögen hoffentlich die Reichenberger Worte des Staatspräsidenten Dr. Benesch beitragen."

Reichenberger Zeitung, 28. August.

"Abgängig ist, wie aus Warnsdorf, 29. August, berichtet wird, die 70 Jahre alte, aus Zeidler gebürtige und nach Warnsdorf zuständige Marie Richter, geb. Pietschmann. Die Frau, die bei Warnsdorfer Verwandten wohnte, begab sich dieser Tage auf Arbeitssuche, hielt sich einige Zeit in Lobositz auf und schrieb nun von dort einen Brief, in dem sie mitteilt, daß sie keine Arbeit zu finden vermochte und deswegen beschlossen habe, ihrem Leben ein Ende zu machen; ihre Sachen sende sie nach Warnsdorf zurück."

Rumburger Zeitung, 29. August.

"Freiwillig aus dem Leben geschieden ist in Warnsdorf in der Nacht zum Sonntag der 43jährige, verheiratete, arbeitslose Malergehilfe Rudolf Tischer. Er hat sich in seiner im Hause Nr. 2110 befindlichen Wohnung in Abwesenheit seiner Anverwandten an der Türklinke erhängt. Als Motiv der Tat wird Schwermut angegeben."

Zeit, 30. August.

"Dieser Tage fand man in der Nordbahnstraße unweit des Hotels »Union« einen gegen 30 Jahre alten Mann aus dem Hungergebiete der Glasgemeinde Oberpreschkau bewußtlos auf. Hilfsbereite Hände trugen den Besinnungslosen ins Hotel »Union«, wo er zu sich kam und wo man ihn mit Speise und Trank labte. Es handelt sich um einen Mann aus Obergrund, der schon mehr als zwei Tage keinen Bissen in den Mund gebracht hatte und daher vor Hunger ohnmächtig geworden war. Schon früher war dieses Schicksal dem Armen passiert. Er gehört, das muß betont werden, zu der kleinen Gruppe der verschämten Armen...."

Nordböhmisches Tagblatt

Kleine, kurze Meldungen, beim Durchblättern der Tagespresse herausgeschnitten... Und sie werden in ihrer Kürze zu Kündigerinnen einer großen menschlichen Tragödie.

Und so könnte Elendsbild an Elendsbild gereiht und die Zahlen, die von der Katastrophe künden, die über 3½ Millionen deutscher Menschen hereingebrochen ist, in langer Reihe fortgesetzt werden.

Ob es sich nun um die übersichtlichen Darlegungen über die Wirtschaftslage amtlich anerkannter Wirtschaftskörperschaften oder um Ausführungen von Parlamentariern aller parteipolitischen Richtungen oder um Aufsätze und Schilderungen in der Tagespresse aller Parteien und Interessengruppen handelt, sie zeigen alle den gleichen Inhalt und das gleiche Bild. Sie sind eben Ausschnitte aus dem Leben des Sudetendeutschums, die es in seiner traurigen Wirklichkeit von jeder Warte und durch jede Parteilinse gleich zeigen, gleich düster, trostlos, ernst und erschütternd.

Und sie lassen die nüchternen Zahlen der Statistik zu einem warnenden Fanal werden.

Die Fabriken stehen still und durch die Werkhallen heult der Wind, vor den Toren aber stehen verzweifelte, hungernde Menschen. Die Tuberkulose malt ihre Todesmale Kindern und Erwachsenen auf die eingefallenen Wangen. Menschen brechen auf der Straße zusammen, die Krankenhäuser sind überfüllt. Einzelbilder? Einzelschicksale? Nein, sie wiederholen sich auf einer Fahrt vom Böhmerwald bis zu den Karpathen fast in jeder Familie, in jedem Ort, im ganzen deutschen Gebiet zehntausendfach, und werden zum Ankläger eines Systems, das in der Welt von Humanität spricht und im eigenen Staate die Unmenschlichkeit zum Prinzip erhoben hat!

Hat es noch etwas mit Menschlichkeit zu tun, wenn man Menschen sterben läßt, nur - weil sie Deutsche sind? Seit Jahr und Tag erschallen die Verzweiflungsrufe der Hungernden, und die Antwort der Prager Humanität ist, man schickt ihnen Staatspolizei mit Panzerwagen, statt Brot und Kartoffeln oder man quittiert die Hilferufe mit Haß und Hohn! Es ist der Weisheit letzter Schluß, den hungernden Arbeitern eine Freifahrtkarte in das Sowjetparadies zu schicken, um sie nur los zu sein und sie im Land des Massenmordes im allgemeinen Blutstrudel und Hungerelend untergehen zu lassen! Das ist die Arbeitslosenfürsorge in einem humanitär-demokratischen Staate, das ist die Humanität und das wahre Gesicht der Prager Demokratie!

Vor kurzem richtete der Führer der Sudetendeutschen Heimatbewegung, Konrad Henlein, vor 60.000

Sudetendeutschen einen Appell an die Welt: "Helfet, hier sterben Menschen Hungers!" Die Antwort der tschechischen Humanisten aber war: Vernichtet die Deutschen, sie sind die Feinde des Friedens! Und sie zählten auf, was zu ihrer Vernichtung führt: Enteignung ihres Grundes und Bodens, Enteignung der Bergwerke, die noch in ihren Händen sind, Entfernung aus dem Staatsdienst und der Polizei. Und aus dem humanitätskündenden Munde Prager Staatsminister konnte man

hören, daß die Not im ganzen Lande herrsche, eine Folge der Wirtschaftskrise sei und ihr keine nationalen Momente zugrunde lägen. Die Wirtschaftsnot der Sudetendeutschen ist der Spiegel ihrer nationalen Versklavung! Ein neutraler Beobachter erklärte jüngst, daß die Weltkrise der letzten sechs Jahre mit dem Hunger in diesem Lande unmittelbar gar nichts zu tun hat und mittelbar nur insofern, als beide, Weltkrise und sudetendeutsches Volkssterben, Auswirkungen einer gleichen Ursache, nämlich des Wahnwitzes von Versailles und St. Germain sind! Und so ist es! Es war in den Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, als



*Eine der sudetendeutschen Massenversammlungen der letzten Zeit.
Aus der harten gemeinsamen Not und Bedrückung durch den Staat
wächst die Kampfentschlossenheit heraus.*

- **deutsche Staatsbeamte und -arbeiter von ihren Arbeitsplätzen vertrieben,**
- **die Neueinstellung deutscher Beamter und Arbeiter unmöglich gemacht,**
- **deutscher Boden geraubt und Forst- und Güterbeamte existenzlos, dadurch ferner die Neubildung deutschen Bauerntums unmöglich gemacht wurden,**
- **deutsche Industrieunternehmen deutsche Arbeiter entlassen und tschechische**

aufnehmen mußten, ihre Produktion durch die Errichtung tschechischer Werke einstellen oder ins tschechische Gebiet verlegen mußten.

Durch diese Maßnahmen, die auf die Vernichtung des Sudetendeutschums abzielen, wurde es um rund 200.000 Arbeitsplätze beraubt! In diesen von Chauvinismus und Deutschenhaß diktierten Maßnahmen, die in das Rechtskleid eines Gesetzes gehüllt wurden, liegt die Wurzel alles Elends, der Anfang allen Hungerns und Leidens, das sein Ende nur im Sterben findet. Man kann die Schilderung der sudetendeutschen Elendstragödie nicht besser schließen als mit dem zusammenfassenden Urteil eines ausländischen Beobachters, der da schrieb: **"So sind denn im deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens 73 v. H. aller Arbeitsfähigen ohne Arbeit und im tschechischen sind es kaum 20. So hungern und verhungern die Sudetendeutschen und ihr Tod ist nichts anderes als der Vollzug des Clemenceau-Urteils gegen die 20 Millionen Deutschen zuviel auf der Welt."**

Anmerkungen:

123 Aus einem Aufruf des Frauenausschusses der Bezirksjugendfürsorge in Rokitzitz. [...zurück...](#)

124 Sozialdemokrat, Prag, 16. 10. 1935. [...zurück...](#)

Ein Nachwort

"Zweihunderttausend Sudetendeutsche zuviel" - das ist die augenblickliche Bilanz des sechzehnjährigen Vernichtungskampfes der tschechischen Staatsgewalt gegen das sudetendeutsche Volkstum.

Zweihunderttausend Sudetendeutsche zuviel unter 3½ Millionen, weil ihnen die Arbeitsplätze und die Scholle, die sie ernähren sollten, gegen jedes Recht und mit den Mitteln brutalster Gewalt geraubt oder vernichtet wurden! In den Werkstätten und Fabriken, auf den Bauplätzen und Schächten, wo sie einst fleißig schafften, arbeiten heute Tschechen - oder sie sind stillgelegt und zu Trümmerhaufen geworden. Durch deutsche Bauernerde zieht der tschechische Siedler seinen Pflug und tschechische Fäller legen grenzdeutschen Wald nieder. Aus der staatlichen Verwaltung der grenzdeutschen Gebiete aber sind die deutschen Beamten verschwunden.

Das Streben der tschechischen Vernichtungspolitik geht weiter als auf das Verdrängen der Deutschen von ihren Arbeitsplätzen! Ihr Ziel ist die völlige Vernichtung der Deutschen. Man spricht in Prag ganz offen darüber und stellt Berechnungen an, in welchen Zeiträumen dieses Ziel im Geiste einer humanitären Demokratie erreicht werden könnte. Die Prager rechtsstehende tschechische *Narodni Politika* vom 12. September 1936 läßt "nüchterne Zahlen" sprechen und stellt ihre Berechnungen über die Bevölkerungslage der Tschechoslowakei im Jahre 1970 an. Darnach wird man in diesem Zeitpunkt zählen: Tschechen und Slowaken 13 Millionen, Deutsche 2,800.000 "wenn nicht weniger", Magyaren 300.000, Juden 50.000, Polen 30.000 und Russen 120.000, d. h., die Tschechen und Slowaken würden eine 80%ige Mehrheit bilden, die Deutschen eine 17%ige Minderheit, die Tschechoslowakei würde ein "national-einheitliches Land im Sinne des tschechoslowakischen Volkes" darstellen.

Dieser Prozeß wird sich wie folgt vollziehen: Die Deutschen werden um 100.000 abnehmen, wenn man nicht "andere Umstände" zuläßt. Aber von ihnen siedeln 2½ Millionen in geschlossenem

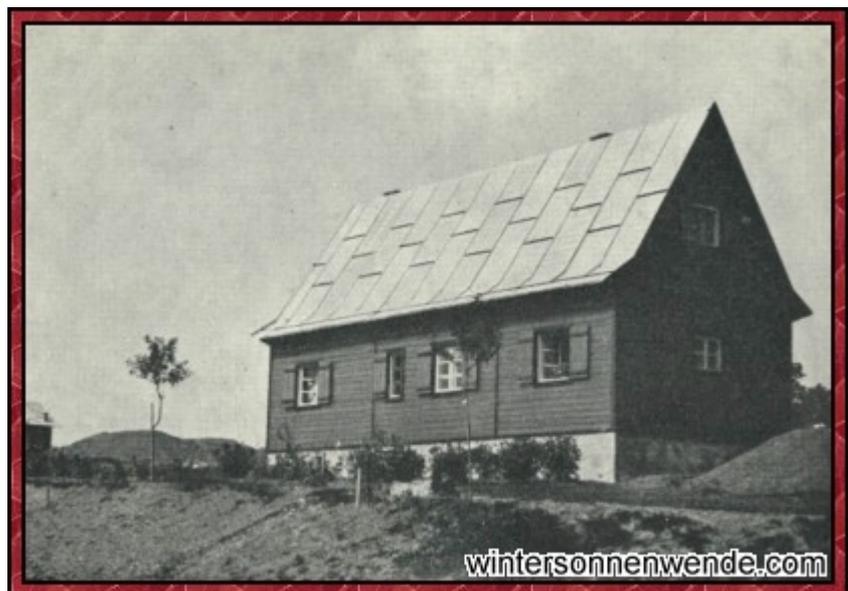
Gebiet, während 700.000 nach den Schätzungen des Blattes in der "Diaspora" leben. "Es ist zu hoffen, daß in vier kommenden Jahrzehnten der Assimilationsprozeß auf die zerstreut lebenden Deutschen noch stärker einwirken wird als bisher und daß im Jahre 1970 die deutschen Minderheiten in Pilsen, Budweis, Ostrau, Olmütz und Mittelmähren vollkommen verschwunden sein und sich in Iglau, Znaim, Dux und in der Slowakei zu bedeutungslosen Trümmern, in Leitmeritz, Bilin, Brüx und Troppau zu Minderheiten verwandelt haben werden. Und auch dort wird der Assimilationsprozeß in Wirksamkeit treten." Außer den angeführten 100.000 würden also weitere 300.000 Deutsche verschwinden und im Jahre 1970 würde man um 400.000 weniger als im Jahre 1930 zählen.

Was die Tschechen unter "assimilieren" verstehen, ist in diesem Buche in seiner ganzen Grauenhaftigkeit dargestellt worden! Daß sich das Sudetendeutschtum gegen diese geplante Vernichtung mit allen seinen Kräften wehrt, ist sein Recht. Es ist seine Waffe in seinem Verteidigungskampf, der Wille zum Leben sein stärkster Bundesgenosse!

So erschreckend und alarmierend aber auch die Zahlen und Schilderungen sudetendeutscher Not sind, so ernst und hoffnungslos auch die Zukunft für das Sudetendeutschtum ist und scheint, noch lebt der Glaube an die Zukunft im Sudetendeutschtum. Und Glaube versetzt Berge! Mag Hoffnungslosigkeit den Einzelnen um sein persönliches Schicksal erfaßt haben, mag die Verzweiflung Tausende in den Freitod getrieben haben, mögen Hunderttausende Hunger leiden und verarmen, aber die Millionen haben den Halt nicht verloren und den Willen zum Leben nicht preisgegeben!

Und dieser Glaube an die Zukunft und dieser Wille zum Leben haben innerhalb des Sudetendeutschtums ein großzügiges Hilfswerk entstehen lassen: Die sudetendeutsche Volkshilfe. Über alle Parteien und beruflichen Unterschiede hinweg haben sich Männer und Frauen in den Dienst der sudetendeutschen Selbsthilfe gestellt. Groß ist die Hingabe des Einzelnen und gewaltig die Opferbereitschaft der Gesamtheit. Gerade in diesem Hilfswerke hat sich der Gedanke der sudetendeutschen Volksgemeinschaft das schönste Denkmal gesetzt.

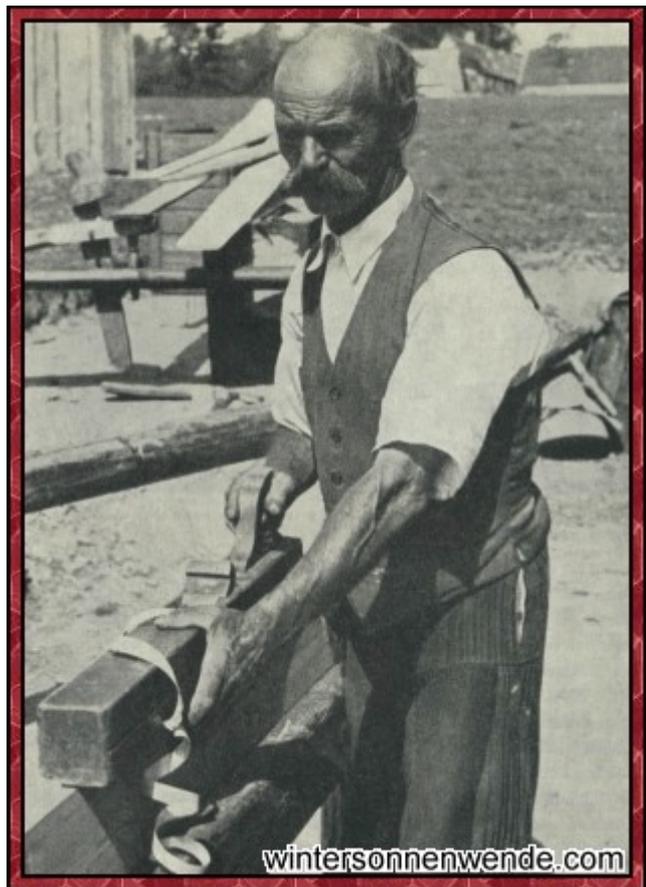
Die Sudetendeutsche Volkshilfe hat im Winter 1934/35 insgesamt rund 7,722.297 Kc aufgebracht; im Winter 1935/36 beträgt die Aufbringung 12,300.000 Kc. In dem Gebiet, das der Bund der Deutschen betreut und das daher auch als Tätigkeitsgebiet der Sudetendeutschen Volkshilfe in



Eine sudetendeutsche Stadt hilft sich selber und baut eine Siedlung.
In der Stadt Eger in Westböhmen, der Hauptstadt des bekannten Egerlandes, litten die Arbeitslosen schwer unter dem Mangel an billigen und gesunden Wohnungen. Sie gingen nun selbst daran, eine Arbeitslosen-Siedlung zu schaffen und zwar aus eigener Kraft. Ein Gesuch um staatliche Unterstützung wurde seitens der maßgebenden Behörde abgelehnt. Egerer Fabrikanten brachten eine Summe von RM 7000.— auf, die Stadt stellte Baugrund zur Verfügung und die Arbeitslosen begannen selbst, ihr neues Heim aufzubauen. Eine weitere Unterstützung fanden die Arbeitslosen von Eger bei ihren Kameraden, die noch in Arbeit standen und von ihren geringen Löhnen Beiträge beisteuerten, sowie bei einer Reihe Egerer Geldanstalten, die mit Geldmitteln einsprangen. Viele Handwerker stellten außerdem auch noch ihre Arbeitskraft kostenlos zum Aufbau der Siedlung zur Verfügung. Durch diese verwirklichte Volksgemeinschaft wurde es möglich, den Erwerbslosen der Stadt Eger zu gesunden Wohnungen zu verhelfen.

Betracht kommt, wohnen rund 3,008.000 Deutsche. Die Sammelkopfquote betrug daher im Winter 1934/35 2.57 Kc, im Winter 1935/36 dagegen 4.10 Kc. Im Winter 1934/35 wurden für Unterstützungen, Fürsorgen und Arbeitsbeschaffung 7,500.000 Kc ausgegeben, im Winter 1935/36 bis jetzt 11,400.000 Kc. Auf einen Unterstützungsempfänger entfielen daher im vorletzten Winter 65 Kc, im vergangenen Winter dagegen 110 Kc. Die Hauptausgleichskassa des Hilfswerkes hat im Winter 1934/35 971.400 Kc eingenommen und als Zuschüsse an die Notstandsgebiete weitergeleitet; im vergangenen Winter macht dieser Betrag 1,500.000 Kc aus.¹²⁵

So wird die Opfertat des Sudetendeutschtums zu einem ergreifenden Denkmal nationaler Solidarität und ungebrochenen Lebens- und Selbsterhaltungswillens dieser hartgeprüften Volksgruppe. Der Geist aber, der die Männer und Frauen beseelt, die sich freiwillig und ehrenamtlich in den Dienst des großen Hilfswerkes gestellt haben, spricht aus den Worten eines der ihren:



Ein deutscher Tischler, der unentgeltlich seine Arbeitskraft beim Bau der "Hohlerhofsiedlung" zur Verfügung stellte.

"Niemand soll hungern, auch niemand frieren;
Keiner soll sich ins Nichts verlieren,
Wollen wir Schicksalsgemeinschaft sein.

Schande, wenn Menschen im Wohlergehen
Not und Verzweiflung übersehen.
Almosengesten sind Bettlern recht.

Aber für jene, die unglückgeschlagen,
Schwer heut an ihrem Leben tragen,
Eignen sich solche Gebärden schlecht.

Opfern, nicht schenken! Sich selbst beschränken;
Immer erst an die Andern denken,
Das nur heißt Hilfe in Not allein!

Alle müssen wir uns vereinen,
Helfer werden und nicht bloß scheinen,
Wirken nur wandelt Worte zur Tat.
Einst so die Ernte, wie heute die Saat!

Max Zweigelt.

Aber ebenso groß wie die Hingabe des Einzelnen und so gewaltig wie die Opferbereitschaft der Gesamtheit, sind die Hindernisse und Schwierigkeiten, die der tschechische Humanitätsstaat dem deutschen Werke der Nächstenliebe und Selbsthilfe bereitet. Nicht nur, daß die große Selbsthilfe-Aktion überhaupt nur für wenige Wochen im Jahr erlaubt ist, erfährt sie selbst in dieser kurzen Zeit in ihrer Tätigkeit allerlei einschränkende Schikanen und Verbote.



Vom 17. bis 23. Mai 1936 sollte die Sudetendeutsche Kulturwoche stattfinden. Das Programm und schräg darüber das Verbot: **Aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Ordnung behördl. verboten.** (Bescheid der Bezirksbehörde.)

In einzelnen Bezirken wurde auf Grund von Denunziationen von Tschechen und Marxisten, es würden nur Angehörige der Sudetendeutschen Partei betreut, die Hilfsaktion überhaupt verboten. Daß man in diesen Denunziationen einen willkommenen Vorwand für das Vorgehen gegen die sudetendeutsche Volkshilfe sieht, beweist die Tatsache, daß das Verbot für solche Bezirke ausgesprochen wurde, in denen die Marxisten noch über einigen Anhang verfügen und sie dessen Verlust angesichts des Tatsozialismus aller Nicht-Marxisten befürchten.

Der Bund der Deutschen als Träger der Volkshilfe hat Spenderabzeichen eingeführt, um der Heimindustrie im Erzgebirge, Böhmerwald und Isergebirge Aufträge geben zu können. Es handelt sich um Spenderabzeichen in Form kleiner Klöppelspitzen, kleiner gedrechselter Holzabzeichen. Das wurde verboten.

Die tschechische politische Behörde in Elbogen hat die Tätigkeit der Ortsgruppe des Bundes der Deutschen in Elbogen eingestellt und 420 Lebensmittelpakete beschlagnahmt, weil die Ortsgruppe sich geweigert habe, eine Familie mit Lebensmitteln zu betreuen, die ihre Kinder in die tschechische Schule schickt.

Die Staatsanwaltschaft in Pisek erhob gegen einige hungernde Arbeitslose Anklage nach §17 des tschechoslowakischen Schutzgesetzes, weil sie sich von einem Pfarrer in Bayern ein paar Lebensmittel spenden ließen! Von der staatlichen Ernährungsaktion hatte man sie ausgeschlossen.

Von privater Seite war 61 sudetendeutschen Kindern ein Erholungsaufenthalt in Sachsen vermittelt worden. Nicht alle waren mit vollgültigen Pässen ausgestattet. Bei ihrer Rückkehr



Nur wer sich selbst aufgibt, ist wirklich verloren. Das Sudetendeutschtum, das trotz aller Not, trotz aller Bedrückung, dank tüchtiger Männer diese frohen frischen Jungturner besitzt, ist auch im Unglück kein dürrer Ast des deutschen Volkes.

wurden die Kinder stundenlang verhört und sogar mit Anwendung des Republiksschutzgesetzes bedroht. 23 Väter wurden wegen Paßvergehens zu 50 Kc (etwa 5.30 RM) Strafe oder 5 Tagen Arrest verurteilt, Väter, die heute einen solchen Betrag im Laufe des Jahres nicht einmal zusammen zu sehen, geschweige denn zu besitzen pflegen.

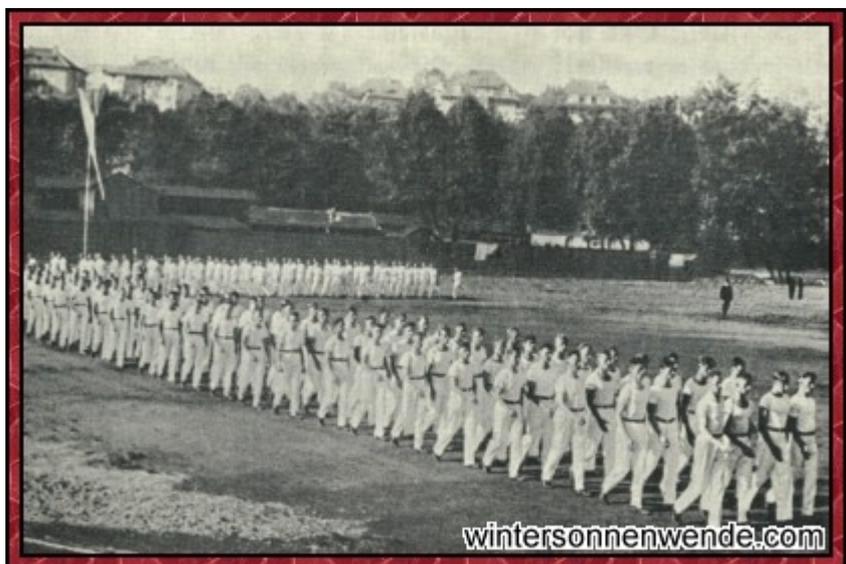
Es sind bittere Worte, die sich die Prager Humanitätsprofessoren auf ihren Regierungsbänken von dem Abgeordneten Sandner der Sudetendeutschen Partei sagen lassen mußten, der gegen diese Schikanen im Parlamente Protest einlegte:

"Es ist vollkommen unbegreiflich und widerspricht den primitivsten Grundsätzen der Humanität, von der ja gerade in diesem Staate soviel gesprochen wird, wenn man die Durchführung eines gemeinnützigen Hilfswerkes für den ganzen Bezirk verbietet. Wenn Sie imstande sind, an die Stelle der Maßnahmen, mit denen die Volkshilfe unseren notleidenden Volksgenossen unter die Arme greift, bessere Maßnahmen des Staates zu setzen, werden unsere Einwendungen wohl weniger erbittert sein. Solange Sie aber nicht imstande sind, die von der Volkshilfe geleisteten Hilfsmaßnahmen durch staatliche Maßnahmen weitgehend zu ersetzen, haben Sie keine menschliche und moralische Berechtigung, derart gegen das Sudetendeutschtum vorzugehen."

Der Staat ist wohl imstande, Hilfsmaßnahmen zu treffen, aber er will sie nicht treffen. Gerade die Tatsache, daß er der Selbsthilfe des Sudetendeutschums die allergrößten Schwierigkeiten bereitet, beweist nur seinen Vernichtungswillen dieser deutschen Volksgruppe gegenüber.



Freiwillig schloß sich arbeitslose sudetendeutsche Jugend in Arbeitslagern zusammen, um Gemeinschaftsarbeit zu leisten. Wie unbegreiflich erscheint es, daß die tschechischen Amtsstellen, statt zu fördern, zu hemmen versuchen. Turnplätze werden von diesen Arbeitslagern geschaffen, Teiche entschlammt, Wege gebaut.



Die Turner zu Eger, der alten Reichsstadt.

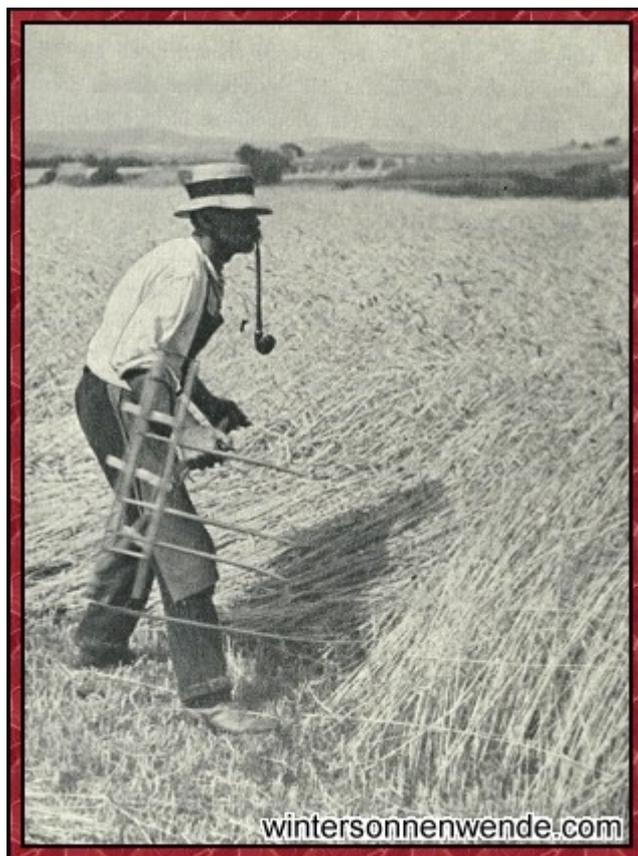
*Der Deutsche Turnverband ist die einzige **unpolitische** Erziehungsstätte der Sudetendeutschen. Gegen 200.000 Jungen und Mädchen, Männer und Frauen stehen in seinen Reihen, das Ziel vor Augen, durch Leibesübung gesunde naturhafte deutsche Menschen zu werden.*



Das Sudetendeutschtum ist mehr als ein deutsches Grenzland. Der Adler hinter Gittern im Wappen der alten Staufstadt Eger, die alte Katharina-Kirche in der alten Ritterstadt Komotau am Fuße des Erzgebirges u. a. mahnen an das Schicksal des ganzen Sudetendeutschtums.

Im Sudetenraum ringt Grenzlanddeutschum um seine Existenz. Noch ist seine Volkskraft nicht gebrochen, denn die deutschen Menschen, die hier kämpfen und den lebenden Wall um ihr ewiges Deutschland bilden gegen den tschechischen Angriff auf deutschen Lebensraum, hat der Kampf der Jahrhunderte um die Scholle, die sie durch ihrer Hände Arbeit aus Wildland rodend und pflügend zum Kulturland gewandelt haben, hart und widerstandsfähig gemacht.

Aber es führt heute seinen Volkstumskampf in der Abwehr, darüber müssen wir uns klar sein. Und sie wird ihm durch die Krise auch volkspolitisch nicht leicht gemacht.



Es ist einmal vom Sudetendeutschtum treffend gesagt worden, es kann heute nicht von dem reden, was es von der Zukunft erwartet: doch die Türme der Burg Karlstein im Herzen Böhmens, die von deutschen Händen gebaut, einst durch Jahrhunderte die Kleinodien des hl. römischen Reiches schirmten, ragen noch über dem Tal der Beraun zum Himmel und noch mahnt der Dom zu Prag, den deutsche Frömmigkeit einst schuf, das deutsche Blut des Landes, daß alles möglich ist, dem, der da glaubt!



Anmerkung:

125 In einzelnen Böhmerwalddörfern, in denen die Bevölkerung so arm ist, daß Geldsammlungen nicht durchgeführt werden können, wurden von den dortigen Ortsgruppen des Deutschen Kulturverbandes Blaubeer- und Preiselbeersammlungen veranstaltet, um auf diese Weise auch zur Erhaltung und Förderung des großen Schulschutzwerks mit beitragen zu können. (Zeit.) [...zurück...](#)



Anhang

Tabelle I. Die Bevölkerungsbewegung in den Sudetenländern.

		tschecho- slowak.	%	deutsch	%	jüdisch	sonstige	zusammen
1880	Böhmen	3,447.843	62,80	2,054.660	37,20	—	2.872	5,535.375
1880	Mähren-Schles.	1,635.365	63,19	873.024	33,69	—	79.350	2,587.739
		5,113.208	62,95	2,927.684	36,04		82.222	8,123.114
1890	Böhmen	3,647.989	62,75	2,164.577	37,25	—	881	5,813.447
1890	Mähren-Schles.	1,760.537	63,22	922.616	33,13	—	101.631	2,784.805
		5,408.526	62,90	3,087.193	35,90		102.512	8,598.252
1900	Böhmen	3,933.634	62,62	2,344.177	37,31	—	3.918	6,281.729
1910	Mähren-Schles.	1,914.980	63,59	945.466	31,40	—	150.645	3,011.171
		5,848.614	62,93	3,289.623	35,39		154.563	9,292.900
1910	Böhmen	4,244.112	63,11	2,477.930	36,84	—	3.310	6,725.352
1910	Mähren-Schles.	2,091.521	64,01	1,014.432	31,07	—	159.965	3,265.923
		6,335.633	63,41	3,492.362	34,95		163.275	9,991.275
1921	Böhmen	4,382.816	66,64	2,173.239	33,04	11.251	16.204	6,576.853
1921	Mähren-Schles.	2,347.947	72,41	800.179	24,68	19.016	84.712	3,242.881
		6,730.763	68,54	2,973.418	30,28	30.267	100.916	9,819.734
1930	Böhmen	4,713.366	67,19	2,270.943	32,37	12.735	47.661	7,014.559
1930	Mähren-Schles.	2,595.534	73,80	799.995	22,74	17.267	102.798	3,501.688
		7,308.900	69,50	3,070.938	29,19	30.002	150.459	10,516.247

Tabelle II. Die deutschen Bezirke der Sudetenländer.

Bezirke	1931 %	1920 %	Anzahl	Bezirke	1931 %	1920 %	Anzahl
Altstadt i. Mähr.	96,1	98,0	15.151	M.-Schönberg	65,8	68,8	31.448
Arnau	91,5	93,0	17.197	Mähr.-Trübau	91,0	91,5	25.059
Asch	98,6	99,5	36.286	Marienbad	95,0	96,8	14.733
Auscha	96,3	98,1	17.607	Marschendorf	96,2	98,2	8.802
Aussig	80,0	83,1	70.898	Mies	90,7	92,5	22.584
Bennisch	97,1	99,5	14.649	Müglitz	52,1	54,5	12.564
Bensen	98,1	99,0	20.732	Neubistritz	87,7	92,6	10.539
Bilin	61,0	65,7	23.545	Neudek	98,5	99,3	22.384
Bergreichenstein	56,3	52,7	8.473	Neuern	92,8	95,0	16.547
B.-Kamnitz	91,4	93,5	23.712	Neustadt a. T.	96,2	97,1	9.083
B.-Leipa	86,3	93,3	25.732	Niemes	89,4	91,8	19.636
Braunau	90,4	92,6	24.747	Nikolsburg	86,2	88,6	30.922
Brüx	50,8	52,8	31.969	Oberleutensdorf	63,0	62,7	21.084
Buchau	98,1	99,1	12.946	Oberplan	97,4	98,6	15.353
Dauba	90,7	93,4	12.764	Odrau	92,1	95,5	8.595
Deutsch-Gabel	95,8	98,7	15.031	Olbersdorf	97,3	99,2	10.435
Duppau	98,7	99,6	7.451	Petschau	98,0	99,2	15.273
Dux		57,7	26.856	Pfraumberg	98,5	99,7	17.304
Eger	90,2	95,0	41.102	Plan	97,0	98,4	19.346
Elbogen	96,4	97,5	36.814	Platten	98,1	99,0	9.753

Falkenau	93,7	95,7	52.783	Podersam	83,3	90,8	25.089
Frain	64,1	70,4	6.247	Pohrlitz	72,1	75,4	11.986
Freiwaldau	95,1	97,5	27.423	Postelberg	57,0	60,6	7.280
Freudenthal	97,1	98,2	21.073	Preßnitz	98,2	99,6	11.103
Friedland	94,5	96,1	29.478	Reichenberg	81,5	83,5	78.268
Fulnek	86,0	88,0	12.214	Rochlitz	82,2	87,8	7.023
Gablonz a. N.	85,7	87,7	51.416	Rokitnitz	94,1	93,7	12.448
Görkau	82,7	87,5	22.791	Römerstadt	98,1	99,4	25.342
Graslitz	98,8	99,6	35.591	Ronsperg	95,9	98,0	11.601
Gratzen	85,5	89,4	13.718	Rumburg	95,2	97,6	24.227
Grulich	88,8	91,5	10.787	Saaz	79,4	87,0	30.639
Haida	88,4	91,0	18.320	Schatzlar	88,5	88,3	8.678
Hainzspach	94,8	96,5	22.486	Schluckenau	97,0	98,3	25.308
Hartmanitz	94,7	93,6	8.487	Sebastiansberg	97,7	99,4	5.768
Hennersdorf	99,0	99,6	7.078	Staab	57,5	62,2	15.988
Hof	98,1	99,2	11.240	Stecken	48,4	56,3	7.355
Hohenelbe	90,4	90,2	20.074	Sternberg	67,1	69,4	24.063
Hohenfurt	94,5	97,0	16.009	Tachau	97,3	99,0	24.385
Hostau	96,7	98,5	15.602	Tannwald	72,0	74,2	19.268
Hotzenplotz	98,0	99,2	10.171	Tepl	98,5	99,7	9.662
Jägerndorf	92,2	95,5	27.561	Teplitz	75,3	76,7	75.887
Jauernigg	96,1	99,4	11.636	Tetschen	89,9	93,7	61.173
Jechnitz	77,7	82,0	12.418	Trautenau	86,9	90,4	37.926
Joachimsthal	96,2	98,3	16.749	Tuschkau	76,0	82,3	10.293
Joslowitz	92,1	94,3	22.986	Wallern	96,7	99,1	7.388
Kaaden	93,9	95,9	32.978	Warnsdorf	92,6	94,4	31.515
Kalsching	84,6	84,8	10.622	Wegstädtl	73,9	81,0	9.416
Kaplitz	82,6	84,8	15.630	Weidenau	98,1	99,5	15.266
Karbitz	78,5	80,3	25.261	Weipert	98,0	99,1	14.887
Karlsbad	95,2	97,3	72.471	Wekelsdorf	94,3	96,2	11.067
Katharinaberg	98,3	99,3	5.911	Weseritz	97,6	99,4	13.821
Komotau	87,4	92,4	41.696	Wiesenberg	97,1	98,7	12.965
Königswart	97,7	99,1	15.059	Wigstadtl	82,1	84,9	11.920
Kratzau	89,8	91,3	22.946	Wildstein	98,0	99,5	20.664
Krumau	56,0	52,1	16.131	Winterberg	56,0	57,0	15.686
Landskron	63,1	64,1	19.001	Würbenthal	99,0	99,5	8.457
Leitmeritz	57,3	61,5	30.227	Zlabings	73,0	76,5	7.037
Liebau	95,1	99,0	16.034	Znaim	48,0	50,1	29.894
Lobositz	50,3	54,1		Zuckmantel	97,3	99,4	8.704
Luditz	92,4	96,1	13.900	Zwickau	92,1	95,5	12.138
Mähr.-Neustadt	70,1	72,4	16.777	Zwittau	88,5	90,6	23.201

Tabelle III. Die Ergiebigkeit der Landwirtschaft.

Jahr, Land, Jahresdurchschnitt	Weizen ¹	Roggen	Gerste	Hafer	Kar- toffeln ²	Zucker- rüben ²
1934:			Anbaufläche (in ha)			
Böhmen	351.520	507.421	209.216	393.496	302.775	79.211
Mähren-Schlesien	180.512	246.308	153.565	201.672	189.765	53.290
Slowakei	377.063	222.103	298.376	171.140	214.331	26.413
Karpathenrußland	33.302	25.066	4.275	31.225	41.743	89
Tschechoslowakei 1934	942.397	1.000.898	665.432	797.533	748.614	159.003
1933	920.460	1,050.182	664.389	802.457	740.940	145.034
1932	847.484	1,045.998	713.113	820.270	733.044	145.928
Durchschnitt der J. 1928-1932	811.445	1,040.158	715.010	837.064	721.093	212.036

1934:		Gesamterträge an marktfähiger und nichtmarktfähiger Ware zusammen (in q)					
Böhmen	4,864.155	8,043.774	3,045.881	6,083.273	39,450.487	19,166.686	
Mähren-Schlesien	2,775.700	4,029.451	2,852.225	3,594.083	24,000.802	12,780.008	
Slowakei	5,672.341	2,938.917	4,410.201	1,805.545	20,705.441	6,637.323	
Karpathenrußland	319.449	220.607	35.512	306.814	3,128.274	16.216	
Tschechoslowakei 1934	13,611.645	15,232.749	10,343.819	11,789.715	87,285.004	38,600.233	
1933	19,846.113	20,855.372	13,505.402	15,771.301	82,021.103	29,135.019	
1932	14,634.988	21,758.897	15,049.004	16,638.283	92,763.222	39,614.227	
Durchschnitt der J. 1928-1932	13,611.474	17,928.022	13,188.790	14,227.057	94,482.793	56,117.741	

1934:		Durchschnittserträge an marktfähiger und nichtmarktfähiger Ware zusammen (für 1 ha Erntefläche in q)					
Böhmen	14,2	16,1	14,9	15,9	130,3	242,0	
Mähren-Schlesien	15,4	16,5	18,6	17,9	126,5	239,8	
Slowakei	15,1	13,5	14,8	10,6	96,6	251,3	
Karpathenrußland	9,6	8,8	8,3	9,8	74,9	182,2	
Tschechoslowakei 1934	14,6	15,4	15,7	15,1	116,6	242,3	
1933	21,6	19,9	20,4	19,7	111,4	201,1	
1932	17,5	20,9	21,2	20,4	126,8	271,9	
Durchschnitt der J. 1928-1932	16,9	17,3	18,5	17,1	131,2	265,3	

1 D. i. (Sommer- und Winter-) Weizen und Spelz.

2 Die Daten über die Gesamt- und Durchschnittserträge i. J. 1934 sind vorläufige.



Tabelle IV. Viehzucht.

Pferde, Esel, Maulesel und Maultiere

Art der Nutztiere	Tschecho-slowakei	1934				Karpathen-rußland	1933 Tschecho-slowakei
		Böhmen	Mähren-Schlesien	Slowakei			
Pferde insgesamt	700.658	252.054	155.763	251.488	41.353	707.579	
davon:							
Fohlen unter 1 Jahr	25.974	9.028	5.475	10.534	937	29.880	
von 1 bis zu 3 Jahren	49.145	16.747	9.547	20.355	2.496	51.042	
dreijährige und ältere	625.539	226.279	140.741	220.599	37.920	626.657	
Esel	1.081	129	67	872	13	1.114	
Maulesel	96	3	1	91	1	54	
Maultiere	450	212	73	155	10	449	

Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen

[Der Hilfsbibliothekar merkt an: Die folgende Tabelle wurde für diese Druckversion auf 2 Tabellen aufgeteilt.]

Land, Jahr		Rinder					
		insgesamt	davon		einjährige und ältere		Ochsen
			<i>Kälber unter 1 Jahr</i>	Stiere	Kalbinnen	Kühe	
Böhmen	1934	2,347.406	548.450	76.342	261.441	1,315.024	146.149
Mähr.-Schles.	"	937.770	208.480	23.557	109.053	571.112	25.568
Slowakei	"	928.204	165.595	18.068	110.166	524.245	110.130
Karpathenruß.	"	191.416	25.660	1.896	24.531	106.524	32.805

Tschechoslow.	1934	4,404.796	948.185	119.863	505.191	2,516.905	314,652
	1933	4,341.351	833.278	130.701	553.926	2,476.570	346.876
	1932	4,450.965	929.660	158.408	544.932	2,464.616	353.349
	1931	4,457.522	951.196	150.524	555.654	2,433.830	366.318

Land, Jahr	Schweine		Schafe	Ziegen	
	insgesamt	davon Zuchtsäue	insgesamt	insgesamt	
Böhmen	1934	1,761.593	252.621	35.434	493.518
Mähr.-Schles.	"	1,044.527	139.985	10.152	347.561
Slowakei	"	574.430	144.230	349.847	75.627
Karpathenruß.	"	49.369	20.785	80.448	12.925
Tschechoslow.	1934	3,429.919	557.621	475.881	929.631
	1933	2,621.235	445.282	465.093	876.771
	1932	2,575.921	348.760	531.125	—
	1931	2,776.215	441.821	607.612	—

Borstenvieh

Land, Jahr	Gesamtzahl der Schweine	Davon						
		Zuchtsäue (ohne die in Mast stehenden)		Sonstige nicht zur Zucht benützte Schweine (einschl. der in Mast stehenden Zuchtsäue)				
	:		halbjäh.		Ferkel	8 Wochen	halbjäh.	
	:	Zucht-	bis	einjähr.	unter	bis zu	u. ältere	
	:	eber	einjährige	und ältere	8 Wochen	½ Jahr	Schweine	
Böhmen	1934	1,705.927	6.526	42.509	181.914	528.091	807.651	139.236
Mähren-Schlesien	"	1,145.166	3.426	28.358	106.220	284.705	588.402	134.055
Slowakei	"	936.539	3.545	71.721	95.382	178.257	417.661	169.973
Karpathenrußland	"	100.205	412	12.098	13.993	20.704	36.424	16.574
Tschechoslowakei	1934	3,887.837	13.909	154.686	397.509	1,011.757	1,850.138	459.838
	1933	3,314.123	13.949	183.700	339.581	845.625	1,574.623	356.645
	1932	3,082.456	12.687	149.885	311.099	770.354	1,431.531	406.900

Tabelle V. Die Bilanz der tschechischen Siedlung durch die Bodenreform.

Böhmen:

Gerichtsbezirk	Gemeinde	Name der Kolonie	Errichtete Kolonistenstellen		Bevölkerung					
			Anzahl	Ausm. i. ha.	Insgesamt	tschechisch	tschechisch dtsch.	tschechisch dtsch.	tschechisch dtsch.	tschechisch dtsch.
Brandeis a. E.	Gr.-Nehwizd	Gr.-Nehwizd	4	55	726	957	715	--	949	--
Dauba-Weißwasser	Bösig	Bösig	7	17	539	547	93	444	152	395
Leitmeritz a. E.	Enzowan	Enzowan	15	199	404	496	116	284	167	327
Aussig a. E.	Stöben	Stöben	5	100	162	172	27	135	51	118
"	Dubitz	Dubitz			284	358	70	214	152	204
"	Habrovan	Habrovan			266	256	58	193	72	183
Karbitz	Herbitz	Herbitz	4	90	572	617	122	447	177	435
"	Wiklitz	Wiklitz			1770	2134	531	1210	785	1319

Lobositz	Schiřowitz	Schiřowitz	53	673	143	515	317	95	457	49
"	Sulowitz	Sulowitz-								
		Tschischkowitz			1792	2236	837	898	1178	963
"	Wchinitz	Wchinitz			350	355	151	203	148	202
"	Kottomirsch	Kottomirsch			402	426	98	304	164	262
"	Dubkowitz	Dubkowitz			182	252	34	143	77	175
"	Radzein	Radzein			200	226	48	150	75	150
"	Weiß-Aujezd	Weiß-Aujezd			436	479	59	374	64	411
"	Kl.-Czernosek	Kl.-Czernosek			412	1029	91	314	525	499
"	Priesen	Priesen			188	213	74	108	141	72
Bilin	Charwatz	Charwatz	4	60	136	160	26	110	50	109
Brüx	Wolepschitz	Wolepschitz	2	30	232	262	26	202	58	203
Görkau	Klein-Priesen	Klein-Priesen	17	294	282	280	30	250	40	238
"	Pößwitz	Pößwitz			364	374	37	324	83	291
"	Schößl	Schößl			299	312	25	273	54	256
"	Ukkern	Ukkern			284	392	30	251	96	285
"	Trupschitz	Trupschitz			1238	1530	217	989	466	1038
"	Sadschitz	Sadschitz			175	247	26	149	66	176
"	Udwitz	Udwitz			1154	1405	23	1121	66	1325
Komotau	Stresau	Stresau	32	534	213	246	34	177	72	174
"	Tschern	Tschern			239	252	23	208	5	241
"	Neosablitz	Neosablitz			224	268	15	195	123	141
"	Oberdorf	Oberdorf			6887	9582	640	6141	m. Komotau vereinigt	
"	Sporitz	Sporitz			2616	2748	228	2341	398	2317
"	Eidlitz	Eidlitz			2241	2452	59	2144	182	2227
"	Skyrl	Skyrl			340	324	5	335	62	262
"	Bielenz	Bielenz			476	519	43	425	72	444
"	Trauschkowitz	Trauschkowitz			981	1404	24	940	44	1346
"	Priesen	Priesen			1313	1524	72	1216	210	1305
Kaaden	Willomitz	Willomitz	24	392	1108	983	36	1050	94	878
"	Radschitz	Radschitz			280	322	53	222	119	202
"	Libotitz	Libotitz			807	673	20	786	48	624
"	Brunnersdorf	Brunnersdorf			2242	2324	135	2076	188	2106
Podersam	Koleschau	Koleschau	42	649	343	354	27	316	59	295
"	Kl.-Tschernitz	Kl.-Tschernitz			697	719	18	675	63	652
"	Oberklee	Oberklee			603	628	81	516	103	520
"	Lischwitz	Lischwitz			478	509	27	444	48	457
"	Schelesen	Schelesen			445	397	82	354	143	251
"	Neprowitz	Neprowitz			134	99	25	109	35	64
"	Lobeditz	Lobeditz			169	153	18	151	38	114
"	Podleditz	Podleditz			361	333	6	354	36	297
"	Kettowitz	Kettowitz			264	187	13	251	68	119
"	Groschau	Groschau			262	219	18	244	59	160
"	Schönhof	Schönhof			689	721	46	631	116	595
"	Pröllas	Pröllas			363	280	78	281	91	187
"	Puchwitz	Puchwitz			1458	1459	21	1415	175	1273
"	Lubau	Lubau			411	652	68	338	277	450
Jechnitz	Hochlibin	Hochlibin-								
		Grünthal	11	190	378	349	92	272	125	219
"	Hokau	Hokau			303	348	6	292	36	309
"	Dekan	Dekan			509	525	36	471	63	458
"	Petersburg	Petersburg			831	914	145	662	220	683
Saaz	Gr.-Tschernitz	Gr.-Tschernitz	84	1046	576	623	117	458	180	430
"	Teschnitz	Teschnitz			571	620	78	492	149	471
"	Litschkau	Litschkau			651	610	31	618	93	514
"	Tuchošitz	Tuchošitz			811	924	101	696	151	756
"	Drahomischl	Drahomischl			292	323	50	242	136	184
"	Minitz	Minitz			235	215	20	213	36	179

"	Neusattl	Neusattl- Kutterschitz			625	719	60	554	228	485
"	Schaboglück	Schaboglück			189	213	3	185	33	175
"	Miltschowes	Miltschowes			259	271	34	225	127	142
"	Miloschitz	Miloschitz			159	165	47	112	97	68
"	Seltsch	Seltsch			643	660	81	561	169	490
"	Weletitz	Weletitz			372	394	14	356	38	353
"	Stekwitz	Stekwitz			207	218	41	162	71	145
Postelberg	Sterkowitz	Sterkowitz	3	74	261	248	68	193	67	178
"	Postelberg	Postelberg			3379	3311	1354	1970	1489	1739
Tuschkau	Hundschitz	Hundschitz	17	267	170	168	12	157	42	126
"	Radlowitz	Dohalitz- Radlowitz			204	172	27	172	27	144
"	Lichtenstein	Lichtenstein			374	378	14	338	91	284
"	Lippen	Lippen			177	186	--	175	23	162
Netolitz	Großmalowitz	Holečko	12	110	537	498	537	--	496	--
Landskron	Landskron	Landskron	28	305	6518	6497	974	5379	1093	5297
"	Lukau	Lukau			883	879	41	837	93	774
"	Sichelsdorf	Sichelsdorf			844	806	29	807	87	709

Insgesamt bis 1928 in Böhmen errichtete Kolonistenstellen: 364, Ausmaß in ha: 5.139.

Mähren-Schlesien:

Gerichts- bezirk	Name der Gemeinde Kolonie	Errichtete Kolonisten- stellen		Bevölkerung						
		An- zahl	Ausm. i. ha.	Insgesamt		tsche- chisch		tsche- chisch		
				1921	1930	1921	1930	1921	1930	
Neutitschein- Freiberg	Klokočov	Klokočov- Klogsdorf	8	50	1501	1584	1402	93	1499	63
Fulnek	Zauchtel	Zauchtel	9	132	2343	2496	289	1970	444	1966
Troppau	Tabor	Tabor	3	48	179	182	22	143	85	92
Sternberg	Bladowitz	Harta	7	105	583	748	54	525	201	535
M.-Neustadt	Bladowitz	Bladowitz	40	451	583	748	54	525	201	535
"	Unterlangendorf	Mittelhof- Unterhof			1728	1766	135	1570	209	1541
"	Aichen	Aichen			250	264	35	199	136	120
"	Königlosen	Königlosen			387	411	110	277	178	232
Mähr.- Schönberg	Weikersdorf	Weikersdorf	16	178	1722	1997	117	1574	379	1570
Hohenstadt	Hohenstadt	Hohenstadt	14	139	5389	4827	2241	1589	2920	1803
M.-Kromau	Mißlitz	Mißlitz	31	376	4107	4417	1267	1627	2273	1960
"	Kaschnitzfeld	Kaschnitzfeld			164	162	45	117	74	88
"	Socherl	Socherl			649	710	293	346	355	351
Joslowitz	Possitz	Possitz-Hojahof	46	644	1234	1314	79	1131	200	1104
"	Grusbach	Grusbach- Haidhof			2643	2945	300	2228	652	2164
Nikolsburg	Feldsberg	Feldsberg	7	98	3257	3393	625	2285	1102	1924
"	Grusbach	Haidhof			2643	2945	300	2228	652	2164
"	Eisgrub	Eisgrub			2501	2441	522	1828	628	1704

Zusammen bis 1928 in Mähren-Schlesien errichtete Kolonistenstellen: 181, Ausmaß in ha: 2.221.

Tabelle VI. Die Außenhandelsbilanz seit 1920.

<i>Jahr</i>	<i>Einfuhr in tausenden Kronen</i>	<i>Ausfuhr</i>	<i>Die Ausfuhr war (+) größer oder (-) kleiner als die Einfuhr.</i>
1920	23,912.315	28,514.619	+ 4,602.304
1921	23,685.366	29,457.998	+ 5,772.632
1922	13,477.619	19,632.869	+ 6,155.250
1923	10,820.892	13,903.332	+ 3,082.440
1924	15,854.703	17,035.375	+ 1,180.672
1925	17,618.111	18,821.118	+ 1,203.007
1926	15,276.671	17,856.559	+ 2,579.888
1927	17,961.632	20,135.438	+ 2,173.806
1928	19,207.903	21,224.211	+ 2,016.308
1929	19,987.858	20,498.869	+ 511.011
1930	15,714.503	17,473.732	+ 1,759.229
1931	11,800.535	13,149.393	+ 1,348.858
1932	8,157.914	7,391.890	- 766.024
1933	6,125.196	5,923.023	- 202.173
1934	6,391.566	7,287.549	+ 895.983
1935	6,732.243	6,732.126	+ 682.117

**Tabelle VII. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in der Tschechoslowakei
in den Jahren 1921 - 1936.****Zahl der Arbeitslosen in den Jahren 1921 - 1928.**

<i>Monat</i>	<i>1921</i>	<i>1922</i>	<i>1923</i>	<i>1924</i>	<i>1925</i>	<i>1926</i>	<i>1927</i>	<i>1928</i>
Januar	71.087	80.695	321.020	169.302	71.042	61.876	83.271	57.148
Februar	80.653	99.908	314.023	174.794	67.350	62.079	83.205	55.184
März	78.910	87.582	278.523	161.953	60.710	64.088	71.867	46.689
April	73.880	79.646	239.409	124.071	48.070	66.098	60.260	39.462
Mai	83.850	72.290	212.042	94.647	44.567	68.991	52.470	35.999
Juni	80.533	69.667	188.773	71.127	40.200	69.372	45.460	32.701
Juli	77.688	66.882	169.060	63.380	42.036	71.548	39.382	32.485
August	75.250	85.532	152.740	60.277	45.402	77.189	40.863	34.083
September	60.837	142.729	159.906	56.809	42.440	70.767	37.634	31.162
Oktober	53.427	200.761	142.783	56.575	39.743	66.502	35.777	29.397
November	57.565	247.991	151.738	59.683	42.485	64.205	38.220	29.919
Dezember	64.462	292.450	157.449	65.213	48.384	71.237	45.571	39.400

Zahl der Arbeitslosen in den Jahren 1929 - 1936.

<i>Monat</i>	<i>1929</i>	<i>1930</i>	<i>1931</i>	<i>1932</i>	<i>1933</i>	<i>1934</i>	<i>1935</i>	<i>1936</i>
Januar	53.247	73.891	313.511	583.138	872.775	838.982	818.005	850.010
Februar	55.224	86.156	343.972	631.736	920.182	844.284	833.194	860.239
März	49.740	88.005	339.505	633.907	877.955	789.789	804.794	797.770
April	43.094	79.721	296.756	555.832	795.919	704.338	734.550	719.166
Mai	36.186	77.069	249.686	487.228	726.629	624.850	666.433	637.385
Juni	34.434	73.464	220.038	466.948	675.933	582.810	605.956	565.799

Juli	32.701	77.309	210.908	453.294	640.360	569.450	566.559	504.750
August	34.789	88.005	215.040	462.443	683.240	572.428	569.382	483.502
September	34.341	104.534	228.357	482.563	715.835	573.624	573.362	477.850
Oktober	34.702	122.379	254.201	548.893	736.442	629.464	602.755	
November	38.293	155.203	337.654	636.642	783.847	686.973	679.843	
Dezember	52.809	239.564	486.363	746.114	780.208	755.000	782.645	



Die Bevölkerungsverhältnisse in Deutschland

Ein Vergleich der Bevölkerungsverhältnisse in Deutschland (Stand 1933) und der Tschechoslowakei ergibt folgendes Bild:

Die Gesamtzahl der zusammenlebenden Ehepaare wurde dabei mit 14,108.513 festgestellt. 18,9 v. H. dieser Ehepaare hatten keine, 23,2 v. H. ein, 19,8 v. H. zwei, 12,6 v. H. drei, 7,6 v. H. vier, 16,9 v. H. fünf und mehr Kinder. Bei 0,7 v. H. der Ehepaare blieb die Kinderzahl unbekannt. Im gesamtstaatlichen Durchschnitt entfiel somit der höchste Hundertsatz auf die Ehepaare mit einem Kinde. Das trifft jedoch nicht für alle Berufskategorien zu. Bei Ehepaaren, deren männlicher Teil Bauer oder Landwirt war, entfiel der höchste Hundertsatz (28,9 v. H.) auf jene, die fünf und mehr Kinder hatten. Das gleiche trifft für landwirtschaftliche Arbeiter (24,7 v. H.) zu. Bei den Selbständigen in Handwerk, Industrie und Handel herrscht das Ein- (23,1 v. H.), Zwei- (21,6 v. H.) und Kein- (20,4 v. H.) Kinder-System vor. Bei den Arbeitern in Industrie, Handel und im öffentlichen Dienst ist die gleiche Reihenfolge zu beobachten. 26,7 v. H. der Ehepaare dieser Berufskategorie hatten ein, 20,6 v. H. zwei und 19,6 v. H. kein Kind. Bei Beamten entfielen 26,3 v. H. der Ehepaare auf solche mit einem Kind, 24,1 v. H. mit zwei, 19,9 v. H. mit keinem und 8,8 v. H. mit fünf und mehr Kindern.

Am ungünstigsten im Sinne einer gesunden, aufbauenden Bevölkerungspolitik schnitten die Angestellten in Industrie, Handel und öffentlichem Dienst ab. 30,2 v. H. der Ehepaare, deren männlicher Teil dieser Arbeitnehmerschicht angehörte, hatten ein, 28,3 v. H. kein Kind und 20,8 v. H. zwei Kinder.

Daraus geht bereits hervor, daß die Familien auf dem Lande, ganz gleich, ob es sich dabei um jene der Bauern, Landwirte oder landwirtschaftlichen Arbeiter handelt, eine weit höhere Kinderzahl aufweisen als jene in den Städten.

Wie weit aber auch der Bodenbesitz selbst von Bedeutung ist, geht aus einer weiteren Erhebung anlässlich der reichsdeutschen Volkszählung im Jahre 1933 hervor, die die Kinderzahl mit dem Bodenbesitz in Zusammenhang bringt. Dabei ergibt sich, daß von den Ehepaaren, deren männlicher Teil Industriearbeiter ohne Bodenbesitz waren, die höchsten Hundertsätze auf jene mit einem Kind (30,3 v. H.), keinem (24,5 v. H.) und zwei (19,6 v. H.) Kindern entfielen. Bei Industriearbeitern mit Kleingarten war das Verhältnis bereits ein wesentlich anderes. 22,7 v. H. der Ehepaare hatten ein, 21,7 v. H. zwei und 18,5 fünf und mehr Kinder. Bei Landarbeitern ohne Bodenbesitz entfielen 24,8 v. H. auf Ehepaare mit einem, 19,1 v. H. auf solche mit zwei und 17,6 v. H. auf jene mit fünf und mehr Kindern, dagegen bei Landarbeitern mit Bodenbesitz 28,0 v. H. auf solche mit fünf und mehr, 18,4 auf jene mit zwei und 17,9 v. H. auf jene mit einem Kinde.

In der tschechoslowakischen Landwirtschaft ist das Bild das gleiche. Bei den Selbständigen entfiel auch hier der höchste Hundertsatz, und zwar 32,6 v. H.. (Deutschland 28,9), auf jene, die fünf und mehr Kinder hatten. Dann folgen 16,3 (18,7) v. H. mit zwei Kindern, 13,9 (15,1) v. H. mit einem

Kind, 10,9 (10,3) v. H. mit keinem Kind. Bei den landwirtschaftlichen Arbeitern besteht die gleiche Reihenfolge: 33,2 (24,7), 14,9 (18,7), 14,9 (20,1) und 13,0 (12,4) v. H. Bei den Selbständigen in Industrie, Handel, Gewerbe und Verkehr führen im Gegensatz zu Deutschland ebenfalls die Ehen mit fünf und mehr Kindern mit 19,9 (13,2) v. H., dann folgen zwei Kinder mit 19,5, ein Kind mit 19,3 und kein Kind 17,6 v. H. Bei den Arbeitern in diesen Berufszweigen stehen an erster Stelle die Frauen mit einem Kind mit 22,9 v. H., dann folgen die mit fünf und mehr Kindern mit 19,3 v. H., mit zwei Kindern mit 18,8 v. H. und mit keinem Kind mit 16,9 v. H. Bei den Angestellten und Beamten in diesen Berufszweigen führen die Einkinderehen mit 25,3 v. H., dann folgen zwei Kinder mit 21,7 v. H., kein Kind mit 20,2 und fünf und mehr Kinder mit 12,1 v. H. Bei den Beamten des öffentlichen Dienstes ist die Reihenfolge die gleiche wie in Deutschland: 26,8 v. H. mit einem Kind, 23,3 v. H. mit zwei Kindern, 21,6 v. H. mit keinem Kind und 9,1 v. H. mit fünf und mehr Kindern.

Bei den letzten Kategorien ist der Hundertsatz bei fünf und mehr Kindern besonders niedrig im Gegensatz zu den Arbeitern, bei denen fünf und mehr Kinder bereits an 2. Stelle stehen, was darauf zurückzuführen sein dürfte, daß es im Sudetendeutschum keine solchen Zusammenballungen von Industrie gibt wie in Deutschland und ein Großteil der Arbeiterschaft ein Häuschen mit zumindest einem Garten oder einem Stückchen Grund besitzt. Alle diese Ergebnisse aber beweisen, daß Beruf, soziale Stellung und Bodenverbundenheit von großem Einfluß auf die Zahl der Kinder in den einzelnen Familien sind. Sozialer, wirtschaftlicher Aufstieg und Wiederverwurzelung im Boden sind daher unbedingte Voraussetzungen einer gesunden Bevölkerungspolitik.¹



Anmerkung:

1 *Rumburger Zeitung*, 17. September 1935. [...zurück...](#)



Literaturnachweis

a) Zeitungen, Korrespondenzen und Zeitschriften

Ackermann in Böhmen, literarische und politische Monatszeitschrift, Karlsbad.

Bohemia, deutschdemokratisches Tagblatt, Prag.

Ceske Slovo, Zentralorgan der tschechischen nationalsozialistischen Partei, Prag.

Der Auslanddeutsche, Zeitschrift des Deutschen Auslandsinstitutes, Stuttgart.

Der Sudetendeutsche, Zeitschrift des Sudetendeutschen Heimatbundes, Berlin.

Der Volksdeutsche, Halbmonatsschrift des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland, Berlin.

Die Zeit, Zentralorgan der Sudetendeutschen Partei, Vorsitzender Konrad Henlein, Prag.

Deutsche Arbeit, Zeitschrift des Volksbundes für das Deutschtum im Auslande, Berlin.

Deutsche Presse, Zentralorgan der Deutschen christlichsozialen Volkspartei, Prag.

Deutsche Landpost, Zentralorgan des Bundes der Landwirte, Prag.

Lidove listy, Zentralorgan der tschechischen klerikalen Volkspartei, Prag.

Mitteilungen des Deutschen Hauptverbandes der Industrie, Teplitz-Schönau.

Mitteilungen des statistischen Staatsamtes in Prag.

Narodni listy und
Narodni Politika, Blätter der tschechischen nationaldemokratischen Partei, Prag.

Nordböhmisches Tagblatt, Tetschen.

Prager Presse, Amtliches Organ des Außenministeriums.

Prager Tagblatt, jüdisches Tagblatt, Prag.

Pressedienst Ostraum, volksdeutsche Nachrichten der jungen Generation, Berlin.

Rude pravo, Zentralorgan der tschechischen sozialdemokratischen Partei, Prag.

Rundschau, Wochenblatt der Sudetendeutschen Partei, Asch.

Rumburger Zeitung, deutsches, parteiloses Provinzblatt, Rumburg.

Sozialdemokrat, Zentralorgan der sudetendeutschen sozialdemokratischen Partei, Prag.

Sudetendeutsche Tageszeitung, deutsches, parteiloses Provinzblatt, Tetschen.

Sudetendeutsche Monatshefte, Teplitz-Schönau.

Sudetendeutsche Pressebriefe, herausgegeben im Auftrage der Sudetendeutschen Partei, Prag.

Sudetendeutsche Selbstverwaltung, Prag.

Sudetendeutsche Wirtschaftskorrespondenz, herausgegeben von Rudolf Kasper.

Sudetendeutschland, Zeitschrift des Sudetendeutschen Heimatbundes, Wien.

Venkov, Zentralorgan der tschechoslowakischen, republikanischen Agrarpartei.



**b) Politische und wirtschaftliche Abhandlungen,
Geschichtswerke und Quellensammlungen**

Ammende, Dr. Ewald: *Die Nationalitäten in den Staaten Europas*, Wien.

Bachmann: *Geschichte Böhmens*, Prag.

Bretholz: *Geschichte Böhmens und Mährens*, Prag.

Bell Matthias: *Notitia Hungariae Novae Historico-Geographica*.

Docken, van der: *Die tschechoslowakische Wirtschaft*.

Federn: *Zehn Jahre Nachfolgestaaten*.

Freudenthal, Dr. Franz: *Bodenreformgesetze*, Prag.

Friedrich F.: *Die historische Geographie Böhmens*.

Haider: *Die Zukunft der sudetendeutschen Wirtschaft*, Teplitz 1930.

Haller, Kurt: *Der Grenzkampf des Deutschtums im sudetendeutschen Raum*.

Hassinger, Dr. Hugo: *Die Tschechoslowakei*, Wien 1925.

Hejda, Dr. Jiri: *Hospodářská Ročenka 1933*.

Janiczek, Dr. Margareta: *Neueste Bevölkerungsentwicklung der Deutschen und Tschechen innerhalb der Sudetenländer*.

Jung, Rudolf: *Der nationale Sozialismus*, Deutscher Volksverlag, München.

Kachelmann: *Geschichte der ungarischen Bergstädte*.

Kaser, H.: *Der Volks- und Kulturboden des Slowakeideutschtums*, Breslau 1934.

Kasper, Rudolf: *Volk in Not*.

Kißlinger: *Deutsches Wirtschaftsjahrbuch für die Tschechoslowakei*.

Knirsch, Hans: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Sudetenländern*.

Krebs, Hans: *Kampf in Böhmen*, Berlin 1936.

Krebs, Hans: *Der Kampf um die sudetendeutsche Autonomie*, Aussig 1932.

Laeuen, Harald: *Tschechoslowakische Bodenpolitik*, Berlin 1930.

Leppa, F.: *Ringendes Volkstum*, Karlsbad-Drahowitz, 1927.

Machat, J.: "Die Böhmisches Literatur" in der Sammlung Hinneberg, *Die Kultur der Gegenwart*. (IX 1908.)

Matiegka, J.: *The Origin and Beginning of the Czechoslovak People*, Washington 1921.

Menghin, O.: *Einführung in die Urgeschichte Böhmens und Mährens*, Reichenberg 1926.

Niederle, L.: *Die slavische Welt*, Prag 1900.

Oberschall, Dr. Albin: *Die Deutschen der Sudetenländer 1880 - 1920*, Eger.

Oberschall, Dr. Albin: *Der politische Besitzstand der Deutschen in den Sudetenländern*, Eger.

Palacky, E.: *Geschichte Böhmens*, Prag 1836 - 67.

Papanek, J.: *La Tchechoslovaquie. Historie politique et juridique de la création*, Prag 1924.

Peters, Dr. Gustav: *Der neue Herr von Böhmen*.

Petraschek, Wilhelm: *Die Kohlenlager und der Kohlenbergbau Österreich-Ungarns*, Wien 1923.

Pic, F. L.: *Die Urnengräber Böhmens*, Leipzig 1907.

Preidel, Helmut: *Germanen in Böhmen im Spiegel der Bodenfunde*, Reichenberg 1928.

Protokolle über die Sitzungen des Prager Abgeordnetenhauses und Senates.

Rauchberg, Dr. Heinrich: *Der nationale Besitzstand in Böhmen*, Leipzig 1905.

Rosling, H.: *Protection des Minorités par la Société des Nations*, Genf 1928.

Schranil, J.: *Die Vorgeschichte Böhmens und Mährens*, Berlin 1928.

Schreitter-Schwarzenfeld: *Die Sudetendeutschen in ihrer gesellschaftlichen Schichtung*.

Schwarz, Ernst: *Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle*, München 1934.

Statistische Jahrbücher der Tschechoslowakei.

Tarjan, Oedön: *Der Weg der Tschechoslowakei*.

Wahle, E.: *Die Vorgeschichte des deutschen Volkes*, Leipzig 1924.

Weil, H.: *Die Tschechoslowakei*.

Wijk, N.: *The Czechoslovak Republic*, Prag 1923.

Wirtschaftsstatistische Materialien, herausgegeben von der niederösterreichischen Handelskammer, Wien.

Worliczek: *Die tschechoslowakische Bodenreform*.

Wostry, W.: *Das Kolonisationsproblem*, Prag 1923.



Einige Bücher zum Schicksal der Sudetendeutschen:

Benesch und der Völkermord an den Sudetendeutschen - Zeitzeugen klagen an

Der Brüner Todesmarsch 1945
Die Vertreibung und Mißhandlung der Deutschen aus Brünn
Nemci ven! Die Deutschen raus! Eine Dokumentation

Es begann in Prag: Die Wurzeln der Vertreibung

Europa in Trümmern

Flucht und Vertreibung der Deutschen - Die Tragödie im Osten und im Sudetenland

Fünfzig Jahre Vertreibung
Der Völkermord an den Deutschen. Ostdeutschland - Sudetenland:
Rückgabe statt Verzicht

Die große Flucht - Es begann an der Weichsel - Das Ende an der Elbe

Das große Ringen - Der Kampf der Sudetendeutschen unter Konrad Henlein

Kein Schlußstrich - Die Sudetendeutschen und die Tschechen in Geschichte und Gegenwart

Schreie aus der Hölle ungehört

Weg mit den Benesch-Dekreten! - Das ungesühnte Jahrhundert-Verbrechen

Wir suchten die Freiheit: Schicksalsweg der Sudetendeutschen



Mehr aus unserem Archiv:

Das andere Lidice
Die Tragödie der Sudetendeutschen

Das Buch der deutschen Heimat
besonders das Kapitel "Sudeten"

Deutschtum in Not!
Das Sudetendeutschtum und die Deutschen in der Slowakei

Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen

Zehn Jahre Versailles
besonders Band 3, das Kapitel
Gebietsverlust durch erzwungene Abtretung oder Verselbständigung:
Sudetendeutsche Gebiete

